

Außergewöhnliche Belastungen – Gerichtsentscheidungen

Dem Grundsatz, dass nur betrieblich/beruflich veranlasste Aufwendungen das steuerliche Einkommen mindern dürfen, dagegen Kosten der privaten Lebensführung unberücksichtigt bleiben, hat der Gesetzgeber einige Ausnahmen beigelegt. Neben den Sonderausgaben sind es vor allem die außergewöhnlichen Belastungen, denen unter bestimmten Voraussetzungen eine solche „Abzugserlaubnis“ gewährt wird. Darum sollte sich der Steuerpflichtige umfassend informieren, welche Kosten als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden und in welchem Umfang sie konkret abzugsfähig sind. Die nachfolgende Übersicht stellt – thematisch sortiert – die zum Rechtsgebiet der außergewöhnlichen Belastungen ergangene Rechtsprechung zusammen. Der Aufbau der Übersicht folgt dabei dem Aufbau des NWB-Aufsatzes „Außergewöhnliche Belastungen“ in NWB F. 3 S. 15277[IAAAC-94130]

1. Rechtssystematische Einordnung

► **Unterhaltskosten**, die ein gesetzlich zum Unterhalt Verpflichteter trägt, werden zwar grds. steuerlich nicht nach § 33 EStG, sondern nach § 33a EStG berücksichtigt. Diese Vorschrift enthält für einige oft vorkommende Fälle von außergewöhnlichen Belastungen zur Vereinfachung für alle Beteiligten eine **typisierende Sonderregelung**. Soweit die Sonderregelung eingreift, entfällt die Anwendbarkeit des § 33 EStG. Die Sonderregelung des § 33a EStG gilt aber nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift nur, soweit es sich um typische Unterhaltskosten handelt. Außergewöhnliche Kosten, die in nicht typischen Fällen entstehen, hat der Gesetzgeber in die typisierende Vereinfachungsregelung des § 33a EStG nicht einbeziehen wollen. Ob die Übernahme von Krankheitskosten für die gesetzlich unterhaltsverpflichtete Person eine außergewöhnliche Belastung begründet, ist also nach § 33 EStG zu beurteilen. § 33a EStG gilt insoweit nicht.

BFH, Urteil v. 19. 2. 1965 - VI 306/64 U, BStBl 1965 III S. 284[WAAAA-90135]

► Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für den Unterhalt einer Person, für die er keinen Kinderfreibetrag erhält, können nur nach § 33a EStG berücksichtigt werden. Durch diese Vorschrift werden bestimmte Einzeltatbestände aus dem Anwendungsbereich des § 33 EStG ausgeschieden und in § 33a EStG abschließend geregelt. Der Gesetzgeber hat in § 33a Abs. 5 EStG ausdrücklich festgelegt, dass Unterhaltszahlungen i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG – auch soweit sie den Höchstbetrag nach § 33a Abs. 1 EStG übersteigen – nicht nach § 33 EStG berücksichtigt werden dürfen. Dies gilt auch für den Fall, dass einem Steuerpflichtigen aus besonderen Gründen, wie z. B. durch die Nervenkrankheit eines Unterhaltsberechtigten, erhöhte Kosten entstehen, soweit es sich dabei um typische Unterhaltsaufwendungen handelt. Lediglich besondere Kosten, die ein Steuerpflichtiger zwangsläufig neben den typischen Aufwendungen für den Unterhalt aus außergewöhnlichem Anlass – etwa infolge einer schweren Krankheit „in Form von Krankheitskosten“ – tragen muss, dürfen neben dem Höchstbetrag des § 33a Abs. 1 EStG nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 31. 10. 1973 - VI R 206/70, BStBl 1974 II S. 86[WAAAA-91000]

► (1) Unter welchen Voraussetzungen neben einem Pauschbetrag nach § 33b EStG ein Abzugsbetrag nach § 33 Abs. 1 EStG wegen mit der **Behinderung** zusammenhängender Aufwendungen in Anspruch genommen werden kann, ist u. a. durch das BFH-Urteil v. 11. 12.

1987 - III R 95/85, BStBl 1988 II S. 275, grds. geklärt. (2) Das Verhältnis von **Werbungskosten** und krankheitsbedingten **außergewöhnlichen Belastungen** (§ 33 Abs. 2 Satz 2 EStG) hat der BFH bereits im Urteil v. 1. 3. 1991 - III R 66/87 erörtert.

BFH, Beschluss v. 29. 5. 1996 - III B 134/95[UAAAA-97340]

- Aufwendungen zur Beschäftigung von Personen zur **Betreuung von Kindern** sind nur nach § 10 Abs. 1 Nr. 8, § 33a Abs. 3 Satz 1 und § 33c EStG a. F. abziehbar. Eine Berücksichtigung nach § 33 EStG neben einem Abzug oder anstelle eines Abzugs nach diesen Vorschriften ist ausgeschlossen.

BFH, Beschluss v. 5. 12. 1996 - III B 59/96[GAAAA-97349]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 1. 1996 - 14 K 5363/93 E

- (1) § 33c EStG i. d. F. bis 1999 geht § 33 EStG vor. **Kinderbetreuungskosten** fallen daher nicht in den Geltungsbereich des § 33 EStG. (2) Die bisherigen Vorschriften zu den Kinderbetreuungskosten sind bis zu der Neuregelung ab 2000 weiter anwendbar. (3) Das Urteil des FG Baden-Württemberg v. 12. 11. 1990 - VII K 217/88(EFG 1991 S. 326) zur Anerkennung der Aufwendungen für eine **Haushaltshilfe** als außergewöhnliche Belastung ist überholt.

BFH, Beschluss v. 27. 5. 2002 - III B 4/01[XAAAA-68263]

- Ein **Steuerberater** muss den von ihm beratenen Steuerpflichtigen im Bereich der außergewöhnlichen Belastungen nach Aufwendungen fragen, die steuerlich zu berücksichtigen waren. Denn ein Steuerberater hat seinen **Mandanten**, von dessen **Belehrungsbedürftigkeit** er grds. auszugehen hat, umfassend zu beraten. Im Rahmen dieser Verpflichtung hat er den für die Abgabe einer vollständigen Steuererklärung maßgebenden Sachverhalt zu ermitteln. (1) Einem **Steuerberater** kann ein **grobes Verschulden** am nachträglichen Bekanntwerden von **Zahnbehandlungskosten** zur Last fallen, wenn er es unterlässt, seinen Mandanten nach solchen Aufwendungen zu fragen. (2) Die Verpflichtung nachzufragen entfällt auch nicht dadurch, dass ein **Dritter** Angaben und Unterlagen für den Steuerpflichtigen beibringt.

BFH, Urteil v. 3. 12. 2009 - VI R 58/07, BStBl 2010 II S. 531[GAAAD-38271]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 29. 11. 2006 - 1 K 1078/05

2. **Persönlicher Anwendungsbereich**

- (1) Zur Behandlung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen bei **zusammen lebenden Ehegatten** nach § 26a Abs. 2 und 3 und § 26b EStG 1957. Es macht für die steuerliche Berücksichtigung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen grds. keinen Unterschied, ob die Ehegatten **getrennt** oder **zusammen veranlagt** werden. (2) Verpflichtet sich ein Ehegatte in einer notariellen Urkunde gegenüber dem Vater des anderen Ehegatten zu einer **Unterhaltsrente**, sind die Rentenleistungen bei beiden Ehegatten keine Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1 Ziff. 1 EStG. Sie können aber unter den Voraussetzungen des § 33a EStG 1955 bei beiden Ehegatten als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 24. 1. 1958 - VI 9/56 S, BStBl 1968 III S. 77[MAAAB-50992]

- (1) Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen von **Ehegatten** sind bei der Einkommensteuer stets **einheitlich** zu behandeln in dem Sinne, dass die Ausgaben eines Ehegatten ohne Weiteres auch als solche des anderen Ehegatten anzusehen sind. Es kommt bei dem Abzug dieser Ausgaben daher nicht darauf an, welcher Ehegatte die Kosten gezahlt hat. (2) Aufwendungen für das **eigene Studium** sind i. d. R. keine zwangsläufige außergewöhnliche Belastung. (3) Beahlt ein Ehegatte das Studium und die Kosten der auswärtigen Unterbringung während des Studiums des **anderen Ehegatten**, sind die Aufwendungen nur dann nach § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn sie in der Person des studierenden Ehegatten eine zwangsläufige außergewöhnliche Belastung darstellen.

BFH, Urteil v. 22. 3. 1967 - VI R 300/66, BStBl 1967 III S. 596 [IAAAA-90332]

- **Freiwillige Beitragszahlungen**, die nach dem **Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter** für ein **seelisch behindertes Kind** geleistet werden, stellen eine außergewöhnliche Belastung für den Vater dar.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 6. 4. 1981 - V 348/79, EFG 1982 S. 28

- Es ist nicht anzunehmen, dass die auf das Jahr der Verausgabung begrenzte steuerliche Auswirkung der außergewöhnlichen Belastung den Wertungen des Gesetzgebers zuwiderläuft. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bereichen hat es der Gesetzgeber für den Bereich der außergewöhnlichen Belastungen nicht für notwendig erachtet, **Ausnahmeregelungen vom Abflussprinzip** vorzusehen. Das Bestehen der zahlreichen gesetzlichen Ausnahmen vom Zu- und Abflussprinzip zeigt, dass dem Gesetzgeber die Erforderlichkeit einer Korrektur seiner Grundentscheidung in bestimmten Konstellationen bewusst ist; er im Bereich der außergewöhnlichen Belastungen hingegen eine solche Regelung nicht als notwendig erachtet und es insoweit bei einer **zeitabschnittsbezogenen Steuerermittlung** verbleiben soll. Denn die gesetzlichen Regelungen zum Abzug der außergewöhnlichen Belastungen zielen nicht darauf ab, eine größtmögliche Steuerentlastung zu ermöglichen.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 4. 2015 - 3 K 1750/13[FAAAB-09654] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 36/15

3. **Zeitpunkt des Abzugs**

- **§ 11 Abs. 2 EStG** gilt auch für außergewöhnliche Belastungen. Sie können daher in einem Veranlagungszeitraum nur in der Höhe berücksichtigt werden, in der sie erbracht worden sind. In einem **späteren Veranlagungszeitraum** geleistete Ausgaben haben auch dann außer Betracht zu bleiben, wenn das ihnen zugrunde liegende Ereignis sowie der Rechtsgrund hierfür in das Streitjahr fallen, und die Ausgabe aus in diesem Jahr erwirtschaftetem Einkommen bestritten wird.

BFH, Urteil v. 30. 7. 1982 - VI R 67/79, BStBl 1982 II S. 744[TAAAA-91776]

- Ein gezahlter **Vorschuss** auf Rechtsanwaltskosten im **Ehescheidungsverfahren** ist in Veranlagungszeitraum der **Verausgabung**, vermindert um die Ermäßigung der endgültigen Honorarforderung als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

FG München, Urteil v. 16. 9. 2002 - 13 K 4971/01

- Außergewöhnliche Belastungen sind im **Jahr der Verausgabung** abzugsfähig und nicht erst – bei Aufnahme eines Darlehens – bei dessen Rückzahlung. Die Rückzahlung von Schulden nach **Arbeitslosigkeit** ist nicht nach § 33 EStG abziehbar.

FG München, Urteil v. 25. 9. 2007 - 1 K 2892/05[PAAAC-65873]

- (1) Würden sich Aufwendungen in erheblicher Höhe (hier: 135.143 €) für den **behinderungsbedingten Umbau** des eigenen Hauses im Jahr ihrer Verausgabung zum ganz überwiegenden Teil steuerlich nicht auswirken (im Streitfall: Gesamtbetrag der Einkünfte von nur 43.526 €), ist eine **Billigkeitsregelung** gem. § 163 AO dahingehend angemessen, dass der Steuerpflichtige die Aufwendungen – in Anlehnung an den Rechtsgedanken, der dem § 82b EStDV und dem § 34 Abs. 1 EStG zugrunde liegt – auf 5 Jahre verteilen kann. (2) Eine auf diese Billigkeitsmaßnahme gerichtete Klage ist als **Verpflichtungsklage** ungeachtet dessen zulässig, dass das Finanzamt die Einkommensteuer für das „Umbaujahr“ auf null festgesetzt hat. (3) Bei Umbaumaßnahmen im Wohnungsbereich handelt es sich in aller Regel um einmalige und sehr kostspielige Maßnahmen. Dadurch wird der steuerliche **Entlastungseffekt** nur zum geringeren Teil erreicht, wenn diese Aufwendungen nur im Jahr der Verausgabung berücksichtigt werden. Dass dadurch ein vom Gesetzgeber nicht gewolltes Ergebnis eintritt, ist Vorschriften zu entnehmen, die die Verteilung geballt auftretender Ausgaben oder Einnahmen zum Ziel haben (z. B. § 82b EStDV; § 34 Abs. 1 EStG). Soweit keine ausdrücklichen

Vorschriften dieser Art bestehen, können die **Auswirkungen des Zu- und Abflussprinzips** in besonderen Einzelfällen durch die Anwendung von § 163 AO korrigiert werden.

FG Saarland, Urteil v. 6. 8. 2013 - 1 K 1308/12[RAAAE-47371] Revision unzulässig; BFH, Urteil v. 11. 9. 2014 - VI R 68/13[SAAAE-80050]

4. **Ausschluss des Abzugs**

► Aufwendungen für **Wiederherstellung kriegszerstörter Betriebsgebäude** können nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Die Aufwendungen für den Wiederaufbau des Betriebsgebäudes sind **Betriebsausgaben**, auch wenn sich ihre Verteilung auf mehrere Jahre erstreckt; die AfA wirken sich in den einzelnen Wirtschaftsjahren wie Betriebsausgaben aus, und Aufwendungen, die zu den Betriebsausgaben gehörten, haben bei der Feststellung der außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG außer Betracht zu bleiben.

BFH, Urteil v. 9. 3. 1951 - IV 192/50 U, BStBl 1951 III S. 90[ZAAAB-45030]

► Bei beschränkt abzugsfähigen **Sonderausgaben** kann der die Höchstgrenzen übersteigende Teil der Ausgaben nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden. § 10 EStG regelt abschließend die steuerliche Berücksichtigung der dort bezeichneten Ausgaben.

BFH, Urteil v. 23. 2. 1968 - VI R 131/67, BStBl 1968 II S. 406[YAAAA-90396]

► Es bedarf keiner weiteren Klärung in einem Revisionsverfahren, dass Aufwendungen verheirateter **Wehrpflichtiger** für **Familienheimfahrten** weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden können.

BFH, Beschluss v. 5. 12. 1969 - VI B 74/69, BStBl 1970 II S. 210[HAAAA-90542]

► **Nachzahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung** sind ihrer Natur nach **Sonderausgaben**. Sie können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 15. 12. 1976 - VII 175/74, EFG 1977 S. 118 bestätigt durch BFH, Urteil v. 2. 8. 1979 - VI R 19/77, n. v.

► Wendet der Eigentümer eines unter **Denkmalschutz** stehenden **Schlusses** Herstellungskosten auf, kann er sie nur bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung als Werbungskosten /AfA) abziehen, nicht aber als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 2. 1. 1978 - II 76/74, EFG 1978 S. 326

► **Beiträge zur Krankenversicherung** eines an sich beihilfeberechtigten Angehörigen des öffentlichen Dienstes können auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn der Steuerpflichtige wegen seines von Kindheit an bestehenden Leidens keine Aufnahme in eine private Krankenversicherung gefunden hat. In einem solchen Fall kann jedoch Anlass für eine **Billigkeitsmaßnahme** der Verwaltung bestehen.

BFH, Urteil v. 29. 11. 1991 - III R 191/90, BStBl 1992 II S. 293[PAAAA-94005]

► Vergütungen für einen ausschließlich zur Vermögenssorge bestellten **Vormund/Betreuer** stellen keine außergewöhnlichen Belastungen, sondern **Betriebsausgaben** bzw. **Werbungskosten** bei den mit dem verwalteten Vermögen erzielten Einkünften dar, sofern die Tätigkeit des Vormunds/Betreuers weder einer **kurzfristigen Abwicklung des Vermögens** noch der **Verwaltung ertraglosen Vermögens** dient.

BFH, Urteil v. 14. 9. 1999 - III R 39/97, BStBl 2000 II S. 69[XAAAA-88789]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 28. 4. 1997 - 4 K 3065/93, 4 K 3074/93

5. **Antrag**

► Hat es ein Steuerpflichtiger **rechtsirrtümlich unterlassen**, in der Einkommensteuererklärung die Steuerermäßigung gem. § 33a Abs. 3 EStG zu beantragen, kann dieser Antrag, unter den

Voraussetzungen des § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO auch noch **nach Bestandskraft** des Einkommensteuerbescheides **nachgeholt** und der Einkommensteuerbescheid entsprechend geändert werden (Anschluss an BFH, Urteil v. 28. 9. 1984 - VI R 48/82, BStBl 1985 II S. 117).

BFH, Urteil v. 21. 7. 1989 - III R 303/84, BStBl 1989 II S. 960[MAAAA-93008]

- Die Erklärung des Steuerpflichtigen, er verzichte auf die Berücksichtigung von geltend gemachten und nachgewiesenen einkommensmindernden Aufwendungen, um eine Einkommensteuerveranlagung gem. § 46 Abs. 1 EStG zu erreichen, ist steuerrechtlich beachtlich, soweit sie sich auf Aufwendungen bezieht, die nur auf **Antrag** des Steuerpflichtigen zu berücksichtigen sind, und die Erklärung als **Rücknahme des Antrags** auszulegen ist. Die Rücknahme eines Antrags gem. § 33a Abs. 2 Satz 1 EStG 1983 ist inhaltlich ein Verzicht auf die steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen.

BFH, Urteil v. 14. 4. 1993 - I R 120/91, BStBl 1993 II S. 738[FAAAA-94620]

6. Aufwendungen

- **Rücklagen** zur Bestreitung **zukünftiger Ausgaben** genießen nicht die Steuervergünstigung des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 2. 12. 1954 - IV 339/53 U, BStBl 1955 III S. 43[CAAAA-89703]

- Ein durch die Hingabe eines **zinslosen Baudarlehens** sich ergebender **Zinsverlust** kann nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Nur **tatsächliche** aus den Einkünften geleistete **Ausgaben** können nach § 33 EStG Berücksichtigung finden.

BFH, Urteil v. 16. 7. 1959 - VI 58/57 U, BStBl 1959 III S. 405[DAAAB-46903]

- Nur im Veranlagungszeitraum **tatsächlich geleistete Aufwendungen** ? nicht dagegen Verbindlichkeiten und Vermögensverluste ? sind als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.

FG Düsseldorf, Urteil v. 21. 3. 1967 - IX 578/66 E, EFG 1967 S. 560

- **Private Einlagenverluste** aus **Bankinsolvenzen** wirken sich einkommensteuerlich nicht aus. Sie können weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung noch im Wege einer Billigkeitsmaßnahme aus sachlichen Gründen berücksichtigt werden.

FG Köln, Urteil v. 25. 11. 1980 - II (VIII) 461/76 E, EFG 1981 S. 396

- (1) **Lösegeldrückflüsse** späterer Jahre mindern i. d. R. die außergewöhnliche Belastung des Veranlagungsjahres der Lösegeldzahlung. (2) Das Finanzamt darf die Einkommensteuerveranlagung insoweit u. U. über mehrere Jahre nach § 165 AO für vorläufig erklären. (3) Die belastungsmindernden Lösegeldrückflüsse sind **nicht** auf den Zeitpunkt der Lösegeldzahlung des Veranlagungsjahres **abzuzinsen**.

FG Münster, Urteil v. 11. 11. 1986 - VI-I 3814/ 83 E, EFG 1987 S. 186

- Ein Einkommensteuerbescheid kann nach § 175 Abs. 1 Nr. 2 AO geändert werden, wenn der Betrag in ihm berücksichtigter außergewöhnlicher Belastungen durch **spätere Erstattungen** gemindert wird.

FG Köln, Urteil v. 17. 3. 1988 - 7 K 1037/87, EFG 1988 S.460

- **Vermögensverluste** infolge von Unfall, Brand, Diebstahl oder Verlust von Wertpapieren sind nicht als Aufwendungen i. S. des § 33 EStG anzuerkennen. Bei den genannten Vermögensverlusten fehlt es neben der **willentlichen Betätigung** auch an einer **tatsächlichen Leistungshandlung**. Allenfalls können die Aufwendungen zur Wiederbeschaffung unter § 33 EStG fallen, wenn sie im Zusammenhang mit der Beseitigung eines Vermögensverlustes stehen. Von der Auslegung des Begriffes **Aufwendungen** i. S. des § 33 EStG ist die Frage zu unterscheiden, ob die Steuerermäßigung gem. § 33 EStG nur für solche Aufwendungen in Betracht kommt, die gemeinhin aus dem laufenden Einkommen geleistet werden und dieses belasten. Ein Vermögensverlust ist keine Aufwendung.

BFH, Beschluss v. 16. 11. 1993 - I B 115/93[KAAAB-33627]

- ▶ Ein bloßer **Verdienstausschlag** ist keine Aufwendung i. S. von §§ 33 ff. EStG.
BFH, Beschluss v. 18. 8. 1995 - III B 26/95[XAAAB-37110]
- ▶ Der Verlust eines Darlehens durch betrügerische Handlungen ist auch nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Denn unter den Begriff der **Aufwendungen** i. S. des § 33 Abs. 1 EStG fallen nur **bewusste und gewollte Vermögensverwendungen**, nicht aber reine Vermögensverluste, die ohne den Willen des Steuerpflichtigen eintreten.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 11. 5. 2006 - 10 K 200/05[ZAAAB-90465]
- ▶ (1) Der Verlust von Wertgegenständen durch **räuberische Erpressung** oder **räuberischen Diebstahl** führt zu Aufwand i. S. des § 33 EStG, wenn der Täter dem Steuerpflichtigen hierbei – wie bei einer Lösegeldzahlung – mit einer **Gefahr für Leib oder Leben** droht. (2) Bei einem über die Hausratversicherung absicherbaren Schaden stellt indessen der **Selbstbehalt aufgrund Unterversicherung** mangels Zwangsläufigkeit keine außergewöhnliche Belastung dar. (3) Dies gilt auch, wenn der Steuerpflichtige im Rechtsstreit mit dem Versicherer über den Umfang des Versicherungsschutzes im **Vergleichswege** auf einen Teil der geltend gemachten Entschädigung verzichtet. (4) Das jedem Rechtsstreit innewohnende **Prozessrisiko** kann die Unzumutbarkeit einer klageweisen Geltendmachung des Versicherungsanspruchs nicht begründen.
FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 9. 2008 - 3 K 3072/06 E[YAAAD-03525]
- ▶ **Darlehensweise überlassene Mittel** begründen grds. keine als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigende Aufwendungen.
BFH, Beschluss v. 19. 5. 2009 - VI B 113/08[ZAAAD-26968]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 1. 10. 2008 - 5 K 2505/07
- ▶ **Entgangene Mieteinnahmen** können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, weil keine Aufwendungen als Grundvoraussetzung außergewöhnlicher Belastungen entstanden sind. Die **Nichtrealisierung von Einnahmen** sind keine Aufwendungen i. S. des § 33 EStG. Im Streitfall nicht entscheidungserheblich ist deshalb die Frage, ob **Mobilfunkanlagen** steuerrechtlich als außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG zu berücksichtigen sind, weil die Mobilfunkanlage eine beeindruckende oder bedrohliche Wirkung vermittelt und das Gebäude punktuell einer höheren Strahlenbelastung ausgesetzt ist.
BFH, Beschluss v. 4. 11. 2009 - VI B 43/09[TAAAD-39590]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 4. 3. 2009 - 6 K 1196/08
- ▶ **Reiner Zeitaufwand** führt auch dann nicht zur steuerlichen Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG, wenn dieser im Rahmen einer **ehrenamtlichen Betreuung** der eigenen Mutter anfällt und wenn für jede Stunde ein fiktiver Geldwert durch den betreuenden Sohn angesetzt wird.
FG Hessen, Urteil v. 11. 3. 2011 - 11 K 1850/10[AAAAD-83403]
- ▶ **Selbst erbrachte Pflegeleistungen** eines Angehörigen führen nicht zum Abzug eigener fiktiver Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen i.S.v. § 33 Abs. 1 Satz 1 EStG.
FG Münster, Urteil v. 15. 4. 2015 - 11 K 1276/13 E[JAAAE-91199]

7. Einkommens-/Vermögensbelastung

- ▶ Eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG wird nicht gewährt, wenn der Steuerpflichtige die ihm erwachsenden außergewöhnlichen Aufwendungen aus **erheblichem** ganz oder teilweise **leicht verwertbarem Vermögen** ohne empfindliche Beeinträchtigung der Vermögenslage bestreiten kann.
BFH, Urteil v. 25. 6. 1953 - IV 72/53 U, BStBl 1953 III S. 255[PAAAB-45713]
- ▶ Bei **Nachzahlungen** aufgrund von Vergleichen im **Rückerstattungsverfahren** wegen eines **entzogenen nicht betrieblichen Grundstücks** kommt eine Anwendung des § 33 EStG nicht in Betracht, weil es sich insoweit um eine Leistung handelt, die wirtschaftlich nur das **Vermö-**

gen angeht und der Erhaltung des Eigentums an Grund und Boden dient. Eine Berücksichtigung von Vorgängen der reinen Vermögenssphäre im Rahmen des § 33 EStG würde diesem eine Ausdehnung geben, die seinem Grundgedanken, außergewöhnlichen Einkommensbelastungen in angemessener Weise Rechnung zu tragen, überschreiten würde.

BFH, Urteil v. 22. 12. 1955 - IV 583/54 U, BStBl 1956 III S. 84[VAAAAB-46106]

- Die **Bezahlung von Schulden**, die den **Erben** als solchen treffen, kann nicht zu einer Steuerermäßigung nach § 33 EStG führen. Sie fällt in die reine **Vermögenssphäre** und ist in aller Regel nicht zwangsläufig.

BFH, Urteil v. 27. 3. 1958 - VI 290/57 U, BStBl 1958 III S. 290[FAAAA-89793]

- (1) **Vermögen** der Steuerpflichtigen schließt die Anwendung des § 33 EStG grds. nicht aus, wenn es sich um Ausgaben handelt, die üblicherweise aus dem **laufenden Einkommen** geleistet werden. (2) Weil eine **Aussteuer** regelmäßig eine das Vermögen belastende Aufwendung ist, kommt bei Steuerpflichtigen mit nicht unerheblichem Vermögen, die eine Tochter aussteuern, im Allgemeinen eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG nicht in Betracht.

BFH, Beschluss v. 7. 8. 1959 - VI 7/59 S, BStBl 1959 III S. 383[LAAAB-46987]

- **Nachzahlungen**, die ein Rückerstattungsverpflichteter zur **Abwendung der Rückerstattung** eines unbebauten Grundstücks an den Rückerstattungsberechtigten oder dessen Rechtsnachfolger leistet, rechtfertigen als Belastung des Vermögens im Allgemeinen nicht die Anwendung des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 23. 2. 1956 - IV 598/54 U, BStBl 1956 III S. 128[KAAAAB-46273]

- **Geldverluste** durch Diebstahl, Unterschlagung usw. können nicht als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG geltend gemacht werden. Es handelt sich bei diesen Geldverlusten nicht um Belastungen des Einkommens, sondern um **Vermögensverluste**, die als außergewöhnliche Belastung nicht berücksichtigt werden können (vgl. BFH, Urteil v. 22. 12. 1955 - IV 583/54 U, BStBl 1956 III S. 84). Dass ein Verlust in der Vermögenssphäre vorliegt, ergibt sich daraus, dass die fraglichen Geldmittel im Zeitpunkt ihrer Vereinnahmung als privat entnommen anzusehen sind und daher zum Privatvermögen gehören.

BFH, Urteil v. 25. 1. 1962 - IV 221/60 S, BStBl 1962 III S. 366[YAAAAB-51062]

- Ein **Diebstahlverlust** kann nur dann zu einer Steuerermäßigung nach § 33 EStG führen, wenn der Steuerpflichtige ihn nicht abzuwenden vermochte und wenn er **einkommensbelastende** Aufwendungen zur Folge hatte, denen der Steuerpflichtige sich nicht entziehen konnte.

FG Niedersachsen, Urteil v. 21. 12. 1964 - IV 113/64, EFG 1965 S. 381

- Der **Verzicht auf eine Darlehensforderung** belastet grds. nicht das laufende Einkommen, sondern das **Vermögen** des Steuerpflichtigen. Er führt als Vorgang, der sich ausschließlich in der Vermögenssphäre abspielt, nicht zu einer außergewöhnlichen Belastung i. S. des § 33 EStG.

FG Niedersachsen, Urteil v. 2. 11. 1966 - IV 124/66, EFG 1967 S. 233

- Wer bei **Abschluss eines Vormietvertrags** über eine Wohnung dem Bauherrn eines noch zu errichtenden Wohnhauses ein **Darlehen** gewährt, das auf die **künftige Miete angerechnet** werden soll, erhält keine Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung, wenn ihm später weder die Wohnung überlassen noch das Darlehen zurückgezahlt wird.

FG Nürnberg, Urteil v. 8. 3. 1967 - V 166/66, EFG 1967 S. 405

- (1) Der **Verlust eines Wirtschaftsguts** bedeutet grds. keine Belastung i. S. des § 33 Abs. 1 EStG. (2) Auch Kosten der **Wiederbeschaffung** eines verloren gegangenen Wirtschaftsguts führen grds. nicht zu einer Belastung i. S. von § 33 Abs. 1 EStG. (3) Wer sich entgegen den Bestimmungen der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) mit Verwandten in der SBZ trifft und aus diesem Grunde seinen Pkw durch **strafrechtliche Einziehung** verliert, kann die Wiederbeschaffungskosten nicht als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

BFH, Urteil v. 23. 2. 1968 - VI R 97/67[MAAAB-51429]

- Unterlässt es ein Steuerpflichtiger, sich gegen die **Folgen eines Vermögensverlustes** durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch **Abschluss einer Sachversicherung**, abzusichern, sind die Aufwendungen zur Beseitigung des Verlustes grds. nicht zwangsläufig.
FG Nürnberg, Urteil v. 19. 2. 1974 - II 28/72, EFG 1974 S. 469
- Entsteht dem Steuerpflichtigen dadurch ein Schaden, dass ihm eine mehrfach vorbestrafte **Scheckbetrügerin**, die er in seinen Haushalt aufgenommen hatte und mit der ihn, wie er glaubte, eine echte Liebesbeziehung verband, **Schecks** und **Scheckkarte** entwendet und die gestohlenen Schecks nach Fälschung der Unterschrift bei verschiedenen Geschäften in Zahlung gibt, liegt keine außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG vor. Es handelt sich nicht um eine Belastung des Einkommens, sondern um **Verluste am Vermögen**.
FG München, Urteil v. 11. 8. 1982 - I 189/77 E
- (1) **Vermögensverluste durch Scheckbetrug** des Käufers beim Verkauf eines nicht mehr beruflich genutzten Pkw sind keine Werbungskosten. (2) Übergibt der Verkäufer den Pkw einschließlich der Kraftfahrzeugpapiere dem ihm unbekanntem Käufer gegen Hingabe eines **wertlosen Verrechnungsschecks**, ist sein hieraus entstehender Vermögensschaden auch keine außergewöhnliche Belastung.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 5. 11. 1986 - XII K 216/85, EFG 1987 S. 299
- (1) Auch Kosten zur Beseitigung von **Schäden** an einem **Vermögensgegenstand** können Aufwendungen i. S. von § 33 EStG sein. (2) Voraussetzung dafür ist, dass der Vermögensgegenstand für den Steuerpflichtigen von **existentiell** wichtiger Bedeutung ist, keine Anhaltspunkte für ein **Verschulden** des Steuerpflichtigen erkennbar und realisierbare **Ersatzansprüche** gegen Dritte nicht gegeben sind. Eine Berücksichtigung scheidet auch dann aus, wenn der Steuerpflichtige eine allgemein zugängliche und übliche **Versicherungsmöglichkeit** nicht wahrgenommen hat. (3) Zu den Voraussetzungen für die Anerkennung einer außergewöhnlichen Belastung bei unverschuldet eingetretenen Schäden am selbstgenutzten Einfamilienhaus.
BFH, Urteil v. 6. 5. 1994 - III R 27/92, BStBl 1995 II S. 104[UAAAA-95088]
- Bei **sozialer Wertung** liegt keine außergewöhnliche Belastung vor, wenn an einem Geräteschuppen, einem Motorrad und an Holzresten durch **Brand** ein **unversicherter Vermögensschaden** von insgesamt 6.000 DM entsteht.
FG Niedersachsen, Urteil v. 28. 8. 1995 - IX 650/89, EFG 1996 S. 180
- (1) Schäden, die an einem **Wohnhaus altersbedingt** entstehen, sind nicht außergewöhnlich. (2) Werden Schäden an einem Wohnhaus durch einen Nachbarn verursacht, sind die Aufwendungen zur **Schadensbeseitigung** dann keine außergewöhnlichen Belastungen, wenn der Nachbar nicht auf **Schadensersatz** in Anspruch genommen wird (Anschluss an BFH, Urteil v. 6. 5. 1994 - III R 27/92, BStBl 1995 II S. 104).
FG Bremen, Urteil v. 19. 3. 1998 - 1 95 112 K 6, EFG 1998 S. 1134
- § 33 EStG erfasst Aufwendungen im **existentiell notwendigen Bereich**. Hierzu gehören nicht Aufwendungen zum Ausgleich eines **Vermögensverlustes**, den ein naher Angehöriger (hier: in Ausbildung befindliches Kind) infolge eines **Betrugs** erlitten hat.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 9. 3. 2000 - 8 K 206/98[AAAAB-06559]
- Der **Verlust** aus der Beteiligung an einer **Filmproduktionsgesellschaft**, deren ehemaliger Geschäftsführer die Kommanditeinlage veruntreut hat, kann nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Als Opfer eines betrügerischen Verhaltens seines Vertragspartners kann der Steuerpflichtige keine Berücksichtigung des Verlusts nach § 33 EStG verlangen, weil eine Außergewöhnlichkeit und Zwangsläufigkeit der entstandenen Aufwendungen bei **Vermögensschäden** durch **Betrug** oder **ähnliche Vermögensstraftaten** nicht gegeben ist.
BFH, Urteil v. 29. 3. 2000 - X R 99/95[RAAAA-65031]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 1. 7. 1994 - 13 K 5790/92

- Der **Verlust** aus der **Beteiligung** an einer Personengesellschaft ist mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastung im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung des Mitunternehmers abziehbar.
FG München, Urteil v. 5. 9. 2000 - 1 K 203/01[AAAAB-09861]
- Ein Abzug des durch einen **Unfall** bei einem **Pkw** entstandenen **Vermögensverlusts** als außergewöhnliche Belastung kommt grds. nicht in Betracht. Eine Ausnahme gilt lediglich bei Steuerpflichtigen, die so gehbehindert sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit einem Kraftfahrzeug fortbewegen können. Soweit danach Kraftfahrzeugkosten z.B. für eine Urlaubsreise als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sind, gilt dies auch für einen dabei erlittenen Unfallschaden, für den der Steuerpflichtige keinen Ersatz vom Schädiger erlangen kann.
BFH, Beschluss v. 24. 4. 2006 - III B 164/05[JAAAB-88020]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 16. 9. 2005 - 12 K 930/04 E

8. Belastung

- Gibt ein Steuerpflichtiger einem Bauherrn (Vermieter) einen **Baukostenzuschuss**, der im Wege der **Minderung des Mietzinses** zurückgezahlt wird, sind grds. die Voraussetzungen des § 33 EStG nicht gegeben.
BFH, Urteil v. 17. 2. 1955 - IV 618/53 U, BStBl 1955 III S. 91[NAAAAB-45932]
- Ein Steuerpflichtiger ist durch Aufwendungen nicht belastet, soweit er für diese eine nach § 3 Ziff. 10 EStG steuerbefreite **Beihilfe** erhält.
BFH, Urteil v. 19. 7. 1957 - VI 106/55 U, BStBl 1957 III S. 329[KAAAA-89761]
- **Verlorene Baukostenzuschüsse** können i. d. R. nicht als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Bei derartigen Zuschüssen, die zur Erlangung einer Wohnung hingegeben werden, ist ein die Steuerermäßigung nach § 33 EStG ausschließender Gegenwert vorhanden. Im vorliegenden Fall bestand der Gegenwert darin, dass der Steuerpflichtige mit Hilfe eines Baukostenzuschusses in den Besitz einer unter **Mieterschutz** stehenden Altbauwohnung mit einer **niedrigen Miete** gelangt war. In vielen Fällen wird der Gegenwert eines Baukostenzuschusses in der **Ermäßigung der laufenden Miete** feststellbar sein, so dass der hingeebene Zuschuss ähnliche Wirkungen hat wie eine Mietvorauszahlung, für die eine steuerliche Berücksichtigung nach § 33 EStG gleichfalls nicht in Betracht kommt.
BFH, Urteil v. 20. 5. 1960 - VI 160/59 S, BStBl 1960 III S. 309[KAAAB-47300]
- **Verlorene Baukostenzuschüsse**, die Mieter zur Erlangung einer Wohnung geben, begründen i. d. R. keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 20. 5. 1960 - VI 200/59 S, BStBl 1960 III S. 310[SAAAB-47306]
- Leistet ein Steuerpflichtiger aufgrund einer **sittlichen Verpflichtung** Zahlungen für einen **Angehörigen**, findet § 33 EStG keine Anwendung, wenn dies im Zuge einer **Vermögensauseinandersetzung** (z.B. im Rahmen einer vorweggenommenen Erbauseinandersetzung) geschehen ist.
BFH, Urteil v. 12. 5. 1961 - VI 124/60 U, BStBl 1961 III S. 377[OAAAAB-47488]
- **Verlorene Zuschüsse**, die Mieter an die Vermieter von Wohnungen zahlen, stehen wegen der bürgerlich-rechtlichen Beurteilung auch steuerlich **Mietvorauszahlungen** gleich. Sie können daher nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.
BFH, Urteil v. 4. 12. 1962 - VI 308/61, BStBl 1963 III S. 120[JAAAB-51310]
- Bei der Ermittlung der Höhe der außergewöhnliche Belastungen, die nach § 33 EStG steuerlich berücksichtigt werden können, sind auch solche **Beihilfen** anzusetzen, die der Steuerpflichtige erst in dem **folgenden Kalenderjahr** erhalten hat. Für die Anwendung des § 11

ESTG ist hier kein Raum, da dieser zu den Vorschriften gehört, die die Ermittlung der Einkünfte betreffen.

BFH, Urteil v. 28. 4. 1964 - VI 146/63, HFR 1964 S. 415

- Sind **jungvermählte Eheleute** gezwungen, sich ihre **Möbel** und Einrichtungsgegenstände aus ihrem eigenen Einkommen anzuschaffen, können ihre Aufwendungen nicht nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Wegen des erlangten **Gegenwerts** fehlt es an einer Belastung i. S. von § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 9. 4. 1965 - VI 23/65 S, BStBl 1965 III S. 441[QAAAB-48711]

- Der Steuerpflichtige ist im Jahr der außergewöhnlichen Aufwendungen endgültig belastet, wenn er vor Ablauf der Verjährungsfrist seiner Veranlagung nicht ernsthaft mit einer Vorteilsausgleichung rechnen kann.

FG Düsseldorf, Urteil v. 4. 7. 1977 - XV/X 211/72 E, EFG 1978 S. 81

- Ausstattungen, die Eltern ihren Kindern aus Anlass der **Verheiratung** geben, gehören grds. in den **Vermögensbereich** und können nur unter besonderen Umständen als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG behandelt werden.

BFH, Urteil v. 16. 8. 1967 - VI 170/65, BStBl 1967 III S. 700[WAAAB-49720]

- Aufwendungen zur Beseitigung von **Sturmschäden** an einem mit **Wald** bestandenen **unbebauten Grundstück**, das nicht der Einkunftserzielung dient, können für den Eigentümer eine außergewöhnliche Belastung sein.

FG Bremen, Urteil v. 15. 12. 1977 - I 83/76, EFG 1978 S. 172

- Auch wenn Krankenkassenbeiträge sich nicht als Sonderausgaben ausgewirkt haben, können Aufwendungen wegen Krankheit nicht als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden, soweit die **Krankenkasse** sie **erstattet** hat.

FG Berlin, Urteil v. 15. 6. 1978 - I 360/77, EFG 1979 S. 84

- Hat der Steuerpflichtige für Aufwendungen, die er als außergewöhnliche Belastung geltend macht, einen **Gegenwert** erhalten, so schließt dies eine steuerliche Berücksichtigung nach § 33 EStG nur dann aus, wenn der Gegenwert in einem Gegenstand besteht, der nicht nur für den Steuerpflichtigen oder eine von ihm unterstützte Person, sondern auch für einen Dritten von Vorteil wäre, also eine gewisse **Marktgängigkeit** besitzt.

BFH, Urteil v. 4. 3. 1983 - VI R 189/79, BStBl 1983 II S. 378[IAAAA-91826]

- Die Verwirklichung des Risikos, **Opfer einer Straftat** zu werden, führt i. d. R. zu einer außergewöhnlichen Belastung des Geschädigten i. S. des § 33 EStG. Die außergewöhnliche Belastung erstreckt sich ausschließlich auf den **unmittelbar** durch die Straftat eingetretenen Schaden. Mittelbare Folgekosten sind nicht nach § 33 EStG abziehbar.

FG Saarland, Urteil v. 25. 11. 1987 - 1 K 128/86, EFG 1988 S. 126

- Die von einem Vater für den **vorzeitigen Erbausgleich** an sein **nichteheliches Kind** geleisteten Zahlungen sind keine außergewöhnliche Belastung.

BFH, Urteil v. 8. 12. 1988 - IX R 157/83, BStBl 1989 II S. 282[JAAAA-92786]

- Zahlungen eines Vaters an sein **nichteheliches Kind** für dessen **vorzeitigen Erbausgleich** sind keine außergewöhnliche Belastung (Anschluß an BFH, Urteil v. 8. 12. 1988 - IX R 157/83, BStBl 1989 II S. 282).

BFH, Urteil v. 12. 11. 1993 - III R 11/93, BStBl 1994 II S. 240[LAAAA-94764]

- Aufwendungen eines anlässlich der **Wiederherstellung der deutschen Einheit** aus der ehemaligen Nationalen Volksarmee ausgeschiedenen **Berufsoffiziers** im Zusammenhang mit einer Umschulungsmaßnahme sind grds. nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG zu berücksichtigen. Der Steuerpflichtige sah sich nach seinem Ausscheiden aus der NVA zwar gezwungen, sich einer neuen Tätigkeit zuzuwenden, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Er hatte jedoch die **Wahl** zu entscheiden, auf welchem Feld er sich betätigen wollte; ob er sich unter Verwertung der erlernten Kenntnisse um einen Arbeitsplatz bemü-

hen sollte, ob er sich durch Umschulung einem völlig anderen Beruf zuwenden oder ob er z. B. auch einer Beschäftigung nach einer bloßen Fortbildungsmaßnahme nachgehen sollte.

BFH, Urteil v. 28. 8. 1997 - III R 195/94, BStBl 1998 II S. 183[KAAAA-96114]

Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 2. 2. 1994 - 1 K 65/93 E

- **Berufsausbildungskosten** (hier: Umschulung zum Steuerfachgehilfen) eines entlassenen **NVA-Offiziers** können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 28. 8. 1997 - III R 196/94[BAAAC-19997]

Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 2. 2. 1994 - 1 K 23/93 E

- § 33 Abs. 1 EStG will nur **endgültige Belastungen** durch Minderung des Einkommens des Steuerpflichtigen steuerlich berücksichtigen. Darum ist eine **Vorteilsanrechnung** auch dann vorzunehmen, wenn die **Ersatzleistungen** erst in **späteren Kalenderjahren** anfallen als die Aufwendungen. Gleiches gilt, wenn Aufwendungen jedenfalls teilweise in ein Kalenderjahr fallen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem dem Steuerpflichtigen Aufwendungsersatz von einem Hausratversicherer geleistet worden ist und damit die Belastung bereits in einem früheren Veranlagungszeitraum gleichsam **im Vorgriff „aufgefangen“** wurde.

BFH, Urteil v. 30. 6. 1999 - III R 8/95, BStBl 1999 II S. 766[WAAAA-96713]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 25. 11. 1993 - 190156K1

- Die **Rückgabe** von zuvor durch Schenkung erlangten **Vermögenswerten** oder ein entsprechender **Wertausgleich** bedeuten keine „Belastung“ i. S. von § 33 EStG. Bei Zahlungen aufgrund eines Anspruchs auf **Rückforderung einer Grundstücksschenkung** wegen Verarmung der Schenkerin gem. § 528 BGB, scheidet ein Abzug als außergewöhnliche Belastungen schon aus diesem Grund aus.

BFH, Urteil v. 19. 12. 2000 - IX R 66/97[NAAAA-67679]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 14. 7. 1997 - 11 K 6927/94 E

- Die Lehre vom **Gegenwert** ist auch bei **Mietereinbauten** anwendbar. Erlaubt der Vermieter dem Mieter Einbauten, schließt aber die Erstattung der Aufwendungen auch bei Auszug des Mieters aus, bekommt der **Vermieter** in Form einer Wertsteigerung des Gebäudes einen Gegenwert. Aber auch der **Mieter** erhält durch die Einbauten einen Gegenwert, sofern die Einbauten nicht nur für ihn, sondern auch für andere Personen von Wert sein können und eine „gewisse Marktfähigkeit“ besitzen, „die in einem bestimmten Verkehrswert zum Ausdruck kommt“. Dieser zeigt sich darin, dass in aller Regel ein Nachmieter im Anschluss an eine Selbstnutzung der Einbauten durch den Mieter für deren Restnutzungsdauer bei der Übernahme eine Ablösesumme zahlen würde.

BFH, Urteil v. 15. 12. 2005 - III R 10/04[SAAAB-80850]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 10. 2003 - 16 K 2824/01 E

- Kann der Steuerpflichtige seine erworbene **fremdfinanzierte Eigentumswohnung** aufgrund einer **Ordnungsverfügung** (wegen akuter Einsturzgefahr des Hauses) nicht mehr nutzen, sind die Mietzahlungen als **verlorener Aufwand** außergewöhnliche Belastung. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein **gravierender Baumangel** einer (plötzlich eingetretenen) **Katastrophe** gleichgestellt werden.

FG Düsseldorf, Urteil v. 13. 12. 2007 - 14 K 6385/04 E[VAAAD-02982]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 62/08

- (1) Eine Berücksichtigung der Aufwendungen für das **Verbraucherinsolvenzverfahren** als außergewöhnliche Belastung scheidet aus, da der Steuerpflichtige als Gegenwert die **Befreiung** von seinen **Gläubigerforderungen** erhält. Denn nur soweit Werte aus dem Vermögen eines Steuerpflichtigen oder seinem laufenden Einkommen endgültig abfließen, liegt eine Belastung vor; das gilt z.B. für den verlorenem Aufwand zur Beseitigung von Schäden an einem Vermögensgegenstand von existentiell wichtiger Bedeutung (BFH, Urteil v. 6. 5. 1994 - III R 27/92, BStBl 1995 II S. 104). (2) Muss ein Steuerpflichtiger die Zahlung zur **Abwendung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens zweifach** erbringen, weil die zunächst von ihm erbrachte

Zahlung durch seinen Rechtsanwalt **veruntreut** worden ist, stellt die zweifache Zahlung keine außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG dar. Die **wirtschaftliche Handlungsfreiheit** ist weder Tatbestandsmerkmal noch eine durch die Rechtsprechung aus den geschriebenen Tatbestandsmerkmalen gewonnene grundsätzliche Kategorie im Tatbestand der außergewöhnlichen Belastungen des § 33 EStG.

BFH, Beschluss v. 17. 11. 2009 - VI B 18/09[AAAAAD-34790]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 8. 12. 2008 - 9 K 147/07

- Dem **Grunde** nach anzuerkennende außergewöhnliche Belastungen sind der **Höhe** nach um **ersparte Aufwendungen** zu kürzen.

FG Hamburg, Urteil v. 3. 3. 2010 - 6 V 17/10[BAAAD-43237]

- Zahlungen im Zusammenhang mit dem **vorzeitigen Erbaugleich** des **nichtehelichen Kindes** nach § 1934d BGB sind unabhängig von den Vermögensverhältnissen des Vaters nicht als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Abs. 1 EStG zu berücksichtigen.

BFH, Beschluss v. 28. 4. 2010 - VI B 167/09, BStBl 2010 II S. 747[MAAAD-44133]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 9. 10. 2009 - 2 K 169/08

- (1) **Mietzahlungen**, die einen **zusätzlichen, weiteren Wohnbedarf** abdecken, weil die Wohnung, die den existentiellen, ersten Wohnbedarf abdecken sollte, nicht mehr bewohnbar ist, können außergewöhnliche und aus tatsächlichen Gründen zwangsläufige Aufwendungen sein. (2) Aufwendungen für einen weiteren, zusätzlichen Wohnbedarf können nur für den **Zeitraum** als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, der erforderlich ist, die dem ersten Wohnbedarf gewidmete Wohnung wieder in einen bewohnbaren Zustand zu versetzen. Ist eine **Wiederherstellung der Bewohnbarkeit** nicht möglich, sind die Aufwendungen für den weiteren Wohnbedarf nur bis zu dem Zeitpunkt anzuerkennen, in dem dem Steuerpflichtigen dies bewusst wird.

BFH, Urteil v. 21. 4. 2010 - VI R 62/08, BStBl 2010 II S. 965[DAAAD-48569]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 13. 12. 2007 - 14 K 6385/04

- Aufwendungen wegen **Pflegebedürftigkeit** sind nur insoweit als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, als die Pflegekosten die **Leistungen der Pflegepflichtversicherung** und das aus einer ergänzenden Pflegekrankenversicherung bezogene **Pflege(tage)geld** übersteigen.

BFH, Urteil v. 14. 4. 2011 - VI R 8/10, BStBl 2011 I S. 701[AAAAAD-84132]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 15. 12. 2009 - 12 K 4176/07

- (1) In der sich an das **Insolvenzverfahren** anschließenden Wohlverhaltensphase kann die Finanzbehörde mit Steuerforderungen gegen Steuererstattungsansprüche des Insolvenzschuldners aufrechnen, solange der die Restschuldbefreiung erteilende Beschluss des Insolvenzgerichts aussteht. (2) Ein **Aufrechnungsverbot** ergibt sich auch dann nicht, wenn die **Einkommensteuererstattung** auf Vorschriften zur **Sicherstellung des Existenzminimums** (hier der Berücksichtigung von durch eine schwerwiegende Erkrankung der Tochter des Klägers verursachten **Krankheitskosten** als außergewöhnliche Belastungen) beruht.

FG Thüringen, Urteil v. 18. 10. 2011 - 3 K 868/10[ZAAAE-01517]

- Die im Rahmen eines **Verbraucherinsolvenzverfahrens** und nach nachfolgender **Restschuldbefreiung** an den Insolvenztreuhänder gezahlte Vergütung ist als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

FG Köln, Urteil v. 23. 5. 2013 - 6 K 2216/08[VAAAE-42306] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 47/13

9. Außergewöhnlichkeit

- „Übergroßen“ Steuerpflichtigen steht wegen der durch ihre **Größe** bedingten Mehraufwendungen für Kleidung und Ernährung keine Steuerermäßigung nach § 33 EStG zu.

BFH, Urteil v. 21. 6. 1963 - VI 203/61 U, BStBl 1963 III S.381 [EAAAAB-47905]

- Die Kosten für die Anschaffung, die Installation und den Betrieb einer **Geschirrspülmaschine** können auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn ein Steuerpflichtiger den Geschirrspülautomaten mit Rücksicht auf eine **krankheitsbedingte Behinderung** seiner Ehefrau angeschafft hat. Selbst dann, wenn davon ausgegangen wird, dass die Erkrankung der Ehefrau für die Anschaffung der Geschirrspülmaschine ursächlich war, entspricht die Verwendung arbeitssparender Haushaltsgeräte auch in Arbeitnehmerhaushalten mit mittleren Einkommen der modernen Wirtschaftsentwicklung. Es werden Geschirrspülautomaten auch in Haushaltungen angeschafft, in denen die Hausfrau nicht durch eine Erkrankung in der Erledigung der hauswirtschaftlichen Arbeiten behindert ist.

BFH, Urteil v. 21. 8. 1974 - VI R 237/71, BStBl 1974 II S. 745[UAAAA-90996]

- **Besuchsfahrten** zwischen **nahen Angehörigen** werden regelmäßig nicht als außergewöhnlich, sondern typisierend als durch allgemeine Freibeträge und etwaige andere Vergünstigungen abgegolten angesehen. Aufwendungen für den **Besuch** des eine Freiheitsstrafe verbüßenden **Ehegatten in der Haftanstalt** sind üblicherweise als durch den Grundfreibetrag des § 32a Abs. 1 Nr. 1 EStG abgegolten anzusehen und deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG berücksichtigungsfähig.

BFH, Urteil v. 23. 5. 1990 - III R 63/85, BStBl 1990 II S. 894[PAAAA-93435]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 31. 1. 1985 - 9 K 357/83

- (1) Aufwendungen von **Eltern** für Besuchsfahrten zu ihrem eine Freiheitsstrafe verbüßenden **volljährigen Kind** in der **Haftanstalt** sind üblicherweise als durch den Grundfreibetrag und die Regelungen des sog. Kinderlastenausgleichs abgegolten anzusehen und deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG berücksichtigungsfähig. (2) Aufwendungen, die Eltern für die **Strafverteidigung** ihres volljährigen, wegen eines Verbrechens beschuldigten und angeklagten Kindes tragen, können insoweit als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, als sich die Kosten innerhalb der durch die BRAGO festgelegten Rahmensätze halten.

BFH, Urteil v. 23. 5. 1990 - III R 145/85, BStBl 1990 II S. 895[ZAAAA-93436]

Vorinstanz: FG Saarland, Urteil v. 31. 5. 1985 - I 32/84

- Aufwendungen für die **Teilnahme an dem Lehrgang** stellen keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG dar. Kosten für eine **erstmalige Berufsausbildung** erwachsen nahezu jedem Steuerpflichtigen und können deshalb nicht als außergewöhnlich angesehen werden. Da die Berufsausbildung auf einer **freien Entschließung** beruht, sind die Aufwendungen regelmäßig auch nicht zwangsläufig.

BFH, Urteil v. 6. 3. 1992 - VI R 163/88, BStBl 1992 II S. 661[OAAAA-94173]

- (1) Aufwendungen, die zur Ausübung des **Besuchsrechts** des **nicht sorgeberechtigten Elternteils** nach § 1634 BGB gemacht werden, sind nicht außergewöhnlich i. S. des § 33 Abs. 1 EStG, sondern durch die Regelungen des Kinderlastenausgleichs abgegolten. (2) Die steuerliche Behandlung von ihren Kindern getrennt lebender Eltern nach Abschaffung des Freibetrages für die Pflege des Eltern-Kind-Verhältnisses gem. § 33a Abs. 1a EStG a. F. und die Abgeltung der Mehraufwendungen eines geschiedenen oder getrennt lebenden Elternteils durch den Kinderfreibetrag sind mit höherrangigem Recht vereinbar.

BFH, Urteil v. 28. 3. 1996 - III R 208/94, BStBl 1997 II S. 54[UAAAA-95921]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 15. 2. 1994 - VIII 48/93

- **Schulgeldzahlungen** an eine **fremdsprachige Schule im Inland** sind auch dann nicht als Werbungskosten oder außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn sich die ausländischen Eltern aus beruflichen Gründen nur vorübergehend im Inland aufhalten.

BFH, Urteil v. 23. 11. 2000 - VI R 38/97, BStBl 2001 II S. 132[UAAAA-88819]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 21. 11. 1996 - V 161/94

- Errichtet ein Steuerpflichtiger infolge eines **Planungsfehlers** des **Architekten** ein Gebäude irrtümlich auf dem Nachbargrundstück, sind die Aufwendungen, die in Zusammenhang mit einem **Grundstückstausch** mit dem Eigentümer des von ihm bebauten Grundstücks entstehen und von der Berufshaftpflichtversicherung des Architekten nicht erstattet werden, nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.
FG Thüringen, Urteil v. 31. 1. 2001 - III 1479/99[KAAAB-13140]
- Der **Ausschluss von Unterhaltsleistungen** für Kinder, für die ein Anspruch auf **Kinderfreibetrag** oder **Kindergeld** besteht, vom Abzug als außergewöhnliche Belastungen ist verfassungsgemäß.
FG Berlin, Urteil v. 9. 12. 2003 - 7 K 7067/01[DAAAB-17156]
- **Verluste** durch **Geldentwertung** infolge der **Euro-Bargeldeinführung** sind weder als Sonderausgaben, noch als außergewöhnliche Belastungen steuerlich abzugsfähig. Sie sind weder im abschließenden Katalog des § 10 EStG enthalten, noch sind sie außergewöhnlich i. S. von § 33 Abs. 1 EStG.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 3. 2004 - 2 K 84/03[AAAAB-20938]
- Wird ein Vertrag über den Erwerb eines **Einfamilienhauses** wegen der plötzlich aufgetretenen schweren Erkrankung der Lebensgefährtin und des damit verbundenen Ausfalls von deren Finanzierungsbeitrag rückgängig gemacht, stellen die Aufwendungen für die **Rückabwicklung des Kaufvertrags** keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar, wenn der Erwerber über eine seinen Wohnbedürfnissen entsprechende Mietwohnung verfügt.
BFH, Urteil v. 3. 3. 2005 - III R 12/04[YAAAB-54351]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 2. 2003 - 5 K 4083/02
- Aufwendungen für **Besuchsfahrten des Kindes** zum von der Mutter getrennt lebenden Vater sind mit den Freibeträgen insbesondere zum Kinderlastenausgleich abgegolten und stellen keine außergewöhnlichen Belastungen gem. § 33 EStG dar.
FG München, Urteil v. 6. 6. 2005 - 1 K 3659/04[GAAAB-56794]
- Aufwendungen erwachsen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig, wenn er sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Sie sind außergewöhnlich, wenn sie ihrer Art und dem Grunde nach außerhalb des Üblichen liegen. Die typischen Vorgänge der Lebensführung und damit verbundene Aufwendungen sind aus dem Anwendungsbereich des § 33 ausgeschlossen. Aufwendungen wie **Fahrtkosten**, die durch den **persönlichen Umgang** des Steuerpflichtigen mit seinen Kindern entstanden sind, sind daher nicht als außergewöhnlich anzusehen, da sie durch den Grundfreibetrag des § 32a Abs. 1 Nr. 1 EStG sowie durch die Regelungen des Kinderlastenausgleichs in typisierender Weise abgegolten sind.
FG Köln, Urteil v. 18. 12. 2006 - 7 K 1426/06[ZAAAC-41450]
- Aufwendungen eines Elternteils für **Besuche** seines bei dem anderen Elternteil lebenden **Sohnes** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Weder ist es als außergewöhnlich anzusehen, dass ein **Elternteil** von seinen Kindern **getrennt** lebt, weil zwischen den Eltern keine eheliche oder eheähnliche Lebensgemeinschaft (mehr) besteht, noch sind die aufgrund der Trennung der Eltern entstehenden **Kosten** für den Umgang mit den Kindern außergewöhnlich. Denn eine räumliche Trennung zwischen Eltern und Kindern ist auch bei zusammenlebenden Eltern nicht unüblich.
BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 56/01[HAAAC-73390]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 19. 11. 1997 - 13 K 1979/97
- Zu den nicht außergewöhnlichen, bei typisierender Betrachtungsweise abgegoltenen Aufwendungen gehören i. d. R. die Kosten für **Fahrten**, um **nahe Angehörige** zu besuchen. Aufwendungen des nicht sorgeberechtigten Elternteils für den **Umgang** mit seinem **Kind** – unabhängig von der Höhe der im Einzelfall entstehenden Aufwendungen – den typischen Aufwendungen der Lebensführung zugeordnet, die durch den Familienleistungsausgleich be-

rücksichtigt werden. Dadurch, dass jeder Elternteil nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, Kontakt zu seinem Kind zu halten, werden aber die zu den typischen Kosten der Lebensführung gehörenden Aufwendungen nicht außergewöhnlich i. S. des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 41/04[EAAAC-72610]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 31. 7. 2003 - 16 K 6207/01 E

Verfassungsbeschwerde nicht angenommen; BVerfG, Beschluss v. 22.10.2009 - 2 BvR 1520/08

- Aufwendungen eines Elternteils für **Besuche** seiner bei dem anderen Elternteil lebenden **Kinder** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar (Fortführung des Senatsurteils v. 28. 3. 1996 - III R 208/94, BStBl 1997 II S. 54).

BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 28/05, BStBl 2008 II S. 287[VAAAC-64821]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 22. 3. 2005 - 12 K 826/04

- Aufwendungen eines Elternteils für **Besuche** seines von ihm getrennt lebenden Kindes sind keine außergewöhnliche Belastung. Derartige Aufwendungen eines getrennt lebenden Elternteils für den Umgang mit den Kindern sind durch den **Familienleistungsausgleich** abgegolten.

BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 55/05[OAAAC-72611]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 23. 6. 2005 - 10 K 1163/02

- Aufwendungen eines Elternteils für **Besuche** seines von ihm getrennt lebenden Kindes sind keine außergewöhnliche Belastung. Weder ist es als außergewöhnlich anzusehen, dass ein **Elternteil** von seinen Kindern **getrennt** lebt, weil zwischen den Eltern keine eheliche oder eheähnliche Lebensgemeinschaft (mehr) besteht, noch sind die aufgrund der Trennung der Eltern entstehenden **Kosten** für den Umgang mit den Kindern außergewöhnlich. Denn eine räumliche Trennung zwischen Eltern und Kindern ist auch bei zusammenlebenden Eltern nicht unüblich, etwa wenn Kinder eine Schule im Ausland besuchen, auswärtig für einen Beruf ausgebildet werden, in einem Heim, einem Krankenhaus oder einer Rehabilitationseinrichtung untergebracht sind, oder im Rahmen eines Schüleraustauschs längere Zeit im Ausland leben.

BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 30/06[HAAAC-72609]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 20. 2. 2006 - 2 K 3058/04

- Die Kosten eines alleinstehenden Elternteils für **Wochenendfahrten** zu einem von ihm **getrennt lebenden Kind** in Erfüllung der elterlichen Pflicht zur **Personensorge** sind durch die Regelungen des Familienleistungsausgleichs abgegolten. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden; Der Steuerpflichtige ist in seinen Grundrechten nicht dadurch verletzt, dass diese Kosten nicht nach § 33 EStG steuerlich berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 27. 9. 2007 - III R 71/06[YAAAC-72612]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 15. 6. 2005 - 2 K 214/03 (2)

- Schicken Steuerpflichtige eines EU-Mitgliedstaats ihre Kinder zur **Schulbildung** in eine Schule in einem **anderen Mitgliedstaat**, scheidet ein Abzug der Aufwendungen gem. § 33a EStG grds. aus, weil nur außergewöhnliche Umstände wie z.B. Krankheit des Kindes, zu einem Abzug führen, nicht aber die schlichte **Wahl der Schule** durch die Eltern.

FG Köln, Urteil v. 29. 11. 2007 - 15 K 2532/06[WAAAC-73803]

- Das **Schulgeld**, das Eltern für den Besuch ihres Kindes auf einer Schule der **britischen Streitkräfte** in Deutschland entrichten, ist weder als außergewöhnliche Belastung noch als Sonderausgabe abziehbar.

FG Niedersachsen, Urteil v. 23. 4. 2008 - 4 K 10828/03[YAAAC-89866]

s. auch BFH, Urteil v. 3. 12. 2008 - X R 26/08[PAAAD-18465]

- Zu den nicht außergewöhnlichen, bei typisierender Betrachtungsweise abgegoltenen Aufwendungen gehören i. d. R. die Kosten (Reisekosten) für Fahrten, um nahe Angehörige zu besuchen. Darum sind Aufwendungen für die **Kontaktpflege** mit seiner **in Kuba lebenden**

Ehefrau nicht als außergewöhnliche Belastung in Abzug zu bringen. Es handelt sich um **Aufwendungen der Lebensführung**, die durch den **Grundfreibetrag** berücksichtigt werden. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

BFH, Beschluss v. 25. 2. 2009 - VI B 147/08[SAAAD-19008]

Vorinstanz: FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 24. 6. 2008 - 8 K 801/06

- **Reisekosten** zur Wahrnehmung eines gerichtlich erstrittenen Umgangsrechts mit einem Enkelkind erwachsen den Großeltern auch dann nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, wenn ihr Sohn und Kindesvater während des Scheidungsverfahrens verstirbt und die Kindesmutter zur Verhinderung des Kindesumgangs in das Ausland verzieht.

BFH, Urteil v. 5. 3. 2009 - VI R 60/07[JAAAD-21094]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 13. 9. 2007 - 1 K 201/05

- **Besuchsfahrten** zu den **Eltern** sind regelmäßig nicht außergewöhnlich. Auch wenn anlässlich der Fahrten einzelne **Hilfeleistungen** wie etwa Einkäufe, Pflegeleistungen durchgeführt werden und **seelischer Beistand** in schwierigen Familiensituationen bzw. zur Vorbeugung oder Abmilderung einer Depression erfolgen, übersteigen diese nicht das Maß des Üblichen.

FG München, Urteil v. 5. 8. 2009 - 1 K 3124/08[UAAAD-45565]

- Aufwendungen für die **Schulausbildung** eines Kindes sind nicht als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG zu berücksichtigen, da keine zwangsläufig größeren Aufwendungen als der überwiegenden Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie gleichen Familienstands entstanden sind.

FG Sachsen, Urteil v. 1. 10. 2009 - 1 K 2304/07[XAAAD-37211]

- **Schulgeldzahlungen** für die Ausbildung eines Kindes an einer **Schweizer Privatschule** sind nicht als Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastung bei der Festsetzung der Einkommensteuer der Eltern zu berücksichtigen.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 21. 7. 2010 - 14 K 1469/10[ZAAAD-52609]

- Wird die minderjährige **Adoptivtochter** ausschließlich aus **pädagogischen** und nicht etwa aus Krankheitsgründen bzw. behinderungsbedingten Gründen auf Veranlassung des von den Adoptiveltern eingeschalteten Jugendamts in einem **heilpädagogischen Heim** untergebracht, dürfen die Adoptiveltern die vom Jugendamt geforderten Kostenbeiträge für die Heimunterbringung der Tochter bereits dem Grunde nach nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehen.

FG München, Urteil v. 20. 10. 2010 - 9 K 2227/09[GAAAD-57841]

- Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, dass Aufwendungen eines Elternteils für **Besuche** seiner bei dem **anderen Elternteil** lebenden **Kinder** nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar sind, da diese durch die Regelungen des **Familienleistungsausgleichs** abgegolten sind.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 26. 11. 2010 - 10 K 2352/10[LAAAD-60047]

Beschwerde verworfen: BFH, Beschluss v. 14. 11. 2011 - III B 8/11[WAAAD-98619]

- Aufwendungen eines geschiedenen, nicht sorgeberechtigten Vaters für **Fahrten** zu seinem Kind aufgrund seines **Besuchsrechts** sind als typische – nicht nach § 33 EStG steuermindernd zu berücksichtigende – Kosten der Lebensführung behandelt. Die aufgrund der Trennung der Eltern entstehenden Kosten für den Umgang mit den Kindern sind nicht außergewöhnlich, weil eine räumliche Trennung zwischen Eltern und Kindern auch bei zusammenlebenden Eltern nicht unüblich sei. Es kommt nicht darauf an, ob der zum Barunterhalt verpflichtete Elternteil nicht sorgeberechtigt ist oder mitsorgeberechtigt. Die **Umgangskosten** selbst sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. Sie haben letztlich ihre Ursache in der räumlichen Trennung zwischen dem Kläger und seinem Kind, und derartige typische Kosten der Lebensführung können nicht über den „Umweg“ eines Familienrechtsstreits zu außergewöhnlichen Aufwendungen führen.

BFH, Beschluss v. 11. 1. 2011 - VI B 60/10[CAAAD-62795]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 19. 3. 2010 - 15 K 440/09

- **Fahrtaufwendungen eines Försters** mit Dienst- und Wohnsitz im Forsthaus für die Beförderung seiner **Kinder** zur Schule sind – auch, wenn öffentliche Verkehrsmittel nicht zur Verfügung stehen – weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig. Die Aufwendungen für die Beförderung der Kinder zur Schule sind mit dem Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag abgegolten.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 22. 6. 2011 - 2 K 1885/10[SAAAD-92599]

- **Trennungsbedingte Umgangskosten** des barunterhaltspflichtigen Elternteils sind keine außergewöhnliche Belastung. Somit sind Kosten für **Besuchsfahrten** eines Elternteils zu seinen bei dem anderen Elternteil lebenden **Kindern** nicht als außergewöhnliche Belastung gemäß § 33 EStG abzugsfähig, sondern mit den Leistungen nach dem **Familienleistungsausgleich** abgegolten. Die Abgeltung dieser Aufwendungen durch den Familienleistungsausgleich ist verfassungsgemäß.

BFH, Beschluss v. 15. 5. 2012 - VI B 111/11[ZAAAE-14526]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 9. 2011 - 5 K 2011/10

- (1) **Schulwegkosten** zu einer in Nordrhein-Westfalen einmaligen **Sportförderschule** in Form einer staatlichen Gesamtschule unterfallen nicht dem Schulgeldabzug als Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG. (2) **Schulwegkosten** erfüllen ebensowenig die Voraussetzung eines Abzugs als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 Abs. 2 EStG, weil sie typische Aufwendungen der Lebensführung sind, die durch den Grund- und Kinderfreibetrag sowie das Kindergeld abgegolten sind.

FG Münster, Urteil v. 15. 4. 2014 - 1 K 3696/12 E[JAAAE-71211]

10. Zwangsläufigkeit

- Die Unterstützung von **Flüchtlingen**, die nicht Angehörige sind, ist nicht ohne Weiteres zwangsläufig i. S. des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 8. 4. 1954 - IV 342/53 U, BStBl 1954 III S. 188[BAAAA-89670]

- Die Aufwendungen für das **Doktorexamen** sind bei dem **Doktoranden** weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.

BFH, Urteil v. 20. 9. 1957 - VI 7/56 U, BStBl 1957 III S. 424[JAAAB-46901]

- Gibt ein Vater seiner Tochter, die geheiratet hat, einen Betrag, den diese als **Baukostenzuschuss** für die Erlangung einer Wohnung aufwendet, handelt es sich i. d. R. nicht um eine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 17. 3. 1961 - VI 145/60 U, BStBl 1964 III S. 275[LAAAB-47210]

- Bei einem **Steuerinspektor**, der **nebenbei** an einer Universität Rechtswissenschaft studiert, sind die **Studienkosten** weder Werbungskosten noch eine außergewöhnliche Belastung. Da der Steuerpflichtige das Studium **freiwillig** begonnen hat, fehlt es an der Zwangsläufigkeit i. S. des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 24. 8. 1962 - VI 110/62 U, BStBl 1962 III S. 488[NAAAB-51190]

- Wenn auch die **Eltern** grds. selbst bestimmen können, welche **Ausbildung** sie ihrem Kind gewähren wollen, können in ungewöhnlichen Grenzfällen die **Behörden** gleichwohl **prüfen**, ob die Aufwendungen der Eltern noch „zwangsläufig“ sind.

BFH, Urteil v. 28. 2. 1964 - VI 179/63, HFR 1964 S. 415

- Die Unterstützung von **Verwandten**, zu denen der Steuerpflichtige in **persönlichen Beziehungen** steht, ist stets zwangsläufig, auch wenn diese Personen nicht zum Kreise der Angehörigen i. S. von § 10 StAnpG gehören.

BGFH, Urteil v. 25. 3. 1966 - VI 320/65, BStBl 1966 III S. 534[SAAAA-90252]

- Aufwendungen eines **Verlobten** für das **Studium des anderen Verlobten** sind i. d. R. keine zwangsläufigen außergewöhnlichen Belastungen, auch wenn der Geber in besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.
BFH, Urteil v. 9. 12. 1966 - VI R 196/66, BStBl 1967 III S. 308[CAAAB-49047]
- (1) Durch auf freiem Willensentschluss beruhende **Maßnahmen tatsächlicher Art** kann eine Lage geschaffen werden, in der ein Steuerpflichtiger sich der Leistung von Unterhalts- und Ausbildungsaufwendungen, zu denen er weder rechtlich noch sittlich verpflichtet war, aus **tatsächlichen Gründen** nicht entziehen kann. (2) Eine auswärtige Unterbringung liegt nicht vor, wenn die unterhaltene Person im Haushalt des Steuerpflichtigen, der die Aufwendungen erbringt, untergebracht ist.
BFH, Urteil v. 26. 5. 1971 - VI R 271/68, BStBl 1971 II S. 628[JAAAA-98881]
- Die üblichen Gehälter einer vom Steuerpflichtigen angestellten **Kindergärtnerin** stellen in vollem Umfang außergewöhnliche Belastungen dar, wenn dem Steuerpflichtigen derartige Aufwendungen zur **Betreuung und Versorgung** seiner **Kleinkinder** nach dem **Tod der Ehefrau** entstehen.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 2. 1972 - V 122/71, EFG 1972 S. 334
- Durch einen **Verkehrsunfall** bedingte Aufwendungen für **Schadensersatz** und **Prozesskosten** sind nicht nach § 33 EStG abziehbar, wenn der Steuerpflichtige **vorsätzlich** oder **grob fahrlässig** gehandelt hat.
BFH, Urteil v. 7. 3. 1975 - VI R 201/73
Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 24. 10. 1973 - V 288/72
- Aufwendungen aus einem durch **leicht fahrlässiges Verhalten** verursachten **Fremdschaden** und damit zusammenhängende **Zivilprozesskosten** sind grds. nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG erwachsen.
FG Münster, Urteil v. 28. 8. 1975 - VIII 473/75 L, EFG 1976 S. 82
- Erstattet der Verkäufer eines zuvor gekauften **gestohlenen Pkw** dem Erwerber den Kaufpreis, ohne den Pkw zurückzuerhalten, liegt weder in der **Rückzahlung des Kaufpreises** an den Erwerber noch in dem **Verlust der Rückgriffsforderung** gegen den Dieb eine außergewöhnliche Belastung, wenn der Verkäufer beim Ankauf des gebrauchten Pkw grob fahrlässig gehandelt hat.
FG Düsseldorf, Urteil v. 28. 4. 1977 - II 221/73 L, EFG 1978 S. 78
- Die Kosten einer **nachträglich** erteilten amtlichen **Genehmigung zur Auswanderung** aus der CSSR sind i. d. R. keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG. Kosten für die **nachträgliche Legalisierung** einer nicht genehmigten Auswanderung sind ebenso wie andere durch eine Auswanderung verursachte Ausgaben grds. nicht zwangsläufig i. S. von § 33 EStG. Die Tatsache, dass sich die Ehefrau des Steuerpflichtigen aus familiären Gründen verpflichtet fühlte, ihre Angehörigen in der CSSR zu besuchen, und dass dies ohne Genehmigung nicht möglich gewesen wäre, rechtfertigt keine andere Beurteilung. Nicht alle Aufwendungen, die ein Steuerpflichtiger aus einer anständigen und sittlich anzuerkennenden Gesinnung macht, können schon deswegen als zwangsläufig i. S. des § 33 EStG angesehen werden.
BFH, Urteil v. 8. 11. 1977 - VI R 42/75, BStBl 1978 II S. 147[ZAAAA-91291]
- Eine von einem **ausländischen Gericht** verhängte **Geldstrafe** kann, wenn und soweit sie nach **deutschem Rechtsempfinden** als **offensichtliches Unrecht** erscheint, eine außergewöhnliche Belastung sein.
FG Bremen, Urteil v. 21. 12. 1979 - I 135/78, EFG 1980 S. 183
- Die **freiwillige Ablösung** von laufenden Kosten für die Unterbringung eines pflegebedürftigen Kindes in einer Anstalt ist keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 14. 11. 1980 - VI R 106/78, BStBl 1981 II S. 130[VAAAA-91570]

► (1) Der Begriff der **sittlichen Verpflichtung** i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG beinhaltet neben einer engen persönlichen Beziehung auch ein „Sich-nicht-entziehen-können“. (2) Von einem „**Sich-nicht-entziehen-können**“ im Rahmen einer sittlichen Verpflichtung kann ähnlich wie bei einer rechtlichen Verpflichtung nur dann ausgegangen werden, wenn die Unterlassung der gebotenen Handlung Nachteile im Sinne von **Sanktionen im sittlich-moralischen Bereich** oder auf **gesellschaftlicher Ebene** zur Folge haben kann.

FG Niedersachsen, Urteil v. 10. 8. 1983 - IX 573/81, EFG 1984 S. 179

► (1) Unterhaltsleistungen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden **ausländischen Arbeitnehmern** an Angehörige im Heimatland konnten bis zum Veranlagungszeitraum 1978 einschließlich nach § 33a Abs. 1 i. V. mit § 33 Abs. 2 EStG nur berücksichtigt werden, soweit der Unterhaltspflichtige nach dem **Recht seines Heimatlandes** bzw. nach seinen vom Heimatland geprägten Wertvorstellungen zu solchen Aufwendungen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen verpflichtet war. Aus Gründen der Gleichmäßigkeit der Besteuerung kam ein Abzug als außergewöhnliche Belastung aber nur in Betracht, soweit auch nach **inländischem Zivilrecht** bzw. nach inländischen Wertvorstellungen eine Unterhaltspflicht bestanden hätte. (2) Unterhaltsleistungen gegenüber **volljährigen Geschwistern** können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn diese deshalb nicht erwerbstätig sind, weil sie noch die **Schule** besuchen.

BFH, Urteil v. 17. 1. 1984 - VI R 244/80, BStBl 1984 II S. 527[SAAAAB-02937]

► Nicht jeder Tatbestand, der zu Aufwendungen für andere aus **sittlichen Gründen** führt, hat den von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG vorausgesetzten zwingenden Charakter. Die sittliche Verpflichtung muss **vielmehr so unabdingbar auftreten, dass sie einer Rechtspflicht** gleichkommt oder zumindest ähnlich ist. Das sittliche Gebot darf nicht als innerer Zwang des Gewissens von dem Betreffenden empfunden werden, sondern muss ähnlich dem Rechtszwang von außen her als eine Forderung oder zumindest Erwartung der Gesellschaft an den Steuerpflichtigen herantreten. Dabei muss die sittliche Verpflichtung des einzelnen von seiner Umgebung als so schwerwiegend angesehen werden, dass ihre Erfüllung als eine selbstverständliche Handlung erwartet wird und die Missachtung dieser Erwartung den Ruf des Steuerpflichtigen derart empfindlich beeinträchtigt, dass er unter Umständen eine Einbuße in seiner gesellschaftlichen Stellung zu befürchten hat. Aufwendungen für die **Anschaffung eines Pkw**, den ein Steuerpflichtiger seinem Sohn schenkt, sind deshalb auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Sohn als **Körperbehinderter** auf die Nutzung eines Fahrzeugs angewiesen ist. Eine über den gesetzlichen Unterhaltsanspruch hinausgehende sittliche Verpflichtung zur Leistung solcher Zuwendungen besteht im Allgemeinen nicht.

BFH, Urteil v. 27. 2. 1987 - III R 209/81, BStBl 1987 II S. 432[DAAAAA-92347]

► Aufwendungen für die **eigene Berufsausbildung** erwachsen einem Steuerpflichtigen nach ständiger Rechtsprechung des BFH grds. nicht zwangsläufig, weil er sich i. d. R. frei entschließen kann, welche Ausbildung er sich zukommen lässt. Ausnahmen von diesem Grundsatz hat die Rechtsprechung für denkbar gehalten, wenn die **Entschließungsfreiheit** eines Steuerpflichtigen zur Berufsausbildung tatsächlich nicht besteht, etwa weil er wegen unfall- oder krankheitsbedingter Behinderung einen erlernten Beruf nicht mehr ausüben kann und zu einer Umschulung gezwungen ist (vgl. BFH, Urteil v. 22. 3. 1967 - VI R 300/66, BStBl 1967 III S. 596). Durch die Zulassungsbeschränkungen zum Studium (**Numerus clausus**) entsteht **keine existenzgefährdende Zwangslage**, die die Entschließungsfreiheit des Steuerpflichtigen derart einschränkt, dass ein **Auslandstudium** unausweichlich wird.

BFH, Beschluss v. 21. 4. 1987 - III B 165/86[HAAAAB-29397]

► (1) Zwangsläufigkeit aus **rechtlichen Gründen** i. S. von § 33 Abs. 2 EStG ist bei Aufwendungen des Erben zur Erfüllung von **Nachlassverbindlichkeiten** regelmäßig nicht anzuerkennen, weil der Erbe die Möglichkeit hat, den Verbindlichkeiten durch **Ausschlagung der Erbschaft**

auszuweichen. (2) Aus **sittlichen Gründen** erwachsen Aufwendungen zwangsläufig, wenn das Unterlassen der Aufwendungen **Sanktionen** im sittlich-moralischen Bereich oder auf gesellschaftlicher Ebene zur Folge hätte. Bei der Entscheidung ist auf alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die persönlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten, ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie die konkrete Lebenssituation, bei der Übernahme einer Schuld auch auf den Inhalt des Schuldverhältnisses abzustellen. (3) Zwangsläufigkeit im vorstehenden Sinn kann vorliegen, wenn der Sohn der Erblasserin als Alleinerbe Nachlassverbindlichkeiten erfüllt, die auf **existentiellen Bedürfnissen** seiner in Armut verstorbenen Mutter unmittelbar vor oder im Zusammenhang mit deren Tod beruhen.

BFH, Urteil v. 24. 7. 1987 - III R 208/82, BStBl 1987 II S. 715[BAAAA-92407]

- ▶ Ein Steuerpflichtiger, dem die **Ausreise** aus der DDR in die USA genehmigt wurde, der jedoch nur mit einem Besuchervisum für die USA zunächst in die Bundesrepublik reist, kann die Aufwendungen für eine danach angetretene Besuchsreise in die USA nicht als außergewöhnliche Belastung abziehen.

BFH, Urteil v. 13. 11. 1987 - III R 263/83[SAAAA-98210]

- ▶ Der Frage, ob Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für den **Sprachkurs seines Bruders** aus sittlichen Gründen zwangsläufig erwachsen und als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 a Abs. 1 EStG berücksichtigungsfähig sind, kommt keine grundsätzliche Bedeutung zu. Eine sittliche Verpflichtung zu einer derartigen Kostenübernahme ist ebenso abzulehnen wie im Fall der Übernahme der Kosten des Studiums von Geschwistern ablehnen.

BFH, Beschluss v. 11. 3. 1988 - III B 122/86, BStBl 1988 II S. 534[KAAAA-98256]

- ▶ Aufwendungen einer **minderjährigen Halbwaise** für die **eigene Internatsunterbringung** erwachsen im Regelfall selbst dann nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, wenn sich der überlebende Elternteil aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen nicht in der Lage sieht, sich um die Erziehung des Kindes zu kümmern.

BFH, Urteil v. 18. 4. 1990 - III R 126/86, BStBl 1990 II S. 738[EAAAA-93362]

- ▶ Aufwendungen einer **minderjährigen Halbwaise** für die **eigene Internatsunterbringung** erwachsen im Regelfall selbst dann nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, wenn sich der überlebende Elternteil aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen nicht in der Lage sieht, sich um die Erziehung des Kindes zu kümmern.

BFH, Urteil v. 18. 4. 1990 - III R 127/86[PAAAB-31476]

- ▶ Eine rechtliche Verpflichtung, **volljährigen Geschwistern** eine **Hochschulausbildung** zu finanzieren, besteht nicht. Im Inland besteht grds. auch keine sittliche Verpflichtung, volljährigen Geschwistern ein Universitätsstudium zu finanzieren. Das Universitätsstudium lässt sich auch durch die Gewährung langfristiger und ratenweise zu tilgender **Darlehen** ermöglichen, und die Vereinbarung solcher Ausbildungsdarlehen muss im Verhältnis auch zwischen Geschwistern regelmäßig als zumutbar angesehen werden.

BFH, Urteil v. 15. 3. 1991 - III R 26/89[BAAAB-32204]

- ▶ (1) Zwangsläufigkeit i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG setzt grds. auch voraus, dass der Steuerpflichtige etwaige **Ersatzansprüche** gegen Dritte erfolglos geltend gemacht hat. Umfang und Intensität der erforderlichen Rechtsverfolgung bestimmen sich nach dem Maßstab der **Zumutbarkeit**. (2) Macht ein in der sozialen Krankenversicherung versicherter Steuerpflichtiger auf **Privatverordnungen** beruhende Aufwendungen für Schmerzmittel in ungewöhnlich großem Umfang geltend, kommt eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung nur in Betracht, wenn der Steuerpflichtige den Träger der Krankenversicherung jedenfalls vorher schriftlich auf Kostenersatz in Anspruch genommen und die Krankenversicherung den **Ersatz abgelehnt** hat. Eine nur mündliche Erkundigung reicht nicht aus.

BFH, Urteil v. 20. 9. 1991 - III R 91/89, BStBl 1992 II S. 137[IAAAA-93929]

- ▶ Gem. § 33a Abs. 1 EStG sind typische Unterhaltsaufwendungen, wie z.B. Aufwendungen zur Befriedigung leiblicher Bedürfnisse wie Wohnung, Ernährung und Kleidung, begünstigt. Der

Begriff der Aufwendungen i. S. des § 33a Abs. 1 EStG umfasst **Geldausgaben** und die Hingabe von **Sachwerten** in gleicher Weise (vgl. BFH, Urteil v. 15. 3. 1991 - III R 26/89). Hierbei sind Sachaufwendungen mit den üblichen **Mittelpreisen des Verbrauchsorts** anzusetzen (z.B. ortsüblicher Mietzins bei unentgeltlicher Wohnungsüberlassung zu Unterhaltungszwecken).
BFH, Urteil v. 9. 11. 1993 - IX R 74/90[JAAAAB-33931]

- Es fehlt an dem Erfordernis der Zwangsläufigkeit i. S. von § 33 Abs. 2 EStG, wenn es der Steuerpflichtige versäumt hat, ihm insoweit zustehende Ansprüche auf Gewährung einer **Beihilfe** nach den beamtenrechtlichen Vorschriften geltend zu machen.
BFH, Urteil v. 8. 7. 1994 - III R 48/93[ZAAAAB-34646]
- (1) Aufwendungen für den **Schulbesuch** eines noch nicht 18 Jahre alten Kindes sind nicht durch den Kinderfreibetrag des § 32 Abs. 6 EStG abgegolten und können zu einer außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG führen. (2) Eine Berücksichtigung von Schulgeldzahlungen als außergewöhnliche Belastung ist nur dann möglich, wenn sich der Steuerpflichtige den Zahlungen aus **rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen** nicht entziehen kann.
FG Niedersachsen, Urteil v. 25. 6. 1996 - VIII 170/93, EFG 1996 S. 1224
- Aufwendungen für die Unterbringung und Pflege eines bedürftigen Angehörigen sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, soweit der Steuerpflichtige von dem Angehörigen dessen **gesamtes sicheres Vermögen** in einem Zeitpunkt übernommen hat, als dieser sich bereits im Rentenalter befand.
BFH, Urteil v. 12. 11. 1996 - III R 38/95, BStBl 1997 II S. 387[LAAAA-95856]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 20. 12. 1994 - 6 K 2743/94 E
- Aufwendungen des Steuerpflichtigen für die Unterbringung des **pflegebedürftigen Vaters** in einem **Wohnstift** sind dann nicht aus einer Zwangslage heraus und nicht unfreiwillig, sondern durchaus eigenverantwortlich dadurch zumindest entscheidend mitverursacht, dass er seinerzeit das ihm von seinem Vater angebotene **Vermögen** (Grundstück) schenkweise übernommen und somit dazu beigetragen hat, dass dem Vater – über seine Rente hinaus – keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung standen, um seinen infolge der Pflegebedürftigkeit erhöhten Bedarf zu decken. Das gilt zumindest, wenn das vom Steuerpflichtigen übernommene Vermögen noch nicht aufgezehrt ist.
BFH, Beschluss v. 12. 11. 1996 - III S 4/96[DAAAAB-37951]
- Beschädigungen von **Vermögenswerten** im Gefolge eines **Diebstahls** können nicht als außergewöhnliche Belastung steuermindernd berücksichtigt werden.
FG Niedersachsen, Urteil v. 16. 7. 1997 - XII 629/96, EFG 1998 S. 319
- Die rechtlichen Maßstäbe für die Anerkennung der **Zwangsläufigkeit von Unterhaltsleistungen** an Angehörige aus **sittlichen Gründen** hat der BFH geklärt. Danach ist eine sittliche Verpflichtung (zur Übernahme der Pflege der eigenen Eltern) nur dann anzunehmen, wenn nach dem Urteil der Mehrzahl billig und gerecht denkender Mitbürger ein Steuerpflichtiger sich zu einem solchen Verhalten verpflichtet sehen kann. Sittlich zu billigende oder besonders aner kennenswerte Gründe allein reichen deshalb nicht aus. Das sittliche Gebot muss vielmehr ähnlich einem **Rechtswang** von außen her als eine **Forderung** oder zumindest eine **Erwartung** der Gesellschaft in der Weise in Erscheinung treten, dass die Unterlassung Nachteile im sittlich-moralischen Bereich oder auf gesellschaftlicher Ebene zur Folge haben kann. Ob der Steuerpflichtige einem unausweichlichen, einem Rechtswang ähnlichen sittlichen Gebot zur Erbringung solcher Leistungen gegenüber steht, kann nur nach den näheren Umständen des jeweiligen Einzelfalls entschieden werden.
BFH, Urteil v. 3. 7. 1998 - III B 37/98[FAAAA-62404]
- Unterhaltsaufwendungen an den nichtehelichen **Lebensgefährten und späteren Ehepartner** erwachsen nicht aus einer sittlichen Verpflichtung und sind damit nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, wenn die Partner es ausdrücklich **offen lassen**, ob es zur **Eheschließung** kommt. Eine sittliche Verpflichtung ist jedenfalls dann zu verneinen, wenn die Unterhalts-

bedürftigkeit des unterhaltenen Partners auf Vorkehrungen für den Fall des Nichtzustandekommens der Ehe zurückzuführen ist.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 1. 3. 1999 - 14 K 183/98, EFG 1999 S. 704

- Die **Zwangsläufigkeit** ist grds. nicht allein an der unmittelbaren **Zahlungsverpflichtung** zu messen, vielmehr muss auch das die Verpflichtung **auslösende Ereignis** für den Steuerpflichtigen zwangsläufig sein.

BFH, Beschluss v. 3. 8. 2001 - III B 97/00[BAAAA-66941]

- Eine Verpflichtung, ein **Kind** während seines **Studiums** zu unterhalten, ist nicht anzunehmen, wenn der Steuerpflichtige nicht nachweisen kann, dass die **Zweitausbildung** in einem engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der zunächst durchlaufenen praktischen Ausbildung und Tätigkeit steht, und damit auch kein Ansatzpunkt für eine sittliche Verpflichtung gegeben ist.

BFH; Beschluss v. 19. 9. 2001 - III B 51/01 [VAAAA-66904]

- **Nachzahlungen zur Rentenversicherung** eines Elternteils sind nicht aus sittlichen Gründen zwangsläufig, wenn dessen **Rentenansprüche** bereits ohne die Nachzahlung so hoch sind, dass sein Lebensunterhalt sowohl gegenwärtig als auch voraussichtlich in Zukunft sichergestellt ist.

BFH, Urteil v. 7. 3. 2002 - III R 42/99, BStBl 2002 II S. 473[PAAAA-89259]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 14. 9. 1999 - 3 K 1247/96 E

- Aufwendungen für die spätere **Suche** nach einem seit einem Tauchgang **verschollenen nahen Angehörigen** können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Entscheidend war, dass der Steuerpflichtige bereits unmittelbar nach dem Verschwinden des Sohnes an den Unglücksort gereist ist und sich vor Ort über die Umstände des Verschwindens und die eingeleiteten Suchmaßnahmen kundig gemacht hat. Entscheidend war ferner auch der zeitliche Abstand zwischen der Suchaktion und dem Unfallzeitpunkt.

BFH, Beschluss v. 23. 5. 2002 - III B 53/01[CAAAA-68270]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 22. 2. 2001 - 14 K 354/96

- Die Entrichtung einer **Fehlbelegungsabgabe** stellt keine außergewöhnliche Belastung dar. Dass der Steuerpflichtige eine öffentlich geförderte und der Fehlbelegungsabgabe unterliegende Wohnung wählte bzw. weiter bewohnte, nachdem die Wohnung den Regeln über die Fehlbelegung unterfiel, war seine freie Entscheidung, womit er zugleich wissentlich die Abgabenbelastung in Kauf nahm.

FG Köln, Urteil v. 6. 8. 2002 - 2 K 4523/01[KAAAB-09006]

- Unter **rechtliche Gründe** i. S. des § 33 Abs. 2 EStG fallen nur solche rechtlichen Verpflichtungen, die der Steuerpflichtige nicht selbst gesetzt hat. Verpflichtungen aufgrund rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen können für sich allein eine Zwangsläufigkeit im Sinne der Vorschrift regelmäßig nicht begründen.

FG Niedersachsen, Urteil v. 3. 12. 2002 - 3 K 508/00[SAAAB-11445]

- Es besteht weder eine rechtliche noch eine sittliche Verpflichtung, eine von der Krankenkasse nicht bezahlte naturheilkundliche **Krebsnachbehandlung** in Höhe von rund 700 000 DM für einen **krankenversicherten Elternteil** zu tragen.

BFH, Urteil v. 12. 12. 2002 - III R 25/01, BStBl 2003 II S. 299[DAAAA-89477]

Vorinstanz: FG Saarland, Urteil v. 31. 5. 2001 - 1 K 359/98

- Kosten eines **Desserteurs** für die **Beschaffung eines Passes** sind keine außergewöhnlichen Belastungen. Die Androhung der **Abschiebung** ist kein Fall überholender Kausalität sondern Folge der freiwilligen Flucht.

FG München, Urteil v. 23. 9. 2003 - 2 K 4939/01[DAAAB-10024]

- **Erpressungsgelder**, die gezahlt werden, damit der Ehepartner nichts von einem **außerehelichen Verhältnis** erfährt, sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Es fehlt an der Zwangsläufigkeit.

BFH, Urteil v. 18. 3. 2004 - III R 31/02, BStBl 2004 II S. 867[WAAAB-20773]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 12. 2001 - 4 K 2149/00

- **Zwangsläufigkeit aus sittlichen Gründen** setzt voraus, dass das sittliche Gebot ähnlich einem Rechtszwang von außen her als eine Forderung oder zumindest Erwartung der Gesellschaft in der Weise in Erscheinung tritt, dass die Unterlassung Nachteile im sittlich-moralischen Bereich oder auf gesellschaftlicher Ebene zur Folge haben kann. Die Merkmale eines so offen formulierten Tatbestandes wie in § 33 EStG bedürfen über diese abstrakte Definition hinaus einer **Konkretisierung**. Dementsprechend hat die Rechtsprechung **Fallgruppen von Verpflichtungsgründen** gebildet und die Voraussetzungen für Grund und Umfang der Abziehbarkeit bestimmter Aufwendungen festgelegt.

BFH, Beschluss v. 21. 1. 2005 - III B 85/04[BAAAB-52020]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 11. 5. 2004 - 12 K 291/03

- (1) Ein **Bedienungsfehler** („Verschalten“), der dazu führt, dass der Motor eines gemieteten **Lkw** kurzzeitig mit überhöhter Drehzahl läuft und dadurch vollständig zerstört wird, ist als allenfalls leichte Fahrlässigkeit anzusehen. (2) Leistet der Verursacher des Motorschadens **Schadenersatz** an den Vermieter, da durch Bedienungsfehler verursachte Schäden nicht durch die für das Fahrzeug bestehende Vollkaskoversicherung gedeckt sind, stellt dies eine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 Abs. 1 EStG dar.

FG Saarland, Urteil v. 14. 2. 2007 - 1 K 1350/03[SAAAC-43726]

- **Fahrt- und Telefonkosten**, die anlässlich der vom Vormundschaftsgericht geplanten Bestellung des Steuerpflichtigen als **ehrenamtlicher Betreuer** seines testier- und geschäftsunfähigen Vaters anfallen, sind mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 5. 5. 2008 - 13 K 9072/05 B[UAAAC-85109]

- **Straßenausbaubeiträge** für ein im Wege der **vorweggenommenen Erbfolge** übernommenes Grundstück können nicht als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden. Das gilt auch dann, wenn die Beiträge erst 10 Jahre nach der Durchführung des Straßenausbaus vom nunmehr neuen Grundstückseigentümer angefordert worden sind, zum Zeitpunkt des Grundstückserwerbs nicht absehbar waren, das Grundstück auch vor dem streitigen Straßenausbau schon erschlossen war und die Grundstückspreise in dem Zehnjahreszeitraum stark gesunken sind. Zwar mag der Erwerb der Grundstücke die Heranziehung zu den Straßenausbaubeiträgen zwangsläufig nach sich gezogen haben. Der Erwerb selbst als erstes Glied der Kausalkette war jedoch gerade kein zwangsläufiges Ereignis.

BFH, Beschluss v. 24. 3. 2009 - VI B 133/07[FAAAD-21091]

Vorinstanz: FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 7. 12. 2006 - 3 K 1339/06

- Der BFH hat bereits mit Urteil v. 12. 11. 1996 - III R 38/95 (BStBl 1997 II S. 387) zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen der Zusammenhang zwischen einer **Vermögensübertragung** durch die pflegebedürftige Person auf den Steuerpflichtigen einerseits und die Erbringung von Aufwendungen für die **Unterbringung** und die **Pflege** durch den Steuerpflichtigen andererseits so eng ist, dass eine Berücksichtigung der Aufwendungen des Steuerpflichtigen als außergewöhnliche Belastung ausscheidet, Stellung genommen. Er hat jedenfalls dann, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit eines Angehörigen vom Steuerpflichtigen adäquat dadurch (mit-)verursacht worden ist, dass er sich von diesem Angehörigen zuvor hat Vermögen übertragen lassen, eine Berücksichtigung der Unterstützungsleistungen als außergewöhnliche Belastungen ausgeschlossen. Das gilt z. B., wenn neben dem Eintritt der Pflegebedürftigkeit des Bruders und dessen Unterbringung im Pflegeheim als weitere wesentliche Ursache für die vom Steuerpflichtigen erbrachten Leistungen die vorher erfolgte Übertragung seines Miteigentumsanteils anzusehen ist, da aufgrund dieser Übertragung dem Bruder des Steuerpflichtigen keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung standen, um die Kosten des Pflegeheims zu decken.

BFH, Beschluss v. 1. 12. 2009 - VI B 146/08[ZAAD-37715]

Vorinstanz: FG Köln, Beschluss v. 28. 5. 2008 - 3 K 2471/07

- Dem in § 33 Abs. 4 EStG i. d. F. des StVereinfG 2011 und in § 64 Abs. 1 EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 geregelten Verlangen, die Zwangsläufigkeit von Aufwendungen im Krankheitsfall **formalisiert nachzuweisen**, ist nach § 84 Abs. 3f EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 auch im Veranlagungszeitraum 2006 Rechnung zu tragen. Weder die in § 33 Abs. 4 EStG i. d. F. des StVereinfG 2011 normierte Verordnungsermächtigung noch der auf ihrer Grundlage ergangene § 64 Abs. 1 EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 begegnet **rechtsstaatlichen** Bedenken. Die in § 84 Abs. 3f EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 angeordnete rückwirkende Geltung des § 64 EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 ist unter **verfassungsrechtlichen** Gesichtspunkten ebenfalls nicht zu beanstanden. Werden **Einlegesohlen** nicht nur für Kranke, sondern für jedermann angeboten und werden sie bei einem Discounter bzw. bei einem Schuhgeschäft erworben, können die dadurch entstandenen Aufwendungen mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Mangels Zwangsläufigkeit stellen **Trinkgelder** keine außergewöhnliche Belastung dar. Das gilt gleichermaßen für Aufwendungen für **Wassergymnastik** und **Bewegungsbäder**, sofern nicht nachgewiesen wird, dass diese gezielt zur Linderung einer Krankheit eingesetzt werden.

BFH, Urteil v. 19. 4. 2012 - VI R 74/10, BStBl 2012 II S. 577[SAAAE-12298]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 20. 8. 2010 - 15 K 514/08

- Der Wunsch eines mit **falschem Namen** eingereisten, in der Bundesrepublik Deutschland geduldeten **Ausländers**, nicht nach Aufdeckung der falschen Identität vor der Eheschließung abgeschoben zu werden, vermag nicht losgelöst von den Umständen der **ursprünglichen Einreise** die steuerliche Abzugsfähigkeit späterer im Zusammenhang mit der Legalisierung aufgewandter Kosten zu begründen.

FG Hamburg, Urteil v. 11. 10. 2013 - 5 K 140/11[AAAAE-51009] Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt

- Aufwendungen für den **Freikauf vom türkischen Wehrdienst** können weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden. Die Aufwendungen sind nicht zwangsläufig erwachsen, denn der Steuerpflichtige hätte sich den Aufwendungen entziehen können, indem er seiner Verpflichtung zur Ableistung des Wehrdienstes nachkommt.

FG Münster, Urteil v. 12. 2. 2014 - 5 K 2545/13 E[SAAAE-63682]

- **Erpressungsgelder** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Steuerpflichtige durch sein **frei gewähltes Verhalten** selbst eine wesentliche Ursache für die Erpressung gesetzt hat. Dies ist dann der Fall, wenn der Steuerpflichtige sich **strafbar** oder sonst **sozialwidrig** verhalten hat.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 1. 4. 2014 - 5 K 1989/12[IAAAE-67942]

- Aufwendungen für den **behindertengerechten Umbau** einer **Motoryacht** erwachsen dem Steuerpflichtigen nicht zwangsläufig und sind deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG zu berücksichtigen.

BFH, Beschluss v. 2. 6. 2015 - VI R 30/14, BStBl 2015 II S. 775[PAAAE-94661] Vorinstanz: FG Niedersachsen Urteil v. 2. 12. 2013 - 2 K 176/13

11. Notwendigkeit/Angemessenheit

- Bei der Höhe der nach § 33 EStG zu gewährenden Steuerermäßigung ist unter Beachtung der **steuerlichen Gleichmäßigkeit** und **sozialen Gerechtigkeit** sowie der **gesamten Verhältnisse** des Steuerpflichtigen zu prüfen, ob die Aufwendungen im einzelnen Falle **notwendig** und **angemessen** sind.

BFH, Urteil v. 29. 5. 1952 - IV 444/51 U, BStBl 1952 III S. 188[CAAAB-45363]

- Die vom Gesetz geforderte **Außergewöhnlichkeit** und **Zwangsläufigkeit** bezieht sich nicht nur auf die seine Anwendung an sich begründenden Tatbestände, sondern auch auf die **Höhe** der getätigten Aufwendungen. Diese können mit Rücksicht auf die steuerliche Gleichmäßigkeit und soziale Gerechtigkeit nur insoweit berücksichtigt werden, als sie im Rahmen der steuerlichen Leistungsfähigkeit als **angemessen** und **notwendig** anzusehen sind. Im anderen Falle müssten stets die gesamten Aufwendungen steuerlich anerkannt werden. Das widerspricht aber dem Zweck dieser Vorschrift, die nur Milderungen für die sonst nicht abzugsfähigen Ausgaben herbeiführen will.
BFH, Urteil v. 10. 6. 1952 - IV 42/51 U, BStBl 1952 III S. 253[AAAAB-45381]
- Der an die **Eltern** zum **Bau eines Wohnhauses** gegebene **Zuschuss** kann nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn in dem Gebäude neben den Eltern noch **weitere Familien** wohnen. Dies entspricht nicht den Erfordernissen der Angemessenheit.
BFH, Urteil v. 10. 2. 1955 - IV 159/54 U, BStBl 1955 III S. 137[ZAAAB-45915]
- Ebenso wie bei inländischen Arbeitnehmern waren im Jahre 1973 Unterhaltsleistungen von **Gastarbeitern** an ihre Angehörigen steuerlich jedenfalls dann nicht zu berücksichtigen, wenn die **eigenen Einkünfte und Bezüge der Angehörigen** ausreichten, um ihr Existenzminimum zu sichern.
BFH, Urteil v. 20. 1. 1978 - VI R 170/76, BStBl 1978 II S. 342[LAAAB-01334]
- Bei **Gastarbeitern** ist die **Notwendigkeit** von Unterhaltsleistungen an im Heimatland lebende **Geschwister** entsprechend den Grundsätzen des BFH-Urteils v. 20. 1. 1978 - VI R 170/76 zu verneinen, wenn die Überweisungen an die **Eltern** ausgereicht haben, das Existenzminimum der Eltern und der Geschwister zu sichern.
BFH, Urteil v. 20. 1. 1978 - VI R 123/77, BStBl 1978 II S. 340[WAAAA-91321]
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für das **Hochschulstudium** seiner **volljährigen Geschwister** erwachsen in aller Regel nicht i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG zwangsläufig und sind deshalb regelmäßig nicht steuerermäßigend als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Der Steuerpflichtige wäre nicht gesellschaftlicher Missbilligung begegnet, wenn er die Kosten des Hochschulstudiums seiner volljährigen Geschwister nicht selbst getragen, sondern nach Abschluss der Ausbildung die **ratenweise Tilgung** einer darlehensweise gewährten Ausbildungshilfe verlangt hätte.
BFH, Urteil v. 11. 11. 1988 - III R 262/83, BStBl 1989 II S. 280[EAAAA-98352]

12. Zumutbare Belastung

- Beträge, die nach § 33a EStG nicht berücksichtigt werden können, dürfen in die Berechnung der **Mindestbelastungsgrenze** nach § 33 EStG nicht einbezogen werden.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 18. 12. 1956 - I 171/55, EFG 1957 S. 199
- (1) Die Vorschriften der §§ 33 und 33a EStG verstoßen nicht gegen den Schutz von Ehe und Familie i. S. von Art. 6 GG. (2) Bei der Berechnung der zumutbaren Eigenbelastung i. S. von § 33 EStG können die **Freibeträge nach § 33a EStG** vom Einkommen abgezogen werden.
BFH, Urteil v. 14. 12. 1965 - VI 235/65, BStBl 1966 III S. 242[IAAAB-48530]
- Die Regelung des § 16 Abs. 4 EStG enthält keine tarifliche Regelung, sondern eine sachliche Steuerbefreiung. Ein nach dieser Vorschrift steuerfreier **Veräußerungsgewinn** nimmt am Verlustausgleich des § 2 Abs. 2 EStG nicht teil.
BFH, Urteil v. 16. 12. 1975 - VIII R 147/71, BStBl 1976 II S. 360[AAAAA-91123]
- Aufgrund eines **Doppelbesteuerungsabkommens** unter **Progressionsvorbehalt** im Inland einkommensteuerfreie Einkünfte bleiben entgegen Abschn. 186 Abs. 3 Nr. 2 EStR 1967 bei der Ermittlung der zumutbaren Eigenbelastung außer Ansatz.
BFH, Urteil v. 12. 9. 1977 - VI R 105/75, BStBl 1978 II S. 9[IAAAB-01202]

- Die Berücksichtigung der zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) auf Arzt- und Heimkosten, die im Rahmen der Unterhaltungspflicht für die kranke und pflegebedürftige Mutter geleistet wurden, ist verfassungsmäßig.
BVerfG, Beschluss v. 14. 3. 1997 - 2 BvR 861/92[GAAAC-30131] (Nichtannahme Verfassungsbeschwerde)
- **Unterhaltsleistungen an die geschiedene Ehefrau** sind bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte als Bemessungsgrundlage für die zumutbare Belastung nicht zu berücksichtigen.
FG Hamburg, Urteil v. 10. 11. 1998 - III 197/97
- Durch den Ansatz einer – nach dem Gesamtbetrag des Einkommens, des Familienstandes und der Kinderzahl – gestaffelten zumutbaren Belastung soll dem Steuerpflichtigen entsprechend seiner steuerlichen Leistungsfähigkeit zugemutet werden, einen **Teil der Belastung** selbst zu tragen (vgl. BFH, Urteil v. 14. 12. 1965 - VI 235/65 U, BStBl 1966 III S. 242; v. 15. 11. 1991 - III R 30/88, BStBl 1992 II S. 179; v. 8. 8. 1997 - VI R 158/90). Die nur vereinzelt gegen diese Regelung geltend gemachten Bedenken hat das BVerfG in dem Nichtannahmebeschluss v. 29. 10. 1987 - 1 BvR 672/87 von Verfassungs wegen nicht geteilt, solange dem Steuerpflichtigen unter Anwendung dieser Regelung ein **verfügbares Einkommen** verbleibe, das über dem geltenden Regelsatz für das **Existenzminimum** liege.
BFH, Beschluss v. 8. 12. 1999 - III B 72/99[ZAAAA-65533]
- Gegen den Ansatz einer zumutbaren Belastung, wie ihn § 33 Abs. 3 EStG vorsieht, bestehen **keine verfassungsrechtlichen Bedenken** (BFH, Urteil v. 14. 12. 1965 - VI 235/65 U, BStBl 1966 III S. 242, und v. 15. 11. 1991 - III R 30/88, BStBl 1992 II S. 179). Diese Einschätzung hat das BVerfG geteilt. Soweit dem Steuerpflichtigen ein verfügbares Einkommen verbleibe, das über dem Regelsatz für das Existenzminimum liege, sei die Regelung verfassungsrechtlich unbedenklich (BVerfG, Beschluss v. 29. 10. 1987 - 1 BvR 672/87, HFR 1989 S. 152). Die Anknüpfung des Gesetzes an den Gesamtbetrag der Einkünfte begegnet bei dem dem Gesetzgeber eingeräumten Gestaltungsspielraum keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.
BFH; Beschluss v. 10. 1. 2003 - III B 26/02 [DAAAA-70266]
- Der vorgesehenen Anrechnung einer nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte, dem Familienstand und der Kinderzahl gestaffelten zumutbaren Belastung liegt die Erwägung zugrunde, dass dem Steuerpflichtigen zugemutet werden kann, entsprechend seiner **steuerlichen Leistungsfähigkeit** einen gewissen Teil seiner Belastung selbst zu tragen (vgl. BFH, Urteil v. 15. 11. 1991 - III R 30/88, BStBl 1992 II S. 179). Hiergegen bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, soweit dem Steuerpflichtigen ein verfügbares Einkommen verbleibt, das über dem Regelsatz für das **Existenzminimum** liegt.
BFH, Urteil v. 13. 12. 2005 - X R 61/01, BStBl 2008 II S. 16[GAAAB-80118]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 28. 9. 2001 - 11 K 7225/99 E
- Auch wenn Ehegatten bei der **getrennten Veranlagung** nach § 26a Abs. 2 EStG außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG einvernehmlich einem Ehegatten zu 100 % zugeordnet haben, ist die zumutbare Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG anhand des **Gesamtbetrags der Einkünfte beider Ehegatten** zu ermitteln. Für die steuerliche Behandlung von außergewöhnlichen Belastungen macht es grds. keinen Unterschied, ob die Ehegatten zusammen oder getrennt veranlagt werden (Anschluss an BFH, Urteil v. 28. 6. 1963 - VI 39/62 und an BFH, Beschluss v. 28. 11. 1988 - GrS 1/87).
FG Mecklenburg-Vorpommern, Beschluss v. 2. 1. 2008 - 3 V 120/07[IAAAC-75069]
- Auch wenn die Ehegatten im Rahmen einer **getrennten Veranlagung** gemeinsam einen von § 26a Abs. 2 Satz 1 EStG (hälftiger Abzug) abweichenden Abzug der außergewöhnlichen Belastungen beantragen, ist die zumutbare Belastung nach § 33 Abs. 3 Satz 1 EStG ausgehend vom **zusammengerechneten Gesamtbetrag der Einkünfte** beider Ehegatten und nicht etwa nur ausgehend vom Gesamtbetrag der Einkünfte eines Ehegatten zu ermitteln. Diese

Rechtslage ist verfassungskonform und führt nicht zu einer verfassungswidrigen Ungleichbehandlung der Ehegatten im Vergleich zu unverheirateten Paaren.

BFH, Urteil v. 26. 3. 2009 - VI R 57/07[GAAAD-24076]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 8. 11. 2006 - 9 K 3675/04

- (1) Die Ermittlung der zumutbaren Belastung bei **getrennter Veranlagung** gem. § 26a Abs. 2 Satz 1 EStG i. V. mit § 33 Abs. 3 Nr. 1 EStG ist verfassungsgemäß. (2) Außergewöhnliche Belastungen sind gleichermaßen wie bei einer **Zusammenveranlagung** zu ermitteln und anschließend je zur **Hälfte** bei beiden Ehegatten zu berücksichtigen, sofern diese nicht gemeinsam eine andere Aufteilung beantragen.

BFH, Urteil v. 26. 3. 2009 - VI R 58/08[QAAAD-24077]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 22. 1. 2008 - 15 K 3341/06 E

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 58/08

- Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass die zumutbare Belastung bei **getrennter Veranlagung** von Ehegatten vom Gesamtbetrag der Einkünfte **beider** Ehegatten berechnet wird.

BFH, Urteil v. 26. 3. 2009 - VI R 59/08, BStBl 2009 II S. 808[IAAAD-22117]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 24. 9. 2007 - 6 K 83/07

- (1) Die Regelungen über die zumutbare Belastung sind **verfassungsgemäß**. (2) Das gilt auch nach der Rechtsprechung des BVerfG zur Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen (vgl. BVerfG, Beschluss v. 13.2.2008 - 2 BvL 1/06, BVerfG 120, 125).

FG Niedersachsen, Urteil v. 7. 12. 2011 - 2 K 19/11[RAAAE-07376]

- Der Abzug der zumutbaren Belastung ist nicht verfassungswidrig.

FG Niedersachsen, Urteil v. 6. 5. 2013 - 7 K 114/10[VAAAE-61137] Revision eingelegt; Az. des BFH: III R 62/13

- Eine verfassungswidrige **Ungleichbehandlung** von Beamten gegenüber Arbeitnehmern bei der Berechnung der zumutbaren Belastung liegt nicht vor.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 24. 1. 2014 - 10 K 798/14[AAAAE-83465] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 75/14

- Gegen die Berücksichtigung einer zumutbaren Eigenbelastung bei den außergewöhnlichen Belastungen bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

FG Münster, Urteil v. 17. 11. 2014 - 5 K 149/14 E[JAAAE-88909]

- Die Vorschrift des § 33 Abs. 3 EStG ist jedenfalls dann verfassungsgemäß, wenn einem Steuerpflichtigen nach Berücksichtigung der zumutbaren Eigenbelastung noch ein Betrag verbleibt, der über dem Existenzminimum liegt.

FG Köln, Urteil v. 11. 3. 2015 - 2 K 1446/12[TAAAE-89451]

- **Krankheitskosten** einschließlich **Zuzahlungen** sind außergewöhnliche Belastungen. Es ist von Verfassungs wegen nicht geboten, bei der einkommensteuerrechtlichen Berücksichtigung dieser Aufwendungen auf den Ansatz der **zumutbaren Belastung** zu verzichten.

BFH, Urteil v. 2. 9. 2015 - VI R 32/13[IAAAF-18914] Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 6. 9. 2012 - 4 K 1970/10

- **Krankheitskosten** einschließlich **Zuzahlungen** sind außergewöhnliche Belastungen. Es ist von Verfassungs wegen nicht geboten, bei der einkommensteuerrechtlichen Berücksichtigung dieser Aufwendungen auf den Ansatz der **zumutbaren Belastung** zu verzichten.

BFH, Urteil v. 2. 9. 2015 - VI R 33/13[GAAAF-18890] Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 14. 6. 2012 - 1 K 28/12

13. Krankheitskosten

- **Krankenhaustagegelder** und **Krankentagegelder**, die eine Versicherungsgesellschaft dem Steuerpflichtigen bei einem Krankenhausaufenthalt zahlt, mindern die bei der Berechnung der Belastung i. S. des § 33 EStG anzusetzenden Krankheitskosten nicht.
BFH, Urteil v. 15. 9. 1961 - VI 231/60 U, BStBl 1961 III S. 516[AAAAB-48093]
- Behördenangestellte müssen sich die von ihrem Arbeitgeber (Staat) gewährten **Beihilfen** auf die Krankheitsaufwendungen anrechnen lassen, die nicht beihilfefähig sind.
FG Hamburg, Urteil v. 25. 9. 1963 - II 271/62, EFG 1964 S. 240
- Erhält ein **Beamter** wegen entstandener Krankheitskosten gleichzeitig vom **Staat** Beihilfen und von einer **Krankenkasse** Ersatz, liegt eine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG nur vor, soweit der **Gesamtbetrag der Kosten** eines Kalenderjahrs den **Gesamtbetrag der Beihilfen und Ersatzleistungen** in demselben Kalenderjahr übersteigt. Es ist nicht zulässig, die Kosten und den Ersatz innerhalb eines Kalenderjahrs auf jeden einzelnen Krankheitsfall zu beziehen.
BFH, Urteil v. 26. 6. 1964 - VI 26/64 U, BStBl 1964 III S.547 [HAAAA-90101]
- Bei einer durch **Alkoholmissbrauch** selbst verschuldeten Krankheit können die Heilungskosten nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Ausgaben zur Heilung einer Krankheit sind immer zwangsläufig, weil der Steuerpflichtige sich ihnen aus tatsächlichen Gründen nicht entziehen kann (§ 33 Abs. 2 EStG). **Eigenes Verschulden** des Steuerpflichtigen kann zwar bei der Prüfung der Zwangsläufigkeit aus rechtlichen oder sittlichen Gründen wesentlich sein. Es muss aber außer Betracht bleiben, wenn eine finanzielle Belastung durch eine Erkrankung eingetreten ist.
BFH, Urteil v. 30. 11. 1966 - VI R 108/66, BStBl 1967 III S. 459[UAAAB-49028]
- Die Mehraufwendungen für **Diätverpflegung** können ohne Einzelnachweis durch eine angemessene Erhöhung des höchsten nach den EStR a. F. in Betracht kommenden Pauschbetrages berücksichtigt werden, wenn ein Steuerpflichtiger an mehreren teils unterschiedliche Diät erfordernden Krankheiten leidet.
FG Münster, Urteil v. 26. 4. 1968 - II 1797/67 E, EFG 1968 S. 409
s. aber BFH, Urteil v. 21. 6. 2007 - III R 48/04, BStBl 2007 II S. 880[CAAAC-58395]
- Bei der Prüfung, ob ein Steuerpflichtiger durch Krankheitskosten außergewöhnlich belastet ist (§ 33 EStG), sind zwar nicht die Bezüge aus einer **Krankentagegeldversicherung**, wohl aber die Bezüge aus einer **Krankenhaustagegeldversicherung** zu berücksichtigen, und zwar insoweit, als Krankenhauskosten angefallen sind (Abweichung von BFH, Urteil v. 15. 9. 1961 - VI 231/60 U, BStBl 1961 III S. 516).
BFH, Urteil v. 22. 10. 1971 - VI R 242/69, BStBl 1972 II S. 177[DAAAA-90727]
- (1) Aufwendungen für Bekleidung stellen auch dann grds. keine außergewöhnliche Belastung dar, wenn die Anschaffung neuer Bekleidung wegen einer krankheitsbedingten **Veränderung der Körpermaße** erforderlich war. (2) Ebenso gehören Aufwendungen für eine **Urlaubsreise**, die infolge einer Erkrankung nicht durchgeführt werden kann, grds. nicht zu den außergewöhnlichen Belastungen.
FG Berlin, Urteil v. 28. 10. 1971 - V 152/71, EFG 1972 S. 240
- Durch Krankheit entstandene Aufwendungen sind steuerlich nur in der Höhe als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, in der sie das **Einkommen** des Steuerpflichtigen **tatsächlich und endgültig** belasten. Bei der Ermittlung der Höhe der außergewöhnlichen Belastung sind auch solche **Ersatzleistungen**, Beihilfen und andere Erstattungsbeträge abzuziehen, die der Steuerpflichtige erst in einem **späteren Kalenderjahr** erhält.
BFH, Urteil v. 21. 8. 1974 - VI R 236/71, BStBl 1975 II S. 14[IAAAA-91009]
- Führt die vertragsgemäße **Erstattung von Krankheitskosten** durch einen **anderen** als eine Krankenversicherung zu steuerpflichtigen **Einnahmen** beim Empfänger, kann dieser seine

krankheitsbedingten Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG geltend machen.

BFH, Urteil v. 14. 3. 1975 - VI R 63/73, BStBl 1975 II S. 632[BAAAA-91072]

- Kosten für den Besuch einer **Privatschule** mit Möglichkeiten individueller Leistungsförderung können in Fällen **contergangeschädigter Kinder** außergewöhnliche Belastungen sein.
FG Düsseldorf, Urteil v. 31. 5. 1976 - X 671/75 E, EFG 1976 S. 557
- Aufwendungen der Unterhaltspflichtigen für den **Privatschulbesuch** eines infolge Krankheit lernbehinderten Kindes sind steuerlich grds. nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG abziehbar.
BFH, Urteil v. 1. 12. 1978 - VI R 149/75, BStBl 1979 II S. 78[WAAAA-91467]
- **Urlaubsbedingte Hotelkosten** begründen keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG, auch dann nicht, wenn der Steuerpflichtige während des Urlaubs **erkrankt**.
FG Düsseldorf, Urteil v. 23. 1. 1979 - I/IX 179/75 E, EFG 1979 S. 447
- Die Aufwendungen für den **Aufenthalt** in einem **Heim** oder Sanatorium der **Christlichen Wissenschaftler** können dann als außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG vom Einkommen abgezogen werden, wenn die Unterbringung aus Krankheitsgründen erfolgt, und sowohl die Krankheit als auch die dadurch bedingte Pflegebedürftigkeit eindeutig (i. d. R. auf Grund der Feststellung eines Arztes) feststehen. Die dabei zusätzlich zum Pflegesatz in Rechnung gestellten Kosten für einen „**Ausüber**“ **dieser Religionsgemeinschaft** sind dagegen steuerlich nicht zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 22. 6. 1979 - VI R 43/76, BStBl 1979 II S. 646[ZAAAB-01698]
- Treten bei den **Kindern eines Röntgenarztes genetische Strahlenschäden** auf, sind die Aufwendungen des Vaters zur Heilung oder Linderung solcher Schäden keine Betriebsausgaben. Die entstandenen Kosten können vielmehr nur im Rahmen der Vorschriften über die außergewöhnlichen Belastungen (§ 33 EStG) berücksichtigt werden.
BFH, Urteil v. 17. 4. 1980 - IV R 207/75, BStBl 1980 II S. 639[YAAAA-91543]
- Aufwendungen für eine **Frischzellenbehandlung** können als außergewöhnliche Belastung nur berücksichtigt werden, wenn diese Behandlung zur **Heilung oder Linderung einer Krankheit** vorgenommen wird. Ob das der Fall ist, ist jeweils aufgrund eines **vor** Beginn der Behandlung erstellten **amtsärztlichen Attestes** nachzuweisen. Darin muss der Amtsarzt bestätigen, dass diese Behandlung bei der Erkrankung des Steuerpflichtigen angebracht sein kann.
BFH, Urteil v. 17. 7. 1981 - VI R 77/78, BStBl 1981 II S. 711[YAAAA-91663]
- Aufwendungen eines Alkoholkranken zur **Befriedigung der Trunksucht** können nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Erkrankte sich ihnen auch infolge der Sucht tatsächlich nicht entziehen konnte, weil sein vorhergehendes Verhalten beim Abgleiten in die Sucht nicht sozial-adäquat war. Dagegen sind die **Kosten der Heilung** (des Heilungsversuchs) außergewöhnliche Belastungen, weil sie auf einem **sozial-adäquaten Verhalten** beruhen.
BFH, Urteil v. 14. 8. 1981 - VI R 34/78
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 28. 10. 1977 - XV/X 200/74 E
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für auswärtige **Internatsunterbringung** seines minderjährigen Kindes sind nicht anstelle des Freibetrags nach § 33a Abs. 2 Satz 3 EStG im Rahmen des § 33 EStG berücksichtigungsfähig, auch wenn der entscheidende Anlass für die auswärtige Unterbringung nicht der Schulbesuch, sondern eine **Dauererkrankung** des Kindes ist, deren Heilung einen dauernden Aufenthalt in einem geeigneten Reizklima erfordert.
BFH, Urteil v. 9. 10. 1981 - VI R 7/78
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 14. 11. 1977 - IX 244/75
- Aufwendungen der Eltern für die Behandlung der **Legasthenie** ihres Kindes stellen i. d. R. Ausbildungs- und nicht Krankheitskosten dar. Sie sind daher durch das Kindergeld mit abgegol-

ten, so dass daneben eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG ausscheidet (Anschluss an BFH, Urteil v. 1. 12. 1978 - VI R 149/75/, BStBl 1979 II S. 78).

BFH, Urteil v. 6. 11. 1981 - VI R 90/81

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 24. 2. 1981 - XII 225778 E

- ▶ Einem Steuerpflichtigen erwachsen Aufwendungen für **psychotherapeutische Behandlungen** nicht zwangsläufig, wenn er auf **Ersatzansprüche** gegen die Krankenkasse und auf die **Beihilfe** seines öffentlich-rechtlichen Arbeitgebers verzichtet.
FG Hessen, Urteil v. 11. 6. 1986 - 1 K 406/85, EFG 1986 S. 603
- ▶ Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen durch den Besuch einer Gruppe der **Anonymen Alkoholiker** entstehen, sind als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn die Teilnahme an den Gruppentreffen als **therapeutische Maßnahme** zur **Heilung von Trunksucht** medizinisch indiziert ist. Der Nachweis dieser Voraussetzungen ist durch ein vor Beginn der Therapie ausgestelltes amtsärztliches Zeugnis zu erbringen, das auch die voraussichtliche Dauer der empfohlenen Teilnahme an der Gruppentherapie enthält.
BFH, Urteil v. 13. 2. 1987 - III R 208/81, BStBl 1987 II S. 427[ZAAAA-98089]
- ▶ Bei den Aufwendungen für die Reise zu einem **Wunderheiler** handelt es sich nicht um die Kosten therapeutischer Maßnahmen im Sinne der BFH-Rechtsprechung zu § 33 EStG. Die Kosten einer atypischen Behandlung durch einen in medizinischem Sinn nicht ausgebildeten „Medizinmann“ erfüllen nicht den Tatbestand des § 33 EStG. Unerheblich ist, ob ein vor Behandlungsbeginn erstelltes amtsärztliches Attest eine solche Therapie als sinnvoll und Erfolg versprechend beurteilt. Vielmehr kann es sich bei einer Therapie, deren Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland strafbar ist, auch im Hinblick auf die Einheit der Rechtsordnung nicht um eine Heilbehandlung i. S. des § 33 EStG handeln.
BFH, Urteil v. 18. 4. 1990 - III R 38/86[NAAAB-31494]
- ▶ Aufwendungen eines Unterhaltspflichtigen für den **Privatschulbesuch** eines an **Legasthenie** erkrankten Kindes sind nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG berücksichtigungsfähig, wenn die Privatschule in ihren Bildungs- und Erziehungszielen mit öffentlichen (- staatlichen -) Schulen vergleichbar ist und durch den Privatschulbesuch lediglich die sozialen Folgen eines Hauptschulbesuches vermieden werden sollen.
BFH, Urteil v. 18. 4. 1990 - III R 160/86, BStBl 1990 II S. 962[KAAAA_93467]
- ▶ Für einen **Unterhaltsberechtigten** aufgewendete Krankheitskosten können – ggf. neben den nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbaren Unterhaltsleistungen – insoweit beim Unterhaltspflichtigen zu einer Steuerermäßigung gem. § 33 EStG führen, als der Unterhaltsberechtigte nicht in der Lage ist, die Krankheitskosten selbst zu tragen.
BFH, Urteil v. 11. 7. 1990 - III R 111/86, BStBl 1991 II S.62 [XAAAA-93736]
- ▶ Aufwendungen für die Behandlung durch Mitglieder der **Scientology Kirche** sind nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG abziehbar. Dabei ist es nicht entscheidend, ob eine solche Therapie durch ein vor Behandlungsbeginn erstelltes amtsärztliches Zeugnis als sinnvoll und erfolversprechend beurteilt werden könnte.
BFH, Beschluss v. 19. 11. 1990 - III S 6/90[BAAAB-31514]
- ▶ Aufwendungen für **Frischzellenbehandlungen** sind nur dann als zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 1 und 2 EStG anzuerkennen, wenn die **medizinische Indizierung** einer solchen Behandlungsart im Einzelfall – wie bei einer Kurreise – durch ein vor Beginn der Behandlung erstelltes amtsärztliches Attest nachgewiesen ist.
BFH, Urteil v. 11. 1. 1991 - III R 70/88[FAAAB-32220]
- ▶ Aufwendungen, die durch **Diätverpflegung** entstehen, sind gem. § 33 Abs. 2 Satz 3 EStG auch dann von der Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung ausgeschlossen, wenn die Diätverpflegung an die Stelle einer sonst erforderlichen **medikamentösen Behandlung** tritt.
BFH, Urteil v. 27. 9. 1991 - III R 19/91, BStBl 1992 II S. 110[WAAAA-93920]

- (1) Aufwendungen von Eltern für die **auswärtige Unterbringung** eines Kindes, dessen **Lese- und Rechtschreibfähigkeit** beeinträchtigt ist, sind als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn die Lese- und Rechtschreibschwäche Krankheitswert hat (**Legasthenie** im medizinischen Sinn) und die auswärtige Unterbringung für eine medizinische Behandlung erforderlich ist. (2) Daneben kann ein **Ausbildungsfreibetrag** wegen auswärtiger Unterbringung gem. § 33a Abs. 2 EStG nicht gewährt werden.
BFH, Urteil v. 26. 6. 1992 - III R 8/91, BStBl 1993 II S. 278[QAAAA-94411]
- Aufwendungen von Eltern für die Unterbringung eines an **Asthma** erkrankten Kindes in einem **Oberschulinternat** auf einer **Nordseeinsel** sind als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn der Aufenthalt aus klimatischen Gründen zur **Heilung oder Linderung der Krankheit** nachweislich unabdingbar notwendig ist und der Schulbesuch nur anlässlich dieser Heilbehandlung gleichsam nebenbei und nachrangig erfolgt. Daneben kann ein Ausbildungsfreibetrag wegen auswärtiger Unterbringung gem. § 33a Abs. 2 EStG nicht gewährt werden.
BFH, Urteil v. 26. 6. 1992 - III R 83/91, BStBl 1993 II S. 212[DAAAA-94382]
- Aufwendungen für die **Heilung oder Linderung einer Krankheit** – zu denen auch Kuraufwendungen gehören können – werden einkommensteuerrechtlich regelmäßig als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG – unter Anrechnung einer zumutbaren Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG – behandelt. Abweichend hiervon sind Krankheitskosten als Werbungskosten abziehbar, wenn sie zur Heilung einer **typischen Berufskrankheit** oder Vorbeugung gegen eine solche aufgewandt werden (z. B. Vergiftungserscheinungen eines Chemikers, Staublunge eines Bergmannes, Tuberkuloseerkrankung in einer TBC-Heilungsstätte, Sportunfall eines Berufsfußballspielers u. a.). Entsprechendes gilt für Kurkosten, wenn sie nachweisbar zur Beseitigung einer bestehenden oder Vorbeugung gegen eine drohende typische Berufskrankheit aufgewandt werden. Soweit sie darüber hinaus ohne eingetretene oder drohende Berufskrankheit als **vorbeugende Maßnahme** ganz oder teilweise auch zur Erhaltung des **allgemeinen Gesundheitszustandes** dienen, sind sie weder als außergewöhnliche Belastung noch als Werbungskosten abziehbar.
BFH, Urteil v. 17. 7. 1992 - VI R 96/88[XAAAB-33452]
- Aufwendungen für von Diplom-Psychologen durchgeführte **Gruppenpsychotherapie** sind nicht als Krankheitskosten gem. § 33 EStG berücksichtigungsfähig, wenn die Teilnahme an der Therapie **ohne ärztliche Verordnung** erfolgt.
FG Köln, Urteil v. 16. 3. 1994 - 12 K 2566/93, EFG 1995 S. 121
- Durch **Bulimie** (Ess- und Brechsucht) verursachte **überhöhte Lebensmittelkosten** stellen keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG dar.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 21. 4. 1994 - 8 K 227/93, EFG 1995 S. 262
- Aufwendungen für die Teilnahme am Treffen **Anonymer Alkoholiker** können außergewöhnliche Belastungen darstellen, wenn sie der **Heilung oder Linderung des Alkoholismus** dienen.
FG Köln, Urteil v. 23. 6. 1994 - 4 K 5381/90, EFG 1995 S. 121
- Aufwendungen für die **Wiederherstellung der Zeugungsfähigkeit** sind keine außergewöhnliche Belastung, da es an der **Zwangsläufigkeit** für diese Aufwendungen fehlt.
FG Köln, Urteil v. 1. 12. 1994 - 7 K 6443/93, EFG 1995 S. 718
- Aufwendungen für **analytische Psychotherapie** können nur dann als Krankheitskosten gem. § 33 EStG abgezogen werden, wenn der Steuerpflichtige grds. vor deren Beginn die medizinische Notwendigkeit der Behandlung **amts- oder vertrauensärztlich** bestätigen lässt.
FG Berlin, Urteil v. 1. 3. 1995 - II 390/88, EFG 1995 S. 717
- Die Frage, ob die medizinische Notwendigkeit einer nur **mittelbar** der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienenden Maßnahme auch durch die **Bescheinigung** eines (öffentlichen) **Arbeitgebers** über die Lohnfortzahlung während der Durchführung der Maßnahme nachgewiesen werden kann, ist zu verneinen. Denn die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

beruht im Allgemeinen nicht auf einer Prüfung der medizinischen Notwendigkeit der Maßnahmen, durch die der Arbeitnehmer an der Arbeit gehindert war.

BFH, Beschluss v. 12. 9. 1996 - III B 70/96[JAAAB-37910]

- Dass Aufwendungen für den **Schulbesuch eines Kindes** durch die Vorschriften des Kinderlastenausgleichs und § 33a Abs. 2 EStG abgegolten werden und daher grds. nur dann außergewöhnliche Belastungen sein können, wenn es sich bei diesen Aufwendungen um **unmittelbare Krankheitskosten** handelt, bedarf nicht der rechtsgrundsätzlichen Klärung, weil diese Rechtsfrage durch die Rechtsprechung des BFH bereits geklärt ist. Die dazu ergangene Rechtsprechung ist durch die Änderung des § 33 Abs. 2 Satz 2 EStG durch das Steueränderungsgesetz 1992 nicht überholt. (Anmerkung: Inhaltsgleich mit BFH, Beschluss v. 17. 4. 97 - III B 217/96, III B 218/96).

BFH, Beschluss v. 17. 4. 1997 - III B 216/96, BStBl 1997 II S. 752[XAAAA-96020]

- (1) Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung, die einem Ehepaar zu einem gemeinsamen Kind verhelfen soll, das wegen Empfängnisunfähigkeit der Ehefrau sonst von ihrem Ehemann nicht gezeugt werden könnte (**homologe künstliche Befruchtung**), können außergewöhnliche Belastungen sein. (2) Vor einer steuerlichen Geltendmachung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung muss der Steuerpflichtige anderweitige **Ersatzmöglichkeiten** ausschöpfen; er muss sich ggf. nachprüfbar Unterlagen über die ablehnende Haltung seiner Krankenkasse besorgen. Gegen einen Ablehnungsbescheid der Krankenkasse Widerspruch einzulegen, ist ihm jedenfalls dann zumutbar, wenn dieser keine Begründung enthält.

BFH, Urteil v. 18. 6. 1997 - III R 84/96, BStBl 1997 II S. 805[JAAAA-96042]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 25. 6. 1996 - XII 826/95

- **Schulgeldzahlungen** für den medizinisch indizierten Besuch einer **Privatschule** durch ein behindertes Kind sind unmittelbare oder zumindest zusätzliche Krankheitskosten, die nicht durch den Familienlastenausgleich abgegolten, sondern als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen sind.

FG Köln, Urteil v. 23. 7. 1997 - 12 K 3881/94, EFG 1998 S. 318

- (1) Aufwendungen für die **Ausübung eines Sports** (hier: Besuch eines ärztlich betreuten Sportstudios) können als Krankheitskosten nur dann außergewöhnliche Belastungen sein, wenn der Sport nach genauer Einzelverordnung und unter Verantwortung eines Arztes, Heilpraktikers oder einer sonst zur Ausübung der Heilkunde zugelassenen Person betrieben wird, um eine Krankheit oder ein Gebrechen zu heilen oder zu seiner Besserung oder Linderung beizutragen. (2) Der Nachweis, daß die Ausübung des Sports für die Heilung oder Linderung einer Krankheit erforderlich ist, muß durch eine im vorhinein ausgestellte **amts- oder vertrauensärztliche Bescheinigung** geführt werden.

BFH, Urteil v. 14. 8. 1997 - III R 67/96, BStBl 1997 II S. 732[IAAAA-96012]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 4. 1996 - 9 K 209/92

- Aufwendungen für die Nutzung eines **Telefons** oder eines **Fernsehapparats** während einer **stationären Heilbehandlung** stellen typische Folgekosten einer Krankheit dar und sind deshalb im Allgemeinen keine außergewöhnliche Belastungen.

BFH, Urteil v. 14. 10. 1997 - III R 18/97, BFH/NV 1998 S. 448

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 20. 9. 1996 - 9 K 204/93

- Soweit **Familienheimfahrten** eines stationär behandelten erkrankten Steuerpflichtigen am **Wochenende** therapeutisch notwendig und damit **medizinisch indiziert** sind, sind die dadurch entstehenden Aufwendungen nur insoweit als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig, als das benutzte **Verkehrsmittel angemessen** ist. Lässt die Art der Erkrankung die Benutzung **öffentlicher Verkehrsmittel** zu und ist deren Benutzung zumutbar, sind nur die bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstehenden Aufwendungen abzugsfähig.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 26. 5. 1998 - 2 K 1961/96, EFG 1998 S. 1333

- ▶ Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 4. 1996 - 9 K 209/92 Aufwendungen für die **auswärtige Unterbringung** eines an **Legasthenie** erkrankten Kindes sind nur dann nach § 33 EStG abziehbar, wenn die Lese- und Rechtschreibschwäche im konkreten Fall eine **Krankheit** darstellt und die Aufwendungen zum Zwecke ihrer Heilung oder Linderung getätigt werden. Denn eine Lese- und Rechtschreibschwäche kann verschiedene Ursachen haben. Sie stellt nicht in jedem Fall eine Krankheit i. S. des § 33 EStG dar. Ob sie im Einzelfall eine Krankheit ist, was insbesondere bei einer auf eine **Hirnfunktionsstörung** zurückgehenden Legasthenie anzunehmen ist, und ob deshalb eine psychagogische Heilbehandlung in einer geeigneten Sonderschule medizinisch notwendig und damit für den Steuerpflichtigen zwangsläufig ist, ist durch Vorlage eines **zuvor** ausgestellten **amtsärztlichen Attestes** nachzuweisen.

BFH, Urteil v. 30. 6. 1998 - III R 110/93[OAAAA-62414]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 23. 6. 1993 - III 120/92

- ▶ Alle Aufwendungen für die eigentliche Heilbehandlung werden **typisierend** als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt, ohne dass es im Einzelfall der nach § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG gebotenen Prüfung dem Grunde und der Höhe nach bedarf. Der **Begriff der Heilbehandlung** umfasst dabei nach der Rechtsprechung des BFH alle Eingriffe und andere Behandlungen, die nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der Heilkunde und nach den Grundsätzen eines gewissenhaften Arztes zu dem Zweck angezeigt sind und vorgenommen werden, Krankheiten, Leiden, Körperschäden, körperliche Beschwerden oder seelische Störungen zu verhüten, zu erkennen, zu heilen oder zu lindern.

BFH, Beschluss v. 8. 7. 1998 - III B 94/97[UAAAA-62412]

- ▶ Eine aus medizinischen Gründen zweckmäßige **Beibehaltung der Wohnung am Beschäftigungsort** führt nicht zu zwangsläufigen Aufwendungen i. S. von § 33 Abs. 1 EStG.

FG Münster, Urteil v. 28. 7. 1998 - 1 K 3977/98 E, EFG 1998 S. 1588

- ▶ Bei **Spielsucht** kann es sich wie bei **Trunksucht** oder **chronischem Alkoholismus** um eine Krankheit handeln. Dementsprechend bestehen keine Bedenken, Aufwendungen zur Heilung oder Linderung einer Spielsucht mit Krankheitswert als Krankheitskosten und damit als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen. Auf den **Nachweis** der Zwangsläufigkeit einer Teilnahme an den Gruppentreffen der „Anonymen Spieler“ durch ein **vor Beginn** der Maßnahme ausgestelltes **amts- oder vertrauensärztliches Gutachten** kann jedoch nicht verzichtet werden.

BFH, Urteil v. 21. 7. 1998 - III R 25/97[JAAAA-62420]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 7. 6. 1995 - VII 487/93

- ▶ Kosten für die Unterbringung eines Kindes in einem **Internat** aus sozialen, psychologischen oder pädagogischen Gründen sind grds. nicht nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig. Sind derartige Aufwendungen ausnahmsweise als unmittelbare Krankheitskosten und damit als außergewöhnliche Belastung zu beurteilen, ist für ihre Berücksichtigung außerdem eine spezielle, unter Aufsicht medizinisch geschulten Fachpersonals durchgeführte **Heilbehandlung** notwendig.

BFH, Beschluss v. 17. 8. 1998 - III B 92/97[KAAAA-62411]

- ▶ Wenn **Kinder** im Krankheitsfall des Vaters die anfallenden **Behandlungskosten** übernehmen, sind diese Aufwendungen nur dann **zwangsläufig**, wenn der Vater über **kein verwertbares Vermögen** verfügt. Ein solches liegt vor, wenn dem Vater neben dem selbstgenutzten Einfamilienhaus ein weiteres Hausgrundstück gehört, das er seinen Kindern unentgeltlich zur Nutzung überlässt.

FG Saarland, Urteil v. 1. 9. 1998 - 1 V 198/98, EFG 1998 S. 1588

- ▶ (1) Wird ein fünfjähriges Kind von einer **Begleitperson** zum Zwecke einer **amtsärztlich bestätigten Heilbehandlung** im Rahmen eines vier- bis fünfstündigen Aufenthalts zu einer besonderen Behandlungseinrichtung gefahren und von dort wieder abgeholt, sind auch die Auf-

wendungen für die **Zwischenheimfahrten** der Begleitperson als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, wenn es der Begleitperson unzumutbar ist, die Behandlung abzuwarten. (2) Der Senat hält an seiner Rechtsprechung fest, dass die als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigenden Fahrtkosten bei Benutzung eines Pkw nur in Höhe der Kosten für die Benutzung eines **öffentlichen Verkehrsmittels** abzugsfähig sind, es sei denn, es bestand keine zumutbare öffentliche Verkehrsverbindung.

BFH, Urteil v. 3. 12. 1998 - III R 5/98, BStBl 1999 II S. 227[GAAAA-96432]

Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 10. 12. 1997 - 2 K 175/97 E

- Lässt sich eine Frau, die mit einem **zeugungsunfähigen Mann** verheiratet ist, mit dem Samen eines **Dritten** künstlich befruchten, sind die Aufwendungen hierfür nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen (Abgrenzung zum Senatsurteil v. 18. 6. 1997 - III R 84/96, BStBl 1997 II S. 805).

BFH, Urteil v. 18. 5. 1999 - III R 46/97, BStBl 1999 II S. 761[OAAAA-97462]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 26. 9. 1996 - 15 K 1206/94 E

- Bei Behandlungen mit Hilfe **wissenschaftlich nicht anerkannter Behandlungsmethoden**, wie z. B. bei **Frischzellenbehandlungen**, ist der Nachweis der medizinischen Indikation durch ein vor Beginn erstelltes amtsärztliches Attest geboten.

BFH, Beschluss v. 15. 11. 1999 - III B 76/99[NAAAA-65537]

- Aufwendungen für eine Heilbehandlung können auch dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, wenn dafür eine **Kostenerstattung** durch die Krankenkasse **ausgeschlossen** ist. Ein diesbezüglicher **Nachweis** kann auch noch im Klageverfahren erbracht werden.

FG München, Urteil v. 21. 12. 1999 - 2 K 2893/98[VAAAB-10044]

- Aufwendungen für eine **Haartransplantation** können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Derartige Aufwendungen sind i. d. R. nicht zwangsläufig, weil sie in den **kosmetischen Bereich** gehören und nicht aus medizinischen, sondern ästhetischen Gründen durchgeführt werden. Im Ausnahmefall können derartige Aufwendungen berücksichtigt werden, wenn durch ein vor Behandlungsbeginn ausgestelltes **amtsärztliches Zeugnis** die medizinische Notwendigkeit einer derartigen Operation belegt wird.

FG Niedersachsen, Urteil v. 2. 2. 2000 - 12 K 161/98[HAAAB-11252]

- Es ist nicht zweifelhaft, dass Aufwendungen für eine **Leihmutterschaft** in den USA nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden können.

FG München, Beschluss v. 21. 2. 2000 - 16 V 5568/99, EFG 2000 S. 496

- Nach ständiger Rechtsprechung des Senats (seit BFH-Urteil v. 26. 6. 1992 - III R 8/91, BStBl 1993 II S. 278) sind die Aufwendungen für die Behandlung eines an **Legasthenie** leidenden Kindes grds. nur dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn im konkreten Fall vor Beginn der betreffenden Maßnahme durch ein amtsärztliches Attest deren medizinische Notwendigkeit bescheinigt wird. Diesen **qualifizierten Nachweis** können auch Bescheinigungen eines Schulaufsichtsamtes oder eines einschlägig tätigen Universitätsprofessors nicht ersetzen.

BFH, Urteil v. 7. 6. 2000 - III R 54/98, BStBl 2001 II S. 94[MAAAA-89085]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 9. 9. 1997 - VIII 619/92

- (1) Die Aufwendungen für eine **In-vitro-Fertilisation** und hiermit verbundene Fahrtkosten sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, wenn die Familienplanung zuvor bereits abgeschlossen und die Sterilisation nicht medizinisch erforderlich gewesen war. (2) Eine bewusste und gewollte **Sterilisation** nach eingehender ärztlicher Aufklärung und Beratung ist nicht als „Krankheit“ anzusehen, weil sie nicht organisch bedingt ist.

FG Münster, Urteil v. 19. 1. 2001 - 11 K 4903/99 E[JAAAB-10745]

s. aber BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 47/05[LAAAC-54147]

- Aufwendungen für eine **Ayur-Veda-Behandlung** können nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn die medizinische Notwendigkeit dieser Behandlung im Einzelfall durch ein vor ihrem Beginn erstelltes amtsärztliches Attest nachgewiesen ist.
BFH, Urteil v. 1. 2. 2001 - III R 22/00, BStBl 2001 II S. 543[RAAAA-88966]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 19. 10. 1999 - 2 K 1817/96
- Aufwendungen für eine **heterologe Insemination**, bei der die unfruchtbare Ehefrau die vom Ehemann befruchtete Eizelle einer Dritten austrägt, sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
FG München, Urteil v. 12. 2. 2001 - 10 K 1035/01[JAAAB-10664]
s. aber BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 47/05[LAAAC-54147]
- Die Arbeit im Rahmen der **Betreuung Alkoholabhängiger** stellt eine gesellschaftlich wichtige und besonders anzuerkennende Funktion im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit dar. Dieser Einsatz wird aber nicht von außen her in einer Weise vom Steuerpflichtigen erwartet, dass er bei einem Unterlassen Nachteile im persönlichen oder gesellschaftlichen Bereich zu befürchten hat. Daher kommt ein Abzug als außergewöhnliche Belastung aus sittlichen Gründen nicht in Betracht.
BFH, Beschluss v. 29. 3. 2001 - III B 57/00[QAAAA-66910]
Vorinstanz: FG Thüringen, Urteil v. 3. 5. 2000 - IV 461/99
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen zur Befriedigung seiner krankhaften **Spielsucht** stellen keine außergewöhnlichen Belastungen dar, denn sie sind ihm nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG erwachsen.
FG Münster, Urteil v. 25. 4. 2001 - 8 K 8497/97 E[AAAAB-11169]
- Es ist zwischen **unmittelbaren und mittelbaren Krankheitskosten** im Rahmen des § 33 EStG differenziert, um in sachgerechter Weise die außergewöhnlichen und zwangsläufigen Aufwendungen i. S. von § 33 Abs. 2 EStG von den der privaten Lebensführung zuzurechnenden, nach § 12 Nr. 1 EStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen abzugrenzen. Diese Unterscheidung soll verhindern, Kosten der allgemeinen Lebensführung, die lediglich in einem losen Zusammenhang mit der Erkrankung stehen, ebenfalls steuerlich zu begünstigen. Derartige bloße **Folgemaßnahmen** fallen nicht unter den steuerrechtlich maßgebenden Begriff der Heilbehandlung und erwachsen dementsprechend nicht zwangsläufig.
BFH, Beschluss v. 25. 6. 2001 - III B 27/01[FAAAA-66889]
- Kosten für die Unterbringung im **Internat** können als außergewöhnliche Belastung nur anerkannt werden, wenn der Internatsbesuch für eine medizinische Heilbehandlung erforderlich wäre. Die medizinische Zwangsläufigkeit muss durch ein vor Einleitung derartiger Maßnahmen erstelltes **amtsärztliches Attest** nachgewiesen wird.
BFH, Beschluss v. 15. 1. 2002 - III B 17, 18/01[NAAAA-68249]
- Aufwendungen für die der Beseitigung der **Zeugungsunfähigkeit** des Ehemannes dienende, in Zusammenhang mit einer künstlichen Befruchtung entstehende sog. **Kryokonservierung** sind als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.
FG München, Urteil v. 14. 3. 2002 - 15 K 4531/99[QAAAB-09808]
- Die Aufwendungen für ein **Herz-Kreislauf-Training** in einem **Fitness-Center** sind dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn durch eine im Vornhinein ausgestellte **amts- oder vertrauensärztliche Bescheinigung** nachgewiesen wird, dass das Training notwendig ist, um eine Krankheit oder ein Gebrechen zu heilen oder zu seiner Besserung oder Linderung beizutragen. Das Training muss außerdem nach Einzelverordnung unter Verantwortung eines **Arztes** oder eines sonst zur Ausübung der Heilkunde zugelassenen Person betrieben werden.
FG München, Urteil v. 15. 4. 2002 - 13 K 2506/98[LAAAB-09558]
- **Krankheitsfolgekosten** können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

FG Hamburg, Urteil v. 14. 11. 2002 - V 10/01[YAAAAB-08291]

- (1) Auch bei unterstelltem Nichteingreifen des Abzugsverbots für Diätaufwendungen können Verpflegungsmehrkosten aufgrund einer **Getreideallergie (Zöliakie)** nur als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, soweit sie die gesetzlich definierte zumutbare Belastung übersteigen. (2) Verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese **Zumutbarkeitsgrenzen** bestehen nicht, solange dem Steuerpflichtigen unter Anwendung dieser Regelung ein über dem Existenzminimum liegendes verfügbares Einkommen verbleibt. (3) Eine Erhöhung der pauschalierten Steuerfreistellung des **Existenzminimums** wegen krankheitsbedingten individuellen Mehrbedarfs ist nach der Systematik des Einkommensteuerrechts nicht geboten, weil insoweit die Vorschriften über den Abzug außergewöhnlicher Belastungen eingreifen.

FG Düsseldorf, Urteil v. 15. 11. 2002 - 1 K 3306/01 E[VAAAAB-07430]

s. aber BFH, Urteil v. 21. 6. 2007 - III R 48/04, BStBl 2007 II S. 880[CAAAC-58395]

- Aufwendungen, die dem Steuerpflichtigen für den Schulbesuch seines **hochbegabten Kindes** in einem **ausländischen Internat** erwachsen, können nur dann als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, wenn die Hochbegabung entweder vorab als Krankheit durch ein **amtsärztliches Attest** nachgewiesen ist oder wenn sich die medizinische Notwendigkeit des Schulbesuchs aus **anderen amtlichen Unterlagen** offensichtlich ergibt.

FG Münster, Urteil v. 26. 2. 2003 - 1 K 1545/01 E[QAAAAB-10893]

- Die Mehrkosten, die durch einen **Umweg** bei der **Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte** verursacht werden gehören zu den Werbungskosten, auch wenn der Umweg durch Krankheit verursacht wird. Die Kosten für die Umwegstrecke entstehen im Streitfall zwar, weil die Klägerin krankheitsbedingt nicht über hohe Brücken fahren kann. Die Kosten werden aber nicht aufgewendet, um die Höhenangst der Klägerin zu beseitigen oder zu lindern, sondern um sie ohne weitere unzumutbare Beeinträchtigungen zu ihrem Arbeitsplatz gelangen zu lassen.

FG Hamburg, Urteil v. 24. 3. 2003 - II 61/02[MAAAB-08350]

- Aufwendungen für die **Entziehungskur** und die begleitende **psychotherapeutische Behandlung** sind als außergewöhnliche Belastung anerkannt, ebenso Aufwendungen für eine **Nachbehandlung** Alkoholkranker, wenn diese Behandlung medizinisch indiziert ist. Maßnahmen zur **Vermeidung der Trunksucht** oder **Verhinderung eines Rückfalls** dienen dagegen der Erhaltung der Gesundheit und sind nicht nach § 33 EStG zu berücksichtigen.

BFH, Beschluss v. 25. 3. 2003 - III B 67/02[NAAAA-69435]

- (1) Aufwendungen für **Leihmutterchaft** stellen keine als außergewöhnliche Belastung abzugsfähigen Kosten einer Heilbehandlung wegen Empfängnisunfähigkeit oder einer durch Kinderlosigkeit verursachten seelischen Störung dar. (2) Der **Zwangsläufigkeit** dieser Aufwendungen steht überdies der vorsätzliche Verstoß gegen die Vorschriften des Embryonenschutzgesetzes und des Adoptivvermittlungsgesetzes entgegen. Denn die Beachtung der inländischen Rechtsordnung muss als zumutbar angesehen werden.

FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 5. 2003 - 18 K 7931/00 E[HAAAAB-07413]

- Von der regelmäßig erforderlichen Vorlage einer **amts- oder vertrauensärztlichen Bescheinigung** über die **Notwendigkeit** einer – als außergewöhnliche Belastung geltend gemachten – medizinischen Behandlung ist ausnahmsweise nur dann abzusehen, wenn eine **Krankenkasse** einen **Zuschuss** zu der betreffenden Maßnahme geleistet hat und deshalb von einer vergleichbaren Prüfung der medizinischen Notwendigkeit durch eine sachkundige und neutrale Instanz auszugehen ist.

BFH, Beschluss v. 7. 8. 2003 - IX B 6/03[NAAAAB-13875]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 28. 11. 2002 - 15 K 760/99

- Aufwendungen für eine **homologe künstliche Befruchtung** der Ehefrau, die aufgrund der Zeugungsunfähigkeit des Ehemannes entstehen, stellen bei gemeinsamer Veranlagung der Ehegatten als außergewöhnliche Belastungen abziehbare Kosten einer Heilbehandlung dar.
FG Düsseldorf, Urteil v. 11. 8. 2003 - 7 K 3527/02 E[PAAAB-14761]
- Die therapeutische Wirksamkeit der sog. **konservativen Magnetfeldtherapie** ist wissenschaftlich nicht belegt. Steuerpflichtige können daher nicht ohne Weiteres davon ausgehen, solche von ihnen in Anspruch genommenen Maßnahmen stellen eine für die Behandlung mögliche Methode zur Heilung oder Linderung festgestellter Krankheiten dar. Die vorherige amtsärztliche Begutachtung für die Anerkennung ihrer Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung ist zwingend.
BFH, Beschluss v. 20. 11. 2003 - III B 44/03[XAAAB-14887]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 26. 2. 2003 - 4 K 3609/02
- Aufwendungen eines Unterhaltspflichtigen für die Behandlung eines Kindes, dessen **Lese- und Rechtschreibfähigkeit** beeinträchtigt ist, können nur dann als Krankheitskosten gem. § 33 EStG berücksichtigt werden, wenn die Lese- und Rechtschreibschwäche (Legasthenie) im konkreten Fall eine Krankheit darstellt und wenn die Aufwendungen zum Zweck ihrer Heilung oder Linderung getätigt werden. Ob eine Krankheit im vorgenannten Sinne gegeben ist, ist durch ein rechtzeitiges amtsärztliches Gutachten nachzuweisen.
FG Niedersachsen, Urteil v. 22. 1. 2004 - 3 K 617/03[IAAAB-23309]
- Krankheitskosten, auf deren Erstattung der Steuerpflichtige verzichtet, um **Beitragsrückerstattungen** zu erhalten, sind nicht zwangsläufig. Darin liegt kein Widerspruch zur einkommensteuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen, die infolge eines mit dem Versicherer vereinbarten **Selbstbehaltes** nicht erstattet werden.
FG Hamburg, Urteil v. 26. 8. 2004 - VI 167/02[WAAAB-41681]
- Hat der Steuerpflichtige **ausbildungsbedingte Mehraufwendungen**, die keine Krankheitskosten sind, wird er in erster Linie durch den Kinderfreibetrag bzw. das Kindergeld sowie den Ausbildungsfreibetrag steuerlich entlastet. Als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden können nur Aufwendungen für den Schulbesuch, wenn es sich um **unmittelbare Krankheitskosten** handeln, d.h. sie ausschließlich zum Zwecke der Heilung einer Krankheit getätigt werden oder den Zweck verfolgen, die Krankheit erträglich zu machen. Kosten, die um der schulischen Förderung des Kindes willen aufgewandt werden und in diesem Zusammenhang allenfalls mittelbare (Folge-)Kosten einer Krankheit sind, werden steuerlich nicht nach § 33 EStG anerkannt.
BFH, Beschluss v. 22. 12. 2004 - III B 169/03[BAAAB-43953]
Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 11. 11. 2003 - I 308/2001
- Unter den Begriff der abziehbaren **Krankheitskosten**, deren Zwangsläufigkeit für den Regelfall unterstellt werden kann, fallen Aufwendungen eines Steuerpflichtigen, die für die **Konsultation von Ärzten** und anderer zur Ausübung der Heilkunde zugelassener Personen sowie für die von diesen verordneten **therapeutischen Maßnahmen** entstehen. Darunter fallen auch die Kosten für die Durchführung einer **Therapie**, soweit sie nicht der Vorbeugung sondern der Behandlung einer akuten Erkrankung dient.
FG Münster, Urteil v. 12. 1. 2005 - 3 K 2845/02 E[OAAAB-44494]
- Der Abzug von Aufwendungen für eine **internatsmäßige Unterbringung** ist nur dann zwangsläufig i. S. von § 33 EStG, wenn diese zum Zwecke der Heilung einer **Krankheit** oder mit dem Ziel, sie erträglicher zu machen, getätigt werden. Es muss sich um unmittelbare Krankheitskosten handeln. Für den Nachweis der medizinischen Notwendigkeit wird ein vor Einleitung einer derartigen Maßnahme erstelltes **amtsärztliches Attest** verlangt.
BFH, Beschluss v. 25. 2. 2005 - III B 13/04[CAAAB-52799]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 27. 10. 2003 - 14 K 3507/01 E

- (1) **Kraftfahrzeugkosten**, die im Zusammenhang mit der **Behinderung eines Kindes** stehen, können neben dem Pauschbetrag für Körperbehinderte gem. § 33b Abs. 3 und Abs. 5 EStG in Höhe von 3700 € geltend gemacht werden. (2) Führen **Eltern** Fahrten im eigenen persönlichen Interesse durch, etwa allgemeine **Einkaufs- oder Besorgungsfahrten**, und sind sie gehalten, das Kind mitzunehmen, weil es auf die Betreuung der Eltern angewiesen ist, liegt eine nicht durch die Behinderung veranlasste Fahrt vor, deren Aufwendungen nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sind.
FG Hessen, Beschluss v. 28. 2. 2005 - 1 V 3898704 [WAAAB-52911]
- Eine Lese- und Rechtschreibschwäche kann verschiedene Ursachen haben. Sie stellt nicht in jedem Fall eine Krankheit im Sinne des § 33 EStG dar. Ob es sich im Einzelfall um eine **vorübergehende Lese- und Rechtschreibschwäche** oder um eine auf eine Hirnfunktionsstörung zurückgehende **Legasthenie** handelt und ob deshalb bestimmte Behandlungen medizinisch notwendig sind, muss **vor Behandlungsbeginn** festgestellt sein. Nur so kann beurteilt werden, ob die anfallenden Kosten noch zu den der Lebensführung zuzurechnenden Aufwendungen für die (Schul-)Bildung des Kindes gehören oder zur Behandlung einer Krankheit für den Steuerpflichtigen unausweichlich und unvermeidbar und damit als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen sind.
BFH, Urteil v. 3. 3. 2005 - III R 64/03[DAAAB-54867]
Vorinstanz: FG Saarland, Urteil v. 24. 9. 2003 - 1 K 318/01
- Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung (**In-vitro-Fertilisation**), die infolge veränderter Lebensplanung wegen einer früher freiwillig zum Zweck der Empfängnisverhütung vorgenommenen Sterilisation erforderlich werden, sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 3. 3. 2005 - III R 68/03, BStBl 2005 II S. 566[QAAAB-55304]
Vorinstanz: FG Berlin, Urteil v. 30. 9. 2003 - 5 K 5349/02
s. aber BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 47/05, BStBl 2007 II S. 871[LAAAC-54147]
- Aufwendungen für die Unterbringung eines verhaltensauffälligen Jugendlichen in einer **sozialtherapeutischen Wohngruppe** können nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn durch ein vor der Unterbringung ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches Gutachten nachgewiesen wird, dass die Verhaltensauffälligkeiten auf einer Krankheit beruhen und die Unterbringung in der Wohngruppe medizinisch notwendig ist.
BFH, Urteil v. 21. 4. 2005 - III R 45/03, BStBl 2005 II S. 602[JAAAB-56125]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 26. 5. 2003 - 5 K 1853/01
- Aufwendungen für eine **Schönheitsoperation** können nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn vor Durchführung der Operation ein ärztliches Gutachten erstellt worden ist, aus dem sich die Notwendigkeit der Operation ergibt.
FG Hamburg, Urteil v. 27. 4. 2005 - II 76/03[IAAAB-57226]
- Aufwendungen einer nicht verheirateten, empfangnisunfähigen Frau für **künstliche Befruchtungen** können auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung steuermindernd berücksichtigt werden, wenn die Frau in einer **festen Partnerschaft** lebt (Weiterentwicklung der Rechtsprechung, BFH-Urteil v. 18. 6. 1997 - III R 84/96, BStBl 1997 II S. 805).
BFH, Urteil v. 28. 7. 2005 - III R 30/03, BStBl 2006 II S. 495[IAAAB-67523]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 17. 4. 2003 - 12 K 6611/01 E
s. aber BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 47/05[LAAAC-54147]
- Aufwendungen für die Unterbringung eines **schwer erziehbaren Kindes** in einer adäquaten Schule aus **psychologischen Gründen** sind nicht als Krankheitskosten nach § 33 EStG zu berücksichtigen. Die Aufwendungen sind auch dann nicht berücksichtigungsfähig, wenn das Jugendamt einem Antrag auf **betreutes Wohnen** nach § 34 JugendhilfeG stattgegeben und die psychologische Betreuung für notwendig erklärt hat.
BFH, Urteil v. 22. 9. 2005 - IX R 52/03[MAAAB-71702]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 9. 4. 2002 - 12 K 2155/99

- ▶ (1) Aufwendungen für eine **Psychotherapie** durch einen **Heilpraktiker** können ohne Vorlage eines vor Beginn der Behandlung ausgestellten amtsärztlichen Attestes als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. (2) Bei der Prüfung der **Angemessenheit** der Aufwendungen ist der Rahmen des Gebührenverzeichnisses für Heilpraktiker zugrunde zu legen.
FG Köln, Urteil v. 27. 9. 2005 - 14 K 1793/04[PAAAB-69654]
- ▶ Zum Nachweis der medizinischen Notwendigkeit der Teilnahme an **psychoanalytischen Gruppensitzungen** und an einer Milieu-Therapie ist regelmäßig die Vorlage eines **vor** Beginn der Sitzungen ausgestellten **amts- oder vertrauensärztlichen Attestes** erforderlich.
FG München, Urteil v. 17. 10. 2005 - 1 K 3539/05[GAAAB-76558]
- ▶ (1) Eine **hyperkinetische Störung** des Sozialverhaltens des Kindes kann eine Krankheit sein. (2) Ein Abzug der Aufwendungen der Eltern für die **integrative Beschulung** an einer Förderschule und die damit verbundene Betreuung des Kindes in einem **Kinderheim** als außergewöhnliche Belastungen (Krankheitskosten) ist aber grds. nur möglich, wenn vor Beginn der Maßnahme ein **amtsärztliches Attest** über die medizinische Notwendigkeit eingeholt worden ist.
FG Sachsen, Urteil v. 24. 10. 2005 - 1 K 447/03[BAAAB-78803]
- ▶ Die Aufwendungen für eine **Delfintherapie** bei einem **sprachbehinderten autistischen Kind** können nur als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn deren medizinische Erforderlichkeit durch ein vor der Behandlung ausgestellt amts- oder vertrauensärztliches Attest nachgewiesen wird.
FG Düsseldorf, Urteil v. 8. 11. 2005 - 1 K 4334/03 E[SAAAB-76930]
- ▶ (1) Infolge des von kosmetischen und ästhetischen Zwecken nicht eindeutig abgrenzbaren reinen Heilbehandlungscharakters einer **LASIK-Augenoperation** kann die Zwangsläufigkeit derartiger Aufwendungen zur Korrektur der Sehschwäche nicht typisierend unterstellt, sondern nur bei einer ausdrücklichen medizinischen Indikation für diesen Eingriff bejaht werden. (2) Eine solche **medizinische Indikation** liegt nur vor, wenn eine Korrektur der Sehschwäche oder der durch sie ausgelösten mittelbaren Folgen (z.B. gravierende psychische Beeinträchtigungen) durch **Hilfsmittel** (Brillen oder Kontaktlinsen) nicht oder nicht hinreichend möglich ist. (3) Der Grundsatz, dass bei Aufwendungen für Heilbehandlungen dem Steuerpflichtigen eine tatsächliche **Zwangslage** zuzubilligen ist, die eine Prüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit einer Behandlung im Einzelfall regelmäßig entbehrlich macht, ist insoweit einschränkend auszulegen.
FG Düsseldorf, Urteil v. 16. 2. 2006 - 15 K 6677/04 E[WAAAB-84576]
- ▶ Um prüfen zu können, ob Aufwendungen für **künstliche Befruchtungen** zwangsläufig i. S. des § 33 EStG sind, muss der Steuerpflichtige Unterlagen vorlegen, aus denen sich ergibt, ob und ggf. warum die Krankenkasse die **Kostenübernahme** abgelehnt hat.
FG Hamburg, Urteil v. 3. 3. 2006 - II 245/04[GAAAB-84619]
s. aber BFH, Urteil v. 21. 2. 2008 - III R 30/07[CAAAC-83307]
- ▶ Fahrtkosten und Beiträge für die Teilnahme an Treffen einer **„Anti-Mobbing“-Selbsthilfegruppe** sind jedenfalls dann überwiegend **beruflich veranlasst** und als Werbungskosten abzugsfähig, wenn der Steuerpflichtige glaubhaft macht, dass er sich in einer schwierigen Arbeitssituation befand und sich durch Maßnahmen seines Dienstherrn grundlos schikaniert sah.
FG Niedersachsen, Urteil v. 8. 6. 2006 - 14 K 57/03[MAAAC-42756]
- ▶ Fahrtkosten für ein an **Entwicklungsstörungen** leidendes Kind anlässlich eines **Schulwechsels** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. Bei den Aufwendungen handelt es sich dem Grunde nach um **Berufsausbildungskosten**, die mit dem Kinderfreibetrag/Kindergeld abgegolten sind. Ein Abzug als außergewöhnliche Belastung kommt nur in Be-

tracht, wenn die Fahrtkosten **krankheitsbedingt** waren, d.h. wenn der erforderliche Schulwechsel medizinisch indiziert gewesen wäre.

FG Niedersachsen, Urteil v. 28. 6. 2006 - 12 K 274/02[OAAAC-16416]

- (1) Aufwendungen für **alternative Behandlungsmethoden** stellen Krankheitskosten dar, wenn sie nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der Heilkunde und den Grundsätzen eines gewissenhaften Arztes zur Heilung oder Linderung der Krankheit angezeigt sind und vorgenommen werden. (2) Für den **Nachweis** der Zwangsläufigkeit i. S. des § 33 EStG einer neuen, bisher medizinisch nicht anerkannten Behandlungsmethode ist ein **amtsärztliches Attest** oder ein vergleichbarer Nachweis für die medizinische Indikation der Behandlung erforderlich.

FG Hessen, Beschluss v. 2. 8. 2006 - 1 V 665/06[AAAAC-31089]

- Aufwendungen von Eltern für die **Internatsunterbringung** eines Kindes sind nur dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn der Aufenthalt zur **Heilung oder Linderung der Krankheit** nachweislich unabdingbar notwendig ist und der Schulbesuch nur anlässlich dieser Heilbehandlung gleichsam nebenbei und nachrangig erfolgt. Der **Nachweis** ist wie bei einer Kurreise durch Vorlage eines vorher eingeholten amtsärztlichen Attests zu führen. Eine Bestätigung der Kreisverwaltung über die Übernahme von Eingliederungshilfe für die Internatsunterbringung reicht als Nachweis nicht aus. Kosten für die sozial, psychologisch oder pädagogisch bedingte Unterbringung eines **schwer erziehbaren Jugendlichen** in einem Internat, in dem er psychologisch behandelt und betreut wird, das aber im Übrigen eine Unterkunft für den Besuch einer öffentlichen Schule bietet, sind demgegenüber grds. keine nach § 33 EStG abziehbaren Krankheitskosten. Ferner können gesonderte Aufwendungen für die Betreuung eines solchen Jugendlichen grds. nicht ohne vorherige amtsärztliche Begutachtung als Krankheitskosten anerkannt werden.

BFH, Beschluss v. 16. 8. 2006 - III B 20/06[UAAAC-16479]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 15. 12. 2005 - 4 K 2696/03

- Der Besuch einer **Privatschule** von der elterlichen Wohnung aus ist aber nicht mit einem **Internatsaufenthalt** vergleichbar; der Übergang von einer Privatschule zu einem Internat gleicht mithin nicht einem **Internatswechsel**. Deshalb kann auf den Nachweis durch ein **amtsärztliches Gutachten** für die Krankheitsbedingtheit des Internatsbesuches selbst dann nicht verzichtet werden, wenn das Kind zuvor anstelle einer staatlichen eine Privatschule besucht hat und die Kosten aufgrund gehörigen Nachweises als außergewöhnliche Belastung anerkannt wurden.

BFH, Beschluss v. 3. 10. 2006 - III B 142/05[AAAAC-34378]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 15. 7. 2005 - 14 K 1525/04 E

- Aufwendungen für ärztliche Maßnahmen, bei denen nicht eindeutig feststeht, ob sie zur Heilung oder Linderung einer Krankheit erforderlich sind, können nur als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn durch ein amtsärztliches Gutachten vor der Behandlung die medizinische Indikation nachgewiesen wird. Bei der operativen **Fettabsaugung** und der operativen Behandlung **herabgesunkener Augenlider**, die häufig nur aus kosmetischen Gründen durchgeführt werden, ist es dem Steuerpflichtigen zuzumuten, fachlichen Rat einzuholen, unter welchen Voraussetzungen Aufwendungen für derartige Operationen steuerlich berücksichtigt werden. Das gilt zumal dann, wenn der besondere Charakter der Behandlungen für den Steuerpflichtigen auch erkennbar ist, weil seine Krankenkasse die Aufwendungen hierfür nicht übernommen hat.

BFH, Beschluss v. 24. 11. 2006 - III B 57/06[RAAAC-35139]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 17. 3. 2006 - 13 K 135/04

- Das Erfordernis einer **vorherigen amts- oder vertrauensärztlichen Begutachtung** zum Nachweis der medizinischen Notwendigkeit einer Maßnahme will zum einen durch Einschaltung eines Amts- oder Vertrauensarztes – oder eines anderen öffentlich-rechtlichen Trägers wie

einer Beihilfestelle oder einer gesetzlichen Krankenkasse – Gefälligkeitsgutachten vermeiden. Zum anderen ist eine vorherige Begutachtung vor allem deshalb erforderlich, weil sich **frühere Gegebenheiten** im Nachhinein regelmäßig nicht oder jedenfalls nicht zuverlässig feststellen lassen.

BFH, Urteil v. 15. 3. 2007 - III R 28/06[PAAAC-51999]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 2. 3. 2006 - 11 K 2589/05 E

- Aufwendungen einer nicht verheirateten empfangnisunfähigen Frau für Maßnahmen zur **Sterilitätsbehandlung** durch sog. **In-vitro-Fertilisation** sind als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn die Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Richtlinien der ärztlichen Berufsordnungen vorgenommen werden (**Änderung der Rechtsprechung**).

BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 47/05, BStBl 2007 II S. 871[LAAAC-54147]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 27. 4. 2005 - 1 K 7062/01 E

- Aufwendungen für die Teilnahme an einem sog. **Optifast-Programm** zur langfristigen Therapie von **Übergewicht** sind als außergewöhnliche Belastung nur dann abziehbar, wenn sich aus einem vor Behandlungsbeginn ausgestellten amts- oder vertrauensärztlichen Attest zweifelsfrei entnehmen lässt, dass der Steuerpflichtige krank und die den Aufwendungen zugrunde liegende Behandlung medizinisch indiziert ist. Bei dem Krankheitswert der **Adipositas** handelt es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Tatfrage, die nur im konkreten Einzelfall zu entscheiden ist.

BFH, Beschluss v. 29. 5. 2007 - III B 37/06[VAAAC-51997]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 25. 1. 2006 - 10 K 5775/04 E

- (1) Aufwendungen für **Diätverpflegung** sind nach dem eindeutigen Wortlaut des § 33 Abs. 2 Satz 3 EStG und der Entstehungsgeschichte der Ausschlussnorm ausnahmslos nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar (Bestätigung der Rechtsprechung). Dies gilt auch für **Sonderdiäten**, die – wie z. B. bei der **Zöliakie** (Glutenunverträglichkeit) – eine medikamentöse Behandlung ersetzen. (2) Gegen das gesetzliche Verbot der Berücksichtigung von Aufwendungen für Diätverpflegung bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

BFH, Urteil v. 21. 6. 2007 - III R 48/04, BStBl 2007 II S. 880[CAAAC-58395]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 27. 11. 2003 - 2 K 462/00

- Aufwendungen für die **Entnahme und Einlagerung von Nabelschnurblut** sind keine Krankheitskosten, wenn die enthaltenen Stammzellen zur Vorsorge für später eventuell auftretende Krankheiten und deren Heilung oder Linderung durch eine **Stammzellentherapie** konserviert werden sollen. Sie erwachsen nicht zwangsläufig und sind deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.

BFH, Beschluss v. 15. 10. 2007 - III B 112/06[NAAAC-68885]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 29. 5. 2006 - 2 K 2142/05

- Aufwendungen für eine **wissenschaftlich noch nicht anerkannte Heilmethode** – wie die **Delphintherapie** – sind nur unter der Voraussetzung als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG anzuerkennen, dass die Notwendigkeit durch ein vor der Behandlung ausgestelltes **amts- oder vertrauensärztliches Gutachten** nachgewiesen ist, auch wenn feststeht, dass die Aufwendungen nur zum Zweck der Heilung einer Krankheit oder deren Linderung getätigt wurden.

BFH, Beschluss v. 15. 11. 2007 - III B 205/06[ZAAAC-69451]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 31. 10. 2006 - 1 K 2001/05

- Der von dritter Seite nicht erstattete Teil der Aufwendungen für den **Ersatz verlorener Zähne** durch Kronen auf implantierten künstlichen Zahnwurzeln (**Implantate**) kann als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. Dass die gesetzliche Krankenversicherung nur die Aufwendungen für herausnehmbare Prothesen bzw. bei fest implantiertem Zahnersatz nur einen kleinen Teil der Kosten übernimmt, schließt den Steuerabzug nicht aus.

FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 28. 11. 2007 - 2 K 5507/04 B [JAAAC-79198]

- (1) Aufwendungen eines Unterhaltspflichtigen für die Behandlung seines Kindes, dessen **Lese- und Rechtschreibfähigkeit (Legasthenie)** beeinträchtigt ist, sind als Krankheitskosten gem. § 33 Abs. 1 EStG berücksichtigungsfähig, wenn die Lese- und Rechtschreibschwäche im konkreten Fall eine Krankheit darstellt und die Aufwendungen zum Zwecke ihrer Heilung oder Linderung getätigt worden sind. Der Nachweis hat durch Vorlage eines vor der Behandlung ausgestellten ärztlichen Attestes zu erfolgen. (2) Ein **Nachweis** durch ein **privatärztliches Gutachten**, hier zweier Kinder- und Jugendpsychiater der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, bietet nicht in hinreichendem Umfang die Gewähr dafür, dass die Inanspruchnahme ungerechtfertigter steuerlicher Vorteile verhindert wird. (3) Aufwendungen von Eltern für die **Internatsunterbringung** ihres Kindes sind nur dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn der Aufenthalt zur Heilung oder Linderung der Krankheit nachweislich unabdingbar notwendig ist und der Schulbesuch nur anlässlich dieser Heilbehandlung gleichsam nebenbei und nachrangig erfolgt.
FG Hessen, Urteil v. 31. 1. 2008 - 9 K 1662/05[FAAAD-49134]
Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 18/09
- (1) Aufwendungen für den Besuch einer **Privatschule** sind grds. durch die Kinderfreibeträge bzw. das Kindergeld abgegolten. Soweit ausbildungsbedingte Mehrkosten für auswärtige Unterbringung entstehen, werden diese durch den Ausbildungsfreibetrag des § 33a Abs. 2 EStG abgegolten. (2) Der Fall der **Hochbegabung** der Kinder ist kein Ausnahmefall, der einen Abzug von Internatskosten als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG rechtfertigen würde.
FG Köln, Urteil v. 14. 2. 2008 - 10 K 7404/01[EAAAC-75844]
s. auch BFH, Urteil v. 21. 10.2008 - X R 15/08[ZAAAD-10725]
- Aufwendungen einer nicht verheirateten empfängnisunfähigen Frau für Maßnahmen zur Sterilitätsbehandlung durch **In-vitro-Fertilisation (IVF)** können als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn diese in Übereinstimmung mit den Richtlinien der ärztlichen Berufsordnungen vorgenommen werden. Der Steuerpflichtigen ist nicht zuzumuten, gegen die Ablehnung ihres Versicherers, die Kosten zu übernehmen, eine – nahezu aussichtslose – Klage zu erheben.
BFH, Urteil v. 21. 2. 2008 - III R 30/07[CAAAC-83307]
Vorinstanz: FG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil v. 16. 11. 2006 - 1 K 4/05
- (1) Aufwendungen eines **manisch-depressiven Steuerpflichtigen** zur **Befriedigung seiner Stimmungen** können möglicherweise nicht als unabwendbar angesehen werden. (2) Aufwendungen eines manisch-depressiven Steuerpflichtigen, der in einer manischen Phase in einen Kaufzwang verfällt, belasten den Steuerpflichtigen nicht, denn er erhält mit der gekauften Ware einen **Gegenwert** zu den aufgewandten Kosten.
FG München, Urteil v. 10. 3. 2008 - 13 K 2392/705[UAAAC-81626]
- Aufwendungen für die operative **Entfernung einer Fettschürze** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn vor der Operation kein amts- oder vertrauensärztliches Attest eingeholt wurde, aus dem sich die medizinische Notwendigkeit ergibt. Bei Operationen, die häufig aus **kosmetischen Gründen** durchgeführt werden, muss dem Steuerpflichtigen zugemutet werden, vor Durchführung der Maßnahme fachlichen Rat dazu einzuholen, unter welchen Voraussetzungen entsprechende Aufwendungen steuerlich geltend gemacht werden können.
FG Hamburg, Urteil v. 6. 6. 2008 - 5 K 24/07[KAAAC-87785]
- (1) Aufwendungen für **Fitnessstudio-Rückentraining** können nicht als außergewöhnliche Belastung steuerlich berücksichtigt werden, wenn nicht ein vor der Behandlung erstelltes **amts- oder vertrauensärztliches Gutachten** die medizinische Notwendigkeit der Maßnahme klar ergibt und das Trainingsprogramm detailliert von einem Arzt bzw. einer vergleichbare zur Ausübung der Heilkunde gesetzlich zugelassenen Person „programmiert“ ist. Durch die

Instruktion eines Trainers, die zu den üblichen Leistungen eines Sportstudios gehören, wird diese „Programmierung“ nicht ersetzt. (2) Außerdem wurde die Belastung nicht dadurch vermieden, dass die Voraussetzungen für eine **Übernahme der Kosten** durch die Krankenversicherung geschaffen bzw. dort Ansprüche angemeldet und betrieben wurden. Im Übrigen zeigt die Tatsache, dass der Besuch eines Sportstudios unter den gegebenen Umständen nicht von der Krankenkasse erstattet wird, dass auch für die Erstattung durch die Krankenkasse ähnliche Voraussetzungen gegeben sein müssen, wie für die Anerkennung als außergewöhnliche Belastung.

FG München, Urteil v. 3. 12. 2008 - 1 K 2183/07[FAAAD-26081]

- Der **Nachweis** des für die Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen erforderlichen Krankheitswerts einer **Legasthenie** kann weder durch eine Bescheinigung des Schulamts noch durch das Attest eines Facharztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie, sondern nur durch ein vor Behandlungsbeginn eingeholtes Attest eines **Amts- bzw. Vertrauensarztes** geführt werden.

FG München, Urteil v. 20. 3. 2009 - 10 K 1565/08[MAAAD-24651]

- Die Notwendigkeit einer **vorherigen amtsärztlichen Begutachtung** von Maßnahmen, die nicht eindeutig und unmittelbar der Behandlung oder Linderung einer Krankheit dienen, wird in der Rechtsprechung des BFH seit langem hervorgehoben. Aufwendungen für **alternative Behandlungsmethoden (Feldenkrais)** ohne vorherige amts- oder vertrauensärztlichen Begutachtung keine außergewöhnliche Belastung.

FG München, Urteil v. 2. 4. 2009 - 5 K 2555/07[EAAAD-20319]

- Aufwendungen für die Behandlung einer Krankheit mit **alternativen Methoden** sind ohne Vorlage eines amtsärztlichen Attestes nicht als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig.

FG Hessen, Urteil v. 9. 4. 2009 - 3 K 1718/05FG Hessen, Urteil v. 9. 4. 2009 - 3 K 1718/05[UAAAD-25026]

- Aufwendungen für den **Schul- und Studienaufenthalt** eines Kindes in Schottland sind nicht als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, wenn das Finanzgericht seine Entscheidung kumulativ sowohl darauf gestützt, dass sich aus den vorgelegten Gutachten nicht ergebe, dass der Schulbesuch zur **Linderung der Krankheit** nachweislich unabdingbar notwendig gewesen sei, als auch darauf, dass „zudem“ die vorgelegten Gutachten nicht die Anforderungen erfüllten, nämlich vor Einleitung der Maßnahme vorgelegt worden zu sein. Wenn eine Entscheidung kumulativ auf mehreren Gründen beruht, von denen jeder für sich das Ergebnis trägt, muss hinsichtlich jeder dieser Begründungen ein Zulassungsgrund i. S. von § 115 Abs. 2 FGO geltend gemacht werden. Hinsichtlich der erstgenannten Begründung hat der Steuerpflichtige indessen keine Revisionszulassungsgründe geltend gemacht.

BFH, Beschluss v. 23. 4. 2009 - VI B 153/08[EAAAD-25202]

Vorinstanz: FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 6. 8. 2008 - 8 K 6270/06 B

- (1) Bei Maßnahmen, die ihrer Art nach nicht eindeutig und unmittelbar nur der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienen können und deren medizinische Indikation deshalb schwer zu beurteilen ist, verlangt der BFH seit dem Urteil v. 14. 2. 1980 - VI R 218/77, BStBl 1980 II S. 295, in ständiger Rechtsprechung grds. ein **vor der Behandlung ausgestellt amts- oder vertrauensärztliches Gutachten**, aus dem sich die medizinische Notwendigkeit der betreffenden Maßnahme klar ergibt. (2) Dementsprechend können auch die Kosten für die Behandlung einer Lese-Rechtschreib-Störung (**Legasthenie**) regelmäßig nur dann als außergewöhnliche Belastung zum Abzug zugelassen werden, wenn dem Finanzamt ein vor Beginn der Behandlung erstelltes amtsärztliches Gutachten vorgelegt wird, aus dem sich die medizinische Notwendigkeit der betreffenden Maßnahmen klar ergibt.

BFH, Beschluss v. 19. 5. 2009 - VI B 159/08[OAAAD-25203]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 10. 2008 - 3 K 159/07

- Die Aufwendungen für eine allein durch die verminderte Beweglichkeit der Spermien des Ehemanns (**Asthenozoospermie**) verursachte **künstliche Befruchtung** (hier: In-vitro-Fertilisation, IVF) können auch dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar sein, wenn die Krankenkasse der privat versicherten Eheleute die Übernahme der Kosten abgelehnt hat, weil die zum Zeitpunkt der künstlichen Befruchtung 45-jährige Ehefrau älter als 40 Jahre war, wenn die Ehegatten bereits ein Kind (nach einer erfolgreichen künstlichen Befruchtung) haben und wenn nicht vorab ein amts- oder vertrauensärztliches Gutachten über die medizinische Notwendigkeit der künstlichen Befruchtung eingeholt worden ist.
FG München, Urteil v. 20. 5. 2009 - 10 K 2156/08[IAAAD-26093]
- Ein **nachträglich** ausgestelltes **amtsärztliches Attest** stellt keinen geeigneten Nachweis für den Abzug von Aufwendungen für eine **Legasthenie-Therapie** als außergewöhnliche Belastung dar, wenn es lediglich auf die Feststellungen einer vor Durchführung der Maßnahme vorgenommenen **privatärztlichen Untersuchung** verweist und aus diesen Befunden nicht eindeutig hervorgeht, dass es sich um eine **krankheitsbedingte** Lese- und Rechtschreibschwäche handelt.
FG Hessen, Urteil v. 6. 8. 2009 - 12 K 1536/05[KAAAD-37986]
- (1) Aufwendungen einer empfangnisunfähigen Frau für **Maßnahmen der Fortpflanzungsmedizin**, die in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Berufsordnungen für Ärzte vorgenommen werden, sind als steuerlich angemessene und notwendige Heilbehandlung zu bewerten und können als außergewöhnliche Belastung abziehbar sein. (2) Demgemäß sind auch die Kosten für **künstliche Befruchtungen** (im Streitfall: **In-vitro-Fertilisation**) einer 44 Jahre alten Steuerpflichtigen als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Das gilt jedenfalls dann, wenn ein Erstattungsanspruch der Steuerpflichtigen gegen ihre Krankenkasse besteht.
FG Niedersachsen, Urteil v. 20. 10. 2009 - 15 K 495/08[MAAAD-36795]
- (1) Bei Maßnahmen, die nicht eindeutig nur der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienen können und deren medizinische Erforderlichkeit daher schwer abzuschätzen ist, setzt die Abziehbarkeit der Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen grds. ein vor der Behandlung ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches medizinisches **Gutachten** voraus, aus dem sich die **Krankheit** und die **medizinische Notwendigkeit der Behandlung** zweifelsfrei ergibt. (2) Konnte der Steuerpflichtige die Notwendigkeit einer vorherigen Begutachtung objektiv nicht erkennen oder kann der Amtsarzt anhand erstellter und nachprüfbarer medizinischer Untersuchungen die Notwendigkeit der Behandlungen nachträglich noch zuverlässig beurteilen, kann ausnahmsweise auf ein **im Voraus** erstelltes amts- oder vertrauensärztliches Gutachten verzichtet werden. (3) Eine **Lese- und Rechtschreibschwäche** stellt nur dann eine Krankheit dar, wenn die Schwäche auf einer isolierten Störung der für das Lesen und Schreiben notwendigen Wahrnehmungsfunktion beruht, also eine Hirnfunktionsstörung vorliegt.
FG Münster, Urteil v. 16. 6. 2010 - 10 K 1655/09 E[GAAAD-52530]
Nichtzulassungsbeschwerde erfolglos; BFH, Beschluss v. 9. 11. 2010 - VI B 101/10[BAAAD-61754]
- (1) **Krankheitskosten**, denen es objektiv an der Eignung zur Heilung oder Linderung mangelt, können zwangsläufig erwachsen, wenn der Steuerpflichtige an einer Erkrankung mit einer nur noch **begrenzten Lebenserwartung** leidet, die nicht mehr auf eine **kurative Behandlung** anspricht. (2) Dies gilt selbst dann, wenn sich der Steuerpflichtige für eine aus schulmedizinischer oder naturheilkundlicher Sicht **nicht anerkannte Heilmethode** entscheidet. (3) Ihre Grenze findet die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für **Außenseitermethoden** nach § 33 EStG allerdings, wenn die Behandlung von einer Person vorgenommen wird, die **nicht** zur Ausübung der Heilkunde **zugelassen** ist. – Im Streitfall waren Aufwendungen für eine **immunbiologische Krebsabwehrtherapie** als außergewöhnliche Belastung anerkannt worden.

BFH, Urteil v. 2. 9. 2010 - VI R 11/09, BStBl 2011 II S. 119[IAAAD-56611]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 8. 1. 2009 - 11 K 490/07

- (1) Der BFH kann mit Einverständnis der originär Beteiligten auch dann ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn das dem Verfahren beigetretene BMF auf eine solche nicht verzichtet hat. (2) Der erkennende Senat hält an der bisherigen Rechtsprechung des BFH, wonach Aufwendungen nach § 33 EStG nur abzugsfähig sind, wenn die **medizinische Indikation** der ihnen zugrunde liegenden Behandlung durch ein amtsärztliches oder vertrauensärztliches **Gutachten** oder ein **Attest** eines anderen öffentlich-rechtlichen Trägers nachgewiesen ist, nicht länger fest (**Änderung der Rechtsprechung**). (3) Die erforderlichen Feststellungen und Würdigungen sind vielmehr vom FG nach dem Grundsatz der **freien Beweiswürdigung** zu treffen. Dabei wird es mangels medizinischer Sachkunde seiner Verpflichtung zur Sachaufklärung regelmäßig durch die Erhebung eines entsprechenden **Sachverständigengutachtens** gerecht. (4) Von den Beteiligten vorgelegte Sachverständigengutachten sind im finanzgerichtlichen Verfahren als **Privatgutachten** zu behandeln und damit lediglich als urkundlich belegter **Parteivortrag** zu würdigen. (5) Der **Verzicht** auf die Inanspruchnahme von **staatlichen Transferleistungen** steht dem Abzug von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG nicht entgegen.

BFH, Urteil v. 11.11. 2010 - VI R 17/09, BStBl 2011 II S. 969[AAAAD-59907]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 31. 1. 2008 - 9 K 1661/05

- (1) Der BFH kann mit Einverständnis der originär Beteiligten auch dann ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn das dem Verfahren beigetretene BMF auf eine solche nicht verzichtet hat. (2) Der erkennende Senat hält an der bisherigen Rechtsprechung des BFH, wonach Aufwendungen nach § 33 EStG nur abzugsfähig sind, wenn die **medizinische Indikation** der ihnen zugrunde liegenden Behandlung durch ein amtsärztliches oder vertrauensärztliches **Gutachten** oder ein **Attest** eines anderen öffentlich-rechtlichen Trägers nachgewiesen ist, nicht länger fest (**Änderung der Rechtsprechung**). (3) Die erforderlichen Feststellungen und Würdigungen sind vielmehr vom FG nach dem Grundsatz der **freien Beweiswürdigung** zu treffen. Dabei wird es mangels medizinischer Sachkunde seiner Verpflichtung zur Sachaufklärung regelmäßig durch die Erhebung eines entsprechenden **Sachverständigengutachtens** gerecht. (4) Von den Beteiligten vorgelegte Sachverständigengutachten sind im finanzgerichtlichen Verfahren als **Privatgutachten** zu behandeln und damit lediglich als urkundlich belegter **Parteivortrag** zu würdigen. (5) Der **Verzicht** auf die Inanspruchnahme von **staatlichen Transferleistungen** steht dem Abzug von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG nicht entgegen.

BFH, Urteil v. 11.11. 2010 - VI R 18/09[VAAAD-61756]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 31. 1. 2008 - 9 K 1662/05

- Aufwendungen eines Ehepaares für eine **heterologe künstliche Befruchtung** können als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen sein (**Änderung der Rechtsprechung** im BFH-Urteil v. 18. 5. 1999 - III R 46/97, BStBl 1999 II S. 761).

BFH, Urteil v. 16. 12. 2010 - VI R 43/10, BStBl 2011 I S. 414[EAAAD-61766]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 5. 5. 2010 - 9 K 231/07

- Allein der Umstand, dass die **Sportausübung** für einen Steuerpflichtigen infolge eines **körperlichen Leidens** besonders dringlich notwendig oder ratsam ist, um seine Beschwerden zu lindern oder einer Verschlimmerung seines Leidens vorzubeugen, macht die Ausübung des Sports nicht zu einer Heilbehandlung und die mit ihr verbundenen Kosten nicht zu außergewöhnlichen Belastungen.

FG Sachsen, Urteil v. 24. 1. 2011 - 8 K 1403/09[NAAAD-62547]

- Aufwendungen für die Anschaffung eines **kontraststarken Fernsehgerätes** stellen auch dann keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG dar, wenn der Steuerpflichtige das Fernsehgerät aufgrund einer **Sehkräfteeinschränkung** seiner Ehefrau erworben hat.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 23. 3. 2011 - 2 K 1855/10[WAAAD-86258]

- (1) **Praxisgebühren** sind nicht als Sonderausgaben, sondern als außergewöhnliche Belastungen i. S. d. § 33 Abs. 1 EStG bei der Einkommensteuerfestsetzung zu berücksichtigen. (2) Praxisgebühren sind keine zusätzlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, sondern **zusätzliche Krankheitskosten**. (3) Die Zeitraumbezogenheit der Praxisgebühr rechtfertigt es nicht, diese steuerlich anders zu behandeln, als sonstige im SGB V normierte Zuzahlungen. (4) Zwar ist die Praxisgebühr keine Gebühr im rechtlichen Sinne, da der Vertragsarzt im Verhältnis zum Versicherten keine konkrete Leistung erbringt, die mit der Praxisgebühr abgegolten wird. Dies ändert jedoch nichts daran, dass diese als Krankheitskosten zu qualifizieren sind, da die Verpflichtung zu deren Entrichtung erst durch die tatsächliche Inanspruchnahme einer ärztlichen Leistung als **Folge einer Erkrankung** ausgelöst wird und nicht bereits durch die bloße Möglichkeit ihrer Inanspruchnahme.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 30. 3. 2011 - 4 K 1053/09[UAAAD-95403]

s. a. BFH, Urteil v. 18. 7. 2012 - X R 41/11[JAAAE-15739]

- (1) Aufwendungen für den Besuch einer **Schule für Hochbegabte** können als außergewöhnliche Belastungen abziehbar sein, wenn der **Schulbesuch** medizinisch angezeigt war. (2) Die erforderlichen Feststellungen hat das FG nach dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung zu treffen. An dem Erfordernis einer **vorherigen amts- oder vertrauensärztlichen Begutachtung** zum Nachweis der medizinischen Notwendigkeit einer Maßnahme, die auch zu den nicht abziehbaren Kosten der Lebensführung (§ 12 Nr. 1 EStG) gehören könnte, hält der erkennende Senat nicht länger fest.

BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 37/10, BStBl 2013 II S. 783[YAAAD-88275]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 29. 5. 2008 - 15 K 3058/05

- Ähnlich den Kosten, die durch eine Diätverpflegung entstehen, können auch Aufwendungen für **Nahrungsergänzungsmittel** nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden.

FG Niedersachsen, Urteil v. 10. 5. 2011 - 12 K 127/10[VAAAD-90644]

- Kosten der **Sauerstofftherapie** und für den Erwerb des **Wasserionisierers** können als außergewöhnliche Belastung abziehbar sein. Der Umstand, dass es sich bei der Sauerstofftherapie (Sauerstoffresonanztherapie und hämatogene Oxidationstherapie) möglicherweise um wissenschaftlich nicht allgemein anerkannte Heilverfahren handelt, steht einem solchen Abzug nicht entgegen. Die Aufwendungen hierfür können jedoch nur nach § 33 EStG abgezogen werden, wenn diese Behandlungsmethode auf einem nach medizinischen Erkenntnissen nachvollziehbaren Ansatz beruht, der die prognostizierte Wirkweise der Behandlung auf das angestrebte Behandlungsziel zu erklären vermag, diese **Wirkweise** sonach zumindest **wahrscheinlich** macht. Dabei kann es allerdings nicht darauf ankommen, ob die gewählte Behandlungsmethode und die sie tragenden medizinischen Erwägungen von schulmedizinischen Erkenntnissen bestimmt werden oder ob sie auf Erkenntnissen aufbauen, die in der sog. alternativen Medizin entwickelt worden sind. Entscheidend ist insoweit vielmehr, ob aus **naturheilkundlicher Sicht** die gewählte Behandlungsmethode anerkannt und nach den für die Naturheilkunde geltenden Grundsätzen als medizinisch notwendig anzusehen ist. Dabei versteht es sich von selbst, dass es für die auch hier maßgebliche medizinische Notwendigkeit nicht auf eine Betrachtung aus schulmedizinischer Sicht ankommen kann. Maßstab ist vielmehr insoweit nur die naturheilkundliche Lehre selbst.

BFH; Urteil v. 5. 10. 2011 - VI R 49/10 [KAAAD-96893]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 18. 12. 2009 - 5 K 2615/08

- (1) Aufwendungen, die durch eine **Diätverpflegung** entstehen, sind gem. § 33 Abs. 2 Satz 3 EStG sowohl bei kurzzeitig angeordneter **Einformdiät** als auch bei langfristig angeordneter **Sonderdiät** nicht als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen. Dies gilt auch dann, wenn die Diät nicht nur neben, sondern an Stelle von **Medikamenten** zur Linderung einer Krankheit angeordnet wird. (2) Kosten für eine **Gruppentherapie** oder **Entziehungskur** im

Rahmen der Behandlung einer **Alkoholerkrankung** können zu einer berücksichtigungsfähigen außergewöhnlichen Belastung führen.

FG Münster, Urteil v. 16. 11. 2011 - 10 K 200/10 E[VAAAE-01498]

- ▶ Krankheitskosten sind dann nicht steuerlich abzugsfähig, wenn und soweit der Steuerpflichtige auf ihre **Geltendmachung** bei der Krankenkasse **verzichtet**, um sich den Beitragsrückerstattungsanspruch zu sichern.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 31. 1. 2012 - 2 V 1883/11[OAAAE-02656]

- ▶ (1) Aufwendungen aus Anlass einer Unterbringung eines an **Legasthenie** erkrankten Kindes in einem **Internat** sowie der dorthin unternommenen Fahrten und zurück sind (im Streitjahr 2007) dann nicht als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 Abs. 1 EStG abziehbar, wenn die medizinisch notwendige psychagogische Heilbehandlung in einer geeigneten Sonderschule nicht durch eine **formalisierte ärztliche Stellungnahme** vor Einleitung einer solchen Maßnahme nachgewiesen wurde. (2) Gegen die Anwendung des § 33 Abs. 4 EStG i. V. mit § 64 Abs. 1 EStDV auf alle noch „offenen“ Fälle gem. § 84 Abs. 3 f EStDV bestehen keine rechtsstaatlichen Bedenken.

FG Münster, Urteil v. 18. 1. 2012 - 11 K 317/09 E[SAAAE-03041]

- ▶ Aufwendungen für den Besuch einer **Logopädieschule** sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, wenn der Schulbesuch wegen einer **Dyskalkulie** des Kindes zwar medizinisch angezeigt sein mag, der Schulbesuch aber nicht als **Heilbehandlung** durchgeführt wird.

FG Köln, Urteil v. 28. 3. 2012 - 15 K 1425/09[VAAAE-13094]

- ▶ Die **rückwirkende** gesetzliche Einführung eines **formalisierten Nachweises** für bestimmte Arten von Heilmaßnahmen und medizinischen Hilfsmittel ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

FG Hamburg, Urteil v. 27. 4. 2012 - 2 K 19/11[VAAAE-13110]

- ▶ (1) Dass nach § 84 Abs. 3f EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 der **Nachweis von Krankheitskosten** in allen Fällen, in denen die Einkommensteuer noch nicht bestandskräftig festgesetzt ist, und damit auch rückwirkend zu erbringen ist, ist verfassungsgemäß (Anschluss an BFH). (2) Eine **ärztliche Verordnung** ist nur eine formelle, schriftliche Aufforderung u.a. eines Arztes an die Apotheke zu einer Belieferung mit Arzneimitteln oder Hilfsmitteln, die die in § 2 der Verordnung zur Neuordnung der Verschreibungspflicht von Arzneimitteln festgelegten Angaben enthalten muss. (3) „**Fernreiki**“ als eine Form des **Reiki** (Arbeit mit universeller Lebensenergie, Handauflegen) ist eine „wissenschaftlich nicht anerkannte Behandlungsmethode“ i. S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f EStDV; die Aufwendungen hierfür sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, wenn Reiki von einer nicht zur Heilkunde zugelassenen Person praktiziert wird. (4) Die Regelung über die Anrechnung einer nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte, dem Familienstand und der Kinderzahl gestaffelten **zumutbaren Belastung** gemäß § 33 Abs. 1 und 3 EStG ist verfassungskonform, wenn dem Steuerpflichtigen ein **verfügbares Einkommen** verbleibt, das über dem Regelsatz für das Existenzminimum liegt. Das gilt auch bezüglich Krankheitskosten tödlich erkrankter Steuerpflichtiger.

FG Sachsen, Urteil v. 24. 4. 2013 - 1 K 781/11[KAAAE-46974] Revision eingelegt; Az. des BFH: VIII R 52/13

- ▶ (1) Aufwendungen eines **Berufsmusikers** für eine **Dispokinesefortbildung** sind als Krankheitskosten im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen steuerlich berücksichtigungsfähig. (2) Der Umstand, dass die Dispokineseeübungen neben der Beseitigung von Beschwerden im Hals-, Nacken und Schulterbereich gleichzeitig zu einer **Verbesserung des Instrumentenspiels** bei dem Musiker führen, rechtfertigt keine Berücksichtigung der Aufwendungen als Werbungskosten.

BFH, Urteil v. 11. 7. 2013 - VI R 37/12, BStBl 2013 II S. 815[LAAAE-43796]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 13. 12. 2011 - 12 K 2569/10

- Aufwendungen für die ambulant operative **Entfernung überstehenden Fettgewebes (Liposuktion)** infolge eines Lip-/Lymphödems können als medizinisch indizierte Krankheitskosten zwangsläufig i. S. des § 33 EStG sein. Der Zwangsläufigkeit steht im konkreten Einzelfall nicht entgegen, dass die gesetzlich krankenversicherte Steuerpflichtige es vor der Durchführung der Operation nicht versucht hat, eine Kostenübernahme oder Kostenerstattung durch die Versicherung zu erreichen.
FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 14. 8. 2013 - 5 K 238/12[RAAAE-44847]
- Die **Biophysikalische Informations-Therapie** ist eine wissenschaftlich nicht anerkannte Behandlungsmethode i. S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f EStDV.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 9. 2013 - 3 K 1443/12[DAAAE-51718]
- Die Einholung von **psychologischen Gutachten** spezialisierter **Fachkräfte** kann ein **amtsärztliches Attest** im Einzelfall dann ersetzen, wenn vom Amtsarzt entsprechende Spezialkenntnisse nicht erwartet werden können und eine Begutachtung durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen ausscheidet, da die Kasse die Übernahme der Behandlungskosten abgelehnt hat. Ist nach dem Gutachten eine **vorbeugende psychologische Therapie** erforderlich, um das Auftreten einer Krankheit, bzw. seelischen Behinderung zu vermeiden, kann den Eltern nicht zugemutet werden, abzuwarten, bis das Kind diese seelische Behinderung hat, um dann die Kosten der Behandlung dieser Krankheit als außergewöhnliche Belastung geltend machen zu können.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 1. 10. 2013 - 1 K 2747/12[KAAAE-72038] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 45/14
- (1) Aufwendungen für eine **heileurythmische Behandlung** können als außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG zu berücksichtigen sein. (2) Die Heileurythmie ist ein **Heilmittel** i.S. der §§ 2 und 32 SGB V. (3) Die **Zwangsläufigkeit** entsprechender Aufwendungen im Krankheitsfall kann durch eine **Verordnung** eines Arztes oder Heilpraktikers nachgewiesen werden. (4) Ein vor Beginn der Heilmaßnahme ausgestelltes **amtsärztliches Gutachten** oder eine vorherige ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung ist nicht erforderlich.
BFH, Urteil v. 26. 2. 2014 - VI R 27/13, BStBl 2014 II S. 824[OAAAE-67444] Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 17. 4. 2013 - 5 K 71/11
- (1) Die Aufwendungen für Maßnahmen, die nicht ihrer Art nach eindeutig der **Linderung oder Heilung** einer Krankheit dienen oder für die Ausübung von **Sport** gehören grds. zu den nichtabziehbaren Kosten der Lebensführung i. S. des § 12 Nr. 1 EStG und sind daher mit dem Grundfreibetrag abgegolten. (2) Eine Ausnahme von diesem Grundsatz kommt nur dann in Betracht, wenn der Sport nach genauer **Einzelverordnung** und unter **Verantwortung** eines Arztes, Heilpraktikers oder einer sonst zur Ausübung der Heilkunde zugelassenen Person betrieben wird.
FG Nürnberg, Urteil v. 30. 4. 2014 - 3 K 363/13[AAAEE-68451]
- (1) Zwangsläufig entstandene **Krankheitskosten** sind in der Höhe als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, in der sie eine **endgültige Belastung** des Steuerpflichtigen bedeuten; die außergewöhnliche Belastung ist grds. im Veranlagungszeitraum der Verausgabung, vermindert um zu erwartende Ermäßigungen zu berücksichtigen. (2) Die **Vorauszahlung** der gesamten Kosten einer sich über mehrere Jahre erstreckenden **Zahnbehandlung**, die als außergewöhnliche Belastung im Jahr der Zahlung geltend gemacht wird, kann als **Missbrauch** von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten (§ 42 AO) zu werten sein, wenn kein wirtschaftlich vernünftiger außersteuerrechtlicher Grund für die Vorauszahlung ersichtlich ist. Hiervon ist auszugehen, wenn der Steuerpflichtige im Jahre des Erhalts einer hohen Abfindung ausnahmsweise der Spitzenprogression unterliegt und er in diesem Jahr aufgrund eines lediglich als Kostenvoranschlag und nicht etwa als Festpreiszusage zu wertenden Schreibens der Zahnklinik seinen vollen mutmaßlich zu erbringenden Eigenanteil für eine umfangreiche

Zahnsanierung vorauszahlt, wirtschaftlich angemessen jedoch eine Zahlung jeweils nach Erbringung der – weitaus überwiegend erst in den Folgejahren erbrachten – zahnärztlichen Leistungen gewesen wäre. (3) Die **Kürzung** der dem § 33 EStG unterfallenden Aufwendungen um die **zumutbare Belastung** ist nicht verfassungswidrig (Anschluss an FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 6. 9. 2012 - 4 K 1970/10).

FG München, Urteil v. 12. 5. 2014 – 7 K 3486/11[HAAAE-72026]

- (1) **Krankheitskosten** werden als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt, sofern sie zum Zweck der **Heilung** einer Krankheit oder mit dem Ziel getätigt werden, eine Krankheit erträglich zu machen und ihre **Folgen zu lindern**. (2) Für die Anwendung des § 33 EStG knüpft der Begriff der **Heilbehandlung** an die Rechtsprechung zum **privaten Krankenversicherungsrecht** und zum sozialversicherungsrechtlichen Krankheitsbegriff an. (3) Bei einer **Mammaasymmetrie** besteht ein Anspruch auf Krankenbehandlung nur, wenn diese einen **Krankheitswert** hat. Der ist nur dann gegeben, wenn die Betroffene in ihren Körperfunktionen beeinträchtigt ist oder an einer entstellend wirkenden Abweichung vom Regelfall leidet. (4) **Psychische Folgen** einer Entstellung, die keinen Krankheitswert erreicht, sind mit den Mitteln der Psychotherapie zu lindern.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 5. 2014 - 5 K 1753/13[MAAAE-68917]

- (1) **Wissenschaftlich nicht anerkannt** i.S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. f EStDV i. d. F. des StVereinfG 2011 ist eine **Behandlungsmethode** dann, wenn Qualität und Wirksamkeit nicht dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entsprechen. (2) Die Feststellung, ob eine Behandlungsmethode wissenschaftlich nicht anerkannt ist, obliegt dem FG als **Tatsacheninstanz**.

BFH, Urteil v. 26. 6. 2014 -VI R 51/13, BStBl 2015 II S. 9[GAAAE-75269] Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 4. 2. 2013 - 10 K 542/12

- **Krankheitskosten**, die der Kläger zur Erlangung einer **Rückerstattung von Krankenversicherungsbeiträgen** selbst getragen hat, sind nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 Abs. 1 EStG berücksichtigungsfähig.

FG Münster, Urteil v. 17. 11. 2014 - 5 K 149/14 E [JAAAE-88909]

- (1) Aufwendungen für eine **Heilbehandlung** sind u.a. nur dann als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigungsfähig, wenn die Heilbehandlung von einer zur **Ausübung der Heilkunde** zugelassenen Person entsprechend den Richtlinien der Berufsordnung der zuständigen Ärztekammer durchgeführt worden ist. (2) Daran fehlt es bei der sog. **Eizellspende** – bei der im Ausland einer fremden Frau entnommene Eizellen mit Samen des Ehemannes der Steuerpflichtigen befruchtet werden und ein so gebildeter Embryo in die Gebärmutter der Ehefrau transferiert wird –, da die Vornahme der für die Steuerpflichtige insoweit durchgeführten Maßnahmen wegen ihrer Strafbarkeit nach § 1 Embryonenschutzgesetz gerade nicht den Berufsordnungen der in Deutschland zugelassenen Ärzte entspricht. Weder der Umstand, dass in Deutschland die Vornahme der Eizellspende nur für die behandelnden Personen, nicht aber für die Empfängerin der Eizellspende strafbewehrt ist, noch der Umstand, dass bei Erfolg der vorgenommenen Maßnahmen ein von der Steuerpflichtigen geborenes Kind zivilrechtlich als Kind der Steuerpflichtigen und ihres Ehemannes anerkannt worden wäre, noch der Umstand, dass die Eizellspende in anderen EU-Staaten zulässig ist, rechtfertigt einen Steuerabzug.

FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 11. 2. 2015 - 2 K 2323/12[BAAAE-88501] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 20/15

- (1) Maßgeblicher **Zeitpunkt** für die wissenschaftliche **Anerkennung einer Behandlungsmethode** i. S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. f EStDV ist der Zeitpunkt der Behandlung. (2) Um festzustellen, ob eine wissenschaftlich anerkannte Behandlungsmethode i.S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. f EStDV vorliegt, kann sich das FG auf allgemein zugängliche **Fachgutachten** oder solche Gutachten stützen, die in Verfahren vor anderen Gerichten zur Beur-

teilung dieser Frage herangezogen wurden. In diesem Fall muss das FG die Beteiligten auf diese Absicht hinweisen und ihnen die entsprechenden Unterlagen zugänglich machen.

BFH, Urteil v. 18. 6. 2015 - VI R 68/14, BStBl 2015 II S. 803[RAAAF-00267] Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 8. 7. 2014 - 2 K 272/12

- Aufwendungen einer in **gleichgeschlechtlicher Partnerschaft** lebenden **Frau** für eine **künstliche Befruchtung** unter Verwendung von Samenzellen eines Spenders sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG Münster, Urteil v. 23. 7. 2015 - 6 K 93/13 E[BAAAF-05699]

- Nach § 64 EStDV muss für eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung ein **vorheriges amtsärztliches Attest** vorgelegt werden. Gegen die rückwirkende Anwendung der durch das Gesetz vom 1. 11. 2011 (BGBl 2011 I S. 2131) neu gefassten Vorschrift des § 64 Abs. 1 EStDV auf alle Fälle, in denen die Einkommensteuer noch nicht bestandskräftig festgesetzt ist (§ 84 Abs. 3f EStDV i. d. F. des Änderungsgesetzes) bestehen keine Bedenken.

BFH, Urteil v. 9. 11. 2015 - VI R 36/13[AAAAF-18892] Vorinstanz: FG München, Urteil v. 26. 4. 2013 - 8 K 3159/10

14. **Arztkosten**

- (1) Aufwendungen für die Behandlung einer Krankheit durch einen Arzt sind stets Aufwendungen, denen sich der Steuerpflichtige aus **tatsächlichen Gründen** nicht entziehen kann. Es ist nicht zu prüfen, ob eine **billigere Behandlung** genügt hätte. (2) Bei ambulanter Behandlung durch einen **auswärtigen Arzt** gehören auch die Aufwendungen für die **Unterkunft** am Behandlungsort zu den Krankheitskosten, wenn der Aufenthalt nur der Behandlung der Krankheit gedient hat (Abgrenzung zur Kurkostenrechtsprechung).

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 19. 8. 1980 - II 208/79, EFG 1981 S. 21

- **Reise- und Behandlungsaufwendungen** für den Besuch eines **Geistheilers** sind schon deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig, weil sie nach den **Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft** oder zumindest eines bedeutsameren Teils der Ärzteschaft nicht für eine denkbare (mögliche) **Behandlungsmethode** getätigt wurden.

FG Berlin, Urteil v. 1. 8. 1989 - V 303/87, EFG 1990 S. 63

- (1) Kosten der **tierärztlichen Behandlung eines Reitpferdes** stellen mangels Zwangsläufigkeit keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar. (2) Die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Berücksichtigung von Krankheitskosten bei Menschen als außergewöhnliche Belastung sind auf **Krankheitskosten bei Tieren** ungeachtet derer zivilrechtlicher Einordnung als Mitgeschöpf nicht entsprechend anwendbar.

FG Düsseldorf, Urteil v. 27. 2. 1998 - 3 K 85/95 E[TAAAC-74426]

- **Fahrten** zur ärztlichen Behandlung sind neben dem Behindertenpauschbetrag als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. Zu den abzugsfähigen Aufwendungen zählen auch die Kosten für eine aus medizinischen Gründen notwendige **Begleitperson**.

FG Hessen, Urteil v. 20. 11. 2002 - 13 K 4225/01[GAAAB-41387]

- **Tierarztkosten**, die wegen der **Diabetes-Erkrankung eines Hundes** angefallen sind, der auf Anraten des behandelnden Arztes zur Behandlung einer **Erkrankung des Steuerpflichtigen** angeschafft wurde, sind jedenfalls dann nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn die Notwendigkeit des Hundes zur Behandlung der Krankheit nicht durch ein vorheriges amtsärztliches Attest nachgewiesen wurde.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 5. 12. 2006 - 6 K 2079/06[GAAAC-34295]

- Die **Haltung von Haustieren** ist nicht zwangsläufig. Hierdurch verursachte **Tierarztkosten** sind daher nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig (im Streitfall: Katzen).

FG München, Urteil v. 21. 4. 2009 - 13 K 3210/06[GAAAD-37208]

15. Krankenhauskosten

- (1) Trägt ein vermögender **überlebender Ehegatte Krankenhauskosten** für ein **volljähriges Kind**, das nach der letztwilligen Verfügung des erstverstorbenen Ehegatten zunächst dessen Nachlass nicht antreten kann, kann dem überlebenden Ehegatten eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG zustehen. (2) Bei alten, hilflosen Personen kann i. d. R. als notwendig unterstellt werden, dass sie bei einer Kur von einer Person begleitet werden.
BFH, Urteil v. 13. 3. 1964 - VI 231/63 U, BStBl 1964 III S. 331[TAAAA-90081]
- (1) **Trinkgelder**, die im Zusammenhang mit der ärztlich angeordneten Behandlung einer Krankheit hingegeben werden, gehören ihrer Art nach zu den unmittelbaren Krankheitskosten (Anschluss an BFH-Urteil v. 19. 5. 1961 - VI 223/60, HFR 1961 S. 268). (2) Trinkgelder für eine Behandlung sind aber nur dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn sie dem Grunde und der Höhe nach **angemessen** sind und nicht außerhalb des Rahmens des Üblichen liegen. (3) Die Berücksichtigung von Trinkgeldern ist nur auf der Grundlage **substanziierter Angaben** über die einzelnen Empfänger und die Höhe des ihnen zugewandten Trinkgeldes zulässig BFH, Urteil v. 22. 10. 1996 - III R 240/94, BStBl 1997 II S. 346[TAAAA-95836]
s. aber BFH, Urteil v. 30. 10. 2003 - III R 32/01, BStBl 2004 II S. 270[WAAAB-16597]
- Aufwendungen für im Rahmen von medizinischen Heilbehandlungen gezahlte **Trinkgelder** gehören mangels Zwangsläufigkeit zu den nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbaren lediglich mittelbaren Krankheitskosten (Abweichung von BFH, Urteil v. 22. 10. 1996 - III R 240/94, BStBl 1997 II S. 346).
FG Münster, Urteil v. 12. 3. 2003 - 1 K 4172/02 E[UAAAB-10912]
- **Trinkgelder**, die im Zusammenhang mit der ärztlich angeordneten Behandlung einer Krankheit hingegeben werden, sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen (**Änderung der Rechtsprechung** im Urteil v. 22. 10. 1996 - III R 240/94, BStBl 1997 II S. 346).
BFH, Urteil v. 30. 10. 2003 - III R 32/01, BStBl 2004 II S. 270[WAAAB-16597]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 15. 6. 2000 - 5 K 491/98

16. Pflegeheimunterbringung

- Die Kosten der Unterbringung eines Familienangehörigen in einem **Altersheim** sind als außergewöhnliche Belastung (§ 33 EStG) berücksichtigungsfähig, wenn die Unterbringung wegen **außergewöhnlicher Umstände** (Pflegebedürftigkeit infolge eines **Verkehrsunfalls**) erforderlich wird.
BFH, Urteil v. 11. 2. 1965 - IV 213/64 U, BStBl 1965 III S. 407[UAAAA-90153]
- Die Kosten der Unterbringung eines Familienangehörigen in einem **Altersheim** sind typische Unterhaltsaufwendungen i. S. von § 33a EStG.
BFH, Urteil v. 12. 1. 1973 - VI R 207/71, BStBl 1973 II S. 442[PAAAA-99556]
- Wird ein **ständig hilfs- und pflegebedürftiges Kind**, das sonst im **Haushalt seiner Eltern** lebt und dort versorgt wird, für die Dauer der von **den Eltern** durchgeführten **Heilkuren** in einem **Sanatorium** untergebracht, sind die den Eltern dadurch entstehenden **Mehrkosten** nicht neben dem Behinderten-Pauschbetrag als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.
FG Hessen, Urteil v. 23. 6. 1977 - I 178/75, EFG 1978 S. 20
- Ist ein Steuerpflichtiger **krankheitsbedingt** in einem **Altenpflegeheim** untergebracht, kann er die dadurch entstehenden Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung geltend machen. Hat der Steuerpflichtige seinen normalen Haushalt aufgelöst, sind seine Aufwendungen um die **Haushaltersparnis** zu mindern. Die **Haushaltersparnis** ist durch einen Vergleich

der Pflegeheimkosten mit den Kosten eines entsprechenden privaten Haushalts und nicht durch einen Vergleich mit den Kosten eines Altenheims zu ermitteln.

BFH, Urteil v. 22. 8. 1980 - VI R 138/77, BStBl 1981 II S. 23[BAAAA-91594]

- **Krankheitsbedingte Kosten** anlässlich der Unterbringung in einem Pflegeheim sind auch bei **älteren Menschen** als Krankheitskosten nach § 33 EStG abziehbar. Eine **Haushaltersparnis** ist nicht anzurechnen, wenn der bisherige Hausstand weiterbesteht.

BFH, Urteil v. 22. 8. 1980 - VI R 196/77, BStBl 1981 II S. 25[PAAAA-91598]

- Kosten für eine normale, **altersbedingte Unterbringung** in einem Altersheim oder Altenwohnheim rechnen regelmäßig zu den üblichen Aufwendungen der Lebensführung. Aufwendungen zur **Vorsorge** für erst in **Zukunft** möglicherweise notwendige krankheitsbedingte Maßnahmen erfüllen i.d.R. den Tatbestand des § 33 EStG nicht. Es ist nicht außergewöhnlich, dass ein alleinstehender Mensch Vorkehrungen für künftig möglicherweise erforderliche krankheitsbedingte Mehraufwendungen trifft. Die dabei anfallenden Kosten sind Teil der üblichen Aufwendungen der Lebensführung, die durch den Grundfreibetrag (§ 32 a Abs. 2 EStG) abgegolten sind und für die, unter bestimmten Voraussetzungen, ein Sonderausgabenabzug gewährt wird.

BFH, Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 120/86[VAAAB-31474]

- Die in den Pflegeheimkosten enthaltenen Aufwendungen für **Nahrung, Getränke und üblicher Unterkunft** typische, steuerlich grds. nicht zu berücksichtigende Kosten der Lebensführung sind. Gleichwohl scheint es im Falle einer krankheitsbedingten Unterbringung in einem Pflegeheim angemessen, eine **Haushaltersparnis** nicht in Ansatz zu bringen, solange noch die **Fixkosten** der früheren Wohnung deshalb in unveränderter Höhe getragen werden müssen, weil eine Rückkehr des Pflegebedürftigen in die Wohnung nicht ausgeschlossen werden kann.

BFH, Urteil v. 10. 8. 1990 - III R 2/86[ZAAAB-31490]

- Kann der Nachweis über eine nicht nur alters-, sondern **auch krankheitsbedingte Unterbringung** in einem Altenpflegeheim entsprechend der Ansicht der Finanzverwaltung in R 187 EStR 1993 nicht entsprechend § 65 EStDV geführt werden, kommt als Nachweismöglichkeit nur ein vor der Unterbringung erstelltes **amts- oder vertrauensärztliches Zeugnis** in Betracht.

FG Düsseldorf, Urteil v. 25. 6. 1999 - 9 K 7395/96 E, EFG 1999 S. 960

- (1) Die Kosten der **altersbedingten Unterbringung** in einem Alters(wohn)heim sind grds. nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG abziehbar (ständige Rechtsprechung). Sie verlieren ihren Charakter als übliche Aufwendungen der **Lebensführung** nicht dadurch, dass der Steuerpflichtige **während des Heimaufenthalts erkrankt**. (2) Werden mit dem von allen Heimbewohnern zu entrichtenden **Pauschalentgelt** für die Heimunterbringung auch **Pflegeleistungen im Krankheitsfall** abgegolten, sind auch die anteiligen Pflegekosten nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

BFH, Urteil v. 29. 9. 1989 - III R 129/86, BStBl 1990 II S. 418[NAAAA-93213]

- Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen für die krankheitsbedingte Unterbringung eines Angehörigen in einem **Altenpflegeheim** entstehen, stellen als Krankheitskosten eine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar. Abziehbar sind neben den **Pflegekosten** auch die Kosten, die auf die **Unterbringung und Verpflegung** entfallen, soweit es sich hierbei um gegenüber der normalen Lebensführung entstehende **Mehrkosten** handelt.

BFH, Urteil v. 24. 2. 2000 - III R 80/97, BStBl 2000 II S. 294[ZAAAB-04063]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 11. 12. 1996 - 4 K 7087/94

- (1) Aufwendungen für Heimunterbringung wegen **Pflegebedürftigkeit** sind, soweit sie auf Pflegeleistungen entfallen, außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG. (2) Für den Nachweis der Pflegebedürftigkeit genügt die Vorlage einer **ärztlichen Bescheinigung**.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16. 3. 2000 - 4 K 1899/98[FAAAB-11954]

- Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen durch seine altersbedingte Unterbringung in einem **Altenheim** erwachsen, ausdrücklich nicht als außergewöhnlich, sondern als typische Kosten der Lebensführung qualifiziert, so dass der grundsätzliche Ausschluss eines Abzugs solcher Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG im Wortsinn zu verstehen ist. Eine Ausnahme besteht, wenn die Unterbringung auf einer **Pflegebedürftigkeit** oder **Krankheit** beruht.
BFH, Beschluss v. 29. 3. 2001 - III B 146/00[NAAAA-66882]
- Die Kosten für die altersbedingte Unterbringung in einem normalen **Altersheim** rechnen zu den üblichen Aufwendungen der Lebensführung, die nicht außergewöhnlich sind. Ausnahmsweise kann im Falle der Heimunterbringung der Tatbestand des § 33 EStG erfüllt sein, wenn der dortige Aufenthalt **ausschließlich** durch eine **Krankheit** veranlasst ist. Beim sog. „**behüteten Wohnen mit ärztlicher Aufsicht**“ steht nicht die ärztliche Betreuung, sondern das Wohnen im Vordergrund.
FG Niedersachsen, Urteil v. 19. 3. 2002 - 13 K 519/97[HAAAB-11291]
- Kosten für die krankheitsbedingte Unterbringung in einem **Alters(wohn)heim** sind – abzüglich der Haushaltsersparnis und der Pflegezulage nach § 35 BVG – als außergewöhnliche Belastung abziehbar (Fortführung des Senatsurteils v. 29. 9. 1989 - III R 129/86, BStBl 1990 II S. 418).
BFH, Urteil v. 18. 4. 2002 - III R 15/00, BStBl 2003 II S. 70[HAAAA-89415]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 18. 1. 2000 - 1 K 4839/98
Nichtanwendungserlass: BMF, Schreiben v. 20. 1. 2003 - S 2284, BStBl 2003 I S. 89
- Kosten für die behinderungsbedingte Unterbringung in einer **betreuten Wohngemeinschaft** können außergewöhnliche Belastungen sein. Werden die Kosten vom **Sozialhilfeträger** übernommen, braucht die Notwendigkeit der Unterbringung nicht anhand eines amtsärztlichen Attestes nachgewiesen zu werden.
BFH, Urteil v. 23. 5. 2002 - III R 24/01, BStBl 2002 II S. 567[XAAAA-89291]
Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 11. 5. 2001 - VI 122/00
- (1) Der **Nachweis** der krankheits- und nicht altersbedingten Heimunterbringung eines unterstützten Angehörigen ist nicht von formalen Kriterien wie der Feststellung einer Pflegestufe nach § 14 SGB XI oder der Vorlage eines Behindertenausweises mit den Merkzeichen BI oder H entsprechend § 65 Abs. 2 EStDV abhängig (entgegen BMF, Schreiben v. 2. 12. 2002 - IV C 4 - S 2284 - 108/02, BStBl 2002 I S. 270). (2) Aufwendungen für zwei- bis dreimal im Monat stattfindende **Besuchsfahrten** bei Zurücklegung einer Fahrstrecke von 140 km sind seitens des einzigen Kindes nicht als außergewöhnlich i. S. des § 33 EStG anzusehen und daher nicht abziehbar. (3) Nach § 33 EStG sind nur die vom Heim in Rechnung gestellten **Unterbringungskosten** einschließlich eventueller Kosten für **ärztliche Betreuung und Pflege** abziehbar, nicht dagegen die vom Steuerpflichtigen gegebenenfalls getragenen Kosten der Lebensführung des Angehörigen. Diese Kosten sind ebenso wie Taschengeldzahlungen an den Angehörigen nur im Rahmen des § 33a Abs. 1 EStG zu berücksichtigen.
FG München, Urteil v. 29. 9. 2004 - 9 K 3169/03[BAAAB-41153]
- Werden die Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine **behinderungsbedingte Unterbringung** in einem **Altenwohnheim** als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt, steht dem Steuerpflichtigen daneben der **Behinderten-Pauschbetrag** nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG **nicht** zu.
BFH, Urteil v. 4. 11. 2004 - III R 38/02, BStBl 2005 II S. 271[GAAAB-42774]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 13. 11. 2002 - 1 K 3810/02
- Aufwendungen für die Unterbringung in einem **Altersheim** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn der dortige Aufenthalt **ausschließlich durch Krankheit** veranlasst ist. Ein **krankheitsbedingter Umzug** in ein Altersheim ist durch Vorlage eines aus-

sagekräftigen ärztlichen Attestes vor dem oder in zeitlichem Zusammenhang mit dem Umzug nachzuweisen.

FG Hessen, Urteil v. 23. 5. 2005 - 13 K 1676/04[IAAAB-72198]

- Wer in einem Wohn- und Pflegeheim untergebracht ist, kann die ihm **gesondert in Rechnung gestellten Pflegesätze**, die das Heim mit dem Sozialhilfeträger für pflegebedürftige Personen der sog. **Pflegestufe 0** vereinbart hat, als außergewöhnliche Belastung abziehen.

BFH, Urteil v. 10. 5. 2007 - III R 39/05, BStBl 2007 II S. 764[QAAAC-51322]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 26. 10. 2004 - 1 K 2682/02

- Bei Unterbringung in einem den Regelungen des Heimgesetzes unterliegenden Senioren- und Pflegeheim sind die Pflegesätze der **Pflegestufe 0** als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn sie **gesondert in Rechnung gestellt** werden. Das gilt unabhängig davon, ob der Umzug in das Heim krankheitsbedingt war und ob für den Nachweis einer krankheitsbedingten Unterbringung privatärztliche Atteste ausreichen.

BFH, Urteil v. 25. 7. 2007 - III R 64/06[TAAAC-64800]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 14. 9. 2005 - 3 K 635/04

- (1) Die Kosten für die Unterbringung eines knapp 59 Jahre alten Steuerpflichtigen in einem **sozialtherapeutischen Pflegeheim** sind als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn durch die Aussagen von Ärzten, den Folgeberichten des Heimträgers und der offensichtlichen Notwendigkeit der Eingliederungshilfe gem. §§ 39 und 40 BSHG hinreichend nachgewiesen ist, dass der Steuerpflichtige **aufgrund seiner Behinderung** im Heim wohnt (entgegen BMF, Schreiben v. 20. 1. 2003, BStBl 2003 I S. 89). (2) Die **Zwangsläufigkeit** von Krankheitskosten i. S. von § 33 EStG ist nicht von einer bestimmten Qualität der Krankheit abhängig und nicht daran gekoppelt, dass die Voraussetzungen für eine Pflegestufe nach § 14 SGB XI gegeben sind. Bestimmte formale Kriterien sind an den **Nachweis** der krankheitsbedingten Unterbringung in einem Heim nicht zu stellen. (3) Auf die Vorlage eines **amtsärztlichen Attestes**, in dem die medizinische oder behinderungsbedingte Notwendigkeit von Aufwendungen festgestellt wird, kann verzichtet werden, wenn die medizinische Indikation offensichtlich auf der Hand liegt; sich diese aufgrund der sachlichen Gegebenheiten auch einem Laien erschließt. (4) Zu den berücksichtigungsfähigen Kosten für die krankheitsbedingte Heimunterbringung fallen nur die vom Heim in Rechnung gestellten **Unterbringungskosten** einschließlich der Kosten für die **ärztliche Betreuung und die Pflege**, nicht dagegen die vom Steuerpflichtigen getragenen Kosten der Lebensführung. Zu den Kosten der Lebensführung zählen auch Taschengeldzahlungen, die dem Steuerpflichtigen vom Heim monatlich als „Barbetrag“ bzw. „Bar- und Eigengeld“ zur freien Verfügung überlassen und dafür auch monatlich in gleicher Höhe in Rechnung gestellt werden. (5) Die Heimkosten sind um eine **Haushaltersparnis** zu kürzen, wenn die Wohnung des Steuerpflichtigen aufgelöst ist. (6) Der auf **hauswirtschaftliche Dienstleistungen** entfallende Anteil der in Unterbringungsaufwendungen enthaltenen Kosten für Dienstleistungen ist von den nach § 33 EStG zu berücksichtigenden Gesamtkosten abzuziehen, wenn Aufwendungen für eine Haushaltshilfe nach § 33a Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 EStG geltend gemacht werden. (7) Ein Abzug des erhöhten **Behinderten-Pauschbetrags** gem. § 33b Abs. 3 EStG neben dem Abzug der Aufwendungen für die Heimunterbringung nach § 33 EStG scheidet aus.

FG München, Urteil v. 31. 7. 2007 - 2 K 3041/04[YAAAC-58995]

- (1) Ist der Steuerpflichtige krankheitsbedingt in einem **Altenpflegeheim** untergebracht und hat er seinen normalen **Haushalt aufgelöst**, sind die als außergewöhnliche Belastungen abziehbaren Kosten der Unterbringung um die **Haushaltersparnis** zu mindern, die typischerweise mit dem nach § 33a Abs. 1 EStG für den Unterhalt unterhaltsberechtigter Personen vorgesehenen **Höchstbetrag** zu bewerten ist. (2) Die **Höhe** der als außergewöhnliche Belastung abziehbaren Aufwendungen richtet sich nach dem Prinzip der „**endgültigen Belastung**“. Erhält der Steuerpflichtige als **Ausgleich** für die eingetretene Belastung (auch in späteren Veranla-

gungszeiträumen) Vorteile oder Kostenerstattungen, sind diese belastungsmindernd anzurechnen.

FG München, Urteil v. 5. 11. 2008 - 15 K 2814/07[BAAAD-03054]

- (1) Kosten für die Unterbringung in einem **Altenheim** können als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG anzuerkennen sein, wenn durch ein zum Zeitpunkt des Umzugs in das Altersheim oder zeitnah dazu erstelltes ärztliches Attest nachgewiesen wird, dass der dortige Aufenthalt **ausschließlich durch eine Krankheit** veranlasst ist. (2) Ist der Heimaufenthalt danach (noch) nicht ausschließlich krankheitsbedingt, kommt es auf die Tatsache, dass der Hausarzt den **Umzug** aus medizinischer Sicht für **dringend erforderlich** gehalten und dies auch angeraten hat, nicht an. (3) Nach § 33a Abs. 3 Satz 1 **Nr. 2EStG** kann ein Steuerpflichtiger Aufwendungen, die ihm durch die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt entstehen, (in den Streitjahren 2000 und 2001) bis zu einem Höchstbetrag von 1 800 DM vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen, wenn er hilflos i. S. des § 33b EStG oder schwerbehindert ist. Erwachsen einem Steuerpflichtigen wegen der Unterbringung in einem Heim Aufwendungen, die Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, kann er sie nach § 33a Abs. 3 Satz 2 **Nr. 1EStG** bei – hier gegebener – Heimunterbringung ohne Pflegebedürftigkeit hingegen (in den Streitjahren 2000 und 2001) nur bis zu einem Höchstbetrag von 1 200 DM geltend machen. Diese unterschiedliche Regelung der Höchstbeträge ist jedoch vor dem Hintergrund, dass vergleichbare Dienstleistungen aufgrund von Rationalisierungs- und Synergieeffekten in einem Heim i. d. R. kostengünstiger sind als im eigenen Haushalt, **verfassungsrechtlich unbedenklich**.

BFH, Urteil v. 18. 12. 2008 - III R 12/07[KAAAD-21085]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 27. 6. 2006 - 2 K 859/03

- (1) Ein Abzug von Aufwendungen für die Unterbringung der Mutter in einem **Pflegeheim** erfolgt, unabhängig davon ob die Unterbringung lediglich alters- oder krankheitsbedingt ist, nach § 33 EStG. (2) Bei der Berechnung der Einkünfte und Bezüge einer unterhaltsberechtigten Person werden Renten und Pensionen auch dann berücksichtigt, wenn von den Einkünften von dem Sozialhilfeträger sogleich die Kosten für die **Heimunterbringung** abgezogen werden.

BFH, Urteil v. 26. 3. 2009 - VI R 60/08[AAAAD-24493]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 11. 4. 2008 - 13 K 2035/07

- (1) Die Kosten für die altersbedingte Unterbringung in einem Altersheim rechnen regelmäßig zu den **üblichen Kosten der Lebensführung**. (2) Für den Fall der Heimunterbringung kann der Tatbestand des § 33 EStG ausnahmsweise erfüllt sein, wenn der dortige Aufenthalt ausschließlich durch **Krankheit** veranlasst ist. (3) Hat sich ein Steuerpflichtiger aus Altersgründen für eine Heimunterbringung entschieden und ist er nur in dem bei Personen seines Alters üblichem Umfang pflegebedürftig, sind nur die Aufwendungen nach § 33 EStG zu berücksichtigen, die für die Unterbringung in der **Pflegestation** eines Heims anfallen oder die dem Steuerpflichtigen **zusätzlich** zu dem Pauschalentgelt für Unterbringung und evtl. Grundpflege entstehen. (4) Die **Aufteilung des Pauschalpreises** in übliche als Kosten der Lebensführung zu behandelnde Unterbringungskosten und außergewöhnliche Krankheits-/Pflegekosten kommt nicht in Betracht.

FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 5. 2009 - 10 K 63/05[MAAAD-40770]

- (1) Aufwendungen des **nicht pflegebedürftigen Steuerpflichtigen**, der mit seinem pflegebedürftigen Ehegatten in ein Wohnstift übersiedelt, erwachsen nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG. (2) Eine Zwangsläufigkeit aus tatsächlichen Gründen ist ausgeschlossen, weil der Umzug in das Pflegeheim auf einer **freien EntschlieÙung** beruht. Eine tatsächliche Zwangslage i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG kann aber nur durch ein **unausweichliches Ereignis** tatsächlicher Art begründet werden, nicht durch eine maßgeblich vom menschlichen Willen beeinflusste Situation. (3) Die Verpflichtung zu **ehelicher Gemeinschaft** gem. §

1353 Abs. 1 Satz 2 BGB begründet keine Rechtspflicht des Steuerpflichtigen i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG, seinen pflegebedürftigen Ehegatten in ein Pflegeheim zu begleiten. Eine unausweichliche sittliche Verpflichtung hierzu besteht ebenfalls nicht. (4) Werden Kosten einer **Heimunterbringung** dem Grunde nach als außergewöhnliche Belastung (Krankheitskosten) berücksichtigt, sind sie nur insoweit gem. § 33 Abs. 1 EStG abziehbar, als sie die zumutbare Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) sowie die sog. **Haushaltersparnis** übersteigen. Dies gilt selbst dann, wenn durch die Heimunterbringung zusätzliche Kosten der Lebensführung entstanden sind.

BFH, Urteil v. 15. 4. 2010 - VI R 51/09, BStBl 2010 II S. 794[UAAAD-45069]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 3. 12. 2007 - 6 K 363/05

- (1) Bei einem durch **Krankheit** veranlassten Aufenthalt in einem **Seniorenheim** sind die Kosten für die Unterbringung als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 Abs. 1 EStG abziehbar. (2) Der Aufenthalt kann auch dann krankheitsbedingt sein, wenn **keine zusätzlichen Pflegekosten** entstanden sind und kein Merkzeichen „H“ oder „Bl“ im Schwerbehindertenausweis festgestellt ist (gegen BFH, Urteil v. 18. 12. 2008 - III R 12/07).

BFH, Urteil v. 13. 10. 2010 - VI R 38/09, BStBl 2011 II S. 1010[JAAAD-59097]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 28. 4. 2009 - 8 K 1337/08

- (1) Kosten für die **behinderungsbedingte Unterbringung** in einer **sozial-therapeutischen Einrichtung** können außergewöhnliche Belastungen sein. (2) Ist das FG aufgrund eines von einem fachkundigen Arzt erstellten **Gutachtens** von der Notwendigkeit der Unterbringung überzeugt, bedarf es nicht mehr eines amtsärztlichen Attestes.

BFH, Urteil v. 9. 12. 2010 - VI R 14/09, BStBl 2011 II S. 1011[RAAAD-78887]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 29. 11. 2007 - 3 K 4346/06

- (1) Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen für die krankheitsbedingte Unterbringung eines Angehörigen in einem **Altenpflegeheim** entstehen, stellen als Krankheitskosten eine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar. Abziehbar sind neben den **Pflegekosten** auch die Kosten, die auf die **Unterbringung und Verpflegung** entfallen, soweit es sich hierbei um gegenüber der normalen Lebensführung entstehende **Mehrkosten** handelt. (2) Eine **Aufteilung** derartiger Kosten in Unterhaltskosten i. S. von § 33a EStG und Krankheitskosten i. S. von § 33 EStG kommt nicht in Betracht. (3) Bei Unterhaltsaufwendungen besteht **kein Wahlrecht** zwischen einem Abzug nach § 33 EStG oder nach § 33a EStG (§ 33a Abs. 5 EStG).

BFH, Urteil v. 30. 6. 2011 - VI R 14/10, BStBl 2012 II S. 876[JAAAD-90982]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 1. 2. 2010 - 11 K 1996/08 E

- (1) Aufwendungen des durch eine 10 Jahre zuvor erfolgte **unentgeltliche Grundstücksübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt** begünstigten **Neffen** für die Unterbringung der Tante in einem **Pflegeheim** sind als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit seiner Tante durch die Annahme der Grundstücksübertragung deshalb nicht adäquat kausal mit verursacht wurde, weil sie auf den nicht voraussehbaren Rückgang der vorbehaltenen Mieterträge sowie die Entwicklung der Pflegekosten zurückzuführen ist und es sich bei dem Mietwohngrundstück um schwer verwertbares Vermögen handelt (Abgrenzung zum BFH-Urteil v. 12. 11. 1996 - III R 38/95, BStBl 1997 II S. 387). (2) Maßgebend für die **Ermittlung des Jahreswerts** des vorbehaltenen Nießbrauchsrechts als verwertbares Vermögen der Tante sind die tatsächlich erzielten Nettoerträge.

FG Düsseldorf, Urteil v. 29. 9. 2011 - 11 K 2506/09 E[QAAAD-97863]

- Der von § 33a Abs. 1 EStG umfasste Bereich ist enger als der den gesamten Lebensbedarf und damit auch Krankheitskosten umfassende Unterhaltsbegriff des Bürgerlichen Rechts. Aufwendungen für die **krankheitsbedingte Unterbringung** von Angehörigen in einem **Altenpflegeheim** fallen deshalb unter § 33 EStG, während Aufwendungen für deren altersbedingte Heimunterbringung nur nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden können.

BFH, Beschluss v. 8. 11. 2012 - VI B 82/12[NAAAE-29279]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 16. 4. 2012 - 6 K 4118/10

- Bei der **Kündigung einer Mietwohnung** wegen eines krankheitsbedingten Aufenthalts in einem **Alters- oder Pflegeheim** können die Mietzahlungen für die Monate der einzuhaltenden Kündigungsfrist nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 17. 12. 2012 - 5 K 2017/10[AAAAE-30837]
- Aufwendungen für die krankheitsbedingte Unterbringung in einem **Seniorenwohnstift** sind zwangsläufig i.S. des § 33 EStG. Sie sind nach Maßgabe der für Krankheitskosten geltenden Grundsätze als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, soweit sie nicht außerhalb des Rahmens des Üblichen liegen.
BFH, Urteil v. 14. 11. 2013 - VI R 20/12, BStBl II S. 456 [SAAAE-60957]
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 21. 2. 2012 - 10 K 2504/10 E
- **Krankheitsbedingte Unterbringungskosten** in einer dafür vorgesehenen Einrichtung sind aus tatsächlichen Gründen zwangsläufig und daher dem Grunde nach als außergewöhnliche Belastungen i.S. des § 33 EStG zu berücksichtigen, und zwar unabhängig davon, ob neben dem Pauschalentgelt gesondert Pflegekosten in Rechnung gestellt werden. War Anlass und Grund für den Umzug in das **Wohnstift** die durch Krankheit eingetretene Pflegebedürftigkeit, lag somit eine krankheitsbedingte Unterbringung im Wohnstift vor. Neben den konkret angefallenen und in Rechnung gestellten **Pflegekosten** sind dem Grunde nach auch die **Unterbringungskosten** bzw. das **Pauschalentgelt** für die Wohnung im Wohnstift als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Die zu berücksichtigenden Aufwendungen sind um eine **Haushaltersparnis** zu kürzen. Eine zusätzliche Gewährung des Pauschbetrags nach § 33a Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 EStG ist ausgeschlossen.
BFH, Urteil v. 14. 11. 2013 - VI R 21/12[EAAAE-61844]
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 21. 2. 2012 - 10 K 2505/10 E
- Der durch den Ansatz der **zumutbaren Belastung** nach § 33 Abs. 3 EStG nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigte Teil der Aufwendungen für die **Unterbringung in einem Pflegeheim** kann grundsätzlich nach § 35a EStG steuerlich berücksichtigt werden.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 12. 2014 - 6 K 2688/14 [JAAAE-85834]
- (1) Die Anerkennung von außergewöhnlichen Belastungen setzt im Falle von **psychotherapeutischen Behandlungen** und der medizinisch erforderlichen **auswärtigen Unterbringung** eines an einer Behinderung leidenden **Kindes** des Steuerpflichtigen voraus, dass die in § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStDV normierten Nachweise erbracht werden. (2) Diese **Nachweise** können nicht durch andere Unterlagen ersetzt werden.
BFH, Urteil v. 15. 1. 2015 - VI R 85/13, BStBl 2015 II S. 586[OAAAE-91060]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 2. 2013 - 12 K 24/12
- (1) Bei Unterbringung in einem **Pflegeheim** geht die Beschäftigung **zusätzlicher privater Pflegekräfte** weit über das hinaus, was üblicherweise für die Versorgung von Pflegebedürftigen zur Verfügung gestellt werden kann (nämlich entweder Heimunterbringung oder Versorgung durch ambulante Kräfte im häuslichen Bereich). Hierfür getragene Aufwendungen sind daher **unangemessen** und können folglich nicht als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden. (2) Auch eine **teilweise Berücksichtigung** der geltend gemachten Kosten unter dem Gesichtspunkt, dass lediglich ein (noch zu bestimmender) überschießender Teil der zusätzlichen Personalkosten als unangemessener Aufwand zu qualifizieren wäre, kommt nicht in Betracht.
FG München, Urteil v. 20. 10. 2015 - 10 K 2393/14[GAAAF-18919]

17. Krankenbesuche

- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für **Besuchsfahrten** zu seinem eine **Heilkur** durchführenden **Ehegatten** sind keine außergewöhnliche Belastung.

BFH, Urteil v. 16. 5. 1975 - VI R 132/72, BStBl 1975 II S. 536[JAAAA-91052]

- Ein Steuerpflichtiger ist **nicht** aus **sittlichen Gründen** verpflichtet, seine alleinstehende **krankte Schwester** über den allgemein üblichen Rahmen hinaus ohne Ersatz seiner Reisekosten zu **besuchen** und **Ferngespräche** mit ihr zu führen.

FG Niedersachsen, Urteil v. 19. 12. 1975 - IV 123/74, EFG 1976 S. 339

- (1) Aufwendungen für **Besuchsfahrten** zum **Ehegatten** sind nicht schon wegen der zurückzulegenden **größeren Entfernung** des Besuchers und des **mehrmonatigen Krankenhausaufenthalts** des Patienten eine außergewöhnliche Belastung. (2) Aufwendungen für **medizinisch veranlasste** Besuchsfahrten können jedoch eine außergewöhnliche Belastung darstellen. Hierfür bedarf es einer **Bescheinigung** des behandelnden Krankenhausarztes, aus der hervorgehen muss, dass bei der konkreten Krankheit gerade der Besuch des Ehegatten zur Heilung oder Linderung entscheidend beitragen kann.

BFH, Urteil v. 2. 3. 1984 - VI R 158/80, BStBl 1984 II S. 484[AAAAA-91940]

- Aufwendungen anlässlich von **Besuchsfahrten** zur **pflegebedürftigen Mutter** stellen grds. keine außergewöhnliche Belastung dar.

FG Saarland, Urteil v. 16. 3. 1988 - 1 K 160/87, EFG 1988 S. 418

- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für Fahrten zur **krankheitsbedingten Betreuung** seiner pflegebedürftigen Mutter sind insoweit außergewöhnlich, als sie die Aufwendungen für **Besuchsfahrten** überschreiten, die der Steuerpflichtige auch ohne die Erkrankung seiner Mutter üblicherweise ausgeführt hätte. Der Ermittlung der **Fahrtkosten** mit dem eigenen Kraftfahrzeug ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung zugrunde zu legen. Benutzbar in diesem Sinne ist eine Fahrtstrecke, deren Befahren unter Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrsverhältnisse im Rahmen des Zumutbaren liegt.

BFH, Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 60/88, BStBl 1990 II S. 958[QAAAA-93465]

- (1) Aufwendungen für Fahrten, um einen **kranken Angehörigen**, der im **eigenen Haushalt** lebt, zu betreuen und zu versorgen, können außergewöhnliche Belastungen sein, auch wenn der Betreute nicht hilflos ist (Klarstellung zum Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 60/88, BStBl 1990 II S. 958). (2) Aufwendungen, die durch die **persönliche Pflege** eines nahen Angehörigen entstehen, sind jedoch nur dann außergewöhnliche Belastungen, wenn die Übernahme der Pflege unter Berücksichtigung der näheren Umstände des Einzelfalls aus rechtlichen oder sittlichen Gründen i. S. des § 33 Abs. 2 EStG **zwangsläufig** ist. (3) Allein das Bestehen eines nahen Verwandtschaftsverhältnisses reicht für die Anwendung des § 33 EStG nicht aus. Bei der erforderlichen **Gesamtbewertung** der Umstände des Einzelfalls sind u. a. der Umfang der erforderlichen Pflegeleistungen und die Höhe der für den Steuerpflichtigen entstehenden Aufwendungen zu berücksichtigen.

BFH, Urteil v. 22. 10. 1996 - III R 265/94, BStBl 1997 II S. 558[DAAAA-95931]

Vorinstanz: FG Thüringen, Urteil v. 24. 8. 1994 - I 29/94

- **Besuchsfahrten** zwischen **nahen Angehörigen** sind regelmäßig nicht als außergewöhnlich, sondern typisierend als durch allgemeine Freibeträge und etwaige andere steuerliche Ermäßigungen abgegolten anzusehen. Allein der Wunsch, einem erkrankten, pflegebedürftigen Angehörigen **häufiger** als einem gesunden Gesellschaft zu leisten, erfüllt bereits dem Grunde nach nicht die Voraussetzungen, die dabei entstandenen Aufwendungen als außergewöhnlich i. S. des § 33 EStG anzusehen.

BFH, Urteil v. 24. 5. 1991 - III R 28/89[LAAAB-32205]

- Kosten, die im Zusammenhang mit **Besuchsfahrten** zu den im **Altersheim** lebenden eigenen Eltern entstehen, werden nicht als außergewöhnliche Belastungen anerkannt, wenn sie für deren **Pflege und Betreuung** nicht zwangsläufig erforderlich sind.

FG Düsseldorf, Urteil v. 3. 12. 1999 - 13 K 2117/99 E[KAAAB-92158]

- Die über die Anzahl normaler Besuchsfahrten hinausgehenden zur **Betreuung** eines pflegebedürftigen Angehörigen in **Pflegestufe II** erforderlichen **Fahrten** sind zwangsläufig und außergewöhnlich i. S. des § 33 Abs. 1 und 2 EStG.
FG München, Urteil v. 23. 8. 2001 - 13 K 2653/98[EAAAAB-09569]
- Aufwendungen für **Besuchsfahrten** zu **im Sterben liegenden Angehörigen** können nicht als außergewöhnliche Belastungen i. S. von § 33 Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, wenn sie nicht – nach Bestätigung des behandelnden Arztes – der Heilung oder Linderung der Krankheit dienen.
FG Hamburg, Urteil v. 12. 9. 2001 - II 296/00[UAAAAB-07987]
- Besuchsfahrten können nur dann als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, wenn nach ärztlichem Urteil gerade die konkreten, von dem Angehörigen vorgenommenen **Besuche medizinisch indiziert** sind und zur Heilung und Linderung bestimmter Krankheiten entscheidend beitragen können.
FG München, Urteil v. 11. 12. 2001 - 6 K 666/97[PAAAAB-10409]
- Aufwendungen für Besuchsfahrten zu einem erkrankten Angehörigen können nur dann als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn aus einem **Attest** des behandelnden Arztes hervorgeht, dass die **Angehörigenbesuche** zur Heilung oder Linderung der Krankheit **entscheidend** beitragen können.
FG München, Urteil v. 24. 9. 2002 - 6 K 2412/01[SAAAAB-10674]
- Kosten für Fahrten zum Besuch eines **erkrankten Angehörigen** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG abzugsfähig, wenn die Besuche geeignet sind, einen **entscheidenden Beitrag** zur Beseitigung bzw. Linderung der Krankheit zu leisten. Diesen Anforderungen genügen Besuche an jedem zweiten Wochenende nicht, wenn nach einer Hüftgelenkoperation ein zweimaliges tägliches Training medizinisch indiziert ist.
FG München, Urteil v. 15. 4. 2003 - 12 K 2505/02[JAAAAB-09456]
- **Besuchs- und Pflegeaufwendungen** sind ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, wenn die Besuche zur **Pflege und Versorgung** des Angehörigen notwendig sind. Aus sittlichen Gründen zwangsläufig sind sie nur dann, wenn der Steuerpflichtige aufgrund eines unausweichlichen, einem Rechtszwang ähnlichen sittlichen Gebots solche Pflegeleistungen erbringt. Ob dies der Fall ist, kann nur nach den Umständen des Einzelfalls entschieden werden.
BFH, Beschluss v. 29. 7. 2004 - III B 155/03[AAAAB-27642]
Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 15. 5. 2003 - 5 K 62/01
- Eine außergewöhnliche Belastung durch **Besuchsfahrten** zu den **Eltern** liegt nicht vor, wenn eine Zwangsläufigkeit der Fahrten weder im Hinblick auf die Heilung oder Linderung einer **Krankheit**, noch im Hinblick auf die **Betreuung und Versorgung** der Eltern nachgewiesen wird.
FG München, Urteil v. 5. 8. 2004 - 15 K 3739/02[OAAAAB-41688]
- Aufwendungen für **Besuche zwischen nahen Angehörigen** sind regelmäßig ebenso wenig als außergewöhnlich, sondern typisierend als durch allgemeine Freibeträge und etwaige andere steuerliche Ermäßigungen abgegolten anzusehen wie Aufwendungen für sonstige Formen der **Kontaktpflege** etwa durch Telefongespräche. Das gilt auch, wenn der besuchte Angehörige **erkrankt** oder **pflegebedürftig** ist und Fahrten in kürzeren zeitlichen Abständen oder über größere Entfernungen durchgeführt werden. Denn es ist üblich und jedenfalls nicht im vorgenannten Sinn außergewöhnlich, wenn ein erkrankter oder pflegebedürftiger Angehöriger häufiger und auch über größere Entfernungen besucht wird als ein gesunder. Eine Ausnahme gilt, wenn Besuchsfahrten ausschließlich zum Zwecke der **Heilung oder Linderung einer Krankheit** oder eines Leidens unternommen werden oder den Zweck verfolgen, die Krankheit oder ein Leiden erträglicher zu machen, so dass die Kosten zu den unmittelbaren Krankheitskosten rechnen. Die Fahrten dürfen jedoch nicht lediglich der allgemeinen

Pflege verwandtschaftlicher Beziehungen dienen, wobei zur verwandtschaftlichen Kontaktpflege in diesem Sinne beispielsweise auch die Erledigung von **Besorgungen** für einen **alten oder kranken Verwandten** gehören kann.

BFH, Urteil v. 2. 12. 2004 - III R 27/02[TAAAB-53693]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 16. 1. 2002 - 9 K 5506/01

- Aufwendungen für **Besuche bei erkrankten Verwandten** können ausnahmsweise insoweit zwangsläufig sein als sie die **Aufwendungen überschreiten**, die der Steuerpflichtige auch ohne die Erkrankung üblicherweise ausgeführt hätte. Erforderlich ist jedoch eine rechtliche oder sittliche Pflicht, der sich der Steuerpflichtige nicht entziehen kann. Der weniger strenge Maßstab bei § 33b Abs. 6 EStG kann nicht auf § 33 Abs. 2 EStG übertragen werden.
FG München, Urteil v. 4. 12. 2006 - 1 K 374/06[RAAAC-52885]

- Aufwendungen für **Besuchsfahrten zu nahen Angehörigen** sind nur dann als Krankheitskosten zu beurteilen, wenn die Besuche nach einer Bestätigung des behandelnden Arztes ausschließlich zum Zwecke der **Heilung oder Linderung** im Sinne des Erträglichmachens einer Krankheit oder eines Leidens unternommen werden.

FG München, Urteil v. 21. 6. 2007 - 5 K 2313/06[EAAAC-51903]

- (1) Unterlässt es der Steuerpflichtige, **Fahrtkosten**, die ihm für die **Betreuung seiner Eltern** entstehen, nach § 1908 Abs. 1 BGB i. V. mit § 1835 Abs. 1 BGB gegenüber der Staatskasse geltend zu machen, sind die Fahrtaufwendungen nicht zwangsläufig und somit nicht als außergewöhnliche Belastung steuerlich absetzbar. (2) Aufwendungen für **Besuche zwischen nahen Angehörigen** sind typische Aufwendungen der Lebensführung und keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 Abs. 1 EStG. Dies gilt auch, wenn der besuchte Angehörige erkrankt oder pflegebedürftig ist und Fahrten in kürzeren zeitlichen Abständen oder über größere Entfernungen durchgeführt werden, soweit die Aufwendungen das übliche Maß der Besuchsfahrten, die auch ohne die Erkrankung üblicherweise ausgeführt worden wären, nicht überschreiten. (3) Sind von dem Angehörigen vorgenommene Besuche medizinisch indiziert und tragen diese zur Heilung oder Linderung einer bestimmten Krankheit entscheidend bei, können sie als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig sein, soweit die **medizinische Indikation nachgewiesen** wird.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 7. 2007 - 6 K 431/06[DAAAC-77353]

Nichtzulassungsbeschwerde verworfen: BFH, Beschluss v. 3. 3. 2009 - VI B 136/07[HAAAD-20464]

- Aufwendungen für **Besuchsfahrten zur betagten Mutter** können als **Krankheitskosten** zu beurteilen sein, wenn sie zum Zwecke der **Heilung oder Linderung** einer Krankheit unternommen werden, was durch ein ärztliches **Attest** nachzuweisen ist. Es reicht nicht aus, wenn das Attest nicht mitteilt, ob der ausstellende Arzt die Mutter im streitigen Zeitraum selbst behandelt hat. Die Besuchsfahrten sind im Übrigen auch dann nicht zu berücksichtigen, wenn sie nicht ausschließlich zum Zwecke der Heilung oder Linderung einer Krankheit durchgeführt wurden, sondern auch zur Hilfeleistung bei anstehenden Erledigungen, zum Beispiel dem Umzug der Mutter, der Haushaltsauflösung und dem Hausverkauf. Besuche zur Abwehr drohender **Vereinsamung** alter Menschen erfüllen nicht das Merkmal der Außergewöhnlichkeit.

BFH, Beschluss v. 31. 3. 2008 - III B 46/07[JAAAC-82765]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 8. 2. 2007 - 5 K 39/04

- Aufwendungen für Fahrten zum **Besuch eines kranken Angehörigen** sind, auch wenn die Besuche **unmittelbar der Heilung oder Linderung** der Krankheit gedient haben, wegen fehlender Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG abzugsfähig, wenn auf die Geltendmachung eines **Aufwendungsersatzanspruches** nach § 670 BGB verzichtet worden ist.

FG München, Urteil v. 22. 9. 2008 - 7 K 4430/06[LAAAC-92065]

- Aufwendungen für **Besuchsfahrten** zu im **Altenheim** lebenden Angehörigen stellen grds. keine außergewöhnlichen Belastungen dar, wenn die Angehörigen aus **altersbedingten Gründen** im Altenheim leben.
FG Hessen, Urteil v. 17. 8. 2010 - 10 K 2787/07[ZAAAD-57813]
- Aufwendungen für **Besuchsfahrten** zu einem in einem Krankenhaus liegenden Ehegatten können nur ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn die Besuche nicht lediglich einem privaten Bedürfnis entspringen, sondern **unmittelbar der Heilung oder Linderung** der Krankheit dienen. Die medizinische Indikation der Besuche muss **nachgewiesen** werden. Das bedeutet, dass nach ärztlichem Urteil gerade die Besuche durch Ehegatten oder Kinder zur Heilung oder Linderung einer bestimmten Krankheit entscheidend beitragen müssen. Dies kann regelmäßig nur der **behandelnde Arzt im Krankenhaus** beurteilen.
BFH, Beschluss v. 12. 1. 2011 - VI B 97/10[LAAAD-61755]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 5. 2010 - 14 K 2851/08
- **Besuchsfahrten** im Zusammenhang mit einer therapeutischen Behandlung naher Angehöriger sind als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn die Fahrten und die dort geführten Gespräche – auch ohne therapeutische Aufsicht – **medizinisch angezeigt** waren. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur das medizinisch Notwendige im Sinne einer Mindestversorgung von der Heilanzeigen erfasst wird. Medizinisch indiziert (angezeigt) ist vielmehr jedes diagnostische oder therapeutische Verfahren, dessen Anwendung in einem Erkrankungsfall hinreichend gerechtfertigt (angezeigt) ist. Dieser **medizinischen Wertung** hat die steuerliche Beurteilung zu folgen, es sei denn, es liegt ein für jedermann erkennbares offensichtliches Missverhältnis zwischen dem erforderlichen und dem tatsächlichen Aufwand vor.
BFH, Urteil v. 5. 10. 2011 - VI R 20/11[AAAAD-96892]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 19. 1. 2011 - 7 K 357/07 E
- Aufwendungen, die dem Steuerpflichtigen aus der Erstattung von Fahrkosten seiner **Verlobten** für **Besuche** im Krankenhaus erwachsen, können nicht als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden.
FG Münster, Urteil v. 16. 11. 2011 - 10 K 200/10 E[VAAAE-01498]
- (1) Aufwendungen für **Besuche** zwischen **nahen Angehörigen** sind regelmäßig ebenso wenig als außergewöhnlich, sondern typisierend als durch allgemeine Freibeträge und etwaige andere steuerliche Ermäßigungen abgegolten anzusehen wie Aufwendungen für sonstige Formen der **Kontaktpflege** etwa durch Telefongespräche. Das gilt auch, wenn der besuchte Angehörige **erkrankt** oder **pflegebedürftig** ist und Fahrten in kürzeren zeitlichen Abständen oder über größere Entfernungen durchgeführt werden. (2) Lebt die seit einem Schlaganfall pflegebedürftige Mutter (Pflegerstufe 2) nicht mehr allein in einem eigenen Haushalt, sondern ist sie zunächst in **stationärer Behandlung** und daran anschließend zusammen mit ihrem nicht i. S. einer Pflegerstufe pflegebedürftigen Ehemann in einer **Seniorenwohnanlage für betreutes Wohnen** untergebracht, handelt es sich bei den 65 Fahrten des Sohnes in die 432 km entfernte Klinik bzw. in die knapp 500 km entfernte Seniorenwohnanlage um nicht zum Steuerabzug nach § 33 Abs. 1, 2 EStG berechtigende übliche Besuchsfahrten, wenn auch keine ärztlichen Bescheinigungen zur Notwendigkeit der Besuche zur Linderung der Krankheit der Mutter vorgelegt werden können.
FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 29. 10. 2013 - 5 K 1542/10[YAAAE-52816]

18. Heil-/Hilfsmittel

- Notwendige Kosten für **Heilmittel**, wie Brillen, Bruchbänder, Schuheinlagen usw., sind außergewöhnliche Belastungen, weil sie mit Krankheiten zusammenhängen.
BFH, Urteil v. 26. 7. 1957 - VI 155/55, BStBl 1957 III S.347[EAAAA-89763]

- Aufwendungen für **Arzneimittel, Stärkungsmittel** oder ähnliche Präparate können als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG i. d. R. nur anerkannt werden, wenn ihre durch Krankheit bedingte Zwangsläufigkeit und Notwendigkeit durch eine **ärztliche Verordnung** nachgewiesen sind.
BFH, Urteil v. 5. 12. 1968 - IV 79/65, BStBl 1969 II S. 260[JAAAA-90469]
- Zwangsläufig erwachsen im Krankheitsfall nicht nur die unumgänglichen Kosten, sondern die nach den Umständen des Einzelfalls **notwendig erscheinenden Kosten**, wobei auch die **persönlichen Maßstäbe** des Steuerpflichtigen beachtlich sind (hier: **Art der Zahnprothese**).
FG Berlin, Urteil v. 18. 12. 1980 - IV 51/79, EFG 1981 S. 293
- Die Berücksichtigung von **Ausgaben für Kleidung** als außergewöhnliche Belastung wird ausdrücklich auch für den Fall abgelehnt, dass Mehraufwendungen dieser Art **Folgekosten einer Krankheit** sind.
BFH, Beschluss v. 29. 1. 1986 - III B 63-64/85[NAAAAB-28585]
- Aufwendungen für die Anschaffung eines **medizinischen Bestrahlungsgerätes** können als außergewöhnliche Belastung steuerlich abziehbar sein.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 2. 9. 1988 - 2 K 186/87, EFG 1989 S. 60
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für **Arzneimittel** ohne schriftliche ärztliche Verordnung und für medizinische **Fachliteratur** sind in aller Regel nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.
BFH, Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 60/88, BStBl 1990 II S. 958[QAAAA-93465]
- Auch – nach Gegenstand und Menge spezifiziert verordnete – **nicht rezeptpflichtige Medikamente** und allgemeine **Stärkungsmittel** kommen als Krankheitskosten in Betracht, die im Rahmen des § 33 EStG berücksichtigt werden können. Schon begrifflich ist dabei allerdings vorausgesetzt, dass der Steuerpflichtige an einer **Krankheit** (bzw. Verletzung) leidet und nicht an einer den Krankheitsbegriff nicht erfüllenden bloßen Störung des Allgemeinbefindens oder der körperlichen Unversehrtheit, wie sie bei einer Vielzahl von Steuerpflichtigen im täglichen Leben vorkommen.
BFH, Urteil v. 11. 1. 1991 - III R 70/88[FAAAB-32220]
- Die **Zwangsläufigkeit** der Anschaffung medizinischer Hilfsmittel, die sowohl von Kranken zur Linderung ihres Leidens als auch von Gesunden zur Steigerung des Lebenskomforts angeschafft werden (Hilfsmittel im weiteren Sinne), ist durch Vorlage eines **vor dem Kauf erstellten amts- oder vertrauensärztlichen Attestes** nachzuweisen.
BFH, Urteil v. 9. 8. 1991 - III R 54/90, BStBl 1991 II S. 920[JAAAA-93878]
- Aufwendungen für den Erwerb und die Nutzung eines sog. **Samadhi-Tanks** können allenfalls dann zu außergewöhnlichen Belastungen nach § 33 EStG führen, wenn die Nutzung des Tanks unter ärztlicher Leitung und Aufsicht, also im Rahmen einer festen **therapeutischen Struktur** stattfindet.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 6. 9. 1994 - 4 K 126/92, EFG 1995 S. 120
- **Nachträglich** erstellte ärztliche Bescheinigungen genügen den Anforderungen nicht, die an den **Nachweis** der durch eine Krankheit bedingten **Zwangsläufigkeit** von Aufwendungen für **Arzneimittel** (hier: **Stutenmilch**) als außergewöhnliche Belastung zu stellen sind.
FG München, Urteil v. 5. 6. 1996 - 1 K 2080/92, EFG 1996 S. 1225
- Kosten für die Anschaffung von **medizinischen Hilfsmitteln im weiteren Sinne** nur dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn die medizinische Notwendigkeit ihrer Anschaffung durch ein vor der Anschaffung ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches **Gutachten** nachgewiesen wird. Medizinische Hilfsmittel in diesem weiteren Sinne sind solche Gegenstände, die nach der Lebenserfahrung nicht nur von Kranken zur Heilung ihrer Krankheit oder zur Linderung der durch die Krankheit verursachten Beschwerden, sondern mitunter auch von gesunden Menschen angeschafft werden, um ihre Gesundheit zu erhalten oder ihren Lebenskomfort zu steigern. Es gibt keinen Satz der Lebenserfahrung, dass nur

Kranke einen relativ teuren und mit **verstellbarer Lehne** und **verstellbarem Sitz** ausgestatteten **Sessel** anschaffen. Der krankheitsbedingte Bedarf für einen besonders gestalteten Gegenstand der allgemeinen Lebensführung und (von einem Gesunden angeblich gescheute) Mehrkosten eines solchen Gegenstandes sind indes für die Abgrenzung einer außergewöhnlichen Belastung von den steuerlich irrelevanten sonstigen Kosten der Lebensführung ungeeignet.

BFH, Urteil v. 14. 10. 1997 - III R 27/97[NAAAB-38882]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 22. 4. 1996 - 5 K 1136/95

- (1) Bei sog. **Bagatell-Arzneimitteln**, die nicht von den Kassen erstattet werden und nicht verschreibungspflichtig sind (hier: **Nasenspray**), kommt eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG grds. nur in Betracht, wenn vor der Anwendung deren medizinische Indikation bescheinigt wird. (2) Eine **zwingende medizinische Notwendigkeit** des Gebrauchs von Medikamenten setzt voraus, dass die Anwendung auf einer ärztlichen Entscheidung beruht, im Einzelfall deren Ausmaß ärztlich bestimmt wird und die Anwendung unter ärztlicher Leitung und Kontrolle erfolgt. (3) Nicht medizinisch indiziert ist der Gebrauch von Arzneimitteln, die zu einer Abhängigkeit führen können und nicht zur Heilung oder Linderung einer Krankheit erfolgen, sondern als **Mittel zur Befriedigung der Abhängigkeit** konsumiert werden.

FG Hamburg, Urteil v. 1. 10. 1998 - II 90/98, EFG 1999 S. 554

- (1) **Frei verkäufliche Arzneimittel**, deren Kosten von den Kassen nicht mehr erstattet werden, können als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG grds. nur berücksichtigt werden, wenn **vor** ihrer Anwendung die **medizinische Indikation** bescheinigt wurde. (2) Außer durch **Einzelverordnung** kann der Nachweis der Zwangsläufigkeit und Notwendigkeit durch namentliche Bezeichnung der Medikamente in einer **fachärztlichen Pauschalverordnung** erbracht werden, wenn wegen der chronischen Erkrankung ein laufender Verbrauch von Medikamenten empfohlen und beim Erwerb ein vertretbarer Rahmen nicht überschritten wird.

FG Berlin, Urteil v. 2. 12. 1999 - 4 K 4107/99, EFG 2000 S. 258

- (1) Aufwendungen für **Medikamente** können nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn ihre durch Krankheit bedingte Zwangsläufigkeit und Notwendigkeit durch ärztliche Verordnung nachgewiesen ist. Einer solchen Verordnung bedarf es auch für solche Medikamente, für die nach den Bestimmungen des SGB V eine ärztliche Verordnung zu **Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung** ausscheidet. (2) Auch Aufwendungen für **Brillen** sind nur bei ärztlicher Verordnung als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. (3) Aufwendungen für eine **medikamentöse Schwangerschaftsverhütung** stellen grds. keine außergewöhnliche Belastung dar.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 1. 2000 - 4 K 1352/97[BAAAB-11951]

- Ein Transsexueller kann Aufwendungen für die im Zusammenhang mit der **Geschlechtsumwandlung** angeschaffte Bekleidung nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehen, weil er für die Aufwendungen einen **Gegenwert** erlangt hat.

FG München, Urteil v. 12. 4. 2000 - 1 K 1386/99[QAAAB-09847]

- Ein nach seiner konkreten Zusammenstellung und Ausstattung allein als Vorlesemaschine verwendbarer, in einem Spezialgeschäft für Sehbehinderte und Blinde angeschaffter, 27000 DM teurer **Blindencomputer** („Lesephon B 1-Euro-Profi“, mit Spezialscanner, Hochleistungstexterkennung, Sprachausgabeprogramm und Videotextdecoder) ist ein **medizinisches Hilfsmittel** im engeren Sinne. Die Aufwendungen hierfür (einschließlich der „normalen“, nicht blindenspezifischen Computerbestandteile und Software) entstehen zwangsläufig und sind – zusätzlich zum Blinden-Pauschbetrag von 7200 DM nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG – als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG abziehbar.

FG Sachsen, Urteil v. 7. 11. 2000 - 5 K 1777/98[SAAAB-12819]

- Aufwendungen für ein sich noch in der **Erprobungsphase** befindliches und in Deutschland **nicht zugelassenes Medikament**, das speziell auf die Behandlung einer **bisher unheilbaren Krankheit** (hier: das Präparat DSG für Multiple Sklerose) zugeschnitten ist und dessen Wirksamkeit im Zeitpunkt der Anwendung nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft für möglich bzw. nicht völlig ausgeschlossen gehalten wird, können als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein. Ein Abstellen auf die Beihilfavorschriften oder die Erstattungsrichtlinien der Krankenkassen ist in derartigen Fällen nicht sachdienlich.
FG München, Urteil v. 19. 12. 2001 - 1 K 4737/00[JAAAB-09913]
- Soweit die Zwangsläufigkeit von Aufwendungen für **medizinische Hilfsmittel** durch ein **amtsärztliches Attest** nachzuweisen ist, ist ein **vor der Anschaffung** erstelltes Attest notwendig. Nur bei Sachverhalten, für die vom BFH erstmals den Nachweis durch ein amtsärztliches Gutachten verlangt, genügt ausnahmsweise ein nachträglich erstelltes amtsärztliches Zeugnis.
BFH, Beschluss v. 10. 9. 2002 - III B 50/02[IAAAA-70273]
- (1) Aufwendungen eines **Allergikers** für ein spezielles **Bettssystem**, bestehend aus einer Matratze, eines darauf abgestimmten Sitzrahmens sowie waschbarer Bezüge, die der Steuerpflichtige nach Einholung eines dies für erforderlich haltenden amtsärztlichen Attestes angeschafft hat, können, soweit sie den Steuerpflichtigen – nicht jedoch seinen nichtehelichen Lebenspartner – betreffen, in angemessenem Umfang als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden. (2) Aufwendungen für einen **Staubsauger** mit Spezialfilter können aufgrund eines marktgängigen Gegenwerts selbst dann nicht als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden, wenn der Steuerpflichtige an einer **Hausstauballergie** leidet. (3) Aufwendungen für ein **Ergometer** nebst **Pulsmessgerät** können aufgrund eines marktgängigen Gegenwerts auch nach Einholung eines dies für erforderlich haltenden amts- oder vertrauensärztlichen Attestes nicht als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden.
FG Köln, Urteil v. 25. 6. 2003 - 7 K 7879/99[XAAAB-09178]
- Die Zuzahlung für eine **Brille** kann einkommensteuerlich nur im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen, nicht dagegen als Werbungskosten berücksichtigt werden, wenn ein Zusammenhang der Aufwendungen mit der Berufstätigkeit des Steuerpflichtigen weder dargelegt noch ersichtlich ist.
FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 30. 6. 2004 - 2 K 1211/03[ZAAAB-29313]
- (1) **Transsexualität** ist eine einer Krankheit vergleichbare Disposition des Menschen, so dass dadurch veranlasste Aufwendungen bei den außergewöhnlichen Belastungen abgesetzt werden können, wenn es sich um **unmittelbare Krankheitskosten** handelt. (2) Aufwendungen des Transsexuellen für im Zuge der Geschlechtsumwandlung angeschaffte **Bekleidung** (weibliche Kleidung und Schuhe) sind dagegen nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. Auch die Aufwendungen für die Anschaffung von weiblichen **Perücken** können nur dann als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, wenn das natürliche Haupthaar einen entstellenden Charakter hat und dies durch ein vorab erstelltes amts- oder vertrauensärztliches medizinisches Gutachten nachgewiesen wird.
BFH, Urteil v. 25. 10. 2007 - III R 63/06[EAAAC-70815]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 28. 9. 2005 - 10 K 1088/03[IAAAB-71002]
- Die Anschaffung eines **Wasserbetts** ist nicht außergewöhnlich. Die Aufwendungen für die Anschaffung eines Wasserbetts mit Holzrahmenkonstruktion sind daher auch bei einem Steuerpflichtigen mit **chronischen Allergien** nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.
FG München, Urteil v. 16. 10. 2007 - 6 K 4583/05[DAAAC-69214]
- Die Anschaffung von **Allergiebettzeug** ohne amtsärztliches Attest ist keine außergewöhnliche Belastung. Auch Gesunde können z.B. aus hygienischen Gründen (Reduzierung der Hausstaubmilben) geneigt sein, antiallergene Gegenstände anzuschaffen. Die medizinische

Notwendigkeit der Anschaffung von Gegenständen, die nicht ausschließlich von Kranken benötigt werden, ist durch die Vorlage eines vor dem Kauf erstellten amts- oder vertrauensärztlichen Attests nachzuweisen. Eine vom behandelnden Facharzt ausgesprochene Empfehlung steht einem solchen Attest nicht gleich.

BFH, Beschluss v. 14. 12. 2007 - III B 178/06[DAAAC-71433]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 21. 9. 2006 - 4 K 2097/01

- Aufwendungen für **nicht rezeptpflichtige Medikamente und Stärkungsmittel** nur dann abzugsfähig sind, wenn sie nach Gegenstand und Menge spezifiziert verordnet werden, und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine akute Erkrankung oder eine Dauererkrankung handelt. Gerade bei Arzneimitteln, die auch ohne schriftliche ärztliche Verordnung erhältlich sind, erscheint der Nachweis der Zwangsläufigkeit der Aufwendungen im Interesse der Trennung zwischen „echten“ Arzneimitteln und anderen Aufwendungen in besonderem Maße geboten.

BFH, Beschluss v. 16. 4. 2008 - III B 168/06[XAAAC-81411]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 30. 8. 2006 - 1 K 2442/05

- Aufwendungen für ein **Magnetmatratzen-Schlafsystem** können nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn die medizinische Notwendigkeit durch ein **vor dem Kauf ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches Attest** nachgewiesen wird.

FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 9. 7. 2008 - 3 K 45/06[WAAAC-88714]

- Auch bei nicht erblich bedingtem Haarausfall eines Mannes ist die Anschaffung eines **Toupets** regelmäßig keine außergewöhnliche Belastung.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 11. 2008 - 2 K 1928/08[MAAAD-02155]

- (1) Ein **Bett mit motorbetriebenem Einlegerahmen** ist ein allgemeiner Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens, so dass die hierfür geleisteten Anschaffungskosten nur dann als außergewöhnliche Belastung nach § 33 Abs. 1 EStG steuerlich zu berücksichtigen sind, wenn durch ein vor dem Erwerb ausgestelltes amtsärztliches **Attest** die medizinische Indikation nachgewiesen wird. (2) Der Steuerpflichtige kann sich nicht darauf berufen, dass ihm aufgrund der **Dringlichkeit** der Anschaffung des Bettes nicht möglich war, den erforderlichen qualifizierten Nachweis zu erbringen. (3) Die rückwirkende Geltung des **§ 64 EStDV** (Nachweis von Krankheitskosten) in allen noch offenen Fällen ist verfassungsrechtlich unbedenklich.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 24. 4. 2013 - 2 K 1962/12[AAAAE-36235]

- **Ohne ärztliche Verordnung** erworbene **Medikamente** bzw. Präparate stellen keine außergewöhnlichen Belastungen dar.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 8. 7. 2013 - 5 K 2157/12[TAAAE-44427]

- Bei einer **Niedertemperatur-Infrarot-Wärmekabine** handelt es sich um einen allgemeinen Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens, der nicht nur zur Linderung eines Leidens, sondern auch zur Steigerung des Wohlbefindens genutzt wird. Für die Berücksichtigung der Anschaffungsaufwendungen als außergewöhnliche Belastungen ist daher ein **ärztliches Attest** erforderlich.

FG Nürnberg, Urteil v. 6. 12. 2013 - 7 K 387/13[EAAAE-68454]

- (1) Eine der Linderung oder Heilung von **Rückenbeschwerden** dienende automatische **Thermoliege**, die eine **Thermomassage** durchführt, ist als ein zu den **allgemeinen Gebrauchsgegenstände** des täglichen Lebens i. S. von § 33 Abs. 1 SGB V gehörendes medizinisches Hilfsmittel i. S. v. § 64 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. e EStDV anzusehen, bei denen der Steuerabzug als außergewöhnliche Belastung ein vor Beginn der Heilmaßnahme oder dem Erwerb des medizinischen Hilfsmittels ausgestelltes **amtsärztliches Gutachten** oder eine vorherige ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung erfordert; der Senat folgt für den Begriff des „allgemeinen Gebrauchsgegenstandes des täglichen Lebens“ der Rspr. des BSG (Urteil v. 16. 9. 1999 - B 3 KR 1/99) und weicht von der Rspr. des BFH

(Urteile v. 6. 2. 2014 - VI R 61/12 sowie v. 29. 3. 2012 - VI R 21/11) ab. (2) Die sozialrechtliche Rechtsprechung geht von einem **weiten Typusbegriff** des „allgemeinen Gebrauchsgegenstandes“ aus und stellt auf die **Zweckbestimmung** des Hilfsmittels aus **Hersteller- und Benutzersicht** ab. Danach sind Geräte, die für die speziellen Bedürfnisse kranker oder behinderter Menschen entwickelt sowie hergestellt worden sind und die ausschließlich oder ganz überwiegend auch von diesem Personenkreis benutzt werden, nicht als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen; das gilt selbst dann, wenn sie millionenfach verbreitet sind (z. B. Brillen, Hörgeräte). Umgekehrt ist ein Gegenstand auch trotz geringer Verbreitung in der Bevölkerung und trotz hohen Verkaufspreises als allgemeiner Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens einzustufen, wenn er schon von der Konzeption her nicht vorwiegend für Kranke und Behinderte gedacht ist.

FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 20. 1. 2015 - 13 K 13073/14 [RAAAE-88500]

- (1) Aufwendungen für **Arzneimittel** i. S. des § 2 AMG unterfallen nicht dem Abzugsverbot für Diätverpflegung nach § 33 Abs. 2 Satz 3 EStG. (2) Sie sind als außergewöhnliche Belastung nach § 33 Abs. 1 EStG zu berücksichtigen, wenn die Medikation einer **Krankheit** geschuldet und deshalb ärztlich verordnet worden ist. Der Umstand, dass der Steuerpflichtige wegen dieser Krankheit zugleich eine **Diät** halten muss, steht dem Abzug nach § 33 Abs. 1 EStG nicht entgegen.

BFH, Urteil v. 14. 4. 2015 - VI R 89/13, BStBl 2015 II S. 703[UAAAE-96116]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 15. 7. 2013 - 9 K 3744/12 E

19. Erholungsreisen

- Aufwendungen eines an **Heuschnupfen** und **asthmatischen Beschwerden** leidenden Steuerpflichtigen für eine Reise nach **Mallorca** während der Zeit des **Pollenflugs** sind auch dann keine zwangsläufige außergewöhnliche Belastung, wenn die Reise von einem Arzt für erforderlich gehalten wird.

BFH, Urteil v. 10. 3. 1972 - VI R 256/69, BStBl 1972 II S. 534[XAAAA-90781]

- Ein **Körperbehinderter**, bei dem die Notwendigkeit ständiger Begleitung nachgewiesen ist, kann Mehraufwendungen, die ihm auf einer Urlaubsreise durch Kosten für Fahrten, Unterbringung und Verpflegung der **Begleitperson** entstehen, bis zu 1 500 DM (767 €) neben dem Pauschbetrag für Körperbehinderte als außergewöhnliche Belastung abziehen.

BFH, Urteil v. 4. 7. 2002 - III R 58/98, BStBl 2002 II S. 765[AAAAA-89345]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 6. 10. 1998 - I 340/97

- Ein **Körperbehinderter**, bei dem die Notwendigkeit ständiger Begleitung nachgewiesen ist, kann Mehraufwendungen, die ihm auf einer **Urlaubsreise** durch Kosten für Fahrten, Unterbringung und Verpflegung der **Begleitperson** entstehen, bis zu 1 500 DM (767 €) neben dem Pauschbetrag für Körperbehinderte als außergewöhnliche Belastung abziehen. Dieser Betrag entspricht den durchschnittlichen Ausgaben für Urlaubsreisen der Deutschen im Jahr 2000. Auf die Kosten für eine Begleitperson bei **Fahrten zum Krankenhaus** sind diese Grundsätze nicht anzuwenden.

BFH, Beschluss v. 29. 8. 2003 - III B 156/02[WAAAA-70251]

- Kosten, die dem Steuerpflichtigen für die Inanspruchnahme des Campingplatzes bei einem **Campingurlaub** mit den **behinderten Söhnen** entstanden sind, sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Das gilt zumindest, wenn die Reisen nicht in besonderer Weise auf die **behinderten Kinder zugeschnitten** sind. Bei den streitigen Aufwendungen handelt es sich auch nicht um behinderungsbedingte Mehraufwendungen, da sie bei einem **vergleichbaren Urlaub** mit nicht behinderten Kindern in derselben Höhe angefallen wären.

BFH, Urteil v. 26. 1. 2006 - III R 22/04[WAAAB-83860]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 24. 3. 2004 - 2 K 535/03

- ▶ Unternimmt ein Elternteil mit seinem schwerbehinderten und hilflosen Kind nicht besonders auf die Behinderung des Kindes zugeschnittene **Urlaubsreisen**, die sich nicht von einem **üblichen Familienurlaub** unterscheiden, und kann er diese Reisekosten nicht durch Belege nachweisen, scheidet ein Steuerabzug nach § 33 EStG aus.
FG München, Urteil v. 27. 6. 2007 - 10 K 824/06[FAAAC-53472]
- ▶ (1) Die Aufwendungen für die **Begleitung** der schwerbehinderten Ehefrau (Grad der Behinderung von 90, Eintrag des Merkzeichens „H“ im Schwerbehindertenausweis) durch den Ehemann bei **mehrfachen jährlichen Kurzurlaube**n sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn die von den Ehegatten durchgeführten Urlaube sich ? von den besonderen Erschwernissen infolge der Behinderung abgesehen ? nicht von einem **üblichen Familienurlaub** unterscheiden. Der Umstand, dass die Ehefrau grds. auf eine Begleitperson angewiesen ist, rechtfertigt für sich allein keine Anerkennung von Kosten für einen normalen Urlaub als außergewöhnliche Belastungen. (2) Bei der Anschaffung einer **Armbanduhr mit Sprachfunktion** handelt es sich nicht um eine krankheitsbedingte Maßnahme, da sie **kein medizinisches Hilfsmittel** im engeren Sinne darstellt, denn eine derartige Uhr ist kein Gegenstand, der nach der Lebenserfahrung ausschließlich von Kranken (Blinden) angeschafft wird. (3) Davon abgesehen scheidet ein zusätzlicher Abzug der Aufwendungen für die Uhr nach § 33 EStG aus, wenn die Steuerpflichtigen die Gewährung eines Behinderten-Pauschetrags nach § 33b EStG beantragt haben.
FG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil v. 27. 2. 2008 - 3 K 160/07[AAAAD-26074]
Erledigung der Hauptsache; BFH, Beschluss v. 26. 10. 2010 - VI R 10/09[MAAAD-23627]
- ▶ Aufwendungen eines **Schwerbehinderten** für eine **Begleitperson** bei Reisen sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn die Begleitperson ein Ehegatte ist, der aus eigenem Interesse an der Reise teilgenommen hat und für den kein durch die Behinderung des anderen Ehegatten veranlasster Mehraufwand angefallen ist.
BFH, Urteil v. 7. 5. 2013 - VIII R 51/10, BStBl 2013 II S. 808[SAAAE-43801]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 5. 5. 2010 - 9 K 2753/07 E

20.

Kuren

- ▶ Kosten für ärztlich verordnete **Nachkuren** an Erholungsorten sind im Allgemeinen keine außergewöhnlichen Aufwendungen.
BFH, Urteil v. 2. 8. 1956 - IV 487/55 U, BStBl 1956 III S. 285[UAAAAB-46235]
- ▶ Sollen Kosten für eine **Badekur** steuerlich berücksichtigt werden, müssen im einzelnen Fall besondere Umstände festgestellt werden, die die Anwendung des § 33 EStG rechtfertigen. So wird z.B. die **Zwangsläufigkeit** der Badekur i. d. R. bejaht werden können, wenn Steuerpflichtige, die sich üblicherweise keine längere Ferienreise leisten können, zur **Heilung einer festgestellten Krankheit** eine Badekur machen. Das gleiche gilt z.B. bei Kuren, zu denen eine Krankenkasse oder eine Behörde aufgrund ärztlicher Gutachten **Zuschüsse** gibt oder wenn ein Steuerpflichtiger nach vorangegangener schwerer Krankheit einen Kurort aufsucht, um die Genesung zu fördern. In allen diesen Fällen ist aber grds. zu verlangen, dass der Steuerpflichtige sich am Kurort unter **ärztliche Kontrolle** begibt. Werden Kosten für Badekuren als außergewöhnliche Belastungen anerkannt, sind sie wegen der **Haushaltersparnis** i. d. R. um einen angemessenen Betrag zu kürzen.
BFH, Urteil v. 26. 7. 1957 - VI 155/55, BStBl 1957 III S.347 [EAAAAA-89763]
- ▶ Bei Heilkuren ist **ärztliche Überwachung** grds. unumgänglich. Ausnahmen können nur in Sonderfällen zugelassen werden.
BFH, Urteil v. 29. 7. 1960 - VI 249/58[AAAAAA-96810]
- ▶ Als Kosten der **Fahrt** zu einem **Kurort**, in dem ein Steuerpflichtiger eine nach § 33 EStG berücksichtigungsfähige Badekur macht, sind regelmäßig die Kosten der **öffentlichen Ver-**

kehrsmittel anzusetzen. Die Kosten für die Benutzung des **eigenen Pkw** sind nur ausnahmsweise berücksichtigungsfähig, wenn nämlich besondere persönliche Verhältnisse des Steuerpflichtigen dies erfordern.

BFH, Urteil v. 30. 6. 1967 - VI R 104/66, BStBl 1967 III S. 655[GAAAA-90337]

- Aufwendungen für **Kraftfahrzeugfahrten am Kurort** und in die Nähe des Kurortes können **nicht** als **Nebenkosten** einer Heilkur nach § 33 EStG berücksichtigt werden.

FG Münster, Urteil v. 6. 11. 1973 - VI 296771 E, EFG 1974 S. 113

- Aufwendungen für eine der Behandlung einer Krankheit dienende Reise (Kur) können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig sein, wenn die Reise zur **Heilung oder Linderung der Krankheit** nachweislich notwendig ist und eine andere Behandlung nicht oder kaum erfolgversprechend erscheint. Zum **Nachweis** dieser Voraussetzungen ist es regelmäßig erforderlich, dass der Steuerpflichtige ein **vor Antritt der Kur** ausgestelltes **amts- oder vertrauensärztliches Zeugnis** vorlegt und sich am **Zielort** unter **ärztlicher Kontrolle** stehenden Kurmaßnahmen unterzieht.

BFH, Urteil v. 14. 2. 1980 - VI R 218/77, BStBl 1980 II S. 295[NAAAA-91496]

- Erleidet ein Steuerpflichtiger auf der **Fahrt zum Kurort** einen **Unfall**, sind die Unfallkosten nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, und zwar gleichgültig, ob die Kur daraufhin angetreten wird oder nicht.

BFH, Beschluss v. 22. 5. 1987 - III R 243/83

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 22. 11. 1982 - I 226/80 (IV)

- Zum Nachweis der Notwendigkeit einer Kurreise ist es regelmäßig erforderlich, dass der Steuerpflichtige ein **vor Antritt der Kur** ausgestelltes **amts- oder vertrauensärztliches Zeugnis** vorlegt und sich am Zielort einer unter **ärztlicher Kontrolle** stehenden **Heilbehandlung** unterzieht. Von diesen strengen Nachweisanforderungen hat die Rechtsprechung in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zugelassen. So kann etwa bei Kurreisen, für deren Heilerfolg allein der **Klimawechsel** entscheidend ist (sog. **Klimakuren**), auf das Erfordernis ständiger ärztlicher Überwachung am Kurort verzichtet werden. In einem derartigen Ausnahmefall ist die Vorlage eines vor Beginn der Heilbehandlung ausgestellten amtsärztlichen Attestes jedoch unerlässlich.

BFH, Urteil v. 23. 10. 1987 - III R 64/65[PAAAB-29497]

- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für eine **Heilkur** können grds. nach § 33 EStG gesondert neben dem **Behinderten-Pauschbetrag** abgezogen werden, sofern die **Zwangsläufigkeit** der Aufwendungen nachgewiesen wird.

BFH, Urteil v. 11. 12. 1987 - III R 95/85, BStBl 1988 II S. 275[YAAAA-92515]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 13. 3. 1985 - 7 K 296/84

- (1) Die Kosten von **Heilkuren von Kindern** können grds. nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn die Notwendigkeit der Kur durch eine vor ihrem Antritt erstellte **amtsärztliche Bescheinigung** bestätigt wird und das Kind während der Kur in einem **Kinderheim** untergebracht ist. (2) Ist das Kind während einer Kur (hier: Klimakur an der Nordsee), bei der es von einem Elternteil begleitet wird, **privat untergebracht**, so ist zusätzlich eine vor Antritt der Kur erstellte amtsärztliche Bescheinigung beizubringen, aus der sich ergibt, **dass** und **warum** der Kurerfolg auch bei einer Unterbringung außerhalb eines Kinderheims gewährleistet ist.

BFH, Urteil v. 12. 6. 1991 - III R 102/89, BStBl 1991 II S. 763[WAAAA-93800]

- Von den strengen Anforderungen für die **medizinische Notwendigkeit** von Kurreisen können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zugelassen werden. So kann statt eines amtsärztlichen Gutachtens auch die **Bescheinigung einer Versicherungsanstalt** oder die **Bestätigung einer Behörde** ausreichen, dass die Notwendigkeit der Kur im Rahmen der Bewilligung von Zuschüssen oder Beihilfen geprüft und anerkannt worden ist. Der **Vermerk des Vertrauensarztes**, dass die Notwendigkeit der Kur zur Bewilligung von Zuschüssen vertrauensärztlich

geprüft worden ist, kann genügen. Dass dies **ohne körperliche Untersuchung** geschehen ist, ist unschädlich, solange nicht konkrete Hinweise auf ein missbräuchliches Handeln des Amts- bzw. Vertrauensarztes gegeben sind. Denn grds. muss der Amts- bzw. Vertrauensarzt aufgrund seiner medizinischen Kenntnisse und Erfahrungen selbst entscheiden können, wann zur Beurteilung der medizinischen Notwendigkeit eine körperliche Untersuchung des Patienten erforderlich ist.

BFH, Urteil v. 29. 10. 1992 - III R 232/90[WAAAB-32933]

- ▶ Zum **Nachweis** der Notwendigkeit einer der Behandlung einer Krankheit dienenden **Kur** ist regelmäßig die Vorlage eines **vor Antritt der Kur** ausgestellten amts- oder vertrauensärztlichen Zeugnisses erforderlich ist. Wegen der im Allgemeinen schwierigen Abgrenzung zu Erholungsreisen und auch wegen der Möglichkeit von Missbräuchen ist es gerechtfertigt, an den Nachweis strenge Anforderungen zu stellen. Es widerspricht nicht dem Grundsatz der **freien Beweiswürdigung**, wenn die steuerliche Anerkennung von Ausgaben für einen Kur-aufenthalt von den geforderten Nachweisen abhängig gemacht wird. Gem. § 76 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 FGO sind die Beteiligten zur Mitwirkung bei der Erforschung des Sachverhalts durch das Gericht verpflichtet. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen der betreffende Beteiligte dem Nachweis am nächsten steht, wie dies in einem Fall der hier vorliegenden Art gegeben ist, in dem es um den Nachweis der Notwendigkeit einer Kurmaßnahme geht. Es ist der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht verwehrt, allgemeingültige Kriterien zur Konkretisierung der Nachweispflicht hinsichtlich der Notwendigkeit von Kurausgaben aufzustellen.

BFH, Urteil v. 8. 7. 1994 - III R 48/93[ZAAAB-34646]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 19. 4. 1993 - 5 K 2348/92

- ▶ Von dem Erfordernis, die medizinische **Notwendigkeit einer Kurreise** durch ein **vor** ihrem Antritt ausgestelltes **amtsärztliches oder vergleichbares Zeugnis** nachzuweisen, kann abgesehen werden, wenn feststeht, dass eine gesetzliche Krankenkasse diese **Notwendigkeitsprüfung** vorgenommen und positiv beschieden hat. Davon kann in der Regel ausgegangen werden, wenn die Kasse einen **Zuschuss** zu den Kosten für die Durchführung der Kur – z. B. zu den Kosten für Unterkunft und Verpflegung – gewährt hat.

BFH, Urteil v. 30. 6. 1995 - III R 52/93, BStBl 1995 II S. 614[HAAAA-95318]

- ▶ Wird ein **Klimakuraufenthalt** zur Behandlung von **Neurodermitis** wie ein **Familienerholungsurlaub** gemeinsam mit Ehefrau und Kindern gestaltet, sind die Aufwendungen hierfür selbst dann nicht als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen, wenn vorgetragen wird, auch die Ehefrau und ein Kind hätten die Klimakur ihrer Erkrankungen wegen angetreten.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 14. 12. 1995 - 6 K 159/95, EFG 1996 S. 379

- ▶ (1) Bescheinigt der **Amtsarzt** die Notwendigkeit einer **ambulanten Kur** nach § 40 Abs. 1 SGB V, sind die Aufwendungen für die Kur eines **Kindes** auch dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn das Kind während der Kurmaßnahme **nicht** in einem **Kinderheim** untergebracht ist (Klarstellung zu BFH, Urteil v. 12. 6. 1991 - III R 102/89, BStBl 1991 II S. 763).
- (2) In diesem Zusammenhang anfallende Kosten einer **Begleitperson** sind abziehbar, wenn eine amtsärztliche **Bescheinigung** über die Notwendigkeit einer Begleitperson **fehlt**, das kurbedürftige Kind aber erst **neun Jahre** alt ist.

FG Münster, Urteil v. 24. 5. 1996 - 13 K 4024/94 E, EFG 1996 S. 926

- ▶ Ob eine **Lese- und Rechtschreibschwäche** eine Krankheit ist, was insbesondere bei einer auf eine Hirnfunktionsstörung zurück gehenden **Legasthenie** anzunehmen ist, und ob deshalb eine logopädische Behandlung medizinisch notwendig und damit für den Steuerpflichtigen zwangsläufig ist, ist durch Vorlage eines **amtsärztlichen Attestes** nachzuweisen. Den Nachweis nicht lediglich durch ein privatärztliches Gutachten, sondern in dieser **qualifizierten Weise** zu führen, ist unverzichtbar, um die Inanspruchnahme ungerechtfertigter steuerlicher Vorteile zu verhindern, mit der in besonderem Maße bei Aufwendungen zu rechnen ist,

die ihrer Art nach nicht eindeutig unmittelbar der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienen, sondern mitunter auch lediglich deshalb ergriffen werden, um Krankheiten vorzubeugen, die Gesundheit allgemein zu fördern oder zum Beispiel die sprachliche Entwicklung eines Kindes zu fördern und zu unterstützen.

BFH, Urteil v. 10. 10. 1996 - III R 118/95[SAAAAB-37920]

Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 23. 8. 1995 - 2 K 1126/94 E

- Die Annahme, dass eine Reise eine **Heilbehandlung** ist, setzt voraus, dass die Reise nach ihrem **Gesamtcharakter** eine nach **ärztlicher Anordnung** und unter **ärztlicher Leitung** durchgeführte Kurreise und nicht ein Erholungsaufenthalt ist, der der Gesundheit letztlich auch förderlich ist. Gegen die Annahme einer Heilkur kann insbesondere der äußere Ablauf der Reise sprechen, z. B. wenn eine (erwachsene) kurbedürftige Person nicht in einem Sanatorium o. ä., sondern in einem **Hotel** oder Privatquartier untergebracht ist. Ebensovienig reicht es für die Annahme einer Heilbehandlung aus, dass die **Kurmittelabteilung des Hotels**, in dem der Steuerpflichtige gewohnt hat, als solche unter der **Leitung und Aufsicht eines Arztes** steht. Denn diese Umstände erfüllen für sich genommen noch nicht die Anforderungen an eine ärztliche Leitung und Überwachung der Kur in dem hier maßgeblichen Sinn.

BFH, Urteil v. 17. 12. 1997 - III R 32/97[XAAAAB-38883]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 22. 4. 1996 - 4 K 4885/95

- Die Berücksichtigung von Kosten einer **Begleitperson** während einer medizinisch indizierten Kur als außergewöhnliche Belastung setzt grds. voraus, dass die krankheits- oder altersbedingte Notwendigkeit der Begleitung durch ein **vor Reiseantritt** eingeholtes **amtsärztliches Gutachten** oder eine andere, diesem gleichzustellende Bescheinigung nachgewiesen wird.

BFH, Urteil v. 17. 12. 1997 - III R 35/97, BStBl 1998 II S. 298[TAAAAA-96163]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 5. 3. 1996 - 6 K 1395/95

- Der III. Senat hält an seiner Rechtsprechung im Urteil v. 12. 6. 1991 - III R 102/89 (BStBl 1991 II S. 763) fest, wonach Kosten für **Kinderkuren**, bei denen das Kind mit einer Begleitperson **privat untergebracht** ist, grds. nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden können, wenn vor Antritt der Kur amtsärztlich neben der Notwendigkeit der Kur als solcher zusätzlich auch bescheinigt wird, dass und warum der Kurerfolg auch bei einer Unterbringung außerhalb eines Kinderheims gewährleistet ist.

BFH, Urteil v. 2. 4. 1998 - III R 67/97, BStBl 1998 II S. 613[XAAAAA-96302]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 24. 6. 1997 - 8 K 166/95

- Auch bei Annahme von Aufwendungen für eine Kur als Krankheitskosten ist ihr Abzug dann nicht möglich, wenn der Steuerpflichtige die Aufwendungen durch die **Inanspruchnahme anderweitiger Ersatzmöglichkeiten** hätte abwenden können. Ob und wieweit es dem Steuerpflichtigen zuzumuten ist, vorrangige Ersatzmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Dementsprechend ist **Zwangsläufigkeit** immer zu verneinen, wenn der Steuerpflichtige Ansprüche gegen einen zur Zahlung verpflichteten oder grds. bereiten Verpflichtungsträger nicht geltend macht.

FG Köln, Urteil v. 22. 2. 1999 - 4 K 1305/96

- Sehr strenge Anforderungen an den Nachweis der Notwendigkeit einer **Heilkur** sind insbesondere dann notwendig, wenn die ganze Familie in den schönsten Sommermonaten der **Mobilität am Kurort** wegen mit dem eigenen Kraftfahrzeug in eine **frei gewählte Unterkunft**, in der es die in Kurkliniken üblichen Beschränkungen nicht gibt, an einen Kurort fährt, der auch von normalen Urlaubern besucht wird. In diesen Fällen reicht eine Bezuschussung der Heilkur durch die gesetzlichen Krankenkassen ohne „vertrauensärztliche“ medizinische Prüfung und eine nachfolgende Bestätigung durch den Amtsarzt, dass die Familie an einer Heilkur teilgenommen hat, nicht zur steuerlichen Anerkennung als außergewöhnliche Belastung aus.

FG Thüringen, Urteil v. 4. 11. 1999 - II 276/98[TAAAB-13150]

- Eine Kur ist die planmäßige, über längere Zeit und in einem Kurort durchgeführte Anwendung besonders zusammengestellter Heilmittel. Der **Nachweis** für deren Notwendigkeit muss durch ein vorher erstelltes amts- oder vertrauensärztliches Attest erbracht werden.
FG Nürnberg, Urteil v. 5. 10. 2000 - IV 213/99[IAAAB-11700]
- (1) Die im Zusammenhang mit einem Kuraufenthalt anfallenden **Reise- und Übernachtungskosten** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn die Notwendigkeit der Kurreise durch ein **vor** Antritt der Kur ausgestelltes **amts- oder vertrauensärztliches Zeugnis** nachgewiesen wird und der Steuerpflichtige sich am Kurort einer unter **ärztlicher Kontrolle** stehenden Heilbehandlung unterzieht. Dies gilt auch dann, wenn der Besuch von **Thermal- und Bewegungsbädern** am Kurort nachweislich zu einer zeitweiligen Linderung der Beschwerden des Steuerpflichtigen führt. Fehlt es in diesem Fall an einem vor Antritt des Kuraufenthalts ausgestellten ärztlichen Attest bzw. einer unter ärztlicher Kontrolle stehenden Heilbehandlung am Kurort, ist nur der **Eigenanteil** der Eintrittskosten für die Thermalbäder abzugsfähig. (2) Die vorgenannten Grundsätze an die Abzugsfähigkeit von Kurkosten gelten auch dann, wenn ärztlich verschriebene Thermalbäder nicht im Rahmen eines zeitlich zusammenhängenden Kuraufenthalts besucht werden, sondern im Rahmen einer Vielzahl von **Kurzaufenthalten** am Kurort.
FG München, Urteil v. 27. 3. 2001 - 10 K 603/99[TAAAB-09431]
- Der **Nachweis** der Notwendigkeit einer Kurreise durch ein Gutachten des Amtsarztes oder die Bescheinigung einer Versicherungsanstalt ist nur dann geführt, wenn sich daraus auch das **Reiseziel** (Kurort) ergibt.
FG München, Urteil v. 19. 11. 2001 - 13 K 4453/98[JAAAB-09631]
- (1) Zum **Nachweis** der medizinischen Notwendigkeit einer Kur ist es regelmäßig erforderlich, dass der Steuerpflichtigen ein vor Antritt der Kur ausgestelltes **amtsärztliches oder vergleichbares Attest** vorlegt und sich am Zielort einer unter **ärztlicher Kontrolle** stehenden Heilbehandlung unterzieht. (2) Von der Vorlage eines amtsärztlichen Attestes kann abgesehen werden, wenn feststeht, dass die **medizinische Notwendigkeit** der Kurmaßnahme von der **Krankenversicherung** geprüft und bejaht worden ist. Dabei wird aber davon ausgegangen, dass die Durchführung der Kur vom medizinischen Dienst der Krankenkasse überprüft und befürwortet wird. Diese Überprüfung und Bejahung besitzt eine ähnliche Nachweis-kraft, wie ein amtsärztliches Attest. (3) Eine **Zuschussgewährung** durch eine Krankenkasse **ohne Überprüfung** durch den medizinischen Dienst reicht nicht aus, um die medizinische Notwendigkeit der Kur nachzuweisen. Nicht ausreichend ist auch die Bewilligung durch den **Sachbearbeiter** bzw. einen Leistungsprüfer der Krankenkasse.
FG Niedersachsen, Urteil v. 28. 5. 2002 - 13 K 501/97[YAAAB-11281]
- Erleidet ein Steuerpflichtiger auf dem **Weg von** der ärztlich verordneten **Kur nach Hause** einen **Autounfall**, kann er die dadurch bedingten Reparaturaufwendungen dann nicht als außergewöhnliche Belastung (Krankheitskosten) in Abzug bringen, wenn er die Fahrt auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln hätte durchführen können.
FG München, Urteil v. 6. 12. 2002 - 1 K 4707/01[ZAAAB-09912]
- Aufwendungen für eine **Klimaheilbehandlung** am **Toten Meer** können nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn die medizinische Notwendigkeit dieser Behandlung im Einzelfall durch ein **vor** ihrem Beginn erstelltes **amtsärztliches Attest** nachgewiesen ist.
BFH, Urteil v. 17. 7. 2003 - III R 5/02[UAAAA-70350]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 13. 12. 2001 - 14 K 217/00
- (1) Die Anerkennung der Aufwendungen für eine **Klimakur** als außergewöhnliche Belastung setzt den Nachweis der medizinischen Notwendigkeit durch ein **vor** Antritt der Reise ausgestelltes amtsärztliches Attest voraus. Statt dieses Attestes kann ausnahmsweise auch die Bescheinigung einer **Versorgungsanstalt** oder die Bestätigung einer **Behörde** genügen,

wenn sich daraus zweifelsfrei ergibt, dass der Steuerpflichtige krank und der Aufenthalt an einem bestimmten Kurort für einen gewissen Zeitraum medizinisch angezeigt ist (hier: keine Anerkennung der mit dem eigenen **Wohnmobil** durchgeführten Kurreise an die Algarveküste nach Portugal, nachdem eine Kur im Inland verordnet worden war und die Versorgungsanstalt auf künftige amtsärztliche Untersuchungen verzichtet hatte). (2) Auch wenn die Kurkosten vom Finanzamt in den Vorjahren zu Unrecht als außergewöhnliche Belastungen anerkannt worden sind, ist das Finanzamt nach dem Grundsatz der **Abschnittsbesteuerung** in jedem Jahr zu einer neuen Überprüfung verpflichtet und muss eine nunmehr ggf. als falsch erkannte Rechtsauffassung in den Vorjahren aufgeben und den Steuerabzug der Kuraufwendungen im laufenden Jahr ggf. ablehnen.

FG München, Urteil v. 11. 9. 2003 - 9 K 5239/01[YAAAAB-14732]

- (1) Kuraufwendungen können nur dann ausnahmsweise aufgrund eines nachträglich erstellten amtsärztlichen Attests als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn dem Amtsarzt **objektive Untersuchungsergebnisse** vorgelegt werden, aufgrund derer er die medizinische Notwendigkeit einer Maßnahme im **Nachhinein** sicher beurteilen kann (Anschluss an BFH, Urteil v. 15. 3. 2007 - III R 28/06). (2) Aus dem **Attest** muss weiterhin – in gleicher Weise wie bei einem vor Kurantritt erstellten – hervorgehen, welche **Erkrankungen** des Steuerpflichtigen eine Kur erforderten und welche **Therapien** zur Linderung oder Heilung notwendig waren.

FG Düsseldorf, Urteil v. 18. 8. 2009 - 17 K 3411/08 E[DAAAD-31811]

- (1) Aufwendungen für eine Kur, die nicht der Vorbeugung oder Heilung einer typischen Berufskrankheit dient, sondern im Wesentlichen der **Wiederherstellung und Erhaltung des allgemeinen Gesundheitszustands**, können einkommensteuerrechtlich nur als außergewöhnliche Belastung unter Anrechnung einer **zumutbaren Eigenbelastung** und nicht als Werbungskosten berücksichtigt werden. (2) Kurkosten können grundsätzlich nur bei **Nachweis** anerkannt werden.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 16. 7. 2010 - 10 K 4686/09[VAAAD-56462]

- (1) Die Berücksichtigung von **Kuraufwendungen** als außergewöhnliche Belastungen erfordert den **Nachweis der Notwendigkeit** der getätigten Aufwendungen. (2) Aufwendungen für Kurmaßnahmen sind trotz ärztlicher Bescheinigung nicht notwendig und damit keine Krankheitskosten i. S. von § 33 Abs. 1 EStG, wenn es an einer **laufenden ärztliche Kontrolle** am Kurort durch einen **Kurplan** fehlt und zudem Leistungen in Anspruch genommen werden, die auch von anderen Gästen ohne Kuraufenthalt genutzt werden. (3) Der Umstand, dass derartige Aufwendungen in **Vorjahren** als außergewöhnliche Belastungen anerkannt wurden, begründet **keinen Vertrauenstatbestand**, da jede Kurmaßnahme für sich auf die Notwendigkeit nach § 33 Abs. 1 EStG zu beurteilen ist.

FG Münster, Urteil v. 6. 9. 2011 - 1 K 2809/08 E[XAAAD-95399]

- Medizinisch indiziert (angezeigt) ist **jedes diagnostische oder therapeutische Verfahren**, dessen Anwendung in einem Erkrankungsfall hinreichend gerechtfertigt (angezeigt) ist: Eine medizinische oder therapeutische Notwendigkeit im Sinne einer Alternativlosig- oder einer Unausweichlichkeit der gewählten Heilmaßnahme muss im Rahmen des § 33 EStG nicht nachgewiesen werden. Zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 1 EStG ist das medizinisch Indizierte, nicht das medizinisch zwingend Erforderliche. Grds. werden ein **Kuraufenthalt von Kindern** nur dann als Heilmaßnahme und die damit zusammenhängenden Aufwendungen nur dann als Krankheitskosten nach § 33 Abs. 1 EStG anerkannt, wenn das Kind während der Kur in einer **Kurklinik** untergebracht worden ist oder nachgewiesen wird, dass und warum der Kurerfolg ausnahmsweise auch bei einer anderweitigen Unterbringung erreicht werden kann. Ist die Unterbringung in einer Kurklinik zur Erreichung des Kurerfolges medizinisch nicht geboten, ist bei minderjährigen Kindern die Notwendigkeit einer **Begleitperson** aufgrund ihres

Alters allerdings offenkundig. Eines weiteren (medizinischen) Nachweises bedarf es insoweit nicht.

BFH, Urteil v. 5. 10. 2011 - VI R 88/10[UAAD-96894]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 17. 6. 2010 - 1 K 2864/09

21. Pflegepersonal

► Die Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die **Beschäftigung einer Arbeitskraft**, die neben der **Pflege** der Person des Steuerpflichtigen zum Teil auch die **Haushaltsführung** erledigt, können nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn die Tätigkeit der Arbeitskraft **mehr der einer Pflegerin** als der einer Hausgehilfin entspricht. Es können mithin in diesem Fall auch höhere Aufwendungen als die in § 33a Abs. 3 EStG vorgesehenen Höchstbeträge berücksichtigt werden.

FG Nürnberg, Urteil v. 30. 9. 1960 - I 332/60, EFG 1961 S. 161

► (1) Beantragt der Steuerpflichtige den Abzug von **Krankheitskosten** als außergewöhnliche Belastung, hat er die **Pflegebedürftigkeit** durch einen objektivierten Nachweis, beispielsweise ein amtsärztliches oder vertrauensärztliches Zeugnis zu belegen. (2) Ein **objektivierter Nachweis** der Pflegebedürftigkeit liegt nicht vor, wenn die bestätigende Person angesichts langjähriger Pflege und Behandlung ein gewisses **Näheverhältnis** zum Steuerpflichtigen entwickelt hat, das keine Betrachtung der Situation des zu pflegenden mit den Augen eines fremden Dritten mehr erlaubt. (3) Eine entsprechende Anwendung von § 65 EStDV ist nicht sachgerecht, soweit damit dem Steuerpflichtigen **anderweitige Nachweise** der Pflegebedürftigkeit abgeschnitten sind.

FG Saarland, Urteil v. 26. 11. 2002 - 2 K 157/00[BAAAB-12628]

22. Geburt/Adoption

► Aufwendungen zur Vorbereitung und Durchführung einer **Adoption** sind **mangels Zwangsläufigkeit** als außergewöhnliche Belastung jedenfalls in den Fällen nicht berücksichtigungsfähig, in denen nicht bereits **vor der Adoption** eine gewachsene hinreichend **enge persönliche Beziehung** mit der Erwartung der Annahme als Kind derart aufgebaut war, dass der Annehmende sich einer dadurch begründeten persönlichen **sittlichen Verpflichtung** gegenüber dem Anzunehmenden nicht mehr entziehen kann.

FG Köln, Urteil v. 28. 2. 1985 - VIII 310/82 E, EFG 1985 S. 503

► **Adoptionskosten** sind keine als außergewöhnliche Belastung abziehbaren Krankheitskosten. Die **Unfruchtbarkeit** ist **keine Krankheitsfolge**, die durch eine Adoption beseitigt werden könnte.

FG Hessen, Urteil v. 20. 3. 1986 - 1 K 171/85, EFG 1986 S. 448

► Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die **Adoption** eines **fremdländischen Kindes** (Reisekosten, Vermittlungsgebühren usw.) sind keine (zwangsläufigen) außergewöhnlichen Belastungen i. . von § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 13. 3. 1987 - III R 301/84, BStBl 1987 II S. 495[NAAAA-92361]

► Aufwendungen für die **Adoption** eines Kindes sind **keine** nach § 33 EStG abziehbaren **Krankheitskosten**.

BFH, Urteil v. 20. 3. 1987 - III R 150/86, BStBl 1987 II S. 596[EAAAA-92377]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 2. 9. 1986 - 2 K 144/84

► Einem im Ausland begründeten **Pflegeverhältnis** zwischen dem Steuerpflichtigen und dem Kind ist – ungeachtet der Intensität dieser Beziehung – allein aufgrund des kurzen Zeitraums von einem Monat keine entscheidende Bedeutung gegenüber dem umfassenden und einheitlichen Entschluss des Steuerpflichtigen zur Annahme eines Kindes zuzumessen. Alle

in Ausführung dieses Entschlusses zur **Adoption** geleisteten Aufwendungen sind daher von einem Abzug als außergewöhnliche Belastung ausgeschlossen.

BFH, Urteil v. 3. 6. 1987 - III R 6/87[CAAAB-29500]

- Auch **Flugkosten** für Adoptivkinder aus der **Dritten Welt** können nicht unter dem Gesichtspunkt der **Familienzusammenführung** als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

BFH, Beschluss v. 27. 4. 1995 - III B 77/93[TAAAB-37133]

- Aufwendungen für die **Adoption** eines Kindes sind i. d. R. **mangels Zwangsläufigkeit** nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 Abs. 1 und 2 EStG abziehbar. Die Zwangsläufigkeit der Adoptionskosten wird im Regelfall sowohl aus rechtlichen, aus sittlichen als auch aus tatsächlichen Gründen verneint. Wegen fehlender objektiver Zwangslage ist die Adoption nicht als eine zielgerichtete medizinische Heilmaßnahme, sondern allenfalls als eine der privaten Lebensführung zuzurechnende **Folgemaßnahme** i. S. von § 12 Nr. 1 EStG zu beurteilen.

BFH, Beschluss v. 17. 5. 2000 - III B 71/99[PAAAA-65532]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 9. 3. 1999 - II 388/98

- Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der **Adoption** eines Kindes entstehen, sind keine außergewöhnlichen Belastungen.

FG Niedersachsen, Urteil v. 8. 12. 2004 - 3 K 635/03[VAAAB-52946]

- Die **Adoption** von Kindern ist nicht aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen unausweichlich, sondern beruht auf dem **freien, nicht von außen bestimmten Willen** des Steuerpflichtigen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 15. 9. 2009 - 3 K 1841/06[CAAAD-32416]

- (1) Kosten für eine **Adoption** sind auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung bei der Einkommensteuer zu berücksichtigen, wenn es den Steuerpflichtigen aus Gründen der **primären Sterilität** nicht möglich ist, leibliche Kinder zu zeugen, und sie aus ethischen und gesundheitlichen Gründen **künstliche Befruchtungsmethoden** ablehnen. (2) Die Adoption ist keine auf das Krankheitsbild des Betroffenen abgestimmte **Heilbehandlung**.

BFH, Urteil v. 10. 3. 2015 - VI R 60/11, BStBl 2015 II S. 695 [XAAAE-94265]

Verfassungsbeschwerde eingelegt; Az. des BVerfG: 2 BvR 1208/15 Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 10. 2011 - 6 K 1880/10 [UAAAE-00431] s. a. BFH, Beschluss v. 9. 10. 2014 - GrS 1/13 [SAAAE-83407]

23. Verlobung/Hochzeit

- Die Kosten einer **Hochzeitsfeier** sind keine zwangsläufigen Aufwendungen der **Eltern der Braut**.

BFH, Urteil v. 2. 5. 1958 - VI 303/57 U, BStBl 1958 III S. 296[NAAAAB-46580]

- Die **Ausstattung**, die **Eltern** einem heiratenden Sohn bei der **Eheschließung** zuwenden, ist keine zwangsläufige Belastung i. S. von § 33 EStG, wenn der Sohn eine Berufsausbildung erhalten hat, die es ihm ermöglicht, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

BFH, Urteil v. 18. 8. 1967 - VI R 51/66, BStBl 1967 III S. 758[PAAAB-49193]

- **Reisekosten**, die ein deutscher Staatsangehöriger für die **Eheschließung** mit einer Bürgerin der damaligen Sowjetunion in Moskau aufgewandt hat, stellen keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar. Es würde den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, die Eheschließung als etwas Ungewöhnliches anzusehen. Sie entspricht vielmehr immer noch der normalen Lebensgestaltung breiter Bevölkerungsschichten und kann schon deshalb nicht als ihrer Art nach außergewöhnlich angesehen werden. Nichts anderes gilt für Reisekosten, die wegen der Eheschließung auf den Steuerpflichtigen zukommen.

BFH, Urteil v. 15. 4. 1992 - III R 11/91, BStBl 1992 II S. 821[LAAAA-94242]

- Muss der **Verlobte** wegen der beabsichtigten und alsbald durchgeführten Eheschließung seine **Berufstätigkeit** – z. B. infolge vorzeitigen Ortswechsels – aufgeben (oder verliert er eine andere alleinige Unterhaltsquelle), ist der andere Partner sittlich verpflichtet, eine dadurch eintretende Unterhaltsbedürftigkeit zu beseitigen.
BFH, Urteil v. 30. 7. 1993 - III R 16/92, BStBl 1994 II S. 31[QAAAA-94797]
- Kosten einer **Eheschließung** können auch dann nicht als außergewöhnliche Belastungen steuerlich berücksichtigt werden, wenn sie deshalb besonders hoch sind, weil einer der Ehepartner **ausländischer Staatsbürger** ist. Aus Art. 6 Abs. 1 GG lässt sich kein Anspruch auf unbeschränkte Subventionierung ehebedingter Aufwendungen ableiten.
FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 15. 8. 2012 - 7 K 7030/11[IAAAE-19701]

24. Lebensgemeinschaft

- Partner einer **eheähnlichen Lebensgemeinschaft** haben nach dem geltenden bürgerlichen Recht, auch wenn sie miteinander **verlobt** sind, gegeneinander keinen gesetzlichen Anspruch auf Unterhalt.
BFH, Urteil v. 27. 10. 1989 - III R 205/82, BStBl 1990 II S. 294[UAAAA-93160]
- Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an seinen Partner in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft können zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG erwachsen. Die für die Annahme einer **sittlichen Verpflichtung** zur Leistung von Unterhalt erforderlichen **besonderen Umstände** und eine **gemeinschaftsbedingte Bedürftigkeit** des Empfängers liegen vor, wenn der Partner seine Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung eines gemeinsamen Kleinkindes aufgegeben hat und die Lebensgemeinschaft auf Dauer angelegt ist (Anschluss an BFH, Urteil v. 27. 10. 1989 - III R 205/82, BStBl 1990 II S. 294).
BFH, Urteil v. 18. 4. 1990 - III R 102/87, BStBl 1990 II S. 886[RAAAA-93430]
- Eine **sittliche Verpflichtung** zur Leistung von Unterhalt zwischen Partnern einer **gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft** volljähriger Personen kommt nur in Betracht, wenn die Bedürftigkeit eines Partners gemeinschaftsbedingt ist und besondere Umstände vorliegen, die die Unterhaltsgewährung bei Würdigung der gesamten Umstände als unausweichlich erscheinen lassen (Fortführung der BFH-Urteile v. 27. 10. 1989 - III R 205/82, BStBl 1990 II S. 294, und v. 18. 4. 1990 - III R 102/87, BStBl 1990 II S. 886).
BFH, Urteil v. 12. 4. 1991 - III R 85/89, BStBl 1991 II S. 518[OAAAA-93684]
- Kosten familienrechtlicher und sonstiger Regelungen auch im Zusammenhang mit der Ehescheidung sind grds. nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Das gilt selbst für **Prozesskosten**, die dadurch entstehen, dass die sog. Scheidungsfolgesachen auf Antrag zusammen mit der Scheidung durch das Familiengericht entschieden werden. Entsprechend sind Gerichts- und Anwaltskosten für einen Prozess gegen den ehemaligen Lebensgefährten auf **Herausgabe von persönlichem Mobiliar** nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
BFH, Beschluss v. 21. 12. 2005 - III B 98/05[FAAAB-76609]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 9. 5. 2005 - 1 K 3897/04

25. Scheidung

- Mehraufwendungen, die einem Steuerpflichtigen durch das **Getrenntleben** von seinem Ehegatten entstehen, können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, auch wenn die Ehe **nicht geschieden** ist. Auf die **Schuldfrage** ist zum Nachweis der Zwangsläufigkeit i. d. R. nicht einzugehen. Soweit im BFH-Urteil v. 22. 9. 1955 - IV 616/53 U, BStBl 1955 III S. 347, hinsichtlich der Aufwendungen vor der Scheidung und der Kosten des Scheidungsprozesses ein engerer Standpunkt vertreten wird, folgt ihm der erkennende Senat nicht.

- BFH, Urteil v. 21. 3. 1958 - VI 14/54 U, BStBl 1958 III S. 329[HAAAAB-46504]
- Eine zur **Ablösung laufender Unterhaltungsleistungen** an einen **geschiedenen Ehegatten** geleistete einmalige Zahlung ist nicht ohne Weiteres eine außergewöhnliche Belastung.
BFH, Urteil v. 18. 7. 1958 - VI 16/57 U, BStBl 1958 III S. 388[VAAAAB-46787]
 - Löst ein Steuerpflichtiger seine **Unterhaltsverpflichtungen** gegenüber seiner **geschiedenen unterhaltsberechtigten Ehefrau** durch eine **einmalige Zahlung** ab, ist das ein im Bereich des **Vermögens** liegender Vorgang. Eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG kommt daher für den Steuerpflichtigen nicht in Betracht, und zwar selbst dann nicht, wenn die Ablösung aufgrund eines gerichtlichen Urteils erfolgte. Für das Jahr, in dem die Ablösung geleistet wird, ist jedoch ein Freibetrag nach § 33a EStG zu gewähren.
BFH, Urteil v. 17. 5. 1963 - VI 273/62 U, BStBl 1963 III S. 378[IAAAB-47827]
 - (1) **Abfindungsleistungen** des Steuerpflichtigen an seine **geschiedene Ehefrau** und an seine Geschwister im Zusammenhang mit einer Betriebsveräußerung können nicht als außergewöhnliche Belastung (§ 33 EStG) berücksichtigt werden. Bei der Abfindungsleistung an die geschiedene Ehefrau handelt es sich vor allem um eine **Ablösung der Unterhaltsverpflichtungen** durch einen einmaligen Kapitalbetrag. Sie stellt einen im Bereich des Vermögens liegenden Vorgang dar. Eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG kommt daher für den Steuerpflichtigen auch nicht unter dem Gesichtspunkt in Betracht, dass die Ablösung zur Voraussetzung der behördlichen Genehmigung des Verkaufsvertrages gemacht worden war. (2) Ebenso gehört die Zahlung, die der Steuerpflichtige an seine **Geschwister** leistete, in den Bereich seines Vermögens und nicht seines Einkommens. Sie stand im Zusammenhang mit dem Erwerb des Hofes und diente der **Erbaueinandersetzung**.
BFH, Urteil v. 3. 6. 1965 - IV 180/61 U, BStBl 1965 III S. 579[VAAAAB-48423]
 - **Ehescheidungskosten** entstehen einem Steuerpflichtigen grds. zwangsläufig i. S. von § 33 EStG, auch wenn die Ehe aus seinem **Verschulden** geschieden wird. Der VI. Senat hält die Rechtsgrundsätze des BFH-Urteils v. 21. 3. 1958 - VI 14/54 U (BStBl 1958 III S. 329) aufrecht.
BFH, Urteil v. 23. 2. 1968 - VI R 239/67, BStBl 1968 II S. 407 [FAAAB-50309]
 - **Ehescheidungskosten** im Zusammenhang mit einer sog. **Konventionalscheidung** sind keine außergewöhnliche Belastung. Das gilt insbesondere für Aufwendungen für einen **Privatdetektiv** zur Beschaffung von Beweismaterial.
FG Hessen, Urteil v. 13. 11. 1970 - I 2/70, EFG 1971 S. 136
 - Aufwendungen, die ein als schuldig geschiedener Steuerpflichtiger an seine frühere Ehefrau zur **Ablösung künftiger Unterhaltsverpflichtungen** geleistet hat, können nur nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden.
BFH, Urteil v. 22. 1. 1971 - VI R 47/69, BStBl 1971 II S. 325[NAAAA-90647]
 - **Anwaltskosten**, die nach einer Ehescheidung im Verfahren um die **Regelung der elterlichen Gewalt** über die minderjährigen Kinder entstehen, stellen eine außergewöhnliche Belastung dar, weil sich die geschiedenen Ehegatten diesen Aufwendungen aus rechtlichen und sittlichen Gründen nicht entziehen können.
FG Niedersachsen, Urteil v. 18. 2. 1974 - IX L 18/72, EFG 1974 S. 367
 - Zu den Ehescheidungskosten, die nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden können, gehören nicht die Kosten für die Beschäftigung eines **Detektivs**, der im Auftrag des Steuerpflichtigen Material zum **Nachweis eines Verschuldens** des Ehegatten beschaffen soll.
BFH, Urteil v. 8. 11. 1974 - VI R 22/72, BStBl 1975 II S. 111[MAAAB-00178]
 - Aufwendungen des alleinschuldig geschiedenen Ehegatten für die **Einrichtung des Haushalts** seiner **früheren Ehefrau** nach der Scheidung gehören dem **Vermögensbereich** an und können deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Das gilt sowohl für die Anschaffung von **Möbeln** als auch für die mit der Trennung der

Eheleute verbundenen Folgeaufwendungen für die Beschaffung und den Bezug einer neuen **Wohnung**.

BFH, Urteil v. 16. 5. 1975 - VI R 163/73, BStBl 1975 II S. 538[DAAAA-91054]

- (1) Aufwendungen für die Durchführung der auf eine Ehescheidung folgenden **Regelung der Vermögensverhältnisse** der früheren Ehegatten sind Kosten der Lebensführung. Solche Aufwendungen sind auch dann nicht Betriebsausgaben, wenn der Steuerpflichtige im Hinblick auf eine mögliche Beeinträchtigung seiner beruflichen Sphäre infolge der Ehescheidung einer raschen und großzügigen Regelung zugestimmt hat. (2) Derartige **Folgekosten** einer Ehescheidung können auch nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 10. 2. 1977 - IV R 87/74, BStBl 1977 II S. 462[OAAAA-91221]

- Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen dadurch entstehen, dass er – um die Scheidung seiner Ehe zu erleichtern – **von seiner Ehefrau getrennt lebt**, gehören nicht zu den als außergewöhnliche Belastung abziehbaren Ehescheidungskosten; es fehlt am Merkmal der Zwangsläufigkeit.

FG Bremen, Urteil v. 23. 4. 1980 - I 162/79, EFG 1980 S. 443

bestätigt durch BFH, Beschluss v. 19. 9. 1980 - VI B 66/80

- Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen im Anschluss an die Scheidung seiner Ehe im Zusammenhang mit einem Verfahren über das **Sorgerecht für die Kinder** nach § 1671 BGB i.d.F. des Gleichberechtigungsgesetzes v. 18. 6. 1957 entstehen, sind i. d. R. ? wie die Ehescheidungskosten selbst ? außergewöhnliche Belastungen i. S. von § 33 EStG. Das gilt auch für die Aufwendungen für ein Beschwerdeverfahren gegen den im Sorgerechtsverfahren ergangenen Beschluss des Vormundschaftsgerichts.

BFH, Urteil v. 2. 10. 1981 - VI R 38/78, BStBl 1982 II S. 116[GAAAA-91682]

- Kosten für ein **Ehescheidungsverfahren** sind auch dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn das Verfahren nicht durch **Urteil**, sondern auf andere Weise, z. B. durch **Klagerücknahme**, beendet worden ist.

FG Hamburg, Urteil v. 2. 10. 1981 - VI 68/78, EFG 1982 S. 246

- Eine **einverständliche Ehescheidung** nach § 630 ZPO schließt den Abzug von Kosten für eine sog. **Scheidungsvereinbarung** über die **Abgeltung des Vorsorgeunterhaltsanspruchs**, die **Herausgabe von Hausrat** und den **Zugewinnausgleich** als außergewöhnliche Belastungen nicht grds. aus. Solche Kosten sind selbst bei einer **vor** dem gerichtlichen Ehescheidungstermin **notariell beurkundeten Scheidungsvereinbarung** zwangsläufige Aufwendungen i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, wenn die einverständliche Ehescheidung ohne Abschluss der Vereinbarung nicht zustande gekommen wäre.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 14. 4. 1988 - 3 K 6/87, EFG 1988 S. 420

- Das **Verfahren betr. Namensänderung** eines aus einer geschiedenen Ehe stammenden **Kindes** ist ein vom eigentlichen Scheidungsverfahren losgelöstes **selbständiges Verwaltungsverfahren**. Aufwendungen für ein derartiges Namensänderungsverfahren sind nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG, da es sich weder um ein Scheidungs- noch um ein Scheidungsfolgeverfahren handelt.

FG Niedersachsen, Urteil v. 27. 7. 1989 - II 81/89, EFG 1990 S. 64

bestätigt durch BFH, Beschluss v. 22. 3. 1991 - III B 109/89

- Kosten für die Einschaltung eines **Detektivs** im Zusammenhang mit einem **Prozess** betreffend den Unterhalt in der Zeit des Getrenntlebens vor der Ehescheidung entstehen grds. nicht zwangsläufig. Eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung kommt nur ausnahmsweise dann in Betracht, wenn konkreter Anlass zu der Befürchtung besteht, der Kläger werde seinen rechtlich begründeten Standpunkt mit den Mitteln der gerichtlichen Beweisaufnahme nicht durchsetzen können.

BFH, Urteil v. 21. 2. 1992 - III R 88/90, BStBl 1992 II S. 795[IAAAA-94230]

- Aufwendungen für einen **Detektiv** gehören grds. nicht zu den unmittelbaren und unvermeidbaren Kosten eines Ehescheidungsprozesses. Andere Kosten als mit der Ehescheidung verbundene **Anwalts- und Gerichtskosten** sind i. d. R. nicht zwingend erforderlich, um die Ehescheidung, deren Zwangsläufigkeit unterstellt wird, durchzuführen.
BFH, Urteil v. 21. 2. 1992 - III R 2/91[GAAAB-32934]
- Die Kosten für einen **notariellen Gütertrennungs- und Überlassungsvertrag** des Steuerpflichtigen mit seiner Ehefrau sind außergewöhnliche Belastungen i. S. von § 33 Abs. 1 EStG, soweit der Vertrag im **Vorgriff** auf die in Aussicht genommene („einvernehmliche“) Scheidung **vermögensrechtliche** und **unterhaltsrechtliche Auseinandersetzungsansprüche** der Eheleute regelt.
FG Hamburg, Urteil v. 19. 1. 1996 - V 213/94, EFG 1996 S. 383
- Kosten eines **Zivilprozesses** um **vermögensrechtliche Ansprüche**, auch wenn sie im Zusammenhang mit der Scheidung einer Ehe nach Gütertrennung stehen, stellen grds. keine außergewöhnliche Belastung dar. Denn es fehlt schon an der **Zwangsläufigkeit** der unmittelbaren Ursache solcher Kosten. Anders als bei einem Scheidungsprozess besteht bei der Durchführung einer vermögensrechtlichen Auseinandersetzung nicht die prozessuale Notwendigkeit eines gerichtlichen Titels.
BFH, Beschluss v. 9. 5. 1996 - III B 180/95[FAAAB-37891]
- Zahlungen zur **Ablösung** von **Ansprüchen auf Unterhalt** nach Scheidung der Ehe sind regelmäßig nur im Rahmen von § 33a Abs. 1 EStG und nicht nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig.
BFH, Beschluss v. 12. 3. 1997 - III B 5/95[KAAAB-38857]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 8. 11. 1994 - 8 K 139/92
- Der Abzug einer vergleichsweise vereinbarten **Kapitalabfindung** zur Abgeltung sämtlicher möglicherweise in der Vergangenheit entstandener und künftiger **Unterhaltsansprüche** eines geschiedenen Ehegatten nach § 33 Abs. 1 EStG scheidet in aller Regel wegen fehlender Zwangsläufigkeit aus.
BFH, Urteil v. 26. 2. 1998 - III R 59/97, BStBl 1998 II S. 605[KAAAA-96299]
Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 13. 11. 1995 - I 88/94
- Aufwendungen für eine spätere außergerichtliche vermögensrechtliche Auseinandersetzung nach der Scheidung als **Scheidungsfolgekosten** (hier: **Darlehenszinsen** aufgrund eines fremdfinanzierten Erwerbs eines Familienheims zu Alleineigentum im Zuge einer **Teilungsversteigerung**) sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
BFH, Beschluss v. 22. 3. 2002 - III B 158/01[BAAAA-68240]
- Als Folge einer Ehescheidung anfallende Kosten für ein gesondertes zivilgerichtliches Verfahren betreffend den **Zugewinnausgleich** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
FG Saarland, Urteil v. 9. 8. 2002 - 1 K 111/01[BAAAB-43898]
- Kosten für **Scheidungsfolgesachen**, die nicht nach § 623 ZPO zusammen mit der Scheidungssache zu verhandeln und zu entscheiden sind, werden nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt. Kosten einer **Vermögensauseinandersetzung** nach der Scheidung werden weder als zwangsläufig noch als außergewöhnlich beurteilt.
BFH, Beschluss v. 21. 3. 2003 - III B 110/02[YAAAA-70191]
- Ob ein Verlust aus dem Ausfall einer **Ehe-Auseinandersetzungsforderung** eine außergewöhnliche Belastung darstellt, ist zweifelhaft.
FG Hamburg, Urteil v. 28. 4. 2003 - III 328/02[QAAAB-08379]
- (1) Der **Verlust** einer nach Bedrohung der beruflichen Existenz **gestundeten Forderung** kann nicht als erpressungsbedingte außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. (2) Der Ausfall von Forderungen aus einem **Ehe-Auseinandersetzungsvertrag** ist keine außergewöhnliche Belastung, auch nicht nach **Insolvenz** des schuldenden Ehegatten.

FG Hamburg, Urteil v. 20. 11. 2003 - III 333/02[VAAAB-17659]

- Kosten eines **Zivilprozesses** können ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein, wenn die Klageerhebung für den Steuerpflichtigen von **existenzieller Bedeutung** und damit zwangsläufig war. An der Zwangsläufigkeit fehlt es, wenn der Steuerpflichtige eine gegen seine geschiedene Ehefrau gerichtete **Klage auf Unterhaltsabänderung** auf eine Verbesserung der Einkommenssituation der Unterhaltsempfängerin stützt.

FG Saarland, Urteil v. 17. 3. 2004 - 1 K 95/02[FAAAB-21956]

- Einigen sich die Partner im Rahmen der Ehescheidung über die **Höhe von Unterhaltszahlung und Zugewinnausgleich**, bilden diese Zahlungen keine außergewöhnliche Belastung.

FG Hamburg, Urteil v. 8. 4. 2004 - II 51/03[EAAAB-25221]

- Im Rahmen des **Versorgungsausgleichs** zum Ausgleich der Differenz der Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung geleistete **Zahlungen auf das Rentenkonto** des früheren Ehegatten sind weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.

FG Köln, Urteil v. 16. 2. 2005 - 11 K 1795/01[SAAAB-53825]

- Der Steuerpflichtige hat ein **Wahlrecht**, Unterhaltsaufwendungen entweder im Rahmen des **Realsplittings** als Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG) oder als **außergewöhnliche Belastung** gemäß § 33a Abs. 1 EStG geltend zu machen. Die weitere Frage, ob abweichend von § 33a Abs. 1, 5 EStG ausnahmsweise in Fällen einer zwangsläufigen **Ablösung** von Unterhaltsaufwendungen im Wege einer **Kapitalabfindung** derartige Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG abziehbar sind und ggf. unter welchen zusätzlichen Voraussetzungen, stellt sich dann nicht, wenn der Steuerpflichtige sein Wahlrecht für die Streitjahre verbindlich und wirksam zugunsten eines Abzugs als Sonderausgaben ausgeübt hat. Allerdings hat der BFH insoweit die Ablösung künftiger Unterhaltsansprüche bislang ausschließlich nach Maßgabe des § 33a Abs. 1 EStG zugelassen.

BFH, Beschluss v. 25. 2. 2005 - III B 77/04[OAAAB-53326]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 8. 4. 2004 - II 51/03

- **Prozesskosten**, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Scheidung, also für die sog. Verbandsachen i.S. des § 623 Abs. 1 Satz 1 ZPO, entstehen, sind ebenso wie die Scheidungskosten selbst zwangsläufig i. S. des § 33 EStG. Das Finanzamt ist bei der auf Antrag der Steuerpflichtigen durchgeführten besonderen Veranlagung nach § 26c EStG an die Anerkennung der Kosten des **Zugewinnausgleichs** als außergewöhnliche Belastung im **ursprünglichen Zusammenveranlagungsbescheid** gebunden.

BFH, Urteil v. 3. 3. 2005 - III R 60/03, BStBl 2005 II S. 564[RAAAB-53714]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 2. 9. 2003 - 3 K 2712/02

- **Ausgleichszahlungen** an die getrennt lebende Ehefrau für die Nutzung des ihr gehörenden **Miteigentumsanteils am Wohnhaus** bis zur Rechtskraft der Scheidung sind keine Aufwendungen im Sinne außergewöhnlicher Belastungen.

FG München, Urteil v. 31. 5. 2005 - 15 K 3284/02[GAAAB-67421]

- **Rechtsanwaltskosten** wegen einer Streitsache mit dem Sozialamt wegen **Unterhaltsleistungen** an den Sohn sind nicht als außergewöhnliche Belastung gem. § 33a Abs. 1 EStG absetzbar.

FG Köln, Urteil v. 27. 6. 2005 - 10 K 6314/04[QAAAB-58833]

- Kosten für die **Aufhebung und Auseinandersetzung** einer früher vereinbarten **Gütergemeinschaft** sind unabhängig davon, ob sie auf Antrag der Eheleute im Scheidungsverbund durch das Familiengericht oder außergerichtlich vor oder nach der Scheidung getroffen worden sind, für die Eheleute nicht unabwendbar und unvermeidbar und damit nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.

BFH, Urteil v. 30. 6. 2005 - III R 36/03, BStBl 2006 II S. 491[WAAAB-66996]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 30. 4. 2003 - 7 K 7400/99

- Die auf einen **Teilvergleich** im Rahmen des Scheidungsverfahrens entfallenden Kosten einer **Vermögensauseinandersetzung** sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 30. 6. 2005 - III R 27/04, BStBl 2006 II S. 492[MAAAB-66995]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 17. 3. 2004 - 14 K 5315/01
- (1) Mit der **Scheidung** zusammenhängende Kosten sind dann nicht als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, wenn sie nicht nach § 623 Abs. 1 ZPO zusammen mit der Scheidungssache zu verhandeln und zu entscheiden sind und deshalb mit der Scheidung nicht in einem **unlösbaren prozessualen Zusammenhang** stehen. (2) Die Frage, ob eine Aufwendung zwangsläufig anfällt, ist nicht danach zu entscheiden, ob sich der Steuerpflichtige subjektiv zu dieser Handlung verpflichtet fühlt. Maßgeblich ist vielmehr, ob die in § 33 Abs. 2 EStG genannten Gründe der **Zwangsläufigkeit** von außen derart auf die Entschließung einwirken, dass er ihnen nach einem **objektiven Maßstab** nicht ausweichen kann.
FG München, Urteil v. 8. 5. 2007 - 6 K 1917/04[NAAAC-48962]
- Aufwendungen für den Einsatz eines **Detektivs** mit dem Ziel, herauszufinden, ob die frühere Ehefrau eine neue Beziehung eingegangen ist, und so die **Unterhaltszahlungen** im Wege der Abänderungsklage **reduzieren** zu können, sind keine außergewöhnlichen Belastungen.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 28. 8. 2007 - 3 K 1062/04[SAAAC-58997]
- Zahlt ein Ehegatte dem anderen Ehegatten im Zusammenhang mit der Scheidung einen **Ausgleichsbetrag** dafür, dass er **mehr von dem gemeinschaftlichen Vermögenswerten** behält als ihm zusteht, sind diese Zahlungen steuerrechtlich kein Aufwand i. S. des § 33 Abs. 1 EStG.
FG Hessen, Urteil v. 21. 2. 2008 - 13 K 1754/07[OAAAC-82999]
- Eine Zahlung aufgrund einer **Vereinbarung gem. § 1587o BGB** im Rahmen des **Versorgungsausgleichs** ist keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG. Es fehlt bereits an der Zwangsläufigkeit der geltend gemachten Zahlung, da der Kläger die Zahlung aufgrund des von ihm vereinbarten **Ehescheidungsfolgenteilvergleichs** im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung geleistet hat (vgl. zur fehlenden Zwangsläufigkeit von außergerichtlichen Regelungen der Vermögensauseinandersetzung im Zusammenhang mit Ehescheidungen auch BFH, Urteil v. 30. 6. 2005 - III R 27/04, BStBl 2006 II S. 492).
FG Hamburg, Urteil v. 4. 7. 2008 - 7 K 235/07[PAAAC-90503] s. auch BFH, Urteil v. 17. 6. 2010 - VI R 33/08[JAAAD-51317]
- **Rechtsberatungskosten**, die im Zusammenhang mit der **Unterhaltsregelung** beziehungsweise der **Vermögensauseinandersetzung** im Rahmen eines Scheidungsverfahrens entstehen, sind nicht als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigungsfähig.
FG Hessen, Urteil v. 1. 8. 2008 - 4 K 2858/07[FAAAC-93013]
- (1) Die Ermäßigung nach § 33a Abs. 1 EStG für **Unterhaltszahlungen an Kinder** steht dem Steuerpflichtigen schon dann nicht zu, wenn zwar nicht er, aber eine andere Person im Veranlagungszeitraum Anspruch auf einen **Freibetrag** nach § 32 Abs. 6 EStG oder auf **Kinder-geld** für die unterhaltene Person hat. (2) Dass Kosten des getrennt lebenden Elternteils für **Besuche des Kindes** durch den Familienleistungsausgleich abgegolten sind, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. (3) **Scheidungsfolgekosten** sind auch dann nicht als zwangsläufig anzusehen, wenn ein Ehegatte die Aufnahme von Scheidungsfolgesachen in den **Scheidungsverbund** nicht verhindern kann, weil der andere Ehegatte dies beantragt. Denn nach dem derzeit geltenden Familienrecht können die Scheidungsfolgesachen (außer dem Versorgungsausgleich) wie die Auseinandersetzung über das gemeinsame Vermögen, Ehegatten- und Kindesunterhalt, Umgangs- und Sorgerecht auch ohne Mitwirkung des Familiengerichts geregelt werden. (4) Die **zumutbare Belastung** bestimmt sich nach § 33 Abs. 3 EStG mit einem Prozentsatz des Gesamtbetrags der Einkünfte. Dies ist verfassungsgemäß,

soweit dem Steuerpflichtigen ein verfügbares Einkommen verbleibt, das über dem Existenzminimum liegt.

FG München, Urteil v. 8. 12. 2009 - 13 K 2305/07[KAAAD-39100]

- Ein Abzug der Aufwendungen für den **Ausschluss des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs** als Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen scheidet aus. Gegen die Nichtabziehbarkeit der Abfindungszahlungen bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

BFH, Urteil v. 15. 6. 2010 - X R 23/08[MAAAD-49269]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 21. 2. 2008 - 13 K 1754/07

- Anteilige **Anwaltskosten** einer im Scheidungsverbundverfahren entschiedenen **Scheidungsfolgesache** (hier: Unterhaltsstreit) können bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG qualifiziert werden (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015).

FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 21. 2. 2012 - 1 K 75/11[YAAAE-30414]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 70/12

- Bestreitet die Steuerpflichtige nach der Ehescheidung die Wirksamkeit eines – den Versorgungsausgleich ausschließenden und die Nutzung der ehelichen Wohnung dem Ehemann zuweisenden – **Ehevertrags** und setzt sie sich gerichtlich gegen die von ihrem ehemaligen Mann veranlasste **Zwangsräumung der Wohnung** zur Wehr, sind die Kosten bezüglich der Wohnungsräumung als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG München, Urteil v. 5. 3. 2012 - 5 K 710/12, 5 K 182/04 [ZAAAE-28786]

- (1) Bei einer Ehescheidung sind die mit dem **Gerichtsverfahren** zusammenhängenden Kosten (Gerichts- und Anwaltskosten für Scheidung und Versorgungsausgleich – sog. **Zwangverbund**, § 623 Abs. 1 ZPO) unabhängig von der Schuldfrage als zwangsläufig anzusehen und daher als außergewöhnliche Belastungen in Abzug zu bringen. (2) Alle weiteren mit der Scheidung zusammenhängenden Kosten – z. B. die Kosten für **Scheidungsfolgesachen** (vermögensrechtliche Regelungen, Ehegatten- / Kindesunterhalt, Umgangs- und Sorgerecht) – sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG München, Urteil v. 21. 8. 2012 - 10 K 800/10[EAAAE-28793]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 69/12

- **Rechtsanwalts- und Gerichtskosten**, die ein **Hochschullehrer** in Straf- und Disziplinarverfahren und vor dem Verwaltungsgericht im Zusammenhang mit seinem Verhalten, Fördermittel unter Missachtung von Förderbestimmungen auf strafbare Weise zu beschaffen, aufwendet, sind weder als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit noch als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG Münster, Urteil v. 5. 12. 2012 - 1 K 4517/10 E[UAAAE-32459]

- Auch **Prozesskosten**, die bei einer Ehescheidung im Zusammenhang mit der **Auseinandersetzung des Vermögens** bzw. mit dem Streit über den **Zugewinnausgleich** entstehen, sind als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigungsfähig (entgegen BFH, Urteil v. 30. 6. 2005 - III R 36/03, BStBl 2006 II S. 491, und v. 30. 5. 2005 - III R 27/04, BStBl 2006 II S. 492).

FG Düsseldorf, Urteil v. 19. 2. 2013 - 10 K 2392/12 E[WAAAE-35127]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 16/13

- Wer die **Auflösung einer Grundstücksgemeinschaft** begehrt und – ohne das Scheidungsverfahren und die damit verbundene vermögensmäßige Auseinandersetzung abzuwarten – sogleich einen Antrag auf **Teilungsversteigerung** stellt, weil ihm eine Gemeinschaft mit dem geschiedenen Ehegatten nicht zumutbar erscheint, kann die dadurch entstandenen **Gerichts- und Anwaltskosten** nicht als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

BFH, Urteil v. 19. 3. 2013 - IX R 41/12, BStBl 2013 II S. 536[NAAAE-36825]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 13. 9. 2012 - 5 K 653/12

- (1) **Gutachterkosten** für die **Wertermittlung einer Immobilie**, die im Rahmen des Ehescheidungsverfahrens wegen Auskunftserteilung und Zahlung von Zugewinn anfallen, sind mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG abziehbar. (2) Die nach der neueren Rechtsprechung des BFH als außergewöhnliche Belastung abzugsfähigen **Zivilprozesskosten** umfassen lediglich die Kosten, die im Rahmen eines **gerichtlichen Kostenfestsetzungsverfahrens** abzugsfähig sind, wie z.B. Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen), außergerichtliche Kosten sowie die Vergütungsansprüche des eigenen Prozessbevollmächtigten und der Kostenerstattungsanspruch des Gegners.
FG Hessen, Urteil v. 2. 7. 2013 - 13 K 985/13 [TAAAE-45613]
- **Zivilprozesskosten**, die dem Steuerpflichtigen im Zusammenhang mit der **vermögensrechtlichen Auseinandersetzung** mit dem **geschiedenen Ehepartner** entstehen, können als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, wenn die zugrundeliegenden Rechtsfragen erhebliche finanzielle Bedeutung haben, existenzielle Fragen betreffen und die Prozessführung nicht mutwillig oder leichtfertig war.
FG Münster, Urteil v. 20. 3. 2014 - 5 K 1147/12 E [YAAAE-67043] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 25/14
- (1) Die Möglichkeit der Abzugsfähigkeit von **Ehescheidungskosten** (Anwalts- und Gerichtskosten) als außergewöhnliche Belastungen ist nicht auf Fälle des sog. **Zwangsverbundes** zwischen Ehescheidung und Versorgungsausgleich begrenzt, sondern erstreckt sich auch auf **andere** mit der Scheidung zusammenhängende Kosten, z. B. die Kosten für **Scheidungsfolgesachen** (vermögensrechtliche Regelungen, Ehegatten- und Kindesunterhalt, Umgangs- und Sorgerecht), sofern sich der Steuerpflichtige nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat. (2) **Zivilprozesskosten** sind nicht unausweichlich, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung aus Sicht eines verständigen Dritten keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet. Da die Begriffe der „**hinreichenden Aussicht auf Erfolg**“ und der fehlenden „**Mutwilligkeit/Leichtfertigkeit**“ mit den im Prozesskostenhilferecht in § 114 ZPO verwendeten Formulierungen vergleichbar sind, kann für deren Auslegung auf die hierzu bereits vorhandene Rechtsprechung und Literatur zurückgegriffen werden.
FG Thüringen, Urteil v. 14. 5. 2014 - 3 K 830/13 [WAAAE-96419]
- **Prozesskosten** für eine **Ehescheidung** sind nach der ab VZ 2013 geltenden Neuregelung in § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG weiterhin als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16. 10. 2014 - 4 K 1976/14 [PAAAE-79138] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 66/14
- (1) Die Kosten eines **Scheidungsverfahrens** sind **Prozesskosten**, die laut § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG i.d.F. des AmtshilfeRLUMsG v. 26. 6. 2013 nicht als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen sind. (2) Die Vorschrift des § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Art. 2 und 6 GG dadurch, dass die Scheidungskosten dann abziehbar sind, wenn der Steuerpflichtige Gefahr liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und er seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen kann. Die verfassungsrechtlich gebotene Sicherung des Existenzminimums ist jedoch nicht dahingehend zu verstehen, dass diese auch das **seelische Existenzminimum** umfasst. (3) Eine Auslegung des § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG dahingehend, dass die genannten Prozesskosten nicht **sämtliche Prozesskosten** umfassen, verstößt gegen den Grundsatz der **Gewaltenteilung**.
FG Sachsen, Urteil v. 13. 11. 2014 - 2 K 1399/14 [LAAAE-83859]
- (1) **Rechtsanwaltskosten** für ein Scheidungsverfahren stellen auch nach der Neuregelung des § 33 Abs. 1 EStG außergewöhnliche Belastungen dar. (2) Nicht abzugsfähig sind Kosten der **Vermögensauseinandersetzung** oder Zahlungen zur Beendigung einer solchen.
FG Münster, Urteil v. 21. 11. 2014 - 4 K 1829/14 E [QAAAE-82654] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 81/14

- ▶ **Scheidungskosten** und Aufwendungen für **Scheidungsfolgesachen** sind - soweit sie die **gesetzlichen Gebühren** nicht übersteigen - nach der im Streitjahr (2010) geltenden Rechtslage als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG abziehbar.
FG Köln, Urteil v. 18. 12. 2014 - 6 K 1090/12 [BAAAE-86288] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 15/15
- ▶ (1) Aufwendungen für die Durchführung des **schuldrechtlichen Versorgungsausgleich** bei einer Ehescheidung sind dem Grunde nach zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG und damit als außergewöhnliche Belastungen steuerlich zu berücksichtigen. (2) Dies gilt jedoch nicht hinsichtlich der Aufwendungen für die **anwaltliche Prüfung einer Menschenrechtsbeschwerde** vor dem EGMR, da diese nicht unmittelbar und unvermeidbar durch die prozessuale Durchführung des Ehescheidungsverfahrens veranlasst sind.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 28. 1. 2015 - 1 K59/13 [PAAAE-86266]
- ▶ **Scheidungskosten** sind weder außergewöhnlich nach § 33 Abs. 1 EStG noch nach § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG in der ab 2013 durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz geänderten Fassung als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.
FG Niedersachsen, Urteil v. 18. 2. 2015 - 3 K 297/14 [MAAAE-86092] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 19/15
- ▶ Es ist zumindest ernstlich zweifelhaft, ob **Scheidungskosten** nach der ab VZ 2013 geltenden Rechtslage (§ 33 Abs. 2 Satz 4 EStG) als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden können.
FG Münster, Urteil v. 19. 6. 2015 - 1 V 795/15 E [FAAAE-99611]

26. Tod/Begräbnis

- ▶ (1) **Beerdigungskosten** sind bei dem **Erben** keine außergewöhnliche Belastung, wenn er sie aus dem Nachlass decken kann. Das gilt auch für einen Steuerpflichtigen, der seinen **Ehegatten** beerbt, von dem er im Todesjahr nicht dauernd getrennt gelebt hat. (2) **Krankheitskosten des Erblassers**, die von den Hinterbliebenen aus dem Nachlass bezahlt werden, können bei der letzten Einkommensteuerveranlagung des Erblassers gem. § 33 EStG berücksichtigt werden.
BFH, Urteil v. 8. 9. 1961 - VI 177/60 U, BStBl 1962 III S. 31[XAAAA-89975]
- ▶ Ausgaben für **Trauerkleidung** sind i. d. R. keine außergewöhnlichen und zwangsläufigen Belastungen i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 12. 8. 1966 - VI R 76/66, BStBl 1967 III S. 364[EAAAA-90316]
- ▶ **Grabpflegekosten** stellen **Nachlassverbindlichkeiten** dar und führen beim Erben nicht zu einer Belastung des Einkommens, wenn sie den Wert des Nachlasses nicht übersteigen.
BFH, Urteil v. 23. 11. 1967 - IV R 143/67, BStBl 1968 II S. 259[KAAAA-90379]
- ▶ **Bestattungskosten**, die aus dem Nachlass gedeckt werden können, stellen keine außergewöhnliche Belastung dar, auch wenn der **Nachlass nur schwer verwertbar** ist.
FG Nürnberg, Urteil v. 26. 4. 1968 - III 121/67, EFG 1968 S. 410
- ▶ **Bestattungskosten** sind für den **Erben** keine außergewöhnliche Belastung, wenn der **Wert des Nachlasses** die Kosten deckt. Hierbei ist ein eigenbewohntes **Einfamilienhaus** mit dem vollen **Verkehrswert** und nicht mit dem doppelten Einheitswert anzusetzen.
FG Bremen, Urteil v. 19. 12. 1968 - I 89/67, EFG 1969 S. 299
- ▶ Kosten, die durch die **Überführung und Umbettung** eines verstorbenen nahen Angehörigen in ein neues Grab **nach Ablauf der Belegfrist** für das alte Grab entstehen, können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.
FG Düsseldorf, Urteil v. 12. 2. 1971 - I 117/67 E, EFG 1971 S. 338

- Aufwendungen für eine **Flugreise** in die USA zur Vorbereitung der **Einäscherung** eines dort verstorbenen nahen Angehörigen und **Überführung** der Urne in die Bundesrepublik Deutschland sind keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 11. 5. 1979 - VI R 37/76, BStBl 1979 II S. 558[WAAAA-91441]
- Kosten für die Erneuerung eines durch **Witterungs- und Umwelteinflüsse beschädigten Grabmals** eines Familiengrabes sind keine außergewöhnliche Belastung.
FG Nürnberg, Urteil v. 18. 7. 1979 - V 220/78, EFG 1979 S. 600
- **Beerdigungskosten** stellen beim **Erben** nur insoweit eine außergewöhnliche Belastung dar, als sie den **Wert des Nachlasses** übersteigen. Dabei sind zum Nachlass auch solche **Vermögensgegenstände** zu rechnen, die Eltern oder Voreltern ihren Abkömmlingen durch **Schenkung** oder **Übergabevertrag** zugewandt hatten und die an diese Personen als **Erben** von Todes wegen **zurückfallen**. Die dafür bestehende Steuerbefreiung nach § 13 Abs. 1 Nr. 10 ErbStG hat auf die Berücksichtigung der Beerdigungskosten als außergewöhnliche Belastung keinen Einfluss.
FG Hessen, Urteil v. 8. 7. 1980 - I 439/79, EFG 1980 S. 601
- Trägt ein Steuerpflichtiger die **Kosten der Beerdigung** seines **Vaters** anstelle der als **Alleinerbin eingesetzten Mutter**, die eine Rente bezieht, handelt es sich bis zur Höhe des **Nachlasses**, mit dem die Beerdigungskosten bestritten werden können, nicht um eine außergewöhnliche Belastung.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 6. 11. 1980 - III 102/78, EFG 1981 S. 180
- (1) Die **Angemessenheit von Beerdigungskosten**, die als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG die Steuer ermäßigen, richtet sich nach der **Stellung des Verstorbenen**, den **Verhältnissen des Steuerpflichtigen** und der **Kostenentwicklung für Begräbnisse**. (2) Beerdigungskosten für ein **Erbegräbnis** in einer Großstadt (hier: Berlin-West) im Jahre 1980 von **9.254 DM** können noch als **angemessen** i. S. von § 33 Abs. 2 EStG angesehen werden.
FG Berlin, Urteil v. 14. 4. 1982 - III 101/82, EFG 1982 S. 467
- Dem Abzug von **Beerdigungskosten** als außergewöhnlicher Belastung steht nicht entgegen, dass der Erblasser dem Steuerpflichtigen zwei Jahre vor dem Erbfall ein Grundstück in **vorweggenommener Erbfolge** geschenkt hat, dessen Wert die Beerdigungskosten übersteigt.
FG Hamburg, Urteil v. 11. 10. 1985 - V 96/82, EFG 1986 S. 293
- Aufwendungen für die **Bewirtung von Trauergästen** erwachsen nicht zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG und sind deshalb nicht steuerermäßigend als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 17. 9. 1987 - III R 242/83, BStBl 1988 II S. 130[IAAAA-92474]
- Als außergewöhnliche Belastung sind **Grabpflegekosten** nach der Rechtsprechung nicht abziehbar, weil sie keine Belastung des Einkommens darstellen. Es handelt sich insoweit um Aufwendungen, die in der Vermögenssphäre liegen. Es fehlt überhaupt an einer Belastung des Steuerpflichtigen, soweit die Aufwendungen aus dem **Nachlass** geleistet werden können.
BFH, Urteil v. 4. 4. 1989 - X R 14/85, BStBl 1989 II S. 779[OAAAA-92955]
- Aufwendungen für die **Teilnahme an der Beerdigung einer Tante/Patentante** sind nicht von vornherein von der Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung ausgeschlossen. Maßgebend für das Vorliegen einer **sittlichen Verpflichtung** sind die vom Steuerpflichtigen darzulegenden und zu beweisenden **Umstände des Einzelfalls**.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 26. 6. 1990 - 2 K 1202/90, EFG 1991 S. 27
- Als außergewöhnliche Belastung geltend gemachten Aufwendungen für die **Beerdigung** im engeren Sinne sind nur insoweit um die Leistungen aus den **Sterbegeldversicherungen** zu kürzen, als diese **anteilig** auf die **eigentlichen Bestattungskosten** entfallen. Soweit die Versicherungsleistungen der Begleichung von gem. § 33 EStG nicht berücksichtigungsfähigen Beerdigungskosten (im weiteren Sinne) dienen, greift die Vorteilsanrechnung nicht ein.

- BFH, Urteil v. 19. 10. 1990 - III R 93/87, BStBl 1991 II S. 140[CAAAA-93503]
- **Reisekosten** für die Teilnahme an der Beerdigung eines nahen Angehörigen sind grds. nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 17. 6. 1994 - III R 42/93, BStBl 1994 II S. 754[YAAAA-94991]
 - Auch **Leistungen** aus einer **Lebensversicherung** (hier: Kapitallebensversicherung), die dem Steuerpflichtigen anlässlich des Todes eines nahen Angehörigen (hier: Ehemann) außerhalb des Nachlasses zufließen, sind auf die als außergewöhnliche Belastung anzuerkennenden **Beerdigungskosten** anzurechnen (Weiterentwicklung des BFH-Urteils v. 19. 10. 1990 - III R 93/87, BStBl 1991 II S. 140).
BFH, Urteil v. 22. 2. 1996 - III R 7/94, BStBl 1996 II S. 413[SAAAA-95589]
 - **Überführungskosten**, die ein seit 20 Jahren im Inland lebender Steuerpflichtiger aufwendet, um seine vormals im Ausland lebende und dort verstorbene Mutter in der Nähe seines Wohnortes bestatten zu lassen, entstehen aufgrund **sittlicher Verpflichtung** zwangsläufig und können daher als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden, wenn der Steuerpflichtige mit dem Tod der Mutter keinerlei Veranlassung mehr hatte, nach deren früherem Wohnort zu reisen, und dort auch keine weiteren Verwandten der Mutter leben.
FG Düsseldorf, Urteil v. 13. 5. 1998 - 9 K 3046/96 E[HAAAB-07653]
 - Auch die Tragung von **Beerdigungskosten** durch einen **Nichterben** kann bei diesem zu einer außergewöhnlichen Belastung führen. Das gilt aber nicht bei **Vorschenkung eines Grundstücks** und ausreichenden **Erträgen** aus diesem Grundstück.
FG Münster, Urteil v. 24. 2. 1999 - 13 K 1810/96 E, EFG 1999 S. 608
 - Wurden **Beerdigungskosten** im Rahmen eines **Übergabevertrags** betr. einen landwirtschaftlichen Betrieb von der späteren Alleinerbin übernommen, betreffen diese Aufwendungen die **Vermögenssphäre** und sind auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Übergabevertrag 18 Jahre vor dem Erbfall liegt (Fortentwicklung von BFH, Urteil v. 13. 11. 1967 - IV R 143/67[KAAAA-90379]).
FG München, Urteil v. 30. 3. 1999 - 13 K 3321/94, EFG 1999 S. 703
 - Aufwendungen für die **Bewirtung der Trauergemeinde** anlässlich einer Beerdigung sind keine Beerdigungskosten im engeren Sinne, sondern nur **mittelbar** durch die Bestattung verlasst und deshalb nicht als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig. Die Aufwendungen für die Bewirtung von Trauergästen erwachsen nicht aus rechtlichen Gründen zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG, da Erben die Möglichkeit haben, das **Erbe auszuschlagen** und damit der sich aus § 1968 BGB ergebenden Rechtspflicht auszuweichen. **Reisekosten** eines Steuerpflichtigen für die Teilnahme an der Beerdigung seiner verstorbenen Ehefrau liegen nach Art und Grund nicht außerhalb des Üblichen und sind durch die allgemeinen Freibeträge und etwaige andere steuerliche Ermäßigungen abgegolten.
FG Niedersachsen, Urteil v. 26. 5. 2000 - 9 K 44/97[MAAAB-11622]
 - Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen infolge eines Todesfalles erwachsen, sind nur dann als außergewöhnliche Belastungen nach § 33a Abs. 1 EStG zu berücksichtigen, wenn sie von dem Steuerpflichtigen weder aus dem ihm zugefallenen **Nachlass** noch aus sonstigen ihm im Zusammenhang mit dem Tod **zugeflossenen Geldleistungen** bestritten werden können. Das gilt auch für Aufwendungen des Steuerpflichtigen für den **Erwerb und die Pflege der eigenen Grabstätte** im Doppelgrab neben seiner verstorbenen Ehefrau.
FG Münster, Urteil v. 1. 6. 2005 - 14 K 3164/04 E[KAAAB-56771]
 - Übernimmt ein Steuerpflichtiger **über seinen Erbanteil hinaus** die Kosten für die **Beerdigung** seines Schwiegervaters, sind diese Aufwendungen nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, da ihm ein **Rückgriffsrecht** im Rahmen eines **Gesamtschuldnerverhältnisses** nach § 426 BGB gegenüber den übrigen Erben zusteht.
FG Hessen, Urteil v. 13. 12. 2005 - 3 K 3562/03[QAAAB-82410]

- **Darlehenszinsen** für einen zur **Finanzierung von Bestattungskosten** eines nahen Angehörigen aufgenommenen Kredit stellen eine außergewöhnliche Belastung dar, wenn die Aufwendungen unmittelbar mit der eigentlichen Beerdigung zusammenhängen, notwendig und angemessen sind, die Darlehensaufnahme selbst zwangsläufig erfolgt ist und die Verwendung der Darlehensvaluta für die Bestattungsaufwendungen nachgewiesen ist.
FG München, Urteil v. 28. 6. 2006 - 10 K 4343/04[YAAAC-16790]
- Durch die Einbeziehung des **schon bestehenden Grabes** des Sohnes der Steuerpflichtigen anlässlich der **Beerdigung** ihres verstorbenen Ehemannes ist eine Grabanlage für mehr als eine Grabstätte errichtet worden, so dass die Kosten nicht ausschließlich durch die Beerdigung des verstorbenen Ehemannes angefallen sind. Daher sind die Kosten für die **einheitliche Grabanlage** nur mit einem Anteil zu berücksichtigen.
BFH, Beschluss v. 24. 1. 2008 - III B 60/07[KAAAC-73389]
Vorinstanz: FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 28. 2. 2007 - 2 K 1263/05
- Die für die **Beerdigung des Bruders** entstandenen Kosten sind nicht als außergewöhnliche Belastung steuermindernd zu berücksichtigen, wenn wenigstens **ein unterhaltspflichtiger Elternteil** den Bruder überlebt.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 5. 5. 2010 - 12 K 18/07[WAAAD-60039]
- (1) Nicht unmittelbar mit der Beerdigung des Vaters des Steuerpflichtigen zusammenhängende Kosten für **Filmaufnahmen** und die **aufwendige Grabstätte** sind nicht zwangsläufig. (2) Sind die Aufwendungen dem Grunde nach zwangsläufig, kommt ein Abzug als außergewöhnliche Belastungen nur insoweit in Betracht, als sie auch der Art und der Höhe nach zwangsläufig, nämlich den Umständen nach notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht übersteigen. Für die nach objektiven Kriterien anzustellende **Angemessenheitsprüfung** sind die durchschnittlichen Kosten einer Beerdigung in den Streitjahren als Maßstab heranzuziehen. Nach einer Recherche der Stiftung Warentest in test 11/2004, auf die Bezug genommen wird, kostete eine Bestattung in Deutschland durchschnittlich rund 4.500 €. Unter Berücksichtigung der bis zu den Streitjahren 2006 und 2007 gestiegenen Preisen und der gebotenen großzügigen Beurteilung ist die Grenze der Angemessenheit bei dem anerkannten Betrag von **7.500 €** erreicht.
FG Köln, Urteil v. 29. 9. 2010 - 12 K 784/09[NAAAD-56187]
- (1) Ist der Steuerpflichtige **nicht Erbe** eines verstorbenen **nahen Angehörigen** geworden und trägt er gleichwohl die Kosten der Bestattung des Angehörigen, kommt ein Steuerabzug als außergewöhnliche Belastung nur insoweit in Betracht, als ein die Bestattungskosten deckender **Nachlass** offensichtlich **nicht** vorhanden ist oder **Erstattungsansprüche** gegen den bzw. die Erben **nicht durchsetzbar** sind (Anschluss an FG Saarland, Urteil v. 5. 6. 1996 - 1 K 239/95). (2) Hat der **Enkel** die Bestattung der offenbar von seiner Mutter beerbten Großmutter in Auftrag gegeben und bezahlt, kommt ein Steuerabzug nach § 33 EStG nicht in Betracht, wenn er bis zuletzt **keine sicheren Aussagen** über die Person des Erben oder den Bestand des Nachlasses getroffen hat, obwohl er nach § 85 Satz 1 FGG sich als Erstattungsberechtigter nach § 1968 BGB ohne weiteres beim Nachlassgericht die Ausfertigung eines Erbscheins hätte erteilen lassen können.
FG Sachsen, Urteil v. 19. 1. 2011 - 8 K 41/10[SAAAD-68636]
- (1) Zahlungen eines Steuerpflichtigen für eine **angemessene Bestattung** des verstorbenen **geschiedenen Ehepartners** sind keine Sonderausgaben i. S. des § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG. (2) Die gesetzliche Verankerung der (sittlichen) Verpflichtung zur Übernahme der Bestattungskosten in § 1605 Abs. 2 BGB als Ausdruck der (ursprünglichen) **Unterhaltungspflicht** begründet nicht die Abzugsfähigkeit der Aufwendungen als Sonderausgaben. (3) Derartige Aufwendungen können allenfalls im Rahmen des **§ 33 EStG** Berücksichtigung finden.
FG Niedersachsen; Urteil v. 27. 6. 2012 - 9 K 10295/11[WAAAE-20631]
Revision zurückgewiesen durch BFH, Urteil v. 20. 8. 2014 - X R 26/12[LAAAE-79657]

- ▶ (1) Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen für die **Beerdigung** eines nahen Angehörigen entstehen, sind grundsätzlich außergewöhnlich. (2) Die Verpflichtung des **Erben** zur Übernahme der Beerdigungskosten gem. § 1968 BGB ist keine persönliche Verpflichtung des Erben, sondern eine **Nachlassverbindlichkeit**. Nimmt der Erbe die Erbschaft an, beruht die Verpflichtung auf dem von ihm selbst gesetzten Rechtsgrund. Sie ist deshalb nicht zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 EStG.
FG Münster, Urteil v. 1. 7. 2013 - 2 K 1062/12 E[WAAAE-49429]

27. Wohnungsbeschaffung/Umzugskosten

- ▶ **Tilgungsraten** eines Darlehens, das der Steuerpflichtige zur Hingabe eines **Baukostenzuschusses** aufgenommen hat, sind dann abzugsfähig, wenn die Schuldaufnahme eine Belastung i. S. des § 33 EStG darstellt. Das ist der Fall, wenn der Steuerpflichtige total fliegergeschädigt ist und jahrelang von seiner Familie getrennt leben musste. Die **Beschaffung einer Familienwohnung** am Dienort ist eine sittliche Verpflichtung gegenüber seiner Familie und somit zwangsläufig gewesen.
BFH, Urteil v. 15. 1. 1953 - IV 411/52 U, BStBl 1953 III S. 68[LAAAB-45172]
- ▶ Aufwendungen zur **Erlangung einer Wohnung** sind i. d. R. nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige als **Gegenwert** eine günstige Wohnung erhält.
BFH, Urteil v. 13. 2. 1959 - VI 221/58 U, BStBl 1959 III S. 171[NAAAAB-46888]
- ▶ Kosten für den Umzug in eine **größere Wohnung** aus Anlass der **Geburt eines Kindes** stellen keine außergewöhnliche Belastung dar.
FG München, Urteil v. 24. 2. 1961 - II 217/60, EFG 1961 S. 403
- ▶ **Zahlungen**, die der Mieter bei **Abschluss eines Mietvertrags** leistet – mögen sie als **verlorener Baukostenzuschuss**, als anrechenbare **Mietvorauszahlung** oder als durch Aufrechnung zu tilgendes **Mieterdarlehen** gegeben sein –, sind i. d. R. keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 4. 12. 1964 - VI 69/64, HFR 1965 S. 214
- ▶ Eine **Mietabfindung**, die ein Steuerpflichtiger zur Erlangung einer geeigneten Wohnung an den Vermieter bezahlt, kann ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG zu berücksichtigen sein, wenn der **Wohnungswechsel** wegen der **Krankheit eines völlig gelähmten Sohnes** notwendig ist.
BFH, Urteil v. 14. 12. 1965 - VI 102/65 U, BStBl 1966 III S. 113[AAAAB-48913]
- ▶ Die Kosten eines durch **Krankheit** bedingten **Umzugs** eines Studienrats sind keine Werbungskosten. Sie können aber eine außergewöhnliche Belastung darstellen.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 4. 1972 - III 23/69, EFG 1972 S. 425
- ▶ **Umzugskosten**, die anlässlich der **Auflösung** des gemeinsamen ehelichen Haushalts wegen **Ehescheidung** entstanden sind, stellen keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG dar.
FG München, Urteil v. 14. 12. 1973 - V 33/73, EFG 1974 S. 205
bestätigt durch BFH, Urteil v. 12. 3. 1976 - VI R 71/74, n. v.
- ▶ **Umzugskosten** sind unabhängig von der **Art der Wohnungskündigung** durch Mieter oder Vermieter i. d. R. keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 28. 2. 1975 - VI R 120/73, BStBl 1975 II S. 482[UAAAA-91044]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 4. 1973 - IV 193/71
- ▶ Aufwendungen eines Mieters für den **Umzug** sind auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung anzusehen, wenn das Mietverhältnis wegen des **Baus einer Stadtbahn** gekündigt wurde.
BFH, Urteil v. 23. 6. 1978 - VI R 175/75, BStBl 1978 II S. 526[IAAAA-91343]

- **Umzugskosten** anlässlich einer **Ehescheidung** sind keine außergewöhnliche Belastung.
FG Niedersachsen, Urteil v. 23. 7. 1980 - V 37/80, EFG 1980 S. 602
- **Umzugskosten** der thailändischen Ehefrau und der Stieftochter in die **gemeinsame Familienwohnung** in Deutschland sind keine außergewöhnliche Belastung.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 14. 11. 1984 - 3 K 192/83, EFG 1985 S. 298
- Erwachsene einem Steuerpflichtigen bei einem **Umzug** in eine andere Wohnung, der aus **Gesundheitsgründen** veranlasst war, Aufwendungen, für die er **Gegenwerte** erhält, scheidet eine außergewöhnliche Belastung hierfür aus.
FG Nürnberg, Urteil v. 9. 1. 1985 - V 330/80, EFG 1985 S. 349
- Die **Maklerprovision** für den **Verkauf eines Hauses**, dessen Erlös dem Erwerb eines Hauses dient, das **bessere Wohnmöglichkeiten** für die **krankte Tochter** bietet, ist nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig. Der Aufwand ist nicht als unmittelbar durch die Krankheit der Tochter verursacht anzusehen und somit nicht zwangsläufig.
FG Köln, Urteil v. 28. 2. 1985 - VIII K 446/83, EFG 1985 S. 549
- Aufwendungen für den Unterhalt einer in **Davos/Schweiz** gelegenen **Zweitwohnung** sind keine als außergewöhnliche Belastung abziehbaren Krankheitskosten.
BFH, Urteil v. 20. 11. 1987 - III R 296/84, BStBl 1988 II S. 137[CAAAA-98211]
- Die Aufwendungen für einen privat veranlassten **Umzug** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Umzug ausschließlich **medizinisch indiziert** war, d. h. seinen **alleinigen Grund** in der **Krankheit** des Steuerpflichtigen oder eines die Wohnung mit ihm teilenden nahen Angehörigen hatte.
FG München, Urteil v. 25. 6. 1990 - 13 K 2135/89, EFG 1991 S. 26
- Aufwendungen des Steuerpflichtigen wegen der **Haushaltsführung an einem anderen Ort** als dem des anderen Ehegatten infolge des **krankheitsbedingten Verhaltens seines Kindes** aus einer früheren Ehe können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.
FG Nürnberg, Urteil v. 21. 2. 1992 - V 182/88
- Privat veranlasste **Umzugskosten** ? und nur solche kommen gem. § 33 Abs. 2 Satz 2 EStG als außergewöhnliche Belastungen in Betracht ? sind typische Kosten der Lebensführung, die unabhängig von der **Art der Wohnungskündigung** nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sind. Zwar ist zu berücksichtigen, dass die Steuerpflichtigen aus den verschiedensten Gründen gezwungen sein können, ihr Mietverhältnis aufzulösen, im Interesse der **Gleichmäßigkeit der Besteuerung** kann aber nicht darauf abgestellt werden.
BFH, Beschluss v. 25. 2. 1993 - I B 125/92[UAAAB-33628]
- **Umzugskosten** können unabhängig von Art und Grund der Wohnungskündigung i. d. R. nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. Ein Abzug unter dem Gesichtspunkt von **Krankheitsaufwendungen** setzt ein vor Kündigung/Umzug ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches Attest voraus.
FG Düsseldorf, Urteil v. 26. 11. 1999 - 18 K 3056/96 E[UAAAB-07400]
- Bei einem **krankheitsbedingten Umzug** sind Aufwendungen für die **Ausstattung der neuen Wohnung** mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Lediglich die Kosten für die **Anschlüsse an das Energie- und Versorgungsnetz** der neuen Wohnung sowie für den **Aufbau der Möbel** sind mit dem Umzug untrennbar verbunden. Hinsichtlich der Höhe dieser Aufwendungen stellt der Pauschbetrag für sonstige Umzugsauslagen gem. § 10 BUKG einen sachgerechten Schätzungsmaßstab dar.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 10. 11. 2003 - 5 K 1429/02[UAAAB-43604]
- Privat veranlasste **Umzugskosten** sind nach ständiger Rechtsprechung unabhängig vom Grund ihres Entstehens grds. keine **außergewöhnliche Belastung**, weil sie **typische Lebenshaltungskosten** darstellen, mit denen jedermann zu rechnen hat. Etwas Anderes gilt ausnahmsweise nur dann, wenn der Umzug wegen einer Krankheit zwingend erforderlich ist.

Darum hatte die Vorinstanz **Umzugskosten** sowie Kosten für **Schadstofffeststellungen** in einer Mietwohnung aus Anlass von Schimmelpilzbefall in einem Zimmer nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt.

BFH, Beschluss v. 8. 10. 2008 - VI B 66/08[NAAAC-97799]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 7. 3. 2008 - 5 K 30/07

- Kosten für die **Einlagerung von privaten Möbeln** sind weder Werbungskosten noch außergewöhnliche Belastung, wenn sie wegen Wegverlegung des Familienwohnsitzes zum neuen Arbeitsort aus der Erwägung einer **möglichen mittelfristigen Zurückverlegung** desselben anfallen.

FG München, Urteil v. 11. 5. 2010 - 8 K 461/10[YAAAD-53723]

- (1) Mehrkosten für die **Anschaffung** eines **größeren Grundstücks** zum Bau eines **behindertengerechten Bungalows** sind nicht als außergewöhnliche Belastung i.S. des § 33 EStG zu berücksichtigen. (2) Sie entstehen nicht zwangsläufig. Denn sie sind nicht vornehmlich der Krankheit oder Behinderung geschuldet, sondern in erster Linie Folge des **frei gewählten Wohnflächenbedarfs** des Steuerpflichtigen.

BFH; Urteil v. 17. 7. 2014 - VI R 42/13, BStBl 2014 II S. 931[JAAAE-72864]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 17. 1. 2013 - 14 K 399/11

28.

Einbau-/Umbaumaßnahmen an Gebäuden

- Aufwendungen zur Errichtung einer **Liegehalle** für eine **Tuberkulosekranke** sind nicht als Krankheitskosten nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig.

FG Düsseldorf, Urteil v. 28. 4. 1964 - IX 22/64 E, EFG 1964 S. 596

- Lässt ein **gelähmter Steuerpflichtiger** in sein Einfamilienhaus einen **Fahrstuhl** einbauen, kann er die dadurch entstehenden Kosten nicht als außergewöhnliche Belastung (Krankheitskosten) nach § 33 EStG ansetzen, weil diese Kosten in Form der **AfA** nach § 7 EStG steuerlich als Werbungskosten zu berücksichtigen sind. Ob sie sich in dieser Form im Einzelfall steuerlich auch tatsächlich so ausgewirkt haben, ist unerheblich.

BFH, Urteil v. 23. 2. 1968 - VI R 278/66, BStBl 1968 II S. 433[FAAAA-90401]

- Aufwendungen für den **Umbau** oder die **Neuanschaffung** von **Gasgeräten**, die infolge der **Umstellung der Gasversorgung** auf Erdgas anfallen, können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 15. 2. 1974 - VI R 67/70, BStBl 1974 II S. 335[HAAAA-90944]

- Die **Betriebskosten** eines **Schwimm- und Bewegungsbades** im eigenen Haus sind auch bei ärztlicher Verordnung des Schwimmens keine außergewöhnliche Belastung.

FG Niedersachsen, Urteil v. 22. 12. 1975 - IV 111/75, EFG 1976 S. 184

- Aufwendungen eines Mieters für den **Einbau eines Schalldämmfensters** in seine gemietete Wohnung zur Abschirmung des **Straßenlärms** an einer verkehrsreichen Kreuzung sind keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG. Der Steuerpflichtige hat jedenfalls durch den Einbau des Schalldämmfensters als realen Gegenwert den **Vorteil eines geräuschfreien Wohnens** erlangt.

BFH, Urteil v. 23. 1. 1976 - VI R 62/74, BStBl 1976 II S. 194[SAAAA-91104]

- Ein **gehunfähiger Schwerbeschädigter**, der auf die Benutzung eines **fahrbaren Hebeapparates** angewiesen ist und aus diesem Grunde entsprechende bauliche Veränderungen an seinem eigengenutzten Einfamilienhaus vornehmen muss, kann diese Bauaufwendungen als außergewöhnliche Belastung absetzen. § 33 Abs. 2 Satz 2 EStG steht dem Abzug nicht entgegen, da derartige Aufwendungen nicht zu den Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gehören.

FG Hamburg, Urteil v. 1. 6. 1976 - VI 123/74 (II), EFG 1976 S. 557

- Die Aufwendungen für den Einbau eines **Rollstuhlaufzuges** und eines **Bewegungsbades** in ein Wohnhaus stellen bei einem **Querschnittsgelähmten** eine außergewöhnliche Belastung dar, sofern es sich nicht um ein normales Schwimmbecken handelt.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 13. 11. 1978 - V 15/78, EFG 1979 S. 231
- Die bauliche **Erweiterung der Garage** eines auf den **Rollstuhl** angewiesenen Steuerpflichtigen steht in einem unlösbaren Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit den durch Selbstnutzung des Einfamilienhauses erzielten Einkünften. Die Aufwendungen sind daher ihrer Art nach Werbungskosten und nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.
BFH, Urteil v. 1. 3. 1991 - III R 66/87 YAAAB-32218 III R 74/87
- (1) Aufwendungen, die ihrer Art nach Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung sind, können regelmäßig auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG abgezogen werden, wenn die durchgeführten **baulichen Veränderungen** der Heilung oder Linderung einer Krankheit dienen. (2) Werden **Gegenstände der Lebensführung**, die – wie Mobiliar und Bettwäsche – der Abnutzung unterliegen, wegen der Allergie-Erkrankung eines Familienmitglieds vorzeitig durch Neuanschaffungen ersetzt, können die Anschaffungskosten hierfür nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden (**Gegenwertlehre**). Ob der Restwert der alten Gegenstände unter dem Gesichtspunkt des verlorenen Aufwands als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden kann, bleibt offen.
BFH, Urteil v. 29. 11. 1991 - III R 74/87, BStBl 1992 II S. 290[FAAAA-94004]
- (1) Ein **Treppenschräglift** für eine **Gehbehinderte** ist ein sog. **medizinisches Hilfsmittel** im engeren Sinne, bei dem eine **Prüfung der Zwangsläufigkeit** der Aufwendungen nicht mehr erfolgt und ein etwaiger **Gegenwert** außer Betracht bleibt. (2) Das gilt auch für den Einbau in eine **Zweit- oder Ferienwohnung**. Dass das Halten einer solchen Wohnung eine freiwillige Entscheidung ist, beseitigt die Zwangsläufigkeit nicht.
FG Berlin, Urteil v. 1. 11. 1994 - VII 369/91, EFG 1995 S. 264
- (1) Mehraufwendungen wegen der **behindertengerechten Gestaltung** eines für den eigenen Wohnbedarf errichteten Hauses können nur dann außergewöhnliche Belastungen sein, wenn sich solche Aufwendungen ausnahmsweise anhand eindeutiger und objektiver, von ungewissen zukünftigen Ereignissen unabhängiger Kriterien von den Aufwendungen unterscheiden lassen, durch die der Steuerpflichtige seinen Wohnbedürfnissen Rechnung trägt, und wenn ausgeschlossen ist, dass die durch diese Aufwendungen geschaffenen Einrichtungen jemals wertbildende Faktoren für das Haus darstellen können; wenn also eindeutig „**verlorener Aufwand**“ vorliegt. (2) Die Ausstattung eines Einfamilienhauses mit einem **Fahrstuhl** und eine **behindertengerechte Bauausführung** (wie der Einbau breiter Türen, eines großen Bades etc.) führen daher grds. nicht zu außergewöhnlichen Belastungen.
BFH, Urteil v. 10. 10. 1996 - III R 209/94, BStBl 1997 II S. 491[SAAAA-95900]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 10. 3. 1994 - 6 K 1933/91
- Die Errichtung eines **Anbaus** mit einem **Fahrstuhl** für einen schwer gehbehinderten Haushaltsangehörigen führt auch dann nicht zu außergewöhnlichen Belastungen, wenn das Gebäude bereits vor Eintritt der Behinderung von dem Steuerpflichtigen als Familienwohnung genutzt worden ist (Fortführung des Urteils des Senats v. 10. 10. 1996 - III R 209/94, BStBl 1997 II S. 491).
BFH, Urteil v. 6. 2. 1997 - III R 72/96, BStBl 1997 II S. 607[ZAAAA-95954]
Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 19. 3. 1996 - 3 K 2926/95
- (1) Aufwendungen zur Beseitigung **asbestverseuchter Dachplatten** können als notwendige Aufwendungen zur Wiederherstellung der Bewohnbarkeit eines selbstgenutzten Einfamilienhauses als außergewöhnliche Belastung absetzbar sein. (2) Führen notwendige Wiederherstellungsarbeiten zu Werterhöhungen, muss sich der Steuerpflichtige im Wege des **Vorteilsausgleichs** die Wertverbesserungen anrechnen lassen.

FG Niedersachsen, Urteil v. 26. 8. 1999 - XIV 34/96[MAAAB-11661]

- **Sielbaukosten** sind typische Aufwendungen, die beim Wohnen im eigenen Haus in Gebieten anfallen, in denen die endgültige Erschließung noch nicht abgeschlossen ist. Sie stellen keine außergewöhnliche Belastung dar. Mit der Ersetzung einer funktionsfähigen **Sickergrube** durch einen Sielanschluss erlangt der Steuerpflichtige einen marktgängigen **Gegenwert**, auch wenn mit dem Sielanschluss typischerweise regelmäßig Gebühren anfallen.

FG Hamburg, Urteil v. 15. 2. 2000 - VI 121/99

- Schadensbeseitigungskosten an eigenen Vermögensgegenständen, die durch **Baumängel** verursacht worden sind, führen regelmäßig nicht zu außergewöhnlichen Belastungen. Darum sind Aufwendungen für die **Fassadensanierung** eines Wohngebäudes wegen Baumängeln nicht nach § 33 EStG abziehbar.

FG Hamburg, Urteil v. 14. 3. 2000 - II 262/99[EAAAAB-07709]

- Kosten für **nachträgliche Isolierungsmaßnahmen am Kellermauerwerk** eines Einfamilienhauses sind keine außergewöhnliche Belastung, wenn sie durch einen allmählichen Grundwasseranstieg notwendig werden.

FG Hamburg, Urteil v. 13. 7. 2000 - V 274/99[GAAAAB-07782]

- In der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist die Rechtsfrage geklärt, dass die Aufwendungen für den krankheitsbedingten **nachträglichen Einbau eines Personenaufzugs** nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar sind, wenn der Steuerpflichtige entsprechend der großen Übergangsregelung den Nutzungswert für die von ihm selbst genutzte Wohnung durch **Einnahmenüberschussrechnung** ermittelt.

BFH, Beschluss v. 4. 12. 2000 - III B 72/00[DAAAA-66923]

- (1) Aufwendungen sind zwangsläufig, wenn sie auf Gründen beruhen, die von außen derart auf die Entschließung des Steuerpflichtigen einwirken, dass er ihnen nicht auszuweichen vermag. (2) Besteht eine für den Steuerpflichtigen allgemein zugängliche und übliche **Versicherungsmöglichkeit** und ist der Abschluss einer **Versicherung zumutbar**, kann sich der Steuerpflichtige den eigenen Aufwendungen entziehen. Eine allgemein übliche Versicherungsmöglichkeit besteht, wenn die überwiegende Mehrzahl der Versicherungsgesellschaften die Möglichkeit zum Abschluss anbieten, beispielsweise der Versicherungsschutz gegen Hausrats- und Gebäudeschäden.

FG Köln, Urteil v. 20. 12. 2000 - 1 K 4490/00[JAAAAB-08980]

- Aufwendungen für die **Sicherung eines Gebäudes gegen Einbrüche** können nicht im Rahmen des § 33 EStG als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, wenn sie zu einem (marktfähigen) **Gegenwert** führen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 10. 2000 - 3 K 1125/99[UAAAAB-12036]

- Kosten für die **Sanierung eines asbestbelasteten Hausdaches** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig, wenn vor Beginn der Baumaßnahmen ein amtsärztliches Gutachten bzw. eine amtsärztliche Stellungnahme eingeholt wird, aus der sich ergibt, dass die Maßnahme i. S. des § 33 EStG zwingend erforderlich ist (Anschluss an BFH-Urteil v. 7. 6. 2000 - III R 54/98, BStBl 2001 II S. 94).

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 20. 6. 2001 - 12 K 358/00[MAAAB-06114]

- (1) Es bestehen Bedenken, ob Aufwendungen für den Austausch einer 27 Jahre alten **asbesthaltigen Elektrospeicher-Heizungsanlage** mit einer wirtschaftlichen Nutzungsdauer von 25 Jahren außergewöhnlich sind. (2) Ein bereits eingetretener wirtschaftlicher Verbrauch der ausgetauschten Geräte ist im Wege des **Vorteilsausgleichs** zu berücksichtigen. (3) Zwangsläufig können auch **präventive Aufwendungen** sein, wenn bei Unterlassen der Aufwendungen der Eintritt eines schwerwiegenden Gesundheitsschadens nach wissenschaftlichen Erkenntnissen höchst wahrscheinlich ist.

FG Köln, Urteil v. 21. 6. 2001 - 10 K 2455/96[MAAAB-08739]

- Aufwendungen für die **Asbestsanierung** der **Außenfassade eines Wohnhauses** können als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, wenn durch ein vor Durchführung der Maßnahme erstelltes **amtliches Gutachten** nachgewiesen ist, dass eine Sanierung zur Beseitigung einer von der Fassade ausgehenden **konkreten Gesundheitsgefährdung** infolge der Freisetzung von Asbestfasern in das Innere des Hauses unverzüglich erforderlich ist.
BFH, Urteil v. 9. 8. 2001 - III R 6/01, BStBl 2002 II S. 240[XAAAA-89171]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 26. 7. 2000 - 1 K 1195/99
- Aufwendungen für den Einbau einer **Spezialbadewanne** (Sitzbadewanne mit Wannentür) sind nur dann als außergewöhnliche Belastungen absetzbar, wenn ein **vor** dem Kauf erstelltes **amts- oder vertrauensärztliches Attest** vorgelegt wird.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 23. 10. 2001 - 2 K 2105/01[NAAAB-12180]
- Auf den Nachweis einer akuten oder akut drohenden innerhäuslichen Gesundheitsgefährdung durch asbesthaltige Bauteile (hier: **Nachtstromspeicherheizung**) kann nicht verzichtet werden. Dazu bedarf es eines **Asbestgutachtens** jedenfalls dann, wenn die äußeren Umstände gegen eine aus Gründen tatsächlicher Zwangsläufigkeit dringliche Asbestsanierung sprechen.
FG Saarland, Urteil v. 14. 11. 2001 - 1 K 124/00[CAAAB-12470]
- Aufwendungen für den Einbau einer **Behinderten-Dusche** sind nicht nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung abziehbar, weil sie im Sinne der sog. „Gegenwert-Lehre“ einen für das Gebäude Wert bildenden Faktor darstellen. Soweit der BFH in diesem Zusammenhang auf eine „**gewisse Marktfähigkeit**“ der eingebauten Teile abstellt, wird damit abstrakt umschrieben, dass Teile der Bevölkerung bereit sind, entsprechende Gegenstände oder Leistungen finanziell zu honorieren, ohne dass diese im Einzelfall einen wertmäßigen Niederschlag gefunden haben müssen.
FG Saarland, Urteil v. 13. 12. 2001 - 2 K 280/01[UAAAB-12613]
- (1) Wird im Rahmen des Umbaus zweier Doppelhaushälften in ein Einfamilienhaus wegen der **Gehbehinderung** des Bauherrn ein **Aufzug** eingebaut, der auch für den **Transport von Lasten** genutzt werden kann, sind die Aufwendungen für den Aufzug nicht als außergewöhnliche Belastung in Abzug zu bringen. (2) Trotz der in jedem Stockwerk um ca. 2 m² **verminderten Wohnfläche** ist grds. von einer durch den Einbau bedingten **Erhöhung** der Nutzungsmöglichkeiten und dadurch des **Wertes des Hauses** auszugehen.
FG München, Urteil v. 19. 12. 2001 - 1 K 3110/00[SAAAB-09881]
- (1) Aufwendungen für die Neuanschaffung von Mobiliar können als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, wenn von den ausgetauschten Möbeln aufgrund einer **Formaldehydemission** nachweisbar eine konkrete Gesundheitsgefährdung ausgeht. (2) Die konkrete Gesundheitsgefährdung gilt als nachgewiesen, wenn die Formaldehydemission ausweislich eines vor der Anschaffung erstellten amtlichen technischen Gutachtens zu einer **Formaldehydkonzentration** in der Innenluft von **über 0,1 ppm** geführt hat. Wird dieser Grenzwert unterschritten, können die Kosten für die Neuanschaffung steuerlich nur dann abziehbar sein, wenn die Schadstoffbelastung tatsächlich gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht hat. Der Kausalzusammenhang zwischen gesundheitlicher Beeinträchtigung und Formaldehydemission ist in diesem Fall zusätzlich durch ein vor der Anschaffung erstelltes amtsärztliches Zeugnis zu belegen.
BFH, Urteil v. 23. 5. 2002 - III R 52/99, BStBl 2002 II S. 592[CAAAA-89301]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 29. 3. 1999 - 5 K 2932/96
- Aufwendungen zur Beseitigung einer konkreten Gesundheitsgefährdung durch **Formaldehydausgasungen** in einer Wohnung im eigenen Haus können als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. Zum Nachweis der Gesundheitsgefährdung bedarf es nicht zwingend eines amtsärztlichen Gutachtens.
FG Düsseldorf, Urteil v. 25. 6. 2002 - 8 K 6984/00 E[NAAAB-07638]

- ▶ Aufwendungen zur Schadensbeseitigung an einem Haus sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn es sich um Fälle schwerwiegender Beeinträchtigungen des lebensnotwendigen privaten Wohnbereichs handelt. Aufwendungen für die Beseitigung von **Feuchtigkeitsschäden im Keller** eines Wohnhauses sind nicht als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigungsfähig.
FG Hessen, Urteil v. 26. 5. 2003 - 13 K 1151/02[QAAAB-05868]
- ▶ Beseitigt ein bosnischer Staatsangehöriger, der zusammen mit seiner Ehefrau in Deutschland lebt, **kriegsbedingte Schäden** an seinem Haus in **Bosnien**, stellen die entsprechenden Aufwendungen keine außergewöhnliche Belastung dar.
FG München, Urteil v. 4. 12. 2003 - 1 K 2561/03[HAAAB-16443]
- ▶ Aufwendungen für den **Einbau eines Treppenlifts** in ein Einfamilienhaus sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, wenn bei keinem der Hausbewohner eine erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungs- oder der Gehfähigkeit durch die entsprechenden Merkmale im Schwerbehindertenausweis nachgewiesen ist bzw. die Notwendigkeit der Anschaffung nicht durch ein vor dem Kauf erstelltes ärztliches Gutachten bestätigt wird.
FG Nürnberg, Urteil v. 4. 12. 2003 - VI 361/2002[PAAAB-17139]
- ▶ Aufwendungen zur Beseitigung von **Sturmschäden** können als außergewöhnliche Belastung nur im Jahr des Abflusses geltend gemacht werden.
BFH, Beschluss v. 9. 12. 2003 - III B 135/03[TAAAB-15373]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 10. 4. 2003 - 16 K 47/01
- ▶ Auch bei schwerer Krankheit des Steuerpflichtigen können Aufwendungen für eine **Fahstuhlanlage** in einem selbst genutzten Einfamilienhaus nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Wegen eines geschaffenen Gegenwerts fehlt es an den Merkmalen der „**Belastung**“ und „**Außergewöhnlichkeit**“.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 1. 2004 - 2 K 1430/03[YAAAB-17645]
- ▶ Die Anerkennung der Aufwendungen zur **Asbestbeseitigung** als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG ist nicht möglich, wenn der Steuerpflichtige eine von dem Asbest ausgehende Gesundheitsgefährdung für die in dem Gebäude lebenden Menschen nicht durch ein **vor** Durchführung der Maßnahme erstelltes **amtliches Gutachten** nachgewiesen hätten
BFH, Beschluss v. 10. 12. 2004 - III B 56/04[KAAAB-44196]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 11. 3. 2004 - 2 K 635/03
- ▶ Aufwendungen für die Errichtung einer privaten **Trinkwasserversorgungsanlage** sind nicht als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG zu berücksichtigen. Die Kosten sind nicht außergewöhnlich, sondern zählen als Vorgänge der normalen Lebensführung zu den **typischen** Aufwendungen für das Wohnen im eigenen Haus, die das Existenzminimum nicht berühren. Sie sind auch nicht zwangsläufig, weil ihre wesentliche Ursache in dem **freiwilligen Verzicht** auf den bestehenden Anspruch auf kostenfreie Trinkwasserversorgung liegt. Schließlich scheidet ein Abzug als außergewöhnliche Belastung, weil für die Aufwendungen ein adäquater **Gegenwert**, eine unabhängige Trinkwasserversorgung, geliefert wird.
BFH, Beschluss v. 25. 2. 2005 - III B 96/04[TAAAB-54866]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 12. 5. 2004 - 10 K 1862/03 E
- ▶ Aufwendungen für den **Austausch eines Teppichbodens** wegen therapieresistenter Allergie (**Hausstauballergie**) können nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn vor der Renovierung ein amts- oder vertrauensärztliches **Gutachten** eingeholt wird.
BFH, Beschluss v. 22. 12. 2005 - III B 74/05[VAAAB-76608]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16. 11. 2004 - 2 K 2567/03
- ▶ (1) Es ist nicht ernstlich zweifelhaft, dass Aufwendungen für **Schutzmaßnahmen gegen Mobilfunkwellen** (hier: Messungen eines Baubiologen wegen in Nachbarschaft errichteter Mobilfunkstation) nicht als außergewöhnliche Belastung (Krankheitskosten) abgezogen wer-

den können, wenn die konkrete Gesundheitsgefährdung nicht durch ein vorab erstelltes **technisches Gutachten** sowie ein vorab eingeholtes **amtsärztliches Attest** nachgewiesen wird. (2) Der Senat geht, solange keine gegenteiligen wissenschaftlich gesicherten aktuellen Erkenntnisse vorliegen, mit der oberstgerichtlichen Rechtsprechung von BGH und BVerfG davon aus, dass bei Einhaltung der **Grenzwerte der 26. BImSchV** (Verordnung über elektromagnetische Felder) eine Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkwellen nicht unterstellt werden kann.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 14. 4. 2005 - 13 V 1/05[CAAAB-68536]

- Die Kosten des **behindertengerechten Umbaus** eines zuvor vollständig intakten und funktionsfähigen Badezimmers sind auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn der Umbau ausschließlich deswegen erfolgt ist, weil der an multipler Sklerose erkrankte und auf den Rollstuhl angewiesene Steuerpflichtige eine für **Rollstuhlfahrer** geeignete Dusche und eine entsprechende Toilette samt Waschmöglichkeit im Erdgeschoss des Hauses benötigt.

BFH, Urteil v. 2. 6. 2005 - III R 7/04[GAAAB-70210]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 9. 2002 - 10 K 168/01

- Aufwendungen für **Hangsisicherungsmaßnahmen** können als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, wenn es sich nicht um vorbeugende Schutzmaßnahmen, sondern um **Schadensbeseitigung** handelt und damit der Wiedernutzbarmachung des Hauses dient. Der Berücksichtigung der Aufwendungen steht auch nicht der Gegenwertgedanke entgegen, weil lebensnotwendige Gegenstände aufgrund eines unabwendbaren Ereignisses verloren gegangen sind.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 19. 10. 2005 - 1 K 2507/04[EAAAB-72999]

- Die Lehre vom Gegenwert ist auch bei Mietereinbauten anwendbar. Erlaubt der Vermieter dem Mieter Einbauten (im Streitfall: krankheitsbedingter **Einbau eines Aufzugs** in ein dreigeschossiges Einfamilienhaus), schließt aber die Erstattung der Aufwendungen auch bei Auszug des Mieters aus, bekommt der Vermieter in Form einer Wertsteigerung des Gebäudes einen Gegenwert. Aber auch der Mieter erhält durch die Einbauten einen Gegenwert, sofern die Einbauten nicht nur für ihn, sondern auch für andere Personen von Wert sein können und eine „gewisse Marktfähigkeit“ besitzen, „die in einem bestimmten Verkehrswert zum Ausdruck kommt“. Dieser zeigt sich darin, dass in aller Regel ein Nachmieter im Anschluss an eine Selbstnutzung der Einbauten durch den Mieter für deren Restnutzungsdauer bei der Übernahme eine Ablösesumme zahlen würde.

BFH, Urteil v. 15. 12. 2005 - III R 10/04[SAAAB-80850]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 10. 2003 - 16 K 2824/01 E

- Aufwendungen für die Kostenbeteiligung an der Errichtung einer **Lärmschutzwand** vor einem selbst bewohnten Reihenhaus sind nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig, wenn aufgrund einer Überschreitung der Lärm-Grenzwerte eine **konkrete Gesundheitsgefährdung** gegeben ist. Allein der **Gruppendruck**, der sich aus der nachbarschaftlichen Beziehung ergibt, reicht für sich allein nicht zur Begründung einer Zwangsläufigkeit aus sittlichen Gründen i. S. des § 33 Abs. 2 EStG aus.

FG Nürnberg, Urteil v. 26. 1. 2006 - VI 237/2005[AAAAB-79580]

- Aufwendungen für die Erneuerung eines 50 Jahre alten **Grundstückskanals** stellen selbst dann keine außergewöhnliche Belastung dar, wenn der Kanal erst kürzlich repariert wurde, sich diese einfache Reparatur aber als ungenügend erwiesen hat.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 29. 3. 2006 - 3 K 2264/03[QAAAB-84176]

- Aufwendungen für den nachträglichen **Einbau eines Aufzugs** in ein seit längerem bewohntes, eigenes Einfamilienhaus oder ein gemietetes Einfamilienhaus sind nicht nach § 33 Abs. 2 EStG abziehbar. Dies gilt auch für den Fall eines behinderungsbedingten **Umbaus**,

denn jeder Einbau eines Fahrstuhls in ein Gebäude hat entsprechende Umbaumaßnahmen zur Folge.

BFH, Beschluss v. 26. 4. 2006 - III B 113/05[DAAAB-88784]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 9. 5. 2005 - 4 K 450/00

- Da Baumängel nicht unüblich und nicht mit ungewöhnlichen Ereignissen wie Hochwasserschäden vergleichbar sind, können auch Aufwendungen zur **Behebung gesundheitsgefährdender Baumängel** nicht als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 Abs. 1 EStG berücksichtigt werden. Das gilt auch, wenn Gewährleistungsansprüche gegen das Bauunternehmen ausgefallen sind. Bei dem **Ausfall der Gewährleistungsansprüche** handelt es sich nicht um Aufwendungen, da ihnen keine bewusste und gewollte Vermögensverwendung, d. h. Ausgabe in Geld oder Geldeswert, zugrunde liegt.

BFH, Beschluss v. 19. 6. 2006 - III B 37/05[LAAAB-97191]

- Erwirbt der Steuerpflichtige ein mit einem sanierungsbedürftigen Gebäude bebautes Grundstück, welches er nach Feststellung erheblicher **Baumängel** abbricht und an Stelle des eigentlich geplanten Umbaus einen Neubau errichtet, sind die **Kosten des Abbruchs** nicht als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. Die Aufwendungen können im Streitfall weder als außergewöhnlich noch als zwangsläufig entstanden angesehen werden.

FG München, Urteil v. 18. 8. 2006 - 10 K 1832/05[GAAAC-16796]

- (1) Aufwendungen für die **Anhebung** eines selbst bewohnten Einfamilienhauses zur **Absicherung gegen drückendes Grundwasser** können mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden, wenn die wesentliche Ursache in dem Abschluss des **Werkvertrages** liegt, der für die Errichtung des Einfamilienhauses keine entsprechende Absicherung gegen drückendes Grundwasser beinhaltete. (2) Ob den Steuerpflichtigen selbst das konkrete **Ausmaß** des eingegangenen Risikos hätte bekannt sein können oder müssen, ist bei einem freiwilligen Vertragsabschluss nicht entscheidungserheblich. (3) Der **Anstieg des Grundwassers** auf das natürliche Niveau infolge der räumlichen Verlagerung des **Braunkohleabbaus** stellt kein außergewöhnliches Ereignis dar. (4) Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Herstellung eines Einfamilienhauses fehlt bereits deshalb die Außergewöhnlichkeit, weil sie das **Existenzminimum** nicht typischerweise betreffen. (5) Auch wenn der beschädigte Gegenstand von **existentiell wichtiger Bedeutung** ist, den Steuerpflichtigen kein Verschulden trifft, er keine realisierbaren Ersatzansprüche gegen Dritte hat und keine übliche Versicherungsmöglichkeit besteht, kommt der Abzug verlorenen Aufwandes für Kosten zur Beseitigung von Schäden nach § 33 EStG nur unter den weiteren Voraussetzungen der Zwangsläufigkeit und Außergewöhnlichkeit in Betracht.

FG Düsseldorf, Urteil v. 29. 9. 2006 - 1 K 145/04 E[GAAAC-31087]

- Mit der Errichtung des **Schwimmbeckens** zur Therapie eines behinderten Familienmitglieds auf einem selbstgenutzten Grundstück erhält der Steuerpflichtige in aller Regel einen **Gegenwert**, wenn das Schwimmbecken auch von nicht behinderten Personen genutzt werden kann, weil die Möglichkeit der Nutzung eines privaten Schwimmbeckens auch für nicht behinderte Personen einen Vorteil gegenüber dem Besuch eines öffentlichen Schwimmbades darstellt und bei der Veräußerung des Grundstücks das Vorhandensein des Schwimmbeckens zu einem deutlich gesteigerten Kaufpreis führen kann.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 11. 10. 2006 - 6 K 2169/05[UAAAC-24699]

- Ist der volljährige Sohn nach einem Unfall zu 100 % körperbehindert und lassen die Eltern noch im Unfalljahr einen **Treppenschräglift** in ihr Haus einbauen, damit ihr Sohn seine im ersten Stock befindlichen Wohnräume selbständig erreichen kann, können die Eltern die hierfür entstehenden Aufwendungen auch dann als außergewöhnliche Belastungen abziehen, wenn der Sohn im Folgejahr von einer von der Mutter auf seine Rechnung abgeschlossenen Unfallversicherung eine Leistung erhält, die der Höhe nach (rd. 56.000 €) unstreitig über der im Sozialhilferecht geltenden Grenze für **Schonvermögen** liegt. Dem Sohn kann die

Verwertung seiner Forderung gegen den Unfallversicherer, seinem einzigen Vermögensgegenstand, nicht zugemutet werden, da er hierauf zur **Altersvorsorge** und zur Abdeckung seines weiteren lebenslangen **behinderungsbedingten Mehrbedarfs** angewiesen ist.

BFH, Urteil v. 30. 10. 2008 - III R 97/06[HAAAD-17957]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 12. 10. 2006 - 2 K 1859/04

- Der **Umbau** zu einem behindertengerechten **Badezimmer** in einer gemieteten Wohnung ist keine außergewöhnliche Belastung, da der Steuerpflichtige hierfür eine Gegenleistung erhält.

FG Münster, Urteil v. 18. 10. 2006 - 10 K 3187/03 E[NAAAC-34903]

- Aufwendungen eines Mieters für den behinderungsbedingten **Einbau eines Personenaufzugs** sind keine außergewöhnliche Belastung.

BFH, Beschluss v. 27. 12. 2006 - III B 107/06[AAAAC-38798]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 29. 5. 2006 - 11 K 112/03

- (1) Nur dann, wenn die konkrete Gesundheitsgefährdung durch ein (ggfs. vor Durchführung der Maßnahmen) eingeholtes amtliches technisches Gutachten sowie ein amtsärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, sind Aufwendungen für **Schutzmaßnahmen gegen Mobilfunkwellen** als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen. (2) Da bislang keine gegenteiligen wissenschaftlich gesicherten aktuellen Erkenntnisse vorliegen, geht der Senat mit der oberstgerichtlichen Rechtsprechung von BGH und BVerfG davon aus, dass bei Einhaltung der **Grenzwerte der 26. BImSchV** (Verordnung über elektromagnetische Felder) eine Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkwellen nicht unterstellt werden kann. (3) Das gilt auch im Fall einer **MCS-Vorerkrankung** (Multiple Chemical Sensitivity - Multiple Chemische Übersensibilität). (4) Im Übrigen ist ein Abzug solcher Aufwendungen schon dann ausgeschlossen, wenn die getroffenen Maßnahmen des gewünschten Ergebnisses ungeeignet und damit nicht notwendig sind.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16. 1. 2007 - 2 K 1047/05[WAAAC-38114]

- Aufwendungen zur Behebung von **Baumängeln** – wie die Beseitigung von **Grundwasserschäden** infolge **unsachgemäßer Isolierung** von Kellerräumen – ermöglichen keine Ermäßigung der Einkommensteuer nach § 33 Abs. 1 EStG.

FG Düsseldorf, Urteil v. 19. 1. 2007 - 1 K 997/05 E[CAAAC-71121]

- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für den nachträglichen Anbau eines **behindertengerechten Außenaufzugs** an seinem Einfamilienhaus sind nicht als außergewöhnliche Belastung gemäß § 33 EStG abzugsfähig, wenn der Steuerpflichtige hierfür einen **Gegenwert** erhält, weil der Aufzug auch für **andere Bewohner** des Hauses nutzbar ist. Das gilt auch, wenn der Steuerpflichtige zwar aufgrund einer während des Baugenehmigungsverfahrens mit den Grundstücksnachbarn getroffenen privatschriftlichen Vereinbarung zum vollständigen Abbau des Aufzugs verpflichtet ist, der Zeitpunkt des Rückbaus jedoch noch nicht feststeht. Allerdings ist nach erfolgtem **Rückbau** zu entscheiden, ob dieser ein rückwirkendes Ereignis i. S. des § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO darstellt und die Aufwendungen für den Aufzug zumindest teilweise als verlorener Aufwand gemäß § 33 EStG zu berücksichtigen sind.

BFH, Urteil v. 25. 1. 2007 - III R 7/06[JAAAC-43353]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 8. 12. 2005 - 8 K 1236/02 E

- Der **behindertengerechte Umbau eines Badezimmers** ist nicht nur für den Behinderten von Nutzen. Vielmehr kann das Badezimmer nach der Umgestaltung von der **gesamten Familie** wie auch von dritten Personen dauerhaft mitbenutzt werden. Auch unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich fortentwickelten Rechtsprechung des BFH zur Anwendung der **Gegenwertlehre** bei behinderungsbedingten Einbauten ist die Annahme eines Gegenwerts zu bejahen.

BFH, Beschluss v. 25. 1. 2007 - III B 103/06[KAAAC-39288]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 23. 5. 2006 - 8 K 10457/04

- (1) Aufwendungen für Schutzmaßnahmen gegen **Mobilfunkwellen** können als außergewöhnliche Belastungen nur anerkannt werden, wenn die konkrete Gesundheitsgefährdung durch ein vor der Beseitigungsmaßnahme erstelltes amtliches technisches Gutachten und amtsärztliches Zeugnis belegt worden sind. (2) Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist es Wissenschaft und Forschung bislang nicht gelungen, den Nachweis zu erbringen, dass athermische Effekte elektromagnetischer Felder, zumal unterhalb der durch die **26. BImSchV** gezogenen **Grenzen**, zu gesundheitlichen Schäden führen können.
BFH, Beschluss v. 29. 1. 2007 - III B 137/06[SAAAC-40972]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 7. 2006 - 13 K 163/04
- Der Austausch einer über 20 Jahre alten **asbestbelasteten Heizungsanlage** stellt kein außergewöhnliches Ereignis dar, sondern ist die schlichte Behebung eines normalen **Verschleißtatbestandes**. Selbst bei Anerkennung einer außergewöhnlichen Belastung könne wegen des **Vorteilsausgleichs** allenfalls der durch die vorzeitige Erneuerung der Heizungsanlage entstandene Teil der Aufwendungen abgezogen werden.
BFH, Beschluss v. 8. 2. 2007 - III B 11/06[BAAAC-42109]
Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 19. 12. 2005 - 2 K 310/03
- Werden Birken auf einem Wohngrundstück wegen der **Birkenpollenallergie** des minderjährigen Kinds gefällt, können die dafür entstandenen Kosten als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein. Da das **Fällen von Birken** auch anderen Zwecken, z. B. einer Umgestaltung des Gartens dienen kann, ist zum Nachweis der medizinischen Notwendigkeit grds. ein zuvor ausgestelltes amts- oder vertrauensärztliches Gutachten zu verlangen. Ausnahmsweise kann jedoch ein nachträglich ausgestelltes Attest ausreichen, wenn der Amtsarzt sich bei der Beurteilung des früheren Gesundheitszustands des Kinds nicht auf dessen Schilderungen, subjektive Beurteilungen anderer behandelnder Ärzte oder eigene Vermutungen, sondern auf vor dem Fällen der Bäume durchgeführte Lungenfunktionstests, d. h. objektive, „apparatemedizinische“ Untersuchungen stützt.
BFH, Urteil v. 15. 3. 2007 - III R 28/06[PAAAC-51999]
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 2. 3. 2006 - 11 K 2589/05 E
- (1) Aufwendungen sind nur dann außergewöhnlich i. S. von § 33 Abs. 1 EStG, wenn sowohl das Ereignis, das die Belastung des Steuerpflichtigen mit sich bringt, als auch die Aufwendungen als solche außerhalb des Üblichen liegen. (2) Auf Fehlern im Bereich der **Planung eines Gebäudes** beruhende Schäden können einkommensteuerlich nicht anders behandelt werden, als Schäden, die aus Fehlern bei der **Bauausführung** resultieren, da sich in beiden Fällen das Risiko der Schlechterfüllung durch die mit der Planung und Bauausführung beauftragten Personen realisiert. (3) Aufwendungen zur Behebung von **Planungsfehlern des Bauträgers** – wie die Nichtberücksichtigung des **Wiederanstiegs des Grundwasserspiegels** nach Verlagerung des Braunkohleabbaus – ermöglichen deshalb keine Ermäßigung der Einkommensteuer nach § 33 Abs. 1 EStG.
FG Düsseldorf, Urteil v. 25. 5. 2007 - 1 K 1565/06 E[VAAAC-71119]
- (1) Voraussetzung für die Anerkennung einer außergewöhnlichen Belastung nach § 33 EStG bei einem unverschuldet eingetretenen Schaden an einem Vermögensgegenstand ist u. a., dass dieser für den Steuerpflichtigen von existenziell wichtiger Bedeutung ist. Eine **Grundstücksmauer** gehört nicht zum lebensnotwendigen Bereich. (2) Eine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung scheidet aus, wenn der Steuerpflichtige eine allgemein zugängliche und übliche Versicherungsmöglichkeit nicht wahrgenommen hat. Zu dem üblichen Umfang einer Wohngebäudeversicherung gehört auch eine **Versicherung gegen Sturmschäden**, die die **Außenanlagen** einbezieht.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 26. 6. 2007 - 3 K 2099/03[CAAAC-51908]

- Aufwendungen für die Reparatur, die Erneuerung und den Betrieb einer **Wasserpumpe**, die der **Verhinderung des Wassereintritts** in Kellerräume dient, sind nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 9. 10. 2007 - 3 K 2646/05[AAAAC-64598]
- Aus den Umständen des Einzelfalles kann es sich ergeben, dass Aufwendungen für **behindertengerechte Umbaumaßnahmen** (für ein behindertes, auf einen **Rollstuhl** angewiesenes Kind) keinen Gegenwert im Sinne der höchstrichterlichen Rechtsprechung haben und daher als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG anzuerkennen sind.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 24. 10. 2007 - 2 K 1917/06[QAAAC-64597]
- Aufwendungen für die Sanierung eines mit **Dioxin** belasteten **Einfamilienhaus-Grundstücks** können außergewöhnliche Belastungen darstellen. Voraussetzung für den Abzug der Aufwendungen ist, dass den Grundstückseigentümer kein Verschulden an der Belastung trifft, die Belastung für ihn zum Zeitpunkt des Grundstückserwerbs nicht erkennbar war, realisierbare Ersatzansprüche gegen Dritte nicht gegeben sind, der Eigentümer bodenschutzrechtlich zur Sanierung verpflichtet ist oder aufgrund der Dioxinbelastung konkrete Gesundheitsgefährdungen von dem Grundstück ausgehen, die durch ein vor der Sanierung erstelltes amtliches technisches Gutachten nachgewiesen werden, und das Hausgrundstück nach seiner Größe nicht über das Notwendige und Übliche hinausgeht.
BFH, Urteil v. 20. 12. 2007 - III R 56/04[KAAAC-78272]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 26. 3. 2004 - 11 K 269/99
- **Baumängel** sind keineswegs unüblich und nicht mit ungewöhnlichen Ereignissen wie etwa Hochwasserschäden vergleichbar. Auch Aufwendungen zur Behebung **gesundheitsgefährdender Baumängel** erlauben deshalb keine Ermäßigung der Einkommensteuer nach § 33 Abs. 1 EStG. Der BFH unterscheidet nicht zwischen gewöhnlichen und ungewöhnlichen Baumängeln, sondern lässt Aufwendungen zur Behebung von Baumängeln grds. nicht zum Abzug als außergewöhnliche Belastung zu.
BFH, Beschluss v. 11. 2. 2009 - VI B 140/08[GAAAD-17966]
Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 20. 3. 2008 - 11 K 3901/05
- Der Abzug von Aufwendungen für **Asbestsanierung** als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG setzt neben dem konkreten **Nachweis** der getätigten Aufwendungen ein vor der Sanierung erstelltes **Gutachten** voraus.
FG München, Urteil v. 19. 2. 2009 - 7 V 3717/08[FAAAD-15791]
- Aufwendungen für den **behindertengerechten Umbau eines Hauses** können als außergewöhnliche Belastungen abziehbar sein, wenn sie so stark unter dem Gebot der sich aus der Situation ergebenden **Zwangsläufigkeit** stehen, dass die etwaige Erlangung eines **Gegenwertes** in Anbetracht der Gesamtumstände des Einzelfalles in den **Hintergrund** tritt.
BFH, Urteil v. 22. 10. 2009 - VI R 7/09, BStBl 2010 II S. 280[PAAAD-34545]
Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 24. 5. 2007 - 9 K 1043/03
- (1) **Behinderungsbedingte Umbaukosten** stellen außergewöhnliche Aufwendungen i. S. des § 33 Abs. 1 EStG dar. Derartige Aufwendungen sind durch den Behinderten- und den Pflegepauschbetrag nicht abgegolten. (2) Umbaukosten, die durch eine Erkrankung aufgrund **Multiple Sklerose** veranlasst sind, können als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. (3) Auch nach Aufgabe der sog. Gegenwerttheorie ist auch weiterhin der sich aus der Erneuerung ergebende **Vorteil** („Neu für Alt“) anzurechnen; außerdem sind die Aufwendungen auf das Notwendige und Angemessene begrenzt.
FG Niedersachsen, Urteil v. 11. 2. 2011 - 3 K 599/10[QAAAD-96395]
- (1) Mehraufwand, der auf einer **behindertengerechten Gestaltung des individuellen Wohnumfelds** beruht, steht stets so stark unter dem Gebot der sich aus der Situation ergebenden **Zwangsläufigkeit**, dass die Erlangung eines etwaigen **Gegenwerts** in Anbetracht der Gesamtumstände regelmäßig in den Hintergrund tritt (Anschluss an BFH, Urteil v. 22. 10. 2009

- VI R 7/09, BStBl 2010 II S. 280; entgegen BFH, Urteil v. 10. 10. 1996 - III R 209/94, BStBl 1997 II S. 491). (2) Es ist insbesondere nicht erforderlich, dass die Behinderung auf einem **nicht vorhersehbaren Ereignis** beruht und deshalb ein **schnelles Handeln** des Steuerpflichtigen oder seiner Angehörigen geboten ist. Auch die Frage nach **zumutbaren Handlungsalternativen** stellt sich in solchen Fällen nicht (Fortentwicklung von BFH, Urteil v. 22. 10. 2009 - VI R 7/09, BStBl 2010 II S. 280). (3) Gegebenenfalls hat das FG zu der Frage, welche baulichen Maßnahmen durch die Behinderung des Steuerpflichtigen oder eines seiner Angehörigen veranlasst sind, und zur Quantifizierung der darauf entfallenden Kosten ein **Sachverständigen-gutachten** einzuholen.

BFH, Urteil v. 24. 2. 2011 - VI R 16/10, BStBl 2011 II S. 1012[AAAAD-80474]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 3. 2. 2010 - 7 K 814/09 E

- (1) Ist ein Steuerpflichtige schwer gehbehindert, sind Aufwendungen für die Installation eines **Treppenschräglifts** auch dann als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wenn dieser sich nicht innerhalb des Wohnhauses, sondern im dazugehörigen **Garten** befindet. (2) Die Notwendigkeit der Nutzung eines Treppenschräglifts ist nicht auf die unmittelbare Nutzung innerhalb des Wohnbereichs beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die **Nutzung des Gartens**. (3) Ein eventuell durch den Einbau des Treppenlifts erlangter **Gegenwert** ist aufgrund der Zwangsläufigkeit der Krankheit nicht zu berücksichtigen. (4) Die Aufwendungen sind **sofort** in voller Höhe zu berücksichtigen und nicht auf die Dauer der voraussichtlichen Nutzung nach den Regelungen über die AfA gemäß § 7 EStG abzuschreiben. (5) Zusätzliche Krankheitskosten sind nicht von der Abgeltungswirkung des **Behinderten-Pauschbetrags** nach § 33b EStG erfasst.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 6. 4. 2011 - 4 K 2647/08[JAAAD-85435]

- Der Mehraufwand, der auf einer **behindertengerechten Gestaltung des individuellen Wohnumfelds** beruht, steht stets so stark unter dem Gebot der sich aus der Situation ergebenden **Zwangsläufigkeit**, dass die Erlangung eines etwaigen **Gegenwerts** in Anbetracht der Gesamtumstände regelmäßig in den Hintergrund tritt. Es ist insbesondere nicht erforderlich, dass die Behinderung auf einem nicht vorhersehbaren Ereignis beruht und deshalb ein schnelles Handeln des Steuerpflichtigen oder seiner Angehörigen geboten ist. Auch die Frage nach zumutbaren Handlungsalternativen stellt sich in solchen Fällen nicht.

BFH, Beschluss v. 25. 5. 2011 - VI B 35/11[TAAAD-89052]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 11. 2. 2011 - 3 K 599/10

- Ist der Einbau des **Treppenlifts** aufgrund der gesundheitlichen Beschwerden medizinisch angezeigt, sind die Kosten als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Ob es sich bei einem **Treppenschräglift** um ein medizinisches Hilfsmittel im engeren Sinne (etwa Brillen, Hörgeräte oder Rollstühle) oder um ein Hilfsmittel handelt, welches nicht nur von Kranken, sondern – etwa der Bequemlichkeit wegen – auch von Gesunden angeschafft wird, ist insoweit ohne Belang. Denn Aufwendungen für medizinisch indizierte Maßnahmen sind typischerweise als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, ohne dass es im Einzelfall der nach § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG an sich gebotenen Prüfung der Zwangsläufigkeit des Grundes und der Höhe nach bedarf. Weiter ist zu beachten, dass nicht nur das medizinisch Notwendige im Sinne einer Mindestversorgung von der Heilanzeigen erfasst wird. Medizinisch indiziert (angezeigt) ist vielmehr jedes diagnostische oder therapeutische Verfahren, dessen Anwendung in einem Erkrankungsfall hinreichend gerechtfertigt ist.

BFH, Urteil v. 5. 10. 2011 - VI R 14/11[QAAAD-96891]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 19. 11. 2010 - 14 K 2520/10 E

- Die Kosten einer an der eigenen Wohnung durchgeführten **Hochfrequenzabschirmung** gegen stark auffällige und aus baubiologischer Sicht nicht mehr zu akzeptierende **Mobilfunkstrahlung** sind bei Vorlage einer privatgutachtlichen ärztlichen Bescheinigung als außerge-

wöhnliche Belastungen anzuerkennen. § 64 Abs. 1 Nr. 2 EStDV ist auf **Umbaumaßnahmen** nicht anzuwenden.

FG Köln, Urteil v. 8. 3. 2012 - 10 K 290/11[DAAAE-07359]

- (1) Die tatsächliche Zwangsläufigkeit von Aufwendungen für **Sanierungsarbeiten an Asbestprodukten** ist nicht anhand der abstrakten Gefährlichkeit von Asbestfasern zu beurteilen; erforderlich sind zumindest konkret zu befürchtende Gesundheitsgefährdungen. (2) Sind die von einem Gegenstand des existenznotwendigen Bedarfs ausgehenden **konkreten Gesundheitsgefährdungen** auf einen Dritten zurückzuführen und unterlässt der Steuerpflichtige die Durchsetzung realisierbarer zivilrechtlicher **Abwehransprüche**, sind die Aufwendungen zur Beseitigung konkreter Gesundheitsgefährdungen nicht abziehbar. (3) Bei der Beseitigung konkreter von einem Gegenstand des existenznotwendigen Bedarfs ausgehender Gesundheitsgefahren ist ein vor Durchführung dieser Maßnahmen erstelltes **amtliches technisches Gutachten** nicht erforderlich. Gleichwohl hat der Steuerpflichtige nachzuweisen, dass er sich den Aufwendungen aus tatsächlichen Gründen nicht entziehen konnte.

BFH, Urteil v. 29. 3. 2012 - VI R 47/10, BStBl 2012 II S. 570[LAAAE-11233]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 11. 2009 - 6 K 2314/07

- Aufwendungen zur Sanierung eines mit **Echtem Hausschwamm** befallenen Gebäudes können im Einzelfall ein unabwendbares Ereignis sein, wenn der Befall unentdeckt bleibt, die konkrete Gefahr der Unbewohnbarkeit eines Gebäudes droht und daraus eine aufwendige Sanierung folgt.

BFH, Urteil v. 29. 3. 2012 - VI R 70/10, BStBl 2012 II S. 572[VAAAE-11234]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 17. 8. 2010 - 12 K 10270/09

- (1) Aufwendungen zur Beseitigung **unzumutbarer Beeinträchtigungen**, die von einem Gegenstand des existenznotwendigen Bedarfs ausgehen, können aus tatsächlichen Gründen zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG entstehen. (2) Die Unzumutbarkeit ist anhand **objektiver Kriterien** zu bestimmen. Handelt es sich um **Geruchsbelästigungen**, ist das Überschreiten von objektiv feststellbaren Geruchsschwellen erforderlich. (3) Ein die Außergewöhnlichkeit von Aufwendungen ausschließender **Baumangel** liegt auch dann nicht vor, wenn der Einsatz mittlerweile verbotener **schadstoffhaltiger Materialien** noch zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes erlaubt war und das Gebäude später veräußert wird. (4) Der Umstand, dass ein vor Durchführung der Beseitigungs- bzw. Wiederherstellungsmaßnahmen erstelltes amtliches technisches Gutachten nicht vorliegt, steht dem Abzug der durch unabwendbare Ereignisse verursachten Aufwendungen nicht entgegen. Gleichwohl hat der Steuerpflichtige nachzuweisen, dass er sich den Aufwendungen aus **tatsächlichen Gründen** nicht entziehen konnte. (5) Allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens i.S. von § 33 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (§ 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. e EStDV i.d.F. des StVereinfG 2011) liegen bei dem **Umbau eines Hauses** oder **Umgestaltungen des Wohnumfeldes** nicht vor.

BFH, Urteil v. 29. 3. 2012 - VI R 21/11, BStBl 2012 II S. 574[BAAAE-11232]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 17. 2. 2011 - 14 K 425/09

- Die Kosten für die Errichtung eines **blickdichten Holzlattenzauns** anstelle eines Maschendrahtzauns stellen auch dann keine außergewöhnlichen Belastungen, sondern Kosten der Lebensführung dar, wenn die höhere Umzäunung krankheitsbedingt notwendig wurde, sie aber einer traditionellen und dekorativen Bauweise entspricht. Soweit der Zaun Schutz vor von außen kommenden Gefahren bieten soll, handelt es sich - anders als bei einem Treppenaufzug oder einer Rollstuhlrampe - auch nicht um einen behinderungsbedingten Einsatz eines Hilfsmittels.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 30. 4. 2012 - 5 K 1934/11[UAAAE-11645]

- (1) **Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens** i.S. von § 33 Abs. 1 SGB V sind nur solche technischen Hilfen, die getragen oder mit sich geführt werden können, um sich im jeweili-

gen Umfeld zu bewegen, zurechtzufinden und die elementaren Grundbedürfnisse des täglichen Lebens zu befriedigen. (2) Ein **Treppenlift** ist kein Hilfsmittel im Sinne dieser Legaldefinition. (3) Angesichts des insoweit eindeutigen Wortlauts des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. e EStDV i.d.F. des StVereinfG 2011 und des abschließenden Charakters der Katalogtatbestände in § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. a bis f EStDV i.d.F. des StVereinfG 2011 ist die **Zwangsläufigkeit** und damit die **medizinische Notwendigkeit** von Aufwendungen für den Einbau eines solchen Hilfsmittels nicht formalisiert nachzuweisen.

BFH, Urteil v. 6. 2. 2014 - VI R 61/12, BStBl 2014 II S. 458[NAAAE-61358] Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 18. 9. 2012 - 11 K 3982/11 E

- (1) Eine **schwerwiegende Behinderung** des Steuerpflichtigen begründet eine tatsächliche **Zwangslage**, die eine behindertengerechte Gestaltung des Wohnumfelds unausweichlich macht, so dass die Kosten für einen behinderungsbedingten **Umbau der Wohnung** als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG zu berücksichtigen sind, sofern die Baukosten einen Bezug zu Krankheit oder Behinderung aufweisen. (2) Abzugsfähig sind die **Mehraufwendungen**, die durch die Behinderung des Steuerpflichtigen veranlasst und zur behindertengerechten Umgestaltung seines individuellen Wohnumfelds erforderlich sind. Nicht abziehbar sind daher Aufwendungen für Baumaßnahmen, für die die Krankheit oder Behinderung nicht ursächlich sind und die lediglich bei Gelegenheit eines behindertengerechten Umbaus durchgeführt werden. (3) Der **behinderungsbedingte Mehraufwand** steht dabei stets so stark unter dem Gebot der sich aus der Situation ergebenden Zwangsläufigkeit, dass die Erlangung eines etwaigen **Gegenwerts** in Anbetracht der Gesamtumstände in den Hintergrund tritt. (4) Bei dem behindertengerechten Umbau einer **Dusche** darf der Gesamtaufwand der Baumaßnahme nicht in einzelne Aufwandsposten aufgeteilt werden, sondern sind alle **Folgekosten** steuerlich zu berücksichtigen. (5) Sind die Aufwendungen für den behindertengerechten Umbau einer Dusche zu berücksichtigen, entfällt gem. § 35a Abs. 5 Satz 1 EStG die Steuerermäßigung für die mit dem Umbau der Dusche zusammenhängenden **Handwerkerleistungen**.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 3. 2014 - 1 K 3301/12 [CAAAE-82637]

- Die Kosten für den **Einbau eines Fahrstuhls** stellen—bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen im übrigen—krankheitsbedingte außergewöhnliche Belastungen dar, wenn der Einbau eines Treppenliftes baurechtlich nicht möglich ist.

FG Köln, Urteil v. 27. 8. 2014 - 14 K 2517/12[OAAAE-79108]

29. Hausrat-/Kleiderwiederbeschaffung

- (1) In den § 33 Abs. 2 und § 33 a EStG 1950 sind die Ansprüche der in diesen Vorschriften genannten Personenkreise auf Steuerermäßigung für die Aufwendungen zur **Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung** ausschließlich geregelt. (2) Die Vorschriften der § 33 Abs. 2 und § 33 a EStG 1950 bedeuten nicht, dass nur in den von ihnen bezeichneten Fällen für Aufwendungen zur Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung eine Steuerermäßigung gewährt werden kann. (3) Der in den Urteilen des RFH v. 28. 1. 1937 - VI A 554/36 (RStBl. 1937 S. 359) und des OFH v. 25. 11. 1949 - IV 56/49 S (StuW 1950 Nr. 14) herausgestellte Grundsatz, dass vom Begriff des Außergewöhnlichen her nur eine qualifizierte (betonte, große) Mehrzahl gemeint sei, gilt nicht für das EStG 1950. Es genügt die **einfache Mehrzahl** der Steuerpflichtigen. (4) Die Erlangung eines Gegenwertes schließt in d. R. die Anwendung des § 33 Abs. 1 EStG 1950 dann und insoweit nicht aus, als es sich, wie bei der Wiederbeschaffung von verlorenem Hausrat oder verlorener Kleidung, um die Wiederherstellung des früheren Zustandes in **angemessenen Grenzen** handelt. (5) Aufwendungen zur Wiederbeschaffung von Kleidung und Hausrat, die von den **Besatzungsmächten** auf nicht absehbare Zeit **beschlagnahmt** worden sind, können außergewöhnliche Belastungen i. S.

des § 33 Abs. 1 EStG darstellen. Eine Steuerermäßigung für sie kann jedoch nur unter sinn- gemäßer Anwendung des § 33 Abs. 2 EStG gewährt werden. (6) **Nutzungsentschädigungen** sind von den aufgrund des Rechtsatzes Nr. 5 errechneten Aufwendungen abzusetzen, so- weit sie in dem Zeitraum zugeflossen sind, für den der Steuerpflichtige Steuerermäßigung beansprucht. Für die **Verlustentschädigungen** gilt diese Einschränkung nicht. BFH, Urteil v. 16. 10. 1952 - IV 376/51 S, BStBl 1952 III S. 298[DAAAB-45610]

- ▶ Die Aufwendungen für die Beschaffung eines **Fernsehgeräts** können auch dann nicht als au- ßergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn der Steuerpflichtige als Sowjetzonen- flüchtling Hausrat und Kleidung verloren hat. BFH, Urteil v. 8. 8. 1958 - VI 194/57 U, BStBl 1958 III S. 378[DAAAA-89798]
- ▶ Aufwendungen für die Wiederbeschaffung eines **Klaviers** durch einen Vertriebenen können nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden. FG Nürnberg, Urteil v. 23. 3. 1960 - I 14/60, EFG 1960 S. 418
- ▶ Wiederbeschaffungskosten für eine **Teppichbrücke** können nicht als außergewöhnliche Be- lastung berücksichtigt werden, weil eine solche Brücke nicht zum notwendigen Hausrat zu rechnen ist. BFH, Urteil v. 23. 9. 1960 - VI 90/60 S, BStBl 1960 III S. 488[JAAAA-89877]
- ▶ Werden bei einer **Flucht** gerettete, aber **beschädigte Möbel** später ersetzt, sind die Kosten hierfür nicht im Rahmen des § 33 EStG begünstigt. FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 29. 8. 1961 - II 66/61, EFG 1962 S. 20
- ▶ (1) **Hausratsentschädigungen** nach §§ 293 ff. LAG, die ein heimatvertriebener Steuerpflichti- ger erhält, mindern die außergewöhnlichen Belastungen i. S. von § 33 EStG, die diesem Steu- erpflichtigen im gleichen Jahr durch die Wiederbeschaffung verlorenen Hausrats entstehen. (2) Ausgaben, die ein heimatvertriebener Steuerpflichtiger für die **Erneuerung und Verschö- nerung** einer seit mehreren Jahren benutzten **Wohnung** macht, sind i. d. R. für ihn keine au- ßergewöhnlichen Belastungen i. S. von § 33 EStG. BFH, Urteil v. 28. 2. 1964 - VI 85/63 U, BStBl 1964 III S. 301[CAAAA-90078]
- ▶ (1) Aufwendungen für **Hausrat und Kleidung** sind nicht als außergewöhnliche Belastung an- zuerkennen, wenn für die **Wiederbeschaffung** bereits ein Betrag, der mit Rücksicht auf die Einkommens- und Lebensverhältnisse des Steuerpflichtigen angemessen erscheint, steuer- lich berücksichtigt worden ist. (2) Für die Beurteilung der **Angemessenheit** sind Anzahl und Art der verlorenen Gegenstände ohne Belang. FG Düsseldorf, Urteil v. 24. 4. 1968 - II 16/66 E, EFG 1968 S. 411
- ▶ (1) Aufwendungen zur Wiederbeschaffung von **Teppichen**, die durch **Diebstahl** abhanden gekommen sind, entstehen dem Steuerpflichtigen zwangsläufig, wenn sie unter Berücksich- tigung seiner Lebensverhältnisse üblicherweise zur Einrichtung einer Wohnung notwendig sind. (2) **Entschädigungsleistungen** aufgrund eines Versicherungsvertrags mindern die Be- lastung nur insoweit, als sie nach dem Inhalt und Zweck des Versicherungsvertrags die be- treffenden Aufwendungen decken sollen. FG Hamburg, Urteil v. 20. 11. 1975 - II 38/75, EFG 1976 S. 183
- ▶ Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von **Kleidungsstücken**, die dem Steuerpflichtigen auf einer **Urlaubsreise entwendet** wurden, können regelmäßig nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. BFH, Urteil v. 3. 9. 1976 - VI R 185/74, BStBl 1976 II S. 712[GAAAA-91160]
- ▶ Für die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung im Rahmen des § 33 EStG eines **Zwei- personenhaushalts** ist ein Betrag von **20.000 DM** als angemessen anzusehen. FG Düsseldorf, Urteil v. 15. 6. 1977 - III 350/76 L, EFG 1977 S. 583
- ▶ (1) Bei **Spätaussiedlern** aus den Ostgebieten sind Wiederbeschaffungskosten für Hausrat und Kleidung auch über einen Betrag von **8.000 DM** hinaus als außergewöhnliche Belastung

zu berücksichtigen. (2) Eine **Hausratsentschädigung** nach dem LAG kann schon im Jahr der Begründung des Anspruchs die außergewöhnliche Belastung mindern.

FG Düsseldorf, Urteil v. 26. 10. 1977 - I (IX) 464/75 L, EFG 1978 S. 228

- Bei der Ermittlung der außergewöhnliche Belastung infolge **Wohnungsbrand** ist der von der **Hausratsversicherung** gezahlte Betrag **insgesamt** zu berücksichtigen und nicht nach dem Verhältnis der zum notwendigen Hausrat gehörigen zu den sonst verbrannten Gegenständen aufzuteilen.

FG Hamburg, Urteil v. 17. 7. 1980 - VI 21/79, EFG 1981 S. 20

- Aufwendungen für die Anschaffung neuer Kleidungsstücke infolge einer **Abmagerungskur** sind keine außergewöhnliche Belastung.

BFH, Urteil v. 17. 7. 1981 - VI R 105/78[QAAAB-02057]

- (1) Für die Wiederbeschaffung von Hausrat eines aus **vier erwachsenen Personen** bestehenden Haushalts im Jahre 1974 ist ein Betrag von **40.000 DM** angemessen. (2) Die **Angemessenheit** ist nach objektiven Merkmalen zu bestimmen und für besser verdienende Steuerpflichtige (hier: Facharzt) ebenso wie für Normalverdiener zu beurteilen.

FG Nürnberg, Urteil v. 26. 7. 1983 - VI 89/81, EFG 1984 S. 178

- Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von Hausrat sind bei **DDR-Bewohnern**, die mit **Genehmigung** der DDR-Behörden in die Bundesrepublik übersiedeln, nicht zwangsläufig, auch wenn ein Flüchtlingsausweis ausgestellt worden ist.

FG Düsseldorf, Urteil v. 10. 1. 1986 - VIII 59/81 E, EFG 1986 S. 401

- Die Berücksichtigung der Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von **Hausrat** eines **Heimatvertriebenen** setzt nach § 33 EStG voraus, das der Vertriebene die Heimat wegen des Bestehens einer besonderen **Zwangslage** verlassen hat.

FG Hessen, Urteil v. 21. 1. 1986 - 1 K 271/85, EFG 1986 S. 294

- Aus der Anerkennung als **Asylberechtigter** gemäß § 28 des Ausländergesetzes durch die zuständigen Behörden (Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge) kann nicht ohne weiteres geschlossen werden, dass die Verfolgung des Asylberechtigten auf einem **unabwendbaren Ereignis** im Sinne der Rechtsprechung des BFH zu § 33 EStG beruht.

BFH, Urteil v. 26. 4. 1991 - III R 69/87, BStBl 1991 II S. 755[PAAAA-93795]

- Aufwendungen für die **Ersatzbeschaffung von Hausrat** sind als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der **Verlust** des Hausrats im Zusammenhang mit der **Übersiedlung** (aus der ehemaligen DDR) eingetreten ist.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 10. 1993 - 2 K 2607/92, EFG 1994 S. 250

- Die von der Finanzverwaltung festgesetzten **Obergrenzen**, bis zu deren Höhe als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigende Aufwendungen zur Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung unter **Angemessenheitsgesichtspunkten** nicht beanstandet werden, sind zweckmäßig und führen i. d. R. zu sachgerechten Ergebnissen. Ihrer **Anpassung** an den gestiegenen **Preisindex für Lebenshaltung** durch die Finanzgerichte bedarf es nicht, weil dieser Index weitaus überwiegend von Gütern bestimmt ist, die nicht unter die Begriffe Hausrat und Kleidung fallen.

FG Saarland, Urteil v. 14. 10. 1993 - 1 K 234/92, EFG 1994 S. 250

- Bei Hausratsbeschaffungen **fünf Jahre nach der Einreise** eines Spätaussiedlers lässt sich regelmäßig nicht mehr feststellen, dass es sich noch um die Wiederbeschaffung des zurückgelassenen Hausrats handelt.

FG Düsseldorf, Urteil v. 16. 3. 1994 - 8 K 813/93 E, EFG 1994 S. 706

- (1) Deutsche **Aussiedler** aus Kasachstan haben Anspruch auf die Gewährung einer außergewöhnlichen Belastung wegen Wiederbeschaffung von Kleidung und Hausrat. (2) Ein **unabwendbares Ereignis** liegt nicht nur dann vor, wenn das Verbleiben im Heimatland mit Gefahren für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit verbunden ist, sondern es genügt

ständige Diskriminierung und politischer Druck zwecks Aufgabe der kulturellen Identität oder zum Verlassen des Landes.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 13. 7. 1994 - 5 K 2881/93, EFG 1994 S. 930 bestätigt durch BFH, Beschluss v. 25. 11. 1996 - III R 238/94

- Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung können nur dann als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, wenn u.a. nachgewiesen wird, welcher Hausrat und welche Kleidungsstücke **im Ausreisestaat zurückgelassen** werden mussten und welcher entsprechende Hausrat und welche entsprechenden Kleidungsstücke wiederbeschafft wurden.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 27. 6. 1996 - 6 K 80/94, EFG 1996 S. 1224

- Bei Verlust des Hausrats im Zusammenhang mit der **Zwangsräumung der Wohnung** ist die Zwangsläufigkeit hinsichtlich der geltend gemachten Aufwendungen dann zu verneinen, wenn der Steuerpflichtige auf eine ihm zuzumutende Durchsetzung von **Ersatzansprüchen** verzichtet hat.

BFH, Beschluss v. 18. 1. 1999 - III B 88/98[UAAAA-63180]

- Die als **Vorteilsausgleich** bei der Ermittlung einer außergewöhnlichen Belastung zu berücksichtigenden Leistungen aus einer **Hausratversicherung** sind **nicht aufzuteilen** in einen Betrag, der auf allgemein notwendigen und angemessenen Hausrat entfällt, und in einen solchen, der die Wiederbeschaffung von Gegenständen und Kleidungsstücken gehobenen Anspruchs ermöglichen soll (Abgrenzung zum Urteil v. 19. 10. 1990 - III R 93/87, BStBl 1991 II S. 140, zur Sterbegeldversicherung).

BFH, Urteil v. 30. 6. 1999 - III R 8/95[WAAAA-96713]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 25. 11. 1993 - 190156K1

- (1) Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von im Herkunftsland verbliebenem Hausrat eines **Aussiedlers** können nur als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Verlust auf einem **unabwendbaren Ereignis** beruht. (2) Nach den Verhältnissen im Jahre 1995 bestand in **Kasachstan** für Volksdeutsche weder ein Zwang zum Verlassen des Landes aufgrund politischer Verfolgung noch zur entschädigungslosen Aufgabe des Hausrats.

FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 6. 2000 - 18 K 4946/98 E[CAAAB-07406]

- Ein unabwendbares Ereignis liegt auch vor, wenn ein Steuerpflichtiger aus Gründen **politischer Verfolgung** sein Heimatland verlassen musste und dabei seinen Hausrat verloren hat. Voraussetzung ist jedoch, dass ein Verbleiben im Heimatland mit **Gefahren für Leib und Leben** oder die **persönliche Freiheit** des Steuerpflichtigen verbunden wäre oder wenn durch die Intensität und Schwere der Behinderung die **Menschenwürde verletzt** wird und die Erschwernisse über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaates eines Steuerpflichtigen aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinnehmen müssen. Bei Aussiedlern aus den **ehemaligen Ostblockstaaten** ist nach dem 31. 12. 1989 in jedem Einzelfall zu prüfen, ob ein Verbleiben im Heimatland mit Gefahren für Leib und Leben oder für die persönliche Freiheit des Steuerpflichtigen verbunden ist bzw. der Steuerpflichtige im Heimatland ständiger staatlicher Diskriminierung und politischem Druck zum Verlassenden Landes ausgesetzt war. Zum Nachweis staatlicher Diskriminierung bedarf es einer **substantiierten Darlegung und Glaubhaftmachung** der individuellen Lebensumstände, ein Verweis auf allgemeine Feststellungen, die andere Jahre betreffen, reicht nicht aus.

FG Hessen, Urteil v. 10. 7. 2001 - 12 K 197/99[VAAAB-08467]

- Aufwendungen für die Neuanschaffung von Mobiliar können als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, wenn von den ausgetauschten Möbeln aufgrund einer **Formaldehydemission** nachweisbar eine **konkrete Gesundheitsgefährdung** ausgeht.

BFH, Urteil v. 23. 5. 2002 - III R 52/99, BStBl 2002 II S. 592[CAAAA-89301]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 29. 3. 1999 - 5 K 2932/96

- Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von Hausrat etc., die durch die Zerstörung entsprechender Vermögensgegenstände durch einen **Wohnungsbrand** veranlasst waren, sind mangels Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastungen i. S. von § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige es unterlassen hat, eine allgemein zugängliche und übliche **Versicherungsmöglichkeit** zur Abdeckung dieser Vermögensschäden – hier: durch Abschluss einer Hausratversicherung – wahrzunehmen. Verzichtet ein Steuerpflichtiger bewusst auf eine derartige Versicherung, nimmt er damit in Kauf, dass er im Schadensfall den Schaden aus seinem eigenen Vermögen beseitigen muss. Die **Abwälzung** eines Schadens in der Vermögenssphäre eines Steuerpflichtigen **auf die Allgemeinheit** ist daher in den Fällen nicht gerechtfertigt, in denen der Steuerpflichtige eine Versicherungsmöglichkeit nicht wahrgenommen hat.
FG Niedersachsen, Urteil v. 28. 8. 2002 - 3 K 533/96[HAAAB-11453]
- Aufwendungen für die Neuanschaffung von Mobiliar können nur dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn von den ausgetauschten Möbeln aufgrund einer **Formaldehydemission** nachweisbar eine **konkrete Gesundheitsgefährdung** ausgeht.
FG Nürnberg, Urteil v. 31.1. 2003 - VII 370/1999[AAAAB-05843]
- Kosten zur Wiederbeschaffung lebensnotwendiger Vermögensgegenstände, wie Hausrat und Kleidung, die aufgrund eines unabwendbaren Ereignisses beschädigt oder zerstört worden sind, können mangels Zwangsläufigkeit nicht steuermindernd als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn der Geschädigte es unterlassen hat, eine **allgemein übliche und zumutbare Versicherung** (hier eine **Hausratversicherung**) abzuschließen.
BFH, Urteil v. 26. 6. 2003 - III R 36/01, BStBl 2004 II S. 47[BAAAAB-36825]
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 21. 3. 2001 - 8 K 4686/00 E
- Wiederbeschaffungskosten für Hausrat können nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden, wenn es der Steuerpflichtige unterlassen hat, sich gegen das Risiko eines **Brandschadens** durch eine allgemein übliche und ihnen zumutbare **Hausratversicherung** abzusichern. Die Aufwendungen zur Wiederbeschaffung des Hausrats sind damit nicht i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG zwangsläufig entstanden.
BFH, Urteil v. 20. 11. 2003 - III R 2/02[NAAAAB-15375]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 22. 11. 2001 - 15 K 5567/99
- Wiederbeschaffungskosten für Hausrat und Kleidung sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Steuerpflichtige eine **Sachversicherung** abgeschlossen hat und die notwendigen **Wiederbeschaffungskosten** die Leistungen aus der Sachversicherung übersteigen.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 7. 11. 2007 - 2 K 441/04[YAAAC-67344]

30.

Schuldentilgung/Schuldzinsen/Schuldübernahme

- Ausgaben zur **Tilgung von Schulden** stellen dann eine außergewöhnliche Belastung dar, wenn die **Aufnahme der Schulden** auf Belastungen i. S. des § 33 EStG zurückzuführen ist. Eine zwangsläufig erwachsene außerordentliche Belastung liegt i. d. R. also nicht vor, wenn ein Steuerpflichtiger eine höhere Verschuldung auf sich nimmt, ohne dazu durch von seinem **Willen** unabhängige Umstände gezwungen worden zu sein.
BFH, Urteil v. 30. 9. 1954 - IV 602/53 U, BStBl 1954 III S. 357[OAAAAB-45842]
- Tritt nach der Aufnahme einer Schuld bei dem Steuerpflichtigen ein **Vermögensverfall** ein, kann die **Schuldrückzahlung** nicht schon deshalb als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG angesehen werden; die gegenteilige Auffassung des RFH (IV 202/38 v. 10. 11. 1938, RStBl 1939 S. 117; IV 128/40 v. 31. 10. 1940, RStBl 1941 S. 266) wird nicht übernommen.
BFH, Urteil v. 19. 7. 1957 - VI 80/55 U, BStBl 1957 III S. 385[JAAAAB-46700]

- Bürgschaftszahlungen des Steuerpflichtigen an die Gesellschaftsgläubiger sind nachträgliche Werbungskosten bei den Arbeitseinkünften, wenn eine **rechtliche oder moralische Verpflichtung** wegen **Verfehlungen** oder **schuldhafter Unterlassungen** des Steuerpflichtigen während seiner Geschäftsführerzeit besteht. Ist dies nicht anzunehmen, können die Bürgschaftsübernahme und demgemäß auch die auf ihr beruhenden Zahlungen nur als freiwillig angesehen werden. Damit fehlt es aber an der für die Anwendung des § 33 EStG erforderlichen Zwangsläufigkeit.
BFH, Urteil v. 1. 12. 1961 - VI 306/60 U, BStBl 19632 III S. 63[FAAAB-47491]
- (1) Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Verwaltungsanweisung in Abschn. 189a EStR 1961, die ohne Einschränkung eine Schuldentilgung nach **vorangegangener Arbeitslosigkeit** als außergewöhnliche Belastung anerkennt, in der Zeit der **Vollbeschäftigung** angewandt werden kann. (2) Die Tilgung von Schulden, die ein selbständiger Unternehmer in den Jahren **schlechten Geschäftsgangs** zur Deckung der **Kosten der Lebenshaltung** begründet hat, ist keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 Abs. 1 Satz 1 EStG.
BFH, Urteil v. 6. 3. 1964 - VI 124/63, HFR 1964 S. 418
- Die **Rückzahlung von Studiendarlehen** begründet i. d. R. keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. von § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 6. 3. 1964 - VI 133/63, BStBl 1964 III S. 330[HAAAB-48124]
- Die **Rückzahlungen eines Existenzaufbaudarlehens** aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs, das ein nach mehrjähriger Kriegsgefangenschaft schwer krank heimgekehrter Steuerpflichtiger, der früher selbständiger Gewerbetreibender war, zwecks Beteiligung an einer GmbH erhalten hat, können unter Umständen als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig sein, wenn die Beteiligung sich als **wirtschaftlicher Misserfolg** erweist.
BFH, Urteil v. 12. 5. 1967 - VI R 123/66, BStBl 1967 III S. 489[ZAAAB-49719]
- (1) Aufwendungen für die **Tilgung eines Darlehens**, das der Steuerpflichtige zur Finanzierung der letzten beiden Semester seines **Studiums** aufgenommen hat, nachdem er die ersten sechs Semester durch **Werkarbeit** finanziert hatte, sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. (2) Eine Berücksichtigung dieser Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung kommt auch dann nicht in Betracht, wenn bereits zu Beginn des (Streit)Jahres wegen der Tilgungsleistungen ein **Freibetrag** auf der **Lohnsteuerkarte** eingetragen worden ist.
FG Hamburg, Urteil v. 4. 3. 1968 - I 233/67, EFG 1968 S. 412
- Mit **Darlehensmitteln** bezahlte Krankheitskosten können erst im **Jahr der Darlehensrückzahlung** zu einer Steuerermäßigung nach § 33 EStG führen. Wurden Krankheitskosten schon für das Jahr ihrer **Zahlung** geltend gemacht und wirkten sie sich steuerlich aus, muss sich der Steuerpflichtige den erlangten Steuervorteil anrechnen lassen.
BFH, Urteil v. 4. 10. 1968 - IV R 59/68, BStBl 1969 II S. 179[BAAAA-90463]
- (1) Tilgt die Ehefrau eines Gemeinschuldners, die nicht dessen betrieblicher Rechtsnachfolger ist, **Konkursschulden ihres Ehemannes**, weil die früheren Lieferanten ihre Lieferungen an sie hiervon abhängig machen, sind diese Leistungen dennoch nicht betrieblich veranlasst und daher keine Betriebsausgaben. (2) Die **Tilgung eines Darlehens** durch einen Ehegatten kann jedenfalls dann nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn die Leistungen, wären sie vom anderen Ehegatten erbracht worden, bei diesem als Betriebsausgabe nach § 33 Abs. 2 Satz 2 EStG nicht abzugsfähig wären.
BFH, Urteil v. 18. 4. 1972 - VIII R 12/66, BStBl 1972 II S. 757[XAAAA-99293]
- Übernimmt und tilgt der alleinige **Gesellschafter** und **Geschäftsführer** einer **GmbH** deren Schulden, um die **GmbH zu sanieren** und vor dem Konkurs zu bewahren, geschieht dies nicht zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG. Die **Rückzahlung** der zu diesem Zweck aufgenommenen Darlehen ist daher keine außergewöhnliche Belastung.

BFH, Urteil v. 19. 4. 1974 - VI R 63/71, BStBl 1974 II S. 516[ZAAAA-99998]

- ▶ (1) Eine außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG liegt nicht vor, wenn ein Vater **Schulden seines Sohnes** tilgt, die aus dem gescheiterten Versuch, eine **Existenz aufzubauen**, entstanden sind. (2) Das gleiche gilt für Schulden, die aus **strafbaren Handlungen** des Sohnes entstanden sind, um dem Sohn die **Resozialisierung** zu ermöglichen.

BFH, Urteil v. 8. 7. 1977 - VI R 247/74

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 30. 10. 1974 - II 21/73

- ▶ Aufwendungen eines Steuerpflichtigen aufgrund einer **Bürgerschaft**, die er übernommen hat, um dem Betrieb seines ihm gegenüber **nicht unterhaltsberechtigten Bruders** die Aufnahme von Bankkrediten zu ermöglichen, sind regelmäßig keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 18. 11. 1977 - VI R 142/75, BStBl 1978 II S. 147[JAAAA-91292]

- ▶ Ausgaben zur Tilgung von **Schulden**, die ein Steuerpflichtiger zur **Abwendung des Konkurses** über das Vermögen seines **Vaters** übernommen hat, können eine außergewöhnliche Belastung darstellen.

FG Münster, Urteil v. 20. 4. 1978 - I 2973/75 E, EFG 1978 S. 592

- ▶ Zahlungen der **Eltern** zur Tilgung von **Schulden** des **Sohnes** können aus **sittlichen Gründen** zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 EStG sein.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 25. 4. 1979 - II 252/77, EFG 1979 S. 549

- ▶ Zahlungen eines **Ehegatten** aufgrund einer für den Gewerbebetrieb des anderen Ehegatten übernommenen **Bürgschaftsverpflichtung** sowie damit in Zusammenhang stehende **Zivilprozess-, Vollstreckungs- und Vollstreckungsvergleichskosten** sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG Berlin, Urteil v. 15. 10. 1980 - VI 88/80, EFG 1981 S. 457

- ▶ Die Tilgung von Geschäftsschulden eines **nicht rechtsfähigen Vereins**, für den der Steuerpflichtige in seiner Eigenschaft als **Vereinsvorsitzender** einstehen muss, ist nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.

FG Köln, Urteil v. 10. 11. 1982 - XI 286/81 E, EFG 1983 S. 412

- ▶ In Zeiten der Vollbeschäftigung wegen **Arbeitslosigkeit** aufgenommene Darlehen zur **Finanzierung der Lebenshaltungskosten** führen nicht zum Abzug der Tilgungsbeträge und Zinsen als außergewöhnliche Belastung (Anschluss an BFH, Urteil v. 6. 3. 1964 - VI R 124/63, HFR 1964 S. 418).

FG München, Urteil v. 15. 12. 1982 - I 132/79 E, EFG 1983 S. 412

- ▶ Die Tilgung von **Geschäftsschulden** eines **nicht rechtsfähigen Vereins**, für die der Steuerpflichtige in seiner Eigenschaft als **Vereinsvorsitzender** einstehen muss, ist nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.

BFH, Urteil v. 27. 9. 1983 - IV R 28/83

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 10. 11. 1982 - XI 286781 E

- ▶ Die Abtragung von **Schulden des Vaters**, die **nicht eindeutig durch Arbeitslosigkeit** bedingt sind, ist nicht sittlich geboten. Sie ist auch nicht notwendig, wenn mehr Unterhalt bezahlt wird als zur Bedienung der Schulden erforderlich ist.

FG Nürnberg, Urteil v. 8. 8. 1984 - V 372/83, EFG 1985 S. 243

- ▶ Abzahlungen auf eine **Schuld**, die durch einen **Betrug** im Zusammenhang mit der **beabsichtigten Anschaffung einer Wohnung** entstanden sind, sind weder als worweggenommene Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung noch als dauernde Last noch als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 18. 6. 1985 - 5 K 52 /85, EFG 1985 S. 552

- ▶ Die Berücksichtigung von **Schuldzinsen** als außergewöhnliche Belastung kommt mangels Zwangsläufigkeit nicht in Betracht, wenn die **Schuldaufnahme** nicht durch Aufwendungen veranlasst ist, die ihrerseits eine außergewöhnliche Belastung darstellen.

BFH, Urteil v. 18. 7. 1986 - III R 178/80, BStBl 1986 II S. 745[UAAAA-92230]

- Aufwendungen des Steuerpflichtigen aus seiner **pflichtwidrigen Amtsführung** ? nämlich dem Abheben erheblicher Beträge von Sparkonten, die zu verwaltetem Vermögen in Pflugschaftssachen gehören, ohne Nachweis des Verbleibs ? können weder als Betriebsausgaben noch als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Die Tilgung einer Schuld kann nur dann nach § 33 EStG berücksichtigt werden, wenn sie auf Ausgaben beruht, die ihrerseits die Voraussetzungen des § 33 EStG erfüllen. Es ist möglich, wenn nicht naheliegend, dass die abgehobenen Beträge für **private Zwecke** verwendet wurden. Leistungen, die die dadurch erlangten **Vorteile ausgleichen**, stellen keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG dar.

BFH, Urteil v. 19. 3. 1987 - IV R 140/84[GAAAB-29743]

- Aufwendungen eines Spätaussiedlers zur **Wiederbeschaffung von Hausrat** sind – unbeschadet der weiteren Voraussetzungen des § 33 EStG – auch insoweit im Veranlagungszeitraum der Verausgabung als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, als die Aufwendungen aus einem **Darlehen** bestritten worden sind, das erst **in späteren Jahren zu tilgen** ist (**Änderung der Rechtsprechung**).

BFH, Urteil v. 10. 6. 1988 - III R 248/83, BStBl 1988 II S. 814[NAAAA-92669]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 27. 1. 1983 - V 162/81

- **Schuldzinsen** für ein Darlehen, das ein Steuerpflichtiger zur Bestreitung außergewöhnlicher Belastungen i. S. von § 33 EStG aufgenommen hat, sind nach dieser Vorschrift steuerermäßigend zu berücksichtigen, wenn bzw. soweit die **Darlehensaufnahme** selbst zwangsläufig erfolgt ist.

BFH, Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 60/88, BStBl 1990 II S. 958[QAAAA-93465]

- Aufwendungen für die **Rückzahlung des Ausbildungsdarlehens** im Streitjahr schon deshalb nicht steuerlich berücksichtigt werden können, weil gem. § 11 Abs. 2 EStG für die steuerliche Berücksichtigung kreditfinanzierter Aufwendungen auf den **Zeitpunkt der Verausgabung** abzustellen ist. Inwieweit für außergewöhnliche Belastungen i. S. der §§ 33 ff. EStG Besonderheiten gelten, kann dahingestellt bleiben. Denn Aufwendungen für die Berufsausbildung sind i. d. R. **nicht außergewöhnlich**, so dass ein Abzug der Aufwendungen nach § 33 EStG ausscheidet.

BFH, Urteil v. 25. 9. 1992 - VI R 90/90[WAAAB-33448]

- Nicht von grundsätzlicher Bedeutung ist die Rechtsfrage, ob **Zinsen und Tilgungsbeträge für Kredite**, die der Steuerpflichtige zur **Finanzierung der Lebenshaltungskosten** während der acht Monate dauernden **Arbeitslosigkeit** aufgenommen hat, als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG zu berücksichtigen sind. Sowohl der BFH (Urteil v. 6. 3. 1964 -VI 124/63, HFR 1964 S. 418) als auch Finanzverwaltung und Schrifttum sehen die Finanzierung von Lebenshaltungskosten allenfalls bei **längerer Arbeitslosigkeit** als außergewöhnlich an. Nicht zweifelhaft ist, dass eine Arbeitslosigkeit von nur **acht Monaten** nicht ausreicht.

BFH, Beschluss v. 15. 12. 1993 - X B 47/93, BFH/NV 1994 S. 707

- (1) Zahlungen auf eine Verbindlichkeit, die wegen der **Krankheit** eines inzwischen **verstorbenen Ehegatten** eingegangen worden ist, sind jedenfalls dann keine außergewöhnlichen Belastungen des überlebenden Ehegatten, wenn sie aus dem **Nachlass** des anderen Ehegatten erbracht werden können. (2) Es ist ernstlich zweifelhaft, ob dies auch für diejenigen Zahlungen gilt, die noch im **Todesjahr** des einen Ehegatten geleistet worden sind.

FG Köln, Beschluss v. 13. 10. 1994 - 2 V 5130/94, EFG 1995 S. 263

- Die Übernahme einer **Bankbürgschaft** für **betriebliche Darlehen** des **Ehepartners** ist jedenfalls dann nicht aus sittlichen Gründen zwangsläufig, wenn wegen des damit verbundenen erkennbar hohen Risikos vernünftige Gründe gegen die Übernahme sprechen. Dies gilt auch für den Fall, dass bei Ablehnung der Bürgschaftsverpflichtung ein **Konkurs** des Betriebs ge-

droht hätte. Leistungen nach Inanspruchnahme aus der Bürgschaft sind deshalb keine außergewöhnliche Belastung.

FG Köln, Urteil v. 2. 3. 1995 - 2 K 3852/94, EFG 1995 S. 719

- **Vergebliche Zahlungen** für den Erwerb eines Grundstücks und für die Erstellung eines selbst zu nutzenden Einfamilienhauses (Maklerkosten, Werklohnvorauszahlungen), zu denen der Steuerpflichtige durch einen **Betrug** seiner Vertragspartner veranlasst worden ist und für die er nach dem Scheitern der Verträge **keine realisierbaren Ersatzansprüche** erworben hat, sind nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.

BFH, Urteil v. 19. 5. 1995 - III R 12/92, BStBl 1995 II S. 774[UAAAA-95383]

- Zahlungen aufgrund der Inanspruchnahme aus einer zur **Absicherung eines Geschäftskredits** der **Ehefrau** übernommenen Bürgschaft sind keine außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG.

FG Münster, Urteil v. 28. 2. 1996 - 11 K 2181/94 E, EFG 1996 S. 927

- Bei **Nachlassverbindlichkeiten**, die der Steuerpflichtige als **Erbe** begleichen muss, fehlt es im Allgemeinen schon an der **Zwangsläufigkeit**, die nach § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG voraussetzt, dass sich der Steuerpflichtige den fraglichen Aufwendungen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Selbst wenn der Steuerpflichtige aus **sittlichen Gründen** gehindert ist, von seinem Recht auf Ausschlagung der Erbschaft Gebrauch zu machen, fehlt es an einer außergewöhnlichen Belastung durch Nachlassverbindlichkeiten, wenn der **Wert** des dem Steuerpflichtigen zufallenden **Erbes** die Verbindlichkeiten übersteigt.

BFH, Urteil v. 29. 5. 1996 - III R 86/95[AAAAB-37942]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 8. 6. 1995 - 2 K 3459/94

- Die **Rückzahlung eines Darlehens** nach dem **BAFöG** ist keine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 Abs. 1 EStG. Darlehensfinanzierte Aufwendungen, die ihrer Art nach eine außergewöhnliche Belastung darstellen, sind nicht erst im Jahr der Tilgung des Darlehens, sondern bereits im Veranlagungszeitraum der Verausgabung steuerermäßigend abzusetzen. Hiervon ausgehend kommt im Streitfall ? unabhängig davon, ob die Studienaufwendungen dem Kläger seinerzeit aufgrund außergewöhnlicher und zwangsläufiger Umstände erwachsen sind ? eine Berücksichtigung der geltend gemachten Rückzahlungsbeträge nicht in Betracht.

BFH, Beschluss v. 17. 12. 1997 - III B 155/96[JAAAAB-38840]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 11. 6. 1996 - 11 K 3857/95 E

- Nimmt der Steuerpflichtige ein Darlehen auf, um Grundschulden, die er als **Sicherheit für fremde Schulden** bestellt hat, abzulösen, so sind die für dieses Darlehen aufgewendeten **Zinsen** und **Kreditkosten** nicht als Werbungskosten bei seinen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehbar. Zu verneinen ist auch die Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastung, da es an der **Zwangsläufigkeit** der strittigen Schuldzinsen und Kreditkosten fehlt. Der Steuerpflichtige war weder rechtlich noch aufgrund einer tatsächlichen Zwangslage verpflichtet, die Grundstücke für Schulden der KG zu belasten. Eine entsprechende sittliche Verpflichtung ist ebenfalls zu verneinen.

BFH, Urteil v. 29. 7. 1997 - IX R 89/94, BStBl 1997 II S. 772[PAAAA-96027]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 26. 9. 1994 - 3 K 939/93 E

- Gehen Eltern eine **Bürgschaftsverbindlichkeit** für Schulden ihres **erwachsenen Kindes** ein, fehlt es regelmäßig an einer Zwangsläufigkeit i. S. von § 33 Abs. 1 und 2 EStG auch dann, wenn das Kind in eine wirtschaftliche Notlage gekommen ist.

FG Hamburg, Urteil v. 9. 3. 2001 - II 337/00[RAAAB-07894]

- Eine **aus Gefälligkeit gegebene Anlageempfehlung** gegenüber voll geschäftsfähigen Angehörigen begründet keine sittliche Verpflichtung zum **Ausgleich des Steuerschadens**, den die-

se durch die Gutschrift von Scheinrenditen erlitten haben. Die Übernahme dieser Steuerzahlungen stellt daher keine außergewöhnliche Belastung dar.

FG Düsseldorf, Urteil v. 4. 6. 2002 - 10 K 6943/95 E[BAAAAB-07198]

- Aus der ehelichen Beistandspflicht gem. § 1353 Abs. 1 Satz 2 BGB folgt nicht die Verpflichtung, **Verbindlichkeiten des anderen Ehegatten** zu begleichen. Für eine Zwangsläufigkeit aus sittlichen Gründen reicht es nicht aus, dass ein Steuerpflichtiger sich zu Aufwendungen für einen Dritten verpflichtet fühlt. Darum besteht auch keine sittliche Verpflichtung zur Tilgung der Schulden der Ehefrau aus **vorangegangener Ehe**.

FG Niedersachsen, Urteil v. 3. 12. 2002 - 3 K 508/88[SAAAAB-11445]

- Wird an eine **unterhaltsberechtigzte Person** ein Darlehen gewährt, so ist der **Ausfall der Darlehensforderung** im Jahr des Forderungsverlustes nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 Abs. 1 EStG abzugsfähig.

FG München, Urteil v. 25. 3. 2003 - 2 K 2949/02[FAAAB-10045]

- (1) Der Verlust einer nach **Bedrohung der beruflichen Existenz** gestundeten **Forderung** kann nicht als erpressungsbedingte außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. (2) Der **Ausfall von Forderungen** aus einem **Ehe-Auseinandersetzungsvertrag** ist keine außergewöhnliche Belastung, auch nicht nach Insolvenz des schuldenden Ehegatten.

BFH, Beschluss v. 23. 9. 2004 - III B 39/04[FAAAB-35535]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 20. 11. 2003 - III 333/02

- **Zinsen eines Refinanzierungsdarlehens** zur Abdeckung einer **Bürgschaftsverpflichtung**, die der wesentlich beteiligte Gesellschafter einer GmbH nach deren Auflösung aufwendet, sind weder als nachträgliche Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen, noch im Rahmen des nach § 17 EStG zu ermittelnden Auflösungsverlustes, noch als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.

FG München, Urteil v. 8. 12. 2004 - 15 K 5261/04[CAAAB-55929]

- Schuldzinsen und andere mit einem Kredit in Zusammenhang stehende Aufwendungen können grds. nur dann eine außergewöhnliche Belastung bilden, wenn die Schuldaufnahme durch Ausgaben veranlasst ist, die ihrerseits eine außergewöhnliche Belastung darstellen. Da Aufwendungen für den **Erwerb eines Einfamilienhauses** weder als außergewöhnlich noch als zwangsläufig anzusehen sind, stellen auch die durch Umschuldung des zum Erwerb geschlossenen **Darlehensvertrags** entstandenen Aufwendungen (insbesondere **Vorfälligkeitsentschädigung**) keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG dar.

BFH, Urteil v. 3. 3. 2005 - III R 54/03[EAAAB-56935]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 13. 12. 2002 - 5 K 1582/02

- Ein Steuerpflichtiger, der einem **Betrug** zum Opfer gefallen ist, kann den dadurch entstandenen Verlust (keine Rückzahlung der Darlehenssumme infolge **Vermögensverfalls des Schuldners**) nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG geltend machen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 8. 2. 2006 - 3 K 2924/03[LAAAB-80005]

- Die **Rückzahlung** der als Darlehen gewährten Leistungen nach dem **BAföG** kann im Jahr der Rückzahlung nicht steuermindernd berücksichtigt werden.

FG Nürnberg, Urteil v. 31. 5. 2006 - III 129/2004[SAAAAB-92514]

- Als Scheidungsfolgekosten sind nur solche Kosten gem. § 33 EStG abziehbar, die innerhalb des sog. Zwangsverbands nach § 623 ZPO entstanden sind. Dazu gehören Kosten für die **Löschung einer Sicherungshypothek** nicht. Nach § 33 EStG sind nicht abziehbar diejenigen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung eines Grundstücks entstanden sind, weil solche Kosten typischerweise das Existenzminimum nicht berühren und deshalb steuerlich als Vorgang der normalen Lebensführung i. S. von § 12 EStG anzusehen sind. Auch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umschuldung eines Darlehensvertrags zum **Erwerb eines Einfamilienhauses** gehören als Folge einer frei getroffenen Entscheidung zur Lebensgestaltung und Lebensführung und sind daher mangels Außerge-

wöhnlichkeit und Zwangsläufigkeit nicht abziehbar. Dieselben Rechtsgrundsätze gelten für Kosten, die im Zusammenhang mit der Löschung einer Sicherungshypothek mit dem Ziel des freihändigen Verkaufs des Grundstücks entstanden sind.

BFH, Beschluss v. 16. 3. 2007 - III B 99/06[NAAAC-44422]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 29. 5. 2006 - 10 K 54/05

- Die **Rückzahlung von Darlehensraten** für das früher während eines **Studiums** erhaltene Darlehen nach dem BAföG ist weder als Werbungskosten noch als Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastung steuermindernd zu berücksichtigen. Für die steuerliche Abzugsfähigkeit eines (Ausbildungs-)Darlehens ist maßgebend, wann die kreditfinanzierten Aufwendungen verausgabt worden sind. Unabhängig davon, ob es sich bei den Aufwendungen für das Studium um Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen handelt, können sie allenfalls im Jahr des **tatsächlichen Abflusses**, nämlich der Verwendung der Darlehensmittel, berücksichtigt werden. Ist die Berufsausbildung im Zeitpunkt der Darlehensrückzahlung bereits abgeschlossen, kann die Rückzahlung nicht steuermindernd berücksichtigt werden BFH, Urteil v. 7. 2. 2008 - VI R 41/05[EAAAC-78851]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 9. 7. 2003 - 5 K 4256/02

- (1) Im Fall einer **Bürgschaft** kann die **Zwangsläufigkeit** nur dann bejaht werden, wenn die **Übernahme der Bürgschaft** und nicht nur die spätere Zahlung aufgrund der Bürgschaft zwangsläufig war. (2) Bürgschaftsübernahme für Schulden aus der **Geschäftsgründung des Ehepartners** ist nicht zwangsläufig, da in einer bestehenden Ehe keine Verpflichtung besteht, sich für die Schulden des Ehepartners zu verbürgen. (3) Die **eheliche Beistandspflicht** beinhaltet in erster Linie persönliche Handlungspflichten, wie z.B. die Pflicht im Erwerbsgeschäft des Ehegatten mitzuwirken, aber nicht die Pflicht, für den Gewerbebetrieb des anderen Ehegatten Verbindlichkeiten zu begleichen, Bürgschaften oder dingliche Sicherheiten zu übernehmen oder bereits eingegangene Verbindlichkeiten zu übernehmen.

FG München, Urteil v. 10. 3. 2008 - 13 K 459/06[UAAAD-02135]

- Für die **Begleichung der Steuerschulden** eines volljährigen, in eigenem Haushalt lebenden **Kindes** durch die Eltern besteht weder eine rechtliche noch eine sittliche Verpflichtung S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG, wenn die Zahlungen Aufwendungen betreffen, die aus dem Bereich der **individuellen Lebensführung und -gestaltung** des Kindes herrühren.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 3. 11. 2009 - 6 K 1358/08[SAAAD-34356]

- **Leistungsstörungen in schuldrechtlichen Verträgen** führen zu keinen außergewöhnlichen Belastungen. Hat der Steuerpflichtige bei Abschluss eines Vertrages auf Errichtung eines Einfamilienhauses sich zur Leistung einer **Vorauszahlung** verpflichtet, ohne dass ihm vom Vertragspartner eine **Sicherheit** eingeräumt worden war, dann beruht ein die streitigen Aufwendungen auslösendes Ereignis nicht auf einer Zwangsläufigkeit i. S. von § 33 Absatz 2 EStG. Der Steuerpflichtige war nicht gezwungen, ein seinen Wohnbedürfnissen entsprechendes Haus zu erwerben; insbesondere bestand nicht die Notwendigkeit, den Vertrag mit einem konkret bestehenden Risiko wegen der Vorleistung abzuschließen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 24. 3. 2010 - 2 K 1029/09

31. Prozesskosten

- Prozesskosten aus Anlass eines **Erbschaftsstreits** (Streit um die Erfüllbarkeit eines Vermächtnisses) sind keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 11. 10. 1956 - IV 135755 U, BStBl 1956 III S. 383[ZAAAA-89730]

- (1) Die **Anwaltskosten**, die einem vom Strafgericht **freigesprochenen Steuerpflichtigen** für seine Verteidigung im **Strafprozess** erwachsen, sind regelmäßig außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG. Der Senat tritt dem BFH-Urteil v. 21. 7. 1955 - IV 373/54 U (BStBl 1955 III S. 338) insoweit nicht bei. (2) Entsprechend sind grds. auch die von einem Steuer-

pflichtigen zu tragenden Kosten eines von ihm erhobenen **Beleidigungsprozesses** nach § 33 EStG berücksichtigungsfähig. Das gleiche gilt für Kosten einer vom Steuerpflichtigen erhobenen Klage auf **Unterlassung ehrenrühriger Angriffe**.

BFH, Urteil v. 15. 11. 1957 - VI 279/56 U, BStBl 1958 III S. 105[BAAAA-89777]

- Hat ein Steuerpflichtiger als Beklagter in einem **Schadensersatzprozess** wegen **verkehrswidrigen Verhaltens** Prozesskosten zu tragen, bedeuten sie für ihn i. d. R. eine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG. Eine andere Beurteilung ist jedoch regelmäßig geboten, wenn er den Schaden vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht hat.

BFH, Urteil v. 5. 7. 1963 - VI 272/61 S, BStBl 1963 III S. 499[QAAAB-47966]

- (1) **Strafverteidigungskosten** eines **zum Teil verurteilten** und **zum Teil freigesprochenen** Steuerpflichtigen sind nur dann steuerlich teilweise zu berücksichtigen, wenn zwischen den Anklagepunkten, wegen derer der Steuerpflichtige verurteilt wurde, und den übrigen Anklagepunkten eindeutig **kein Zusammenhang** besteht. (2) Es macht dabei keinen Unterschied, ob bei **vollem Freispruch** die Kosten als **Betriebsausgaben/Werbungskosten** oder als **außergewöhnliche Belastung** abzugsfähig gewesen wären. (3) Soweit sich aus dem BFH-Urteil v. 30. 8. 1962 - IV 269/60 U (BStBl 1963 III S. 5) etwas anderes ergibt, tritt der VI. Senat dem nicht bei.

BFH, Urteil v. 8. 4. 1964 - VI 165/62 S, BStBl 1964 III S. 331[HAAAB-48283]

- Führt ein Steuerpflichtiger einen **Zivilprozess**, um den Schaden abzuwenden, der ihm infolge einer **fehlgeschlagenen Beteiligung am Wirtschaftsleben** entstanden ist, stellen die Prozesskosten keine außergewöhnliche Belastung dar.

FG Berlin, Urteil v. 23. 4. 1971 - III 55/70, EFG 1971 S. 583

- Der als Vater eines Kindes Beklagte kann die Kosten des **verlorenen Alimentenprozesses** und einer von ihm gegen das Kind erhobenen **Feststellungsklage** als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

FG Hamburg, Urteil v. 20. 1. 1972 - II 56/70 (VI), EFG 1972 S. 335

- **Prozess- und Anwaltskosten**, die der Steuerpflichtige für Prozesse gegen die **Ansiedlung luftverschmutzender Industrie** in seiner Gegend wegen **Gesundheitsgefährdung** aufwendet, sind keine außergewöhnliche Belastung.

FG Düsseldorf, Urteil v. 18. 4. 1974 - IX 72/72 E, EFG 1974 S. 366

- Die Kosten eines **Strafprozesses** sind grds. auch dann keine außergewöhnliche Belastung, wenn der Steuerpflichtige sie für seinen **verurteilten Sohn** gezahlt hat. Eine andere Beurteilung kann im Einzelfall für die Erstattung von **Anwaltskosten eines Nebenklägers** durch den Vater des Verurteilten geboten sein.

BFH, Urteil v. 3. 5. 1974 - VI R 86/71, BStBl 1974 II S. 686[KAAAB-00076]

- Aufwendungen, die einem **Nebenkläger** im **Strafverfahren** wegen fahrlässiger **Tötung seiner Ehefrau** erwachsen, sind keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.

FG Hessen, Urteil v. 27. 1. 1976 - I 176/71, EFG 1976 S. 287

- (1) Der Unterhaltsverpflichtete ist nach § 1610 BGB im Rahmen seiner **Leistungsfähigkeit** rechtlich verpflichtet, **lebenswichtige Prozesse** des Unterhaltsberechtigten (Ehescheidung, Sorgerechte, Unterhaltsansprüche) vorzufinanzieren, wenn dieser dazu selbst nicht in der Lage ist. (2) Im Fall einer **Darlehensaufnahme** tritt eine Belastung nur dann erst bei Tilgung ein, wenn das Darlehen aus Anlass der außergewöhnlichen Aufwendungen aufgenommen wurde.

FG Düsseldorf, Urteil v. 4. 7. 1977 - XV/X 211/72 E, EFG 1978 S. 81

- Ein Steuerpflichtiger ist regelmäßig auch dann nicht außergewöhnlich belastet, wenn er verklagt wird (**Passivprozess**) und als unterliegende Partei die **Kosten** des Rechtsstreits tragen muss.

FG Berlin, Urteil v. 14. 4. 1982 - III 724/81, EFG 1983 S. 127

- Kosten einer **Schadensersatzklage** sind grds. keine außergewöhnliche Belastung. Dagegen können Kosten eines **Zivilrechtsstreites** um Ersatz von **Arztkosten**, **Erwerbsminderung** und **Schmerzensgeld** eine außergewöhnliche Belastung sein.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 9. 9. 1982 - III 73/80, EFG 1983 S. 290
- **Eltern**, die einem volljährigen Kind, das wegen eines **Kapitalverbrechens** angeklagt ist, einen **Wahlverteidiger** stellen, können die Kosten als außergewöhnliche Belastung geltend machen. Sie erfüllen zwar keine Rechtspflicht, können sich aber auf eine **sittliche Verpflichtung** berufen.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 22. 2. 1983 - 2 K 45/81, EFG 1983 S. 608
- **Prozesskosten**, die Eltern aufwenden, um für ihre Kinder einen **Studienplatz** in einem **Numerus-clausus-Fach** zu erstreiten, sind Aufwendungen für die **Berufsausbildung** i. S. des § 33a Abs. 2 EStG und deshalb keine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 9. 11. 1984 - VI R 40/83, BStBl 1985 II S. 135[RAAAA-92004]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 27. 10. 1982 - 6 K 26/81
- Aufwendungen für einen nicht leichtfertig geführten **Vaterschaftsfeststellungsprozess** erwachsen dem Steuerpflichtigen zwangsläufig und sind dementsprechend als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 EStG zu berücksichtigen.
FG Hessen, Urteil v. 21. 1. 1986 - 1 K 560/83, EFG 1986 S. 401
- Kosten eines **Zivilprozesses** erwachsen in aller Regel **nicht zwangsläufig**; dies gilt unabhängig davon, ob die Prozesskosten dem Steuerpflichtigen in der Parteistellung als Kläger oder als Beklagter entstehen.
BFH, Urteil v. 18. 7. 1986 - III R 178/80, BStBl 1986 II S. 745[UAAAA-92230]
- Die Kosten eines **Aktiv-Prozesses** nach § 323 ZPO mit dem Ziel, einen **titulierten Unterhaltsanspruch** herabzusetzen (**Unterhalts-Abänderungsklage**), können im Einzelfall außergewöhnliche Belastungen darstellen.
FG Köln, Urteil v. 23. 1. 1989 - 1 K 281/85, EFG 1989 S. 233
- **Strafverteidigungskosten** eines Steuerpflichtigen, der vor Eintritt der Rechtskraft des Urteils **stirbt**, können als außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG abziehbar sein.
BFH, Urteil v. 21. 6. 1989 - X R 20/88, BStBl 1989 II S. 831[MAAAA-97762]
- Eine Zwangsläufigkeit der Kosten, die der Steuerpflichtige für die **Strafverteidigung** seines minderjährigen **Neffen** getragen hat, ist nicht gegeben.. Der Entschluss, die Anwaltskosten zu übernehmen, beruht nicht auf zwingenden, von außen auf die Entschließung des Klägers einwirkenden Gründen.
BFH, Urteil v. 29. 11. 1991 - III R 192/90[AAAAB-32197]
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für seine **anwaltliche Vertretung** in einem **Strafprozess** sind nicht als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG abziehbar. Dies gilt auch dann, wenn die entsprechenden Kosten anlässlich der Mitwirkung als **Nebenkläger** in einem wegen des an dem Kind des Steuerpflichtigen begangenen **Gewaltverbrechens** durchgeführten Strafprozess entstanden sind.
FG Niedersachsen, Urteil v. 25. 4. 1995 - XV 470/93, EFG 1995 S. 717
- Ein **Kind** ist zur **Übernahme von Prozesskosten** eines Elternteils rechtlich nicht verpflichtet. Es besteht dazu jedenfalls dann auch keine sittliche Verpflichtung, wenn der Elternteil die Prozesskosten aus eigenen Mitteln oder durch Kreditaufnahme finanzieren konnte oder Anspruch auf Prozesskostenhilfe hatte.
FG Münster, Urteil v. 15. 12. 1995 - 11 K 4324/92 E, EFG 1996 S. 382
- Aufwendungen zur Erfüllung von **Auflagen** und **Weisungen** sowie Kosten der **Strafverteidigung** sind bei einer Einstellung des Strafverfahrens nach § 153a Abs. 2 StPO nicht als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 19. 12. 1995 - III R 177/94, BStBl 1996 II S. 197[PAAAA-95496]

- (1) Bei den Kosten eines **Zivilprozesses** spricht eine **Vermutung gegen** ihre **Zwangsläufigkeit**, auch wenn der Prozess mit einer Ehescheidung in tatsächlichem Zusammenhang steht (ständige Rechtsprechung). (2) Berührt ein Rechtsstreit einen für den Steuerpflichtigen **existentiell wichtigen Bereich**, kann sich die Frage stellen, ob unter engen Voraussetzungen die Übernahme eines Prozesskostenrisikos als zwangsläufig anzusehen ist. (3) Der Steuerpflichtige kann im Allgemeinen durch eine entsprechende **Gestaltung** seiner zivilrechtlichen Beziehungen einen Rechtsstreit um Ansprüche aus einem Vertrag von vornherein ausschließen; auf die Zwangsläufigkeit eines Rechtsstreits wegen **zweifelhafter vertraglicher Ansprüche** kann er sich daher nicht berufen. (4) Die **Kosten** der Inanspruchnahme eines **Schiedsgerichts** anstelle der staatlichen Gerichte entstehen nicht zwangsläufig.
BFH, Urteil v. 9. 5. 1996 - III R 224/94, BStBl 1996 II S. 596[JAAAA-95673]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 14. 4. 1994 - 6 K 1314/90
- Von den Eltern übernommene Kosten für einen **Zivilprozess** des 24-jährigen studierenden Sohnes zählen nicht zu den typischen Unterhaltsaufwendungen, sondern sind atypisch und i. S. des § 33 EStG außergewöhnlich. Es fehlt jedoch an der **Zwangsläufigkeit** der von den Eltern erbrachten Aufwendungen. Sie haben nicht deshalb Aufwendungen erbracht, weil sie nicht anders handeln konnten, sondern weil sie meinten, aus rechtlichen und sittlichen Gründen nicht anders handeln zu dürfen.
BFH, Urteil v. 18. 6. 1997 - III R 60/96[EAAAA-97367]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 14. 2. 1996 - IX 58/93
- Kosten einer gegen den Steuerpflichtigen gerichteten **Räumungsklage** berühren zwar einen existenziell wichtigen Bereich – Wohnen –, führen aber mangels Zwangsläufigkeit nicht zu einer außergewöhnlichen Belastung, solange das **Wohnbedürfnis** unter zumutbaren Bedingungen in **einer anderen Wohnung** befriedigt werden kann.
FG Hamburg, Urteil v. 22. 4. 1998 - III 277/97, EFG 1998 S. 1332
- Die Übernahme von Prozesskosten durch Eltern für ihre **Kinder** ist regelmäßig nicht zwangsläufig.
FG Hessen, Urteil v. 22. 12. 1998 - 13 K 2259/97[ZAAAB-13336]
- Nach ständiger Rechtsprechung ist eine gerichtliche Rechtsverfolgung selbst bei **hinreichenden Erfolgsaussichten** im Allgemeinen nicht zwangsläufig. Sie ist vielmehr Ergebnis einer Abwägung des Für und Wider und Ausdruck des Entschlusses des Steuerpflichtigen, wegen der von einem günstigen Ausgang des Rechtsstreits erwarteten Vorteile das **Prozessrisiko** auf sich zu nehmen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur denkbar, wenn die Verwirklichung bestimmter Rechte selbst bei Einvernehmen der Betroffenen eine gerichtliche Entscheidung, z.B. ein familienrechtliches Gestaltungsurteil, zwingend erfordern, was z.B. bei Schadensersatzprozessen nicht der Fall ist. Des Weiteren hat der erkennende Senat eine Ausnahme in Betracht gezogen, sofern ein Rechtsstreit einen für den Steuerpflichtigen existenziell wichtigen Bereich berührt, so dass für jenen die Verfolgung seiner rechtlichen Interessen unter Umständen trotz unsicherer Erfolgsaussichten existenziell erforderlich ist, weil er anderenfalls Gefahr liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse im üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können. Nur wenn aufgrund der besonderen Gegebenheiten und Umstände des Einzelfalles die Führung des Prozesses zwangsläufig sei, könne eine Berücksichtigung der Kosten des **Zivilprozesses** als außergewöhnliche Belastung ausnahmsweise in Betracht kommen. Bei der Vielgestaltigkeit der Belastungen von Steuerpflichtigen durch Prozesskosten sei es nicht möglich, allgemein gültige Regeln darüber aufzustellen, wann Prozesskosten nach § 33 EStG berücksichtigt werden könnten.
BFH, Beschluss v. 27. 3. 2000 - III B 67/99[VAAAA-65530]
- (1) Die Kosten für einen **Zivilprozess** sind nur in besonderen Ausnahmefällen als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, etwa wenn der Steuerpflichtige ohne den Prozess Gefahr

liefe, seine **Existenzgrundlage** zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können. (2) Soweit gegen den früheren Arzt **Schmerzensgeldansprüche** eingeklagt werden sollen, weil er trotz Beschwerden der Klägerin deren Brustkrebskrankung nicht erkannt hatte, zum Zeitpunkt der späteren Operation auch schon die Lymphknoten befallen waren und deswegen Bestrahlungen sowie eine Chemotherapie durchgeführt werden mussten, sind die Prozesskosten nicht „zwangsläufig“ entstanden. (3) Soweit die Klägerin zum Zeitpunkt der Prozesse vor dem Land- bzw. Oberlandesgericht noch weiteren Metastasenbefall befürchten musste und deswegen auch die Verpflichtung des Arztes zum Ersatz der künftig anfallenden – möglicherweise existenzbedrohenden – Schäden feststellen lassen wollte, blieb die Abziehbarkeit als außergewöhnliche Belastung offen, da die anteiligen (nach dem Verhältnis der Streitwerte des Schmerzensgeldantrags und des „Feststellungsantrags“ ermittelten) **Prozesskosten** unter dem **zumutbaren Eigenanteil** lagen und sich deswegen nicht steuerlich auswirken konnten.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 21. 6. 2000 - 9 K 440/99[YAAAB-06619]

- ▶ Die Kosten für einen **Zivilprozess**, in dem nach einer serologischen Untersuchung die **Vaterschaft** des Klägers festgestellt und der Kläger zur Zahlung von Kindesunterhalt verurteilt worden ist, sind jedenfalls dann nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar, wenn der Kläger zuvor bestehende „begründete Zweifel“ an seiner Vaterschaft behauptet, diese Behauptung aber nicht durch einen substantiierten Sachvortrag untermauert.

FG München, Urteil v. 24. 10. 2000 - 6 K 1641/99[IAAAB-10433]

- ▶ Aufwendungen für einen nicht leichtfertig geführten **Vaterschaftsprozess** entstehen zwangsläufig und sind dementsprechend als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen.

FG Berlin, Urteil v. 15. 1. 2001 - 9 K 9469/00[GAAAB-06677]

- ▶ Auf die **Zwangsläufigkeit** eines Rechtsstreits wegen zweifelhafter vertraglicher Ansprüche kann sich der Steuerpflichtige dann nicht berufen, wenn er sich auf eine Vertragsgestaltung eingelassen hat, die konkret mit Unsicherheiten behaftet ist, so dass anschließende zivilrechtliche Auseinandersetzungen nahe liegend erscheinen. Zwangsläufigkeit ist nicht allein deshalb gegeben, weil die Pflicht zur Kostentragung nicht aus einem Unterliegen im Rechtsstreit, sondern aus der **Vermögenslosigkeit der Gegenpartei** folgt. Zwangsläufigkeit im steuerrechtlichen Sinne liegt wie im Falle des Unterliegens nur dann vor, wenn das die Kostentragungspflicht letztlich auslösende Ereignis zwangsläufig war.

BFH, Urteil v. 23. 5. 2001 - III R 33/99[SAAAA-66957]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 29. 4. 1999 - 8 K 226/98

- ▶ (1) Prozesskosten, die wegen eines Rechtsstreits im Zusammenhang mit der **Errichtung eines teilweise vermieteten und teilweise zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäudes** entstanden sind, gehören, soweit sie auf den vermieteten Teil entfallen, zu den Herstellungskosten des Gebäudes, die dem eigengenutzten Gebäudeteil zuzurechnenden Aufwendungen können wegen fehlender Zwangsläufigkeit nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. (2) Die Kosten eines **Zivilprozesses**, der auf den Abschluss von bürgerlich-rechtlichen Verträgen beruht, sind grds. nicht als zwangsläufig i. S. des § 33 EStG anzusehen, unabhängig davon, ob sie in der Kläger- oder der Beklagtenstellung erwachsen sind.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 13. 8. 2001 - 12 K 478/00[LAAAB-06123]

- ▶ Die im **vormundschaftsgerichtlichen Verfahren** von den Pflegeeltern für einen **Verbleibensantrag** nach § 1632 Abs. 4 BGB getragenen Anwaltskosten können auf einer sittlichen Verpflichtung beruhen, zwangsläufig und als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen sein, sofern besondere Umstände hinzutreten. Dies können sein das elterliche Sorgerecht der Pflegemutter und das mehr als fünf Jahre währende Pflegekindschaftsverhältnis.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16. 8. 2001 - 4 K 3201/97[UAAAB-12130]

- Kosten einer gegen den Steuerpflichtigen erfolgreich erhobenen **Räumungsklage** stellen mangels Zwangsläufigkeit dann keine außergewöhnliche Belastung dar, wenn sich das **existenzielle Wohnbedürfnis** unter zumutbaren Bedingungen auch in einer **anderen Wohnung** befriedigen lässt.
FG Köln, Urteil v. 4. 10. 2001 - 15 K 6326/98[MAAAB-08953]
- (1) Aufwendungen für einen Familienrechtsstreit über das **Umgangsrecht** eines Vaters mit seinen **nichtehelichen Kindern** können unter Geltung des früheren § 1711 BGB dann als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, wenn die Mutter jeglichen Umgang des Vaters mit den Kindern grundlos verweigert. (2) Die Kosten für eine **Verfassungsbeschwerde** sind dann eine außergewöhnliche Belastung, wenn die geltend gemachte Grundrechtsverletzung schwerwiegend, die Gesetzeslage verfassungsrechtlich umstritten ist und wenn während des Beschwerdeverfahrens das Gesetz im Sinne des Beschwerdeführers geändert wird, so dass der Verfassungsbeschwerde keine grundsätzliche Bedeutung mehr zukommt und die Annahme auch nicht zur Durchsetzung von Grundrechten angezeigt ist, weil nach dem neuen Gesetz die Grundrechtsverletzung anderweitig beseitigt werden kann.
BFH, Urteil v. 4. 12. 2001 - III R 31/00, BStBl 2002 II S. 382[AAAAA-89225]
Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 10. 5. 2000 - II 834/98
- Rechtsanwaltskosten für ein **Wiederaufnahmeverfahren** zugunsten des wegen Mordes verurteilten Bruders stellen keine zwangsläufigen Aufwendungen i. S. des § 33 EStG dar.
BFH, Urteil v. 24. 1. 2002 - III R 5/01[TAAAA-68302]
Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 15. 11. 2000 - 13 K 7953/97 E
- Aufwendungen im Zusammenhang mit einem **Zivilprozess** (hier: **Erbangelegenheiten**) entstehen i. d. R. nicht zwangsläufig und sind deshalb nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
FG Nürnberg, Urteil v. 7. 3. 2002 - VI 76/2001[GAAAB-11906]
- Ein aufgrund von § 1360a Abs. 4 BGB geleisteter **Prozesskostenvorschuss** für einen Rechtsstreit des **Ehegatten** gehört grds. zu den Unterhaltsleistungen, die durch das Ehegattensplitting abgegolten sind. Nur ausnahmsweise kommt ein Abzug als außergewöhnliche Belastung in Betracht, wenn der Rechtsstreit für den prozessführenden Ehegatten zwangsläufig ist.
BFH, Beschluss v. 27. 5. 2002 - III B 159/01[LAAAA-68241]
- Als Folge einer **Ehescheidung** anfallende Kosten für ein gesondertes zivilgerichtliches Verfahren betreffend den **Zugewinnausgleich** sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.
FG Saarland, Urteil v. 9. 8. 2002 - 1 K 111/01[BAAAB-43898]
- Kosten eines Räumungsprozesses und die Folgekosten der Zwangsräumung werden nicht dadurch zu einer außergewöhnlichen Belastung, „dass die zivilprozessuale Entscheidung unter **Verletzung von Verfahrensvorschriften**, insbesondere unter Verstoß gegen die Vorschriften über die **Öffentlichkeit** zustande gekommen ist.“
BFH, Beschluss v. 17. 6. 2003 - III B 55/02[NAAAA-70280]
- (1) Aufwendungen von Eltern für die **Strafverteidigung ihres volljährigen Kindes** erwachsen regelmäßig nur dann aus sittlichen Gründen zwangsläufig und können als außergewöhnliche Belastung steuermindernd zu berücksichtigen sein, wenn es sich um ein innerlich noch nicht gefestigtes, erst heranwachsendes Kind handelt, dessen Verfehlung strafrechtlich noch nach dem Jugendstrafrecht geahndet werden kann (Klarstellung zum BFH-Urteil v. 23. 5. 1990 - III R 145/85, BStBl 1990 II S. 895). (2) Ob Aufwendungen der Eltern für die Wahlverteidigung eines volljährigen Kindes in anderen Fällen als aus sittlichen Gründen zwangsläufig anzuerkennen sind, kann im Übrigen nur nach den besonderen Umständen des Einzelfalles beurteilt werden.
BFH, Urteil v. 30. 10. 2003 - III R 23/02, BStBl 2004 II S. 267[LAAAB-15393]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 29. 7. 2002 - 11 K 5564/00

- Eine Zivilprozess ist selbst bei hinreichender Erfolgsaussicht nicht zwangsläufig, vielmehr Ergebnis einer **Abwägung von Für und Wider** und Ausdruck des Entschlusses des Steuerpflichtigen, wegen der von einem günstigen Ausgang des Rechtsstreits erwarteten Vorteile das **Prozesskostenrisiko** auf sich zu nehmen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind allenfalls dann denkbar, wenn die Verwirklichung bestimmter Rechte selbst bei Einvernehmen der Betroffenen eine **gerichtliche Entscheidung**, zum Beispiel ein familienrechtliches Gestaltungsurteil, **zwingend erfordert**.

FG Hamburg, Urteil v. 4. 2. 2004 - II 187/03[JAAAB-22769]

- Kosten eines Zivilprozesses können ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein, wenn die Klageerhebung für den Steuerpflichtigen von existenzieller Bedeutung und damit zwangsläufig war. An der Zwangsläufigkeit fehlt es, wenn der Steuerpflichtige eine gegen seine geschiedene Ehefrau gerichtete Klage auf Unterhaltsabänderung auf eine **Verbesserung der Einkommenssituation** der Unterhaltsempfängerin stützt.

FG Saarland, Urteil v. 17. 3. 2004 - 1 K 95/02[FAAAB-21956]

- (1) Die Kosten eines **Vaterschaftsfeststellungsprozesses** können eine außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 EStG sein. (2) Wird ein Steuerpflichtiger auf Feststellung der Vaterschaft und Zahlung des Regelunterhalts verklagt, sind die ihm auferlegten Prozesskosten zwangsläufig, wenn er ernsthafte Zweifel an seiner Vaterschaft substantiiert dargelegt sowie schlüssige Beweise angeboten hat und wenn sein Verteidigungsvorbringen bei objektiver Betrachtung Erfolg versprechend schien.

BFH, Urteil v. 18. 3. 2004 - III R 24/03, BStBl 2004 II S. 726[OAAAB-23521]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 3. 4. 2003 - 3 K 1240/01 E

- **Rechtsanwaltskosten** im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgericht zur Durchsetzung von **Ansprüchen auf Rückerstattung von Vermögenswerten** sind nicht als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33 Abs. 1 EStG abziehbar. Die existenzielle Bedeutung des **Restitutionsprozesses** ist grds. zu verneinen, vielmehr ist die Vergleichbarkeit dieses Prozesses mit einem auf Herausgabe eines Vermögensgegenstandes gerichteten Zivilprozess zu sehen.

BFH, Beschluss v. 25. 3. 2004 - III B 54/03[JAAAB-22085]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 12. 3. 2003 - 1 K 4272/01

- (1) Aufwendungen für einen Rechtsanwalt für ein Verfahren auf **Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer** sind weder Werbungskosten bei den Einkünften als Berufssoldat noch vorweggenommene Werbungskosten im Hinblick auf die zukünftige Beschäftigung. (2) Hat ein Steuerpflichtiger **Rechtsanwaltskosten** aufgrund einer Honorarvereinbarung mit seinem Prozessbevollmächtigten selbst zu tragen, weil diese nicht von den Kostenerstattungen gedeckt sind, können die Aufwendungen nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

FG Hamburg, Urteil v. 9. 7. 2004 - VII 62/02[XAAAB-27293]

- Aufwendungen, die ein Steuerpflichtiger für die Verteidigung eines wegen einer **Straftat** in einem ausländischen Rechtsstaat angeklagten **Verwandten in der Seitenlinie** trägt, können in der Regel nicht als aus sittlichen Gründen zwangsläufig angesehen werden.

FG Berlin, Urteil v. 26. 8. 2004 - 1 K 1107/02[KAAAB-35769]

- (1) Kosten für die **Strafverteidigung** eines **volljährigen Kindes** hat der BFH grds. nur als zwangsläufig aufgrund sittlicher Verpflichtung beurteilt, wenn es sich um **Heranwachsende**, innerlich noch nicht gefestigte volljährige Kinder handelt. (2) Der Verurteilte wird in ein **Wiederaufnahmeverfahren** nach einer strafrechtlichen Verurteilung, anders als in ein Strafverfahren nicht kraft öffentlich-rechtlicher Verpflichtung „hineingezogen; vielmehr liegt die Wiederaufnahme in seinem **Ermessen**.

BFH, Beschluss v. 28. 2. 2005 - III S 3/05[YAAAB-53327]

- Prozesskosten können nur bei **existenznotwendigem Prozessgegenstand** als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.
FG Hamburg, Urteil v. 15. 4. 2005 - VII 120/03[ZAAAB-57255]
- Durch die Rechtsprechung ist geklärt, dass **Rechtsverfolgungskosten** regelmäßig nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden können, es sei denn, die Führung des Prozesses ist aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalles zwangsläufig.
BFH, Beschluss v. 1. 8. 2005 - IV B 40-44/04[BAAAB-66588]
- (1) Die Zwangsläufigkeit von Zivilprozesskosten ist davon abhängig, ob der Steuerpflichtige dem Prozess aufgrund rechtlicher oder sittlicher Verpflichtung oder einer tatsächlichen Zwangslage nach den Gegebenheiten des Einzelfalles **nicht ausweichen** konnte. (2) Prozesskosten, die das selbst bewohnte Haus betreffen, können dann abziehbar sein, wenn es in dem Rechtsstreit nicht nur um eine bloße Beeinträchtigung der Wohnqualität geht, sondern die **Wohnsituation als Existenzgrundlage** betroffen ist und der Prozess geführt wird, um ein menschenwürdiges Wohnen in dem betreffenden Objekt sicherzustellen.
FG Köln, Urteil v. 24. 11. 2005 - 10 K 2759/02[AAAAB-76090]
- Für die Beurteilung der Zwangsläufigkeit von **Zivilprozesskosten** – für sonstige Leistungsverpflichtungen aufgrund oder infolge gerichtlicher Entscheidungen gilt nichts anderes – ist nicht auf die Zwangsläufigkeit der Zahlungsverpflichtung selbst abzustellen, sondern darauf, ob das **Ereignis**, durch das der Rechtsstreit letztlich veranlasst worden ist, für den Steuerpflichtigen zwangsläufig war, er mithin dem Prozess aufgrund einer **rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung** oder einer **tatsächlichen Zwangslage** nach den Gegebenheiten des Einzelfalles nicht ausweichen konnte.
BFH, Beschluss v. 30. 1. 2006 - III B 133/04[PAAAB-80102]
Vorinstanz: FG Berlin, Urteil v. 13. 8. 2004 - 3 K 3271/02
- Für die Beurteilung der Zwangsläufigkeit von Zivilprozesskosten ist nicht auf die Zwangsläufigkeit der **Zahlungsverpflichtung** selbst abzustellen, sondern darauf, ob das Ereignis, durch das der Rechtsstreit letztlich veranlasst worden ist, für den Steuerpflichtigen zwangsläufig war, er mithin dem Prozess aufgrund einer rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung oder einer tatsächlichen Zwangslage nach den Gegebenheiten des Einzelfalles nicht ausweichen konnte. Danach ist für die Beurteilung der Außergewöhnlichkeit der Kosten eines Prozesses und dessen Folgekosten unerheblich, ob die zivilprozessuale Entscheidung – die nur Folge der Prozessführung ist – unter **Verletzung von Verfahrensvorschriften** zustande gekommen ist.
BFH, Beschluss v. 14. 8. 2006 - III B 177/05[NAAAC-17274]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 30. 9. 2005 - 15 K 5940/03
- Bei Kosten eines **Zivilprozesses** spricht eine **Vermutung gegen die Zwangsläufigkeit** i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG. Eine Ausnahme ist denkbar, wenn der Rechtsstreit einen für den Steuerpflichtigen **existenziell wichtigen Bereich** berührt und der Steuerpflichtige ohne den Rechtsstreit Gefahr liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können.
BFH, Beschluss v. 14. 8. 2006 - III B 187/05[WAAAC-17981]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 6. 10. 2005 - 8 K 295/02
- Bei Aufwendungen für die Beauftragung eines **Rechtsanwalts** zur Durchsetzung **privatrechtlicher Ansprüche** spricht eine Vermutung gegen die Zwangsläufigkeit. Sie sind nur ausnahmsweise als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn es um die eigene **Existenzgrundlage** oder um einen **Kernbereich** menschlichen Lebens geht.
BFH, Beschluss v. 31. 8. 2006 - III B 14/06[IAAAC-19143]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 13. 12. 2005 - 12 K 917/05
- Prozesskosten sind regelmäßig nicht zwangsläufig. Ausnahmsweise ist die Zwangsläufigkeit zu bejahen, wenn der Steuerpflichtige Gefahr läuft, seine **Existenzgrundlage zu verlieren**

und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können.

FG München, Urteil v. 7. 3. 2007 - 1 K 2578/06[VAAAC-52888]

- (1) Strafverteidigungskosten sind Erwerbsaufwendungen, wenn der strafrechtliche Vorwurf, gegen den sich der Steuerpflichtige zur Wehr setzt, durch sein berufliches Verhalten veranlasst war. (2) Auf einer **Honorarvereinbarung** beruhende **Strafverteidigungskosten** führen nicht zu einer außergewöhnlichen Belastung, soweit sie nach einem Freispruch des Steuerpflichtigen nicht der Staatskasse zur Last fallen.

BFH, Urteil v. 18. 10. 2007 - VI R 42/04, BStBl 2008 II S. 223[PAAAC-64823]

Vorinstanz: FG Berlin, Urteil v. 3. 9. 2002 - 5 K 5407/00

- **Gerichts- und Anwaltskosten**, die aufgrund eines Strafverfahrens wegen einer **Beleidigung** entstehen, die von einem Betriebsprüfer während einer **Dienstfahrt** begangen wird, sind nicht als Werbungskosten absetzbar, da zwischen dem beleidigenden Verhalten und der beruflichen Tätigkeit des Betriebsprüfers kein steuerlicher Sachzusammenhang besteht. Es handelt sich auch nicht um zwangsläufig erwachsene Kosten, die als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen wären.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 2. 4. 2008 - 6 K 327/07[RAAAD-27211]

- (1) Prozesskosten entstehen nicht zwangsläufig i. S. des § 33 EStG, soweit ein **Schmerzensgeld** eingeklagt wird, das ? aufgrund der erzielten Einkünfte ? nicht zur Beseitigung einer wirtschaftlichen Existenzbedrohung notwendig ist. (2) Auch die Kosten für einen Antrag, festzustellen, dass sämtliche zukünftigen materiellen und immateriellen Schäden zu ersetzen sind, sind nicht zwangsläufig i. S. des § 33 EStG. Eine solche Vorwegzuordnung, die mit einer hypothetischen Sachverhaltsvariante begründet wird, ist bei der Ermittlung des als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigenden Anteils an den (Gesamt-)Kosten nicht vorzunehmen.

BFH, Urteil v. 27. 8. 2008 - III R 50/06[UAAAD-10731]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 30. 3. 2006 - 3 K 5739/03 E

- (1) Hat die Staatsanwaltschaft ein **Strafverfahren** gegen den Kläger mangels genügenden Anlasses zur Erhebung einer öffentlichen Klage **eingestellt**, kann der Kläger die Strafverteidigungskosten nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehen. Soweit die Kosten notwendig und angemessen i. S. von § 91 Abs. 2 ZPO sind, besteht ein Kostenerstattungsanspruch nach § 467a StPO. Soweit der Kläger mit seinem Strafverteidiger eine über die kostenrechtlich erstattungsfähigen Beträge hinausgehende **Honorarvereinbarung** getroffen hat, fehlt es an der für eine Abziehbarkeit als außergewöhnliche Belastung erforderlichen **Zwangsläufigkeit** i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG. (2) Im Fall einer Einstellung eines Strafverfahrens können Kosten der vorangegangenen **Hausdurchsuchung** auch dann nicht als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Kläger die Frist zur Beantragung einer Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen versäumt hat.

FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 11. 9. 2008 - 3 K 873/05[GAAAD-13828]

- Aufwendungen für die **Strafverteidigung** sind, wenn das Verfahren mit einer Verurteilung endet, nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. Es fehlt insoweit am Erfordernis der Zwangsläufigkeit i. S. des § 33 Abs. 1 EStG.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 15. 4. 2010 - 4 K 2699/06[LAAAD-45393]

- Kosten eines **Arbeitnehmers** bzw. eines **Gesellschafters** einer Kapitalgesellschaft für die **Strafverteidigung** in einem Verfahren wegen **Beihilfe** zu einer durch einen Dritten begangenen **Steuerhinterziehung** können bei fehlendem Veranlassungszusammenhang zu einer Einkunftsart weder als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit oder denjenigen aus Kapitalvermögen noch als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden.

FG Münster, Urteil v. 1. 10. 2010 - 11 K 3544/07[KAAAD-56457]

- (1) Für die Beurteilung der **Zwangsläufigkeit von Zivilprozesskosten** ist nicht auf die Zwangsläufigkeit der **Zahlungsverpflichtung** selbst abzustellen, sondern darauf, ob das **Ereignis**, durch das der Rechtsstreit letztlich veranlasst worden ist, für den Steuerpflichtigen zwangsläufig war, er mithin dem Prozess aufgrund einer **rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung** oder einer **tatsächlichen Zwangslage** nach den Gegebenheiten des Einzelfalls nicht ausweichen konnte. (2) **Zwangsläufigkeit** liegt vor, wenn der Rechtsstreit einen für den Steuerpflichtigen **existentiell wichtigen Bereich** berührt und der Steuerpflichtige ohne den Rechtsstreit Gefahr liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können. (3) Prozesskosten für rechtliche Unklarheiten in Bezug auf eine zu Lasten eines im Eigentum des Klägers stehenden **12 qm großen Grundstücks** eingetragene **Grunddienstbarkeit** berühren nicht die Existenzgrundlage bzw. die lebensnotwendigen Bedürfnisse und sind daher nicht zwangsläufig.

FG Hessen, Urteil v. 12. 4. 2011 - 2 K 370/11[OAAAD-97881]

Hauptsacheerledigung durch BFH, Beschluss v. 6. 2. 2012 - VI R 39/11[QAAAD-93965]

- (1) **Zivilprozesskosten** können Kläger wie Beklagtem unabhängig vom Gegenstand des Prozesses aus **rechtlichen Gründen** zwangsläufig erwachsen (**Änderung der Rechtsprechung**). (2) Unausweichlich sind derartige Aufwendungen jedoch nur, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung **hinreichende Aussicht auf Erfolg** bietet und nicht mutwillig erscheint. (3) Zivilprozesskosten sind jedoch nur insoweit abziehbar, als sie notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht überschreiten. Etwaige Leistungen aus einer **Rechtsschutzversicherung** sind im Rahmen der **Vorteilsanrechnung** zu berücksichtigen. BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015[IAAAD-86750]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 18. 11. 2009 - 11 K 185/09

Nichtanwendungserlass: BMF, Schreiben v. 20. 12. 2011 - S 2284, BStBl 2011 I S. 1286

- (1) Die Kosten anwaltlicher **Strafverteidigung** nach Honorarvereinbarung wegen eines Strafverfahrens gegen einen **pensionierten Schulleiter** sind nicht mehr in Ausübung seines Berufs entstanden und deshalb keine Werbungskosten, wenn keine drohenden berufs- oder disziplinarrechtlichen Konsequenzen dargetan werden. (2) **Strafverteidigerkosten** aufgrund **Honorarvereinbarung** sind nicht zwangsläufig im Sinne von außergewöhnlichen Belastungen und auch nicht nach der geänderten Rechtsprechung des BFH zur Abziehbarkeit von Zivilprozesskosten anzuerkennen.

FG Münster, Urteil v. 19. 8. 2011 - 14 K 2610/10 E[HAAAD-93579]

- (1) **Zivilprozesskosten** erwachsen Kläger wie Beklagtem unabhängig vom Gegenstand des Zivilrechtsstreits aus rechtlichen Gründen zwangsläufig und sind als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende **Aussicht auf Erfolg** bietet und der Steuerpflichtige sich nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat, sondern diesen vielmehr unter verständiger **Würdigung des Für und Wider** – auch des Kostenrisikos – eingegangen ist (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Diese Voraussetzungen sind erfüllt, wenn der geschiedene Vater auf erhöhten **Kindesunterhalt** verklagt wurde, in dem Verfahren unter anderem die schwierige tatsächliche Frage zu klären war, in welchem Umfang dem Vater **unterhaltrechtlich relevantes Einkommen** im streitigen Zeitraum zur Verfügung gestanden hat, es zur Klärung dieser Frage letztlich eines betriebswirtschaftlichen Sachverständigengutachtens bedurfte und der Erfolg der Rechtsverteidigung des Vaters ebenso wahrscheinlich wie ein Misserfolg war. (1) **Zivilprozesskosten** erwachsen Kläger wie Beklagtem unabhängig vom Gegenstand des Zivilrechtsstreits aus rechtlichen Gründen zwangsläufig und sind als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende **Aussicht auf Erfolg** bie-

tet und der Steuerpflichtige sich nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat, sondern diesen vielmehr unter verständiger **Würdigung des Für und Wider** – auch des Kostenrisikos – eingegangen ist (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Diese Voraussetzungen sind erfüllt, wenn der geschiedene Vater auf erhöhten **Kindesunterhalt** verklagt wurde, in dem Verfahren unter anderem die schwierige tatsächliche Frage zu klären war, in welchem Umfang dem Vater **unterhaltrechtlich relevantes Einkommen** im streitigen Zeitraum zur Verfügung gestanden hat, es zur Klärung dieser Frage letztlich eines betriebswirtschaftlichen Sachverständigengutachtens bedurfte und der Erfolg der Rechtsverteidigung des Vaters ebenso wahrscheinlich wie ein Misserfolg war.

FG Thüringen, Urteil v. 26. 10. 11 - 4 K 836/08[FAAAE-37052]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 65/12

Verfahren erledigt durch Zurücknahme der Klage

- (1) Nach der durch BFH, Urteil v. 12. 5. 2012 - VI R 42/10, geänderten Rechtsprechung können **Zivilprozesskosten** aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols Kläger wie Beklagtem unabhängig vom Gegenstand des Prozesses aus rechtlichen Gründen zwangsläufig i. S. des § 33 EStG erwachsen. **Unausweichlich** sind derartige Aufwendungen, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung aus der Sicht eines verständigen Dritten **hinreichende Aussicht auf Erfolg** bietet und **nicht mutwillig** erscheint. Unter dieser Voraussetzung sind diejenigen Prozesskosten abziehbar, die notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht überschreiten. (2) Der Abzug von Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen setzt voraus, dass – entsprechend zum Prozesskostenhilfverfahren – im Zeitpunkt der Klageerhebung die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung aus der Sicht eines verständigen Dritten **hinreichende Erfolgsaussicht** aufweisen muss; bei **summarischer Prüfung** muss der Erfolg mindestens ebenso wahrscheinlich sein wie ein Misserfolg.

FG München, Urteil v. 5. 3. 2012 - 5 K 710/12, 5 K 182/04 [ZAAAE-28786]

- (1) Die Kosten eines **Zivilprozesses** können unabhängig vom Gegenstand des Prozesses aus rechtlichen Gründen zwangsläufig entstehen. Die Abzugsfähigkeit setzt voraus, dass die Zivilprozesskosten notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht überschreiten (vgl. BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Zivilprozesskosten, die das vom Prozessgegner nach Obsiegen des Steuerpflichtigen in der ersten Instanz eingelegte **Berufungsverfahren** in einem Rechtsstreit gegen einen mit der Erstellung des Kellers des selbstgenutzten Fertighauses beauftragten Bauunternehmer betreffen, sind als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. (3) Der Abzugsfähigkeit der Prozesskosten steht nicht entgegen, dass der Prozess vor dem OLG mit einem **Vergleich** endet und damit der Steuerpflichtige die Kostenlast im Vergleichswege „freiwillig“ auf sich genommen hat. Die näheren Umstände bei der Beendigung des Zivilprozesses und die dabei zu regelnde Verteilung der Prozesskosten auf die Streitparteien sind für die Frage der Zwangsläufigkeit der Aufwendungen nicht von Bedeutung. (4) Für die Abzugsfähigkeit von Prozesskosten ist allein entscheidend, ob der Steuerpflichtige, der die Kosten letztlich getragen hat, das **Prozesskostenrisiko** aus der **ex ante Sicht** mutwillig oder leichtfertig eingegangen ist.

FG München, Urteil v. 20. 4. 2012 - 8 K 2190/09[AAAAE-29120]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 74/12

- (1) Als außergewöhnliche Belastungen sind **Zivilprozesskosten** unabhängig vom Gegenstand des Rechtsstreits nur dann zu berücksichtigen, wenn sich der Steuerpflichtige **nicht mutwillig oder leichtfertig** auf den Prozess eingelassen hat. (2) Das **Gericht** hat die Gesamtumstände des Einzelfalls – ex ante – dahingehend zu würdigen, ob der Prozess, den der Kläger angestrengt hat, **hinreichend Aussicht auf Erfolg** bot und nicht mutwillig geführt worden ist. Eine nur entfernte, gewisse Erfolgsaussicht reicht nicht aus. (3) Ein **Berufungsverfahren** wird mutwillig geführt, wenn das Berufungsgericht dem Steuerpflichtigen durch Hin-

weisbeschluss mitteilt, dass es beabsichtige, die Berufung zurückzuweisen. (4) Aufwendungen für eine **Nebenklage** in einem Strafverfahren erwachsen nicht zwangsläufig und sind nicht nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung steuermindernd zu berücksichtigen. (5) Dies gilt auch dann, wenn der Steuerpflichtige vor dem Amtsgericht zunächst das **Adhäsionsverfahren** betrieben hat.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 9. 2012 - 6 K 3622/10[HAAAE-40183]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 5/13

s. aber BMF, Schreiben v. 20. 12. 2011 - S 2284 , BStBl 2011 I S. 1286

s. auch § 33 Abs. 2 EStG i. d. F. v. 26. 6. 2013

- (1) Abweichend vom Urteil des BFH v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10 (BStBl 2011 II S. 1015) sind **Zivilprozesskosten** nicht grundsätzlich als zwangsläufig i. S. des § 33 EStG anzusehen. (2) Auch bei Zivilprozesskosten muss unter Berücksichtigung der zu dem Prozess führenden Umstände wertend beurteilt werden, ob die **Prozessführung** für den Steuerpflichtigen **zwangsläufig** war. (3) Aufwendungen für einen Zivilprozess können nicht als zwangsläufig entstanden angesehen werden, wenn der Prozess darauf beruht, dass der Steuerpflichtige **freiwillig** einen Anspruch mit dem Ziel seiner Durchsetzung (auch) mit gerichtlicher Hilfe erwirbt.

FG Hamburg, Urteil v. 24. 9. 2012 - 1 K 195/11[DAAAE-20620]

Revision zurückgewiesen durch BFH, Urteil v. 19. 8. 2015 - X R 34/12 [EAAAF-08277]

- Zwischen den Parteien eines **Zivilprozesses** streitige Ansprüche können wegen des **staatlichen Gewaltmonopols** regelmäßig nur gerichtlich durchgesetzt oder abgewehrt werden. Zivilprozesskosten sind demgemäß zwangsläufig und können daher als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden. Das gilt jedenfalls dann, wenn sich der Steuerpflichtige nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat und die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg bot.

FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 11. 2012 - 3 K 333/12[IAAAE-43009]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 40/13

- Nach neuerer BFH-Rechtsprechung sind **Zivilprozesskosten** nur zu berücksichtigen, wenn sich der Steuerpflichtige **nicht mutwillig leichtfertig** auf einen Prozess eingelassen hat. Bietet die beabsichtigte Rechtsverfolgung/Rechtsverteidigung aus Sicht eines verständigen Dritten keine hinreichende Aussicht auf Erfolg, kommt ein Abzug als außergewöhnliche Belastung nicht in Betracht.

FG Niedersachsen, Urteil v. 22. 11. 2012 - 14 K 237/12[WAAAE-39401]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 17/13

s. aber BMF, Schreiben v. 20. 12. 2011 - S 2284 , BStBl 2011 I S. 1286

s. auch § 33 Abs. 2 EStG i. d. F. v. 26. 6. 2013

- (1) Zwischen den Parteien eines **Zivilprozesses** streitige Ansprüche können wegen des **staatlichen Gewaltmonopols** regelmäßig nur gerichtlich durchgesetzt oder abgewehrt werden. (2) Zivilprozesskosten sind demgemäß **zwangsläufig** und können daher als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden.

FG Niedersachsen, Urteil v. 26. 11. 2012 - 3 K 319/12[YAAAE-43008]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 24/13

Verfahren erledigt durch Zurücknahme der Klage

- (1) Die Grundsätze des BFH zur Berücksichtigung der Kosten eines Zivilprozesses als außergewöhnliche Belastung finden in gleicher Weise auf die Kosten eines **verwaltungsgerichtlichen Verfahrens** Anwendung. (2) Die Neuregelung zur Abzugsfähigkeit von Prozesskosten ist erst ab dem 30. 6. 2013 anwendbar. Sie entfaltet für davor liegende Veranlagungszeiträume keine Rückwirkung.

FG Münster, Urteil v. 27. 11. 2012 - 11 K 2519/12 E[JAAAE-55196]

- Nach neuerer BFH-Rechtsprechung erwachsen **Zivilprozesskosten** unabhängig vom Gegenstand des Rechtsstreits aus **rechtlichen Gründen** zwangsläufig.
FG Niedersachsen, Urteil v. 6. 12. 2012 - 5 K 155/12[DAAAE-39416]
Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 19/13
Verfahren erledigt durch Zurücknahme der Klage
- (1) Kosten für die gerichtliche Verfolgung von **Ansprüchen nach § 661a BGB** aus per Werbung übersandten Gewinnzusagen und ähnlichen Zusagen sind nicht im Rahmen einer Einkunftsart nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-6 EStG zu berücksichtigen. (2) Die Kosten für die Geltendmachung von Ansprüchen nach § 661a BGB aus sporadisch zugesandten Werbebotschaften mit **wettbewerbswidrigen Gewinnzusagen** und ähnlichen Versprechungen erwachsen einem Steuerpflichtigen nicht zwangsläufig und sind somit nicht als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 Abs. 1 EStG abzugsfähig. (3) Es handelt sich insoweit um **Folgekosten** der im Allgemeininteresse liegenden Absicht des Gesetzgebers, den versendenden Unternehmer beim Wort zu nehmen, die der Steuerpflichtige im Gegensatz zu der wohl überwiegenden Mehrzahl der Empfänger derartiger unzulässiger Werbung **freiwillig** riskiert.
FG Hessen, Urteil v. 12. 12. 2012 - 4 K 929/12[JAAAE-31456]
- (1) Auch Aufwendungen für Kosten aus **verwaltungsgerichtlichen Prozessen** können aufgrund der neuen Rechtsgrundsätze des BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10 (BStBl 2011 II S. 1015) eine außergewöhnliche Belastung darstellen. (2) Erstreiten Eltern ihrer Tochter im Rechtswege die **Zulassung zum Studium**, sind die hierfür aufgewendeten Gerichts- und Anwaltskosten als typische Aufwendungen für die **Berufsausbildung** i. S. von § 33 EStG zu qualifizieren, so dass nach § 33a Abs. 4 EStG eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG nicht in Betracht kommt. (3) Infolge der typisierenden Pauschalregelung zur Berücksichtigung von Ausbildungskosten gilt die „Sperrwirkung“ des § 33a Abs. 4 EStG unabhängig davon, ob die sonstigen Voraussetzungen des § 33a Abs. 1 EStG im konkreten Fall vorliegen.
FG Düsseldorf, Urteil v. 14. 1. 2013 - 11 K 1633/12 E[RAAAE-33017]
Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 9/13
- Aufwendungen für **Prozesse**, die das **Umgangsrecht** mit dem Kind, die Höhe des **Trennungunterhalts** und die **Hausratverteilung** zum Gegenstand haben, sind als außergewöhnliche Belastung in Abzug zu bringen.
FG Niedersachsen, Urteil v. 18. 2. 2013 - 3 K 409/12[ZAAAE-44840]
- (1) Für den Abzug der Kosten eines **Schadensersatzprozesses** als außergewöhnliche Belastungen kommt es allein darauf an, ob die beabsichtigte Rechtsverfolgung aus Sicht eines verständigen Dritten aus ex ante Sicht hinreichende **Aussicht auf Erfolg** bot und der Steuerpflichtige das **Prozesskostenrisiko** nicht mutwillig oder leichtfertig eingegangen ist (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015; entgegen BMF, Schreiben v. 20. 12. 2011, BStBl 2011 I S.1286). (2) Die Beendigung des Zivilprozesses durch **Vergleich mit Kostenaufhebung** gegeneinander steht der Zwangsläufigkeit der Aufwendungen nicht entgegen. (3) Die **Vergleichssumme** ist nicht im Wege der Vorteilsanrechnung auf die angefallenen Prozesskosten zu berücksichtigen, wenn die Zahlung allein zur Abgeltung sämtlicher materieller und immaterieller Ansprüche aus dem schadensverursachenden Ereignis erfolgt.
FG Düsseldorf, Urteil v. 20. 2. 2013 - 15 K 2052/12 E[CAAAE-36671]
- (1) Aufwendungen für die **anwaltliche Interessenwahrung** vor dem **BVerfG** und dem **EuGH für Menschenrechte** sind weder als außergewöhnliche Belastungen noch als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit abzugsfähig. (2) Kosten für eine **Verfassungsbeschwerde** nach Ausschöpfung des Rechtsweges sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn es sich um die Beseitigung einer existenziellen oder den Kernbereich des menschlichen Lebens berührenden Beeinträchtigung handelt.
FG Hessen, Urteil v. 19. 3. 2013 - 12 K 3431/06[ZAAAE-81251]

- Aufwendungen für einen Zivilprozess (Arzthaftungsprozess) können als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden, wenn sich der Steuerpflichtige nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat und die für die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung unter verständiger Würdigung des für und Wider aus Sicht eines verständigen Dritten hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.
FG Hessen, Urteil v. 4. 4. 2013 - 13 K 850/12[VAAAE-60580] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 78/13
- Die einem wegen einer **vorsätzlichen Tat** verurteilten Steuerpflichtigen entstandenen Kosten seiner **Strafverteidigung** sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. Der Beschuldigte, der wissentlich und vorwerfbar gegen die strafbewehrten Regeln des Gemeinwesens verstößt, hat den daraus resultierenden staatlichen Eingriff zu dulden. Soweit seine Rechtsunterworfenheit neben der verhängten Strafe auch zu Kosten führt, hat der Verurteilte diese durch sein Verhalten selbst verursacht und sie deshalb ebenso zu tragen wie er den von ihm verursachten Schaden gegenüber seinem Opfer wiedergutzumachen hat. Es ist nicht Zweck des Abzugs außergewöhnlicher Belastungen, dem Steuerpflichtigen die Kostenlast zu erleichtern, wenn sich ein übernommenes Risiko realisiert.
BFH, Urteil v. 16. 4. 2013 - IX R 5/12, BStBl 2013 II S. 806[WAAAE-43804]
Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 14. 12. 2011 - 2 K 6/11
- Der Hinweis auf die neue BFH-Rechtsprechung zum generellen steuerlichen Abzug von **Prozesskosten** als außergewöhnliche Belastung ist nicht geeignet, die **grundsätzliche Bedeutung** der Sache zu belegen, wenn es bereits deshalb an der Klärungsbedürftigkeit fehlt, weil – die Anerkennung sämtlicher Prozesskosten als außergewöhnliche Belastung unterstellt – angesichts der zumutbaren Eigenbelastung der Kläger sich keine steuerliche Auswirkung ergeben würde.
BFH, Beschluss v. 17. 4. 2013 - VIII B 161/11[IAAAE-39624]
Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 12. 10. 2011 - 7 K 966/09 E
- Die Kosten eines in einem **Scheidungsfolgenverfahren** beauftragten **britischen Rechtsanwalts** und die mit dem Verfahren in Zusammenhang stehenden **Reisekosten** sind als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 Abs. 1 EStG abzugsfähig, soweit sich der Steuerpflichtige dem Verfahren ohne jeden eigenen Gestaltungsspielraum zu stellen hatte, das Verfahren nicht mutwillig oder ohne Aussicht auf Erfolg war, die Höhe der vereinbarten Kosten nach landestypischen Gesichtspunkten angemessen sind und keine Kostenerstattung erfolgt. - Gegen den Nichtanwendungserlass des BMF v. 20. 12. 2011 (BStBl 2011 I S. 1286).
FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 17. 4. 2013 - 5 K 156/12[EAAAE-36238]
Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 26/13
- Die Kosten eines **Zivilprozesses** können nach der geänderten höchstrichterlichen Rechtsprechung (BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015) unabhängig vom Gegenstand des Prozesses aus **rechtlichen Gründen** zwangsläufig entstehen. Daher können Anwalts- und Gerichtskosten dem Grunde und der Höhe nach wie als außergewöhnliche Belastungen abziehbar sein. Es reicht aus, dass der Steuerpflichtige, will er Prozesskosten als außergewöhnliche Belastung geltend machen, (nur) darlegen muss, dass seine Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht von vornherein **aussichtslos** und ebenso wenig **mutwillig** gewesen ist.
FG Niedersachsen, Urteil v. 15. 5. 2013 - 9 K 238/12[SAAAE-39424]
Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 31/13
s. auch § 33 Abs. 2 EStG i. d. F. v. 26. 6. 2013
- **Anwaltskosten** zur Verteidigung gegen einen **Unterhaltsabänderungsantrag** einer unterhaltsberechtigten Kindesmutter und deren nichtehelichen Kindes sind als außergewöhnliche Belastungen des Kindesvaters abziehbar, solange die Rechtsverteidigung aus Sicht eines verständigen Dritten hinreichende Aussicht auf Erfolg hat und nicht mutwillig erscheint. Die

Höhe der anzuerkennenden Kosten richtet sich nach dem RVG. Daran ändert auch der Nichtanwendungserlass des BMF nichts, der bis zu der ausschließenden Regelung in § 33 Abs. 3 EStG ab dem VZ 2013 die geänderte BFH-Rechtsprechung für über den Einzelfall hinaus nicht anwendbar erklärt hat.

FG Köln, Urteil v. 26. 6. 2013 - 7 K 2700/12[ZAAAE-43012]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 56/13

- Bei der **freiwilligen Anrufung der Schlichtungsstelle Bergschaden** in NRW handelt es sich um eine „Vorstufe“ zum Zivilprozess und damit eine Maßnahme zur **Beschreitung des Rechtswegs** im weiteren Sinne, deren Kosten dem Steuerpflichtigen in gleicher Weise wie die eines Zivilprozesses (vgl. dazu BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015) aus rechtlichen Gründen zwangsläufig erwachsen und daher – nach der bis zum 31. 12. 2012 geltenden Rechtslage - als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden können.
FG Düsseldorf, Urteil v. 8. 8. 2013 - 11 K 3540/12 E[BAAAE-51694]
- Kosten für einen **Zivilprozess**, der gegen einen Bauträger wegen **Baumängeln** mit dem Ziel der **Rückabwicklung des Bauträgervertrags** geführt wird, sind als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG steuerlich zu berücksichtigen, wenn die Klage bei summarischer ex ante Betrachtung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 9. 2013 - 3 K 60/11[GAAAE-80430]
- (1) Die Kosten eines **Zivilprozesses**, in dem die Folgen einer **falschen ärztlichen Behandlung** geltend gemacht werden und in dem u. a. ausweislich der Einholung eines gerichtlichen Sachverständigengutachtens der Erfolg mindestens ebenso wahrscheinlich ist wie der Misserfolg, sind nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. (2) Eine **Kostenerstattung**, die dem Steuerpflichtigen in einem späteren Veranlagungszeitraum zufließt, ist als rückwirkendes Ereignis durch Änderung des Bescheides für das Jahr der Verausgabung zu berücksichtigen.
FG Düsseldorf, Urteil v. 23. 9. 2013 - 7 K 1549/13 E[UAAAE-72775]
- (1) Für den Abzug von **Zivilprozesskosten** als außergewöhnliche Belastung ist nicht auf die Unausweichlichkeit des dem Zahlungsanspruch zugrunde liegenden Ereignisses abzustellen; Voraussetzung der Zwangsläufigkeit von Prozesskosten ist jedoch, dass sich der Steuerpflichtige **nicht mutwillig oder leichtfertig** auf den Prozess eingelassen hat (vgl. BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung aus Sicht eines verständigen Dritten – ungeachtet der späteren Abweisung der Klage aus Beweisgründen - deshalb **hinreichende Aussicht auf Erfolg** bot, weil ein **unabhängiger Gutachter** im selbständigen Beweisverfahren zu dem Ergebnis gelangt war, dass das Gebäude der Steuerpflichtigen einen vom Bauträger verursachten Mangel aufwies.
FG Düsseldorf, Urteil v. 9. 10. 2013 - 15 K 1102/13 E[UAAAE-56374]
Revision eingelegt; Az. Des BFH: VI R 83/13
Verfahren erledigt durch Zurücknahme der Klage
- Im Zusammenhang mit einem **Zivilprozess** im Jahr 2010 angefallene **Rechtsanwaltsgebühren** sind nach der neuen Rechtsprechung des BFH (BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015) unter bestimmten Voraussetzungen als außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 EStG abziehbar.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 12. 11. 2013 - 3 K 1665/12[NAAAE-55870] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 93/13
- Kosten der **Abwehr** eines angeblichen **Darlehensanspruchs** der Schwiegereltern nach **gescheiterter Ehe** sind 2011 als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen.
FG Münster, Urteil v. 16. 12. 2013 - 2 K 2195/12 E[HAAAE-71751]
- (1) Nach neuerer BFH-Rechtsprechung erwachsen Parteien Kosten eines **Zivilprozesses** unabhängig vom Gegenstand des Zivilrechtsstreits aus rechtlichen Gründen **zwangsläufig**. (2)

Kosten eines Zivilprozesses in **Rumänien**, die durch eine **erbrechtliche Streitigkeit** mit nicht unerheblicher wirtschaftlicher Bedeutung zusammenhängen, erwachsen zwangsläufig i. S. des § 33 EStG. (3) Der Umstand, dass Rechtsverfolgungskosten aufgrund eines Rechtsstreits im europäischen **Ausland** entstehen, führt zu keiner anderen rechtlichen Bewertung.
FG Niedersachsen, Urteil v. 8. 1. 2014 - 3 K 11296/12[AAAAE-70537]

► Die Kosten eines **Beschwerdeverfahrens** im Zusammenhang mit einem **Erbscheinsverfahren** mit dem Ziel der Rückgängigmachung der Erbenstellung sind als außergewöhnliche Belastung gem. § 33 Abs. 1 EStG abzugsfähig, wenn das Verfahren nicht mutwillig oder ohne Aussicht auf Erfolg war. Hieran ändert auch nichts daran, dass die Erbschaft hätte auch ausgeschlagen werden können. Das Gericht folgt insoweit der neueren Rechtsprechung des VI. BFH-Senats zur Berücksichtigung von Prozesskosten.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 22. 1. 2014 - 4 K 1961/12[XAAAE-55871] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 14/14

► (1) Die Kosten eines **Zivilprozesses**, in dem die Folgen einer **falschen ärztlichen Behandlung** geltend gemacht werden und in dem u. a. ausweislich der Einholung eines gerichtlichen Sachverständigengutachtens der Erfolg mindestens ebenso wahrscheinlich ist wie der Misserfolg, sind nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. (2) Eine **Kostenerstattung**, die dem Steuerpflichtigen in einem späteren Veranlagungszeitraum zufließt, ist als rückwirkendes Ereignis durch Änderung des Bescheides für das Jahr der Verausgabung zu berücksichtigen.
FG Düsseldorf, Urteil v. 29. 1. 2014 - 7 K 3143/13 E[EAAAE-72776]

► (1) Die Kosten eines **Zivilprozesses**, in dem der Steuerpflichtige die **Besitzübertragung**, die **Zustimmung zur Auflassung** sowie die **Beseitigung von Baumängeln** einer von einer Bauträgersgesellschaft zu errichtenden **Doppelhaushälfte** geltend gemacht hat und nach zum ganz überwiegenden Teil obsiegendem Urteil als Zweitschuldner für die von dem unterlegenen – zwischenzeitlich insolventen – Bauträger zu tragenden Gerichtskosten in Anspruch genommen wird, sind nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. (2) Dies folgt sowohl aus der wirtschaftlich existenziellen Bedeutung des Prozessgegenstandes i. S. der früheren Rechtsprechung des BFH (Urteil v. 9. 5. 1996 - III R 224/94, BStBl 1996 II S. 596) als auch aus der evident nicht mutwilligen Prozessführung i. S. des BFH-Urteils v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015.
FG Düsseldorf, Urteil v. 13. 2. 2014 - 12 K 3227/12 E[JAAAE-72744]

► Wird der Steuerpflichtige als Beklagter in einen **Zivilprozess** hineingezogen und nimmt er seine Rechte in diesem Verfahren wahr, sind die Kosten des Prozesses im Jahr 2010 als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG findet erst ab 30. 6. 2014 Anwendung und schließt den Abzug daher noch nicht aus.
FG Münster, Urteil v. 20. 3. 2014 - 5 K 1023/12 E[JAAAE-65292]
Verfahren erledigt durch Zurücknahme der Klage

► **Prozesskosten** für einen Rechtsstreit gegen einen **Architekten** auf **Schadensersatz** aus Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen (immense Überschreiten der Bausumme) sind nach der bis zum 30. 6. 2013 geltenden Rechtslage als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.
FG Münster, Urteil v. 30. 4. 2014 - 7 K 2748/12 E[AAAAE-79866]

► Kosten der **Strafverteidigung**, die einem wegen einer **vorsätzlichen Tat** verurteilten Steuerpflichtigen entstanden sind, sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar (Anschluss an BFH, Urteil v. 16. 4. 2013 - IX R 5/12, BStBl 2013 II S. 806).
BFH, Urteil v. 14. 5. 2014 - X R 23/12, BStBl 2014 II S. 684[DAAAE-71090]
Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 18. 6. 2012 - 6 K 181/11

► (1) Zu den abziehbaren Prozesskosten für einen Zivilprozess gem. § 33 Abs. 1 EStG in der bis einschließlich VZ 2012 geltenden Rechtslage gehören nur **Zivilprozesskosten** im engeren

Sinne. (2) Abziehbar sind danach **Gerichtskosten** (Gebühren und Auslagen), **Vergütungsansprüche** des eigenen Prozessbevollmächtigten in der nach RVG ermittelten Höhe und ggf. **Kostenerstattungsansprüche** des Prozessgegners. (3) Nicht abziehbar sind Aufwendungen, die zur bloßen **Vorbereitung** oder im Rahmen des Prozesses **freiwillig**, d.h. aus eigenem Antrieb und ohne Veranlassung durch das Gericht getragen werden, auch wenn sie dem Prozess förderlich sein sollten.

FG Münster, Urteil v. 18. 6. 2014 - 10 K 3686/11 E [RAAAE-82003]

- (1) Wird die **Zwangsverwaltung** hinsichtlich des Grundstücks angeordnet, auf der sich die erworbene mit Baumängeln behaftete Dachgeschosswohnung befindet, und schließlich die **Zwangsversteigerung** betrieben, so dass der Steuerpflichtige nur im Wege der **Drittwiderspruchsklage** gegenüber der betreibenden Gläubigerbank die Einstellung der Zwangsvollstreckung in die erworbene Eigentumswohnung im Dachgeschoss und einen Lastenfreistellungsanspruch geltend machen kann, sind die nachgewiesenen **Zivilprozesskosten** der **ersten Instanz** (Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten) als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn hinreichende Erfolgsaussichten bestehen. (2) Die Abzugsfähigkeit der Zivilprozesskosten in Zusammenhang mit der **zweiten Instanz** im Rahmen des § 33 EStG scheitert, wenn die eingelegte Berufung vor dem Zivilgericht aus ex-ante Sicht unter Berücksichtigung der Gesamtumstände keine hinreichenden Erfolgsaussichten hat.

FG Thüringen, Urteil v. 15. 7. 2014 - 3 K 538/13 [RAAAE-96263]

- (1) **Zivilprozesskosten** können unabhängig vom Gegenstand des Prozesses aus rechtlichen Gründen zwangsläufig erwachsen, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung aus Sicht eines verständigen Dritten **hinreichende Aussicht auf Erfolg** geboten hat (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Der Umstand, dass die obsiegende Partei aufgrund der Insolvenz des Beklagten letztlich die gesamten Rechtsanwaltskosten und Gerichtskosten (**Zweitschuldnerhaftung**) tragen muss, führt nicht dazu, dass die hinreichende Erfolgsaussicht (teilweise) rückwirkend entfällt. (3) Die am 1. 1. 2013 in Kraft getretene Norm des § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG i. d. F. des AmthilfeRLUMsG ist gem. § 52 Abs. 1 EStG erst ab dem Veranlagungszeitraum **2013** anwendbar. (4) Eine **Aussetzung des Verfahrens** gemäß § 74 FGO im Hinblick auf die anhängigen Revisionsverfahren VI R 69/12 und VI R 70/12 ist nicht geboten.

FG Düsseldorf, Urteil v. 15. 8. 2014 - 3 K 2493/12 E[GAAAE-75029] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 56/14

- (1) Aufwendungen zur **Abwehr** eines geltend gemachten Anspruchs aus dem **Verkehrsflächenbereinigungsgesetz** stellen keine Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung dar. Sie wurden getätigt, um das Eigentum an dem Objekt zu bewahren und dienten zur Abwehr einer Gefahr für das künftig zur Einkünfteerzielung vorgesehene Vermögen. Die Aufwendungen sind daher durch den geltend gemachten Anspruch und nicht durch die Verwendung der Grundstücke zur Einkünfteerzielung veranlasst. (2) Eine weitergehende Berücksichtigung der Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung kommt nicht in Betracht.

BFH, Urteil v. 1. 10. 2014 - IX R 7/14 [RAAAE-82927]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 12. 2. 2014 - 1 K 80/12 (5)

- (1) Im Zusammenhang mit einem Zivilprozess wegen Herabsetzung des **nachehelichen Ehegatten- und Kindesunterhalts** angefallene **Gerichts- und Rechtsanwaltskosten** (hier: Abschluss durch Vergleich im Jahr 2010) sind zwangsläufig entstanden und somit als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. (2) Zumindest Kosten für solche Zivilprozesse sind zwangsläufig i. S. des § 33 EStG, die in der Sache mit der **Sicherung** bzw. dem **Erhalt des Lebensunterhalts** in **unmittelbarem Zusammenhang** stehen. Dies dürfte in vielen Fällen von Zivilprozessen nicht der Fall sein (z. B. bei Nachbarschaftsstreitigkeiten), so dass es auch

nicht sachgerecht erscheint, den Steuerpflichtigen durch Beteiligung des Steuerzahlers an diesen Kosten zu entlasten. (3) Bei sog. „**Dauersachverhalten**“, also solchen, denen eine dauernde Zahlung zugrunde liegt (z. B. Miete, Einkommen, Unterhalt), die sich unmittelbar auf die zum Lebensunterhalt zur Verfügung stehenden Mittel auswirken, dürften Prozesskosten hingegen dem Grunde nach regelmäßig zwangsläufig sein.

FG Saarland, Urteil v. 7. 10. 2014 - 1 K 1054/13 [DAAAE-85392]

- (1) **Prozesskosten** sind als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn sich der Steuerpflichtige nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat. Er muss diesen vielmehr unter verständiger **Würdigung des Für und Wider** – auch des Kostenrisikos – eingegangen sein. (2) Kommt der **Zivilrechtsstreit** in einem späteren Veranlagungszeitraum zu einem **erfolgreichen** bzw. teilweise erfolgreichen **Abschluss** mit der Folge, dass der Steuerpflichtige keine oder nur geringere Kosten als die bereits entrichteten zu tragen hat, ist dies als **rückwirkendes Ereignis** zu berücksichtigen und der steuerliche Abzug für das Abflussjahr insoweit wieder rückgängig zu machen. (3) Die **Ersatzleistungen** wegen der vom Zivilgericht bestimmten „Kostenaufhebung“ sind nicht anteilig, errechnet aus dem Prozentsatz der Aufwendungen in den jeweiligen Veranlagungszeiträumen in diese Jahre „zurückzutragen“. Vielmehr sind die geltend gemachten Prozesskosten auf den **Prozentsatz** zu korrigieren, den der Steuerpflichtige laut Kostenfestsetzungsbeschluss endgültig zu tragen hat. FG München, Urteil v. 16. 10. 2014 - 8 K 981/12 [VAAAE-83513]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 72/14

- (1) **Zivilprozesskosten** wegen **Erbstreitigkeiten** können aus rechtlichen Gründen zwangsläufig erwachsen und daher als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein, wenn die Steuerpflichtigen sich nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen haben und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung aus Sicht eines verständigen Dritten hinreichende Aussicht auf Erfolg geboten hätte (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015). (2) Unabhängig davon ist auch das die Zahlungspflicht adäquat **auslösende Ereignis** für den Steuerpflichtigen zwangsläufig, wenn bei einem Unterliegen in dem Rechtsstreit um eine den Erbteil des Miterben beeinträchtigende Schenkung eine **Teilungsversteigerung** des Familienheims gedroht und damit ein existentiell wichtiger Bereich berührt gewesen wäre.

FG Düsseldorf, Urteil v. 21. 10. 2014 – 9 K 2257/13 E [YAAAE-85401]

- (1) **Zivilprozesskosten** sind bis zum Veranlagungszeitraum 2012 als außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige darlegen kann, dass die Rechtsverfolgung oder -verteidigung eine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Da diese vom BFH im Rahmen einer „**Filterfunktion**“ herangezogenen Begriffe der „**hinreichenden Aussicht auf Erfolg**“ und der fehlenden „**Mutwilligkeit/Leichtfertigkeit**“ mit den im Prozesskostenhilferecht in § 114 ZPO verwendeten Formulierungen vergleichbar sind, kann für deren Auslegung auf die hierzu bereits vorhandene Rechtsprechung und Literatur zurückgegriffen werden. (2) Verweigert der Steuerpflichtige bei der Errichtung seines Einfamilienhauses wegen **Baumängeln** die Zahlung eines Teils des vereinbarten Werklohns eines Handwerkers, wird er von diesem verklagt und einigt er sich vor dem Landgericht auf einen Vergleich, bei dem der Steuerpflichtige überwiegend obsiegt, so sind die von dem Steuerpflichtigen getragenen, ihm nicht erstatteten **Rechtsanwalts-, Gerichtskosten** sowie die Aufwendungen für ein **Sachverständigengutachten** als außergewöhnliche Belastungen abziehbar.

FG Thüringen, Urteil v. 22. 10. 2014 - 3 K 272/14 [FAAAE-96267]

- (1) Aufwendungen im Zusammenhang mit einem **Bauprozess** sind nur dann als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig, wenn ein konkreter und unmittelbarer Zusammenhang mit dem **Beweissicherungsverfahren** oder dem **Bauprozess** besteht. (2) Aufwendungen für die **Errichtung** eines später wegen Baumängeln wieder abgerissenen Gebäudeteils sind

ebenso wie diejenigen für den **Abriss** den Herstellungskosten des neu errichteten Gebäudes zuzuordnen. (3) **Rechtsanwalts- und Prozesskosten** teilen grds. als Folgekosten die einkommensteuerliche Qualifikation der Aufwendungen, die Gegenstand des Prozesses sind.

FG Niedersachsen, Urteil v. 25. 10. 2014 - 9 K 245/11 [OAAAE-81729]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 80/14

- (1) § 33 EStG ist im weitesten Sinne als Ausfluss des **subjektiven Nettoprinzips** zu sehen. Die Vorschrift soll in Ergänzung zum Grundfreibetrag gem. § 32a Abs. 1 EStG, der typisierend existenznotwendige Aufwendungen von der Besteuerung ausnimmt, bestimmte zusätzliche, nicht vom Grundfreibetrag umfasste untypische Aufwendungen ebenfalls von der Besteuerung ausnehmen; jedenfalls insoweit, wie sie eine an dem Gesamtbetrag der Einkünfte bemessene und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit typisierend Rechnung tragende zumutbare Eigenbelastung des Steuerpflichtigen übersteigen. Aus Sicht des Senats muss es sich auch bei **Prozesskosten** um Aufwendungen handeln, die mit dem Lebensunterhalt des Steuerpflichtigen in Zusammenhang stehen (Abgrenzung zur BFH-Rechtsprechung). (2) Zumindest Kosten für solche **Zivilprozesse** sind zwangsläufig i. S. des § 33 EStG, die in der Sache mit der Sicherung bzw. dem Erhalt des Lebensunterhalts in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Jedenfalls bei sog. „**Dauersachverhalten**“, also solchen, denen eine dauernde Zahlung zugrunde liegt (z. B. Miete, Einkommen, Unterhalt), die sich unmittelbar auf die zum Lebensunterhalt zur Verfügung stehenden Mittel auswirken, dürften Prozesskosten dem Grunde nach regelmäßig zwangsläufig sein. (3) Nach diesen Grundsätzen sind Kosten eines Ehegatten vor und nach der Scheidung für ein Gerichtsverfahren zur Klärung der **Höhe des Unterhaltsanspruchs** des getrennt lebenden anderen Ehegatten als außergewöhnliche Belastung abziehbar, nicht aber Kosten für **außergerichtliche Tätigkeiten** eines Rechtsanwalts bzw. Notars zur außergerichtlichen Streitbeilegung zwischen den Ehegatten sowie für die gerichtliche Teilung des Vermögens der Ehegatten (**Teilungsversteigerung**) sowie die gerichtliche Klärung des Aufenthaltsbestimmungsrechts für die gemeinsamen Kinder.

FG Saarland, Urteil v. 10. 12. 2014 - 1 K 1201/13 [HAAAE-86863]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 5/15

- (1) Aufwendungen für die Führung eines **Zivilprozesses** stellen der Höhe nach nur insoweit außergewöhnliche Belastungen i. S. des § 33 Abs. 1 EStG dar, als sie einen **angemessenen Betrag** nicht überschreiten. (2) Angemessen i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG sind allenfalls solche Anwaltskosten, die den **Gebührenrahmen des RVG** nicht überschreiten.

FG Münster, Urteil v. 19. 2. 2015 - 12 K 3703/13 E [MAAAE-93946]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 44/15

- Soweit nach der geänderten Rechtsprechung des BFH **Zivilprozesskosten** als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen sind (BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015), beschränkt sich die Abzugsfähigkeit auf die **Prozesskosten im engeren Sinne**. Darunter fallen Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) und außergerichtliche Kosten, die Vergütungsansprüche des eigenen Prozessbevollmächtigten sowie der Kostenerstattungsanspruch des Gegners.

FG Hessen, Urteil v. 23. 2. 2015 - 12 K 3232/09 [WAAAF-08498]

- Die Kosten eines Rechtsstreits (Anwalts- u. Gerichtskosten) um **erbrechtliche Auskunfts- und Pflichtteilsansprüche** sind nicht als außergewöhnliche Belastung absetzbar.

FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 18. 3. 2015 - 2 K 256/12 [VAAAE-88905]

Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 29/15

- Kosten eines **Zivilprozesses** entstehen aus **rechtlichen Gründen** zwangsläufig und sind daher als außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn sich der Steuerpflichtige nicht mutwillig oder leichtfertig auf den Prozess eingelassen hat, sondern die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung aus Sicht eines verständigen Drit-

ten hinreichende Aussicht auf Erfolg bot (Anschluss an BFH, Urteil v. 12. 5. 2011 - VI R 42/10, BStBl 2011 II S. 1015).

FG Düsseldorf, Urteil v. 23. 4. 2015 - 14 K 3399/12 E [JAAAF-08501]

- Soweit dem Steuerpflichtigen ein Anspruch auf Erstattung der Kosten der **Strafverteidigung** aus der Staatskasse zusteht, scheidet mangels Belastung des Steuerpflichtigen ein Abzug nach § 33 EStG aus. Soweit kein Anspruch gegen die Staatskasse besteht, sind **Anwaltskosten** für die Strafverteidigung einem Steuerpflichtigen nur zwangsläufig erwachsen (§ 33 Abs. 1 EStG), wenn er sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann und soweit diese Aufwendungen den Umständen nach notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht übersteigen (§ 33 Abs. 2 Satz 1 EStG). **Nicht zwangsläufig** sind Aufwendungen insbesondere dann, wenn der Steuerpflichtige mit seinem Verteidiger ein Honorar vereinbart hat, das über den durch die Staatskasse erstattungsfähigen Kosten liegt; ein Abzug dieser Mehraufwendungen ist mangels Zwangsläufigkeit nicht möglich.

BFH, Beschluss v. 10. 6. 2015 - VI B 133/14 [PAAAE-96109]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 18. 11. 2014 - 12 K 177/13

- (1) Die Kosten eines **Zivilprozesses** sind im Allgemeinen keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG (**Änderung der Rechtsprechung**). (2) Etwas anderes kann ausnahmsweise gelten, wenn ein Rechtsstreit einen für den Steuerpflichtigen **existenziell wichtigen Bereich** oder den **Kernbereich menschlichen Lebens** berührt.

BFH, Urteil v. 18. 6. 2015 - VI R 17/14, BStBl 2015 II S. 800 [ZAAAE-98628]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 11. 2. 2014 - 13 K 3724/12 E

- Die Kosten eines **Zivilprozesses** sind im Allgemeinen keine außergewöhnlichen Belastungen i. S. des § 33 EStG, es sei denn, der Rechtsstreit berührt einen für den Steuerpflichtigen existenziell wichtigen Bereich oder den Kernbereich menschlichen Lebens und es bestünde für den Steuerpflichtigen die Gefahr, seine **Existenzgrundlage** zu verlieren oder seine **lebensnotwendigen Bedürfnisse** in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können, wenn er sich nicht auf den Prozess einließe. Letzteres trifft für Aufwendungen infolge **Erbschaftsstreitigkeiten** einschließlich der Auseinandersetzung einer Erbengemeinschaft regelmäßig nicht zu.

FG München, Urteil v. 10. 9. 2015 - 15 K 632/13 [KAAAF-17548]

32. Entschädigungen/Schadensersatz

- Aufwendungen, die ein Steuerpflichtiger macht, um einen **Schaden** zu ersetzen, der bei Benutzung eines von ihm für **private Zwecke entliehenen Kraftfahrzeugs** entstanden ist, sind im Allgemeinen nicht zwangsläufig i. S. des § 33 EStG.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 17. 12. 1957 - IV 1101/57, EFG 1958 S. 337

- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die **Wiederbeschaffung** eines zum Privatvermögen gehörenden **Pkw**, der auf einer **Privatfahrt** durch einen **unverschuldeten Unfall** schwer beschädigt und deshalb durch einen neuen Wagen ersetzt wurde, können nicht als außergewöhnliche Belastung steuerlich berücksichtigt werden. Der Umstand, dass der Steuerpflichtige den Kraftwagen auch für **dienstliche Fahrten** als Arbeitnehmer benötigte, rechtfertigt nicht die Zurechnung der Wiederbeschaffungskosten zu den außergewöhnlichen Aufwendungen i. S. von § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 17. 10. 1973 - VI R 84/70, BStBl 1974 II S. 104 [ZAAAA-99813]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 22. 1. 1970 - I 1150/68

- Führt ein Steuerpflichtiger eine **Privatreise** mit einem geliehenen oder aus Gefälligkeit überlassenen Pkw durch, der anlässlich dieser Fahrt durch einen von ihm nicht verschuldeten **Unfall** beschädigt wird, sind die **Reparaturkosten** nicht deshalb als außergewöhnliche Belas-

tung nach § 33 EStG anzusehen, weil der Steuerpflichtige zur Beseitigung des Schadens verpflichtet war oder sich verpflichtet fühlte.

BFH, Urteil v. 17. 10. 1973 - VI R 143/71, BStBl 1974 II S. 105[JAAAA-99814]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 29. 1. 1971 - I 283/70

- **Schadensersatz aus Gefährdungshaftung wegen Tierhaltung** (Hund) stellt nur dann eine außergewöhnliche Belastung dar, wenn die Zwangsläufigkeit hinsichtlich der Tierhaltung und nicht nur hinsichtlich der Zahlungspflicht gegeben ist.

FG Hessen, Urteil v. 18. 12. 1975 - I 220/74, EFG 1976 S.338

- (1) Für den **Ersatz** eines **Schadens**, den ein Steuerpflichtiger einem Dritten **rechtswidrig** und **schuldhaft** zufügt und für den er nach **Deliktsrecht haftet**, ist die Zwangsläufigkeit i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG unabhängig von dem **Grad des Verschuldens** zu verneinen. (2) Dies gilt auch, wenn Eltern gem. 832 BGB die von ihren **Kindern** Dritten zugefügten Schäden ersetzen. Das Verschulden ist auch für Zwecke des Steuerrechts zu vermuten.

FG Köln, Urteil v. 17. 12. 1980 - i (XIII) 709/77 L, EFG 1981 S. 293

- Schadensersatzzahlungen können dann zwangsläufig i. S. von § 33 EStG sein, wenn der Steuerpflichtige bei der Schädigung **nicht vorsätzlich oder leichtfertig** gehandelt hat.

BFH, Urteil v. 3. 6. 1982 - VI R 41/79, BStBl 1982 II S. 749[DAAAA-91777]

- Die Erfüllung von gegen den Sohn gerichteten Schadensersatzansprüchen durch die **Eltern** ist für diese auch dann nicht zwangsläufig, wenn dadurch die **Einstellung eines Strafverfahrens** erreicht wird.

FG Brandenburg, Urteil v. 11. 12. 1997 - 5 K 1232/97 E, EFG 1998 S. 317

- (1) Als ein die Zwangsläufigkeit begründender rechtlicher Grund kommt nur eine **rechtliche Verpflichtung** in Betracht, die der Steuerpflichtige nicht selbst, z. B. aufgrund rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen, gesetzt hat. (2) Bei Schadensersatzverpflichtungen liegt eine Zwangsläufigkeit nur vor, wenn sich der Steuerpflichtige dem schadensbegründenden Ereignis nicht entziehen konnte, weil er durch **außerhalb seiner freien Willensbestimmung** liegende Umstände zu seinem konkreten Verhalten veranlasst oder gezwungen war. (3) Die zum Bereich eines **Fehlverhaltens im Straßenverkehr** entwickelte Rechtsprechung, wonach die Abzugsfähigkeit von Schadensersatzzahlungen als außergewöhnliche Belastung gegeben ist, wenn der Steuerpflichtige bei der Schädigung weder vorsätzlich noch leichtfertig (grob fahrlässig) gehandelt hat, ist nur aufgrund der latenten Gefährdungslage wegen des gestiegenen Verkehrsaufkommens gerechtfertigt, bei der selbst einem besonnenen und gewissenhaften Steuerpflichtigen in einem kurzen Moment der Unachtsamkeit Fehler mit für ihn weitreichenden finanziellen Nachteilen unterlaufen können. (4) Bei einer **Wirtshausrangelei** liegt eine zwangsläufige Belastung nur dann vor, wenn der Steuerpflichtige nachweist, dass er – von den Umständen überwältigt – ohne eigenes Zutun und damit unfreiwillig in diese Situation hineingeraten ist und keine Möglichkeit hatte, dem Geschehen auszuweichen.

FG Hessen, Urteil v. 12. 12. 2000 - 12 K 6234/98[VAAAB-13333]

- Schäden bei der Ausübung von **Flugsport** sind den steuerlich nichtabziehbaren Lebensführungskosten zuzurechnen. Schäden aus **Flugunfällen** sowie daraus resultierende Anwalts- und Gerichtskosten für einen Zivilprozess können nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden.

BFH, Beschluss v. 24. 6. 2004 - III B 158/03[FAAAB-27393]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 7. 10. 2003 - 2 K 5846/00

- Ein **Bedienungsfehler** („Verschalten“), der dazu führt, dass der Motor eines gemieteten **Lkw** kurzzeitig mit überhöhter Drehzahl läuft und dadurch vollständig zerstört wird, ist als allenfalls leichte Fahrlässigkeit anzusehen. Leistet der Verursacher des Motorschadens **Schadensersatz** an den Vermieter, da durch Bedienungsfehler verursachte Schäden nicht durch die für

das Fahrzeug bestehende Vollkaskoversicherung gedeckt sind, stellt dies eine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 Abs. 1 EStG dar.

FG Saarland, Urteil v. 14. 2. 2007 - 1 K 1350/03[SAAAC-43726]

33. **Unterhaltsberechtigzte Personen**

- Leistet ein **naher Angehöriger** des Erblassers als **Erbe** den laufenden Unterhalt für ein unehe-liches **Kind des Erblassers**, sind seine Leistungen nach § 33a EStG zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 7. 12. 1962 - VI 115/62 U, BStBl 1963 III S. 135[HAAAB-51315]
- (1) Ein Steuerpflichtiger, der mit einer Frau in einer sog. **Onkelehe** lebt, kann wegen der Unterhaltszuwendungen an sie grds. keine Steuerermäßigung nach § 33a EStG erhalten. Dies ist nur ausnahmsweise möglich, wenn nach Lage der Verhältnisse eine Eheschließung nicht möglich ist und außerdem Umstände vorliegen, die es als wahrscheinlich erscheinen lassen, dass das Zusammenleben von Dauer sein wird. (2) Leben in dem gemeinsamen Haushalt auch **Kinder** der Frau, für die der Steuerpflichtige nach bürgerlichem Recht nicht zum Unterhalt verpflichtet ist, zu deren Unterhalt er aber beiträgt, kann ihm eine Steuerermäßigung nach § 33a EStG gewährt werden, wenn hinsichtlich der Zuwendungen an ihre Mutter die Voraussetzungen nach (1) erfüllt sind.
BFH, Urteil v. 12. 7. 1963 - VI 282/62 U, BStBl 1963 III S. 437[LAAAB-47998]
- Die Gewährung von Unterhalt an eine **Schwiegertochter** kann die Inanspruchnahme des Freibetrags nach § 33a Abs. 1 EStG rechtfertigen, wenn sie außerstande ist, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Es ist nicht erforderlich, dass sie zuvor einen ihr zur Unterhaltsgewährung verpflichteten Angehörigen erfolglos auf Unterhalt verklagt hat.
BFH, Urteil v. 7. 3. 1975 - VI R 98/72, BStBl 1975 II S. 629[HAAAA-91070]
- (1) Zur **Glaubhaftmachung** von Zuwendungen an Verwandte in der **DDR** genügt nicht die Begründung eines Steuerpflichtigen, er habe monatlich einen bestimmten Betrag für solche Zuwendungen vorgesehen und in Form von Geld- und Sachgeschenken an mehrere, im Einzelnen bezeichnete Personen verteilt. (2) Die zumindest erforderliche Glaubhaftmachung solcher Zuwendungen kann auch nicht dadurch bewirkt werden, dass ein **Zeuge** diese allgemeine Behauptung des Steuerpflichtigen über die Bereitstellung von Geldbeträgen für solche Zwecke bestätigt und zugleich bekundet, dass von diesem Geld zum Teil Sachen für Verwandte gekauft und diese zusammen mit dem noch übrig gebliebenen Geldbetrag übergeben worden seien.
FG Berlin, Urteil v. 21. 6. 1977 - V 17/77, EFG 1978 S. 82
- Die steuerliche **Nichtberücksichtigung** von Unterhaltsleistungen an die vom Steuerpflichtigen nicht dauernd getrennt lebende, aber im **Ausland** verbliebene **Ehefrau** verstößt nicht gegen Art. 6 GG.
BFH, Urteil v. 28. 11. 1980 - VI R 226/77, BStBl 1981 II S. 319[WAAAB-02136]
- (1) Die ihren verstorbenen Ehemann **beerbende Ehefrau** ist weder aus sittlichen noch aus rechtlichen Gründen zu Unterhaltsleistungen an die **geschiedene Ehefrau** ihres Mannes aus **erster Ehe** verpflichtet, wenn sie diese Unterhaltsleistungen im **gemeinschaftlichen Testament** mit ihrem Ehemann zuvor **freiwillig** übernommen hat. (2) Fehlt eine eigene, unmittelbare sittliche Verpflichtung der Ehefrau zur Unterhaltsleistung, ist ihr Einkommen nicht belastet, wenn die Unterhaltszahlungen aus dem **vorhandenen Nachlass** geleistet werden können.
FG Niedersachsen, Urteil v. 14. 10. 1981 - IX 123/79, EFG 1982 S. 349
- Aufwendungen für eine Berufsausbildung (**Medizinstudium**) eines Kindes sind auch dann zwangsläufig, wenn das Kind eine zuvor begonnene **andere** Berufsausbildung (**Chemiestudium**) ohne Abschluss abgebrochen hat. Wenn nicht festgestellt werden kann, dass das Kind mit dem Studium **gebummelt** hat oder einer **ziellosen Beschäftigung** nach Art einer Liebha-

berei nachgegangen ist, besteht eine **sittliche Verpflichtung** der Eltern, ihm eine angemessene Berufsausbildung zu gewähren, um es zu befähigen, sich wirtschaftlich selbständig seinen Lebensunterhalt verdienen zu können.

FG Hamburg, Urteil v. 25. 8. 1982 - III 99/81, EFG 1983 S. 127

- ▶ Bei Unterhaltsleistungen an Bewohner der **DDR** ist die **Bedürftigkeit** der Empfänger i. d. R. zu unterstellen. Die Unterhaltsgewährung an **Verwandte** in der DDR ist i. d. R. zwangsläufig, die an **Freunde und Bekannte** dagegen nur, wenn ein besonderer sittlicher Verpflichtungsgrund vorliegt.

BFH, Urteil v. 25. 3. 1983 - VI R 275/80, BStBl 1983 II S. 453[PAAAB-02682]

- ▶ (1) Werden in der **DDR** lebende Angehörige durch **Barzuwendungen** unterstützt, können diese Aufwendungen nur dann als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, wenn die **Zahlungsvorgänge**, d. h. Ab- und Zufluss, **nachgewiesen** bzw. **glaubhaft** gemacht worden sind. Dies kann z. B. durch Bestätigungen der das Geld übermittelnden Person sowie des Zuwendungsempfängers geschehen. (2) Ist der Steuerpflichtige aus „**Fürsorgegründen**“ nicht bereit, die näheren **Umstände der Geldübermittlung** mitzuteilen, hat er den sich hieraus ergebenden Beweismangel grds. zu tragen.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 3. 1986 - II K 145/84, EFG 1986 S. 402

- ▶ Die widerlegbare Vermutung, ein im Heimatstaat als Landwirt **erwerbstätiger Angehöriger** eines **Gastarbeiters** sei nicht unterhaltsbedürftig, greift nur in Fällen ein, in denen der unterstützte Angehörige einen landwirtschaftlichen Betrieb in einem nach den **Verhältnissen im Wohnsitzstaat** üblichen Umfang und Rahmen betreibt. Letztere Voraussetzung ist nicht erfüllt, wenn der Angehörige wegen Alters oder aus gesundheitlichen Gründen nachweisbar nur noch in **geringfügigem Umfang** erwerbstätig ist.

BFH, Urteil v. 13. 3. 1987 - III R 206/82, BStBl 1987 II S. 599[NAAAA-98122]

- ▶ Der Abzug von Aufwendungen für den Unterhalt des in einer **Justizvollzugsanstalt** einsitzenden Sohnes als außergewöhnliche Belastung (§ 33a Abs. 1 EStG) ist nicht deshalb generell ausgeschlossen, weil dem Sohn Kost, Bekleidung und Unterkunft von der Haftanstalt gewährt werden.

BFH, Urteil v. 11.11. 1988 - III R 305/84, BStBl 1989 II S. 233[CAAAA-92771]

- ▶ Unterhaltsleistungen eines Ehegatten an den von ihm nicht dauernd getrennt lebenden, **nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen** anderen **Ehegatten** können als außergewöhnliche Belastung gem. § 33a Abs. 1 EStG abziehbar sein.

BFH, Beschluss v. 28. 11. 1988 - GrS 1/87, BStBl 1989 II S. 164[JAAAA-92747]

- ▶ Im Veranlagungszeitraum der **Trennung** sind Aufwendungen für den Unterhalt des **dauernd getrennt lebenden Ehegatten** nichtgem. § 33a Abs. 1 EStG als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

BFH, Urteil v. 31. 5. 1989 - III R 166/86, BStBl 1989 II S. 658[JAAAA-92922]

- ▶ Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an seinen Partner in einer **eheähnlichen Lebensgemeinschaft** erwachsen nicht allein schon aufgrund des – auch auf Dauer angelegten – Zusammenlebens und wegen der gemeinsamen Haushalts- und Wirtschaftsführung zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG 1977. Eine sittliche Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt zwischen Partnern einer eheähnlichen Gemeinschaft kommt nur in Betracht, wenn die Bedürftigkeit eines Partners **gemeinschaftsbedingt** ist und besondere Umstände vorliegen, die die Unterhaltsgewährung bei Würdigung der gesamten Umstände als **unausweichlich** erscheinen lassen.

BFH, Urteil v. 27. 10. 1989 - III R 205/82, BStBl 1990 II S. 294[UAAAA-93160]

- ▶ **Eheähnliche Lebensgemeinschaften** werden regelmäßig gerade in der von beiden Partnern verfolgten oder doch zumindest von ihnen akzeptierten Absicht eingegangen, sich trotz Begründung einer Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft verbindlichen unterhalts- und vermögensrechtlichen **Verpflichtungen zu entziehen**, um eine jederzeitige problemlose **Auflösung**

der Gemeinschaft zu ermöglichen. Diese Intention der Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft spricht dagegen, eine einer rechtlichen vergleichbare sittliche Verpflichtung zur Unterhaltsleistung allein aus dem bloßen Bestehen einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft zu folgern. Eine **sittliche Verpflichtung** zur Unterhaltsleistung an den Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft ist ausnahmsweise nur dann anzunehmen, wenn zu dem Tatbestand des Zusammenlebens und des gemeinsamen Wirtschaftens hinzu kommt, dass die **Bedürftigkeit** des Partners **gemeinschaftsbedingt** ist. Außerdem müssen besondere Umstände hinzutreten, die die Unterhaltsgewährung bei Würdigung der Gesamtumstände im Einzelfall als unausweichlich erscheinen lassen.

BFH, Urteil v. 16. 2. 1990 - III R 64/87[YAAAAB-31502]

- ▶ Unterhaltszahlungen an den **Ehegatten** können nicht als außergewöhnliche Belastungen nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, wenn die Steuerpflichtigen **zusammenveranlagt** werden.

FG Hamburg, Urteil v. 4. 12. 2000 - II 99/00[NAAAAB-07852]

- ▶ Eine **sittliche Verpflichtung** zur Leistung von Unterhalt zwischen Partnern einer **gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft** volljähriger Personen kommt nur in Betracht, wenn die **Bedürftigkeit** eines Partners **gemeinschaftsbedingt** ist und besondere Umstände vorliegen, die die Unterhaltsgewährung bei Würdigung der gesamten Umstände als unausweichlich erscheinen lassen BFH, Urteil v. 12. 4. 1991 - III R 85/98, BStBl 191 II S. 518 [OAAAA-93684]

- ▶ Eine sittliche Verpflichtung zur Unterhaltsleistung an den Partner einer **eheähnlichen Lebensgemeinschaft** lässt sich nur annehmen, wenn zu dem Tatbestand des Zusammenlebens und des gemeinsamen Wirtschaftens hinzukommt, dass die **Bedürftigkeit** des Partners **gemeinschaftsbedingt** ist und besondere Umstände hinzutreten, die die Unterhaltsgewährung an den Partner bei Würdigung der gesamten Umstände als **unausweichlich** erscheinen lassen. Die letztere Voraussetzung kann z. B. erfüllt sein, wenn bei einer (auf längere Zeit eingegangenen) eheähnlichen Lebensgemeinschaft die Bedürftigkeit des einen Partners durch Pflegedienste für den anderen Partner oder durch die Betreuung gemeinsamer Kinder veranlasst ist.

BFH, Urteil v. 12. 7. 1991 - III R 52/89[UAAAAB-32215]

- ▶ Wird der **Partner** einer **eheähnlichen Gemeinschaft** arbeitslos und erhält er aufgrund des § 137 Abs. 2a AFG wegen seines Zusammenlebens mit dem Steuerpflichtigen **keine Arbeitslosenhilfe**, ist der Steuerpflichtige dem Grunde nach dem arbeitslosen Partner gegenüber aus **sittlichen Gründen** zur Unterhaltsgewährung verpflichtet.

BFH, Urteil v. 30. 7. 1993 - III R 38/92, BStBl 1994 II S. 442[UAAAA-94855]

- ▶ Unterhaltsleistungen entstehen einem in einer **eheähnlichen Gemeinschaft** lebenden Steuerpflichtigen aus sittlichen Gründen zwangsläufig, wenn dem hilfsbedürftigen Partner die Sozialhilfe im Hinblick auf das Zusammenleben gem. § 122 Satz 1 BSHG verweigert wird.

BFH, Urteil v. 21. 9. 1993 - III R 15/93, BStBl 1994 II S. 236[RAAAA-94762]

- ▶ Unterhaltsaufwendungen sind nur dann zwangsläufig, wenn die unterhaltene Person **unfähig** ist, für ihren **Lebensunterhalt selbst zu sorgen**. Die Voraussetzungen für die Gewährung, insbesondere die Bedürftigkeit der unterhaltenen Person, sind im Einzelfall durch amtliche **Unterhaltsbescheinigungen** nachzuweisen sind. Die Unterhaltsbedürftigkeit **volljähriger Angehöriger** hängt u. a. davon ab, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nachweisbar nicht oder nur noch in geringfügigem Umfang erwerbstätig sein können.

BFH, Beschluss v. 28. 5. 1998 - III B 5/98[QAAAA-97389]

- ▶ Unterhaltszahlungen an Partner einer **eheähnlichen Gemeinschaft** sind nur dann als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn die Bedürftigkeit gemeinschaftsbedingt ist und besondere Umstände vorliegen, die die Unterhaltsgewährung an den Partner als unausweichlich erscheinen lassen. Das gilt auch, wenn die Partner **verlobt** sind. Die sittliche Zwangsläufigkeit von Unterhaltszahlungen kann mit den Vorwirkungen einer Ehe dann nicht begrün-

det werden, wenn die Eheschließung aus rein privaten Gründen erst Jahre nach dem Verlöb-
nis erfolgt.

BFH, Urteil v. 7. 10. 1999 - III R 3/97[ZAAAA-65559]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 17. 10. 1996 - II 17/94

- Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an den Partner einer **nichtehelichen Lebensgemeinschaft** zur Ermöglichung der **Weiterführung seines Studiums** sind, wenn seine Weiterführung allein durch die Geburt und die anschließende Betreuung des gemeinsamen Kindes gefährdet war, wegen sittlicher Verpflichtung des Steuerpflichtigen zur Unterhaltsleistung als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Es ist denkbar, dass auch nach Beendigung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft eine sittliche Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt gegenüber dem Ex-Partner angenommen werden kann, wenn etwa dem ehemaligen Partner – nicht zuletzt im Interesse auch eines gemeinsamen Kindes – der Abschluss einer begonnenen Berufsausbildung ermöglicht werden soll.

FG Saarland, Urteil v. 7. 11. 2000 - 1 K 218/98[JAAAB-12501]

- Die sittliche Pflicht zur Unterhaltsgewährung an den Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft kann gegeben sein, wenn das **Verhalten des Steuerpflichtigen** oder ein in seiner Person begründeter Umstand alleiniger oder zusätzlicher **Anlass für die Bedürftigkeit** des Partners war und ihn daher eine **Mitverantwortung** für dessen Unterhaltsbedürftigkeit trifft. Das ist aber dann nicht der Fall, wenn die Aufnahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaft nicht ursächlich für die Bedürftigkeit des Partners war, weil dieser nicht aufgrund der beabsichtigten Verbindung eine bereits bestehende Erwerbsquelle aufgegeben hat, sondern lediglich auf die Aufnahme der Berufstätigkeit in seinem Heimatland verzichtet, um die Lebensgemeinschaft fortführen zu können.

BFH, Urteil v. 15. 2. 2001 - III R 3/99[MAAAA-66959]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 13. 1. 1998 - VIII (V) 500/96

- Der Gesetzgeber hat in den zivilrechtlichen Regelungen der Unterhaltspflicht innerhalb **ehe-licher Lebensgemeinschaften** einerseits und **nichtehelicher Lebensgemeinschaften** andererseits in § 1615I Abs. 3 BGB eindeutig den Nachrang der Unterhaltsverpflichtung gegenüber der nichtehelichen Kindsmutter bestimmt hat. Aus dem **Nachrang** von Unterhaltspflichten hat der BFH indes in ständiger Rechtsprechung die Berechtigung einer **Opfergrenze** bei der steuermindernden Berücksichtigung von Unterstützungsleistungen an derartige Personen abgeleitet.

BFH, Beschluss v. 17. 4. 2002 - III B 164/01[JAAAA-68246]

- Unterhaltsaufwendungen werden ab dem Veranlagungszeitraum 1996 nur noch nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt, wenn sie an eine dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehegatten gegenüber **gesetzlich unterhaltsberechtigte oder dieser gleichgestellten Person** geleistet werden. Für Unterhaltsaufwendungen kommt eine Steuerermäßigung nach § 33 EStG nicht in Betracht. Denn § 33a Abs. 5 EStG schließt die Anwendung des § 33 EStG für typische Unterhaltsaufwendungen zugunsten anderer Personen aus. Der Gesetzgeber wollte die Abzugsmöglichkeiten für Unterhaltsleistungen aufgrund sittlicher Verpflichtung einschränken. Die Regelung des Abzugsverbots in § 33a Abs. 5 EStG ist verfassungsgemäß.

BFH, Urteil v. 4. 7. 2002 - III R 53/98[DAAAA-68303]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 18. 12. 1997 - 197071K7

- (1) § 33 a Abs. 1 Satz 1 und 5 EStG i. d. F. des JStG 1996 lässt nur noch **Unterhaltsleistungen** an Personen, die nach inländischen Maßstäben **gesetzlich unterhaltsberechtigt** sind, zum Abzug als außergewöhnliche Belastung zu. Unterhaltsleistungen an nach den Vorschriften des BGB nicht unterhaltsberechtigten Angehörige in der Seitenlinie sind auch dann nicht abziehbar, wenn der Steuerpflichtige nach ausländischem Recht zu deren Unterhalt verpflichtet ist, selbst wenn die Unterhaltspflicht aufgrund internationalen Privatrechts im Inland verbindlich ist. (2) Die Beschränkung des Abzugs auf Unterhaltsleistungen an nach inländi-

schem Recht unterhaltsberechtigte Personen verstößt weder gegen Art. 3 Abs. 1 GG noch gegen Europarecht.

BFH, Urteil v. 4. 7. 2002 - III R 8/01, BStBl 2002 II S. 760[QAAAA-89344]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 14. 12. 2000 - 6 K 1023/99

s. auch BVerfG, Beschluss v. 24. 5. 2005 - 2 BvR 1683/02[YAAAB-86755]

- Nach § 33 a Abs. 1 Satz 1 EStG i. d. F. des JStG 1996 sind nur noch **Unterhaltsaufwendungen an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen** als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Unterstützt der Steuerpflichtige Angehörige, die nicht mit ihm zusammen in einem Haushalt leben und denen gegenüber er zivilrechtlich nicht zum Unterhalt verpflichtet ist, kann er die Unterhaltszahlungen auch dann nicht nach § 33 a Abs. 1 Satz 2 EStG i. d. F. des JStG 1996 als außergewöhnliche Belastung abziehen, wenn der Anspruch der Angehörigen auf Sozialhilfe wegen dieser Unterhaltsleistungen gemäß § 2 BSHG entfällt oder gemindert wird.

BFH, Urteil v. 23. 10. 2002 - III R 57/99, BStBl 2003 II S. 187[YAAAA-89444]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 23. 9. 1999 - 11 K 1056/99

- (1) Die im Ausland lebenden **Eltern** sind grds. nicht unterhaltsbedürftig i. S. des § 33 a Abs. 1 EStG, wenn sie eine kleine Landwirtschaft betreiben, die ihnen eine **ausreichende existentielle Lebensgrundlage** bietet. (2) Ist eine **21-jährige Tochter** in den Haushalt des Steuerpflichtigen aufgenommen, können die Unterhaltsaufwendungen auch dann als außergewöhnliche Belastung in Abzug gebracht werden, wenn die Tochter sich nicht um eine **Arbeitsaufnahme** bemüht und zivilrechtlich damit **kein Unterhaltsanspruch** besteht.

FG München, Urteil v. 20. 11. 2002 - 1 K 4864/01[HAAAB-09918]

- Führt ein aus dem Ausland stammender **Lebenspartner** den **gemeinsamen Haushalt**, ergibt sich daraus noch keine sittliche Verpflichtung zur Gewährung von Unterhaltszahlungen.

FG München, Urteil v. 13. 12. 2002 - 1 K 918/02[UAAAB-09944]

- Die Berücksichtigungsfähigkeit von Unterhaltsaufwendungen an eine gesetzlich unterhaltsberechtigte Person i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG setzt eine **zivilrechtliche Bedürftigkeit** des Empfängers i. S. des § 1602 BGB voraus.

FG Köln, Urteil v. 28. 3. 2003 - 7 K 4897/02[YAAAB-09169]

- (1) § 33a Abs. 1 EStG setzt die konkrete **Kürzung** öffentlicher Mittel im Hinblick auf die gewährten Unterhaltsleistungen voraus. (2) **Typische Unterhaltsaufwendungen** können nicht im Rahmen des § 33 EStG berücksichtigt werden.

FG Köln, Urteil v. 22. 5. 2003 - 10 K 2444/01[CAAAB-08738]

- Die steuerliche Anerkennung von Unterhaltszahlungen setzt voraus, dass diese an Personen geleistet werden, die gegenüber dem Steuerpflichtigen **gesetzlich unterhaltsberechtig** sind. Dies sind nach §§ 1360 ff., 1589 BGB nur **Ehegatten** und **Verwandte in gerader Linie**. Eine gesetzliche Unterhaltsverpflichtung nach **ausländischem Recht** ist steuerlich nicht zu berücksichtigen, da sie nicht den „**inländischen Maßstäben**“ i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 5 i. V. mit Satz 1 EStG genügt.

BFH, Urteil v. 30. 9. 2003 - III R 19/01[XAAAB-13837]

Vorinstanz: FG Berlin, Urteil v. 14. 5. 2001 - 9 K 9043/01

- Kindergeld i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG umfasst auch nach **ausländischem Recht** gezahlte kindergeldähnliche Leistungen.

BFH, Urteil v. 4. 12. 2003 - III R 32/02, BStBl 2004 II S. 275[WAAAB-14912]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 19. 9. 2002 - 14 K 1407/99 E

- (1) Der Abzug von Unterhaltsleistungen nach § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG 1996 an gesetzlich unterhaltsberechtigten Personen gleichgestellte Personen setzt zum einen eine tatsächliche **Kürzung** oder den vollständigen **Wegfall** entsprechender öffentlicher Mittel wegen der Unterhaltsleistungen des Steuerpflichtigen voraus, zum anderen ist im Regelfall ein **Nachweis** durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde zu erbringen. (2) Die **Bescheinigung**

kann noch nachträglich erbracht werden und kann sogar gänzlich entbehrlich sein, wenn der Wegfall öffentlicher Mittel offenkundig ist. Ausnahmsweise kann die Finanzbehörde gehalten sein, entsprechende Auskünfte von der zuständigen Behörde im Wege der **Amtshilfe** einzuholen, wenn es der unterstützten Person trotz ihres ernsthaften und nachhaltigen Bemühens nicht gelingt, die Bescheinigung von der zuständigen Behörde zu erlangen.

BFH, Urteil v. 18. 3. 2004 - III R 50/02, BStBl 2004 II S. 594[KAAAB-22533]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 9. 2002 - 3 K 5313/00

- (1) Unterhaltszahlungen eines Steuerpflichtigen an seine **Schwiegertochter** in Griechenland sind nicht nach § 33 a Abs. 1 EStG abzugsfähig. (2) Unterhaltszahlungen eines Steuerpflichtigen an seine **Enkel** in Griechenland sind nicht nach § 33 a Abs. 1 EStG abziehbar, wenn für die Kinder in Griechenland eine dem deutschen Kindergeld **vergleichbare Leistung** gewährt wird.

BFH, Urteil v. 19. 5. 2004 - III R 28/02[YAAAB-27647]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 12. 2001 - 12 K 114/01

- Aufwendungen des Vaters in Erfüllung des **gesetzlichen Unterhaltsanspruchs der nicht mit ihm verheirateten Mutter** seines Kindes aus Anlass der Geburt können als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, sofern für die Mutter des Kindes kein Anspruch auf einen Kinderfreibetrag oder auf Kindergeld besteht.

BFH, Urteil v. 19. 5. 2004 - III R 30/02, BStBl 2004 II S. 943[AAAAB-25688]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 29. 5. 2002 - 14 K 2778/99

- Die Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen als außergewöhnliche Belastung für den **arbeitslosen volljährigen Sohn**, der eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzt, setzt dessen **zivilrechtliche Bedürftigkeit** voraus.

FG Berlin, Urteil v. 9. 7. 2004 - 9 K 9256/01[BAAAB-40424]

- **Eingetragene Lebenspartner** werden nicht zusammen veranlagt. Die geleisteten Unterhaltsaufwendungen werden nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt.

FG Hamburg, Urteil v. 8. 12. 2004 - II 510/03[EAAAB-43404]

- (1) Unterhaltsaufwendungen an **Verwandte** sind nach § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG nur abzugsfähig, wenn eine **gesetzliche Unterhaltsberechtigung** nach § 1602 Abs. 1 BGB besteht, was voraussetzt, dass die unterstützte Person außer Stande ist, sich selbst zu unterhalten. (2) Die Vorlage einer **Bescheinigung des türkischen Arbeitsamtes**, dass die Eltern arbeitslos gemeldet waren, reicht zumindest dann als Nachweis dafür aus, dass sie nicht im Stande waren ihren Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit zu erzielen, wenn dies aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalles, z.B. dem Alter der Eltern, ihrer Ausbildung und der Lage ihres Wohnortes, als glaubhaft erscheint.

FG Hessen, Urteil v. 14. 12. 2004 - 11 K 3359/02[MAAAB-43423]

- Die Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen für eine gesetzlich unterhaltsberechtigte Person i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG setzt lediglich eine **potentielle Unterhaltsberechtigung** voraus. Unerheblich ist, ob im konkreten Einzelfall Umstände gegeben sind, die zu einem **zivilrechtlichen Ausschluss** der Unterhaltsverpflichtung aus in der Person des Unterhaltsverpflichteten liegenden Gründen führen.

FG Münster, Urteil v. 23. 2. 2005 - 10 K 647/03 E[XAAAB-52685]

- (1) Unterhaltsleistungen des Steuerpflichtigen für seinen bedürftigen **ausländischen Lebenspartner** können nach § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG als außergewöhnliche Belastung abziehbar sein, wenn der Partner bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe damit rechnen müsste, **keine Aufenthaltsgenehmigung** zu erhalten und ausgewiesen zu werden. (2) **Prozesskosten**, die durch ein verwaltungsgerichtliches Verfahren zur Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltsrechts des ausländischen Partners entstanden sind, sind nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar.

BFH, Urteil v. 20. 4. 2006 - III R 23/05, BStBl 2007 II S. 41[DAAAB-92960]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 23. 6. 2004 - V 93/2002

- Der Steuerpflichtige kann Unterhaltsaufwendungen unter den weiteren Voraussetzungen des § 33a EStG als außergewöhnliche Belastung abziehen, wenn der Unterhaltsempfänger **dem Grunde nach gesetzlich unterhaltsberechtig** ist. Auf das Bestehen einer konkreten **zivilrechtlichen Unterhaltsberechtigung** bzw. die Höhe des zivilrechtlichen Unterhaltsanspruchs kommt es nicht an.
BFH, Urteil v. 18. 5. 2006 - III R 26/05, BStBl 2007 II S. 108[IAAAC-03824]
- Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an einen im Inland studierenden ausländischen Studenten aufgrund einer **freiwillig eingegangenen Verpflichtungserklärung** gegenüber der Ausländerbehörde sind nicht nach § 33 a Abs. 1 Satz 2 EStG als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig.
FG München, Urteil v. 19. 7. 2006 - 9 K 847/05[FAAAB-92903]
- Unterhaltsleistungen an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen sind nach § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG nur abzugsfähig, wenn weder der Steuerpflichtige noch eine andere Person Anspruch auf einen Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 6 EStG oder auf Kindergeld haben. Unterhaltsleistungen an **Enkelkinder** sind daher keine außergewöhnliche Belastung.
FG Nürnberg, Urteil v. 25. 9. 2008 - 4 K 1977/2007[VAAAD-23595]
- (1) Die Frage, ob eine **Unterhaltsverpflichtung** als Voraussetzung für den Steuerabzug nach § 33a Abs. 1 EStG besteht, ist auch bei Unterstützungszahlungen an im **Ausland** ansässige Empfänger nach **inländischen Maßstäben**, d.h. nach dem BGB, zu entscheiden. (2) Auch unter Berücksichtigung des BFH-Urteils v. 18. 5. 2006 - III R 26/05 ist für die Frage, ob ein im Ausland lebender **Angehöriger** gegenüber dem Steuerpflichtigen **unterhaltsberechtig** ist, nach wie vor zu prüfen, ob der Angehörige nach bürgerlichen Recht verpflichtet ist, zunächst seine **Arbeitskraft** einzusetzen (sog. Erwerbsobliegenheit). Erfüllt der Angehörige eine ihm **zumutbare Erwerbsobliegenheit** nicht, ist er nicht unterhaltsberechtig. (3) Lebte die 38-jährige Ehefrau des Steuerpflichtigen im Jahr 2006 als **Hausfrau** und **Mutter** mit den beiden 13 und 18 Jahre alten Kindern in Bosnien-Herzegowina, war die Entscheidung der Ehegatten, dass die Ehefrau ihren Unterhaltsbeitrag durch **Haushaltsführung** erbringen sollte, zur Erfüllung der einkommensteuerlichen Erwerbsobliegenheit nicht ausreichend.
FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 6. 11. 2008 - 13 K 13009/08[LAAAD-03055]
- (1) Der für den Abzug von Unterhaltsleistungen als außergewöhnliche Belastung erforderliche **Nachweis der Bedürftigkeit** setzt voraus, dass aus den vorgelegten ausländischen (hier: Serbien) **Unterhaltsbescheinigungen** für nahe Angehörige erkennbar ist, auf welche **Erkenntnisquellen** Bezug genommen wird. (2) Angaben des Steuerpflichtigen, die nicht auf **eigener Wahrnehmung** beruhen, sind insoweit unergiebig.
FG Düsseldorf, Urteil v. 7. 11. 2008 - 12 K 4701/07 E[LAAAD-19152]
- Unterhaltsleistungen können nach § 33a Abs. 1 EStG nur dann als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Empfänger **gesetzlich unterhaltsberechtig** ist. Für Leistungen an eine **Schwester** scheidet ein Abzug nach § 33a Abs. 1 EStG daher aus.
FG München, Urteil v. 9. 12. 2008 - 9 K 147/07[BAAAD-18247]
- **Nach Auflösung der Haushaltsgemeinschaft** können Aufwendungen für Unterhalt an die **ehemalige Lebensgefährtin** nicht nach § 33 a EStG als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, weil keine gesetzliche Unterhaltspflicht besteht.
FG Hamburg, Urteil v. 21. 4. 2009 - 2 K 18/07[CAAAD-25045]
- Zuwendungen des Kindes an die **Mutter** können nicht als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, wenn nicht dargelegt wird, wie sich die behaupteten **Unterstützungsleistungen zusammensetzen**, keine Belege oder **Nachweise** für das tatsächliche Vorliegen von entsprechenden Aufwendungen vorliegen und das **Vermögen**, das die Mutter im Streitjahr besessen hat, nicht offengelegt wird. ? Für das Vorliegen der Voraussetzungen ei-

ner Steuervergünstigung nach § 33a Abs. 1 EStG liegt die **Beweislast** (Feststellungslast) für die die Steuerermäßigung begründenden Tatsachen beim Steuerpflichtigen.

FG München, Urteil v. 29. 5. 2009 - 6 K 871/08[AAAAD-29807]

- ▶ § 33a Abs. 1 EStG regelt den Abzug zwangsläufiger Unterhaltszahlungen an gesetzlich Unterhaltsberechtigte in Anlehnung an die Höhe des steuerlichen Existenzminimums. Allerdings werden **eigene Einkünfte** des Unterhaltsempfängers angerechnet. Verfügt die unterhaltene Person über **nicht nur geringes Vermögen**, geht das Gesetz in typisierender Weise davon aus, dass der Unterhaltsempfänger nicht bedürftig ist und die Unterhaltsleistungen daher nicht zwangsläufig sind. Die steuerrechtliche Regelung korrespondiert mit der zivilrechtlichen, der zufolge ein Unterhaltsanspruch nur bei **Bedürftigkeit der Mutter** besteht und entfällt, wenn diese dazu imstande ist, sich selbst zu unterhalten (§ 1615I Abs. 3 Satz 1 i. V. mit § 1602 Abs. 1 BGB). Auch das Zivilrecht räumt der Kindsmutter keine unterhaltsrechtliche Sonderstellung ein. Verfassungsrechtliche Gründe, Unterhaltszahlungen nach § 1615I BGB gegenüber Unterhaltsleistungen an Verwandte wegen einer „familiären Sonderbeziehung“ steuerlich besserzustellen, bestehen nicht.

BFH, Beschluss v. 7. 8. 2009 - III B 69/08[KAAAD-29646]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 22. 2. 2008 - 8 K 975/06

- ▶ Unterhaltszahlungen eines Steuerpflichtigen an die **nicht im gemeinsamen Haushalt** lebende **Schwiegertochter** sind nicht als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen.

FG Saarland, Urteil v. 23. 9. 2009 - 2 K 1393/07[TAAAD-37996]

- ▶ Bei als außergewöhnliche Belastungen geltend gemachten Unterhaltszahlungen an die im Ausland lebende Ehefrau sind im Rahmen einer bestehenden **Ehegemeinschaft** weder die **Bedürftigkeit** noch die sog. **Erwerbsobliegenheit** der Ehefrau zu prüfen.

BFH, Urteil v. 5. 5. 2010 - VI R 5/09, BStBl 2011 II S. 115[KAAAD-49287]

Vorinstanz: FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 6. 11. 2008 - 13 K 13009/08

- ▶ Im Hinblick auf die nur eingeschränkte Überprüfbarkeit eines im Ausland verwirklichten Sachverhalts und die erhöhte Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen nach § 90 Abs. 2 AO müssen **Bescheinigungen** über die Bedürftigkeit von im Ausland lebenden erwachsenen Unterhaltsempfängern grds. **vollständig** ausgefüllt sein und insbesondere **detaillierte Angaben** über vor dem Beginn der Unterstützung bezogene **Einkünfte** enthalten.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 31. 8. 2010 - 5 K 1505/09[JAAAD-52944]

- ▶ Unterhaltszahlungen an die **Schwiegereltern** sind während der Ehe, ungeachtet des dauernd Getrenntlebens der Ehegatten, als außergewöhnliche Belastungen nach § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG abziehbar.

BFH, Urteil v. 27. 7. 2011 - VI R 13/10, BStBl 2011 II S. 965[XAAAD-92622]

Vorinstanz: FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 20. 1. 2010 - 14 K 14112/08

- ▶ Die gesetzliche Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG knüpft an die **zivilrechtlichen Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruchs** – Anspruchsgrundlage, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit – an und beachtet auch die Unterhaltskonkurrenzen (§§ 1606, 1608 BGB). Die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsempfängers i. S. des § 1602 BGB ist daher Voraussetzung für die Annahme einer Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG. Sie kann nicht im Wege einer typisierenden Betrachtungsweise unterstellt werden, sondern ist **konkret** festzustellen. Die Bedürftigkeit ist z. B. gegeben, wenn die unterhaltene Person weder Vermögen hat noch Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit erzielt. Personen im arbeitsfähigen Alter, die die zum Bestreiten des Lebensunterhalts **zur Verfügung stehenden Quellen**, insbesondere ihre **Arbeitskraft** nicht ausschöpfen, sind nicht unterstützungsbedürftig. Selbst wenn am Wohnort Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geherrscht hat, darf daraus nicht ohne nähere Ermittlungen geschlossen werden, die unterstützte Person habe trotz Bemühens keine Arbeitsstätte, zumindest in der Form von Gelegenheitsarbeit, gefun-

den. Dies gilt auch im Fall einer Unterhaltspflicht nach **ausländischem Recht**, wenn die Unterhaltspflicht nach internationalem Privatrecht im Inland verbindlich ist.

BFH, Urteil v. 27. 7. 2011 - VI R 62/10[WAAAD-97968]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 30. 6. 2010 - 15 K 2115/09 E

- Die gesetzliche Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG knüpft an die **zivilrechtlichen Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruchs** – Anspruchsgrundlage, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit – an und beachtet auch die **Unterhaltskonkurrenzen** nach §§ 1606, 1608 BGB (BFH, Urteile v. 5. 5. 2010 - VI R 29/09, BStBl 2011 II S. 116; v. 30. 6. 2010 - VI R 35/09, BStBl 2011 II S. 267). Das bedeutet, dass die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsempfängers nach § 1602 BGB nicht mehr typisierend unterstellt werden darf, sondern **konkret** zu bestimmen ist. Dies muss unabhängig davon gelten, ob sich der Sachverhalt im In- oder Ausland ereignet.

BFH, Urteil v. 4. 8. 2011 - III R 48/08, BStBl 2011 II S. 975[ZAAAD-90981]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 29. 4. 2008 - 6 K 3889/05 E

- Die gesetzliche Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG knüpft an die **zivilrechtlichen Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruchs** – Anspruchsgrundlage, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit – und hat auch die **Unterhaltskonkurrenzen** zu beachten (§§ 1606, 1608 BGB). Zu diesen Unterhaltskonkurrenzen gehört auch die **vorrangige Unterhaltspflicht** der Ehegatten untereinander nach § 1608 Abs. 1 Satz 1 BGB.

BFH, Beschluss v. 24. 8. 2011 - VI B 18/11[LAAAD-93757]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 28. 12. 2010 - 3 K 1128/07

- Erwachsen einem Steuerpflichtigen Aufwendungen für den Unterhalt eines **Stiefkindes**, kann er diese Aufwendungen nur dann als außergewöhnliche Belastung i. S. des § 33a EStG geltend machen, wenn **niemand** Anspruch auf Kinderfreibetrag oder Kindergeld für das Kind hat. Auch wenn der **Ehegatte** nicht über eigenes Einkommen und Vermögen verfügt, sind die allein vom Steuerpflichtigen getragenen Aufwendungen für den Unterhalt des Stiefkindes nicht als Ehegattenunterhalt zu berücksichtigen, der ausnahmsweise nicht durch das Ehegattensplitting abgegolten wäre, denn der **Unterhaltsanspruch ist höchstpersönlich**. Während § 33a EStG die typischen Unterhaltsaufwendungen erfasst, können Aufwendungen für einen besonderen und außergewöhnlichen Bedarf nur nach § 33 EStG berücksichtigt werden.

BFH, Beschluss v. 24. 5. 2012 - VI B 120/11[JAAAE-14527]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 27. 9. 2011 - 3 K 229/10

- (1) Das jederzeitige **Bereitstehen** für einen eventuellen Pflegeeinsatz bei behinderten Angehörigen („**Pflege auf Abruf**“) ist kein besonderer Umstand, der die generelle **Erwerbsobliegenheit** volljähriger Personen entfallen lässt. (2) Der Steuerpflichtige hat grundsätzlich nachzuweisen, dass sich die unterhaltene Person um eine **Beschäftigung bemüht** hat. Fehlt es hieran, kommt eine **Schätzung** der (fiktiven) Einkünfte in Betracht.

BFH, Urteil v. 15. 4. 2015 - VI R 5/14 [CAAAF-05129]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 6. 11. 2014 - 3 K 2728/10

- (1) Die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsempfängers i. S. des § 1602 BGB ist Voraussetzung für die Annahme einer Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG. Bedürftigkeit ist beispielsweise gegeben, wenn die unterhaltene Person weder **Vermögen** hat noch **Einkünfte** aus einer **Erwerbstätigkeit** erzielt. (2) Im Streitfall war auf Grund relevanten Vermögens kein Abzug von Aufwendungen an nahe Angehörige in der Ukraine als außergewöhnliche Belastungen möglich.

FG München, Urteil v. 1. 6. 2015 - 10 K 1123/13 [IAAAF-02292]

- Unterhaltszahlungen an im Ausland (hier **Kosovo**) lebende Kinder im arbeitsfähigen Alter sind nur bei Erfüllung ihrer **Erwerbsobliegenheit** steuerlich abzugsfähig. Trotz hoher Arbeits-

losigkeit und Unterbeschäftigung bedarf es des **Nachweises**, dass sich der Unterhaltsempfänger tatsächlich nachhaltig um eine angemessene entlohnte Tätigkeit bemüht hat.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 17. 9. 2015 - 4 K 2254/14 [YAAAF-06432]

34. Berücksichtigung der Unterhaltsleistungen

- ▶ Die steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für den **Unterhalt von Personen**, für die der Steuerpflichtige Kinderermäßigung nicht erhält, ist in § 33a EStG 1955 abschließend geregelt. Zahlt ein Steuerpflichtiger zur Ablösung einer gegenüber dem **geschiedenen Ehegatten** bestehenden Unterhaltsverpflichtung eine **Kapitalabfindung**, kann auch in diesem Falle höchstens der Freibetrag des § 33a EStG 1955 berücksichtigt werden. Für die Anwendung des § 33 EStG 1955 ist daneben kein Raum.
BFH, Urteil v. 2. 12. 1960 - VI 148/59 U, BStBl 1961 III S. 76[KAAAA-89949]
- ▶ Unterhaltszahlungen, die ein Steuerpflichtiger zwangsläufig für **zurückliegende Jahre** entrichten muss, sind nach § 33 EStG zu berücksichtigen, und zwar für **jedes Jahr** in der nach § 33a Abs. 1 EStG in Betracht kommenden Höhe, insbesondere also ohne Kürzung um die zumutbare Eigenbelastung.
BFH, Urteil v. 9. 12. 1966 - VI R 101/66BStBl 1967 III S. 246[OAAAB-49500]
- ▶ (1) Die **amtliche Bescheinigung** des spanischen Heimatbürgermeisters über die Personen der Angehörigen und ihre Unterhaltung durch den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden **Gastarbeiter** sind im Regelfall als richtig anzuerkennen. (2) Ob ein spanischer Gastarbeiter zur Unterstützung von Angehörigen in Spanien sittlich verpflichtet ist und dafür Freibeträge wegen außergewöhnlicher Belastung erhalten kann, beurteilt sich nach den in der Bundesrepublik Deutschland herrschen **sittlichen Normen**.
FG Düsseldorf, Urteil v. 29. 11. 1971 - IX 214/70 L, EFG 1972 S. 122
- ▶ Nach deutschem Einkommensteuerrecht besteht für die in Deutschland arbeitenden **jugoslawischen Staatsangehörigen** keine **sittliche Verpflichtung**, einen in Jugoslawien unter dort normalen Arbeitsbedingungen in einem staatlichen Betrieb arbeitenden Vater oder **Schwiegervater** und dessen in Jugoslawien studierende **Tochter** zu unterstützen, wenn diese in ihrer Heimat nicht wirtschaftlich unter das **Existenzminimum** gedrückt worden sind.
FG Berlin, Urteil v. 18. 10. 1974 - III 44/74, EFG 1975 S. 113
- ▶ Nach deutschem Einkommensteuerrecht besteht für die in Deutschland arbeitenden **türkischen Staatsangehörigen** keine **sittliche Verpflichtung**, einen in der Türkei unter dort normalen Arbeitsbedingungen arbeitenden **Bruder** oder **Schwager** zu unterstützen, um diesen aus dem Kreis der vergleichbaren Arbeitnehmer seines Heimatlandes wirtschaftlich herauszuheben.
FG Berlin, Urteil v. 19. 10. 1974 - III 8/74, EFG 1975 S. 114
- ▶ (1) Wendet ein Sohn für seine Mutter Geld zur **Nachrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen** auf, kann dies im Einzelfall eine außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG sein. (2) Zu den Unterhaltsaufwendungen nach § 33a Abs. 1 EStG gehören solche Aufwendungen nicht, die über den **angemessenen Unterhalt** i. S. des § 1610 BGB hinausgehen.
FG Hamburg, Urteil v. 2. 2. 1976 - III 73/75, EFG 1976 S. 234
- ▶ Begehrt ein Steuerpflichtiger eine Steuerermäßigung, trägt er die **objektive Beweislast** (Feststellungslast) für die Tatsachen, die die Steuerermäßigung begründen. Handelt es sich dabei um Sachverhalte, die sich auf Vorgänge außerhalb der Bundesrepublik beziehen, muss der Steuerpflichtige sich im Rahmen des Zumutbaren im besonderen Maße um die Aufklärung dieser Umstände und um die Beschaffung geeigneter, u. U. auch zusätzlicher Beweismittel bemühen, um seiner Beweislast zu genügen, weil die Verhältnisse im Ausland ohne Mitwirkung des Steuerpflichtigen entweder nicht oder nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten ermittelt werden können. Bei solchen Beziehungen ins Ausland besteht

mithin eine **erhöhte Mitwirkungspflicht** des Steuerpflichtigen. **Gastarbeiter** müssen in solchen Fällen die Unterstützungsbedürftigkeit ihrer Angehörigen i. d. R. durch detaillierte Angaben in **amtlichen Bescheinigungen** ihrer Heimatbehörden mit **deutscher Übersetzung** nachweisen.

BFH, Urteil v. 20. 1. 1978 - VI R 193/74, BStBl 1978 II S. 338[BAAAAB-01333]

- Ebenso wie bei inländischen Arbeitnehmern waren im Jahre 1973 Unterhaltsleistungen von **Gastarbeitern** an ihre Angehörigen steuerlich jedenfalls dann nicht zu berücksichtigen, wenn die **eigenen Einkünfte und Bezüge** der Angehörigen ausreichten, um ihr **Existenzminimum** zu sichern.

BFH, Urteil v. 20. 1. 1978 - VI R 170/76, BStBl 1978 II S. 342[LAAAB-01334]

- Bei **Gastarbeitern** ist die Notwendigkeit von Unterhaltsleistungen an im Heimatland lebende **Geschwister** entsprechend den Grundsätzen des BFH-Urteils v. 20. 1. 1978 -VI R 170/76 zu verneinen, wenn die Überweisungen an die **Eltern** ausgereicht haben, das **Existenzminimum** der Eltern und der Geschwister zu sichern.

BFH, Urteil v. 20. 1. 1978 - VI R 123/77, BStBl 1978 II S. 340[WAAAA-91321]

- **Rentenversicherungsbeiträge**, die zur Erhöhung der Rentenbezüge eines Dritten nachrichtet werden, können nur im Rahmen der **Höchstbeträge** des § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden (entgegen FG Hamburg, Urteil v. 2. 2. 1976 - III 73/75, EFG 1976 S. 234).

FG Nürnberg, Urteil v. 31. 5. 1979 - IV (III) 327778, EFG 1979 S. 549

- (1) Unterhaltsleistungen eines **Gastarbeiters** an seine von ihm **nicht dauernd getrennt lebende**, jedoch im **Heimatland** verbliebene Ehefrau sind nicht nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbar. (2) Zur Prüfung der Frage, ob Unterhaltsleistungen an die **Eltern**, die mit der Ehefrau und den Kindern eines Gastarbeiters in einem Haushalt im Ausland leben, nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbar sind, müssen die Unterhaltszahlungen auch insoweit nachgewiesen werden, als sie auf die **Ehefrau** und die **Kinder** entfallen und nicht berücksichtigungsfähig sind. BFH, Urteil v. 22. 6. 1979 - VI R 85/76, BStBl 1979 II S. 660[EAAAB-01708]

- § 33a EStG setzt nicht voraus, dass **mehrere Zahlungen** in einem Veranlagungszeitraum erbracht werden. Auch **Einmalzahlungen** können als Unterhaltsleistung gem. § 33a EStG begünstigt sein.

FG Hamburg, Urteil v. 6. 5. 1980 - I 210/78, EFG 1980 S. 443

- Auch **gelegentliche** (z.B. nur ein- oder zweimalige) **Leistungen** im Jahr können Aufwendungen für den Unterhalt i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG sein. In solchen Fällen ist jedoch besonders sorgfältig zu prüfen, ob der Zahlungsempfänger **unterstützungsbedürftig** ist, und ob die Leistungen dazu geeignet und bestimmt sind, dessen **laufenden Lebensbedarf** zu decken.

BFH, Urteil v. 5. 9. 1980 - VI R 75/80, BStBl 1981 II S. 31[RAAAB-02048]

- (1) Unterhaltsaufwendungen können nur insoweit nach § 33a Abs. 1 i. V. mit Abs. 4 EStG abgezogen werden, als hierdurch der **Lebensbedarf** des Empfängers im **Kalenderjahr der Zahlung** sichergestellt werden soll. Die Deckung des Unterhaltsbedarfs für das Folgejahr muss auch bei Leistungen am Ende des Jahres unberücksichtigt bleiben. (2) Bei **mehreren Unterhaltsleistungen** an denselben Empfänger spricht eine tatsächliche, im Einzelfall jedoch widerlegbare Vermutung dafür, dass die vorangegangenen Unterhaltsaufwendungen zur Deckung des Lebensbedarfs des Empfängers bis zum Erhalt der **nächsten Zahlung** dienen (Ergänzung des BFH-Urteils v. 5.9.1980 - VI R 75/80, BStBl 1981 II S. 31).

BFH, Urteil v. 22. 5. 1981 - VI R 140/80, BStBl 1981 II S. 713[BAAAAB-02263]

- Unterhaltsaufwendungen, die **im ersten Monat** eines Kalenderjahres für das **ganze** Kalenderjahr geleistet werden, können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden (Anschluss an BFH, Urteil v. 22. 5. 1981 - VI R 140/80, BStBl 1981 II S. 713). Aufwendungen für den Unterhalt setzen begrifflich keine laufenden Zahlungen des Unterhaltsverpflichteten voraus. Zu prüfen ist lediglich, ob durch die Unterhaltsleistungen die „**laufenden**“ **Be-**

dürfnisse der Unterhaltsberechtigten befriedigt werden sollen. Dies kann ebenso durch laufende wie durch gelegentliche, etwa nur ein- oder zweimalige Leistungen im Jahr geschehen. Probleme hinsichtlich der Höhe des nach § 33a EStG zu gewährenden Freibetrags können allerdings entstehen, wenn Unterhaltsbeträge erst im späteren Verlauf des Kalenderjahres geleistet werden.

BFH, Urteil v. 10. 7. 1981 - VI R 132/80, BStBl 1982 II S. 21[HAAAB-02303]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 24. 1. 1980 - IX 126/78

- ▶ (1) Ob der Unterhaltsempfänger **kein** oder nur ein **geringes Vermögen** besitzt, muss nach den Verhältnissen zur **Zeit der Aufwendungen** beurteilt werden. (2) **Grundbesitz** mit einem **Verkehrswert über 30.000 DM** ist nicht als gering anzusehen. Dabei bleibt ein Hausgrundstück, das außer vom Unterhaltsempfänger und seinen Angehörigen auch von fremden Mietern bewohnt wird, nicht außer Betracht. (3) Unterhaltsaufwendungen rechtfertigen keine Steuerermäßigung wegen außergewöhnliche Belastung, wenn der **Unterhaltsempfänger eigenes Vermögen** hat und **vom Steuerpflichtigen beerbt** wird.

FG Niedersachsen, Urteil v. 14. 1. 1982 - IX 44/80, EFG 1982 S. 467

- ▶ Unterhaltsleistungen eines in der Bundesrepublik Deutschland lebenden **Gastarbeiters** an seine im Heimatland lebenden Angehörigen können nach § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, wenn sie entsprechend nachgewiesen werden. Der **Nachweis**, dass Unterhaltsbeträge während des **Heimaturlaubs** in **bar** geleistet worden sind, kann i. d. R. nicht lediglich durch die Vorlage einer **Bescheinigung des Bürgermeisters** der Heimatgemeinde erbracht werden.

BFH, Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 266/80, BStBl 1982 II S. 772[XAAAAB-02529]

- ▶ Es ist rechtlich nicht zu beanstanden, dass das Finanzgericht Unterhaltszahlungen eines in der Bundesrepublik Deutschland tätigen **Gastarbeiters** an seine Eltern in Jugoslawien durch Vorlage einer **Bescheinigung** als nachgewiesen angesehen hat, in der eine jugoslawische **Bank** bestätigt, dass die **Eltern** des Gastarbeiters **monatlich** bestimmte Beträge von dessen Devisenkonto abgehoben haben (Ergänzung zum BFH-Urteil v. 14.5.1982 - VI R 266/80 , BStBl 1982 II S. 772).

BFH, Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 18/81, BStBl 1982 II S. 774[UAAAAB-02530]

- ▶ Aufwendungen für die **Berufsausbildung** eines **über 27 Jahre alten Kindes**, für das kein Kindergeld nach dem BKGG zusteht, sind nach § 33a Abs. 1 EStG steuermindernd zu berücksichtigen. § 33a Abs. 2 EStG (Ausbildungsfreibetrag) steht dem nicht entgegen.

FG Hamburg, Urteil v. 25. 8. 1982 - III 99/81, EFG 1983 S. 128

- ▶ (1) Grds. muss der Steuerpflichtige die **Notwendigkeit** und **Angemessenheit** von Unterhaltsleistungen an Angehörige im **Ausland** darlegen und nachweisen. (2) Das BMF-Schreiben v. 26. 10. 1979 (BStBl 1979 I S. 622) enthält lediglich die Mitteilung von **griffweisen Anhaltspunkten**, die im Sinne einer **Beweisvermutung** Indizien für die Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit von Unterhaltsaufwendungen geben. (3) Die Finanzämter können zwar ihre Entscheidung daran ausrichten; sie müssen aber dem Steuerpflichtigen die Gelegenheit geben, den Nachweis zu führen, dass im konkreten Einzelfall von **anderen tatsächlichen Verhältnissen** als denen auszugehen ist, die in dem BMF-Schreiben angenommen werden.

FG Köln, Urteil v. 20. 10. 1982 - I (VII) 216/80 L, EFG 1983 S. 291

- ▶ (1) Tz. 2.5.2 des BMF-Schreibens v. 26. 11. 1981 (BStBl 1981 I S. 744) betr. die Berücksichtigung einer sog. **Opfergrenze** beim Unterhaltsverpflichteten im Rahmen des § 33a Abs. 1 i. V. mit § 33 Abs. 2 EStG ist von den Steuergerichten nicht zu beachten, da die Regelung mit dem **Gleichheitssatz** des Art. 3 Abs. 1 GG nicht zu vereinbaren und in sich widerspruchsvoll ist. (2) Eine solche Opfergrenze kann nicht dadurch geschaffen werden, dass als **Mindestbetrag**, der nicht mehr für Unterhaltsleistungen aufgewandt zu werden braucht, je 6 600 DM für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und jeden in seinem Haushalt lebenden Angehörigen ange-

setzt werden. (3) Eine Opfergrenze wird aber jedenfalls dann überschritten, wenn im Hinblick auf die Höhe der Unterhaltsleistungen dem Steuerpflichtigen, seiner Ehefrau und seinen minderjährigen unverheirateten Kindern so wenig Mittel zum Lebensunterhalt verbleiben würden, dass sie vom verbleibenden Betrag her gesehen Ansprüche auf die **Regelsätze in der Sozialhilfe** hätten.

BFH, Urteil v. 17. 1. 1984 - VI R 24/81, BStBl 1984 II S. 522[CAAAA-91948]

- (1) Unterhaltszahlungen in Form der **Weiterleitung von Kindergeld** an die im **Ausland** lebende Familie sind nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. (2) Der von der Finanzverwaltung geübte **Verzicht** auf den **Zahlungsnachweis** in Höhe eines Nettomonatslohns im Falle der **Familienheimfahrt** eines ausländischen Arbeitnehmers ist nicht zu beanstanden. FG München, Urteil v. 8. 11. 1984 - I 301/81 L, EFG 1985 S. 244

- Unterstützungsleistungen zugunsten in der **DDR** lebender Angehöriger sind zwangsläufig erwachsen. Bei der Unterstützung der Angehörigen i. S. von § 15 AO ist jedenfalls eine sittliche Verpflichtung gegeben. Die **Bedürftigkeit** von in der DDR lebenden Empfängern ist i. d. R. zu unterstellen. Eine **Ausnahme** besteht, wenn der Empfänger die Bedürftigkeit ausschließende Einkünfte oder Vermögen in der Bundesrepublik hat, die die Geringfügigkeit übersteigen.

BFH, Urteil v. 16. 7. 1985 - IX R 1/78[LAAAB-28204]

- (1) Unterhaltsleistungen dürfen im Allgemeinen nur insoweit als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, als sie in einem **angemessenen Verhältnis** zum **Nettoeinkommen** des Leistenden stehen und diesem nach Abzug der Unterhaltsleistungen noch die **angemessenen Mittel zur Bestreitung des Lebensbedarfs** für sich sowie gegebenenfalls für seine Ehefrau und seine Kinder verbleiben (sog. **Opfergrenze**). (2) Bei der Berechnung dieser sog. Opfergrenze ist Tz. 2.5.2 des Schreibens des BMF v. 27. 7. 1984 (BStBl 1984 I S. 402) als zutreffende norminterpretierende Verwaltungsregelung zu beachten (Anschluss an BFH, Urteil v. 17. 1. 1984 - VI R 24/81, BStBl 1984 II S. 522).

BFH, Urteil v. 4. 4. 1986 - III R 245/83, BStBl 1986 II S. 852[MAAAA-92250]

- Bei der Berechnung der sog. **Opfergrenze** ist der **Saldo zwischen Sparbuchabhebungen und Sparbucheinzahlungen** jedenfalls dann nicht in das Nettoeinkommen einzubeziehen, wenn das Sparguthaben nur geringfügig ist. Die Einrechnung dieses Saldos in die Opfergrenze betrifft die Frage, ob der Unterhaltsverpflichtete neben den ihm zufließenden Einnahmen auch sein Vermögen einsetzen muss. Voraussetzung für den Abzug als außergewöhnliche Belastung ist, dass die unterhaltene Person kein oder nur ein geringes Vermögen besitzt. Wenn aber der Unterhaltsberechtigte ein geringes Vermögen nicht antasten muss, ist es auch dem Unterhaltsverpflichteten nicht zumutbar, ein nur **geringes Vermögen** für Leistungen an den Unterhaltsberechtigten einzusetzen. Als geringfügig betrachtet die Finanzverwaltung ein Vermögen von bis zu **30 000 DM**.

BFH, Urteil v. 4. 4. 1986 - III R 19/85, BStBl 1987 II S. 127[KAAAA-98016]

- Fahrtkosten, die einem Steuerpflichtigen dadurch entstehen, dass er sein **Kind** zu einer **Betreuungsperson** bringt, sind keine Aufwendungen für Dienstleistungen zur Beaufsichtigung oder Betreuung des Kindes; es handelt sich um **Unterhaltsaufwendungen**, die durch die Regelungen über den Kinderlastenausgleich abgegolten sind.

BFH, Urteil v. 29.8.1986 - III R 209/82, BStBl 1987 II S. 167[RAAAA-92283]

- Bei der Berechnung der sog. **Opfergrenze** (BFH, Urteil v. 4. 4. 1986 - III R 245/83, BStBl 1986 II S. 852) ist auch dann nach Tz. 2.5.2 des Schreibens des BMF v. 27. 7. 1984 (BStBl 1984 I S. 402) vorzugehen, wenn **beide Ehegatten** Einkünfte bezogen und nicht dauernd getrennt gelebt haben.

BFH, Urteil v. 23. 9. 1986 - III R 246/83, BStBl 1987 II S. 130[UAAAA-98017]

- (1) Der III. Senat schließt sich der Rechtsprechung des VI. Senats (Urteile v. 25. 3. 1983 - VI R 275/80, BStBl 1983 II S. 453, und v. 9. 12. 1983 - VI R 196/81, BStBl 1984 II S. 309) an, dass

bei Unterhaltsleistungen an Bewohner der **DDR** und **Berlin (Ost)** die **Bedürftigkeit** der Empfänger i. d. R. zu unterstellen ist. (2) Auch in diesen Fällen ist die sog. **Opfergrenze** (vgl. BFH, Urteil v. 4. 4. 1986 - III R 245/83, BStBl 1986 II S. 852) zu beachten.

BFH, Urteil v. 5. 12. 1986 - III R 255/83, BStBl 1987 II S. 238[MAAAA-98050]

- Da **Schwiegereltern** zu den Angehörigen i. S. von § 15 AO zählen, sind die an diese geleisteten Unterhaltszahlungen grds. im Rahmen von § 33a Abs. 1 EStG abziehbar. Die Grundsätze, die für die auf Rechtsgründen beruhende Unterhaltspflicht entwickelt worden sind, gelten in aller Regel entsprechend für eine auf sittlichen Gründen beruhende Verpflichtung zum Unterhalt. Daher muss auch bei Unterhaltsleistungen an Schwiegereltern eine **Opfergrenze** beachtet werden.

BFH, Urteil v. 6. 2. 1987 - III R 87/86[QAAAB-29504]

- **Abhebungsbescheinigungen** einer (jugoslawischen) Bank allein reichen wegen der erfahrungsgemäß unterschiedlichen **Zuverlässigkeit** derartiger Bescheinigungen und wegen deren fehlender **Überprüfbarkeit** für den Nachweis der Unterhaltszahlungen nicht aus. Aus der Bescheinigung ist nicht erkennbar und durch sie mithin auch nicht nachweisbar, in welcher Höhe die Mittel aus den angeblichen Abhebungen für deren Unterhalt der Mutter und in welcher Höhe sie den minderjährigen zusammen im Haushalt mit der Mutter lebenden Kindern zu deren Unterhalt zugeflossen sind. Außerdem kann aus der ausländischen Bankbescheinigung allein nicht mit hinreichender Sicherheit auf den **Mittelabfluss** beim inländischen Unterhaltsleistenden geschlossen werden.

BFH, Urteil v. 3. 6. 1987 - III R 205/81, BStBl 1987 II S. 675[PAAAA-98143]

- Die Unterstützungsleistungen eines **Gastarbeiters** an seine nach Deutschland übersiedelten **Neffen**, um ihm hier ein Studium zu ermöglichen, sind auch dann nicht als zwangsläufig i. S. des § 33a Abs. 1 EStG anzusehen, wenn sie auf einer **Zusicherung** gegenüber dem Ausländeramt zwecks **Erlangung der Aufenthaltserlaubnis** für den Neffen beruhen.

FG Köln, Urteil v. 27. 4. 1988 - 12 K 231/84, EFG 1989 S. 61

- (1) Bei Unterhaltsleistungen eines Gastarbeiters an die **Ehefrau im Ausland** sind die Angaben (a) über Art und Umfang der eigenen Einnahmen im Kalenderjahr und des eigenen Vermögens sowie (b) darüber, ob noch andere Personen unterhaltspflichtig waren, welche Unterhaltsbeiträge sie ggf. geleistet haben, nicht erforderlich. (2) Versorgt die Ehefrau des Gastarbeiters im Ausland **drei minderjährige Kinder**, kann nicht von einer eigenen Unterhaltungsmöglichkeit ausgegangen werden. Insofern sind Angaben darüber, ab wann und aus welchen Gründen die Unterhaltsempfängerin nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann, nicht notwendig.

FG Hessen, Urteil v. 28. 5. 1990 - 1 K 5152/89, EFG 1991 S. 27

- Die Zwangsläufigkeit von Aufwendungen für den Unterhalt von anderen als gem. § 1609 BGB vorrangig unterhaltsberechtigten Personen wird im Allgemeinen nur insoweit anerkannt, als die Aufwendungen in einem angemessenen Verhältnis zum sog. **Nettoeinkommen** des Leistenden stehen und diesem nach Abzug der Unterhaltsleistungen noch die angemessenen Mittel zur Bestreitung des Lebensbedarfs für sich sowie ggf. für seine Ehefrau und seine minderjährigen Kinder verbleiben (**Opfergrenze**).

BFH, Urteil v. 27. 7. 1990 - III R 176/86[QAAAB-31480]

- Aufwendungen für die Zuwendung eines **Farbfernsehgeräts** an einen nahen, in der (früheren) **DDR** lebenden Angehörigen (Mutter) sind selbst dann keine typischen Unterhaltsaufwendungen i. S. des § 33a Abs. 1 EStG, wenn der Empfänger 87 Jahre alt und gehbehindert ist.

BFH, Urteil v. 10. 8. 1990 - III R 30/87, BStBl 1991 II S. 73[CAAAA-93782]

- Aufwendungen für die **Zuwendung von Büchern** an Angehörige in der (früheren) **DDR** können gem. § 33a Abs. 1 EStG als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sein, soweit

sie nachweislich aus Gründen der **Ausbildung** oder wegen eines konkreten **beruflichen Bedürfnisses** des Empfängers zwangsläufig erwachsen.

BFH, Urteil v. 10. 8. 1990 - III R 45/87, BStBl BStBl 1991 II S. 74[QAAAA-93786]

- Bei Aufwendungen für einen **Ledermantel** und ein **Kostüm** an Angehörige in der ehemaligen **DDR** handelt es sich um Unterhaltsleistungen i. S. des § 33a Abs. 1 EStG, d. h. Zuwendungen zur Bestreitung des Lebensbedarfs, besonders der Kleidung. Das gilt auch für Kleidung, die einer **gehobeneren Lebensführung** dient. dagegen ist dder Abzug der Kosten für die zwei **Lampen** als außergewöhnliche Belastung gem. § 33a EStG zu verneinen. Bei einem solchen **Geschenk** von nicht unerheblichem Wert handelt es sich nicht um Unterhaltsleistungen i. S. des § 33a Abs. 1 EStG.

BFH, Urteil v. 30. 10. 1990 - VIII R 42/87, BStBl 1991 II S. 340[NAAAA-93599]

- Zu den Aufwendungen für den Unterhalt i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG gehören nur **typische Unterhaltskosten**, insbesondere die Aufwendungen für Ernährung, Kleidung und Wohnung. Handelt es sich um derartige Aufwendungen, sind sie ? bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen ? als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, auch wenn es sich um Zuwendungen zur **Befriedigung gehobener Ansprüche** handelt.

BFH, Beschluss v. 17. 12. 1990 - III B 209/90[CAAAB-42933]

- Die Anerkennung eines Freibetrages gem. § 33a Abs. 1 EStG setzt neben der **Bedürftigkeit** des Unterstützungsempfängers insbesondere den **Nachweis** der entsprechenden Zahlungen durch den Steuerpflichtigen voraus. **Abhebungsbescheinigungen einer ausländischen Bank** [im Streitfall: Jugoslawien] allein reichen zum Nachweis derartiger Unterhaltszahlungen nicht aus, da sie unterschiedlich zuverlässig sind und nicht überprüft werden können. Zudem ist mit einer solchen Bescheinigung nicht nachweisbar, in welcher Höhe die Mittel aus den angeblichen Abhebungen den einzelnen unterstützten Personen zugeflossen sind. Darum kann auf **inländische Einzahlungsbelege** nicht verzichtet werden.

BFH, Urteil v. 22. 2. 1991 - III R 3/88[WAAAB-32210]

- (1) Durch die deutsche Einigung sind nicht rückwirkend (für noch nicht bestandskräftige Veranlagungen) die Voraussetzungen dafür entfallen, dass bei Unterhaltsleistungen an Bewohner der ehemaligen **DDR** die **Bedürftigkeit** der Empfänger i. d. R. zu unterstellen war. (2) Der Grundsatz, dass Unterhaltsleistungen, die im Laufe eines Kalenderjahres geleistet werden, nicht auf Monate **vor ihrer Zahlung** zurückbezogen werden dürfen, galt auch im Verhältnis zu Empfängern in der ehemaligen DDR.

BFH, Urteil v. 25. 7. 1991 - III R 52/88, BStBl 1992 II S. 32[TAAAA-94021]

- Unterhaltsaufwendungen für **erwerbslose minderjährige verheiratete oder volljährige Kinder** können nach § 33a Abs. 1 EStG nur im Rahmen der sog. **Opfergrenzenregelung** berücksichtigt werden. D. h. abziehbar ist nur der Betrag, der nach Kürzung des (Opfer-)Grenzbetrages um den **Vorwegabzug** für die vorrangig unterhaltsberechtignte Ehefrau und die ihr gleichstehenden minderjährigen unverheirateten Kinder übrig bleibt (Ergänzung zum BFH-Urteil v. 4. 4. 1986 III R 245/83, BStBl 1986 II S. 852).

BFH, Beschluss v. 27. 9. 1991 - III B 42/91, BStBl 1992 II S.35[KAAAA-94037]

- Die Frage, ob nachgewiesene Unterhaltszahlungen auch insoweit zwangsläufig erwachsen sind, als sie auf **andere Angehörige** als vorrangig unterhaltsberechtignte Angehörige (Ehefrau und minderjährige Kinder) entfallen, ist nach der zur Beachtung der sog. **Opfergrenze** ergangenen Verwaltungsregelung zu prüfen. In diesen Regelungen ist eine zutreffende und deshalb für die Finanzgerichte verbindliche Norminterpretation durch die Verwaltung zu sehen. Dabei ist von der unterschiedslosen Aufteilung **nach Köpfen**, auch beim Vorhandensein unterhaltsberechtigter Empfangspersonen verschiedener Rangstufen, auszugehen.

BFH, Urteil v. 15. 11. 1991 - III R 21/88[NAAAB-32200]

- (1) Eine **amtliche Bescheinigung** beweist nicht die Unterhaltsbedürftigkeit im Ausland lebender Angehöriger, wenn in der Bescheinigung eine Aussage zu der Frage fehlt, ab wann

und aus welchem Grund der angebliche Unterstützungsempfänger **nicht selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen** kann. (2) Behauptet der Steuerpflichtige die **Mitnahme von Bargeld** anlässlich von **Familienheimfahrten**, muss er die Familienheimfahrt durch Vorlage von Fahrkarten, Tankquittungen oder Grenzübertrittsvermerken nachweisen (Ergänzung zum BFH-Urteil v. 22. 2. 1991 - III R 3/88).

FG Münster, Urteil v. 20. 12. 1993 - 15 K 5042/93 E, EFG 1994 S. 707

- Macht ein Arbeitnehmer (auch neben auf andere Weise erbrachten und nachgewiesenen Unterhaltsleistungen) die **Mitnahme von Bargeld** anlässlich von Familienheimfahrten zur Unterstützung seiner im Ausland lebenden Ehefrau und seines Kindes geltend, kann von der Mitnahme eines **Nettomonatslohns** pro tatsächlich durchgeführter Familienheimfahrt ausgegangen werden. Diese Beweiserleichterung gilt insoweit, als der Betrag von **vier Nettomonatslöhnen** insgesamt nicht überschritten wird. Ein Nachweis höherer Zahlungen (als vier Nettomonatslöhne) bleibt dem Steuerpflichtigen unbenommen (Ergänzung des BFH-Urteils v. 22. 2. 1991 - III R 3/88).

BFH, Urteil v. 4. 8. 1994 - III R 22/93, BStBl 1995 II S. 114[VAAAA-95092]

- Besteht eine Unterhaltsverpflichtung nicht während des gesamten Veranlagungszeitraumes, kann für die Berechnung der **Opfergrenze** nur auf das Einkommen abgestellt werden, das auf die **Zeit der Unterstützungsverpflichtung** entfällt, die sich im Streitfall mit dem Unterstützungszeitraum deckt. Die Frage, wie der angemessene Unterhalt i. S. des § 1603 Abs. 1 BGB zu berechnen ist, der dem Unterhaltspflichtigen verbleiben muss, steht zwar im Zusammenhang mit der Höhe seines Einkommens. Sie kann sich jedoch nicht für den Zeitraum stellen, in dem keine Einkünfte oder Bezüge angefallen sind. Daraus folgt, dass für die Berechnung der Opfergrenze nur das **Nettoeinkommen** zugrunde gelegt werden kann, das dem Unterhaltspflichtigen in dem entsprechenden Unterstützungszeitraum zur Bestreitung des Lebensbedarfs zur Verfügung steht (**Monatsprinzip**). Um die in Tz. 2. 5. 2 des BMF-Schreibens v. 27. 7. 1984 (BStBl 1984 I S. 402) genannten Regelungen zur Bestimmung der Opfergrenze anwenden zu können, sind aber die entsprechenden tatsächlichen Bezüge auf ein fiktives Jahreseinkommen hochzurechnen.

BFH, Urteil v. 25. 9. 1996 - III R 102/95[XAAAA-97339]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 25. 2. 1993 - 11 K 139/90 L

- Die Übernahme von **Krankheitskosten** rechnen zu den besonderen Unterhaltsaufwendungen, die gem. § 33 EStG berücksichtigungsfähig sein können, wenn sie von **Dritten** getragen werden. Das gleiche muss erst recht für von dem Unterhaltsverpflichteten getragene Kosten eines **Rechtsstreits** wegen einer **fehlgeschlagenen Heilbehandlung** gelten, zumal wenn es sich darum handelt, dass der Unterhaltsberechtigte eine dauerhafte, seine körperliche Unversehrtheit nachhaltig beeinträchtigende Schädigung infolge eines ärztlichen Kunstfehlers geltend machen will. Ein solcher Rechtsstreit gehört wegen seines Gegenstandes nicht zu den gewöhnlichen Vorgängen des täglichen Lebens.

BFH, Urteil v. 18. 6. 1997 - III R 60/96[EAAAA-97367]

- (1) Die Anforderungen der steuerlichen Rechtsprechung des BFH an die steuerliche Anerkennung von **Arbeitsverträgen unter nahen Angehörigen** stellen nicht ungeschriebene Merkmale des steuergesetzlichen Tatbestandes, sondern Beweiswürdigungsregeln dar. (2) Wird ein Arbeitsvertrag zwischen Angehörigen nicht durchgeführt, darf dafür nicht ein **steuerlicher Ausgleich** durch Berücksichtigung tatsächlich geleisteter Zahlungen als außergewöhnliche Belastung gewährt werden. (3) Eine steuerliche Berücksichtigung von **Unterhaltszahlungen** an die Kinder des Steuerpflichtigen nach § 33a Abs. 1 EStG kommt nicht in Betracht, wenn dieser bewusst davon abgesehen hat, über die **Mitarbeit seiner Kinder** in seinem **Betrieb** einen Arbeitsvertrag zu schließen und durchzuführen. Die rechtliche Beurteilung hat von dem Verhalten des Steuerpflichtigen auszugehen, auch wenn dieses zu einem vermeidbaren steuerlichen Ergebnis führt.

BFH, Urteil v. 18. 6. 1997 - III R 81/96[KAAAA-97407]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 9. 5. 1996 - 14 K 1103/90

- (1) § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG 1990 (nunmehr § 33a Abs. 1 Satz 3 zweiter Halbsatz EStG) trifft eine grundsätzlich **autonome steuerrechtliche Regelung** der Voraussetzungen der **Zwangsläufigkeit** von Unterhaltszahlungen; die bürgerlich-rechtliche Belastung des Steuerpflichtigen durch Unterhaltspflichten ist steuerlich nicht unmittelbar maßgebend. (2) Nicht „gering“ i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG 1990 kann auch Vermögen sein, das keine nach § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG 1990 anzurechnenden Einkünfte abwirft. (3) **Vermögen** ist im Rahmen des § 33a Abs. 1 EStG auch zu berücksichtigen, wenn es von einem Unterhaltsberechtigten, der sonst dauerhaft außerstande ist, seinen Unterhalt selbst zu bestreiten, voraussichtlich für seinen **künftigen Unterhalt** benötigt wird.

BFH, Urteil v. 14. 8. 1997 - III R 68/96, BStBl 1998 II S. 241[PAAAB-03171]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 29. 4. 1996 - 2 K 2557/94

- Bei der Berechnung der sog. **Opfergrenze** ist der **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** anzusetzen; das gilt auch dann, wenn der Steuerpflichtige keine Werbungskosten hatte.

BFH, Urteil v. 11. 12. 1997 - III R 214/94, BStBl 1998 II S. 292[JAAAA-96162]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 25. 3. 1994 - 8 K 1915/91

- Macht ein Steuerpflichtiger aus **Rechtsunkenntnis** Unterhaltszahlungen an den haushaltsführenden und kindererziehenden **nichtehelichen Lebenspartner** erst nach Rechtskraft des Einkommensteuerbescheides als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 EStG geltend, scheidet eine nachträgliche Korrektur des Bescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen nach § 173 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 AO ausnahmsweise jedenfalls dann nicht an dessen groben Verschulden, wenn die Steuererklärungsvordrucke und amtlichen Ausfüllhinweise des entsprechenden Veranlagungsjahres dazu geeignet sind, bei einem steuerrechtlich nicht vorgebildeten Steuerpflichtigen den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass als „bedürftige Personen“ nur „Angehörige“ und „Verwandte“ in Betracht kommen und der Steuerpflichtige zu dem maßgeblichen Zeitpunkt des Ausfüllens der Erklärungsformulare steuerlich nicht beraten war.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 16. 2. 2000 - 13 K 201/95[RAAAB-88146]

- (1) Der **Nachweis** von Unterstützungsleistungen eines **Gastarbeiters** an Angehörige im Heimatland kann jedenfalls dann nicht durch die Bescheinigung eines (ausländischen) Arbeitsamtes geführt werden, wenn in dieser Bescheinigung die Angabe des **Verwandtschaftsverhältnisses** zum Unterhaltsleistenden wie auch jegliche Angaben über die **Höhe** der von der unterstützten Person im Streitjahr bezogenen **Einkünfte** und dessen **Vermögensverhältnisse** fehlen. (2) Der Nachweis von geleisteten Zahlungen an Angehörige im Heimatland wird nicht ausreichend erbracht durch die Vorlage von **Kontoauszügen** des Unterhaltsleistenden, aus denen lediglich entnommen werden kann, dass von diesem Konto **Bargeldabhebungen** vorgenommen und **Euroschecks** in Fremdwährung eingelöst worden sind. (3) Einer **eidesstattlichen Versicherung** des Unterhaltsempfängers in Ausland kommt zum Nachweis von Unterhaltszahlungen nur ein **unzureichender Beweiswert** zu, weil sie die Wirkungen einer rechtlich verbindlichen eidesstattlichen Versicherung im vorliegenden finanzgerichtlichen Rechtsstreit nicht entfalten kann.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 7. 4. 2000 - 12 K 60/99[FAAAB-06125]

- Mit Blick auf die Feststellungslast des Steuerpflichtigen kann es nicht beanstandet werden, wenn der **Nachweis** von Unterhaltsleistungen eines türkischen **Gastarbeiters**, der Gelder an seine in der Türkei lebenden Angehörigen während des **Heimaturlaubs** übergeben hat, durch Vorlage von Empfangsbestätigungen der Angehörigen mit Unterschriftsbeglaubigung seitens des Gemeindevorstehers, Einreichung einer Ablichtung des Reisepasses mit Eintragung der Daten von Ein- und Ausreise sowie durch Beifügung eines Beleges einer türkischen Bank über den Kauf entsprechender ausländischer Geldbeträge geführt wird.

BFH, Beschluss v. 22. 5. 2000 - III B 97/99[GAAAA-65548]

- Bei **Barunterhaltszahlungen** ist ein lückenloser Nachweis dafür erforderlich, dass die Beträge von dem Steuerpflichtigen stammen, tatsächlich dem Angehörigen zugeflossen sind und dessen Unterhalt dienen. Dafür werden grds. wegen der erfahrungsgemäß unterschiedlich zuverlässigen und nicht überprüfbaren Bescheinigungen von Banken im Ausland **inländische Einzahlungs- und Überweisungsbelege** verlangt, die den Geldfluss erkennen lassen. Es muss aus den Unterlagen hervorgehen, dass Mittel des Steuerpflichtigen verwendet worden und an den Unterhaltsempfänger gelangt sind.

FG Hamburg, Urteil v. 18. 8. 2000 - II 202/98[OAAAAB-07788]

- Auf einen nach dem BSG – an das Sozialamt wegen dessen Vorleistung – zu entrichtenden Unterhaltsbeitrag für ein Kind sind die Vorschriften des § 33a Abs. 1 EStG anzuwenden. **Nachzahlungen** von Unterhaltsaufwendungen fallen zwar nicht unmittelbar unter die Vorschrift des § 33a Abs. 1 EStG, die grds. nur für Aufwendungen gilt, die den laufenden Lebensbedarf des Empfängers decken sollen. Folglich könnten Unterhaltsnachzahlungen allenfalls nach § 33 EStG zu berücksichtigen sein. Indes sind nach der Rechtsprechung auch hier – ohne Berücksichtigung einer zumutbaren Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG – die Abzugsvoraussetzungen und -beschränkungen des § 33a Abs. 1 EStG zu berücksichtigen. Dementsprechend sind auch die Zahlungen an das Sozialamt um die (Einkünfte und) Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind, nach der Vorschrift des § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG zu kürzen.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 6. 9. 2000 - 2 K 86/99[GAAAAB-06356]

- Durch die Antragstellung des Unterhaltsleistenden mit Zustimmung des Empfängers nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG werden die gesamten, in dem Kalenderjahr geleisteten Unterhaltsaufwendungen – unbeschadet einer betragsmäßigen Begrenzung durch den Antragsteller oder durch den Höchstbetrag – zu **Sonderausgaben** umqualifiziert. Für den Abzug ist es unerheblich, ob es sich um laufende oder einmalige Leistungen bzw. um Nachzahlungen oder Vorauszahlungen handelt. Die der Art nach den Sonderausgaben zuzuordnenden Aufwendungen können auch nicht insoweit als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden, wie sie den für das **Realsplitting** geltenden **Höchstbetrag übersteigen**.

BFH, Urteil v. 7. 11. 2000 - III R 23/98, BStBl 2001 II S. 338[QAAAA-88894]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 19. 3. 1998 - VI 40/98

- Ein Vermögen von 30 000 DM stellt ein Mehrfaches des zur **Sicherung des Existenzminimums** jährlich Benötigten dar und versetzt den Unterhaltsberechtigten in die Lage, eine unvorhergesehene Bedarfslage aus eigener Kraft zu bewältigen (Streitjahre 1995 und 1996).

FG Hamburg, Urteil v. 24. 11. 2000 - V 230/96[LAAAAB-07857]

- Auch nach der Neufassung von § 33a Abs. 1 EStG ab 1996 ist bei Unterhaltszahlungen des – nach § 1615I Abs. 2 BGB unterhaltspflichtigen – Mannes an die – mit ihm in eheähnlicher Gemeinschaft lebende – **Mutter seines Kindes** die sog. **Opfergrenze** zu beachten.

FG Brandenburg, Urteil v. 8. 11. 2001 - 5 K 2459/00[HAAAAB-07037]

- (1) Aufwendungen für die Unterbringung und die Pflege eines unterhaltsberechtigten Angehörigen in einem **Altenpflegeheim** sind nur dann als zwangsläufig i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG anzusehen, wenn der Angehörige aufgrund seiner **eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse** nicht über ausreichende Mittel verfügt, um die notwendigen Kosten der Unterbringung und Versorgung selbst zu tragen. (2) Das Verlangen, das **Vermögen von Angehörigen** bei der Beurteilung der Zwangsläufigkeit von Aufwendungen gegenüber Angehörigen für ihren eigenen Unterhalt einzusetzen, stellt im Hinblick auf die Nichtberücksichtigung des Vermögens bei eigenen Aufwendungen oder Aufwendungen für den Ehegatten keinen Verstoß gegen den Gleichheitssatz dar. (3) Bei Aufwendungen i. S. des § 33 EStG ist die Berücksichtigung eines **Einfamilienhauses** nicht durch die Verwaltungsregelung des Abschn. 190 Abs. 3 EStR ausgeschlossen.

FG Hessen, Urteil v. 15. 11. 2001 - 3 K 2329/99[ZAAAB-08564]

- Unterhaltsaufwendungen sind im Allgemeinen höchstens insoweit nach § 33a Abs. 1 EStG als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, als sie einen bestimmten **Vomhundertsatz des Nettoeinkommens** nicht übersteigen (**Opfergrenze**). Die Grenze der Unterhaltspflicht bestimmt sich nach inländischen Zivilrecht und **inländischen Wertvorstellungen** (§ 33a Abs. 1 Satz 5 2. Halbsatz EStG). Daraus folgt, dass bei im Ausland lebenden Unterhaltsempfängern § 33a Abs. 1 Satz 5 1. Halbsatz EStG nicht entsprechend für die Berechnung der Opfergrenze anwendbar ist.

FG München, Urteil v. 4. 12. 2001 - 13 K 1703/98[JAAAB-09511]

- Unterhaltsleistungen im Zusammenhang mit einer **weiteren Ausbildung** des Kindes können dann nicht als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden, wenn nach abgeschlossener Lehre und Abbruch eines fortgeschrittenen Studiums der **bürgerlich-rechtliche Unterhaltsanspruch** des Kindes **entfallen** ist.

FG Münster, Urteil v. 30. 4. 2002 - 13 K 4375/99 E[LAAAB-10808]

- Dass der Steuerpflichtige die Unterhaltszahlungen an seine **Lebensgefährtin**, die auch Mutter eines gemeinsamen Kindes ist und der gegenüber er zivilrechtlich unterhaltsverpflichtet ist, nicht nach § 33a Abs. 1 EStG steuermindernd geltend machen kann, wenn die Lebensgefährtin **nicht unwesentliches eigenes Vermögen** besitzt, ist nicht verfassungswidrig.

FG München, Urteil v. 20. 9. 2002 - 8 K 1043/02[IAAAB-92497]

- Auch wenn ein Kind aufgrund eines **Nießbrauchs** keine Einkünfte aus **Immobilien** erzielen konnte, stellen sie gleichwohl werthaltige und nicht nur nominelle **Vermögensgegenstände** dar. Die Belastung mit dem Nießbrauch ist lediglich mit einem **Abschlag** von dem Wert der Immobilien zu berücksichtigen. Es ist danach im Allgemeinen davon auszugehen, dass das Kind über eigenes, nicht mehr geringes Vermögen verfügen konnte.

FG Hamburg, Urteil v. 10. 10. 2002 - VI 232/00[YAAAB-08278]

- Ob der Unterhaltsempfänger über **kein oder nur geringes Vermögen** i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG verfügt, ist unabhängig von der Anlageart nach dem **Verkehrswert** zu entscheiden (gegen R 190 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 EStR).

BFH, Urteil v. 12. 12. 2002 - III R 41/01, BStBl 2003 II S. 655[JAAAA-71819]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 13. 9. 2001 - II 710/99

- Der Steuerpflichtige trägt die objektive Beweislast (**Feststellungslast**) für die Tatsachen, die die Steuerermäßigung begründen sollen. Das gilt auch für außergewöhnliche Belastungen nach § 33a EStG.

FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 6. 2003 - 11 K 188/98[EAAAB-13946]

- Für **Barunterhaltszahlungen** ist ein lückenloser Nachweis über die Herkunft der geltend gemachten Unterhaltsbeträge vom Steuerpflichtigen, deren tatsächlicher Zufluss bei der unterhaltenen Person sowie die dortige Verwendung für Unterhaltszwecke erforderlich. Dafür werden grds. wegen der erfahrungsgemäß unterschiedlich zuverlässigen und nicht überprüfbaren Bescheinigungen von Banken im Ausland **inländische Auszahlungs-, Einzahlungs- und Überweisungsbelege** verlangt, die den **Geldfluss** erkennen lassen. Es muss aus den Unterlagen hervorgehen, dass Mittel des Steuerpflichtigen verwendet worden und an den Unterhaltsempfänger gelangt sind. Eigenerklärungen oder eidesstattliche Versicherungen sind allein keine ausreichenden Beweismittel.

FG Hamburg, Urteil v. 25. 6. 2003 - III 170/02[XAAAB-08423]

- Die Voraussetzungen der Steuerermäßigung müssen im Einzelfall **nachgewiesen** oder **glaubhaft gemacht** werden. Die objektive Beweislast (**Feststellungslast**) für die die Anwendung des § 33a Abs. 1 EStG begründenden Tatsachen liegt beim Steuerpflichtigen. Lebt die unterstützte Person im Ausland, trifft den Steuerpflichtigen gem. § 90 Abs. 2 AO eine erhöhte Verpflichtung zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Beschaffung geeigneter Beweismittel; es obliegt ihm auch, bereits bei der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes in

geeigneter Weise Maßnahmen zur Beweisvorsorge zu treffen. Verlangt werden detaillierte Angaben zur Unterhaltsbedürftigkeit in **amtlichen Bescheinigungen der Heimatbehörden**. Nachträgliche Empfängerbescheinigungen reichen nicht aus, weil zu befürchten ist, dass die tatsächlichen Vorgänge nur ungenau erinnert wurden und die Bestätigung gefälligkeitshalber erfolgte. Nur bei einer Zug um Zug gegen Hingabe des Geldes ausgestellten Bestätigung ist sichergestellt, dass diese die ihr zugeordnete Beweisfunktion in vollem Umfang erfüllen kann.

FG Hamburg, Urteil v. 9. 7. 2003 - VI 159/02[VAAAB-08428]

- Ob die für außergewöhnliche Belastungen geltende Abzugsbegrenzung des auf **lebenspartnerschaftliche Unterhaltsleistungen** grundsätzlich anwendbaren § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG 2001 verfassungsgemäß ist, ist ohne Belang, wenn der lebenspartnerschaftliche Leistungsempfänger über Einkünfte verfügt, die seinen **angemessenen Lebensunterhalt** offenkundig sicherstellen.

FG Saarland, Urteil v. 21. 1. 2004 - 1 K 466/02[WAAAB-16772]

- Kann eine **Mittellosigkeitsbescheinigung** wegen der besonderen Verhältnisse im Wohnsitzstaat des Angehörigen nicht vorgelegt werden, ist die **Unterhaltsbedürftigkeit** durch **andere objektiv nachprüfbar Tatsachen** nachzuweisen. Die **eidesstattliche Versicherung** der unterstützten Person genügt jedenfalls dann, wenn die unterstützte Person im erwerbsfähigen Alter ist, nicht als Nachweis der Unterhaltsbedürftigkeit.

FG München, Urteil v. 14. 5. 2004 - 15 K 3675/01[MAAAB-25441]

- (1) Der Steuerpflichtige kann Aufwendungen für den Unterhalt einer unterhaltsbedürftigen **Lebenspartnerin** nach § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG 1996 abziehen, soweit ihr zum Unterhalt bestimmte **öffentliche Mittel** mit Rücksicht auf die Unterhaltsleistungen **gekürzt** worden sind. Lehnt die zuständige Behörde es ab, die Sozialhilfeleistungen konkret zu berechnen, die der Lebenspartnerin ohne die Unterstützung durch den Steuerpflichtigen zugestanden hätten, hat das Finanzamt oder das Finanzgericht für die Ermittlung der abziehbaren Unterhaltsaufwendungen den fiktiven Anspruch auf Sozialhilfe selbst zu berechnen. (2) Die der Lebenspartnerin wegen des Zusammenlebens mit dem Steuerpflichtigen nicht gewährten öffentlichen Mittel zum Unterhalt sind nach dem **Regelsatz** der Sozialhilfe für **Haushaltsangehörige** und nicht nach dem Regelsatz für einen Haushaltsvorstand zu ermitteln. (3) Neben dem Regelsatz gehört zu dem fiktiven Anspruch auf Sozialhilfe auch die **anteilige Miete** für die gemeinsamen Wohnräume. Dieser Anspruch entfällt nicht dadurch, dass der Steuerpflichtige seine Lebenspartnerin unentgeltlich in seine Wohnung aufnimmt.

BFH, Urteil v. 19. 5. 2004 - III R 11/03, BStBl 2004 II S. 1051[AAAAB-25967]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 10. 6. 2002 - 12 K 5727/98

- Die von der Rechtsprechung des BFH und der Finanzverwaltung anerkannte **Beweiserleichterung** für bei Auslandsfahrten bar geleistete Unterhaltsleistungen an Personen im Ausland gilt nicht, wenn **beide Ehegatten im Inland** leben. In derartigen Fällen sind grds. inländische Belege über das Vorhandensein entsprechender Mittel (z. B. Abhebungsnachweise) und detaillierte Empfängerbestätigungen vorzulegen.

BFH, Urteil v. 19. 5. 2004 - III R 39/03, BStBl 2005 II S.24 [FAAAB-27811]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 14. 11. 2002 - 15 K 2473/01

- Aufwendungen für **Besuche** beim und **Telefongespräche** mit dem Unterhaltsempfänger stellen grds. keine außergewöhnliche Belastung dar.

FG München, Urteil v. 12. 7. 2004 - 15 K 2230/02[EAAAB-2544]8

- (1) Macht ein Steuerpflichtiger Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende Angehörige steuermindernd geltend, trifft ihn nach § 90 Abs. 2 AO eine **erhöhte Mitwirkungspflicht** zur Aufklärung des Sachverhalts sowie zur Vorsorge und Beschaffung von Beweismitteln. Da die Erfüllung dieser Mitwirkungspflichten erforderlich, möglich, zumutbar und verhältnismäßig sein muss, können hinsichtlich der Beschaffung amtlicher Bescheinigungen aus Krisengebie-

ten **Beweiserleichterungen** in Betracht kommen. (2) Auch wenn das Finanzgericht nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung entscheidet und ihm als Tatsacheninstanz die Auswahl und Gewichtung der erforderlichen Beweismittel obliegt, hat es die erhöhte Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen nach § 90 Abs. 2 AO zu berücksichtigen. Die Entscheidung, welche Anforderungen an den Nachweis von Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende, unterstützungsbedürftige Angehörige zu stellen sind und welche Beweismittel der Steuerpflichtige zu beschaffen hat, gehört zur Rechtsanwendung und kann daher vom BFH überprüft werden. (3) Die tatrichterliche Überzeugungsbildung ist revisionsrechtlich nur eingeschränkt überprüfbar. Sind die Tatsachen, aufgrund derer das Finanzgericht seine Überzeugung gebildet hat, widersprüchlich oder ist die Folgerung aus den festgestellten Tatsachen nicht nachvollziehbar, liegt ein Verstoß gegen die Denkgesetze vor, den das Revisionsgericht von Amts wegen als Fehler der Rechtsanwendung zu beachten hat.

BFH, Urteil v. 2. 12. 2004 - III R 49/03, BStBl 2005 II S. 483[XAAAAB-44841]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 1. 2003 - 13 K 101/99

- ▶ Der Steuerpflichtige hat die Voraussetzungen für den Abzug von Unterhaltszahlungen gem. § 33a Abs. 1 EStG nachzuweisen, und zwar neben der **Bedürftigkeit** des Unterstützungsempfängers insbesondere auch die **tatsächlichen Zahlungen**. Gem. § 90 Abs. 2 AO sind bei Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende Unterstützungsempfänger die Beteiligten in besonderem Maße verpflichtet, bei der Aufklärung mitzuwirken und die **Beweismittel** zu beschaffen. Im Hinblick auf die nur eingeschränkte Überprüfbarkeit eines im Ausland verwirklichten Sachverhalts sind umfassende Angaben dazu unerlässlich. In Fällen eines **Bürgerkrieges** können **Beweiserleichterungen** hinsichtlich der Beschaffung amtlicher Bescheinigungen in Betracht kommen.

BFH, Urteil v. 2. 12. 2004 - III R 50/03[IAAAB-52330]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 1. 2003 - 13 K 102/99

- ▶ **Unterhaltsnachzahlungen** eines Steuerpflichtigen für zurückliegende Jahre (hier: aufgrund eines Urteils des Amtsgerichts für seine in einer **Pflegeeinrichtung** lebende Mutter) sind gem. § 33 EStG – ohne Berücksichtigung einer zumutbaren Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG – nur in der Höhe als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig, wie sie bei **laufender Zahlung** in jedem einzelnen Jahr bei Anwendung des § 33a EStG abzugsfähig gewesen wären.

FG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil v. 20. 7. 2005 - 1 K 135/02[RAAAB-65978]

- ▶ Aufwendungen für **Pflege** und **Umzug** der **Eltern** des Steuerpflichtigen stellen keine außergewöhnliche Belastung dar, wenn wegen ausreichender **eigener Einkünfte** der Eltern keine gesetzliche Unterhaltspflicht des Steuerpflichtigen besteht.

FG München, Urteil v. 23. 11. 2005 - 10 K 3241/03[NAAAB-81653]

- ▶ Die **Unterhaltsbedürftigkeit** von **Angehörigen im Ausland** ist durch detaillierte Angaben in **amtlichen Bescheinigungen der Heimatbehörden** dieser Personen mit deutscher Übersetzung durch einen amtlich zugelassenen Dolmetscher, durch ein Konsulat oder durch sonstige zuständige (ausländische) Dienststellen nachzuweisen. Die amtlichen Bescheinigungen der Heimatbehörden müssen enthalten: - Namen, Alter, ausgeübten Beruf und Anschrift der unterhaltenen Person sowie deren Verwandtschaftsverhältnis zum Steuerpflichtigen, - Angaben über Art und Umfang der eigenen Einnahmen im Kalenderjahr und des eigenen Vermögens der Unterhaltsempfänger, - Angaben darüber, ob noch andere Personen unterhaltspflichtig waren, welche Unterhaltsbeiträge sie gegebenenfalls geleistet haben und ab wann und aus welchen Gründen die Unterhaltsempfänger nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen konnten.

FG München, Urteil v. 25. 10. 2006 - 1 K 1623/06[WAAAC-41425]

- ▶ Zum **Nachweis** der tatsächlichen Zahlung von bar geleisteten Unterstützungsaufwendungen an Angehörige im Ausland müssen die **Empfängerbestätigungen** Zug um Zug gegen

Hingabe des Geldes geleistet werden, so dass nachträglich ausgestellte oder zusammengefasste Empfängerbestätigungen nicht ausreichend sind. Auch in einem späteren Jahr ausgestellte Unterhaltsbescheinigungen haben keinen Beweiswert für die Frage der Bedürftigkeit im Abzugsjahr.

FG München, Urteil v. 12. 12. 2006 - 9 K 3940/05[OAAAC-34933]

- Die **zivilrechtliche Würdigung der Zumutbarkeit**, ein **Vermögen** zum Unterhalt einzusetzen, ist für die steuerrechtlich nach § 33a EStG zu treffende Entscheidung nicht bindend.

FG Hamburg, Urteil v. 5. 12. 2007 - 7 K 112/07[LAAAC-71157]

- Ein Abzug von Unterhaltsaufwendungen für ein **Kind** nach § 33a Abs. 1 EStG ist abzulehnen, wenn der Steuerpflichtige für das Kind **Kindergeld** bezogen hat, so dass die Voraussetzung des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG, wonach weder der Steuerpflichtige noch eine andere Person Anspruch auf den Kinderfreibetrag oder auf Kindergeld haben darf, nicht erfüllt gewesen ist.

BFH, Beschluss v. 13. 3. 2008 - III B 125/07[QAAAC-79281]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 26. 6. 2007 - 1 K 1678/06

- Sog. **typische Unterhaltsleistungen** können nach § 33a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 EStG nur dann als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Empfänger nach inländischen Maßstäben gesetzlich unterhaltsberechtigter ist, was auf Angehörige in der Seitenlinie nicht zutrifft. Dem BFH-Urteil v. 4. 7. 2002 - III R 8/1 (BStBl 2002 II S. 760) ist nicht zu entnehmen, dass sog. **atypische Unterhaltsleistungen** an nicht unterhaltsberechtigter Angehöriger (wie z.B. wegen deren Krankheit oder Pflegebedürftigkeit übernommene Aufwendungen) nicht aus sittlichen Gründen zwangsläufig seien und deshalb nach § 33 EStG abgezogen werden können.

BFH, Beschluss v. 31. 3. 2008 - III B 28/07[ZAAAC-82764]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 28. 11. 2006 - 1 K 6217/03 E

- (1) Zum Nachweis von Unterstützungsleistungen Angehöriger im Ausland reicht die Vorlage einer **Einzahlungsbestätigung** und eines **Auszahlungsnachweises** in entsprechender Höhe an den Unterhaltenen aus. Ein Nachweis über die Verfügbarkeit der Mittel ist nicht erforderlich. (2) Unterhaltsaufwendungen für Personen, die am selben Ort wohnen, sind **einheitlich nach Köpfen** aufzuteilen und zwar unabhängig davon, ob die unterhaltenen Personen unterhaltsberechtigter sind oder nicht.

FG Köln, Urteil v. 20. 5. 2008 - 6 K 514/06[SAAAD-21603]

- Ob die unterhaltsberechtigter Person über ein **nicht geringes Vermögen** verfügt, bestimmt sich nach dessen **Verkehrswert**. Der Verkehrswert eines **Mietwohngrundstücks** wird nicht nur durch einen Nießbrauchsvorbehalt, sondern auch durch ein dinglich gesichertes Veräußerungs- und Belastungsverbot gemindert.

BFH, Urteil v. 29. 5. 2008 - III R 48/05, BStBl 2009 II S. 361[ZAAAC-89510]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 28. 6. 2005 - 17 K 1731/03 E

- Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an seine mit ihm in einer **Haushaltsgemeinschaft** lebende, mittellose **Lebenspartnerin** sind ohne Berücksichtigung der sog. **Opfergrenze** als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 Satz 2 EStG abziehbar (gegen BMF, Schreiben v. 28. 3. 2003 - S 2285, BStBl 2003 I S. 243).

BFH, Urteil v. 29. 5. 2008 - III R 23/07, BStBl 2009 II S. 363[VAAAC-92241]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 20. 2. 2007 - 13 K 206/05

- Aufwendungen für den Unterhalt bei einem **vermögenden Lebenspartner** sind keine außergewöhnliche Belastung. Der BFH hat bereits mit Urteil v. 14. 8. 1997 - III R 68/96 (BStBl 1998 II S. 241) entschieden, dass der Abzug der Unterhaltszahlungen sogar dann ausgeschlossen ist, wenn der Unterhaltsempfänger seinen Unterhalt dauerhaft nicht selbst bestreiten kann und daher künftig auf das Vermögen angewiesen sein wird. Dies gilt auch für die Vermögensbildung zur Altersvorsorge, die den Unterhalt im Ruhestand gewährleisten soll.

BFH, Beschluss v. 30. 5. 2008 - III B 55/08[ZAAAC-86769]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 7. 2. 2008 - 11 K 290/07

- (1) Aufwendungen für den **typischen Unterhaltsbedarf** – insbesondere Ernährung, Kleidung, Wohnung, Hausrat, Versicherungen – einer dem Steuerpflichtigen gegenüber unterhaltsberechtigten Person können nur nach § 33a Abs. 1 EStG abgezogen werden; Unterhaltsleistungen, mit denen ein besonderer und **außergewöhnlicher Bedarf** abgedeckt wird – z. B. Krankheits- oder Pflegekosten – dagegen nach § 33 EStG. (2) Die **Abgrenzung** der typischen von den untypischen Unterhaltsaufwendungen richtet sich nach deren **Anlass** und **Zweckbestimmung**, nicht nach deren Zahlungsweise. Die Abfindung der Unterhaltsansprüche des geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten fällt daher auch dann unter § 33a Abs. 1 EStG, wenn der Steuerpflichtige dazu verpflichtet ist.

BFH, Urteil v. 19. 6. 2008 - III R 57/05, BStBl 2009 II S. 365[FAAAC-92242]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 10. 11. 2004 - 14 K 3586/02

- Ist der Steuerpflichtige der Ansicht, Unterhaltsaufwendungen könnten **unabhängig vom Alter** des Kindes im Rahmen des Ausbildungsfreibetrages nach § 33a Abs. 2 EStG geltend gemacht werden und schenkt er deshalb der Rubrik des Erklärungsvordrucks „Unterhalt für bedürftige Personen“, in der detaillierte Angaben zur unterhaltsbedürftigen Person, zu dessen Einkommensverhältnissen und zu Art und Höhe des Unterhalts zu machen sind, keine Beachtung und nimmt dort keine Eintragungen vor, ist dies als grobes Verschulden i. S. von § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO zu werten.

BFH, Urteil v. 20. 11. 2008 - III R 107/06[KAAAD-10730]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 4. 5. 2006 - 14 K 90/02

- Hat das Finanzgericht die auf die einkommensteuerrechtliche Berücksichtigung der Unterhaltsleistungen gerichtete Klage abgewiesen, weil der Kläger keine ausreichenden Zahlungsnachweise über die geltend gemachten Unterhaltsleistungen erbracht hat (die Bescheinigungen über den Geldempfang waren zwischen 6 und 11 Monate nach der Geldübergabe ausgestellt worden, die Bescheinigungen enthielten keine Angaben über die Währung der darin angegebenen Geldbeträge, die Übergabe des Geldes an die Geldboten war nicht dokumentiert worden), hat es seine Überzeugungsbildung nachvollziehbar begründet. Letztlich wendet sich der Kläger gegen die inhaltliche Richtigkeit der Vorentscheidung und macht materiell-rechtliche Fehler des FG-Urteils geltend. Damit kann aber die Zulassung der Revision nicht erreicht werden.

BFH, Beschluss v. 29. 1. 2009 - VI B 148/08[TAAAD-19816]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 6. 2008 - 6 K 970/06

- (1) Der Abzug von Unterhaltsaufwendungen gem. § 33a Abs. 1 EStG setzt neben der **Bedürftigkeit** des Unterstützungsempfängers insbesondere den **Nachweis** der entsprechenden Zahlungen durch den Steuerpflichtigen voraus. Welche Beweismittel zum Nachweis erforderlich sind, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. Auch wenn das Finanzgericht gem. § 96 Abs. 1 Satz 1 FGO nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung entscheidet und ihm als Tatsacheninstanz die Auswahl und Gewichtung der erforderlichen Beweismittel obliegt, hat es die erhöhte Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen nach § 90 Abs. 2 AO zu berücksichtigen. (2) Im Falle des **Zusammenlebens mehrerer unterstützter Personen** in einem Haushalt ist grds. nicht darauf abzustellen, an welchen Angehörigen Beträge überwiesen oder übergeben wurden. Einheitliche Unterhaltsleistungen, die für den Unterhalt einer solchen Personengruppe bestimmt sind, sind vielmehr nach einem allgemeinen Maßstab aufzuteilen.

BFH, Beschluss v. 25. 3. 2009 - VI B 152/08[RAAAD-20465]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 6. 2008 - 6 K 1921/06

- Der für den Abzug von Unterhaltszahlungen an Angehörige in der **Türkei** als außergewöhnliche Belastungen erforderliche **Nachweis** der Unterhaltsbedürftigkeit und der Geldübergabe ist nicht erbracht, wenn widersprüchliche und teilweise falsche Angaben in der Unterhalts-

erklärung und der Empfangsbestätigung auf vorformulierte und von den Empfängern ohne Prüfung ihres Inhalts unterzeichnete Erklärungen schließen lassen.

FG Düsseldorf, Urteil v. 27. 5. 2009 - 12 K 4495/08 E[MAAAD-28831]

- Auch wenn ein Elternteil die Unterhaltsverpflichtung für die beim **anderen Elternteil** lebenden **minderjährigen Kinder** nicht um das ihm hälftig zugerechnete, aber an den anderen Elternteil ausgezahlte **Kindergeld** mindern konnte und die Günstigerprüfung i. S. von § 31 EStG ergibt, dass die gebotene steuerliche Freistellung des **Existenzminimums** der Kinder durch das ausgezahlte Kindergeld bewirkt worden ist, hat der Elternteil keinen Anspruch darauf, dass die **Unterhaltszahlungen** für die Kinder im Rahmen der Einkommensteuerfestsetzung abgezogen werden; ein derartiger Anspruch besteht weder nach § 32 Abs. 6 noch nach § 33a Abs. 1 EStG noch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten.

FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 26. 8. 2009 - 15 K 10511/06 B[XAAAD-32380]

- (1) Bei der Ermittlung der nach § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG anrechenbaren Einkünfte kommt es grds. **nicht** darauf an, ob die Einkünfte dem Unterhaltsberechtigten zur Bestreitung des Unterhalts **tatsächlich zur Verfügung stehen**. (2) Das Bestehen einer Unterhaltsverpflichtung auf Seiten der unterstützten Personen muss jedenfalls dann außer Betracht bleiben, wenn es dabei um den Unterhalt für ein Kind geht, für das die unterstützte Person oder eine andere Person **Anspruch auf Kindergeld** hat.

FG Hessen, Urteil v. 12. 11. 2009 - 3 K 3701/06[HAAAD-40562]

- (1) Unterhaltsleistungen eines Steuerpflichtigen an seine mit ihm in einer Haushaltsgemeinschaft lebende, mittellose **Lebenspartnerin** sind **ohne Berücksichtigung der sog. Opfergrenze** als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbar (Anschluss an BFH, Urteil v. 29. 5. 2008 - III R 23/07, BStBl 2009 II S. 363). (2) Gehört der Haushaltsgemeinschaft ein **unterhaltsberechtigtes Kind** an, sind die für Unterhaltsleistungen zur Verfügung stehenden Mittel um den nach § 32 Abs. 6 Satz 2 EStG bemessenen **Mindestunterhaltsbedarf** des Kindes zu kürzen. (3) Der **Mindestunterhalt** ist in Höhe des **doppelten Freibetrags** für das **sächliche Existenzminimum** des Kindes anzusetzen. § 1612a Abs. 1 Satz 3 BGB kommt entsprechend zur Anwendung.

BFH, Urteil v. 17. 12. 2009 - VI R 64/08, BStBl 2010 II S. 343[MAAAD-37702]

Vorinstanz: FG Thüringen, Urteil v. 7. 5. 2008 - IV 700/06

- (1) Unterhaltsaufwendungen sind nur dann zwangsläufig, wenn die unterhaltene Person außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Grds. ist das **volljährige Kind** verpflichtet, seinen **Vermögensstamm** im Rahmen des Zumutbaren zu verwerten, bevor es seine Eltern auf Unterhalt in Anspruch nimmt. (2) Ein schwerbehindertes Kind, das angesichts der Schwere und der Dauer seiner Erkrankung seinen Grundbedarf und behinderungsbedingten Mehrbedarf nicht selbst zu decken in der Lage ist, darf zur Altersvorsorge **maßvoll Vermögen bilden** (Anschluss an BFH, Urteil v. 30. 10. 2008 - III R 97/06, BFH/NV 2009 S. 728). (3) Die das eigene Vermögen des Unterhaltsempfängers betreffende Bestimmung des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG kommt im Rahmen des § 33 EStG **nicht** eigens zur Anwendung. (4) Im Fall der **Übertragung** des **Behinderten-Pauschbetrags** kann der Steuerpflichtige Aufwendungen für sein behindertes Kind gem. § 33 EStG zusätzlich abziehen.

BFH, Urteil v. 11. 2. 2010 - VI R 61/08, BStBl 2010 II S. 621[IAAAD-43401]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 22. 5. 2008 - 1 K 50225/04

- (1) Bei Ermittlung des für den Unterhaltshöchstbetrag schädlichen Vermögens sind **Verbindlichkeiten** und Verwertungshindernisse vom Verkehrswert der aktiven **Vermögensgegenstände**, der mit dem gemeinen Wert nach dem BewG zu ermitteln ist, in Abzug zu bringen (**Nettovermögen**). (2) Die **Bodenrichtwerte** nach dem BauGB sind für die Ermittlung des Verkehrswertes von Grundvermögen i. S. des § 33a EStG nicht verbindlich.

BFH, Urteil v. 11. 2. 2010 - VI R 65/08, BStBl 2010 II S. 628[YAAAD-41002]Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 5. 12. 2006 - I 315/2004

- Aufwendungen für Unterhalt und Berufsaufwendungen eines Kindes, das die Altersgrenze für das Kindergeld überschritten hat, können im Lohnsteuerermäßigungsverfahren über § 33a Abs. 1, § 39a Abs. 1 Nr. 3 EStG berücksichtigt werden.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 29. 3. 2010 - 3 V 5084/09[DAAAD-44483]
- Nach der Rechtsprechung sowohl des III. Senats als auch des VI. Senats ist nur ein Vermögen von bis zu **15.500 €** regelmäßig **gering** i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG. Auf die Rechtsfrage, ob gegebenenfalls die Berücksichtigung eigenen Vermögens der unterhaltenen Person i. S. der bürgerlich-rechtlichen Begriffe zu beurteilen und zu würdigen ist, kommt es im Streitfall daher nicht an. Ebenso kann offenbleiben, ob die seit mehr als 20 Jahren geltende Vermögensgrenze in Höhe von ehemals 30.000 DM und gegenwärtig 15.500 € möglicherweise für künftige Veranlagungszeiträume anzupassen ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil nach § 12 Abs. 2 SGB II in der ab 17. 4. 2010 geltenden Fassung auch die Vermögensgrenzen für verwertbare Vermögensgegenstände im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende neu geregelt wurden. So beträgt nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. mit Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 3 SGB II der Grundfreibetrag gestaffelt nach Altersklassen nunmehr höchstens 10.050 € und der Schonbetrag für Altersvorsorgevermögen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 i. V. mit Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 3 SGB II 750 € je vollendetem Lebensjahr des Hilfebedürftigen, höchstens aber 50.250 €.
BFH, Beschluss v. 28. 4. 2010 - VI B 142/09[DAAAD-45416]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 11. 9. 2009 - 1 K 1343/08
- (1) Voraussetzung für die Annahme einer gesetzlichen Unterhaltsberechtigung i. S. des § 33a Abs. 1 EStG ist die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsempfängers i. S. des § 1602 BGB. Nach der sog. **konkreten Betrachtungsweise** kann die Bedürftigkeit des Unterhaltsempfängers nicht typisierend unterstellt werden (**Änderung der Rechtsprechung**, BFH, Urteil v. 18. 5. 2006 - III R 26/05, BStBl 2007 II S. 108). (2) Die konkrete Betrachtungsweise führt dazu, dass die **zivilrechtlichen Voraussetzungen** eines Unterhaltsanspruchs (§§ 1601–1603 BGB) vorliegen müssen und die **Unterhaltskonkurrenzen** (§§ 1606, 1608 BGB) zu beachten sind. (3) Bei **landwirtschaftlich tätigen Angehörigen** greift die widerlegbare Vermutung, dass diese nicht unterhaltsbedürftig sind, soweit der landwirtschaftliche Betrieb in einem nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates **üblichen Umfang und Rahmen** betrieben wird (Bestätigung des BFH-Urteils v. 13. 3. 1987 - III R 206/82, BStBl 1987 II S. 599).
BFH, Urteil v. 5. 5. 2010 - VI R 29/09, BStBl 2011 II S. 116[AAAAD-49286]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 20. 5. 2008 - 6 K 1542/07
- (1) Unterhalten die unterstützten **Angehörigen** einen **landwirtschaftlichen Betrieb** in einem nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates üblichen Umfang und Rahmen, besteht eine widerlegbare Vermutung, dass die dem **Haushalt** angehörenden Familienmitglieder nicht unterhaltsbedürftig sind (Anschluss an das BFH-Urteil v. 13. 3. 1987 - III R 206/82, BStBl 1987 II S. 599). (2) Die **Verschonungsregelung** des § 13a EStG ist ungeeignet, Erträge aus im Ausland befindlichen landwirtschaftlichen Betrieben zu verproben. (3) Unterhaltszahlungen können nicht auf Monate vor ihrer Zahlung zurückbezogen werden; der Höchstbetrag nach § 33a Abs. 1 EStG ist daher **zeitanteilig zu kürzen**, wenn bei laufenden Unterhaltszahlungen die erste Zahlung erst im **Laufe des Jahres** erfolgt.
BFH, Urteil v. 5. 5. 2010 - VI R 40/09, BStBl 2011 II S. 164[YAAAD-52054]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 19. 6. 2008 - 6 K 838/06
- Für die Frage, ob § 33a Abs. 1 EStG den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Freistellung des Familienexistenzminimums genügt, genügt es, dass § 33a Abs. 1 EStG den Abzug von Unterhaltsleistungen jedenfalls mindestens in Höhe des **sozialhilferechtlichen Existenzminimums** ermöglicht.
BFH, Urteil v. 17. 6. 2010 - III R 17/09[ZAAAD-59916]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 17. 2. 2009 - 12 K 1075/08

- (1) Ein **eigengenutztes Wohnhaus** ist ebenso wie ein Angehörigen überlassenes Wohnhaus als Vermögen des Unterhaltsempfängers mit dem **Verkehrswert** zu berücksichtigen (entgegen R 33a.1 EStR). (2) Der **Wert des Vermögens** einer unterhaltenen Person ist i. d. R. bis zu einem Wert von **15.500 €** gering; diese Wertgrenze ist bei Zahlungen ins Ausland entsprechend der sog. Ländergruppeneinteilung an die **Verhältnisse des Wohnsitzstaates** der unterhaltenen Person anzupassen. (3) Leben mehrere Unterhaltsempfänger zusammen, ist eine Aufteilung einheitlicher Unterhaltszahlungen nur möglich, wenn diese gewissermaßen „aus einem Topf“ wirtschaften.
BFH, Urteil v. 30. 6. 2010 - VI R 35/09, BStBl 2011 II S. 267[TAAAD-55216]
Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 20. 5. 2008 - 6 K 1156/07
- § 33a Abs. 1 EStG erfasst nur **übliche, typische Aufwendungen** zur Bestreitung des Lebensunterhalts der unterstützten Person.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 5. 10. 2010 - 1 K 1577/10[FAAAD-60464]
- Bei **behinderten Kindern** kommt zum Grundbedarf ein **individueller behinderungsbedingter Mehraufwand** hinzu, den gesunde Kinder nicht haben. Dazu gehören – in den Grenzen der Angemessenheit – alle mit einer Behinderung unmittelbar und typisch zusammenhängenden außergewöhnlichen Belastungen.
FG Berlin, Urteil v. 14. 2. 2011 - 4 K 4137/09[FAAAD-80805]
- (1) **Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften** sind bei der Berechnung, ob die Unterhaltsleistungen an die volljährigen unverheirateten Kinder gem. § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG wegen ausreichend verfügbarer Nettoeinkünfte als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig sind (sog. Prüfung der Opfergrenze), zu berücksichtigen (gleicher Ansicht: BMF, Schreiben v. 7. 6. 2010, S 2285, BStBl 2010 I S.582). (2) Die **Opfergrenze** ist auch zu beachten, wenn das verfügbare **Nettoeinkommen** durch eine einzige Einkunftsquelle **negativ** wird.
FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 14. 9. 2011 - 14 K 8290/09[CAAAD-98079]
- (1) Unterhaltsaufwendungen eines Steuerpflichtigen an die **Mutter** eines gemeinsamen Kindes können unter Umständen auch noch **nachträglich nach Bestandskraft** des Einkommensteuerbescheides steuermindernd geltend gemacht werden. (2) Für das Jahr 2008 stellt es kein grobes Verschulden dar, dass der Steuerpflichtige die Unterhaltsaufwendungen nicht bereits in der elektronisch mit **ElsterFormular** abgegebenen Steuererklärung angegeben hat.
FG Hamburg, Urteil v. 27. 9. 2011 - 1 K 43/11[BAAAD-95457]
- Im Regelfall ist von der Annahme auszugehen, dass die **Unterhaltsleistungen** der kindergeldberechtigten Eltern für das in ihrem Haushalt lebende behinderte Kind den **Kindergeldbetrag** übersteigen. Es spricht viel dafür, diese in R 33a Abs. 1 Satz 4 und 5 EStR zum Ausdruck kommende, den gesetzlichen Regelungen folgende Wertung zumindest der Sache nach bei der Ermessensausübung im Rahmen des § 74 Abs. 1 EStG zu berücksichtigen. Dies hat indes zur Folge, dass eine Abzweigung ausgeschlossen ist.
FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 10. 11. 2011 - 5 K 33/11[WAAAE-06012]
- (1) Die Berechnung der nach § 33a EStG abziehbaren Unterhaltsleistungen ist bei **Selbständigen** auf der Grundlage eines **Dreijahreszeitraums** vorzunehmen. (2) **Steuerzahlungen** sind von dem hiernach zugrunde zu legenden Einkommen grds. in dem Jahr abzuziehen, in dem sie gezahlt wurden.
BFH, Urteil v. 28. 3. 2012 - VI R 31/11, BStBl 2012 II S. 769[UAAAE-10339]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 20. 4. 2011 - 2 K 1565/10
- Eine **Kürzung von Einkünften** der Eltern um Unterhaltsleistungen an Kinder kommt nur in Betracht, wenn eine gesetzliche Pflicht zu entsprechenden Zahlungen besteht. Für die Frage, in welcher Höhe die Einkünfte und Bezüge eines gegenüber seinem Kind grds. unterhaltsverpflichteten Steuerpflichtigen für die Berechnung des nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbaren Betrags für Unterhaltsleistungen an seine **Lebensgefährtin** anzusetzen sind, werden insoweit vorausgesetzt eine aufgrund der Einkommensverhältnisse tatsächlich bestehende Un-

terhaltsverpflichtung und -leistung, was bedeutet, dass der an das Kind zu leistende Betrag dem Steuerpflichtigen nicht für weitere Unterhaltszahlungen an die Lebensgefährtin zur Verfügung steht.

BFH, Beschluss v. 16. 4. 2012 - VI B 136/11[TAAAE-14528]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 30. 11. 2011 - 2 K 137/11

- (1) Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltsaufwendungen setzt voraus, dass die **tatsächlichen Zahlungen** und die **Bedürftigkeit** des Zahlungsempfängers vom Steuerpflichtigen nachgewiesen werden. (2) Bei Unterhaltszahlungen an Empfänger im **Ausland** ist die Bedürftigkeit durch vollständig ausgefüllte **Bedürftigkeitsbescheinigungen** nachzuweisen. (3) Bargeldzahlungen an Unterhaltsempfänger im Ausland können durch vollständig ausgefüllte **Empfängerbestätigungen** nachgewiesen werden. Nachträglich ausgestellte oder zusammengefasste Empfängerbestätigungen haben keinen Beweiswert.

FG München, Urteil v. 24. 5. 2012 - 10 K 1381/11[DAAAE-21015]

- (1) Unterhaltsaufwendungen können nur dann als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, wenn sie in einem **angemessenen Verhältnis** zum Nettoeinkommen des Leistenden stehen. (2) Zum **Nettoeinkommen** gehören im Wesentlichen alle steuerpflichtigen Einkünfte und alle steuerfreien Einnahmen. (3) Das Nettoeinkommen ist um den in § 7g EStG geregelten **Investitionsabzugsbetrag** zu erhöhen.

BFH, Urteil v. 6. 2. 2014 - VI R 34/12[FAAAE-68646] Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 24. 4. 2012 - 15 K 234/11

- (1) Es entspricht der Lebenserfahrung, dass die zur Verfügung stehenden Mittel unter in einer **Haushaltsgemeinschaft** lebenden Personen **gleichmäßig** verteilt werden (vgl. BFH, Urteil v. 29. 5. 2008 - III R 23/07, BStBl 2009 II S. 363). (2) Lebt der von den Eltern mit einer regelmäßigen monatlichen Überweisung von 200 € unterstützte **unterhaltsberechtigter Sohn** in einer **Haushaltsgemeinschaft** mit seiner über regelmäßige Einkünfte (ca. 32.000 € p.a.) verfügenden **Lebensgefährtin**, kann ungeachtet **unregelmäßiger Barzahlungen der Eltern** in unterschiedlicher Höhe ohne detaillierte Nachweise zu den Abrechnungsmodalitäten der Lebensgemeinschaft nicht davon ausgegangen werden, dass jeder Lebenspartner für seine Lebenshaltungskosten jeweils selbst aufgekommen sei. (3) Es ist nicht zu beanstanden, dass in diesem Fall der Anteil der **Lebensgefährtin** am Gesamtbetrag der Leistungen mit 8.004 € geschätzt und der **Aufteilung** des nach § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG berücksichtigungsfähigen Betrages bei mehreren Verpflichteten nach Maßgabe des § 33a Abs. 1 Satz 7 EStG zugrunde gelegt wird.

FG Düsseldorf, Urteil v. 26. 3. 2014 - 7 K 3168/13 E[ZAAAE-69591]

- Für die **Abzugsfähigkeit** von Unterhaltszahlungen sind die **Zahlungen** und die **Bedürftigkeit** des Zahlungsempfängers nachzuweisen. Bargeldzahlungen müssen vom Empfänger bestätigt werden.

FG Hamburg, Urteil v. 24. 6. 2014 - 6 K 26/12[GAAAE-72771]

- Das die **Geringfügigkeitsgrenze** für den Abzug von Unterhaltsleistungen als außergewöhnliche Belastung überschreitende **Aktivvermögen** der unterhaltenen Person kann nicht um Verbindlichkeiten aus einem **Ausbildungsdarlehen** der Eltern gemindert werden, wenn über die gewährten Leistungen zur Studienfinanzierung kein steuerlich anzuerkennender Darlehensvertrag geschlossen worden ist, der – vergleichbar mit Ausbildungsdarlehen des BAFöG-Amtes oder von Kreditinstituten - Regelungen über die Höhe des Darlehens, die genaue Laufzeit, eine etwaige Verzinsung und die Rückzahlungsmodalitäten enthält.

FG Düsseldorf, Urteil v. 10. 9. 2014 - 7 K 1257/14 E[OAAAE-766996]

- Der Steuerpflichtige hat die **Voraussetzungen** für den Abzug von Unterhaltszahlungen gem. § 33a Abs. 1 EStG **nachzuweisen**, und zwar neben der Bedürftigkeit des Unterstützungsempfängers insbesondere auch die **tatsächlichen Zahlungen**. Gem. § 90 Abs. 2 AO sind bei Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende Unterstützungsempfänger die Beteiligten in beson-

derem Maße verpflichtet, bei der **Aufklärung** mitzuwirken und die erforderlichen **Beweismittel** zu beschaffen. Insbesondere müssen **Bedürftigkeitsbescheinigungen** erwachsener Unterhaltsempfänger detaillierte Angaben über vor dem Beginn der Unterstützung bezogene Einkünfte enthalten. Im Hinblick auf die nur eingeschränkte Überprüfbarkeit eines im Ausland verwirklichten Sachverhalts sind umfassende Angaben dazu unerlässlich. Grds. ist es zumutbar, vollständig ausgefüllte Bescheinigungen vorzulegen.

BFH, Urteil v. 7. 5. 2015 - VI R 32/14 [OAAAE-94255]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 12. 2. 2014 - 5 K 487/11

- Eigenes, nicht nur geringfügiges Vermögen i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG liegt vor, wenn das **Nettovermögen 15.500 €** nicht überschreitet.
FG Münster, Urteil v. 10. 6. 2015 - 9 K 3230/14 E [AAAAE-98094]

35. Unterhalts-Höchstbetrag

- Unterhaltsbeträge, die einheitlich an **mehrere Unterhaltsberechtigte** geleistet wurden, sind im Rahmen des § 33a Abs. 1 EStG stets nach **Kopfteilen** aufzuteilen.

BFH, Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 136/80, BStBl 1982 II S. 776[EAAAAB-02531]

- (1) Die im BMF-Schreiben v. 26.10.1979 (BStBl 1979 I S. 622) getroffene Regelung, nach der **notwendige und angemessene Unterhaltsleistungen** an Empfänger im **Ausland** teilweise nur mit 1/3 oder 2/3 des in § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG genannten Höchstbetrages zu berücksichtigen sind, sind aus Gründen der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen auch von den Steuergerichten zu beachten, soweit sie im Einzelfall offensichtlich nicht zu einem falschen Ergebnis führt. (2) Es ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn das Finanzgericht diese grds. erst ab dem Veranlagungszeitraum 1979 anzuwendende Verwaltungsregelung der Schätzung des notwendigen und angemessenen Unterhaltsbedarfs von Empfängern im Ausland auch für frühere Jahre zugrunde legt, soweit der Steuerpflichtige hiergegen keine zulässigen und begründeten Revisionsrügen vorbringt.

BFH, Urteil v. 30. 7. 1982 - VI R 257/80, BStBl 1982 II S. 779[AAAAB-02532]

- Für die steuerliche Anerkennung von **Paketsendungen** an Bewohner der **DDR** ist die Anweisung der Finanzverwaltung zu beachten, dass für jedes Paket, dessen Absendung der Steuerpflichtige nachweist oder glaubhaft macht, **ohne Prüfung der tatsächlichen Aufwendungen** ein Betrag von **30 DM** anzuerkennen ist, soweit der Steuerpflichtige keinen höheren Wert nachweist. Höhere Aufwendungen sind nur anzuerkennen, wenn der Steuerpflichtige den Wert seiner Paketsendungen in einem Kalenderjahr insgesamt im Einzelnen nachweist oder glaubhaft macht.

BFH, Urteil v. 9. 12. 1983 - VI R 196/81, BStBl 1984 II S. 309[UAAAAB-02877]

- (1) Es verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG, dass Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Ehegatten nicht als Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG (1979) abziehbar sind. (2) Die **Begrenzung der Abziehbarkeit** von Unterhaltsleistungen auf einen Betrag von 3 600 DM in § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG (1979) ist für das Jahr 1980 verfassungsgemäß.

BFH, Urteil v. 25. 3. 1986 - IX R 4/83, BStBl 1986 II S. 603[SAAAAA-97922]

- (1) Der **Höchstbetrag** nach § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG ist in der für die Jahre 1984 und 1985 geltenden Fassung verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (Anschluss an BFH, Urteil v. 25. 3. 1986 - IX R 4/83, BStBl 1986 II S. 603). (2) Bis zum Inkrafttreten des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 war der Kinderlastenausgleich vorrangig als sozialrechtliche und nicht als steuerrechtliche Regelung ausgestaltet. Es unterliegt daher nicht der abschließenden Beurteilung durch die Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit, ob der Gesetzgeber dem Gebot, die Minderung der Leistungsfähigkeit durch Aufwendungen für den Unterhalt von Kindern zu

beachten, bei Wiedereinführung des Kinderfreibetrages durch § 32 Abs. 8 EStG i. d. F. des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 in angemessener Weise nachgekommen ist. (3) Es kann dahinstehen, ob die in den Jahren 1984 und 1985 geltenden **Ausbildungsfreibeträge** wegen unangemessener Abzugsgrenzen verfassungswidrig sind, da eine Aussetzung der Vollziehung darauf beruhender Einkommensteuerbescheide mangels eines insoweit erforderlichen berechtigten Interesses der Antragsteller an der Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes nicht in Betracht kommt.

BFH, Beschluss v. 6. 11. 1987 - III B 101/86, BStBl 1988 II S. 134[CAAAA-92476]

- Leistet ein Steuerpflichtiger an mehrere, in einem gemeinsamen Haushalt lebende und **gleichrangig unterhaltsberechtigte Personen** einheitlich Unterhaltsbeträge, sind diese auf die Unterhaltsempfänger gleichmäßig **nach Köpfen** aufzuteilen. Voraussetzung ist dabei, dass die Unterhaltsempfänger nicht andere eigene Einkünfte oder Bezüge haben, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind (Anschluss an BFH-Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 136/80, BStBl 1982 II S. 776).

BFH, Urteil v. 30. 6. 1989 - III R 258/83, BStBl 1989 II S. 1009[WAAAA-97763]

- Die Aufteilung einheitlich geleisteter Unterhaltsbeträge auf die einzelnen Unterhaltsempfänger ist in § 33a Abs. 1 EStG nicht ausdrücklich geregelt. Der Gesetzgeber hat in § 33a Abs. 1 EStG bewusst eine stark typisierende Regelung getroffen. Die Unterhaltshöchstbeträge sind für alle Bedürftigen ohne Rücksicht auf deren persönlichen Verhältnisse und Lebensalter **in gleicher Höhe** festgelegt. Darum sind an mehrere Unterhaltsempfänger einheitlich erbrachte Unterhaltsleistungen ohne Rücksicht auf einen etwa unterschiedlichen Unterhaltsbedarf des einzelnen Unterhaltsempfängers gleichmäßig **nach Köpfen** aufzuteilen.

BFH, Urteil v. 30. 6. 1989 - III R 149/85[YAAAB-30796]

- Aufwendungen für den **Besuch eines Angehörigen** aus der **DDR** und Berlin (Ost) können nach den noch bestehenden Verwaltungsanweisungen gem. § 33a Abs. 1 EStG ohne Einzelnachweis mit **10 DM pro Tag** berücksichtigt werden. Es sind keine Gründe ersichtlich, die es rechtfertigen würden, diesen Pauschbetrag ab 1986 – entsprechend der Erhöhung des Abzugshöchstbetrages in § 33a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG von 3 600 DM auf 4 500 DM – von Gerichts wegen zu erhöhen.

BFH, Beschluss v. 5. 7. 1990 - III B 35/89, BStBl 1990 II S.782[EAAAA-93388]

- Unterhaltsleistungen eines Ehegatten an den von ihm nicht dauernd getrennt lebenden, nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen anderen **Ehegatten** können als außergewöhnliche Belastung gem. § 33a Abs. 1 EStG abziehbar sein. Die Höhe des Abzuges hängt, wenn ein Steuerpflichtiger an mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende und gleichrangig unterhaltsberechtigte Personen einheitlich Unterhaltsbeträge leistet, von der **Anzahl dieser Personen** ab. Dem typisierenden Charakter des § 33a Abs. 1 EStG entspricht es, an mehrere Unterhaltsempfänger einheitlich erbrachte Unterhaltsleistungen ohne Rücksicht auf einen etwa unterschiedlichen Unterhaltsbedarf **gleichmäßig nach Köpfen** aufzuteilen

BFH, Urteil v. 27. 7. 1990 - III R 90/87[QAAAB-31509]

- Bei der Beurteilung, ob Aufwendungen für Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende Angehörige ihrer Höhe nach angemessen und notwendig sind, ist auf den **inneren Wert der Zahlungen**, gemessen an den **Lebenshaltungskosten im Heimatland** der Unterstützungsempfänger, abzustellen. Der Tatsache, dass für den Unterhalt und die Ausbildung seiner Kinder tatsächlich Aufwendungen in erheblich höherem Umfang getragen hat, kommt keine entscheidende Bedeutung zu. Im Hinblick auf den stark typisierenden Charakter der in § 33a Abs. 1 EStG getroffenen Regelung können Unterhaltsleistungen ? unabhängig davon, in welcher Höhe sie tatsächlich entstehen ? nur mit dem maßgebenden Höchstbetrag steuerlich Berücksichtigung finden (vgl. BFH, Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 136/80, BStBl 1982 II S. 776).

BFH, Urteil v. 5. 10. 1990 - III R 38/87[XAAAB-31495]

- Unterstützt der Steuerpflichtige einheitlich einen **Kreis** unterhaltsberechtigter, in einem Haushalt **zusammenlebender Personen**, sind die Zahlungen zur Berechnung des Unterhaltsfreibetrags nach § 33a Abs. 1 EStG in Veranlagungszeiträumen ab 1986 auf Personen unter 18 Jahre einerseits und ältere Personen andererseits grds. im Verhältnis der für diese Personengruppen jeweils geltenden Unterhaltshöchstbeträge aufzuteilen.
BFH, Urteil v. 22. 1. 1993 - III R 4/92, BStBl 1993 II S. 493[JAAAA-94503]
- **Einheitliche Unterhaltszahlungen an mehrere** in einem Haushalt zusammenlebende Personen sind zur Berechnung des Unterhaltsfreibetrags nach § 33a Abs. 1 EStG in Veranlagungszeiträumen ab 1986 so aufzuteilen, dass sie dem Verhältnis der gesetzlichen Unterhaltshöchstbeträge für Personen unter 18 Jahre einerseits und für Personen über 18 Jahre andererseits entsprechen.
BFH, Urteil v. 19. 2. 1993 - III R 42/92, BStBl 1993 II S. 495[TAAAA-94504]
- (1) Bei einheitlicher Unterstützung in einem Haushalt **zusammenlebender Personen** ist im Rahmen von § 33a Abs. 1 EStG der gezahlte **Gesamtbetrag** nach einem allgemeinen Maßstab **aufzuteilen**. (2) Zur Ermittlung des auf die nicht gesteigert unterhaltsberechtigten Personen entfallenden Unterstützungsbetrages ist dabei für die ab 1986 geltende Rechtslage grds. von einer unterschiedslosen **Aufteilung nach Köpfen** auszugehen (Anschluss an BFH, Urteil v. 14. 5. 1982 - VI R 136/80, BStBl 1982 II S. 776). (3) Unterstützt der Steuerpflichtige ein im **Ausland** bei seinen **Schwiegereltern** lebendes eigenes minderjähriges **Kind** zusammen mit diesen, steht ihm neben dem Unterhaltsfreibetrag für die Schwiegereltern für das Kind ein Unterhaltsfreibetrag nach § 33a Abs. 1 EStG und ggf. ein Ausbildungsfreibetrag nach § 33a Abs. 2 EStG zu.
BFH, Urteil v. 12. 11. 1993 - III R 39/92, BStBl 1994 II S. 731[ZAAAA-94982]
- Für Unterhaltszahlungen an ausländische Empfänger kann die Kürzung des Höchstbetrages der abziehbaren außergewöhnlichen Belastung sachgerechterweise nur nach den im Jahr der Zahlung herrschenden **Verhältnissen im Wohnsitzstaat** bemessen werden. Dabei ist das Gericht nicht an die Ländergruppeneinteilung der Finanzverwaltung gebunden.
FG Düsseldorf, Urteil v. 29. 1. 2003 - 7 K 6030/00 E[MAAAB-07608]
- Unterhaltsaufwendungen an den **im Ausland wohnenden Ehegatten** sind gem. § 33a Abs. 1 Satz 5 EStG 1997 nur insoweit abzugsfähig, als sie nach den **Verhältnissen des Wohnsitzstaates** notwendig und angemessen sind. Auf die **konkreten Lebenshaltungskosten** am Wohnort ist nicht abzustellen.
BFH, Urteil v. 22. 2. 2006 - I R 60/05, BStBl 2007 II S. 106[UAAAB-91041]
Vorinstanz: FG München, Urteil v. 15. 4. 2005 - 8 K 3460/02
- Ist eine unterhaltene Person nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, können die Aufwendungen nur abgezogen werden, soweit sie nach den **Verhältnissen des Wohnsitzstaates** der unterhaltenen Person – im Streitfall Rumänien – notwendig und angemessen sind. Nach ständiger Rechtsprechung des BFH bietet die sog. **Ländergruppeneinteilung** des BMF einen zu beachtenden Maßstab, sofern sie im Einzelfall nicht zu einem offensichtlich unzutreffenden Ergebnis führt.
FG München, Urteil v. 13. 11. 2009 - 6 K 455/09[WAAAD-47984]
- (1) Nach § 33a Abs. 1 Satz 5 1. Halbsatz EStG können Aufwendungen für nicht unbeschränkt steuerpflichtige unterhaltene Personen abgezogen werden, soweit sie nach den **Verhältnissen des Wohnsitzstaates** der Unterhaltenen **notwendig und angemessen** sind. (2) Die sog. **Ländergruppeneinteilung** (vgl. für 2007 BMF, Schreiben v. 11. 11. 2003, BStBl 2003 I S. 637; für 2008 BMF, Schreiben v. 9. 9. 2008, BStBl 2008 I S. 936) bietet dafür einen auch vor den FG grundsätzlich zu beachtenden Maßstab. (3) Mit der Ländergruppeneinteilung wird der Regelungsgehalt des § 33a Abs. 1 Satz 5 EStG im Wege der **Schätzung** konkretisiert. (4) Die **Typisierung** ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, die insoweit angewandten Berechnungsmethoden des BMF sind verfassungsrechtlich unbedenklich.

FG Niedersachsen, Urteil v. 16. 3. 2010 - 15 K 14414/09[TAAAD-51892]

- (1) Der BFH kann mit Einverständnis der originär Beteiligten auch dann ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn das dem Verfahren beigetretene BMF auf eine solche nicht verzichtet hat. (2) Der Abzug von Unterhaltsaufwendungen an **im Ausland lebende Eltern** als außergewöhnliche Belastung entfällt trotz entsprechender amtlicher Unterhaltsbescheinigung, wenn die **Unterhaltsbedürftigkeit** der Eltern **nicht glaubhaft** ist. (3) Reichen die vom Steuerpflichtigen, der angibt, einziger Unterhaltszahler zu sein, gezahlten Beträge nicht aus, um den **gesamten Lebensbedarf** der Eltern zu decken, müssen diese noch über **andere Einnahmen** verfügen, die sie verschwiegen haben. Damit entfällt die Glaubwürdigkeit der Unterhaltsbescheinigungen. (4) **Zahlungen**, die zum **Jahresende** geleistet worden sind, dürfen zwar wegen des Prinzips der Abschnittsbesteuerung den Gesamtbetrag der Einkünfte dieses Jahres nur anteilig mindern (Anschluss an BFH, Urteil vom 5. 5. 2010 - VI R 40/09[YAAAD-52054]). Sie stehen jedoch im **Folgejahr** zur Deckung des Lebensbedarfs zur Verfügung.

BFH, Urteil v. 11. 11. 2010 - VI R 16/09, BStBl 2011 II S. 966[QAAAD-59906]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 23. 10. 2007 - VI 120/2006

- (1) Die Ermittlung der **Angemessenheit** und **Notwendigkeit** von Unterhaltsleistungen an Unterhaltsempfänger im Ausland anhand des **Pro-Kopf-Einkommens** ist nicht zu beanstanden, weil die Lebensverhältnisse eines Staates dadurch realitätsgerecht abgebildet werden. (2) Ein steuerlich unzutreffendes Ergebnis bei der Anwendung der **Ländergruppeneinteilung** ist nicht zu beklagen, wenn die tatsächlichen Lebenshaltungskosten des Unterhaltsempfängers das Pro-Kopf-Einkommen seines Wohnsitzstaates übersteigen. Denn § 33a Abs. 1 Satz 5 EStG verlangt die Berücksichtigung der **durchschnittlichen Lebensverhältnisse** eines Staates insgesamt.

BFH, Urteil v. 25. 11. 2010 - VI R 28/10, BStBl 2011 II S. 283[RAAAD-60648]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 16. 3. 2010 - 15 K 14346/09

- (1) Die Ermittlung der **Angemessenheit** und **Notwendigkeit** von Unterhaltsleistungen an Unterhaltsempfänger im Ausland anhand des **Pro-Kopf-Einkommens** ist nicht zu beanstanden, weil die Lebensverhältnisse eines Staates dadurch realitätsgerecht abgebildet werden. (2) Ein steuerlich unzutreffendes Ergebnis bei der Anwendung der **Ländergruppeneinteilung** ist nicht zu beklagen, wenn die tatsächlichen Lebenshaltungskosten des Unterhaltsempfängers das Pro-Kopf-Einkommen seines Wohnsitzstaates übersteigen. Denn § 33a Abs. 1 Satz 5 EStG verlangt die Berücksichtigung der **durchschnittlichen Lebensverhältnisse** eines Staates insgesamt.

BFH, Urteil v. 25. 11. 2010 - VI R 29/10[FAAAD-61757]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 16. 3. 2010 - 15 K 14414/09

- Die **Aufteilung** des Abzugsbetrags nach § 33a Abs. 1 Satz 7 EStG findet ungeachtet dessen Anwendung, ob die weiteren Abzugsberechtigten einen Antrag auf Abzug ihres Anteils gem. § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG gestellt haben.

FG Münster, Urteil v. 28. 11. 2014 - 14 K 2477/12 E, U [AAAAE-83507]

36.

Eigene Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person

- (1) Unter die nach § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anzurechnenden „anderen“ Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind, fallen **alle Leistungen**, die **keine Unterhaltszahlungen** nach § 33a Abs. 1 EStG sind, auch wenn sie zusätzlich vom Unterstützungspflichtigen oder dessen Ehefrau erbracht werden. (2) Nach § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG sind **Leibrenten** in vollem Umfang auch dann anzurechnen, wenn das Rentenstammrecht entgeltlich erworben wurde.

BFH, Urteil v. 17. 10. 1980 - VI R 98/77, BStBl 1981 II S. 158[NAAAA-91577]

- Aufwendungen der Eltern für den Unterhalt ihres aufgrund seiner **Wehrpflicht** Wehrdienst leistenden Sohnes können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähige Unterhaltsaufwendungen sein, wenn die eigenen Einkünfte und Bezüge des Sohnes die in § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG festgesetzten Höchstbeträge nicht überschreiten. Als **eigene Bezüge** des Sohnes sind der **Wehrsold** und das **Weihnachtsgeld** anzusetzen; **Naturalleistungen** wie Verpflegung und Unterkunft sind mit den festgesetzten Sachbezugswerten zu erfassen.
BFH, Urteil v. 31. 7. 1981 - VI R 67/78, BStBl 1981 II S. 805[VAAAA-91677]
- Der von den **Rentenversicherungsträgern** einbehaltene **Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag der Rentner** gehört zu den nach § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anrechenbaren Bezügen.
FG Hessen, Urteil v. 30. 5. 1985 - 9 K 85/84, EFG 1985 S. 505
- (1) Unterhaltsleistungen, die einem in Berufsausbildung stehenden Kind von seinem **Ehegatten** gewährt werden, gehören zu den **anrechenbaren eigenen Bezügen** des Kindes, die zur Bestreitung seines Unterhalts oder seiner Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind. (2) Eigene Bezüge des Kindes eines Steuerpflichtigen mindern den **Ausbildungsfreibetrag** gem. § 33a Abs. 2 Satz 2 EStG unabhängig davon, zu welchem **Zeitpunkt** im Kalenderjahr der Berufsausbildung sie dem Kind **zugeflossen** sind (Anschluss an BFH, Urteil v. 23. 9. 1980 - VI R 53/79, BStBl 1981 II S. 92).
BFH, Urteil v. 7. 3. 1986 - III R 177/80, BStBl 1986 II S. 554[DAAAA-92201]
- Die im Rahmen der **Sozialhilfe** geleisteten Beträge für Krankenhilfe (§ 37 BSHG), häusliche Pflege (§ 69 Abs. 2 BSHG) und Mehrbedarf (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 BSHG) gehören nicht zu den gem. § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anrechenbaren anderen Bezügen von Unterhaltsempfängern.
BFH, Urteil v. 22. 7. 1988 - III R 253/83, BStBl 1988 II S. 830[SAAAA-92676]
- (1) Es verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG, dass Zahlungen aufgrund einer **Leibrente** bei den gem. § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anrechenbaren anderen Einkünften und Bezügen **ohne Abzug des Versorgungsfreibetrags** (§ 19 Abs. 2 EStG) anzusetzen sind. (2) Die **Begrenzung der Abziehbarkeit** von Unterhaltsleistungen auf 3600 DM in § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG und die Bemessung der Anrechnungsfreigrenze auf 4200 DM in § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG begegnen für den Veranlagungszeitraum 1981 nicht verfassungsrechtlichen Bedenken. (3) **Sozialhilfeleistungen** im Rahmen der Altenhilfe gem. § 75 Abs. 2 Nr. 3 BSHG (hier: sog. Telefonhilfe) und der Mehrbedarfszuschlag gem. § 23 Abs. 1 Nr. 1 BSHG gehören nicht zu den gem. § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anrechenbaren anderen Bezügen der Unterhaltsempfänger (Anschluss an BFH, Urteil v. 22. 7. 1988 - III R 253/83, BStBl 1988 II S. 830).
BFH, Urteil v. 22. 7. 1988 - III R 175/86, BStBl 1988 II S. 939[FAAAA-92705]
- **Leibrenten**, zu denen auch die **Sozialversicherungsrenten** zählen gehören in vollem Umfang zu den Einkünften und Bezügen i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG. Dabei zählt der Ertragsanteil zu den Einkünften, während der Kapitalanteil zu den Bezügen gehört, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind BFH, Urteil v. 17. 10. 1980 - VI R 98/77, BStBl 1981 II S. 158).
BFH, Urteil v. 15. 10. 1993 - III R 74/92[YAAAA-97262]
- Das **Erziehungsgeld** nach dem BErzGG gehört nicht zu den gemäß § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG anrechenbaren anderen Bezügen der Unterhaltsempfänger.
BFH, Urteil v. 24. 11. 1994 - III R 37/93, BStBl 1995 II S. 527[HAAAA-95276]
- Unterhaltsleistungen, die einem **in Berufsausbildung stehenden Kind** von seinem **Ehegatten** gewährt werden, gehören zu den anrechenbaren eigenen Bezügen des Kindes, die zur Bestreitung seines Unterhalts oder seiner Berufsausbildung geeignet sind. Unterhaltsleistungen des Ehegatten in Form der Gewährung etwa von Wohnung, Essen, Dienst- und Geldleistungen sind zum Bestreiten des Unterhalts geeignet und bestimmt und damit Bezüge des in Ausbildung befindlichen Kindes. Eine **Anrechnung** kommt nur für solche Bezüge in Betracht, die das Kind von seinem Ehegatten für **Zeiträume nach der Eheschließung** von diesem tat-

sächlich erhalten habe, die also aufgrund der ehelichen Unterhaltsverpflichtung gewährt worden seien.

BFH, Beschluss v. 6. 10. 1998 - III B 89/97[FAAAA-97478]

- Unter die zu berücksichtigenden Einkünfte und Bezüge fallen nicht nur Einkünfte aus Kapitalvermögen, sondern auch **Einkünfte aus anderen Einkunftsarten**, bei deren Berücksichtigung der Gesetzgeber ? z.B. im Hinblick auf eine aktive Erwerbstätigkeit ? großzügiger sein konnte, so dass die Einkünfte nicht nur als **Rendite** des eingesetzten Vermögens zu beurteilen sind. Gestützt wird diese Beurteilung durch die sozialrechtlichen Regelungen zum Einsatz eigenen Vermögens. Den Tatbeständen des § 88 Abs. 2 BSHG kann nicht entnommen werden, dass ein frei verfügbares Wertpapiervermögen nicht einzusetzen ist. Schon die von der Verwaltung gezogene Grenze ist großzügig bemessen, aber ein Vermögen im Wert von 50 000 DM kann in jedem Fall nicht mehr als gering angesehen werden.

BFH, Urteil v. 19. 5. 1999 - XI R 99/96[KAAAA-97005]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 27. 10. 1995 - 14 K 2060/95 E

- Die Anrechnung anderer **Einkünfte** setzt – anders als die von Bezügen – nicht voraus, dass die Einkünfte zur Bestreitung des Unterhalts geeignet oder bestimmt sind. Anrechenbare Einkünfte liegen demnach auch vor, soweit diese ausschließlich aus der **Auflösung** einer in den Vorjahren gebildeten **Ansparabschreibung** gem. § 7g EStG resultieren.

FG Köln, Urteil v. 18. 1. 2000 - 14 K 3384/99[FAAAB-08925]

- Der Abzugsbetrag nach § 33a Abs. 1 EStG mindert sich nur dann um **Ausbildungshilfen**, die das Kind anlässlich einer Ausbildungs- oder Weiterbildungsmaßnahme des Arbeitsamtes bezogen hat, wenn die Ausbildungshilfe Leistungen abdeckt, zu denen die Eltern gesetzlich verpflichtet sind.

BFH, Urteil v. 4. 12. 2001 - III R 47/00, BStBl 2002 II S. 195[HAAAA-89159]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 29. 8. 2000 - 2 K 3074/99

- Auf Unterhaltsleistungen, die der Unterhaltsverpflichtete als außergewöhnliche Belastung geltend macht, ist die **Rente des Unterhaltsberechtigten** nur anteilig gem. § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG anzurechnen, wenn der Unterhaltsberechtigte zusammen mit bedürftigen, einkommenslosen Angehörigen in einer **Haushaltsgemeinschaft** lebt und bei der Ermittlung der Leistungen nach dem BSHG für die Haushaltsgemeinschaft die Rente des Unterhaltsberechtigten als Einkommen der Haushaltsgemeinschaft behandelt wird. Der **anrechenbare Anteil** bestimmt sich nach der Zahl der Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft, für die Leistungen nach dem BSHG gewährt werden.

BFH, Urteil v. 19. 6. 2002 - III R 28/99, BStBl 2002 II S. 753[MAAAA-89341]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 15. 4. 1999 - 2 K 6079/98

- (1) Es begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, dass sich der nach § 33a Abs. 1 EStG abziehbare **Unterhaltshöchstbetrag** für Unterhaltsempfänger mit Wohnsitz im Ausland auch dann nach den **Verhältnissen des Wohnsitzstaates** richtet, wenn sich die Unterhaltsberechtigten **vorübergehend** zu **Besuchen im Inland** aufhalten. (2) Nicht nachgewiesene Aufwendungen anlässlich solcher Besuche können in Höhe des inländischen existenznotwendigen Bedarfs je Tag **geschätzt** werden.

BFH, Urteil v. 5. 6. 2003 - III R 10/02, BStBl 2003 II S. 714[GAAAA-71801]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 30. 5. 2001 - III 110/2000

- Steuerpflichtige können ihr Begehren auf Berücksichtigung von Aufwendungen, die neben dem **sächlichen Existenzminimum** den **Betreuungsbedarf** und den **Erziehungsbedarf** abdecken, für die Zeit vor In-Kraft-Treten der Neufassung des § 32 Abs. 6 EStG durch das FamFÖG am 1. 1. 2000 nicht darauf stützen, nach der Rechtsprechung des BVerfG (vgl. Beschluss v. 10. 11. 1998 - 2 BvR 1057/91, 2 BvR 1226/91, 2 BvR 980/91, BStBl 1999 II S. 182) werde die Leistungsfähigkeit von Eltern über die Sicherung des sächlichen Existenzminimums hinaus auch durch den Betreuungsbedarf und den Erziehungsbedarf gemindert. Der Gesetzgeber

ist insoweit nicht verpflichtet, der Verfassung gemäße Neuregelungen auch für die Vergangenheit zu treffen. Die Steuerpflichtigen haben vielmehr den bisherigen Rechtszustand hinsichtlich eines evtl. Betreuungs- und Erziehungsbedarfs hinzunehmen. Die Steuer kann insoweit auch nicht aus Billigkeitsgründen niedriger festgesetzt werden.

BFH, Urteil v. 24. 6. 2004 - III R 141/95[EAAAB-27645]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 10. 11. 1992 - 15 K 1327/92 E

- Bei der Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen des Vaters als außergewöhnliche Belastung sind bei der Berechnung des abzugsfähigen Betrages die Einkünfte des in einer Ehe- und **Haushaltsgemeinschaft** lebenden Sohnes als gemeinsame Einkünfte von diesem und seiner Ehefrau nach der Einheitsbetrachtung zu erfassen. Die Einkünfte sind daher nur **hälftig als schädliche Einkünfte** des Sohnes i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG zu behandeln.

BFH, Urteil v. 22. 9. 2004 - III R 25/03[ZAAAB-42545]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 18. 3. 2003 - 13 K 7123/99 E

- Bei Unterhaltszahlungen an mehrere Personen sind bei der Berechnung der Einkünfte und Bezüge der unterhaltsberechtigten Personen geleistete **Pflichtbeiträge** zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung nicht als Einkünfte zu berücksichtigen.

FG Hessen, Urteil v. 13. 7. 2005 - 2 K 61/05[RAAAB-72224]

- Wirkt der Steuerpflichtige bei der Ermittlung der Höhe der unstreitigen anzurechnenden **ausländischen Nettoeinkünfte** des Unterhaltsberechtigten nicht mit, ist davon auszugehen, dass der abziehbare Betrag gem. § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG aufgezehrt worden ist.

FG Köln, Urteil v. 3. 11. 2005 - 10 K 1129/02[EAAAB-74930]

- Zu den Bezügen i. S. des § 33a Abs. 1 EStG gehören bei einem **Wehrdienst** leistenden Kind neben Wehrsold, Weihnachts- und Entlassungsgeld sowie Sachbezugswert von Gemeinschaftsunterkunft und -verpflegung auch die gem. § 7a USG gewährte, gem. § 15 USG steuerfreie **Mietbeihilfe**. Derartige Mietzuschüsse decken den **üblichen Wohnbedarf** und nicht einen nach Art und Höhe über das Übliche hinausgehenden besonderen und außergewöhnlichen Lebensbedarf. Die zeitweilige Hinderung des Wehrpflichtigen an der Nutzung seiner Wohnung ist dabei unerheblich.

BFH, Beschluss v. 16. 6. 2006 - III B 43/05[FAAAB-97193]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 27. 1. 2005 - 10 K 424/01

- Zum Unterhalt geeignete Einkünfte hat eine unterhaltene Person auch dann, wenn diese Einkünfte auf **vertraglicher Basis** von **Dritten** gezahlt werden. Ein **höherer Unterhaltsbedarf** des Unterhaltenen ist nicht zu berücksichtigen, weil § 33a EStG den Begriff der Zwangsläufigkeit mit dem Höchstbetrag typisiert. Eine Abtretung der anderen Bezüge des Unterhaltenen hindert die Anrechnung nicht.

FG München, Urteil v. 22. 5. 2007 - 13 K 3630/05[TAAAC-67872]

- Bei der Berechnung der eigenen Einkünfte und Bezüge einer unterhaltenen Person sind diese nicht um **Unterhaltsleistungen für das minderjährige Kind** zu mindern, wenn die unterhaltene Person nur über Einkünfte **unterhalb des Jahresgrenzbetrags** von 7 680 € verfügt, der nach § 1615I BGB Unterhaltsverpflichtete dem gemeinsamen Kind finanziell allein zum Unterhalt verpflichtet ist und der Unterhaltsverpflichtete der Barunterhaltspflicht ohne Weiteres nachkommen kann.

FG München, Urteil v. 24. 5. 2007 - 5 K 2062/06[RAAAC-47698]

- Bei der Ermittlung der nach § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG anzurechnenden Einkünfte/Bezüge der unterhaltenen Person ist der **Einkünftebegriff** des § 2 Abs. 2 EStG maßgebend. Das hat zur Folge, dass der **Verlustabzug** nach § 10d EStG nicht zu berücksichtigen ist, da er nicht die Ermittlung der Einkünfte betrifft, sondern es aus Gründen der Steuergerechtigkeit ermöglicht, den negativen Gesamtbetrag der Einkünfte eines Jahres mit positiven Ergebnissen früherer oder nachfolgender Jahre steuerwirksam zu saldieren. An dieser Auslegung hat sich auch durch die Entscheidung des BVerfG zur Minderung der Einkünfte des Kindes durch die

Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen (BVerfG, Beschluss v. 11. 1. 2005 - 2 BvR 167/02) nichts geändert. Das BVerfG hat die Auffassung des BFH bestätigt, dass vom Begriff der Einkünfte in § 2 Abs. 2 EStG auszugehen ist.

BFH, Beschluss v. 31. 3. 2008 - III B 90/06[VAAAC-81416]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 27. 4. 2006 - 8 K 1375/03 E

- Bei der Ermittlung der eigenen Einkünfte und Bezüge für Zwecke des Abzugs von Unterhaltsaufwendungen als außergewöhnliche Belastung sind **gesetzliche Unterhaltspflichten des Unterhaltsberechtigten** nicht zu berücksichtigen, wenn den - hier mit seiner unterhaltsberechtigten Lebensgefährtin und den gemeinsamen Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden - Steuerpflichtigen insoweit die **primäre Unterhaltspflicht** trifft.

FG Düsseldorf, Urteil v. 12. 2. 2009 - 11 K 4116/07 E[RAAAD-22568]

- Aufwendungen für **erhöhten Lebensbedarf** wegen einer **auswärtigen Unterbringung** eines ledigen Auszubildenden können nicht als ausbildungsbedingter Mehrbedarf abgezogen werden können. Die Einkünfte und Bezüge i. S. des § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG sind nicht um außergewöhnliche Belastungen zu vermindern. Außergewöhnliche Belastungen sind nach § 2 Abs. 4 EStG vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen, lassen aber die für die Prüfung der Grenzbetragsüberschreitung maßgebliche Höhe der Einkünfte i. S. des § 2 Abs. 2 EStG unberührt. Eine generelle Berücksichtigung von außergewöhnlichen Belastungen bei der Ermittlung der eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes kommt daher nicht in Betracht. Dies gilt grds. auch für Krankheitskosten. Jedoch sind Einkünfte des Kindes nicht in die Bemessungsgrundlage für den Jahresgrenzbetrag des § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG einzubeziehen, soweit sie durch unvermeidbare (zwangsläufige) Aufwendungen gebunden sind. Die Beiträge zu einer **freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung** sind solche unvermeidbaren Aufwendungen.

FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 29. 4. 2009 - 1 K 1843/08[TAAAD-42301]

BFH, Urteil v. 5. 7. 2012 - VI R 99/10 (Zurückverweisung an FG) [OAAAE-18030]

- Bei der Ermittlung der **anrechenbaren Einkünfte** i. S. des § 33a Abs. 1 EStG hat das Bestehen einer Unterhaltsverpflichtung der unterstützten Personen außer Betracht zu bleiben, wenn es dabei um den Unterhalt für ein Kind geht, für das die **unterstützte Person** oder eine andere Person **Anspruch auf Kindergeld** hat. Der Anspruch einer den Unterhaltsberechtigten gleichgestellte Person gegenüber dem Steuerpflichtigen erhöht sich nicht dadurch, dass die Person ihrerseits zu Unterhaltsleistungen verpflichtet wäre, wenn sie denn leistungsfähig wäre. In die Bemessungsgröße für den Jahresgrenzbetrag des § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG sind nicht Unterhaltsleistungen des Unterhaltsberechtigten an Personen, die ihm gegenüber einen Unterhaltsanspruch haben, einzubeziehen.

FG Hamburg, Urteil v. 26. 1. 2012 - 2 K 15/12[OAAAE-55861]

- **Krankheitskosten** finden generell bei der Ermittlung der **eigenen Einkünfte und Bezüge** des Kindes keine Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastungen.

BFH, Urteil v. 20. 3. 2013 - XI R 49/10[OAAAE-00378]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 3. 2009 - 10 K 238/06

- (1) Bei der Ermittlung der als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähigen Unterhaltsleistungen sind nach Änderung des § 33a Abs. 1 EStG durch das BürgEntlG KV v. 16. 7. 2009 (BGBl 2009 I S. 2009) die **anrechenbaren Einkünfte** der unterhaltenen Person nicht (mehr) um die **Arbeitnehmerbeiträge** zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie um die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für Leistungen, die über das **sozialhilferechtliche Niveau** der Krankenversorgung hinausgehen, zu mindern. (2) Verfassungsrechtliche Bedenken hiergegen bestehen nicht.

BFH, Urteil v. 18. 6. 2015 - VI R 45/13, BStBl 2015 II S. 928[NAAAF-00987]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 22. 1. 2013 - 8 K 1103/12 Verfassungsbeschwerde eingelegt; Az. des BVerfG: 2 BvR 1853/15

- (1) Bei der Ermittlung der als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähigen Unterhaltsleistungen sind nach Änderung des § 33a Abs. 1 EStG durch das BürgEntlG KV v. 16. 7. 2009 (BGBl 2009 I S. 2009) die anrechenbaren Einkünfte der unterhaltenen Person nicht (mehr) um die Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie um die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für Leistungen, die über das sozialhilferechtliche Niveau der Krankenversorgung hinausgehen, zu mindern. (2) Verfassungsrechtliche Bedenken hiergegen bestehen nicht.
BFH, Urteil v. 18. 6. 2015 - VI R 66/13 [KAAAF-01947]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 14. 8. 2013 - 2 K 946/13

37. **Ausbildungsfreibetrag**

- Geben Eltern einem Sohn, dessen **Berufsausbildung** als Ingenieur **abgeschlossen** ist, Geld für eine Reise nach Übersee, damit er dort **Auslandserfahrungen** in seinem Beruf sammeln kann, führt diese Aufwendung bei den Eltern grds. nicht zu einer Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung nach § 33 EStG.
BFH, Urteil v. 24. 7. 1959 - VI 306/58 S, BStBl 1959 III S. 382[EAAAB-46933]
- (1) Aufwendungen für die **auswärtige Unterbringung** zur Berufsausbildung nach § 33a Abs. 2 EStG können nur unter den Voraussetzungen der **Zwangsläufigkeit** i. S. des § 33 Abs. 2 EStG berücksichtigt werden. (2) Die in Abschn. 190 Abs. 5 EStR 1958/1959 enthaltene Auslegungsregel, dass eine **Kürzung** des Höchstbetrags nach § 33a Abs. 2 EStG um die eigenen Bezüge des Unterhaltsempfängers nicht stattfindet, entspricht dem Gesetz. (3) Die **eigenen Bezüge** des Unterhaltsempfängers haben jedoch eine rechtserhebliche Bedeutung für die Beurteilung der Zwangsläufigkeit.
FG Niedersachsen, Urteil v. 29. 9. 1960 - III L 52/60, EFG 1961 S. 161
- Für die **auswärtige Unterbringung** eines in den Examenssemestern stehenden **Studenten** in der Nähe der Universität kann ein Freibetrag auch dann gewährt werden, wenn der Haushalt des Steuerpflichtigen sich **innerhalb der politischen Gemeinde** befindet, in der auch die Universität ihren Sitz hat, die Fahrzeit vom Haushalt des Steuerpflichtigen zur Universität aber mehr als eine Stunde beträgt.
FG Hamburg, Urteil v. 20. 1. 1972 - I 76/71 (VI), EFG 1972 S. 335
- Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die **zweite Berufsausbildung** eines Kindes **nach Vollendung des 27. Lebensjahrs** rechtfertigen i. d. R. keine Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung, wenn das Kind bereits eine abgeschlossene, seinen Unterhalt sichernde Berufsausbildung hat und der erlernte Beruf auch ausgeübt werden könnte. Dabei ist es unerheblich, in welchem Umfang das Kind bereits öffentlich finanzierte Ausbildungsmöglichkeiten in Anspruch genommen hat.
BFH, Urteil v. 20. 12. 1972 - VI R 345/69, BStBl 1973 II S. 478[XAAAA-99575]
- (1) Werden Kinder zur Berufsausbildung auswärtig untergebracht, sind die Ausbildungsfreibeträge nach § 33a Abs. 2 Satz 1 EStG zu gewähren, wenn nur **irgendwelche Aufwendungen** für die Berufsausbildung angefallen sind. Die Regelung setzt nicht voraus, dass durch die auswärtige Unterbringung **Mehraufwendungen** für die Berufsausbildung entstanden sind. (2) Die Ausbildungsfreibeträge sind auf **inländische Verhältnisse** zugeschnitten und bei der Ausbildung im Ausland entsprechend umzurechnen.
FG Nürnberg, Urteil v. 10. 7. 1980 - VI 339/78, EFG 1980 S. 602
- Eigene Einkünfte des Kindes eines Steuerpflichtigen mindern auch dann den Ausbildungsfreibetrag, wenn sie im Kalenderjahr der Berufsausbildung in Zeiträumen außerhalb der Ausbildung erzielt werden.
BFH, Urteil v. 23. 9. 1980 - VI R 53/79, BStBl 1981 II S. 92[AAAAB-02071]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 1. 2. 1979 - VI 251/78

- Die Gewährung eines Freibetrags nach § 33a Abs.2 EStG setzt voraus, dass die „auswärtige Unterbringung“ des Kindes auf eine **gewisse Dauer** angelegt ist.
BFH, Urteil v. 5. 11. 1982 - VI R 47/79, BStBl 1983 II S. 109[CAAAA-91786]
- Die Teilnahme an einem **dreiwöchigen Sprachkurs** in England ist keine auswärtige Unterbringung i. S. des § 33a Abs. 2 Nr. 2 EStG 1977 (Anschluss an BFH, Urteil v. 5. 11. 1982 - VI R 47/79 , BStBl 1983 II S. 109).
BFH, Urteil v. 25. 3. 1983 - VI R 188/81, BStBl 1983 II S. 457[ZAAAAB-02683]
- Besteht für ein Kind keine Lernmittelfreiheit, ist für die Gewährung des Ausbildungsfreibetrages nach der Lebenserfahrung davon auszugehen, dass auch Aufwendungen für die Anschaffung entsprechender **Lernmittel** (insbesondere Bücher) erwachsen.
BFH, Urteil v. 6. 11. 1987 - III R 241/83, BStBl 1988 II S. 438[SAAAA-92556]
- Wohnt ein in Berufsausbildung befindliches Kind **außerhalb des Haushalts** des Steuerpflichtigen, gehören die Aufwendungen für die Unterhaltung der **Wohnung** ebenso zu den Aufwendungen für die **Berufsausbildung** dieses Kindes (i. S. des § 33a Abs. 2 EStG) wie etwa Schulgelder, Studiengebühren, Aufwendungen für Bücher und anderes Lernmaterial sowie Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte.
BFH, Urteil v. 6. 11. 1987 - III R 112/85, BStBl 1988 II S. 422[NAAAA-92549]
- Der Ausbildungsfreibetrag für ein nicht unbeschränkt steuerpflichtiges Kind (bei einer Ausbildung im Ausland) ist ab dem Veranlagungszeitraum 1982 auf das nach den **Verhältnissen des Wohnsitz-/Aufenthaltsstaates** des Kindes Notwendige und Angemessene zu ermäßigen. Für den Umfang der Ermäßigung liefert die sog. **Ländergruppeneinteilung** (an sich ergangen zur Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen ins Ausland gem. § 33a Abs. 1 Satz 4 EStG) einen auch von den Steuergerichten zu beachtenden Maßstab, soweit sie im Einzelfall nicht offensichtlich zu einem falschen Ergebnis führt.
BFH, Urteil v. 6. 11. 1987 - III R 164/85, BStBl 1988 II S. 423[RAAAB-03153]
- Es gibt keine allgemeine Lebenserfahrung, nach der für die Gewährung des Ausbildungsfreibetrages stets davon ausgegangen werden könnte, dass den Eltern für ein in Berufsausbildung befindliches Kind ausnahmslos auch entsprechende Ausbildungsaufwendungen erwachsen. Auf die Prüfung, ob **Schulgeldfreiheit** oder **Lernmittelfreiheit** (= kostenlose Zurverfügungstellung von Unterrichtshilfen in der Hand des Lernenden) besteht, kann deshalb regelmäßig nicht verzichtet werden (Abgrenzung zu BFH, Urteil v. 6. 11. 1987 - III R 241/83, BFHE 151, 416).
BFH, Urteil v. 6. 11. 1987 - III R 178/85, BStBl 1988 II S. 442[VAAAA-98209]
- Für ein Kind **geschiedener** oder getrennt lebender **Eltern** ist ein Ausbildungsfreibetrag wegen auswärtiger Unterbringung nur zu gewähren, wenn das Kind aus dem Haushalt **beider Elternteile** (räumlich und hauswirtschaftlich) ausgegliedert ist.
BFH, Urteil v. 5. 2. 1988 - III R 21/87, BStBl 1988 II S. 579[MAAAA-92597]
- Den **Kinderfreibetrag** und den **Ausbildungsfreibetrag** können **ausländische Staatsangehörige**, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, für ihre im **Heimatland** zur Schule gehenden Kinder auch dann nicht beanspruchen, wenn sich diese Kinder in den **Schulferien** bei ihren Eltern in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die Kinder sind nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig.
FG Baden-Württemberg, Urteil v. 26. 2. 1988 - 9 K 146787, EFG 1988 S. 418
- Die **Altersbegrenzung** des Ausbildungsfreibetrags für nicht auswärtig untergebrachte Kinder nach § 33a Abs. 2 Satz 1 EStG a. F. ist verfassungsgemäß.
FG Hamburg, Urteil v. 25. 4. 1989 - I 29/86, EFG 1990 S. 65
- Eine auswärtige Unterbringung i. S. des § 33a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG liegt nicht vor, wenn ein Gymnasiast während der **Schulferien** an einem **dreiwöchigen Sprachkurs** im Ausland teilnimmt (Anschluss an BFH, Urteil v. 25. 3. 1983 - VI R 188/81, BStBl 1983 II S. 457).
BFH, Urteil v. 29. 9. 1989 - III R 304/84, BStBl 1990 II S. 62[LAAAA-93312]

- Bei der Anrechnung auf einen Ausbildungsfreibetrag sind eigene gem. § 40a EStG **pauschal versteuerte Arbeitslöhne** des in Ausbildung befindlichen Kindes als „Bezüge“ i. S. von § 33a Abs. 2 Satz 2 EStG zu behandeln. Werden nicht höhere Aufwendungen in wirtschaftlichem Zusammenhang mit diesen Bezügen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht, ist bei der Feststellung der anrechenbaren Bezüge lediglich ein Unkostenpauschbetrag von 180 € zu berücksichtigen.
BFH, Urteil v. 6. 4. 1990 - III R 131/85, BStBl 1990 II S. 885[UAAAA-93429]
Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 4. 6. 1985 - I 549/82
- Haben Eltern ihrem volljährigen Sohn 130 000 DM **geschenkt** mit der **Auflage**, diesen Betrag bei einer Bank im Rahmen eines sog. **Sparplans** anzulegen und mit den daraus **monatlich zufließenden Mitteln** von 2 000 DM den **Lebensunterhalt** und die **Ausbildungskosten** zu bestreiten, steht ihnen kein Ausbildungsfreibetrag nach § 33a Abs. 2 EStG zu. Den Eltern sind keine Aufwendungen für die Berufsausbildung im Sinne dieser Vorschrift erwachsen.
BFH, Urteil v. 23. 2. 1994 - X R 131/93, BStBl 1994 II S. 694[FAAAA-94967]
- (1) Ein **ausländisches Kind**, das im Heimatland bei **Verwandten** untergebracht ist und dort die Schule besucht, ist grds. **nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig**. Dies gilt auch dann, wenn es sich in den **Schulferien** bei seinen Eltern im Inland aufhält. (2) Steht den Eltern eines solchen Kindes ein entsprechend den Verhältnissen des Heimatstaates bemessener **geminderter Unterhaltshöchstbetrag** zu, ist dieser für die Dauer der Ferienaufenthalte des Kindes im Inland nicht zu erhöhen. (3) Ist den Eltern eines Kindes nach den Grundsätzen der BFH-Urteile v. 8. 6. 1990 - III R 107/88 (BStBl 1990 II S. 898) und v. 15. 4. 1992 - III R 80/90 (BStBl 1992 II S. 896) eine Entlastung in Höhe eines Ausbildungsfreibetrags bei auswärtiger Unterbringung zu gewähren, ist diese für die **Ferienzeiten**, die das Kind im Haushalt der Eltern verbringt, nicht zu kürzen, wenn die Wohnung im Ausland beibehalten wird.
BFH, Urteil v. 22. 4. 1994 - III R 22/92, BStBl 1994 II S. 887[RAAAA-95050]
- Die Regelung über die Aufwendungen für die **Berufsausbildung** eines Kindes in § 33a Abs. 2 EStG stellt gegenüber der Bestimmung über die Unterhaltskosten in § 33a Abs. 1 EStG die speziellere Regelung dar, aus der der Wille des Gesetzgebers zur **Pauschalierung** und **Typisierung** der Berufsausbildungskosten ersichtlich ist.
BFH, Beschluss v. 8. 8. 1997 - III B 180/96[NAAAB-38843]
- Zu den anrechenbaren Bezügen des sich in Berufsausbildung befindenden verheirateten Kindes zählen auch **Unterhaltsleistungen des Ehegatten**. Die Vermutung, dass der Ehegatte seiner durch die Ehe begründeten Unterhaltspflicht nachkommt, kann dadurch **widerlegt** werden, dass das Kind Zuwendungen von seinen Eltern zur Bestreitung des eigenen Unterhalts in einer Höhe erhält, die nur etwa 10 000 DM unter dem regelmäßigen Nettoeinkommen des Ehemannes liegen.
FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 19. 1. 2000 - 1 K 3022/96[KAAAB-11948]
- Stipendien aus dem **ERASMUS/SOKRATES-Programm** der EU mindern die Ausbildungsfreibeträge des § 33a Abs. 2 EStG nicht, da diese Stipendien nur den mit dem Auslandsstudium verbundenen **Mehrbedarf** (teilweise) abdecken und eine Anrechnung dem erkennbaren Stipendienzweck entgegenliefe.
BFH, Urteil v. 17. 10. 2001 - III R 3/01, BStBl 2002 II S. 793[DAAAA-89357]
Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 5. 4. 2000 - 1 K 2524/98
- **Ausbildungshilfen** aus **öffentlichen Kassen** sind bei der Gewährung eines Ausbildungsfreibetrages grds. in voller Höhe zu berücksichtigen (Grundsatz der **Vollanrechnung**). Negative Einkünfte können mit derartigen Ausbildungshilfen nicht verrechnet werden.
BFH, Urteil v. 7. 3. 2002 - III R 22/01, BStBl 2002 II S. 802[UAAAA-89360]
Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 26. 10. 2000 - 5 K 2143/99
- Der typisierte Ausbildungsfreibetrag für die auswärtige Unterbringung eines Kindes außerhalb des elterlichen Haushaltes kann nur gewährt werden, wenn den Eltern dadurch über-

haupt **Kosten entstehen**. Dass den Eltern sonstige Aufwendungen für die (z.B. Schul-)Ausbildung des Kindes erwachsen, genügt nicht.

FG Saarland, Urteil v. 4. 11. 2002 - 1 K 202/01[NAAAB-12423]

- (1) Hat der Steuerpflichtige im Formular für die Einkommensteuererklärung in der „Anlage Kinder“ die Geburtsdaten, das erhaltene Kindergeld, die Zeiten der Berufsausbildung und die Bruttoarbeitslöhne der Kinder angegeben, hat er damit **konkludent** Ausbildungsfreibeträge für die Kinder beantragt, auch wenn er die Rubrik „Ausbildungsfreibetrag“ nicht ausgefüllt hat. Übergeht das Finanzamt derartige Anträge, ohne darauf im Einkommensteuerbescheid hinzuweisen, kann wegen der versäumten Einspruchsfrist **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** in Betracht kommen. (2) Der nach Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids gestellte Antrag auf Gewährung von Ausbildungsfreibeträgen ist keine die Änderung des Bescheids rechtfertigende neue Tatsache i. S. des § 173 AO. Ist aus den Angaben in der Einkommensteuererklärung ersichtlich, dass sich die Kinder in der Ausbildung befinden, wird dem Finanzamt durch den Antrag auch nicht nachträglich als neue Tatsache bekannt, dass dem Steuerpflichtigen Aufwendungen für die Berufsausbildung seiner Kinder entstanden sind.

BFH, Urteil v. 30. 10. 2003 - III R 24/02, BStBl 2004 II S. 394[KAAAB-16831]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 14. 11. 2001 - 13 K 6697/99 E

- Nach dem klaren Wortlaut des § 33 a EStG können Kosten für die Berufsausbildung eines Kindes, wozu die gesamte Schulbildung, also auch ein **Erststudium** an einer **Fachhochschule** gehört, lediglich in Höhe der Ausbildungsfreibeträge berücksichtigt werden. Eine zusätzliche oder auch alternative Berücksichtigung nachgewiesener **höherer Aufwendungen** als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG ist ausgeschlossen. Die Begrenzung der berufsausbildungsbedingten Aufwendungen auf den (pauschalierten) Ausbildungsfreibetrag begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Unter die vom Ausbildungsfreibetrag typischerweise erfassten **Aufwendungen** fallen Kosten für Fahrten von und zur Ausbildungsstätte, Miete, Verpflegung und andere vergleichbare Kosten. Das gilt auch für Studiengebühren, die ebenso wie Schulgeldzahlungen ihrer Art nach nicht so ungewöhnlich sind, dass sie aus dem Rahmen der durch die Pauschbeträge abgegoltenen Ausbildungskosten fallen würden.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 7. 5. 2004 - 10 K 210/02[MAAAB-24670]

- Die Tätigkeit im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres ist grds. nicht als Berufsausbildung zu beurteilen. Für den Zeitraum, in dem das Kind ein **freiwilliges soziales Jahr** leistet, steht den Eltern daher **kein Ausbildungsfreibetrag** zu.

BFH, Urteil v. 24. 6. 2004 - III R 3/03, BStBl 2006 II S. 294[TAAAB-26723]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 3. 12. 2002 - 1 K 119/00

- Hat der Steuerpflichtige die Verpflichtung, seine geschiedene Ehefrau von den **Unterhaltsansprüchen der gemeinsamen Kinder freizustellen**, nicht unentgeltlich übernommen, hat vielmehr die geschiedene Ehefrau für die Unterhaltszahlungen des Steuerpflichtigen an seine Kinder insoweit, als sie auf der Freistellungserklärung beruhen, im Rahmen des Prozessvergleichs im Wege des gegenseitigen Nachgebens eine **Gegenleistung** erbracht, sind damit auch ihr Aufwendungen für die Berufsausbildung der gemeinsamen Kinder erwachsen. Einer **Übertragung der Ausbildungsfreibeträge** muss sie deshalb zustimmen.

BFH, Urteil v. 27. 10. 2004 - VIII R 11/04[CAAAB-41760]

Vorinstanz: FG Hamburg, Urteil v. 8. 12. 2003 - II 389/02

- Bereits die steuerliche Entlastung der **existenzsichernden Unterhaltsaufwendungen** trägt entsprechend den **typisierten und pauschalierten Beträgen** nicht den individuellen Verhältnissen und Besonderheiten der einzelnen Unterhaltsverpflichteten Rechnung. Umso eher ist es nach den Maßstäben des BVerfG und des BFH gerechtfertigt, die Ausbildungsaufwendungen an den **durchschnittlichen Aufwendungen** für eine **inländische Ausbildung** im Regelfall

zu orientieren und sie von den besonderen Umständen, wie sie bei einem Auslandsstudium im Einzelfall gegeben sind, zu lösen.

BFH, Beschluss v. 31. 1. 2005 - III B 59/04[BAAAB-52328]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 13. 2. 2004 - 8 K 4287/02 E

- Kosten für den Besuch einer privaten **Highschool** in den USA gehören nicht zu den üblicherweise anfallenden Aufwendungen für die Berufsausbildung von Kindern .

BFH, Beschluss v. 19. 12. 2005 - XI B 150/05[OAAAB-80834]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 23. 5. 2005 - 10 K 295/04

- Bereits die steuerliche Entlastung der existenzsichernden Unterhaltsaufwendungen trägt entsprechend den typisierten und pauschalierten Beträgen nicht den individuellen Verhältnissen und Besonderheiten der einzelnen Unterhaltsverpflichteten Rechnung. Umso eher ist es nach den Maßstäben des BVerfG und des BFH gerechtfertigt, die Ausbildungsaufwendungen an den **durchschnittlichen Aufwendungen** für eine **inländische Ausbildung** im Regelfall zu orientieren und sie von den besonderen Umständen, wie sie bei einem **Auslandsstudium** im Einzelfall gegeben sind, zu lösen.

BFH, Beschluss v. 22. 12. 2005 - III B 137/05[NAAAB-76988]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 15. 6. 2005 - 10 K 366/04 E

- Es ist verfassungsrechtlich nicht geboten, zur Bemessung einer einkommensteuerermindernd zu berücksichtigenden außergewöhnlichen Belastung an die **tatsächlichen Aufwendungen** eines Steuerpflichtigen für die Berufsausbildung seines Kindes anzuknüpfen. Es ist nicht ersichtlich, dass der in den Veranlagungszeiträumen 1999 und 2000 jeweils gem. § 33a Abs. 2 EStG abzuziehende, bei auswärtiger Unterbringung des Kindes auf 4.200 DM **erhöhte Ausbildungsfreibetrag** nach den vom Ersten Senat des BVerfG herangezogenen Vergleichsregelungen aus dem Recht der Ausbildungsförderung und des Sozialhilferechts **zu niedrig bemessen** gewesen sein könnte.

BVerfG, Beschluss v. 12. 1. 2006 - 2 BvR 660/05[SAAAB-87301]

- (1) Erhält das – während des gesamten Kalenderjahrs studierende – Kind unterschiedlich hohe Zuschüsse als **Ausbildungshilfe**, ist der Ausbildungsfreibetrag für die Anrechnung der Zuschüsse aufzuteilen. Die Zuschüsse mindern nach § 33a Abs. 4 Satz 3 EStG jeweils nur die zeitanteiligen Ausbildungsfreibeträge der Kalendermonate, für welche die Zuschüsse bestimmt sind. (2) Nach dem **BAföG** geleistete Zuschüsse für ein **Auslandsstudium** sind grds. auf den Freibetrag nach § 33a Abs. 2 Satz 2 EStG anzurechnen, soweit sie auf den Grundbedarf entfallen.

BFH, Urteil v. 18. 5. 2006 - III R 5/05, BStBl 2008 II S. 354[OAAAB-91043]

Vorinstanz: FG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 29. 10. 2003 - 2 K 143/01

- § 33a Abs. 2 Satz 5 EStG regelt die **Aufteilung** des Ausbildungsfreibetrags auf **geschiedene oder dauernd getrennt lebende Eltern** in der Weise, dass grds. jedem Elternteil die Hälfte des Ausbildungsfreibetrags zusteht. Nach § 33a Abs. 2 Satz 6 EStG kann auf gemeinsamen Antrag der Eltern eine andere Aufteilung vorgenommen werden. Die Übertragung des (hälftigen) Ausbildungsfreibetrags kann auch zivilrechtlich beansprucht werden, wenn der abgebende Elternteil dadurch keine steuerlichen Nachteile erleidet.

BFH, Beschluss v. 27. 2. 2007 - III B 90/05[MAAAC-42114]

Vorinstanz: FG Brandenburg, Urteil v. 19. 4. 2005 - 3 K 2106/02

- (1) Aufwendungen für ein **Auslandstudium** sind auch dann nicht über den Abzugsbetrag von 924 € (§ 33a Abs. 2 Satz 1 EStG) hinaus zu berücksichtigen, wenn eine Ausbildung, die zum angestrebten Beruf führen soll, **im Inland nicht angeboten** wird. (2) Studiengebühren für eine inländische Hochschule, die nicht als staatlich genehmigte oder nach Landesrecht erlaubte Ersatzschule oder als allgemeinbildende Ergänzungsschule beurteilt werden kann, sind nicht nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG abziehbar.

BFH, Beschluss v. 21. 2. 2008 - III B 56/07[AAAAC-78271]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 22. 2. 2007 - 3 K 46/05

- Die Regelung des § 33a Abs. 2 Satz 1 EStG, die die Berücksichtigung eines Ausbildungsfreibetrags von der **Volljährigkeit** des Kindes abhängig macht, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Die Einführung einer **Altersgrenze** stellt eine mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbare **Typisierung** und keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung dar.
FG Köln, Urteil v. 18. 3. 2009 - 7 K 2854/08[MAAAD-21605]
- Es ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber im Veranlagungszeitraum 2002 einen Ausbildungsfreibetrag nur für **volljährige Kinder** vorgesehen hat und dass somit minderjährige, zum Besuch eines auswärtigen Gymnasiums in einem Internat untergebrachte Kinder nicht begünstigt sind.
FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 25. 3. 2009 - 2 K 1797/05[KAAAD-21581]
- Aufwendungen für **Familienheimfahrten** des zur Berufsausbildung auswärts untergebrachten Kindes können nicht bei der Ermittlung der für die Kürzung des Ausbildungsfreibetrags relevanten **„Einkünfte und Bezüge“** des Kindes in Höhe der Kilometerpauschale als Werbungskosten abgezogen werden, wenn die Eltern das Kind mit ihrem Auto an den Wochenenden jeweils am Ausbildungsort abholt und nach dem Wochenende wieder an den Ausbildungsort zurückgefahren haben.
BFH, Urteil v. 12. 11. 2009 - VI R 59/07[VAAAD-38266]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 4. 5. 2007 - 1 K 1676/05
- (1) **Studiengebühren** für den Besuch einer (privaten) **Hochschule** sind weder nach § 33a Abs. 2 EStG noch nach § 33 EStG als außergewöhnliche Belastung abziehbar. (2) Das Abzugsverbot begegnet **keinen verfassungsrechtlichen Bedenken**. Vielmehr hat der Gesetzgeber dem Ausbildungsbedarf von Kindern in § 32 Abs. 6 Satz 1 2. Halbsatz EStG und § 33a Abs. 2 EStG – jedenfalls im Streitjahr – ausreichend Rechnung getragen. (3) § 33a Abs. 2 EStG ist eine **zusätzliche Ausbildungskomponente** im Familienleistungsausgleich. Eine isolierte Betrachtung der Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift scheidet damit aus.
BFH, Urteil v. 17. 12. 2009 - VI R 63/08, BStBl 2010 II S. 341[CAAAD-37701]
Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 16. 7. 2008 - 4 K 205/06 (4)
- Die Frage, ob der **Mehrbedarf** für ein auswärtig zu Ausbildungszwecken untergebrachtes, volljähriges Kind in ausreichendem Maße steuerlich berücksichtigt wird, ist nicht isoliert am Maßstab des Ausbildungsfreibetrags nach § 33a Abs. 2 EStG zu prüfen. Die Prüfung der Verfassungskonformität ist vielmehr unter **Zusammenrechnung der Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG** sowie des **Freibetrags nach § 33a Abs. 2 EStG** vorzunehmen (Anschluss an BFH, Urteil v. 17. 12. 2009 - VI R 63/08, BStBl 2010 II S. 341).
BFH, Urteil v. 25. 11. 2010 - III R 111/07, BStBl 2011 II S. 281[ZAAAD-60641]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 15. 11. 2007 - 4 K 17/05
BVerfG, Beschluss v. 23. 10. 2012 - 2 BvR 451/11 (Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde) [GAAAD-82938]
- (1) Ob der **Mehrbedarf** für ein auswärtig zu Ausbildungszwecken untergebrachtes volljähriges Kind in ausreichendem Maße steuerlich berücksichtigt wird, ist nicht isoliert am Maßstab des Ausbildungsfreibetrages nach § 33a Abs. 2 EStG zu prüfen. Die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit ist vielmehr unter Zusammenrechnung der Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG sowie des Freibetrages nach § 33a Abs. 2 EStG vorzunehmen (Anschluss an BFH, Urteil v. 17. 12. 2009 - VI R 63/08, BStBl 2010 II S. 341, und v. 25. 11. 2010 - III R 111/07, BStBl 2011 II S. 281). (2) Nach diesen Maßstäben bestehen gegen die für ein auswärtig untergebrachtes, in Ausbildung befindliches volljähriges Kind im Jahr 2009 nach § 32 Abs. 6 und § 33a Abs. 2 EStG gewährten Freibeträge **keine verfassungsrechtlichen Bedenken**. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der nach dem **BAföG** bei einer auswärtigen Unterbringung von Studierenden vorgesehenen Förderbeträge.
FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 20. 2. 2013 - 5 K 217/12[HAAAE-33418]

- (1) Besucht ein gehörloses Kind ein spezielles Gymnasium, welches die Unterbringung in einem **Internat** erfordert, wobei die Internatskosten von einem öffentlichen Träger entrichtet werden, der auch die dem Kind gewährten BAföG-Leistungen vereinnahmt, ist neben dem die Aufwendungen übersteigenden Freibetrag für das behinderte Kind gem. § 33b Abs. 3 i. V. mit Abs. 5 EStG für die mit der **Schulbildung** zusammenhängenden Aufwendungen lediglich der Ausbildungsfreibetrag gem. § 33a Abs. 2 EStG abzugsfähig, der sich jedoch um die vom öffentlichen Träger vereinnahmten BAföG-Leistungen mindert. (2) Lediglich Kosten, die **unmittelbare Folgen einer Krankheit** sind, können gem. § 33 EStG abgezogen werden. Dazu rechnen jedoch die Unterbringungskosten des behinderten Kindes nicht.
FG Sachsen, Urteil v. 4. 11. 2013 - 6 K 347/13[CAAAE-49427]

38. Haushaltshilfe

- (1) An den **Nachweis** arbeitsvertraglicher oder ähnlicher Beziehungen bei der Beschäftigung von **Angehörigen** als Haushaltshilfe sind keine strengen Anforderungen zu stellen. (2) Wer **stundenweise** in einem **nicht eigenen Haushalt**, dem er auch nicht angehört, hauswirtschaftliche Arbeiten verrichtet und in Zusammenhang damit **Geld** oder einen **geldwerten Vorteil** erhält, ist regelmäßig Haushaltshilfe im steuerlichen Sinn.
FG Niedersachsen, Urteil v. 5. 8. 1974 - IX L 53/73, EFG 1975 S. 114
- § 33a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a EStG a. F. verstößt gegen den Gleichheitssatz, wenn für die berufsfördernde Beschäftigung einer **Hausgehilfin** kein Freibetrag gewährt wird, sofern zum Haushalt nur ein Kind gehört, während bei einem Haushalt mit zwei Kindern die im übrigen gleiche Minderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch einen Freibetrag für außergewöhnliche Belastung berücksichtigt wird.
BVerfG, Beschluss v. 11. 10. 1977 - 1 BvR 343/73, 83/74, 183/75, 428/75, BStBl 1978 II S. 174[HAAAA-91297]
- Aufwendungen für einen **Fensterputzer**, der innerhalb eines Kleinunternehmens tätig ist, können außergewöhnliche Belastungen wegen **stundenweiser Beschäftigung einer Haushaltshilfe** nach § 33a Abs. 3 Satz 2 EStG sein.
BFH, Urteil v. 19. 1. 1979 - VI R 28/77, BStBl 1979 II S. 326[QAAAA-91404]
Vorinstanz: FG Berlin, Urteil v. 16. 12. 1976 - I 274/75
- Dem Steuerpflichtigen steht (bis einschließlich 1979) kein Freibetrag für die **stundenweise Beaufsichtigung** und **Überwachung der schulischen Hausaufgaben** seiner Kinder in einem **Schülerheim** zu, weil diese Tätigkeit der einer Haushaltshilfe nicht gleichgestellt werden kann.
FG Nürnberg, Urteil v. 17. 9. 1980 - V 78/80, EFG 1981 S. 23
- Die Gewährung eines Freibetrages für die **Beschäftigung einer Haushaltshilfe** nach § 33a Abs. 3 Satz 1 EStG a. F. wegen **Krankheit** setzt voraus, dass die Beschäftigung der Haushaltshilfe nach dem **Krankheitsbild** zwangsläufig ist.
FG Münster, Urteil v. 23. 2. 1988 - VI 3554/85 E, EFG 1988 S. 421
- Aufwendungen für hauswirtschaftliche Arbeiten, die eine **Lebensgefährtin** für den mit ihr in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden körperbehinderten Partner leistet, können als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 EStG abzugsfähig sein.
BFH, Urteil v. 13. 1. 2000 - III R 36/95, BStBl 2001 II S. 635[IAAAA-89004]
- Erfolgt eine Hilfe im Haushalt durch einen Angehörigen (hier: die Mutter), die ausschließlich durch **übliche Sachleistungen (Mitverpflegung)** vergütet wird, entstehen keine nach § 33a Abs. 3 EStG abzugsfähigen Aufwendungen für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt.
FG München, Urteil v. 16. 2. 2000 - 1 K 3879/98[DAAAB-09899]
- Die Begriffe „**hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis**“ i. S. des § 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG a. F. [jetzt § 35a EStG] und „**Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt**“ i. S. des § 33a Abs. 3

ESTG sind sprachlich und inhaltlich nicht gleichbedeutend. Das ist höchstrichterlich geklärt (BFH, Beschluss v. 28. 2. 1996 - X B 151/95; BFH, Urteil v. 19. 1. 1979 - VI R 28/77, BStBl 1979 II S. 326).

BFH, Beschluss v. 3. 4. 2000 - XI B 46/99

- Zu den üblicherweise zur Aufrechterhaltung eines Haushaltes anfallenden Arbeiten zählen bei einem Einfamilienhaus auch **Gartenarbeiten**. Eine sachgerechte Bewältigung des Haushaltes findet ihre Grenzen nicht innerhalb der Mauern eines Hauses, sondern erstreckt sich auch auf dessen unmittelbares Umfeld. Die Tätigkeit einer **Gartenbaufirma** kann daher Hilfe im Haushalt i. S. von § 33a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1a EStG sein.

FG Niedersachsen, Urteil v. 9. 11. 2000 - 10 K 14/00[DAAAB-13459]

- Ein Abzug von Aufwendungen für eine **Haushaltshilfe** scheidet trotz Vorliegens der übrigen Voraussetzungen aus, wenn zeitlich und inhaltlich **nicht näher konkretisierte Tätigkeiten** von der **68-jährigen Mutter** des Steuerpflichtigen erbracht werden, und die in bar geleistete Bezahlung sich offenkundig in erster Linie an **steuerlichen Vorgaben** orientiert, wenn also nach dem Gesamtbild der Verhältnisse eine **übliche familiäre Mithilfe** vorliegt.

FG Saarland, Urteil v. 29. 8. 2001 - 1 K 3/99[BAAAB-12401]

- Aufwendungen für eine **Au-pair Kraft**, deren Aufgabe **ausschließlich** in der **Betreuung** von Kindern liegt (andernfalls läge teilweise eine Hilfe im Haushalt i. S. des § 33a Abs. 3 EStG vor), sind auch dann Kinderbetreuungskosten, wenn von der Au-pair Kraft mehrere Kinder im Säuglingsalter betreut werden. Die Aufwendungen sind (im Streitwert 2001) durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG abgegolten.

FG Hessen, Urteil v. 22. 1. 2009 - 7 K 563/04[GAAAD-19680]

39. Zeitanteilige Kürzung

- Der III. Senat schließt sich der Rechtsprechung des VI. Senats an (BFH, Urteil v. 22. 5. 1981 - VI R 140/80, BStBl 1981 II S. 713), dass Unterhaltsaufwendungen nur insoweit nach § 33a Abs. 1 i. V. mit Abs. 4 EStG abgezogen werden dürfen, als hierdurch der **Lebensbedarf des Empfängers im Kalenderjahr der Zahlung** sichergestellt werden soll. Auch bei Unterhaltsleistungen am Ende des Jahres bleibt die Deckung des Unterhaltsbedarfs für das Folgejahr steuerlich unberücksichtigt.

BFH, Urteil v. 13. 2. 1987 - III R 196/82, BStBl 1987 II S. 341[MAAAA-92331]

- Unterhaltsleistungen dürfen regelmäßig **nicht** auf Monate **vor dem Zahlungsmonat** zurückbezogen werden. Denn nach der Lebenserfahrung spricht eine tatsächliche Vermutung dafür, dass ein Unterhaltsverpflichteter, der seine Angehörigen laufend unterstützt, seine Leistungen so einrichtet, dass sie zur **Deckung des Lebensbedarfs** des Empfängers bis zum **Erhalt der nächsten Unterhaltsleistungen** dienen. Diese ? im Einzelfall widerlegbare ? Vermutung steht regelmäßig einer **Rückbeziehung** von Unterhaltsleistungen auf Monate vor dem Zahlungsmonat entgegen.

BFH, Urteil v. 11. 11. 1988 - III R 307/84[IAAAB-29482]

- (1) Ein **Entlassungsgeld** nach § 9 Wehrsoldgesetz, das einem Wehrpflichtigen am letzten Tag seines Grundwehrdienstes ausgezahlt worden ist, gehört – wie der Wehrsold – zu den **Bezügen** i. S. des § 33a Abs. 1 Satz 3 EStG. Eltern, die ihrem Sohn nach der Entlassung Unterhalt leisten, müssen sich diesen Betrag mindernd anrechnen lassen. (2) Da das Entlassungsgeld – als Überbrückungshilfe – auf die Zeit **nach Beendigung** des Grundwehrdienstes entfällt, unterbleibt die Anrechnung jedoch, wenn die Eltern nur während der **Dauer des Wehrdienstes** Unterhalt geleistet haben.

BFH, Urteil v. 26. 4. 1991 - III R 48/89, BStBl 1991 II S. 716[XAAAA-93775]

- (1) Bei der Anwendung des § 33a Abs. 4 Satz 1 EStG sind die dem Steuerpflichtigen für die Ausbildung eines Kindes erwachsenen Aufwendungen den **Kalendermonaten** zuzurechnen,

die sie **wirtschaftlich** betreffen. (2) Bei Eltern, die Studienkosten ihres Kindes tragen, kann typischerweise davon ausgegangen werden, dass in **jedem** Kalendermonat Ausbildungskosten anfallen, wenn sich das **Studium einschließlich der unterrichts- bzw. vorlesungsfreien Zeiten** über den ganzen Veranlagungszeitraum erstreckt.

BFH, Urteil v. 22. 3. 1996 - III R 7/93, BStBl 1997 II S. 30[RAAAA-95815]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 26. 11. 1992 - 6 K 245/88

- Tritt ein Kind des Steuerpflichtigen nach Beendigung seiner Schulausbildung den Wehrdienst an und setzt es seine **Berufsausbildung nach Beendigung des Wehrdienstes** nicht unmittelbar, sondern erst einige Zeit danach fort, ist i. d. R. auch für eine zwischen Wehrdienst und weitere Berufsausbildung tretende **kurze Übergangszeit** ein Ausbildungsfreibetrag zu gewähren.

BFH, Urteil v. 18. 12. 1996 - III R 207/94, BStBl 1997 II S. 430[ZAAAA-95873]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 22. 2. 1994 - 13 K 206/93

- Bei der Berechnung des **Ausbildungsfreibetrages** ist der Werbungskosten-Pauschbetrag des § 9 a Satz 1 Nr. 1 EStG bei der Ermittlung der anzurechnenden Einkünfte des Kindes **zeitanteilig** auf den **Ausbildungszeitraum** und die **Kürzungsmonate** aufzuteilen, wenn sich das Kind nur einige Monate im Kalenderjahr in Berufsausbildung befand, aber während des gesamten Kalenderjahres Arbeitslohn bezogen hat.

BFH, Urteil v. 7. 11. 2000 - III R 79/97, BStBl 2001 II S. 702[VAAAA-89030]

Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 31. 7. 1997 - 2 K 143/95

- Unterhaltsleistungen können grds. nicht auf **Monate vor ihrer Zahlung** zurückbezogen werden. Es besteht die Vermutung, dass ein Unterhaltsverpflichteter seine Zahlungen so einrichtet, dass sie den **Lebensbedarf** des Empfängers **bis zum Erhalt der nächsten Unterhaltszahlung** abdecken; dies steht im Einklang damit, dass Unterhaltsrenten gem. § 1612 Abs. 3 BGB im Voraus zu leisten sind. Nur wenn der Empfänger seinen Lebensunterhalt zunächst durch **Kreditaufnahme** gedeckt hat und die Leistungen des Steuerpflichtigen dann der **Abtragung** dadurch aufgelaufener Schulden dienen, können Unterhaltszahlungen rückwirkend anerkannt werden.

FG Hamburg, Urteil v. 11. 5. 2001 - VI 17/00[JAAAB-07930]

- (1) Der **Ausbildungsfreibetrag** ist ebenso wie der Betrag der hierauf anzurechnenden Einkünfte und Bezüge des Auszubildenden ein grds. unteilbarer Jahresbetrag. (2) Befindet sich das volljährige Kind das ganze Jahr hindurch in Berufsausbildung und **schwanken** die für die Kürzung des Ausbildungsfreibetrags maßgeblichen „**Einkünfte**“ in den einzelnen Monaten stark, führen sie aber insgesamt auf das Jahr gesehen zu einem **vollständigen Entfallen** des Freibetrags, ist keine monatsweise Berechnung dahin gehend zulässig, dass ein anteiliger Freibetrag für die Monate zu gewähren wäre, in denen die jeweils tatsächlich zugeflossenen Einkünfte nicht zum vollständigen Wegfall des anteiligen Freibetrags für den jeweiligen Monat führen (wirtschaftliche Zurechnung der Einkünfte und Bezüge).

FG München, Urteil v. 25. 5. 2005 - 15 K 3078/02[WAAAB-67420]

40. **Behinderungsbedingter Mehrbedarf**

- Aufwendungen, die Eltern für den Erwerb der Fahrerlaubnis ihrer schwer steh- und gehbehinderten Tochter tragen, sind als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen. Die **Führerscheinkosten** können neben dem Pauschbetrag für Körperbehinderte (§ 33b EStG) abgezogen werden.

BFH, Urteil v. 26. 3. 1993 - III R 9/92, BStBl 1993 II S. 749[DAAAA-94625]

- Wird ein zu 100 % schwerbehindertes Kind, das von montags bis freitags eine **Behindertenwerkstatt** der Lebenshilfe besucht, im Übrigen im Haushalt seiner Eltern versorgt und lebt

dort, muss von den Einkünften und Bezügen des Kindes der **behinderungsbedingte Mehrbedarf** (ggf. in Höhe des Behinderten-Pauschbetrages) abgezogen werden.

FG Niedersachsen, Urteil v. 24. 9. 2002 - 8 K 30/00[DAAAB-11612]

- Der Lebensbedarf eines behinderten Kindes setzt sich nach der BFH-Rechtsprechung typischerweise aus dem allgemeinen Lebensbedarf (Grundbedarf) und dem **behinderungsbedingten Mehrbedarf** zusammen. Erfolgt kein Einzelnachweis seitens des Steuerpflichtigen, kann der maßgebliche Behinderten-Pauschbetrag als Anhalt für den betreffenden Mehrbedarf dienen. Bei **vollstationärer Unterbringung** eines Kindes eignet sich der maßgebliche Behinderten-Pauschbetrag nicht als Anhalt für den betreffenden Mehrbedarf, da in den Heimkosten verschiedene Kostenbestandteile enthalten sind, die vom Pauschbetrag des § 33b Abs. 3 EStG typisierend mit erfasst werden. Lebt das volljährige behinderte Kind aber in einem **eigenen Haushalt**, in dem es von seinen Eltern versorgt und betreut wird und geht es im Übrigen tagsüber einer Tätigkeit in einer **Behindertenwerkstatt** nach, gelten die Rechtsprechungsgrundsätze für eine vollstationäre Unterbringung nicht.

FG Niedersachsen, Urteil v. 4. 9. 2003 - 8 K 627/02[CAAAB-20437]

Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen BFH, Beschluss v. 19. 5. 2004 - VIII B 245/03[IAAAB-25960]

- (1) Voraussetzung des Abzugs von Aufwendungen eines Körperbehinderten für eine **Begleitperson** als außergewöhnliche Belastung ist, dass der **Nachweis der Begleitbedürftigkeit** durch Feststellung der Merkmale „H“ und „aG“ im Schwerbehindertenausweis oder durch ein vor Beginn der Begleitzeit erstelltes amtsärztliches Gutachten geführt wird. Nicht ausreichend ist dagegen, wenn im Schwerbehindertenausweis neben den Merkmalen „G“ und „Rf“ die Notwendigkeit einer ständigen Begleitung festgestellt wird, denn dieser Eintrag führt nicht dazu, dass die gewöhnliche Geh- und Stehbehinderung einer außergewöhnlichen Gehbehinderung oder gar Hilflosigkeit gleichzusetzen wäre. (2) Die **amtsärztliche Bescheinigung** kann nicht durch eine Beurteilung des behandelnden Arztes ersetzt werden. Angesichts der bei einer solchen Beurteilung bestehenden Gefährdung des Vertrauensverhältnisses zu seinem Patienten fehlt es dem behandelnden Arzt an der notwendigen Neutralität, um die medizinische Indikation einer solchen nicht nur für Kranke nützlichen Maßnahme objektiv beurteilen zu können.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 10. 3. 2004 - 2 K 174/02[QAAAB-20937]

- Bei der Ermittlung des notwendigen **behinderungsbedingten Mehrbedarfs** im Rahmen des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG ist der Pauschbetrag des § 33b Abs. 3 EStG nicht zusätzlich zu den Leistungen der Eingliederungshilfe und dem Pflegegeld zu berücksichtigen. Steht ein notwendiger behinderungsbedingter Mehrbedarf während der Zeit der **häuslichen Pflege** dem Grunde nach fest, ist die Höhe der Aufwendungen zur Deckung dieses Mehrbedarfs ggf. zu schätzen. Dabei müssen die Hilfeleistungen der Eltern außer Betracht bleiben und die Beträge geschätzt werden, die bei Inanspruchnahme **fremder Dienstleister** angefallen wären. Bei einer **teilstationären Unterbringung** eines behinderten Kindes besteht eine tatsächliche Vermutung dahin, dass während der Zeit der häuslichen Pflege ein notwendiger Mehrbedarf mindestens in Höhe des tatsächlich gezahlten **Pflegegeldes** besteht.

BFH, Urteil v. 24. 8. 2004 - VIII R 50/03[MAAAB-35884]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 15. 5. 2003 - IV 479/2001

- Es ist offensichtlich, dass ein behindertes Kind mit dem Merkmal „H“ während des Aufenthaltes in dem Haushalt, in dem es lebt, der Betreuung bedarf und nicht ohne Hilfeleistungen anderer Personen auskommt. Deshalb kann kein Zweifel daran bestehen, dass auch ein **teilstationär untergebrachtes Kind** dem Grunde nach einen **ausschließlich behinderungsbedingten Bedarf** haben kann, der über die Kosten für die teilstationäre Unterbringung und die damit zusammenhängenden Fahrtkosten hinausgeht und der nicht mit dem Grundbetrag abgegolten ist.

BFH, Urteil v. 24. 8. 2004 - VIII R 90/03[OAAAB-36517]

Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 15. 9. 2003 - IV 152/2002

- Für die Prüfung, ob ein **volljähriges blindes Kind** i. S. des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, ist bei dem Vergleich seiner Einkünfte und Bezüge mit seinem existentiellen Lebensbedarf (Grundbedarf und behinderungsbedingter Mehrbedarf) das **Blindengeld** zwar den zur Bestreitung des Lebensunterhalts geeigneten Bezügen zuzuordnen. Jedoch ist es bei der Ermittlung des **behinderungsbedingten Mehrbedarfs** anstelle des Pauschbetrages für behinderte Menschen nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG anzusetzen, wenn es der Höhe nach den Pauschbetrag übersteigt. Es ist zu vermuten, dass in Höhe des tatsächlich ausbezahlten Blindengeldes ein behinderungsbedingter Mehraufwand besteht. BFH, Urteil v. 31. 8. 2006 - III R 71/05[IAAAC-19169]

Vorinstanz: FG Thüringen, Urteil v. 28. 9. 2005 - III 499/04

- Mit dem Höchstsatz des **Behinderten-Pauschbetrags**, der nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG für **hilflose Personen** gewährt wird, werden gerade auch die Kosten für **Wartung und Pflege** dieser hilflosen Personen abgegolten. Hat ein Elternteil den Behinderten-Pauschbetrag für sein hilfloses **Kind** beantragt, kann er seinen Kostenbeitrag für die Unterbringung des volljährigen Kindes in einem **Behinderten-Wohnheim** nicht noch zusätzlich nach § 33 EStG geltend machen. Die Aufwendungen für die durch die Körpergröße des Kindes bedingte Anschaffung eines **übergroßen Bettes** sind schon mangels „Außergewöhnlichkeit“ nicht nach § 33 EStG abzugsfähig.

FG München, Urteil v. 27. 6. 2007 - 10 K 824/06[FAAAC-53472]

- (1) Der Lebensbedarf eines behinderten Kindes setzt sich typischerweise aus dem allgemeinen Lebensbedarf (**Grundbedarf**) und dem **behinderungsbedingten Mehrbedarf** zusammen. (2) Erfolgt seitens des Steuerpflichtigen kein Einzelnachweis, kann der maßgebliche **Behinderten-Pauschbetrag** als **Anhalt** für den betreffenden **Mehrbedarf** dienen. (3) Die Tätigkeit in der **Werkstatt für behinderte Menschen der Lebenshilfe** unterscheidet sich nicht von einer sonstigen (Teilzeit-)Berufstätigkeit, die der Berücksichtigung des Pauschbetrages für behinderungsbedingten Mehrbedarf ebenfalls nicht entgegensteht. (4) Es ist offensichtlich, dass auch einem Behinderten, der im **eigenen Haushalt** lebt, ein behinderungsbedingter Mehrbedarf entsteht.

FG Niedersachsen, Urteil v. 1. 4. 2008 - 8 K 537/06[LAAAD-05414]

- Nach ständiger Rechtsprechung werden mit den Pauschbeträgen für behinderte Menschen nach § 33b Abs. 1 EStG in der bis 2007 geltenden Fassung die **typischen Krankheitskosten** abgegolten, die mit der Körperbehinderung, derentwegen die Pauschsätze gewährt werden, in Zusammenhang stehen. **Außerordentliche Kosten**, die sich infolge ihrer Einmaligkeit der Typisierung des § 33b EStG entziehen, wie Kraftfahrzeugaufwendungen schwerbehinderter Menschen, die in ihrer Geh- und Stehfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind, Kosten einer Operation oder Aufwendungen für eine Heilkur können hingegen daneben nach § 33 EStG abgezogen werden

BFH, Beschluss v. 18. 9. 2008 - III B 70/07[VAAAC-97792]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 6. 3. 2007 - 10 K 3445/06

- (1) Bei der Gewährung des Behindertenpauschbetrages nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG sowie bei nachgewiesenem Mehrbedarf ist gezahltes **Pflegegeld** anzurechnen. (2) Der durch die Hilflosigkeit und dauernde Beaufsichtigung eines schwerstbehinderten Kindes verursachte und durch Eigenleistung erbrachte **behinderungsbedingte Mehrbedarf** ist zu **schätzen**, wobei es sachgerecht ist, den Wert der vom Steuerpflichtigen erbrachten **Pflegeleistungen** mit dem Betrag anzusetzen, den dritte Personen (insbesondere ein Pflegedienst) in Rechnung stellen würden.

FG Hessen, Urteil v. 8. 10. 2008 - 5 K 1938/07[JAAAD-13396]

- Bestimmte **Mehraufwendungen** für **behinderte Kinder** können neben dem Behindertenpauschbetrag und dem Pflegepauschbetrag geltend gemacht werden. Das trifft etwa auf **Fahrtkosten** und **bestimmte Betreuungsleistungen** zu, nicht aber auf Aufwand, der wie etwa **Hygieneaufwendungen** im Pauschbetrag typischerweise bereits enthalten ist.
FG München, Urteil v. 23. 3. 2009 - 1 K 2854/08[XAAAD-26088]
- Erhält ein ausschließlich **zu Hause** gepflegtes bzw. betreutes **behindertes Kind** anstelle der häuslichen Pflegehilfe als Sachleistung **Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen**, ist es nicht möglich, den Pauschbetrag nach § 33b EStG zusätzlich zu den Leistungen der Eingliederungshilfe und dem Pflegegeld als behinderungsbedingten Mehrbedarf anzusetzen. Denn dieser Pauschbetrag dient dazu, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung sämtliche laufende Aufwendungen, die typischerweise mit der Behinderung zusammenhängen, abzugelten. Es ist daher nicht möglich, den Pauschbetrag in Anspruch zu nehmen und zusätzlich für einen Teil der Aufwendungen, die mit dem Pauschbetrag abgegolten werden, gleichwohl den Einzelnachweis zu führen (s. auch BFH, Urteil v. 24.8.2004 - VIII R 50/03).
FG München, Urteil v. 26 .7. 2010 - 10 K 3114/09 [LAAAD-68608]
- Bei der Berechnung des **behinderungsbedingten Mehrbedarfs** sind Aufwendungen für die private Altersvorsorge und Beiträge zur Privathaftpflicht-, Hausrats- und Rechtsschutzversicherung nicht zu berücksichtigen. Denn insoweit handelt es sich um keine typischerweise auf die Behinderung zurückzuführenden unabwendbaren Aufwendungen, sondern um Kosten, die auf eine **freie Willensentscheidung** des Kindes zurückzuführen sind und gewöhnlicher Weise auch bei nicht behinderten Personen, die eine entsprechende Absicherung wünschen, anfallen (vgl. hierzu auch BFH, Urteil v. 26.9.2007 - III R 4/07, BStBl 2008 II S. 738).
FG München, Urteil v. 21. 10. 2010 - 10 K 3172/09[UAAAD-68618]
- Es ist unzulässig für einen **Teil** der mit der Körperbehinderung zusammenhängenden Aufwendungen den **Einzelnachweis** zu führen, im Übrigen aber den **Pauschbetrag** zu beantragen, weil dies zu einer mehrfachen Berücksichtigung derselben Aufwendungen führen könnte. Nach § 33b Abs. 1 EStG kann ein Behinderter wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die ihm unmittelbar infolge seiner Behinderung erwachsen, „an Stelle einer Steuerermäßigung nach § 33“ einen Pauschbetrag geltend machen. Der insoweit klare Gesetzeswortlaut schließt aus, dass der Behindertenpauschbetrag nach § 33b EStG und außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG nebeneinander geltend gemacht werden können.
BFH; Beschluss v. 13. 7. 2011 - VI B 20/11 [OAAAD-90976]
Vorinstanz: FG Nürnberg, Urteil v. 10. 12. 2010 - 7 K 515/10
- (1) Bei der Prüfung der Frage, ob ein **behindertes Kind** mit den ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln seinen gesamten notwendigen Lebensbedarf (Grundbedarf und behinderungsbedingten Mehrbedarf) bestreiten kann, ist die **Eingliederungshilfe** als Leistung eines Dritten sowohl auf der Mittel- als auch auf der Bedarfsseite anzusetzen. Sie wirkt sich im Ergebnis deshalb nur in Höhe eines als Sachbezug zu erfassenden Verpflegungswerts aus. (2) Im Fall einer **teilstationären Unterbringung** kann der **Behinderten-Pauschbetrag** nach § 33b Abs. 3 EStG nicht zusätzlich zu den Leistungen der Eingliederungshilfe als behinderungsbedingter Mehrbedarf angesetzt werden. (3) Bei einem behinderten Kind mit dem **Merkmale „H“** ist es offensichtlich, dass für die Zeit **außerhalb** der teilstationären Unterbringung ein weiterer behinderungsbedingter und ggf. zu schätzender Mehrbedarf anfällt. Dies gilt nicht nur, wenn das Kind noch im elterlichen Haushalt untergebracht ist, sondern gleichermaßen, wenn es in einem eigenen Haushalt lebt und dort versorgt, betreut und unterstützt wird.
BFH, Urteil v. 9. 2. 2012 - III R 53/10, BStBl 2014 II S. 391[JAAAE-06586]
Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 6. 5. 2009 - 15 K 446/08
- Der **behinderungsbedingte Mehrbedarf** umfasst Aufwendungen, die gesunde Kinder nicht haben. Dazu gehören alle mit einer Behinderung zusammenhängenden außergewöhnlichen

wirtschaftlichen Belastungen. Steht ein behinderungsbedingter Mehrbedarf dem Grunde nach fest, ist er bei fehlendem Nachweis der Höhe nach zu schätzen. Werden mit einer Behinderung im Zusammenhang stehende Kosten im Wege der **Eingliederungshilfe** durch einen Sozialleistungsträger übernommen, ist die gewährte Eingliederungshilfe einerseits als Leistung eines Dritten bei den zur Verfügung stehenden eigenen finanziellen Mitteln und andererseits als im Einzelnen nachgewiesener behinderungsbedingter Mehrbedarf zu berücksichtigen. Da diese Kosten hierdurch bereits in tatsächlicher Höhe als behinderungsbedingter Mehrbedarf erfasst sind, scheidet ihre nochmalige Berücksichtigung durch den Behinderten-Pauschbetrag aus.

BFH, Urteil v. 12. 12. 2012 - VI R 101/10, BStBl 2015 II S. 651[NAAAE-31070]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 21. 1. 2009 - 7 K 30/07

- Ein **behinderungsbedingter Mehrbedarf** ergibt sich, wenn im Schwerbehindertenausweis das Merkzeichen „H“ eingetragen ist. Dem Ansatz dieses Mehrbedarfs steht nicht entgegen, dass im Rahmen der Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen Eingliederungshilfe geleistet wird. Denn diese Leistungen decken den insgesamt bestehenden behinderungsbedingten Mehrbedarf nicht in vollem Umfang ab. Im Fall einer **teilstationären Unterbringung** fällt zusätzlich ein weiterer behinderungsbedingter Mehrbedarf an, da offensichtlich ist, dass ein behindertes Kind mit dem Merkmal „H“ während des Aufenthalts in dem Haushalt, in dem es lebt, der Betreuung bedarf und nicht ohne Hilfeleistungen anderer Personen auskommt.

BFH, Urteil v. 17. 10. 2013 - III R 24/13[DAAAE-55039]

Vorinstanz: FG Thüringen, Urteil v. 19. 3. 2013 - 1 K 1012/11

- Nimmt der Steuerpflichtige den **Behinderten-Pauschbetrag** nach § 33b EStG in Anspruch, ist eine Steuerermäßigung nach § 35a Abs. 5 Satz 1 EStG ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen mit dem Behinderten-Pauschbetrag abgegolten sind.

BFH, Urteil v. 5. 6. 2014 - VI R 12/12, BStBl 2014 II S. 970[WAAAE-75268]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 19. 1. 2012 - 10 K 338/11

41. Anspruchsberechtigte

- (1) **Ständig pflegebedürftige Körperbehinderte** (§ 65 Abs. 1 Satz 4 EStDV 1965) können den Pauschbetrag von 4.800 DM nur erhalten, wenn die **Minderung der Erwerbsfähigkeit** nicht überwiegend auf **Alterserscheinungen** beruht. (2) Kosten wegen **ständiger Pflegebedürftigkeit** begründen auch bei **älteren Menschen** eine außergewöhnliche Belastung i. S. von § 33 EStG.

BFH, Urteil v. 7. 3. 1975 - VI R 248/71, BStBl 1975 II S. 483

- Einem Leicht- oder Minderbehinderten, bei dem eine äußerlich erkennbare dauernde Einbuße der körperlichen Beweglichkeit bzw. eine typische Berufskrankheit nicht festgestellt wurde, ist der Behinderten-Pauschbetrag gem. § 33b Abs. 2 Nr. 2 Buchst. a EStG zu gewähren, wenn ihm wegen seiner Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten oder laufende Bezüge zustehen. Das **Ruhegehalt** eines vorzeitig wegen **Dienstunfähigkeit** in den Ruhestand versetzten körperbehinderten Beamten stellt keine gesetzliche Versorgungsrente im Sinne dieser Vorschrift dar.

BFH, Urteil v. 28. 9. 2000 - III R 21/00[EAAAA-66953]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 8. 12. 1999 - 13 K 333/95

- Auch **Suchtkrankheiten** können Behinderungen darstellen. Allein der Umstand, dass sich ein Kind wegen **Drogenabhängigkeit** in einem Polamidon-Substitutionsprogramm befunden hat, lässt nicht den Schluss zu, dass das Kind behindert und wegen der Behinderung außer Stande war, sich selbst zu unterhalten.

BFH, Urteil v. 16. 4. 2002 - VIII R 62/99, BStBl 2002 II S. 738[LAAAA-89337]

Vorinstanz: FG Düsseldorf, Urteil v. 18. 2. 1999 - 14 K 6256/96 Kg

- **Erwerbsunfähigkeitsrenten**, die an behinderte Bezieher gezahlt werden, werden im Hinblick auf eine vorangegangene – aktive – Arbeitnehmertätigkeit gewährt und stellen daher keine wegen der Behinderung aufgrund gesetzlicher Vorschriften gezahlte Rente dar.

FG Niedersachsen, Urteil v. 16. 6. 2005 - 10 K 183/00[AAAAAB-60690]

- (1) Für den Begriff der „**Behinderung**“ i. S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. c EStDV ist auf § 2 Abs. 1 SGB IX abzustellen. Danach sind Menschen behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als **sechs Monate** von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. (2) Ob im Einzelfall eine Behinderung i. S. des § 64 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 Buchst. c EStDV i. V. mit § 2 Abs. 1 SGB IX vorliegt, hat das FG aufgrund der ihm obliegenden Würdigung der Umstände des **Einzelfalls** festzustellen.

BFH, Urteil v. 18. 6. 2015 - VI R 31/14 [ZAAAF-17877]

Vorinstanz: FG Niedersachsen, Urteil v. 27. 11. 2013 - 7 K 69/12

42. **Höhe des Pauschbetrags**

- (1) Für die Gewährung von Pauschbeträgen nach ist die Bescheinigung des Gesundheitsamts maßgebend, die den „dauernden“ Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit feststellt. (2) Eine im zeitlichen Zusammenhang mit einem Unfall **vorübergehend höhere Minderung** der Erwerbsfähigkeit ist nicht zu berücksichtigen.

BFH, Urteil v. 6. 12. 1974 - VI R 181/72, BStBl 1975 II S. 394[BAAAA-91033]

43. **Blinde und Hilflose**

- Hat ein mit **schweren Missbildungen** zur Welt gekommenes **Kind** nur wenige Tage gelebt, kommt die Gewährung des erhöhten Pauschbetrages nur dann in Betracht, wenn bei dem Kind infolge der Körperbehinderung eine **besondere Wartungs- und Pflegebedürftigkeit** vorliegt, die die bei allen Kindern derselben Altersstufe regelmäßig bestehende Hilflosigkeit dauernd wesentlich übersteigt. Diese Voraussetzung muss in dem gem. § 65 EStDV vorgesehenen Nachweis ausdrücklich bescheinigt sein.

BFH, Urteil v. 26. 1. 1979 - VI R 107/76, BStBl 1979 II S. 260[VAAAA-91395]

- (1) Die Gewährung des Pauschbetrags von 7 200 DM wegen **ständiger Hilflosigkeit** nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG setzt einen „dauernden“, d.h. nicht nur vorübergehenden Zustand der Behinderung im gleichen Sinne wie im Satz 1 dieser Vorschrift voraus. (2) „Ständig“ hilflos i.S. des § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG ist ein Körperbehinderter, wenn der Zustand der Hilflosigkeit im vorgenannten Zeitraum **ununterbrochen** besteht.

BFH, Urteil v. 28. 9. 1984 - VI R 164/80, BStBl 1985 II S. 129[GAAAB-02993]

44. **Geh- und Stehbehinderte**

- (1) Kraftfahrzeugkosten eines Steuerpflichtigen für Fahrten mit seinem **minderjährigen Kind**, das so **gehbehindert** ist, dass es sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs bewegen kann, sind als **zusätzliche Krankheitskosten** anzuerkennen, soweit die jeweiligen Fahrten durch den Körperschaden des Kindes bedingt sind. Das ist stets dann der Fall, wenn die Fahrten im **Interesse des Kindes** durchgeführt werden. (2) Unternimmt hingegen der Steuerpflichtige die Fahrten im **eigenen persönlichen Interesse** (z. B. Urlaubsfahrt), ist er aber gehalten, das Kind mitzunehmen, weil es seiner ständigen Betreuung bedarf, liegt

eine nicht durch den Körperschaden bedingte **Familienfahrt** vor, deren Aufwendungen nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig sind. Das gilt nur dann nicht, wenn der Steuerpflichtige infolge des Körperschadens des Kindes auf die **Benutzung des Pkw angewiesen** ist und es ansonsten allgemein unüblich ist, derartige Fahrten mit dem Kraftfahrzeug durchzuführen.

FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 11. 8. 1983 - IV 293780 (II), EFG 1984 S. 123

- ▶ (1) Bei Steuerpflichtigen, die so **gehbehindert** sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit einem **Kraftfahrzeug** fortbewegen können, sind (in den Grenzen der Angemessenheit) alle Kraftfahrzeugkosten, soweit sie nicht Werbungskosten oder Betriebsausgaben sind, als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen (Bestätigung des Urteils v. 1. 8. 1975 - VI R 158/72, BStBl 1975 II S. 825). (2) Soweit danach Kraftfahrzeugkosten für eine **Urlaubsreise** als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen sind, gilt dies auch für einen dabei erlittenen **Unfallschaden**, für den der Steuerpflichtige keinen Ersatz vom Schädiger erlangen kann.

BFH, Urteil v. 15. 11. 1991 - III R 30/88, BStBl 1992 II S. 179[GAAAA-93947]

Vorinstanz: FG Saarland, Urteil v. 16. 3. 1988 - 1 K 144/87

- ▶ Bei Steuerpflichtigen, die so **gehbehindert** sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit einem **Kraftfahrzeug** fortbewegen können, ist die Höhe der als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennenden **Kraftfahrzeugkosten** in 1995 auf 0,52 DM pro gefahrenen Kilometer beschränkt.

FG Münster, Urteil v. 25. 10. 1995 - 2 K 2536/95 E, EFG 1996 S. 380

- ▶ Als außergewöhnliche Belastung geltend gemachte, einzeln **nachgewiesene Kraftfahrzeugkosten** Schwerbehinderter sind i. d. R. nur insoweit als **angemessen** anzuerkennen, als sie die in den EStR und LStR für die Berücksichtigung von Kraftfahrzeugkosten als Werbungskosten und Betriebsausgaben festgesetzten Pauschsätze nicht übersteigen.

BFH, Urteil v. 22. 10. 1996 - III R 203/94, BStBl 1997 II S. 284[BAAAA-95855]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 18. 10. 1993 - 1 K 3687/89

- ▶ **Zusätzliche Fahrtkosten** eines Behinderten sind nach **§ 33 EStG** unter Berücksichtigung der zumutbaren Belastung neben den Freibeträgen nach § 33b EStG als außergewöhnliche Belastung abziehbar. Das gilt - so der BFH in seinem Urteil v. 26. 3. 1993 (BStBl 1993 II S. 749) - auch in sog. „**Übertragungsfällen**“. Das bedeutet indessen nicht, dass die Berücksichtigung an die Voraussetzungen für die Übertragung eines Körperbehinderten-Pauschbetrages oder gar für einen Kinderfreibetrag geknüpft ist. Es gelten vielmehr lediglich die allgemeinen Voraussetzungen der **Außergewöhnlichkeit** und der **Zwangsläufigkeit**, die nach Auffassung der Finanzverwaltung bei einer diesbezüglichen Fahrleistung von **3.000 km** ohne weitere Prüfung anzunehmen sind.

FG Berlin, Urteil v. 11. 11. 1998 - 6 K 6342/94[SAAAB-06754]

- ▶ (1) Neben dem **Körperbehinderten-Pauschbetrag** nach § 33b EStG, der als Vereinfachungsregelung einer Abgeltung laufender und typischer, unmittelbar mit der Behinderung zusammenhängender Kosten als außergewöhnliche Belastung ohne Einzelnachweis dient, sind unter bestimmten Voraussetzungen gewisse **mit der Körperbehinderung zusammenhängende Aufwendungen** nach § 33 EStG zum Abzug zuzulassen sind. Dazu gehören die Kraftfahrzeugaufwendungen Schwerbehinderter, die in ihrer **Geh- und Stehfähigkeit** erheblich beeinträchtigt sind. Bei geh- und stehbehinderten Steuerpflichtigen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80 sind alle Aufwendungen für durch die Behinderung veranlasste unvermeidbare Fahrten, soweit sie nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden und angemessen sind, als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen. (2) Die Zwangsläufigkeit von Kosten für einen **Verwaltungsprozess** kann nur in Betracht gezogen werden, wenn der Steuerpflichtige, ohne sich auf den Rechtsstreit trotz unsicheren Ausgangs einzulassen, Gefahr

liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können.

BFH, Beschluss v. 17. 9. 1999 - III B 38/99[AAAAA-63165]

- Bei Steuerpflichtigen, die so gehbehindert sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs fortbewegen können, sind grds. in angemessenem Umfang alle Kraftfahrzeugkosten, soweit sie nicht Werbungskosten oder Betriebsausgaben darstellen, als außergewöhnliche Belastung nach anzuerkennen. Soweit die **Fahrleistung** derartiger Steuerpflichtigen für Privatfahrten 15 000 km im Jahr übersteigt, ist in aller Regel jedoch die Grenze der Angemessenheit überschritten. Die danach gebotene **Angemessenheitsprüfung** stellt das einzige Korrektiv dar. Es ist nicht zu rechtfertigen, auch ungewöhnliche bzw. aufwendige Fahrgewohnheiten von der Allgemeinheit mitfinanzieren zu lassen.

BFH, Beschluss v. 21. 9. 1999 - III B 50/99[BAAAA-65515]

- Die von der Finanzverwaltung getroffene typisierende Verwaltungsregelung, wonach bei einem Grad der Behinderung von mehr als 80 ohne Einzelnachweis 3000 km mit einem Kilometersatz von 0,52 DM für Privatfahrten als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen sind, stellt eine **vertretbare Schätzung** der einem Behinderten gegenüber einem nicht Behinderten erwachsenen höheren Fahrtkosten dar. Geh- und Stehbehinderte mit dem Merkzeichen G können einen höheren Aufwand als außergewöhnliche Belastung nur dann geltend machen, wenn sie die **Außergewöhnlichkeit** und **Zwangsläufigkeit** der durch die Behinderung bedingten Mehrfahrten und Mehrkosten darlegen und nachweisen.

FG Hessen, Urteil v. 12. 9. 2000 - 5 K 2784/00[TAAAB-08621]

- In der Tatsache, dass der Steuerpflichtige **zwei schwerbehinderte Kinder** hat, für die er Fahrleistungen erbringen muss, ist kein außergewöhnlicher Umstand zu sehen, der es rechtfertigt, statt der Pauschsätze die tatsächlichen Kosten in Ansatz zu bringen. Es ist eine notwendige Folge jeder **typisierenden Regelung**, wie sie auch hier gegeben ist, dass sie Verhältnisse des Einzelfalls nicht in jeder Hinsicht erfasst.

BFH, Urteil v. 23. 10. 2001 - IX R 65/99[DAAAA-69058]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 20. 8. 1999 - 3 K 1389/96

- Ausnahmsweise können Fahrleistungen mit einem Pkw bei **außerordentlich gehbehinderten Personen**, auch soweit sie 15 000 km im Jahr übersteigen, noch als angemessen zu beurteilen und die entstandenen Aufwendungen deshalb als außergewöhnliche Belastung steuermindernd zu berücksichtigen sein, sofern nach der Art und der Schwere der Behinderung nur durch den Einsatz eines Pkw eine **berufsqualifizierende Ausbildung** durchgeführt werden kann. In einem solchen Ausnahmefall können jedoch über die im Zusammenhang mit der Ausbildung stehenden Fahrten hinaus für weitere **rein private Fahrten** höchstens noch Fahrleistungen bis zu **5 000 km** p. a. zusätzlich steuerlich berücksichtigt werden.

BFH, Urteil v. 13. 12. 2001 - III R 6/99, BStBl 2002 II S. 198[EAAAA-89160]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 22. 10. 1998 - 14 K 5340/95 E

- Die tatsächlichen Aufwendungen für die Benutzung eines Pkw durch einen **außergewöhnlich gehbehinderten Steuerpflichtigen** können abweichend von den im Regelfall anzuwendenden Pauschsätzen (im Streitjahr 1994 0,52 DM/km) nur in **krassen Ausnahmefällen** als außergewöhnliche Belastung steuermindernd berücksichtigt werden. Ein derartiger Ausnahmefall ist nicht schon deshalb anzunehmen, weil die jährliche Fahrleistung (im Streitfall 6 960 km) **weniger als die Hälfte** der den Pauschsätzen zugrunde liegenden Jahresfahrleistung von 15 000 km beträgt oder ein mit einer **Automatik** ausgestatteter üblicher Mittelklassewagen benutzt wird (Ergänzung des BFH-Urteils v. 26. 3. 1997 - III R 71/96, BStBl 1997 II S. 538).

BFH, Urteil v. 13. 12. 2001 - III R 40/99, BStBl 2002 II S. 224[GAAAA-89168]

Vorinstanz: FG Baden-Württemberg, Urteil v. 2. 11. 1998 - 2 K 249/98

► **Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte** eines Behinderten mit einem **Grad der Behinderung** von **mindestens 70** können nach den tatsächlichen Aufwendungen abgesetzt werden. Dies setzt aber voraus, dass es sich nicht um Fahrten handelt, bei denen zeitlich eine längere private Unterbrechung vorliegt oder ein großer Umweg gefahren wird. Fahrten eines geh- und stehbehinderten Steuerpflichtigen mit einem Grad der Behinderung von **mindestens 80** (oder von mindestens 70 und Merkzeichen G) können neben den Pauschbeträgen dann als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, wenn sie nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden und angemessen sind. Im Allgemeinen kann ein Aufwand für Fahrten bis zu 3.000 km im Jahr als angemessen angesehen werden. Ein Aufwand für Fahrten von mehr als 15.000 km im Jahr liegt jedoch in aller Regel nicht mehr im Rahmen des Angemessenen.

FG Köln, Urteil v. 1. 10. 2003 - 6 K 1866/03[FAAAC-42608]

► (1) Als außergewöhnliche Belastung geltend gemachte, einzeln nachgewiesene Kosten schwer geh- und stehbehinderter Steuerpflichtiger sind nur **angemessen** i. S. des § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG, soweit sie die in den EStR und LStR für die Berücksichtigung von Kraftfahrzeugkosten als Werbungskosten und Betriebsausgaben festgesetzten **Pauschbeträge** nicht übersteigen. (2) Decken die Pauschbeträge wegen der nur geringen Jahreskilometerleistung nicht die tatsächlichen Aufwendungen, kann der behinderte Steuerpflichtige an Stelle der Pauschbeträge die **Kosten**, die ihm für Fahrten mit einem – behindertengerechten – **öffentlichen Verkehrsmittel**, ggf. auch mit einem Taxi, entstanden sind, als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

BFH, Urteil v. 18. 12. 2003 - III R 31/03, BStBl 2004 II S. 453[IAAAB-17325]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 19. 5. 2003 - 2 K 157/02

► **Kraftfahrzeugkosten** schwer geh- und stehbehinderter Steuerpflichtiger sind nur **angemessen** i. S. von § 33 Abs. 2 Satz 1 EStG, soweit sie die in den EStR und LStR für die Berücksichtigung von Kraftfahrzeugkosten als Betriebsausgaben und Werbungskosten festgesetzten Pauschbeträge nicht übersteigen. Das gilt auch für die Kraftfahrzeugaufwendungen, die auf Fahrten entfallen, die zum **Besuch von Ärzten** oder **Behandlungseinrichtungen** durchgeführt werden (Fortführung des Senatsurteils v. 18. 12. 2003 - III R 31/03, BStBl 2004 II S. 453; Abweichung vom Senatsurteil v. 3. 12. 1998 - III R 5/98, BStBl 1999 II S. 227).

BFH, Urteil v. 19. 5. 2004 - III R 16/02, BStBl 2005 II S. 23[SAAAAB-32836]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 17. 7. 2001 - 2 K 598/00

► Die pauschale Berücksichtigung von Fahrtkosten Körperbehinderter als außergewöhnliche Belastung ist in Anlehnung an die Regelung in § 33a Abs. 4 Satz 1 EStG dergestalt zu handhaben, dass die von der Finanzverwaltung bei Körperbehinderten mit einer erheblichen Geh- und Stehbehinderung im Kalenderjahr anerkannten 3.000 km für jeden **vollen Monat** um 1/12 zu **kürzen** sind, in dem die Behinderung nicht vorgelegen hat.

FG Saarland, Gerichtsbescheid v. 13. 5. 2005 - 1 K 243/01[XAAAAB-57730]

► (1) Steuerpflichtige, die so gehbehindert sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs bewegen können, können grds. alle Kraftfahrzeugkosten, soweit sie nicht Werbungskosten oder Betriebsausgaben sind, neben den Pauschbeträgen für Körperbehinderte als außergewöhnliche Belastung geltend machen. (2) Das gilt im angemessenen Rahmen auch für Kosten für **Erholungs-, Freizeit- und Besuchsfahrten**. Angemessen sind indes nur Aufwendungen für Fahrten bis zu 15.000 km im Jahr und nur bis zur Höhe der km-Pauschbeträge, die in den EStR bzw. LStR für den Abzug von Kraftfahrzeugkosten als Werbungskosten oder Betriebsausgaben festgelegt sind. (3) Bei außergewöhnlichen Umständen kommt eine **Überschreitung der Pauschsätze** bei der Berechnung der Höhe der außergewöhnlichen Belastung eines Schwerbehinderten in Betracht. (4) **Umbaukosten** eines Kfz können nicht in voller Höhe neben den sonstigen Kraftfahrzeugkosten als außergewöhnli-

che Belastung geltend gemacht werden. Das gilt jedenfalls dann, wenn sie als unselbstständiger Teil der Anschaffungskosten in die Berechnung der AfA eingeflossen sind.

FG Niedersachsen, Urteil v. 9. 2. 2007 - 11 K 736/05[OAAAC-46179]

- Wenn neben anderen (gesunden) Familienangehörigen auch das **behinderte Kind** an einer Fahrt teilnimmt, die **nicht vornehmlich in seinem Interesse** unternommen wird, ist die Fahrt nicht durch die Behinderung veranlasst und damit nicht außergewöhnlich. Die den Eltern dadurch entstehenden Kosten gehören zu den üblichen Aufwendungen der Lebensführung und sind keine außergewöhnliche **Belastung** (§ 33 EStG).

BFH, Beschluss v. 21. 12. 2007 - III B 154/06[QAAAC-73387]

Vorinstanz: FG München, Urteil v. 16. 3. 2006 - 11 K 464/04

- Steuerpflichtige, die so gehbehindert sind, dass sie sich **außerhalb des Hauses** nur mit **Hilfe eines Kraftfahrzeugs** bewegen können, können grds. alle Kraftfahrzeugkosten, soweit sie nicht Werbungskosten oder Betriebsausgaben sind, neben den Pauschbeträgen für behinderte Menschen (§ 33b EStG) als außergewöhnliche Belastung geltend machen. **Angemessen** sind nur Aufwendungen für Fahrten bis zu 15 000 km im Jahr und nur bis zur Höhe der Kilometerpauschbeträge, die in den EStR und LStR für den Abzug von Kraftfahrzeugkosten als Werbungskosten oder Betriebsausgaben festgelegt sind. Diese Beschränkung auf die Kilometerpauschbeträge in den EStR und LStR gilt auch bei einer nur **geringen Jahreskilometerleistung** sowie für **notwendige Fahrten zu Ärzten oder Kliniken**. Ob der km-Satz angemessen zu erhöhen ist, wenn das Fahrzeug in erheblichem Maße umgebaut wurde, um der Behinderung des Steuerpflichtigen gerecht zu werden, blieb im Streitfall offen.

BFH, Urteil v. 21. 2. 2008 - III R 105/06[VAAAC-79972]

FG Saarland, Urteil v. 16. 11. 2005 - 1 K 372/01

- (1) Die Kosten der **Reparatur von Gegenständen des täglichen Gebrauchs** – wie einem Kraftfahrzeug – sind bereits ihrer Art nach nicht außergewöhnlich. Der vorzeitige Verschleiß, wie vorliegend des Kraftfahrzeuggetriebes, stellt mithin die Realisierung eines allgemeinen Lebensrisikos dar, welches bereits durch die Freistellung des Existenzminimums abgegolten ist. (2) Der Umstand, dass ein Kind des Steuerpflichtigen aufgrund einer **Gehbehinderung** auf das Kraftfahrzeug angewiesen ist, ändert an der Beurteilung nichts. Denn auch bei einer Gehbehinderung ist der Unterhalt eines eigenen Kraftfahrzeugs zwar sinnvoll, aber **nicht existenziell notwendig**.

FG Köln, Urteil v. 28. 4. 2009 - 8 K 4748/06[FAAAD-23596]

- Die Ausstattung eines Pkw mit einem Automatikgetriebe ist kein derart außergewöhnlicher Umstand, der eine Überschreitung der Pauschsätze für Fahrtaufwendungen als außergewöhnliche Belastung rechtfertigen kann, denn es handelt sich dabei nicht um eine besondere Fahrzeugausstattung für Behinderte.

FG Nürnberg, Urteil v. 26. 11. 2009 - 4 K 688/2009[GAAAD-37221]

- Neben Fahrtkosten von bis zu 15.000 km jährlich bei außergewöhnlich gehbehinderten Steuerpflichtigen können nicht noch zusätzliche Aufwendungen für unvermeidbare Fahrten von bis zu 3.000 km im Jahr als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden.

BFH, Beschluss v. 15. 6. 2010 - VI B 11/10[IAAAD-47860]

Vorinstanz: FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 3. 12. 2009 - 1 K 46/07

- Steuerpflichtige, die so gehbehindert sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs bewegen können, können zwar grds. alle Kraftfahrzeugkosten, soweit sie nicht Werbungskosten oder Betriebsausgaben sind, neben den Pauschbeträgen für behinderte Menschen (§ 33b EStG) als außergewöhnliche Belastung geltend machen. Angemessen sind jedoch nur Aufwendungen für Fahrten bis zu 15.000 km im Jahr und nur bis zur Höhe der Kilometerpauschbeträge, die in den EStR und LStR für den Abzug von Kraftfahrzeugkosten als Werbungskosten oder Betriebsausgaben festgelegt sind.

BFH, Beschluss v. 26. 10. 2010 - VI B 52/10[AAAAD-57522]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 17. 3. 2010 - 4 K 2500/09

- Entscheidend für die Anerkennung von Mehrkosten für den **Führerscheinerwerb** und einen **Fahrzeugumbau** wegen einer **halbseitigen Lähmung** aufgrund Schlaganfalls als außergewöhnliche Belastung ist nicht, dass der Steuerpflichtige wegen seines Wohnorts in ländlicher Umgebung auf die Fortbewegung mit einem PKW angewiesen sein könnte, sondern ob er aufgrund der Körperbehinderung **zwangsläufig** auf ein Fahrzeug zur Fortbewegung angewiesen ist.

FG Köln, Urteil v. 12. 9. 2013 - 10 K 3945/12[DAAAE-47756]

- Ein schwer geh- und stehbehinderter Steuerpflichtiger (Behinderungsgrad: 80 %) kann die **Leasinggebühren** für ein serienmäßiges, nicht besonders umgerüstetes Fahrzeug lediglich in Höhe des pauschalen Kilometersatzes in Höhe von 0,30 € je gefahrenem Kilometer als außergewöhnliche Belastung geltend machen.

FG Baden-Württemberg, Urteil v. 19. 12. 2013 - 1 K 703/11[SAAAE-57685]

- (1) Steuerpflichtige, die so **gehbehindert** sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines **Kraftfahrzeugs** bewegen können, können grds. alle Kraftfahrzeugkosten, soweit es sich nicht um Werbungskosten oder Betriebsausgaben handelt, **neben** den **Pauschbeträgen** für Körperbehinderte als außergewöhnliche Belastungen geltend machen. (2) Der **Höhe** nach sind diese Aufwendungen begrenzt durch die in den EStR bzw. LStR enthaltenen **Pauschsätze**. Diese Begrenzung ist nicht nur zulässig, sondern auch geboten. (3) Eine Ausnahme von dieser Begrenzung ist nur in **krassen Ausnahmefällen** gerechtfertigt. (4) Bei **Reparaturaufwendungen** zur Beseitigung eines **Motorschadens** handelt es sich um keinen solchen krassen Ausnahmefall, der ausnahmsweise die Berücksichtigung der Reparaturaufwendungen begründen könnte. Insoweit handelt es sich um die Verwirklichung des Risikos frühzeitiger **Verschleißerscheinungen** eines Kraftfahrzeugs, die regelmäßig der privaten Sphäre zuzuordnen sind.

FG Niedersachsen, Urteil v. 17. 7. 2014 - 10 K 323/13[TAAAE-81694] Revision eingelegt; Az. des BFH: VI R 60/14

45. Nachweis der Behinderung

- Die **Feststellung eines Versorgungsamtes** über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit ist ein **Grundlagenbescheid** i. S. von § 175 Abs. 1 Nr. 1 AO 1977. Diese Feststellung ist deshalb für die Gewährung des Körperbehinderten-Pauschbetrages nach § 33b EStG gem. § 175 Abs. 1 Nr. 1 AO auch dann zu berücksichtigen, wenn sie bereits vor Erlass des Steuerbescheids getroffen war und der Steuerpflichtige den Antrag nach § 33b EStG erst nach Eintritt der Bestandskraft des Steuerbescheides gestellt hat.

BFH, Urteil v. 22. 2. 1991 - III R 35/87, BStBl 1991 II S. 717[HAAAA-93776]

- Das Finanzamt darf für die Gewährung des Pflege-Pauschbetrages nicht selbständig prüfen, ob die Eintragung des Merkmals „H“ im Schwerbehindertenausweis zu Unrecht unterblieben ist oder ob die pflegebedürftige Person richtigerweise in die Pflegestufe III hätte eingestuft werden müssen. Die entsprechenden Bescheide anderer Behörden haben **Bindungswirkung** für das Finanzamt (**Grundlagenbescheid**).

FG Münster, Urteil v. 16. 3. 2000 - 3 K 668/99 E[SAAAB-10995]

- Auch wenn bereits ein **Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes** existiert, hat die Finanzbehörde gem. § 65 Abs. 4 Satz 2 EStDV eine **gutachtliche Stellungnahme** einzuholen. Durch Eintritt des Todes wird eine dauernde Hilflosigkeit i. S. von § 33b Abs. 3 und 6 EStG nicht zu einer nur vorübergehenden.

FG Hamburg, Urteil v. 18. 10. 2001 - II 780/99[SAAAB-08014]

►

46. Übertragung des Behinderten-Pauschbetrags

- ▶ Auf einen Steuerpflichtigen, der seinen zwar älteren, aber wegen Geistesschwäche **einem Kind gleichstehenden**, ständig hilflosen **Bruder** unterstützt, kann nicht ? auch nicht zum Teil ? der Behinderten-Pauschbetrag des Bruders übertragen werden, wenn die Brüder zusammen mit ihrer betagten Mutter und ihrer Schwester in einer **intakten Haushaltsgemeinschaft** leben. Dies gilt auch, wenn der Steuerpflichtige der einzige ist, bei dessen Einkommen sich der Behinderten-Pauschbetrag auswirken würde.
FG Nürnberg, Urteil v. 12. 3. 1986 - V 156/81, EFG 1986 S. 448
- ▶ (1) Die Übertragung des Pauschbetrages für ein **körperbehindertes Kind** nach § 33b Abs. 5 Satz 1 EStG setzt voraus, dass das Kind **unbeschränkt steuerpflichtig** ist. (2) Eine Berücksichtigung der betreffenden Aufwendungen (für das im Ausland lebende Kind) nach § 33 EStG ist nur möglich, wenn die Aufwendungen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden. Fehlt es an diesem **Nachweis** oder der **Glaubhaftmachung**, kommt ein Abzug auch nur in Höhe der Pauschbeträge des § 33b Abs. 3 EStG nicht in Betracht.
BFH, Urteil v. 9. 12. 1994 - III R 16/89, BStBl 1995 II S. 408[GAAAA-95220]
- ▶ Einem Kind steht der Behinderten-Pauschbetrag nach § 33b Abs. 5 Satz 1 EStG auch dann zu, wenn es **weder unbeschränkt noch beschränkt steuerpflichtig ist**, jedoch die Voraussetzungen des § 50 Abs. 4 Satz 2 EStG i. d. F. des Grenzpendlergesetzes v. 24. 6. 1994 (BGBl 1994 I S. 1395) erfüllt und im Übrigen die Übertragung auf die unbeschränkt steuerpflichtigen Eltern möglich ist.
BFH, Urteil v. 22. 11. 1995 - I R 6/91, BStBl 1997 II S. 20[HAAAA-95772]
- ▶ Ein im **Ausland** lebendes Kind ist im Rahmen der Prüfung, ob ein **unbeschränkt steuerpflichtiger Elternteil** Anspruch auf die Übertragung eines Behinderten-Pauschbetrages des Kindes hat, nicht als unbeschränkt steuerpflichtig anzusehen, wenn es im fraglichen Veranlagungszeitraum keine inländischen Einkünfte gehabt hat.
BFH, Urteil v. 2. 6. 2005 - III R 14/04
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 26. 2. 2004 - 5 K 133/01
- ▶ Ein Pauschbetrag nach § 33b Abs. 3 EStG für ein **behindertes Kind** kann nicht nach § 33b Abs. 5 EStG auf einen im Inland **unbeschränkt steuerpflichtigen Elternteil** übertragen werden, wenn das Kind im Ausland **außerhalb eines EU/EWR-Mitgliedstaates** seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat und im Inland keine eigenen Einkünfte erzielt (Abgrenzung zum BFH-Urteil v. 22. 11. 1995 - I R 6/91, BStBl 1997 II S. 20).
BFH, Urteil v. 2. 6. 2005 - III R 15/04, BStBl 2005 II S. 828[IAAAB-60913]
Vorinstanz: FG Sachsen, Urteil v. 26. 2. 2004 - 5 K 2096/00
- ▶ (1) Grds. ist der Behinderten-Pauschbetrag nach § 33b Abs. 5 EStG, der einem **Kind** zusteht, für das der Steuerpflichtige einen Freibetrag nach § 32 Abs. 6 EStG oder Kindergeld erhält, auf beide Elternteile je zur **Hälfte** aufzuteilen. Das gilt, wenn das Kind den Behinderten-Pauschbetrag nicht in Anspruch nimmt. (2) Nimmt das Kind den Pauschbetrag nicht in Anspruch, ist dieser voll auf den **unbeschränkt steuerpflichtigen Elternteil** zu übertragen, wenn der andere Elternteil nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist. (3) Dem Gesetzgeber lag mit § 26a Abs. 2 Satz 2 EStG die Vorstellung zu Grunde, dass die Eltern die Aufwendungen für das behinderte Kind zu etwa gleichen Anteilen tragen. In Fällen, in denen der getrennt lebende Ehegatte nicht Elternteil des behinderten Kindes ist, ist diese Vorstellung nicht gerechtfertigt. Das rechtfertigt eine teleologische Reduktion dahin, dass in derartigen Fällen die Ehegatten eine **andere als die hälftige Aufteilung** des Behinderten-Pauschbetrages beanspruchen können.
FG Niedersachsen, Urteil v. 12. 5. 2009 - 10 K 160/06[UAAAD-24631]Revision zugelassen
- ▶ Die **Zuordnungsregelung** in § 26a Abs. 2 EStG geht anderen Zuordnungsregeln vor. Der einem gemeinsamen Kind zustehende Behinderten-Pauschbetrag, der auf Antrag der Eltern

vollständig einem von ihnen übertragen wurde, ist daher bei **getrennter Veranlagung** bei beiden Elternteilen je zur **Hälfte** abzuziehen.

BFH; Urteil v. 19. 4. 2012 - III R 1/11, BStBl 2012 II S. 861[IAAAE-16639]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 26. 10. 2010- 1 K 2939/10

47. **Pflegepersonen**

▶ (1) Hat ein Steuerpflichtiger einen **pflegebedürftigen Dritten** in seinen **Haushalt** aufgenommen, kann er den vom Dritten mangels eigener Einkünfte nicht wahrgenommenen **Pauschbetrag wegen Pflegebedürftigkeit** nicht als außergewöhnliche Belastung geltend machen, und zwar auch nicht auf dem Umweg einer Schätzung der Mehraufwendungen und durch Berücksichtigung dieses Betrags nach § 33 EStG. (2) Der einem Dritten zustehende und von ihm nicht ausgenutzte Pauschbetrag wegen Nierenkrankheit nach Abschn. 189a Abs. 2 EStR a. F. kann vom Steuerpflichtigen, der für den Dritten die **Krankheitskosten** getragen hat, nicht als **Schätzungsgrundlage** für eine Geltendmachung als eigene außergewöhnliche Belastung herangezogen werden.

FG Münster, Urteil v. 14. 1. 1972 - VII 286/71 E, EFG 1972 S. 336

▶ Der den Eltern wegen der persönlichen Pflege ihres Kindes zustehende **Pflege-Pauschbetrag** stellt eine Ergänzung zu dem (originär dem Kind für Fremdleistungen zustehenden) übertragenen **Behinderten-Pauschbetrag** dar und kann neben diesem in Anspruch genommen werden.

FG Nürnberg, Urteil v. 26. 5. 1994 - VI 149/93, EFG 1994 S. 933

▶ Ein Steuerpflichtiger kann den Pflege-Pauschbetrag auch dann in Anspruch nehmen, wenn die Pflegeperson **ganzjährig** in einem **Heim** untergebracht ist und nur an den **Wochenenden** in der **Wohnung des Steuerpflichtigen** betreut wird.

FG München, Urteil v. 14. 2. 1995 - 16 K 2261/94, EFG 1995 S. 722

▶ Im Rahmen des § 33b Abs. 6 EStG ist die **Zwangsläufigkeit** nach weniger strengen Kriterien als gemäß § 33 Abs. 2 EStG zu beurteilen. Eine sittliche Verpflichtung zur Pflege ist anzuerkennen, wenn eine **enge persönliche Beziehung** zu der gepflegten Person besteht.

BFH, Urteil v. 29. 8. 1996 - III R 4/95, BStBl 1997 II S. 199[XAAAA-95771]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 25. 8. 1993 - 10 K 245/92 E, 10 K 4993/92 E

▶ Der Pflege-Pauschbetrag nach § 33 b Abs. 6 EStG ist nicht nach der Zahl der Personen aufzuteilen, welche bei ihrer Einkommensteuerveranlagung die Berücksichtigung eines Pflegepauschbetrages begehren, sondern nach der **Zahl der Steuerpflichtigen**, welche eine hilflose Person in ihrer Wohnung oder in der Wohnung des Pflegebedürftigen **tatsächlich persönlich gepflegt** haben.

BFH, Urteil v. 14. 10. 1997 - III R 102/96, BStBl 1998 II S. 20[FAAAA-96120]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 29. 8. 1996 - 2 K 4727/94

▶ Ein in einem **Pflegeheim** untergebrachtes Kind gehört zum **Haushalt der Eltern**, wenn die Eltern für das Kind ein für die Bedürfnisse des Kindes eingerichtetes Zimmer vorhalten, das an **ca. 80 Tagen** im Jahr durch das Kind genutzt wird.

FG Niedersachsen, Urteil v. 13. 10. 1998 - XV 555/96

▶ Hat der Steuerpflichtige einen pflegebedürftigen Angehörigen in seinen Haushalt aufgenommen, um ihn dort zu pflegen und zu versorgen, und erhält er dafür aus dem Vermögen des Pflegebedürftigen Geldbeträge, so vollziehen sich diese Leistungen und die empfangenen Zahlungen im Regelfall im Rahmen der **familiären Lebensgemeinschaft**. Sie erfüllen grundsätzlich nicht die Voraussetzungen des Erzielens von Einkünften i. S. des § 2 EStG.

BFH, Urteil v. 14. 9. 1999 - IX R 88/95, BStBl 1999 II S. 776[RAAAA-96664]

▶ Zu den Einnahmen i. S. des § 33b Abs. 6 Satz 1 EStG, die den Pflege-Pauschbetrag ausschließen, kann auch das **Pflegegeld** aus der Pflegeversicherung nach § 37 SGB XI gehören, wenn

es bei einem minderjährigen Anspruchsberechtigten an die ihn pflegenden Eltern ausgezahlt wird. Diese trifft die **Feststellungslast**, wenn sie darlegen, das Pflegegeld nur treuhänderisch behandelt zu haben.

FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 8. 12. 1999 - V 557/98, EFG 2000 S. 1131

- Pflegegeld nach § 37 SGB XI, das unmittelbar an die Eltern eines schwerbehinderten Kindes ausgezahlt wird, stellt eine – der Inanspruchnahme des Pflege-Pauschbetrags entgegenstehende – „**Einnahme**“ der Eltern i. S. von § 33b Abs.6 Satz 1 EStG dar (Anschluss an FG Schleswig-Holstein, Urteil v. 8. 12. 1999 - V 557/98; gegen FG Bremen, Urteil v. 1. 8. 200 - 200063 K 3). Eine die Gewährung des Pflege-Pauschbetrags ausschließende „Einnahme“ ist jeder Vermögenszufluss in Geld oder Geldwert, also auch **weitergeleitetes Pflegegeld** i. S. von § 3 Nr. 36 EStG.

FG Thüringen, Urteil v. 30. 4. 2001 - III 312/00[EAAAB-13583]

- Der Pflege-Pauschbetrag deckt nur diejenigen außergewöhnlichen Belastungen ab, die dem Steuerpflichtigen unmittelbar infolge der persönlichen Pfllegetätigkeit als typische Mehraufwendungen entstehen. Aufwendungen für die **Beaufsichtigung** einer dauernd pflegebedürftigen Person sind dann nicht unmittelbar aufgrund der persönlichen Pfllegetätigkeit entstanden und somit neben dem Pflege-Pauschbetrag abziehbar, wenn der Steuerpflichtige, z. B. während der Arbeitszeit, gehindert ist, die Pflege selbst vorzunehmen.

FG Hessen, Urteil v. 21. 5. 2001 - 9 K 3758/97[XAAAB-08705]

- (1) Die Gewährung des Pflege-Pauschbetrages wird durch jegliche Art von Einnahmen der Pflegeperson im Zusammenhang mit der Pflege, sei es als – steuerfreie – Pflegevergütung, sei es als Aufwendungsersatz, und unabhängig von deren Höhe ausgeschlossen. (2) Die **Weiterleitung des Pflegegeldes** an die Pflegeperson ist unschädlich, wenn die Pflegeperson die Mittel lediglich **treuhänderisch verwaltet** und deren tatsächliche Verwendung für den Pflegebedürftigen nachweist. Typische Unterhaltsaufwendungen dürfen insoweit nicht gegenerechnet werden.

BFH, Urteil v. 21. 3. 2002 - III R 42/00, BStBl 2002 II S. 417[NAAAA-89238]

Vorinstanz: FG Bremen, Urteil v. 1. 8. 2000 - 200063 K 3

- Der Pflege-Pauschbetrag kann nur gewährt werden, wenn der Steuerpflichtige die **Behinderung** entsprechend den Vorgaben des § 65 Abs. 2 EStDV **belegt**.

BFH, Urteil v. 20. 2. 2003 - III R 9/02, BStBl 2003 II S. 476[XAAAA-89534]

Vorinstanz: FG Münster, Urteil v. 20. 2. 2002 - 8 K 5559/01 E

- Die Pflege des hilflosen Vaters (Behinderungsgrad 100 %, Merkmal „H“) in dessen Wohnung durch die Tochter ist auch dann aus sittlichen Gründen zwangsläufig i. S. von § 33 Abs. 2 EStG, wenn der Vater das von ihm erhaltene **Pflegegeld** (hier: nach § 37 Abs. 1 SGB XI) **nicht** an seine Tochter **weitergeleitet** hat. Der Tochter steht in diesem Fall der Pflege-Pauschbetrag nach § 33b Abs. 6 EStG zu. Sie ist insoweit nicht verpflichtet, die Verwendung des im Verfügungsbereich des Vaters verbliebenen Pflegegeldes nachzuweisen.

FG Bremen, Urteil v. 24. 11. 2004 - 4 K 100/04[MAAAB-41829]

- Zu den eigenen Mitteln eines behinderten Kindes gehört auch das **Pflegegeld** nach § 69b BSHG [jetzt § 65 SGB XII]. Dieses ist in der tatsächlich ausgezahlten Höhe zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung, welche Aufwendungen zur Deckung des behinderungsbedingten Mehrbedarfs notwendig sind, müssen eventuelle Hilfeleistungen der Eltern außer Betracht bleiben und dafür die Beträge angesetzt werden, die bei Inanspruchnahme **fremder Dienstleister** angefallen wären.

BFH, Urteil v. 24. 8. 2004 - VIII R 59/01[YAAAB-35880]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 2. 3. 2001 - 3 K 2117/00

- Der Zweck der in § 33b Abs. 6 EStG getroffenen Regelung gebietet eine Auslegung in dem Sinne, dass die **Zwangsläufigkeit** im Rahmen dieser Vorschrift nach weniger strengen Kriterien als gem. § 33 Abs. 2 EStG zu beurteilen ist. Die Anforderungen an eine sittliche Ver-

pflichtung i. S. von § 33 Abs. 2 EStG sind von der Rechtsprechung zu Fallgestaltungen entwickelt worden, in denen es um die Berücksichtigung von **finanziellen Aufwendungen** geht. Die dafür aufgestellten strengen Voraussetzungen sind gerechtfertigt, weil nur existenziell notwendige private Abflüsse zur Erfassung der subjektiven Leistungsfähigkeit steuermindernd berücksichtigt werden sollen. Hingegen stehen bei der Erbringung von Pflegeleistungen i. S. des § 33b Abs. 6 EStG nicht derartige finanzielle, das disponible Einkommen schmälernde Aufwendungen im Vordergrund, sondern ganz entscheidend sei die **tatsächliche Erbringung der Pflege**.

BFH, Beschluss v. 21. 1. 2005 - III B 85/04[BAAAB-52020]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 11. 5. 2004 - 12 K 291/03

- Der **Pflege-Pauschbetrag** ist auch dann **aufzuteilen**, wenn von zwei Pflegepersonen nur eine den Pauschbetrag begehrt, die andere aber den Abzug ihrer tatsächlichen Aufwendungen nach § 33 EStG beantragt oder auf eine steuerliche Geltendmachung verzichtet; der Pauschbetrag ist dann nur hälftig zu gewähren. Der Pflegepauschbetrag ist ein **Jahresbetrag**. Daher kann auch eine kurzzeitige Pflegetätigkeit – z. B. während eines Urlaubs der anderen pflegenden Person – oder eine wiederholte kurzfristige Pflege – z. B. einer in einem Heim untergebrachten hilflosen Person am Wochenende – zur Inanspruchnahme des Pauschbetrages berechtigen. Das Gesetz differenziert nicht danach, ob sich mehrere Personen die Pflege teilen, d. h. **gleichzeitig** pflegen, oder ob die Pflege von ihnen **nacheinander** durchgeführt wird. Der Pauschbetrag kann deshalb nur nach der **Zahl der Pflegepersonen** aufgeteilt werden und nicht nach den Monaten, in denen diese gepflegt haben. Eine einvernehmliche andere Aufteilung zwischen den Pflegepersonen als die nach Köpfen kommt nicht in Betracht.

BFH, Urteil v. 19. 6. 2008 - III R 34/07[CAAAC-91420]

Vorinstanz: FG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 27. 9. 2006 - 1 K 1794/03

- Eine Pflegeperson erhält keine Einnahmen i. S. des § 33b Abs. 6 Satz 1 EStG, wenn sie das an sie **weitergeleitete Pflegegeld** ausschließlich für an sich vom **Pflegebedürftigen selbst zu tätige Aufwendungen** einsetzt.

BFH, Urteil v. 17. 7. 2008 - III R 98/06[ZAAAC-97795]

Vorinstanz: FG Hessen, Urteil v. 9. 10. 2006 - 11 K 1760/03

- **Fahrtkosten** zur Pflege eines Angehörigen sind nicht als weitere außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig, wenn ein Pflege-Pauschbetrag nach § 33b Abs. 6 Satz 1 EStG gewährt wird. Außergewöhnliche Belastungen können daneben nicht geltend gemacht werden und wirken sich wegen des Wegfalls des Pflege-Pauschbetrags im Ergebnis nur aus, wenn sie den Betrag von 924 € übersteigen.

FG München, Urteil v. 13. 11. 2009 - 6 K 455/09[WAAAD-47984]

- Der **Pflege-Pauschbetrag** kann nur gewährt werden, wenn der Steuerpflichtige die Behinderung entsprechend den Vorgaben des § 65 Abs. 2 EStDV belegt. Nach dieser Bestimmung hat der Steuerpflichtige das gesundheitliche Merkmal „**hilflos**“ durch einen Ausweis nach dem SGB IX, der mit dem **Merkmale** „**H**“ gekennzeichnet ist, oder durch einen Bescheid der für die Durchführung des BVG zuständigen Behörde, der die entsprechenden Feststellungen enthält, nachzuweisen. Dem Merkmal „**H**“ steht die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III nach dem SGB XI, dem SGG XII oder diesen entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen gleich; dies ist durch Vorlage des entsprechenden Bescheides nachzuweisen.

BFH, Beschluss v. 14. 4. 2015 - XI B 143/14 [IAAAE-91049]

Vorinstanz: FG Köln, Urteil v. 24. 10. 2014 - 3 K 2765/13